

Von Schwarz nach Grün oder Von Grün nach Schwarz S. 30

Arbeiterkampf

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

Jg. 13, Nr. 235, 27.6.83

4 DM Förderpr. DM 5

C 21734 E

Bremer Entscheidung: Wie sollen sich die Bremer Linken zu den Bürgerschaftswahlen verhalten S. 34

Im Dezember kommen die ersten Raketen

Während in Genf noch die rein propagandistischen Schein-Verhandlungen weitergeführt werden, haben in Europa die Vorbereitungen für die planmäßige Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missile schon begonnen. Im Dezember werden die ersten Pershing 2 in die BRD eingeflogen werden, im Januar sollen sie einsatzbereit sein. Gleichfalls im Dezember werden in Großbritannien die ersten Cruise Missiles erwartet. Die Betonbunker, die sie dann aufnehmen sollen, waren schon im Mai fast fertiggestellt.

Reichlich propagandistischen Budenzauber wird es schon noch geben in den nächsten Monaten, je mehr der Beginn der Stationierung selbst näherrückt. Einen ganz neuen Vorschlag von Reagan vielleicht — einen, der ein klein bißchen intelligenter und komplizierter ist als die bisherigen Null- oder Zwischen-Lösungen, mit denen in Europa kein Hund hinterm Ofen hervorzulocken war. Oder vielleicht eine spektakuläre Geste, die als einseitige Abrüstung zu verkaufen ist und wirkliche Verwirrung im europäischen Publikum stiftet. Der Abzug von 1.000 oder mehr atomaren Kurzstreckenwaffen der USA aus Europa, über den in der NATO beraten wird, könnte ein solches Täuschungsmanöver werden.

Die Sowjetunion hat sich offensichtlich schon darauf eingestellt, daß die planmäßige Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missile nicht mehr zu verhindern ist. Sie droht mit entsprechenden Gegenmaßnahmen, und sie scheint es damit ernst zu meinen.

Fortsetzung S. 8



Krefeld, 25.6.1983: 134 Festnahmen, 6 Haftbefehle, zahlreiche Schwerverletzte!

Zu den

Herbstaktionen

in dieser Ausgabe:

PLO vor der Spaltung?

In der schwierigsten Phase der PLO seit ihrem Bestehen finden innerhalb Al-Fatahs, der größten Organisation in der PLO, tiefgreifende Auseinandersetzungen statt, die inzwischen auch bewaffnet ausgetragen werden. Insbesondere PLO-Chef Arafat, zugleich erster Mann Al-Fatahs, ist schwerwiegenden, öffentlich vorgetragenen Kritiken von Teilen seiner eigenen Organisation ausgesetzt. Arafat selbst beschuldigte zunächst den libyschen Staatschef Ghaddafi, inzwischen aber auch den syrischen Präsidenten Assad, Drahtzieher der Opposition zu sein und die PLO spalten zu wollen. Die Oppositionellen werden von der Fatah-Führung als „Meuterer" disqualifiziert, denen man nicht allzu viel Bedeutung beimessen sollte. Sie werden außerdem für die bewaffneten Auseinandersetzungen verantwortlich gemacht. Der folgende Artikel versucht, die Eskalation der Auseinandersetzungen zu beschreiben und Ursachen und Hintergründe für die Zuspitzung der Widersprüche in Al-Fatah zu beleuchten, die durch die Ausweisung Arafats aus Syrien noch weiter verschärft worden sind. Schließlich wird nach der Rolle Syriens gefragt werden, was auch die Frage nach den Abhängigkeiten der verschiedenen Strömungen innerhalb der PLO von den arabischen Regimes einschließt.

Der Anlaß

Der relativ geringfügige Anlaß für die Bildung einer offenen Opposition innerhalb Al-Fatahs wirft ein bezeichnendes Licht auf tiefgehende Widersprüche, die schon seit Jahren innerhalb Al-Fatahs existieren und verschiedentlich zu kleineren Abspaltungen geführt haben. Mitte Mai wollte Arafat die militärischen Kommandoposten in Nord- und Ostlibanon neu besetzen, mit ihm ergebenen, bei den Kämpfern allerdings verachteten Offizieren: Hajj Ismail, vor Beginn der israelischen Invasion Kommandeur in Sidon, und Abu Hajem, ehemals Kommandeur der Süd-Bekaa-Front. Beiden wird der Vorwurf gemacht, sie seien schon am ersten Tag der israelischen Invasion geflohen, sie seien militärisch unfähig und feige; in ihren Einheiten habe Korruption und Erpressung geherrscht. Hajj Ismails Onkel und Adjudant war als israelischer Agent erschossen worden (1).

Die Ernennung dieser beiden Offiziere brachte das Faß zum Überlaufen: Abu Mussa, stellvertretender Stabschef der PLO und Bataillonskommandeur, protestierte und erklärte, weitere Befehle Arafats nicht ausführen zu wollen. Andere Offiziere und Einheiten schlossen sich der Kritik an. Darunter Abu Raad, Chef der Artillerie, der sich während der Belagerung Beiruts hohes Ansehen erworben hatte, und — als politischer Führer — Abu Saleh. Abu Saleh war im Februar aus dem Exekutivkomitee Al-Fatahs ausgeschlossen worden, da er Arafat Verrat vorgeworfen hatte. Er gilt, seit der Ermordung Majid Abu Sharars in Rom im Herbst 1981, als führende Figur des linken Flügels von Al-Fatah.

Die opponierenden Offiziere forderten eine Sondersitzung der Fatah-Führung, die Arafat ablehnte. Statt dessen unternahm Arafat eine Rundrei-

Fortsetzung S. 4

Krefelder Bushfeuer:

Friede, Freude, Polizeiterror

Der Vize kam und es ward dunkel. Wovon Raketengegner nur geträumt hatten, bescherte ihnen das angeblich überlastete Stromnetz: Als vor George Bush, Kanzler Kohl, Oberhaupt Carstens und 1.000 geladenen Gästen zum Auftakt der deutsch-amerikanischen Jubelshow die amerikanische Nationalhymne gespielt wurde, gingen die Lichter aus. Aber dann herrschte vorerst nur noch Harmonie: Von der Verteidigung der Freiheit war die Rede, von festen Verhandlungspositionen, von der sowjetischen Überlegenheit und von jener unverbrüchlichen deutsch-amerikanischen Freundschaft, die mit 13 Familien begonnen hatte, die vor 300 Jahren vom Niederrhein in die Neue Welt aufbrachen. Musik, Beifall und Abtreten ans Buffett.

Die nächste Panne im sorgfältig geplanten Kontrapunkt zum Krefelder Appell: Auf dem Weg zum Empfang trifft die Kolonne des ehemaligen CIA-Chefs unvermutet auf einen Zug Autonomer. Luftholen, her mit den Klamotten und schon haben die Sicherheitskräfte ihren Skandal. Die Luftaufklärung hatte noch 'Freie Fahrt' gegeben...

Eine gute Stunde zuvor war die 1.500 köpfige Demonstration autonomer und antiimperialistischer Gruppen eiskalt und brutal in einer Polizeifalle zusammengeknüppelt worden. NRW-Spezialkommandos hatten nur gewartet, bis sich die gewalttätige Spreu vom friedlichen Weizen getrennt hatte. Bilanz: 134 Demonstranten festgenommen, mindestens sechs Haftbefehle und ein paar Dutzend Verletzte, davon vier krankenhausreif. Dem "Terror der Straße" werde man sich nicht beugen, höhnte der Kanzler. Diese Demonstranten hätten "unser Land in Verruf" gebracht, fiel SPD-Friedensengel Brandt ein.

Und die legalistische Friedensbewegung? Sie feierte ungerührt ihr Fest mit dem "anderen Amerika" und lauschte den Beiträgen der Altvorderen. Robert Jungk: Aufgabe der Friedensbewegung sei es herauszufinden, wer die Provokateure vom Vormittag bezahlt habe. Ganz staatstragend auch Gerd Bastian, der "mit denen nichts zu tun haben" will. Das versammelte Friedensvolk belohnte es wenige Monate vor den Stationierungen mit Beifall, das "Die In" entlang der Bannmeile war ja auch genug der Zivilcourage.

Nur der Vize selbst zeigte sich ungerührt, obwohl ihm immerhin das "Bad in der Menge" versaut worden war. Er komme aus einem Land, trompetete er medienprofessionell, in dem ebenfalls viel demonstriert werde. Er fühle sich jedenfalls wie zu Hause. Unrecht hat er damit gar nicht einmal — seine Regierung verhält sich jedenfalls so.

Volksbefragung!

Es sind noch viele Hürden zu nehmen S. 2

Die Schwierigkeiten der Linken mit der Demokratie S. 15

Nachrichten und Dokumente S. 16 - 18

Kurdistan

Krieg und Völkermord

Es besteht mehr als eine zufällige zeitliche Nähe zwischen verschiedenen Ereignissen, die Ende Mai erneut auf das tragische Schicksal der Kurden aufmerksam machten. Innerhalb einer Woche wurden in Diyabakir im Massenprozeß gegen die Kurdische Arbeiterpartei (PKK) 35 Todesurteile ausgesprochen, insgesamt 572 Angeklagte wurden vor dem Militärgericht verurteilt; sieben weitere Todesstrafen gegen PKK-Angeklagte wurden zur selben Zeit in Birecik ausgesprochen. Gleichzeitig wurde der Einmarsch türkischer Spezialeinheiten der Armee in Süd-Kurdistan bekannt, zeitgleich mit dem Beginn der NATO-Manöver „Adventure Express 83" in Türkisch-Kurdistan.

Fortsetzung S. 3

Volksbefragung

Es sind noch viele Hürden zu nehmen

Die Kampagne für eine Volksbefragung über die ab Dezember dieses Jahres beginnende Stationierung neuer Atomraketen ist auf dem Weg! Wichtige Gruppen haben ihre Unterstützung der Kampagne erklärt. So die Grünen, in deren Bundestagsfraktion vor ein paar Wochen noch skeptische Bedenken oder schlichtes Desinteresse überwogen hatten. Die Grünen wollen nun einen Antrag auf Durchführung einer Volksbefragung in den Bundestag einbringen. Zustimmende Stellungnahmen für eine Volksbefragung gibt es außerdem u.a. vom Initiatorenkreis des Krefelder Appells und vom Bundesvorstand der DFG-VK, also auch aus dem eher traditionellen, z.T. von der DKP beeinflußten Spektrum der Friedensbewegung. In Bremen soll ein Antrag in die Bürgerschaft eingebracht werden, die Wahlen im September mit einer Volksbefragung zur NATO-"Nachrüstung" zu verbinden. In ähnlicher Weise ist für Hessen eine Volksbegehren-Kampagne parallel zu den Landtagswahlen im Herbst beschlossen worden.

Ohne nennenswerte inhaltliche Debatten ist allerdings schon im Vorwege die Idee gekippt worden, nicht nur eine konsultative (d.h. beratende, unverbindliche) Volksbefragung zu fordern, sondern auch einen Volksentscheid, der die Politik der Bundesregierung bindend verpflichten würde. Das bekannte und bewährte Prinzip des "Minimalkonsens" errang erneut einen Sieg durch K.o. — Der KB blieb mit seiner Argumentation, sich nicht schon *vor* Beginn einer Kampagne freiwillig selbst zu reduzieren, allein auf weiter Flur. Groß ist der Schaden wohl nicht, sofern es nun wenigstens beim Eintreten für eine Volksbefragung *bleibt*. Denn das Ergebnis einer Volksbefragung wäre zwar formal betrachtet nicht bindend, würde die Bundesregierung aber realpolitisch kaum weniger stark unter Druck bringen als ein Volksentscheid. Die Frage ist jedoch, ob die Friedensbewegung jetzt offensiv und zügig die Forderung nach einer Volksbefragung vorantreibt, oder ob demnächst noch mehr politische Substanz und auch Zeit verschenkt werden. Einige Indizien geben zu starker Skepsis Anlaß.

Es hat am 12./13.Juni ein erstes bundesweites Treffen gegeben, bei dem praktisch alle Gruppen vertreten waren, die an einer Volksbefragungs-Kampagne interessiert sind. Einer der Streitpunkte auf diesem Treffen bezog sich auf die wichtige Frage, wann und wie ein entsprechender Antrag in den Bundestag eingebracht werden soll. Dabei standen sich als Extreme zwei Positionen gegenüber, die uns *beide* gefährlich zu sein scheinen:

+1. Die grüne Bundestagsfraktion hatte noch schnell *vor* dem Treffen vom 12./13.Juni beschlossen, sehr rasch — womöglich noch im Juni! — einen Antrag im Parlament einzubringen, der eine Volksbefragung im September vorsah. Daß sich für dieses Eilverfahren ausgerechnet die Abgeordneten Reents und Schily stark machten, die zunächst an der Kampagne wenig interessiert gewesen waren oder direkt dagegen argumentiert hatten, konnte schon Anlaß zu kritischem Mißtrauen geben. Daß kein Versuch gemacht worden war, Kooperationsmöglichkeiten mit einzelnen sozialdemokratischen Abgeordneten vorher auszutesten, gehört zu den problematischen Punkten dieses Vorgehens. Ebenso der allzu offensichtliche Versuch, den Antrag noch gerade eben vor dem anstehenden Bundestreffen unter Dach und Fach zu bringen, um "vollendete Tatsachen" zu haben. Hinter diesem überstürzten Vorgehen steht — wie von einigen führenden Grünen auch halböffentlich gesagt wird — die Absicht, das Problem Volksbefragung möglichst schnell hinter sich zu bringen. Ihrer Meinung nach sollte der Antrag im Bundestag nämlich nicht etwa der Auftakt, sondern schon der Schlußpunkt der ganzen Kampagne sein.

+2. Das Vorgehen der Grünen bot auf dem Treffen am 12./13.Juni natürlich breite Angriffsflächen für Kritik von allen Seiten. Herausgekommen ist dabei praktisch, daß die Grünen ihren Beschluß erst einmal wieder kippen mußten, sodaß nun völlig offen ist, wann und unter welchen Umständen die Forderung nach einer Volksbefragung im Bundestag verhandelt werden soll. Alle Zeichen stehen jedenfalls auf *Verzögerung*. Dabei vermengen sich unterschiedliche Interessen und Argumentationen. Auf der einen Seite sind die Leute, die mehr "basisbezogen" diskutieren möchten. Für sie muß eine solche Kampagne vor allem "von unten" kommen. Sie verlangen, daß erst eine große Massenmobilisierung da sein muß, bevor man mit der Forderung auch ins Parlament geht. Auf der anderen Seite stehen eher "traditionelle" Interessen, die vor allem aus dem sozialdemokratischen und DKP-nahen Spektrum kommen. Für sie ist wichtig, daß ein Antrag in den Bundestag erst *dann* eingebracht wird, wenn schon möglichst viele SPD-Gremien und -Abgeordnete fest gewonnen sind. Ihrer Strategie entspricht ein maximales Warten und Rücksichtnehmen auf die SPD. Das kann nach Lage der Dinge natürlich leicht auch mit "basisnahen" Sprüchen garniert werden.

Die Notwendigkeit, sowohl "von unten" her zu mobilisieren wie auch SPD-Politiker zu gewinnen, soll nicht bestritten werden. Die Gefahr ist aber, daß das Unternehmen Volksbefragung jetzt kaputtgezögert wird. Da im Dezember die ersten Raketen stationiert werden und jetzt schon die Bauvorbe reitungen begonnen haben, drängt die Zeit. Das Interesse der SPD ist jedoch, sich vorerst überhaupt nicht festzulegen und auf ihren Parteitag im November zu vertrösten. Der kommt wahrscheinlich auf jeden Fall zu spät, um den Kampf gegen die "Nachrüstung" noch zu beeinflussen. Die Friedensbewegung würde sich zum Narren machen, wenn sie sich auf dieses Spiel einlassen und sich mit leeren Sprüchen darauf vertrösten lassen würde, immer noch einmal abzuwarten, womöglich vor dem SPD-Parteitag keine parlamentarische Initiative zu unternehmen. Ebenso schlimm wäre es, sich von der SPD auch noch die Volksbefragung abhandeln zu lassen und das Unternehmen auf eine "Petition" zu reduzieren, wie von SPDlern schon vorgeschlagen wird.

Die SPD als *Ganzes* ist im Kampf gegen die "Nachrüstung" alles andere als ein Verbündeter. Die Neigung einzelner Sozialdemokraten, sich der Parteidisziplin zu entziehen, ist normalerweise nur schwach entwickelt. Zu einem möglichst frühzeitigen Zeitpunkt das Thema Volksbefragung in den Bundestag zu tragen, ist das sinnvollste Mittel, um der SPD eine Debatte darüber *aufzuzwingen*. Bei den bekannten Strukturen der öffentlichen Meinung in der BRD ist eine Parlamentsdebatte außerdem das wirksamste und schnellste Mittel, breite Bevölkerungskreise mit unserer Forderung zu konfrontieren und Interesse dafür zu wecken. Natürlich darf eine solche Parlamentsdebatte nicht als Schlußpunkt verstanden werden. Der Antrag, der zum jetzigen Zeitpunkt sicher auch von den meisten SPD-Abgeordneten abgelehnt würde, müßte spätestens im Herbst erneut vor den Bundestag gebracht werden.

★★★★★

Polnische Mehlbeutel

Systemvergleiche gehörten Anfang der siebziger Jahre zum festen Bestandteil des Gemeinschaftskundeunterrichts. Das Ergebnis stand zwar bereits von vornherein fest, aber das war ja auch der Zweck der Übung. Später wärmten Slogans wie "Freiheit oder Sozialismus" diese Systemandachten wieder auf.

Dem SPIEGEL gebührt nun das Verdienst, eine aktuelle Form westlicher Humanismuspropaganda geschaffen zu haben, diesmal zum Stichwort "Innere Repression". In seiner Ausgabe vom 6. Juni d.J. berichtet das Blatt über insgesamt neun Spalten von den schreckenverbreitenden polnischen "Motorisierten Einheiten der Bürgermilizen", kurz "ZOMO"genannt. Mindestens 60 Tote gehen seit der Ausrufung des Kriegszustandes im Dezember 1981 auf ihr Konto, bei blutig niedergeschlagenen Demonstrationen ebenso wie unlängst in Warschau, als der 19 jährige Schüler Grzegort Przemyk nach einem Verhör an inneren Verletzungen starb. Die ZOMO, im Volksmund auch "das schlagende Herz der Partei" genannt, bedient sich dabei einer Kombination altertümlicher und hochmoderner Unterdrückungstechnologien: Wasserwerfer, die hierzulande gerade noch von Gartenbauämtern zur Berieselung öffentlicher Grünanlagen genutzt würden, gehören ebenso zum Repertoire wie im Westen bewährte Helme, Schilde, Knüppel und Reizkampfstoffe. Sozialistischen Fortschritt hat nun der SPIEGEL ausgemacht: *"Gegen Demonstranten in Lubin und Grünberg* (die auch polnische Namen haben, Anm.) *im August vorigen Jahres stellte sie* (die ZOMO, Anm.) *eine besonders heimtückische Waffe vor: auf Panzerwagen montierte Linsenreflektoren, deren Strahlen in wenigen Sekunden die Kleider von Menschen in Brand setzen. Die Lichtkanone stammt aus der DDR."* Wenn die Kollegen vom stern schon an der Geschichtschreibung vergreifen, so mag man sich beim Deutschen Nachrichtenmagazin gedacht haben, dann sind für uns die physikalischen Grundgesetze der Optik gerade gut genug. Wir stellen uns in Gedanken vor, wie diese Geschichte beispielsweise aus dem Munde eines westdeutschen Demon-
sind für uns die physikalischen Grundgesetze der Optik gerade gut genug. Wir stellen uns in Gedanken vor, wie diese Geschichte beispielsweise aus dem Munde eines westdeutschen Demonstranten, dem sein Molotow-Cocktail vorzeitig explodierte, auf einen Richter hierzulande wirken könnte. Als schlecht konstruierte Science-Fiction wohl nur mit viel Glück.

Wo der SPIEGEL Zeichen setzt, mag die taz nicht abseits stehen. Zwei Tage nach dem Report über die ZOMO druckte unser linksradikales Blatt mit Herz für abweichende Meinungen eine dpa/afp-Meldung ab, in dem angebliche Demonstrationstips der Solidarnosc zitiert werden: *"Besonders empfohlen wird der Einsatz von Mehl. Mehl bleibt diesen Angaben zufolge an den Plastikschildern* (der Schild, die Schilde!, Anm.) *der Milizsoldaten kleben und ist wegen seiner elektrostatischen Wirkung kaum zu entfernen, einmal auf dem Boden mit Wasser vermischt, wird das Mehl außerdem zu einem klitschigen Teig, auf dem die Soldaten nur schwer vorankommen."* Nur schwer können wir angesichts dieser Meldung jene Bilder langer Schlangen vor polnischen Bäckereien aus dem Gedächtnis verdrängen, aber vielleicht unterschätzen wir auch nur die Leidensbereitschaft des polnischen Volkes, das lieber auf seine Frühstücksbrötchen denn auf eine Distanzwaffe verzichtet.

Wie schön mutet dagegen westlicher Fortschritt an, der uns unlängst wieder einmal anläßlich einer Nicaragua-Demonstration in Hamburgs Innenstadt auffiel. Den am Rande des Umzuges wartenden Fahrgästen des städtischen Busnetzes wurde unvermutet über zwei in den Fahrkartenautomaten eingebaute Lautsprecher mitgeteilt, daß der Linienverkehr während der Demonstration um die Ecke bei Karstadt abfährt. Für die Dauer der Durchsage wurden selbst die Parolen des Protestmarsches übertönt.

In Aldous Huxleys "Schöne Neue Welt" wurde derartiges Gerät bereits vor 50 Jahren als "Synthetofon" mit "synthetischer Aufruhrbeschwichtigung Nummer 2 (mittlere Stärke)" prophezeit. Wer mag da noch an der Überlegenheit des kapitalistischen Systems zweifeln?

★★★★★

§129a jetzt gegen Journalisten

Am 13. bzw. 14.6. sind Michael Klöckner und Benny Härlin, zwei der Gründungsmitglieder der Zeitungskooperative e.V., in der auch die "radikal" herausgegeben wird, verhaftet worden. Am 20.6. wurde entschieden, daß sie weiterhin in Haft bleiben müssen. Begründung für die vorliegende "Fluchtgefahr" ist, daß sie in bindungslosen Zusammenhängen (Wohngemeinschaften) leben. Obwohl beide nicht mehr aktiv an der inhaltlichen Gestaltung der "radikal" beteiligt sind, werden sie beschuldigt, diverse Nachdrucke und Diskussionsbeiträge über und von den Revolutionären Zellen(RZ) veröffentlicht zu haben. Der AL-MdB Dirk Schneider, zur selben Zeit wie die verhafteten Journalisten eingetragenes Gründungsmitglied der Zeitungskooperative e.V., hat am 23.6. Selbstanzeige eingereicht. Der Bundestag muß nun über die Aufhebung seiner Immunität als MdB entscheiden. Voraussichtlich wird schon am Wochenende (also zeitgleich mit der Herausgabe dieser Ausgabe des AK) das Westberliner Kammergericht darüber entscheiden, ob die Anklage gegen Benny und Michael zugelassen wird.

antirep

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; ☎: Redaktion/Verlag 040/435320, Aboverwaltung 040/435346; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-. halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00.
Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 6000
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist.

Erklärung zur Festnahme taz, 24.6.83
von Benny Härlin und Michael Klöckner

„Eine Zeitung ist keine Bombe"

Benny Härlin und Michael Klöckner, zwei Gründungsmitglieder des Vereins Zeitungskooperative e.V., sind inhaftiert und von der politischen Staatsanwaltschaft beim Berliner Kammergericht wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung (§ 129a pp.) angeklagt worden. Der Verein gibt neben anderen Zeitungen die Monatsschrift „radikal" heraus, die vor allem von den etablierten Medien vernachlässigte und unterschlagene Informationen veröffentlicht: Berichte von Bürgerinitiativen, Hausbesetzern, Friedens- und Frauengruppen, sexuellen Minderheiten, Befreiungsbewegungen und auch Erklärungen der Revolutionären Zellen. Zeitschriften wie „radikal" sind unentbehrlich; sie sind Bruchstellen im offiziellen Mediengefüge, in denen die Zweite Kultur ihren unzensierten Ausdruck findet.
Fünfzig Jahre nach der nationalsozialistischen Bücherverbrennung wird in Deutschland wieder eine vermeintliche Gefährdung des Staates wichtiger genommen als die Freiheit des Wortes. Wie 1978 im Verfahren gegen die Agit-Drucker — die nach 129a für das bloße Drucken einer Zeitung verurteilt wurden! — folgen Anklage und Haftbefehle dem Prinzip: Wenn Leute, denen man strafrechtlich relevante Taten nachweisen könnte, nicht zu ermitteln sind, hält man sich einfach an diejenigen, die vor vier Jahren einen eingetragenen Verein gegründet haben.
Wir verlangen die Freilassung von Michael Klöckner und Benny Härlin und die Einstellung aller Ermittlungsverfahren gegen die „radikal".

Bisher haben unterschrieben:

Lothar Baier, Kurt Bartsch, Manfred Bissinger (konkret), Walter Boehlich, Hans Christoph Buch, Peter O. Chotjewitz, Sebastian Cobler, Ingeborg Drewitz, Hans Magnus Enzensberger, Jörg Fauser, Prof. Ossip K. Flechtheim, Christian Geißler, Achim Germer (Landesvorstand der Grünen Niedersachsen), Prof. Helmut Gollwitzer, Günter Grass, Hermann L. Gremliza (konkret), Rudolf Henning (SPD-Sprecher Niedersachsen), KP Herbach, Richard Hey, Marianne Herzog, Prof. Urs Jaeggi, Anna Jonas, Robert Jungk, Yaak Karsunke, Ernst Köhler, Jo Leinen (BBU-Vorstand), Volker Ludwig, Werner Mathes (tip Berlin), Detlef Michel, Karl Markus Michel, Prof. Wolf-Dieter Narr, Aras Ören, Leonie Ossowski, Wolfgang Porth, Karin Reschke, Ronald M. Schernikau, Henning Schierhol (Grünen-Nachrücker Bonn), Klaus Schlesinger, Peter Schneider, Wolfram Schütte (Frankfurter Rundschau), Gerhard Seyfried, Tilman Spengler, Bettina Wegner, Prof. Uwe Wesel, Harald Wieser (Spiegel), Autorenbuchhandlung Berlin (die Mitarbeiter), die Zeitschriften „Ästhetik&Kommunikation", „Courage", „Emma", „Kursbuch", „Moderne Zeiten", „Prokla", „Tumult", die Frankfurter Stadtzeitung „Pflasterstrand", „die Tageszeitung" Berlin, alternative Verlage :transit Verlag, Rotbuch Verlag, Barbara Herzbruch, Thomas Schmid (für den Wagenbach Verlag), GAL-Fraktion der Bürgerschaft Hamburg, Die Grünen im Bundestag, Die Grünen im Niedersächsischen Landtag, Gaby Gottwald (Grüne MdB), Wolfgang Fabig (F.D.P., Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus), Kurt Neumann (SPD, Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus), Alternative Liste im Berliner Abgeordnetenhaus, Dr. Wilhelm Wiegreffe (SPD-Sprecher Berlin), Annette Humpe (Ideal), Rio Reiser (Ton Steine Scherben), Tillmann Fichter, Baustadtrat Werner Orlowski (Kreuzberg) und 19 Rechtsanwälte.

Krieg und Völkermord

Fortsetzung von S. 1

Donnerstag, den 26. Mai, gab die türkische Regierung zu, daß türkische Militäreinheiten eine „zeitlich begrenzte militärische Operation" gegen „bewaffnete Gruppen" im Grenzgebiet zum Irak begonnen hätten („Le Monde" — „LM", 28.5.83). Zu dieser Erklärung kam es, nachdem Meldungen über den Einmarsch türkischer Militärs in Irakisch-Kurdistan international verbreitet worden waren.

Ca. 4.000 Mann der Spezialeinheit „Blaue Barette" drangen mit Hubschraubern und Panzern 30 km weit in irakisches Territorium ein („LM", 28.5.83). Andere Quellen sprechen von rund 10.000 Soldaten, die 200 km tief in den Irak bis zur Stadt Dohuk vorgedrungen seien („Tagesspiegel", Westberlin, 28.5.83).

1.500 bis 2.000 Menschen, kurdische Freiheitskämpfer wie auch Kämpfer in der Türkei verbotener revolutionärer Organisationen sollen dabei festgenommen und in türkische und irakische Gefängnisse geschleppt worden sein („LM", 31.5., „Süddeutsche Zeitung" — „SZ", 31.5., „Neue Zürcher Zeitung" — „NZZ", 1.6.). Die türkische Regierung spricht von der Festnahme „türkischer Linksextremisten" und „armenischer Terroristen". Während des Einmarsches sollen wenigstens sechs Soldaten getötet worden sein, eine weitere Militäreinheit aus dem Westen der Türkei wurde zur Verstärkung angefordert („LM" 28.5.).

In Diyabakir wurde am 27.5. den ganzen Tag über im Radio zu Blutspenden aufgerufen, schon zuvor waren an verschiedenen Orten Lazarette aufgebaut worden. Offensichtlich haben die türkischen Militärs mit Widerstandsaktionen gerechnet (Komkar/Birkom-Pressemitteilung). Schon eine Woche zuvor war über das Grenzgebiet eine strikte Nachrichtensperre verhängt worden.

Obwohl die türkische Regierung am 29. Mai den erfolgreichen Abschluß der Operation und den Rückzug ihrer Soldaten auf türkisches Territorium bekanntgab, ist davon auszugehen, daß der Einmarsch andauert („LM", 2.6.83). Die türkischen Truppen im Irak sind sogar — nach Angaben der irakischen Kurdischen Demokratischen Partei/KDP — verstärkt worden, in der Gegend von Zakko, Patofa und Kani Masi befinden sich kurdische Freiheitskämpfer zwischen irakischen und türkischen Truppen in der Zange („SZ", 8.6.83).

Vertreter der türkischen und irakischen Regierungen beeilten sich, offiziell mitzuteilen, die Aktion sei abgesprochen gewesen und diene der Wiederherstellung von „Sicherheit und Ordnung" im Grenzgebiet. Am 29. Mai reiste der türkische Außenminister Türkmen zu einem Blitzbesuch nach Ankara. Nach seiner Rückkehr betonte er, auch in Zukunft werde die Zusammenarbeit mit dem Irak zur Herstellung von „Ruhe und Ordnung" im Grenzgebiet fortgesetzt werden („Newspot", 10.6.83). Der irakische Botschafter in Ankara überbrachte einen „herzlichen" Dank seiner Regierung für den „Erfolg der Operation" („SZ", 31.5.83).

Von verschiedenen kurdischen Befreiungsorganisationen wird seit einiger Zeit mit der Möglichkeit eines Einmarsches türkischer Truppen im Irak bzw. Irakisch-Kurdistan und der Besetzung Süd-Kurdistans gerechnet (siehe dazu auch nebenstehende Auszüge aus der kurdischen Zeitung „Serxwebun"). Schon früher hatte es „Strafexpeditionen" türkischer Gendarmerie z. B. in kurdische Gebiete in Syrien hinein gegeben. Im Februar dieses Jahres wurden Übereinkommen mit dem Irak zur „Neubestimmung und Neubefestigung des Grenzverlaufs" bekanntgegeben. Auf diese Übereinkommen, die auch das Recht türkischer Polizei- und Militäreinheiten zur Überschreitung der irakischen Grenze einschlossen, stützt sich offensichtlich die nun durchgeführte Aktion („Kurdistan Report", Extrablatt, Komkar-Info). In Bolu hat eine Spezialeinheit zur Durchführung von Razzien in Kurdistan ihren Sitz („LM", 28.5.83). Schon Mitte der 70er Jahre waren Abkommen zwischen dem Irak und der Türkei geschlossen worden, jeweils 30 km auf jeder Seite der Grenze zu entvölkern, die Kurden zu vertreiben und eine riesige militärische Sperrzone zu schaffen. Diese Pläne konnten nicht zufriedenstellend durchgeführt werden.

Die Kurden, deren Wohngebiete in der Zwischenkriegszeit unter den Ländern Türkei, Iran, Irak und Syrien verteilt wurden, sind traditionell den Regimes in diesen Ländern ein Dorn im Auge. Dies rührt zum großen Teil her von ihrer von jeder Zentralgewalt unabhängigen Lebensweise, die es bislang unmöglich machte, kurdische Gebiete anders als mit Waffengewalt zu regieren. Der „Unruhefaktor", der die innenpolitische Lage der Länder beeinflußt, hat schon früher Zweckbündnisse der Besatzer-Regimes hervorgebracht. Kurdenaufstände und ihre blutige Zerschlagung gab es in der Türkei während der 20er und 30er Jahre, 1979/80 starteten die Armeen Chomeihnys zwei Versuche, autonome Gebiete der Kurden im Iran zu zerschlagen (vergl. AK 161, 172, 176 und 182).

In der Türkei, zu deren Territorium der größte Teil Kurdistans gehört, zählt die Unterdrückung der Kurden zu den Grundpfeilern ‚kemalistischer' Politik seit Atatürk. Zahlreiche Kurden hatten den Unabhängigkeitskampf Atatürks unterstützt, der ihnen Autonomie versprach. Ihre Hoffnungen, so Autonomie für Kurdistan zu erreichen, wurden blutig zerschlagen. Von Anfang an waren die Kurden im Sinne des Kemalismus „Bergtürken", die Existenz eines kurdischen Volkes wurde geleugnet. 1924 wurde die Benutzung der kurdischen Sprache, ebenso jede Organisierung als Kurden zum kriminellen Delikt der „Zerstörung der nationalen Einheit" erklärt. Aufstände der Kurden wurden 1925, 1930 und 1937 blutig niedergeschlagen, zehntausende wurden in den Westen der Türkei verschleppt, Kurdistan zum militärischen Sperrgebiet erklärt und bis 1965 jeder Zutritt Fremder verboten. Bis in die 70er Jahre hinein glaubten die türkischen Herrscher, das „Kurdenproblem" durch Verschleppungen und Assimilationspolitik weitgehend gelöst zu haben. Die unerträglichen Lebensbedingungen bewirkten zudem eine starke Abwanderung kurdischer Familien in den Westen der Türkei. Ein neues Entstehen von zahlreichen Befreiungsorganisationen erschütterte diesen Glauben und seit dem Militärputsch vom 11. September 1980 wurde Türkei-Kurdistan systematisch „erobert". Dreiviertel der über 600.000 Mann star-

schleppt, Kurdistan zum militärischen Sperrgebiet erklärt und bis 1965 jeder Zutritt Fremder verboten. Bis in die 70er Jahre hinein glaubten die türkischen Herrscher, das „Kurdenproblem" durch Verschleppungen und Assimilationspolitik weitgehend gelöst zu haben. Die unerträglichen Lebensbedingungen bewirkten zudem eine starke Abwanderung kurdischer Familien in den Westen der Türkei. Ein neues Entstehen von zahlreichen Befreiungsorganisationen erschütterte diesen Glauben und seit dem Militärputsch vom 11. September 1980 wurde Türkei-Kurdistan systematisch „erobert". Dreiviertel der über 600.000 Mann star-

ken türkischen Streitkräfte wurden in Kurdistan stationiert. In Erzurum, Mus und Batmann wurden in den letzten Jahren die NATO/US-Stützpunkte als Basen für die „Schnelle Eingreiftruppe" ausgebaut. Große Mengen Waffen, darunter Atomsprengköpfe, biologische und chemische Kampfstoffe, sind hier gelagert („Komkar-Info", „Türkei-Informationen"). Ein Großteil der NATO-Frühwarnsysteme der Türkei befindet sich in kurdischem Gebiet. Armee und Konter-Guerilla-Spezialeinheiten führen ständig Razzien unter den Kurden durch. Bei diesen Operationen werden die Bewohner ganzer Dörfer mißhandelt, gefoltert, ermordet oder zwangsumgesiedelt. Im Gefängnis von Diyabakir vegetieren politische Gefangene unter grausamsten Haftbedingungen. Morde und Tote nach Folterungen sind in den Militärgefängnissen in Türkei-Kurdistan weitaus häufiger, als in den westlicher gelegenen, das Ziel der faschistischen Militärs ist hier die physische Vernichtung der Köpfe der kurdischen Bewegung. Seit der Ausrufung des Kriegsrechts 1979 sind 120.000 Häftlinge durch das „Todeslager" Diyabakir gegangen. Seit dem Putsch wurden mehr als 11.000 Haftbefehle ausgestellt („taz", 3.5.83).

Kurdistan ist nicht nur wegen seiner unbeugsamen Bewohner und der Existenz von Autonomiebestrebungen militärisches Einsatzgebiet. Wirtschaftliche Gründe, die Existenz relevanter Bodenschätze sowie wichtiger Handelswege (alte „Seidenstraße", Erdölpipeline nach Europa), aber vor allem militär-strategische Erwägungen machen das Gebiet für NATO-Interessen im Nahen und Mittleren Osten bedeutend. Wenn von NATO-Interessen im Zusammenhang mit der Türkei die Rede ist, ist hauptsächlich „Ostanatolien", d. h. Türkei-Kurdistan gemeint. In diesem „Südostpfeiler der NATO" verfügt die NATO über mehr als 100 Stützpunkte, Radarfrühwarnsysteme und Atomwaffenlager, deren Aufgabe als „Brückenkopf" gegenüber der Sowjetunion und dem Unruheherd Nahost zu einer Militarisierung aller Lebensbereiche in der Türkei geführt hat. Ständig finden NATO-Manöver in Kurdistan statt.

Mit dem Aufbau der Schnellen Eingreiftruppe wurden Stützpunkte in Kurdistan als Basen ausgebaut. Bei dem Ende Mai bis Ende Juni durchgeführten NATO-Manöver „Adventure Express 83" waren neben Fallschirmjägern u.a. Soldaten aus der Bundesrepublik, Italien, Belgien, Großbritannien und USA auch Teile der Schnellen Eingreiftruppe an Luftübungen und Bodenmanövern zur Erprobung der „Verteidigung der Südostflanke der NATO" eingesetzt („Komkar-Info", „SZ", 10.6.83).

Vertreter der Kurdischen Befreiungsbewegung wußten zu berichten, daß in diesen Manövern auch Aufstandsbekämpfung gegen Kurden geprobt wurde (Pressekonferenz 10.6.83 in Hamburg).



PKK-Hauptprozeß: 578 kurdische Revolutionäre angeklagt



PKK-Hauptprozeß: 578 kurdische Revolutionäre angeklagt



Waffen aus der BRD an die Türkei

Während sich die Friedensbewegung auf die Ankunft der US-Raketen im Herbst vorbereitet, läuft der Transport von Militärmaterial in umgekehrter Richtung ungehindert. Eine Woche vor Beginn der Manöver in Kurdistan wurden 200 Radfahrzeuge mit der Deut-

HDW und zwei auf türkischen Werften gebaut werden. Die BRD will für das Geschäft einen Kredit von 600 Millionen DM beisteuern (7), den Aufbau der nationalen Kriegsindustrie unterstützen hauptsächlich die USA und die BRD.

Daneben werden auch ausrangierte

Waffen aus der BRD an die Türkei

Während sich die Friedensbewegung auf die Ankunft der US-Raketen im Herbst vorbereitet, läuft der Transport von Militärmaterial in umgekehrter Richtung ungehindert. Eine Woche vor Beginn der Manöver in Kurdistan wurden 200 Radfahrzeuge mit der Deut-

HDW und zwei auf türkischen Werften gebaut werden. Die BRD will für das Geschäft einen Kredit von 600 Millionen DM beisteuern (7), den Aufbau der nationalen Kriegsindustrie unterstützen hauptsächlich die USA und die BRD.

Daneben werden auch ausrangierte

schen Bundesbahn nach Emden transportiert. Diese *„sollen bei einem NATO-Manöver in der Türkei eingesetzt werden. Dort übt die Eingreiftruppe Allied Mobile Force (AMF)"* (1).

Auf ähnlichem Wege wurden schon im letzten Jahr 400 Panzertransporter der Firma Faun und Militärunimogs von Daimler Benz über Bremen in den Irak verschifft (2). Mit beim Geschäft ist die senatseigene Bremer Lagerhaus Gesellschaft.

Die BRD als wichtigster Handelspartner der Türkei in Europa hat ein Interesse an den stabilen Verhältnissen, wie sie die Militärjunta garantiert. H. O. Thierbach, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, reiste mit einer Wirtschaftsdelegation Ende April nach Ankara und konnte dort feststellen: *„Wir können nur hoffen, daß sich alle hochverschuldeten Länder an der Türkei ein Beispiel nehmen und sich so positiv entwickeln"* (3). Damit wäre wohl auch der Weg zu neuer finanzieller Unterstützung geebnet. Allein 1982 betrug die Wirtschafts- und Militärhilfe der BRD 600 Millionen DM, die benötigt werden, um die Türkei nach dem Iran-Desaster als neue Ordnungsmacht im Nahen Osten aufzubauen.

Aber die Kontakte unter NATO-Partnern sind natürlich intimer. Seit 1972 unterhalten die türkischen Streitkräfte in Koblenz einen Verbindungsstab für den Kontakt mit der deutschen Rüstungsindustrie (4). Die Bundeswehr ihrerseits hat „Mobile Training Teams" in die Türkei geschickt, um deren *„niedrigen Ausbildungsstand an den Leistungsstandard anderer NATO-Luftwaffen"* heranzuführen (5). Als Beigabe gab es im Februar 1983 fünf ausrangierte Flugzeuge vom Typ F-104, insgesamt sollen 120 Starfighter der Türkei zu symbolischen Preisen überlassen werden.

Die türkische Marine will vier MEKO-Fregatten Typ 200 kaufen. Eine soll bei Blohm & Voß, eine bei

Marineschiffe übergeben, so z. B. der Tender ISAR (Reserveflottille Wilhelmshaven) (8) und die Fregatte KARLSRUHE (2. Geleitgeschwader Wilhelmshaven) an den Marinestützpunkt Gölcük bei Istanbul (9).

Verdient hat sich die Türkei diese Unterstützung, weil sie *„wie alle Mitglieder des Atlantischen Bündnisses eine besondere Verantwortung zur Wahrung der Grundsätze der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte übernommen hat"*.

So jedenfalls Wolf Reckzeh in der „Europäischen Wehrkunde", Januar 1982.

Für alle die, die anderer Meinung sind: Am 10.7. sollen Teile der AMF nach Emden vom Manöver zurückkommen!

21.6., Antimil KB/Bremen

Anmerkungen

1) „Emdener Zeitung", 20.5.83
2) „Bremer Blatt", November 1982
3) „Deutsche Tagespost", 20.4.83
4) „Alternative Türkeihilfe", 8.9.82
5) „Europäische Wehrkunde", 1/82
6) entfällt
7) „Türkei-Information", 7.6.83
8) „Marine" 1/83
9) „Marine" 4/83

Nato-Manöver in der Türkei

Istanbul, 19. Juni. (ap) Nato-Generalsekretär *Luns* und der Nato-Oberbefehlshaber in Europa, General *Bernard Rogers*, haben am Sonntag mit weiteren Vertretern des Nordatlantikpakts und des türkischen Militärs Manöver in der *Osttürkei* rund 100 Kilometer von der *sowjetischen Grenze* entfernt beobachtet. Sie verfolgten, wie Einheiten der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten *mobilen Einsatztruppe* der Nato und türkische Soldaten einen simulierten Angriff von jenseits der Grenze zurückschlugen. Die Manöver, die unter dem Namen *«Adventure Express 83»* laufen, sind seit dem 28. Mai im Gange.

NZZ, 21.6.83

Was passiert an der irakischen Grenze?

(Auszüge aus einem Artikel eines Genossen der Kurdischen Arbeiterpartei PKK aus Irakisch-Kurdistan, erschienen in der Mai-Ausgabe von „Serxwebun")

„... Der Schauplatz der absehbaren Abenteuer der türkischen Bourgeoisie sind Süd-Kurdistan und der Irak. Der Irak zählt heute zu den innenpolitisch konfliktreichsten Ländern, in denen ein ständiger Kampf von revolutionären mit den antirevolutionären Kräften abläuft. Die Saddam-Diktatur, die unter dem Einfluß des Imperialismus und der arabischen Reaktionäre die 1975 gemachten Zugeständnisse zurücknehmen und die eigene Lage am persischen Golf durch den iranisch-irakischen Krieg stärken will, steht heute vor dem Zusammenbruch. Diese Situation des Irak lenkt die Aufmerksamkeit der revolutionären und fortschrittlichen Kräfte des Nahen Osten, die aller Antirevolutionäre, des Imperialismus und der regionalen Reaktion auf sich. Jede dieser Kräfte trifft eigennützige massive Maßnahmen. Der USA-Imperialismus möchte nicht wieder die gleiche Niederlage wie im Iran erleben.

... Die Türkei beobachtet die Entwicklung im Irak aus der Nähe. Sie ist eine der wichtigsten Kräfte, die eine reaktionäre Handlanger-Regierung gern sehen. Der Sturz der Saddam-Diktatur, die Einrichtung einer antiimperialistischen Regierung im Irak wäre ein schwerer Schlag für den türkischen Faschismus:

1. Der einzige auswärtsführende Landweg wäre verschlossen und die Türkei von verfeindeten bzw. Ländern, mit denen sie Konflikte hat, umgeben.

2. Die Türkei würde wirtschaftliche und geschäftliche Verluste erleiden, weil der Irak der Exportpartner Nr. 1 der Türkei ist. Die Türkei liefert Produkte der mittleren Industrie an den Irak und deckt einen wichtigen Teil ihres Erdölbedarfs aus dem Irak.

3. Der Sturz der irakischen Reaktionäre wäre ein bedeutender Schlag für die regionalen Reaktionäre und somit eine Stärkung der antiimperialistischen Kräfte.

... Die Vorbereitungen auf den Eingriff und die Besetzung durch die faschistische Junta und ihre Verbündeten wurden oben erläutert. Wie sonst soll man die Bemühungen deuten, die die USA-Imperialisten auf dem Wege der „Modernisierung der türkischen Streitkräfte" führen, die teigende Militärhilfe, den Kauf von 160 7.16-Kriegsflugzeugen, die Errichtung militärischer Flughäfen in fast allen Provinzen in Nordwest-Kurdistan, die Stationierung von Kommando-Einheiten usw.? Läßt sich dies alles als Schutz gegen die „Gefahr Sowjetunion" oder gegen den, von den faschistischen Machthabern ohne Zögern behaupteten Bürgerkrieg im Land erklären? Das Ziel der bewaffneten Soldaten und der errichteten Flughäfen ist keineswegs die Sowjetunion, sondern Kurdistan, Irak und der Persische Golf.

... Auf die Möglichkeit hin, daß die irakische reaktionäre Regierung gestürzt wird, plant die faschistische Junta mit größter Wahrscheinlichkeit, sich in Iraks Angelegenheiten einzumischen, um somit Süd-Kurdistan zu besetzen. Dies begann im Frühjahr. Die faschistische Junta beabsichtigt, während der „Neubestimmung des Grenzverlaufs und der Neubepfostung der Grenzlinie" zahlreiche Sammelplätze für Soldaten zu errichten, das Militär auf allen strategisch wichtigen Gebieten zu stationieren, erforderliche Verbindungslinien zu erweitern, was die Manövrierfähigkeit der Streitkräfte stärken würde und wodurch viele Gebiete leichter anzugreifen wären. Deswegen wird sie, wenn nötig, 'zig Kilometer breite Landstriche in Nordwest-Kurdistan entvölkern, die heimische Bevölkerung durch Massaker zur obligatorischen Umsiedlung zwingen, hunderte von Kilometern lange, 'zig Kilometer breite Gebiete absperren und zu militärischem Gebiet erklären. Bei der Wahl der Gebiete für die Stationierung der Soldaten wird kein Unterschied zwischen den türkischen und irakischen Territorien gemacht, sondern die Truppen auf strategisch wichtigen Punkten aufgestellt, die Machtlosigkeit der irakischen Regierung ausgenutzt und die Ohnmacht der Opposition im Volk ausgenutzt und Süd-Kurdistan besetzt. Die schwache Saddam-Regierung, die eine unterstützende Kraft bei der Bekämpfung der Opposition, aber wiederum gegen die faschistische Junta ist, überläßt freiwillig die Kontrolle vieler Gebiete den türkischen Machthabern. Sehr bemerkenswert ist auch, daß die Saddam-Diktatur nicht nur das Eindringen der türkischen faschistischen Regierung in ihre Territorien duldet, sondern auch die durch die Stationierung der Truppen entstandenen Kosten trägt..."

(Übersetzung nach „Kurdistan Report", Extrablatt, Juni 1983)

Droht die Spaltung der PLO?

Fortsetzung von S. 1

se bei den palästinensischen Einheiten im Libanon — erstmals seit dem Abzug aus Beirut —, um sich ihrer Unterstützung zu versichern.

Ohne in Diskussion mit den oppositionellen Offizieren zu treten, berief Arafat eine Sitzung des Exekutiv-Komitees nach Damaskus ein, das die fünf Offiziere von ihren Posten absetzte und den Nachschub von Waffen, Lebensmitteln und Geld an die Einheiten sperrte (2).

Kritik und Forderungen der Opposition

Auf Flugblättern, die in Damaskus verteilt wurden, formulierten die oppositionellen Offiziere ihre Kritik an der Politik und dem Führungsstil Arafats:

— Arafat habe beim Abzug aus Beirut nicht genügend Vorsicht an den Tag gelegt und damit schwere Konsequenzen für die im Libanon verbliebenen Zivilisten riskiert;
— er vernachlässige die militärische Option;
— er plane den Abzug der Kämpfer aus dem Libanon und trete für den Reagan-Friedensplan ein;
— er betreibe einen Ausverkauf palästinensischer Interessen an Jordanien und die USA.

Folgende Forderungen wurden erhoben:

— Sammlung aller palästinensischen Truppen in der Bekaa-Ebene, *„um den bewaffneten Kampf zu eskalieren"*;
— Aufstellung eines detaillierten Aktionsplanes für militärische Operationen;
— Einsetzung eines Finanzkomitees, das die Vorwürfe von Korruption und Geldverschwendung innerhalb der Fatah-Führung prüfen soll;
— Einberufung eines außerordentlichen Fatah-Kongresses, auf dem die Streitfragen geklärt und eine „kollegiale Führung" eingesetzt werden soll (3).

Insbesondere die letzte Forderung wird von der Fatah-Opposition immer wieder bekräftigt. Der Kongreß ist das oberste Beschlußorgan, besteht aus 400 Mitgliedern und soll normalerweise alle drei Jahre tagen. Gegründet wurde Al-Fatah 1959, der Kongreß tagte 1980 zum vierten Mal!

Abu Ahram, der politische Verantwortliche von Al-Fatah im Libanon, schloß sich, wegen der zweideutigen Haltung der Mehrheit der Fatah-Führung zum Reagan-Plan und wegen des Konföderationsplanes mit Jordanien, ebenfalls der Opposition an (4). Er schloß in seiner Erklärung *„jede Vermittlung"* Syriens in dem internen Konflikt der Fatah aus und forderte die Abhaltung eines Fatah-Kongresses, an dem *„die Ehrenhaften und die Kämpfer, und nicht die Diebe, die Abweichler und die Feiglinge"* teilnehmen sollten. Die Mehrheit der Verantwortlichen der Fatah seien gegen den Rückzug der palästinensischen Kämpfer aus Beirut gewesen. Einige Kader hätten sogar damit gedroht, auf die Schiffe zu schießen, mit denen sie evakuiert werden sollten. *„Wir sind entschlossen, nach Sabra und Shatila zurückzukehren, und in den Südlibanon, von wo wir für die Befreiung Palästinas starten werden. Sollen doch die, die in Illusionen der amerikanischen Projekte leben, nach Tunesien gehen, sie können sich dort dann an den Stränden ausruhen"*. Er erklärte sich überzeugt, daß die gesamte Fatah und die anderen palästinensischen Organisationen sich schließlich der Opposition Abu Mussas anschließen würden. 28 Verantwortliche und Kader hätten in der Bekaa-Ebene ein Memorandum an die Fatah-Führung beschlossen, in dem sie ihre *„volle Unterstützung"* für die *„gerechten und legitimen Forderungen"* der Protestbewegung bekräftigt und abgelehnt hätten, zu den Waffen zu greifen, um den Streit, der unter Mitgliedern der gleichen Organisation ausgebrochen sei, zu beenden (5).

Die Stellungnahme Abu Ahrams, der immerhin eine bedeutende Funktion innerhalb Al-Fatahs im Libanon hat, macht deutlich, daß zumindest Teile der Opposition aus ihrer Kritik an offensichtlichen Mißständen innerhalb Al-Fatahs und der PLO heraus in recht unrealistischer Weise zu einem generellen Rundumschlag gegen die Politik der PLO-Führung ausholen, was in Konsequenz auch zu einer Ablehnung der auf dem 16. Palästinensischen Nationalrat erreichten Kompromisse führen könnte. Dies ist allerdings auch eine Folge davon, daß Arafat versucht, diese Beschlüsse in seiner Weise auszulegen. (Es sei daran erinnert, daß die Übertragung des Verhandlungsmandates auf König Hussein am Einspruch des Fatah-Revolutionsrates scheiterte). Vor allem aber ist dies eine Folge der Tatsache, daß sich der palästinensische Widerstand angesichts der Kompromißlosigkeit der USA und Israels und angesichts des Interesses der arabischen Staaten, die PLO schwach zu halten und ebenfalls keinen palästinensischen Teilstaat zuzulassen, in einer nahezu ausweglosen Situation befindet. Die durch die Beschlüsse des Palästinensischen Nationalrates ermöglichte Diplomatie Arafats ist gescheitert, d.h. die Position, durch weitestgehende Zugeständnisse — z.B. Verhandlungsmandat an Hussein, verbunden mit der Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs der PLO, Konföderation mit Jordanien — den endgültigen Verlust des Westjordanlandes durch die israelische Siedlungs-, Enteignungs- und Vertreibungspolitik zu verhindern. Für einen Siedlungsstopp wollten die USA keine Garantie abgeben. Das alles hat die Position Arafats geschwächt, und im Grunde hat das Ansehen und die diplomatische Anerkennung, die die PLO während der Belagerung Beiruts erringen konnte, zerrinnen lassen. Die hartnäckige Haltung Israels in den besetzten Gebieten könnte angesichts des gegebenen Kräfteverhältnisses in nächster Zeit auch zu einem Sinken des Einflusses der PLO in den besetzten Gebieten führen.

Umgekehrt erfahren die Kämpfer im Libanon, daß sie mit den immer zahlreicher durchgeführten bewaffneten Aktionen der israelischen Armee im Libanon durchaus empfindliche Schläge versetzen können; 150 israelische Soldaten wurden nach der Evakuierung Beiruts getötet. Das hat zu einer wachsenden Kritik in Israel an der fortdauernden Besetzung Libanons geführt. Mord, Terror und Massaker der israelischen Armee und der libanesischen Faschisten an der palästinensischen Zivilbevölkerung — die ja vorhersehbar waren — haben den moralischen Druck auf die Kämpfer sicher enorm erhöht. Dies lenkt u.a. auch von der Notwendigkeit ab, sich über Strategie und Taktik des bewaffneten palästinensischen Kampfes neue Gedanken zu machen. Soweit zunächst zu den Zielen und Vorstellungen der Opposition innerhalb Al-Fatahs.

Eskalation der Auseinandersetzungen

Arafat reagierte auf die Kritik wie üblich: Er versuchte die Opposition kaltzustellen. Der Stopp des Nachschubes führte zu Besetzungen von Al-Fatah-Verwaltungsstellen und Depots in Damaskus. Das Verhältnis zwischen der Fata-Führung und dem syrischen Regime, seit der israelischen Invasion und dem Abzug aus Beirut gespannt, verschlechterte sich dramatisch. Die offizielle palästinensische Nachrichtenagentur WAFA behauptete, die Depots seien von einer Truppe der syrischen Behörden bewacht worden, was nichts anderes bedeutete, als daß diese den Oppositionellen „übergeben" wurden.

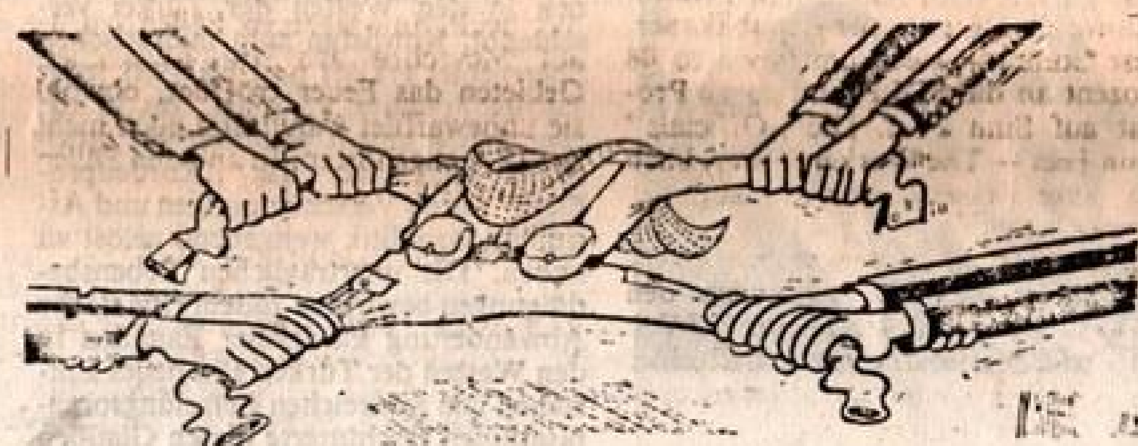
Gleichzeitig entchied eine Versammlung höherer Kader unter Vorsitz von Arafat, Stellungen außerhalb von Damaskus künftig zu verteidigen. Bisher sei keine Gewalt angewendet worden, aber das Risiko, daß die Meutereien zunehmen, würde die Fatah dazu zwingen, *„jede Person und jede Gruppe zurückzudrängen, die versucht, sich unserer Stellungen zu bemächtigen."*

Syrien informierte beide Seiten, daß es bewaffnete Auseinandersetzungen nicht zulassen würde, und umstellte im Bekaa-Tal die Basen der oppositionellen Fedayin. Abu Mussa schloß zu diesem Zeitpunkt bewaffnete Zusammenstöße nicht mehr aus (7). In den nachfolgenden Auseinandersetzungen beschuldigten sich beide Seiten gegenseitig, angegriffen zu haben.

Die Methode Arafats allerdings, durch Ausnutzung seiner Machtpositionen oppositionelle Strömungen auszuschalten und auch zu liquidieren, ist nicht neu. Beispielsweise gab Arafat gegenüber der kuwaitischen Zeitung „Al Quabas" an, er habe kürzlich fünf Angehörige der Gruppe Abu Nidal im Bekaa-Tal exekutieren lassen, weil sie versucht hätten, Abu Iyad, den Stellvertreter Arafats, zu ermorden. Die Leichen der fünf waren am 9. Mai gefunden worden (8). Kurze Zeit später kam ein enger Mitarbeiter Arafats, Abu Siyad, der an indirekten Verhandlungen über einen Gefangenenaustausch mit Israel beteiligt war, bei einem Sprengstoffanschlag in Baalbek ums Leben (9).

Als nach der israelischen Invasion im Südlibanon im März 1978 eine größere Oppositionsströmung innerhalb der Fatah u.a. nicht mit dem zwischen Syrien und der PLO ausgehandelten Waffenstillstand im Südlibanon einverstanden war, ließ Arafat durch Abu Jihad kurzerhand die gesamte Gruppe Abu Dauds verhaften (123 Mann) und zwei von ihnen, nachdem er seine Machtpositon gefestigt hatte, hinrichten. Sowohl Abu Daud als auch Naji Alush traten in der Folge aus der Fatah aus; Naji Alush gründete die Arabische Volksbefreiungsbewegung. Die beiden anderen Führer der oppositionellen Strömung blieben in der Fatah: Majid Abu Sharar (wurde 1981 ermordet) und Abu Saleh (heute politischer Führer der Oppositionsströmung). Kritisiert wurde vor allem die — geheime — Aufrechterhaltung der Beziehungen zum ägyptischen Regime auch nach dem Jerusalem-Besuchs Sadats im November 1977 und die verstärkte Hinwendung zum saudischen Regime, die die Abhängigkeit von Syrien mindern sollte. Die Aufrechterhaltung und Verstärkung dieser Beziehungen sollte schon damals die Voraussetzungen für die rechten PLO-Führer schaffen, an der imperialistischen Lösung teilnehmen. Ganz in diesem Sinne versicherte denn auch eine Al-Fatah-Delegation dem damaligen saudischen Kronprinzen Fahd, daß die Bildung der Front der Standfestigkeit und Konfrontation nur eine vorläufige Sache sei (10).

Damals konnte Arafat mit Hilfe des Ausbaus des Militär- und „Sicherheits"-Netzes unter Führung von Abu Jihad, der als bester Vertrauter des saudischen Regimes gilt, seine Machtstellung ausbauen und die Opposition mundtot machen. Das Taktieren Arafats zwischen den verschiedenen Regimes wurde damals auch von dem Führer des rechten Flügels der Fatah, Khaled al-Hassan, kritisiert, weil das die Palästinenser zu Gefangenen der Strategien anderer machen würde (10).



MEI – 10 June 1983

Stellungnahmen anderer palästinensischer Organisationen

Die beiden wichtigsten palästinensischen Organisationen nach der Fatah, die PFLP (Habasch) und die DF (Hawathmeh) haben im großen und ganzen die Forderungen unterstützt, obwohl sie einige wohl für zu weitgehend halten; insbesondere haben sie versucht, darauf einzuwirken, daß die Auseinandersetzungen nicht bewaffnet ausgetragen werden (11).

In einem gemeinsamen Kommunique forderten beide Organisationen eine demokratische Reform *„auf der Basis der nationalen Einheit"*. Eine Beschleunigung der Reformen unter den Kadern, in den Institutionen und Organisationen der PLO und in den Reihen der palästinensischen Streitkräfte würde die Rolle beenden, die die bürokratischen und verbürgerten militärischen, administrativen und diplomatischen Kräfte spielen (12). Bei einem Treffen mit Arafat vor der Tagung des Revolutionsrates der Fatah (s. unten) erklärte Hawatmeh, daß die palästinensisch-syrischen Beziehungen korrigiert, die Ablehnung des Reagan-Plans und des libanesisch-israelischen Truppenrückzugsabkommen verstärkt und die Beschlüsse des Palästinensischen Nationalrates strikt eingehalten werden müßten. Alle Elemente in Al-Fatah, die sich im Krieg nicht bewährt hätten, sollten entlassen, die Führer der „Rebellen" nicht bestraft werden (13). Die PFLP tritt ebenfalls für Reformen ein. Ihr Sprecher Bassam Abu Sharif forderte: *„Errichtung einer echten kollegialen Führung, gleichberechtigtere Beteiligung der verschiedenen Organisationen an den Aktivitäten der wichtigsten Abteilungen der PLO, Sanierung der Organisation von ihren bürgerlich-demokratischen Elementen"*. *„Diese Reformen müssen auf der Grundlage eines demokratischen Dialoges und der Einheit der PLO stehen. Wir verurteilen den Waffengebrauch, um interne Probleme der Fatah und der PLO zu regeln ... Alles, was die Einheit der Fatah bedroht, bedroht gleichzeitig die Einheit der PLO"* (14).

Eine provokative Rolle spielte wiederum die PFLP/GC (Jibril), die vollständig von Syrien abhängig ist. Bis heute hat sie nicht den Einmarsch der syrischen Truppen in den Libanon während des Bürgerkrieges 1976 verurteilt, sondern behauptet noch heute, Syrien habe, als natürlicher Verbündeter der libanesischen Nationalbewegung und der palästinensischen Revolution, im Libanon nur die Probleme gelöst und auch niemals die Faschisten unterstützt (15). Die PFLP/GC hatte nichts eiligeres zu tun, als 150 Mann mit schweren Waffen bei den Stützpunkten der Oppositionellen in Stellung zu bringen (16) und — zwecks Anheizung der Widersprüche — 50 Fatah-Leute zu entführen, angeblich als Vergeltung für die Entführung von vier eigenen Leuten (17). Das Verhalten der PFLP/GC wirft auch ein bezeichnendes Licht auf die Rolle Syriens (s. unten).

Behandlung der Widersprüche in Al-Fatah

Oben hatten wir schon bechrieben, daß Arafat zunächst mit Druck reagierte, sich dann auf eine Rundreise durch Stellungen der Fatah in Libanon begab, die allerdings erfolglos gewesen sein soll. Arafat trat daraufhin eine Rundreise durch die arabischen Staaten an, um sich der Unterstützung der Regimes zu versichern, wobei er insbesondere in Saudi-Arabien äußerst zuvorkommend behandelt wurde (18). Er forderte die Einberufung einer arabischen Gipfelkonferenz und erging sich in Beschuldigungen gegen Libyen und Syrien.

Arafat versuchte zunächst, in Tripolis (Nordlibanon) sein neues Hauptquartier aufzubauen, was ebenso wie seine verbalradikale Betonung des bewaffneten Kampfes ein Zugeständnis an die Opposition innerhalb Al-Fatah zu sein scheint.

Unterstützung, wenn auch sehr vorsichtig, erhielten die Oppositionellen von Abu Iyad, dem zweiten Mann der Fatah, der seit langem immer wieder Kritik an Arafat äußert, ohne verbal seine Führung anzuzweifeln. Er wurde in der oben beschriebenen Auseinandersetzung in der Fatah 1978 eher der oppositionellen Strömung zugerechnet. Vor seiner Reise nach Moskau Anfang Juni, bei der er die Unterstützung der sowjetischen Regierung für Arafat einholen sollte, kritisierte er in einem Interview mit der Zeitung „Al Khalij" (VAE), daß Arafat nicht genügend die kollegiale Leitung der Bewegung konsultiert habe, schränkte aber sogleich seine Kritik ein: Keiner hätte an der Stelle Arafats anders gehandelt; trotz allem sei der PLO-Chef das Symbol der palästinensischen Revolution. Die Ansprüche der „Dissidenten" nannte er legitim, kritisierte aber die Art, in der sie gehandelt hätten, weil sie in diesem kritischen Moment nur die Pläne der Feinde ermutigen würden (19). Vor der Sitzung des Fatah-Revolutionsrates kündigte Abu Iyad acht wichtige Reformmaßnahmen an, die den Forderungen der Opposition gerecht werden würden (20).

Offensichtlich haben sich im Revolutionsrat, an dem nur 55 von 71 Mitgliedern teilnahmen — die Oppositionellen, etwa 10, waren nicht anwesend — die Kräfte durchgesetzt, die nach bisher bewährter Manier kurzen Prozeß mit der Opposition machen wollen. Abu Jihad erklärte: *„Alle Vermittlungsversuche* (zwischen wem wohl?) *sind in der Sackgasse gelandet. Die Sitzungsteilnehmer haben dem Zentralkomitee völlige Handlungsfreiheit gegeben, die Meuterei mit den geeigneten Mitteln zu bekämpfen"* (21). In die gleiche Kerbe hieb der Bonner PLO-Vertreter Abdallah Frangie, ebenfalls Mitglied im Revolutionsrat. In einem Interview bezeichnete er die Fatah-Opposition schlicht als „Meuterer", die sich nicht an die demokratischen Strukturen der PLO halten würden, und sprach sich im Interesse der Truppenmoral für eine Disziplinierung aus (22).

Die Rolle Syriens

Es ist offensichtlich, daß Syrien die Fatah-Opposition zumindest stillschweigend unterstützt, und inzwischen, trotz des Eintretens der Sowjetunion für Arafat, diesen ausschalten will.

In der Nacht zum 24.6. wurde ein loyaler PLO-Konvoi, von Tripolis (Nordlibanon) kommend, auf syrischem Gebiet überfallen. Zehn Menschen wurden dabei getötet. Am folgenden Tag wurde Arafat mit Hinweis auf seine Vorwürfe gegen Syrien aus Damaskus ausgewiesen (23). Dies ist nun einfach ein provokativer Akt des syrischen Regimes, der eine Spaltung der PLO geradezu herausfordert. Über eine Abhängigkeit von Teilen der Fatah-Opposition vom syrischen Regime mag viel spekuliert werden, sie scheint eher unwahrscheinlich. Abu Mussa beispielsweise ist während des Bürgerkrieges in Jordanien aus der jordanischen Armee ausgetreten und kämpfte seither im palästinensischen Widerstand, insbesondere während des libanesischen Bürgerkrieges gegen die syrische Intervention. Von Abu Saleh allerdings gibt es eine Bemerkung, die mißtrauisch macht. Er erklärte noch ziemlich zu Anfang der Auseinandersetzungen auf die Frage, ob die Sowjetunion in die Spaltung verwickelt sei: Die Opposition würde ihre Aktion mit Syrien koordinieren; ihre Beziehungen zur Sowjetunion seien solide und würden fortgesetzt (24).

Betrachtet man die Situation im Libanon und die schwierige Lage der PLO insgesamt, so wird deutlich, daß die Fatah-Opposition zum Spielball des syrischen Regimes werden könnte, wenn die Auseinandersetzungen innerhalb der Fatah und der PLO nicht beigelegt werden, sondern zu einer Spaltung führen. Trotz der Unterstützung innerhalb der PLO für die Forderungen der „Rebellen" würde das auf kein Verständnis bei den palästinensischen Massen stoßen. Damit pokern allerdings auch die Rechten in der Fatah-Führung, die durch ihr bisheriges Verhalten der Spaltung keineswegs entgegengearbeitet haben.

Im Libanon schüren oder dulden sowohl die israelischen als auch die syrischen Truppen bewaffnete Auseinandersetzungen, so z.B. im Chouf zwischen Drusen und Faschisten, im Nordlibanon zwischen prosyrischen und antisyrischen Gruppen; in Beirut nimmt der Bombenterror rapide zu. Die wachsende Spannung zwischen Israel und Syrien schließt einen weiteren Krieg nicht aus. Dem syrischen Regime ist daran gelegen, durch diese Spannungen im Augenblick die Ausgangslage für Verhandlungen um einen Rückzug zu verbessern. Bedingungen für eine Teilnahme hat das syrische Regime der US-amerikanischen Regierung schon übermittelt. Im Augenblick wären bewaffnet gegen Israel kämpfende Fedayin den Syrern durchaus lieb; abgespalten von der PLO könnten sie umso leichter fallengelassen und zerrieben werden, wenn es dem syrischen Regime opportun erscheint.

Nahost-Kommission

Anmerkungen:

1) „Middle East International", 27.5.83
2) „Süddeutsche Zeitung", SZ, 27.5.83
3) SZ, 27.5.83; taz, 30.5.83
4) „Neue Zürcher Zeitung, NZZ, 4.6.83
5) „Le Monde", LM, 3.6.83
6) Diese Position wurde in einem Interview mit Khaled al-Hassan vor einigen Monaten vertreten.
7) LM, 31.5.83
8) LM, 14.6.83
9) NZZ, 12./13.6.83
10) Colin Legum, Middle East Contemporary Survey, 1977/78, S. 253 — 281
11) LM, 8.6.83
12) LM, 4.6.83
13) taz, 21.6.83
14) LM, 21.6.83
15) Interview mit dem Sekretär des Politbüros der PFLP/GC, aus: Michael Lüders, PLO, Fackelträger-Verlag, 1982, S. 112
16) LM, 7.6.83
17) SZ, 21.6.83
18) LM, 8.6.83
19) LM, 4.6.83
20) taz, 21.6.83
21) SZ, 22.6.83
22) „Palästina-Bulletin", 24.6.83, Nachdruck aus „Emder Zeitung", 11.6.83
23) „Frankfurter Rundschau" und NZZ, 25.6.83
24) LM, 31.5.83

Unterhauswahlen 83 in Nordirland:

Die Wahlurnenbombe

AK-Interview mit Gerry Adams (Sinn Fein), Abgeordneter für West-Belfast im Unterhaus

Fünf Tage vor der diesjährigen Unterhauswahl nahmen Londons Buchmacher keine Wetten mehr an : Niemand stellte den Sieg der Konservativen in Zweifel, lediglich die Höhe gab noch Anlaß zu Spekulationen. Das Ergebnis vom 9. Juni ergab einen Erdrutsch in der Sitzverteilung : Mit einer Mehrheit von 144 Abgeordneten wird Margaret Thatcher und ihr Kabinett in den nächsten vier Jahren regieren können, ein Votum, das in einem paradoxen Mißverhältnis zu der Anzahl derjenigen Wählerinnen und Wähler steht, die bereits in den letzten vier Jahren von der knallharten Wirtschaftspolitik der Tories getroffen wurden. Über drei Millionen Arbeitslose zählen die offiziellen Statistiken für das Vereinigte Königreich, und die Pläne der alten und neuen Regierung lassen noch Schlimmeres erwarten : Ehedem verstaatlichte Schlüsselindustrien sollen reprivatisiert werden, wobei nicht profitable Bereiche den „Selbstheilungskräften der freien Marktwirtschaft'' zum Opfer fallen werden. Radikale Kürzungen im Wohlfahrtswesen sollen das Haushaltsdefizit abdecken. Gesetzespläne sehen vor, die Rechte der britischen Gewerkschaften einzuschränken und insbesondere die Ausrufung von Arbeitskämpfen in engen Grenzen zu halten. Der Kern des ehemaligen Vielvölker-Commonwealth wird in Sachen Einwandererpolitik ein weiteres Mal die Schrauben anziehen und - last not least - hat Margaret Thatcher als bedingungslose Gefolgsfrau der Reagan-Regierung die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses angekündigt (auch unabhängig von einem Ergebnis bei den Genfer Verhandlungen), der der britischen Insel ein paar Dutzend Cruise Missiles bescheren wird.

In Erwartung ihres Sieges hatte Mrs. Thatcher ihre neue Kabinettsliste bereits vorbereitet und führte zwei Tage nach den Wahlen bemerkenswerte Umbesetzungen durch : Kritiker ihre Politik, die „Wets'', zu deutsch „Waschlappen'', wurden entweder in die Wüste geschickt, wie der ehemalige Außenminister Pym, oder aber aus ihrem Amt hinausgelobt, wie der bisherige Innenminister Whitelaw, der jetzt als Viscount die Tory-Lords im Oberhaus anführen wird. Schlüsselministerien wurden mit treuen Thatcher-Gefolgsleuten besetzt: Der neue Mann im Innenministerium, Leon Brittan, wird sich verstärkt um die Aufrüstung der vergleichsweise altmodischen briti-

Gefolgsleuten besetzt: Der neue Mann im Innenministerium, Leon Brittan, wird sich verstärkt um die Aufrüstung der vergleichsweise altmodischen briti-

schen Bereitschaftspolizei gegen aufsässige Farbige und unruhige Arbeitslose kümmern, wobei manche Erfahrung aus Nordirland jetzt auch Eingang in die Slums britscher Großstädte finden wird.

Als neuer „Superminister'' eines fusionierten Ministeriums für Industrie und Handel fungiert Cecil Parkinson, bisheriger Parteivorsitzender der Konservativen, dem die Aufgabe zufällt, den Thatcher-Monetarismus fortzuführen und ein paar zehntausend Arbeiter mehr aus den „unproduktiven'' Wirtschaftssektoren „freizusetzen''. Nachdem bereits in der vergangenen Legislaturperiode Teile der staatlichen Nordseeöl-Fördergesellschaft Britoil reprivatisiert wurden, sollen Parkinson und sein Kollege im Schatzamt, Nigel Lawson, nun weitere staatliche Betriebe wieder in Privatbesitz überführen : u.a. die Fluggesellschaft Britisch Airways, die Fermeldeanstalt Telecom, Britisch Steel, Britisch Shipbuilders und die Automobilhersteller British Leyland.

Das Wahlergebnis ist auch hierzulande als „Erdrutsch'' bezeichnet worden, die Sitzverteilung nach dem Mehrheitswahlrecht spiegelt allerdings die tatsächlichen Stimmanteile nur sehr verzerrt wider. Die prozentuale Aufschlüsselung läßt erkennen, daß die Regierung gegenüber der Labour Party und der bürgerlichen liberal-sozialdemokratischen Allianz sogar in der Minderheit ist: 43,5 Prozent stimmten für die Tories (das sind 1,2 Prozent weniger als 1979), 28,3 Prozent der Stimmen entfielen auf die Labour Party (-9,5%) und für das neue Bündnis von Liberalen und ehemaligen Labour Abgeordneten stimmten 26,1 Prozent der Wähler. In Sitzen: 397:209:23. Auf ein prozentuales Mehrheitsmandat wird sich die Regierung jedenfalls nicht berufen können.

Weitgehend unbemerkt blieb auch das Wahlergebnis in Nordirland. Hier standen sich die Parteien der loyal zur britischen Krone stehenden Protestanten-Mehrheit („Loyalisten'') den Parteien der katholisch-republikanischen Minderheit gegenüber. Nach einer Neuaufteilung der Wahlkreise waren für 17 nordirische Vertreter im Unterhaus die Stimmzettel auszufüllen. In drei von sechs Wahlkreisen mit katholischer Mehrheit einigten sich die Loyalisten auf einen Vorschlag Ian Paisleys, einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen. Sie gewannen promt das Mandat, weil die Sozialdemokratische Labour Party (SDLP) ein Angebot der sozialistisch-republikanischen Sinn Fein ausschlug, ebenfalls eine kurzfristige Wahlabsprache zu treffen. So wurde nur der Vorsitzende der SDLP, John Hume, in Derry gewählt, und in West-Belfast errang Gerry Adams, Vizepräsident der Sinn Fein, die Mehrheit. In einem weiteren Wahlkreis, Mid Ulster, verfehlte ein Sinn Fein Kandidat nur um 87 Stimmen die Mehrheit. Owen Carron, Nachfolger Bobby Sands' als Abgeordneter für Fermanagh und South Tyrone im Unterhaus fiel einer loyalistischen Allianz und der Neuaufteilung seines Wahlkreises zum Opfer.

Von den knapp über 700.000 abgegebenen Stimmen entfielen 137.000 auf die SDLP und 102.000 auf die Sinn Fein Party. In Prozenten: 38 Prozent wählten die Parteien der Republikaner, diese Stimmen wiederum fielen zu 48 Prozent an die SDLP und zu 42 Prozent auf Sinn Fein. Die „Officials'' (Sinn Fein — The Workers Party) blieb mit unter einem Prozent auf der Strecke.

Das folgende Interview mit Gerry Adams fand zwölf Tage nach den Wahlen statt und wurde am Telefon aufgezeichnet. Gerry Adams ist einer der bekanntesten Vertreter der republikanischen Bewegung. Der heute 33 Jährige wurde 1971 von der britischen Armee interniert, ein Jahr später wieder freigelassen und soll —laut Times vom 11.6.83 — kurz darauf an den Geheimgesprächen zwischen Vertretern der Provisional IRA und der britischen Regierung teilgenommen haben. Von 1973-76 saß er erneut ein, wurde 1978 ein drittes Mal der angeblichen Mitgliedschaft in der IRA beschulidigt und inhaftiert. Noch im selben Jahr kam er

1973-76 saß er erneut ein, wurde 1978 ein drittes Mal der angeblichen Mitgliedschaft in der IRA beschulidigt und inhaftiert. Noch im selben Jahr kam er

wieder frei und wurde zum Vizepräsident von Sinn Fein gewählt. Bereits im letzten Oktober eroberte er bei den Wahlen zur Nordirland-Versammlung, einem Scheinparlament von Londons Gnaden, den West-Belfaster Wahlkreis für Sinn Fein.

AK: Gerry Adams, herzlichen Glückwunsch zu Eurem und Deinem Erfolg! Ein Anti-Thatcher-Wahlplakat von Euch in Belfast lautete: „Give her a headache on June 9 — Vote Gerry Adams!'' Hat Maggy Thatcher jetzt Kopfschmerzen?

Gerry Adams: Ich glaub schon. Aber das ist nicht so wichtig. Alles andere ist vor dem Hintergrund der Situation hier zu betrachten und daß Maggy Thatcher während des Hungerstreiks noch sagte, die Republikaner spielten ihre letzte Karte aus. Wir haben das Gegenteil bewiesen und gezeigt, daß wir in einer Reihe von Fragen richtig gelegen haben.

AK— Was sagt der Unterhausabgeordnete für West-Belfast zum Erdrutsch bei den britischen Wahlen?

Gerry Adams: Für die britische Arbeiterklasse sieht es düster aus, daß die Thatcher-Regierung ein Mandat erhalten hat für weitere einschneidende Maßnahmen, die die schwächeren treffen werden: die Alten wird es treffen, im Wohnungswesen wird es zu Verschlechterungen kommen, auch im Sozial- und Gesundheitswesen und nicht zuletzt stehen Pläne an, die Autorität und Solidarität der Gewerkschaften zu unterminieren. Angesichts der drei Millionen Arbeitslosen gehen die Gewerkschaften davon aus, daß die Tory-Regierung alles daransetzen wird, die britische Arbeiterklasse in die Knie zu zwingen.

AK: Wie wird sich dieses Wahlergebnis auf Nordirland auswirken?

Gerry Adams: Im Prinzip herzlich wenig.

AK: Aber die „Eiserne Lady'' zeigt doch in der Nordirlandfrage nicht gerade Aufweichungstendenzen und ihr neuer Inneminister ist auch nicht gerade von Pappe ...

Gerry Adams: Ganz im Gegenteil! Aber so einfach ist es nicht. Die anderen republikanischen Parteien, die wir pseudorepublikanisch nennen, haben es immer darauf angelegt, Zugeständnisse von der britischen Regierung zu erhalten, um bei ihren Wählern einen guten Eindruck zu machen. Hinsichtlich der nationalen Frage Irlands werden sich die SDLP und die anderen irischen Parteien aber einer Regierungschefin gegenüber sehen, die wahrscheinlich überhaupt keine Zugeständnisse einräumen wird. Und das wird der Bevölkerung nur noch mehr zeigen, daß nur der republikanische Weg richtig ist: In der nationalen Frage wollen wir überhaupt keine Zugeständnisse!

AK: Aber wird in den nächsten vier Jahren die britische Repression nicht noch härter werden?

Gerry Adams: Die britische Regierung wird — wie jedesmal, wenn sie sich einer vereinten Opposition gegenübersieht— die Repression steigern. Nach den letzten Wahlen im Oktober, als Sinn Fein gerade die Hälfte der jetzigen Stimmen erhielt, kehrte die Regierung beispielsweise zu ihrer „Shoot-to-kill-Kampagne'' zurück — das heißt, in mehreren Fällen wurde auf Menschen aus republikanischen Gebieten das Feuer eröffnet, obwohl sie unbewaffnet waren und auch nicht der IRA angehörten. In anderen Fällen wurden IRA-Volunteers einfach abgeknallt.

AK: Worin besteht der Unterschied zwischen der „Shoot-to-kill-Kampagne'' und dem sonst üblichen Verhalten von Armee und Polizei, beispielsweise in katholisch-republikanischen Gebieten mit Plastikgeschossen rumzuballern, mit denen insgesamt sieben Kinder auf offener Straße ermordet wurden?

Gerry Adams: Es entspricht nicht unbedingt unserer Meinung, sondern wurde von einigen Journalisten vertreten, daß die Briten glaubten, diese Kampagne wieder aufnehmen zu müssen, weil die republikanische Bevölkerung auf andere Weise nicht mehr eingeschüchtert werden konnte. Immerhin

Kampagne wieder aufnehmen zu müssen, weil die republikanische Bevölkerung auf andere Weise nicht mehr eingeschüchtert werden konnte. Immerhin

hatten bei den Oktober-Wahlen fast 64.000 Menschen für uns gestimmt. Jetzt haben wir über 100.000 Stimmen erhalten und — unglücklicherweise für uns — die Regierung wird ihre Unterdrückung verschärfen.

AK: Nordirland hat mit durchschnittlich 20 Prozent Arbeitslosigkeit die höchste Quote im Vereinigten Königreich. Je nach Zählweise sind in einigen Gebieten bis zu 80 Prozent der katholisch-republikanischen Bevölkerung ohne Arbeit. Wird die Wirtschaftspolitik der Tories bei Euch noch stärker reinschlagen?

Gerry Adams: Es hat immer eine sehr hohe Arbeitslosenzahl in den sechs nördlichen Provinzen gegeben, weil Nordirland eben keine lebensfähige soziale und ökonomische Einheit bildet und völlig von der irischen Wirtschaft abgeschnitten ist. Weil die Briten es als notwendig ansahen, hier einen Zustand festzuschreiben, der von den loyalistischen Protestanten akzeptiert werden konnte, mußten alle Investitionen und sozialen Pläne erstmal Unterstützung bei den Loyalisten finden, um ihnen in jedem Fall die Privilegien zu erhalten. Das wiederum wirkte sich dahingehend aus, daß republikanische Gebiete wie West-Belfast, Derry, Strabane und Newry immer eine bemerkenswert hohe Arbeitslosenquote hatten, selbst im Vergleich mit dem aktuellen Stand. Die fortgesetzte Wirtschaftspolitik des Thatcher-Monetarismus wird diese Zahlen nur noch weiter steigern und es wird noch mehr Menschen sozial und ökonomisch schlechter gehen.

AK: Was für Themen haben im Mittelpunkt Eures Wahlkampfes gestanden?

Gerry Adams: Punkt 1: Gegen die britische Verwicklung in Irland und gegen das loyalistische Veto...

AK: Veto oder Vorherrschaft?

"Wenn die britische Regierung auf das Wahlergebnis hören würde, griffe auch niemand zum Armalite-Gewehr." Gerry Adams nach seinem Erfolg in West-Belfast

Gerry Adams: Laß mich erklären: Großbritannien hat Irland aufgeteilt und zwar hauptsächlich nach ökonomischen Gesichtspunkten. (1) In unserem Teil des geteilten Irland verblieb eine republikanische Minderheit, während die Loyalisten zur Mehrheit wurden. Wenn man die britische Position genau untersucht, dann stellt man fest, daß wir also eine Situation haben, in der die Loyalisten ein Veto gegen die Wünsche der Mehrheit des irischen Volkes haben. Außerdem sind wir für das Überleben der irischen Kultur und ihrer Sprache eingetreten und nicht zuletzt für das Recht auf eine eigene Repräsentation. Wir haben das in dem Slogan „The Voice Of Principle Leadership'' zusammengefaßt. (2)

AK: Da ihr die britische Herrschaft in den sechs nördlichen irischen Provinzen nicht anerkennt und folglich auch nicht das Unterhaus als Parlament für eure Interessen, warum habt ihr euch dann an den Wahlen beteiligt, zumal ihr von vornherein festgestellt habt, daß ihr eure Sitze in Westminster nicht einnehmen würdet?

Gerry Adams: Es gibt eine ganze Reihe Gründe dafür, wobei meine Reihenfolge keine Prioritätensetzung bedeuten soll. Zum einen erkannte Sinn Fein vor einigen Jahren die Notwendigkeit, seine Politik zu verbreitern und an Wahlen teilzunehmen. Der direkte Anlaß dafür war, daß die britischen Regierungen in all den Jahren behaupten konnten, daß unser Kampf ein krimineller und terroristische Kampf sei...

AK: ...der in der Bevölkerung keine

gen in all den Jahren behaupten konnten, daß unser Kampf ein krimineller und terroristische Kampf sei...

AK: ...der in der Bevölkerung keine

Unterstützung findet...

Gerry Adams: Genau. Und deshalb mußten wir diese Propaganda durchbrechen und zeigen, daß wir — das heißt die republikanische Bewegung — eben doch unterstützt werden.

Zum Zweiten: Die Briten müssen vom Kern des Problems ablenken. Aus unserer Sicht haben sie kein Recht auf Nordirland, aber um diese historische Tatsache zu verschleiern, behaupten sie eben, daß Nordirland Teil des Vereinigten Königreiches sei. Das genau ist das Problem. Um ihre koloniale Kontrolle aufrecht zu erhalten, übertrugen sie die Macht, wodurch sie sich aus den Auswirkungen einer direkten Verwicklung raushielten. Aber um damit erfolgreich zu sein, um die Macht „übertragen'' zu können, um diesem Teil Irlands einen britischen Heimatanspruch aufbürden zu können, dafür benötigten die Briten eine Partei, die als Vertreterin der Republikaner angesehen werden kann. Die SDLP hat diese Rolle im großen und ganzen 12 Jahre lang gespielt. Sie hat mit den Briten bei einer ganzen Reihe Anlässe kollaboriert, sie hat diese Rolle akzeptiert.

AK: Worin unterscheidet sich Sinn Fein sonst noch von der SDLP?

Gerry Adams: Die SDLP akzeptiert die Existenz Nordirlands und glaubt, mit Reformen vorwärts zu kommen. Die SDLP besteht nur in Nordirland, wir sind in ganz Irland organisiert. Die SDLP repräsentiert mehr oder weniger die Sichtweise des Dubliner Establishments und der katholischen Bourgeoisie, während wir für die Interesen der arbeitenden Bevölkerung und für eine demokratische sozialistische Republik in ganz Irland eintreten. Und damit die SDLP nicht weiter behaupten kann, die republikanische Bevölkerung zu vertreten, mußten wir das in Wahlen überprüfen. Seit dem 9.Juni hat diese Propaganda nun ein Ende gefunden, weil Sinn Fein 42 Prozent der republikanischen Bevölkerung repräsentiert.

AK: Wer hat euch gewählt?

Gerry Adams: Unsere größte Unterstützung haben wir auf dem Lande von Landarbeitern, kleinen Farmern und einigen Geschäftsleuten mit Familienbetrieben erhalten und in den Städten von den Arbeitern und Arbeitslosen.

Das ist ein weiterer Grund für unsere Wahlbeteiligung: für unsere Wähler ist es notwendig, organisiert zu werden und eine eigene Vertretung zu erhalten, die sich für sie einsetzt, um das Mögliche innerhalb des bestehenden Systems zu erreichen. Das betrifft beispielsweise Ansprüche auf Arbeitslosengeld ebenso wie ein gemeinsames Vorgehen für bessere Wohnverhältnisse oder den Widerstand gegen die täglichen Schikanen der Briten.

Keine der anderen Parteien war fähig, dafür einzutreten, während wir jetzt, da die Briten direkt mit uns zu tun haben, in der Lage sind, ihnen bei diesen Alltagsproblemen eine vernünftige Anleitung zu geben.

Schließlich: Sinn Fein und die IRA, also die republikanische Bewegung, sind keine ausschließliche „Briten-raus-Bewegung''. Wir sind eine Partei mit einem zusammenhängenden Programm. Wir machen Politik für unser lokales und politisches Umfeld, wir machen Politik zur allgemeinen Lebensqualität, sowohl in ökonomischer als auch in sozialer Hinsicht. Wir bauen jetzt eine politische Basis für den

machen Politik zur allgemeinen Lebensqualität, sowohl in ökonomischer als auch in sozialer Hinsicht. Wir bauen jetzt eine politische Basis für den

Tag des britischen Abzugs auf, anstatt einfach nur darauf zu warten. In diesem republikanischen Kampf spielt der bewaffnete Kampf eine ziemlich große Rolle und kann in einem politischen Vakuum nicht ordentlich funktionieren. Deswegen braucht er die Unterstützung der Bevölkerung, kann aber nur eine — sagen wir mal — militärische Alternative gegen die britische Kriegsmaschine bilden. Deshalb meinen wir, daß Sinn Fein eben eine Alternative gegen die britische soziale, wirtschaftliche, kulturelle und politische Unterdrückung bilden muß.

AK: Tatsächlich ist die irische republikanische Bewegung die derzeit einzige, bei der Wahlkampf und militärischer Widerstand gleichzeitig stattfinden. Bedeutet die Wahlurne für euch eine andere Art von Bombenanschlag?

Gerry Adams: Die britische Regierung schickt ihre Truppen in unsere Straßen, bewaffnet für einen ständigen Krieg gegen uns. Das ist der Grund, warum das politische Vertrauen in Sinn Fein und der bewaffnete Kampf der IRA miteinander verbunden sind, und daß die Menschen hier wissen, daß wir nicht in einer normalen Situation leben. Wir wissen, daß es eine Art Präzedenzfall ist, daß eine Organisation im Befreiungskrieg am Wahlkampf teilnimmt. Aber es scheint bislang ja ganz gut zu laufen...

AK: Gerry Adams, wir danken dir für das Gespräch und wünschen euch „all the best''!

Anmerkungen:

(1) Als 1920 die Republik Irland ausgerufen wurde,verblieben die sechs nördlichen Grafschaften (Ulster) im Vereinigten Königreich. Hier befand sich die seinerzeit noch blühende irische Industrie, v.a. Werften und Spinnereien.

(2) Sinngemäße Übersetzung: Sinn Fein — die Stimme kompromißloser Politik

Zur Entwicklung der Opposition in Honduras

Der US-Senat und das Repräsentantenhaus bewilligten am 12.5. 76,3 Mio. Dollar Militärhilfe für das Terrorregime in El Salvador. Da diese Summe unterhalb des von der Reagan-Administration geforderten Betrages von 120 Mio. Dollar liegt und auch keiner Aufstockung der Anzahl der US-Militärberater (z.Zt. 55) zugestimmt wurde, weichen die US-Strategen einmal mehr nach Honduras aus.

In diesem Jahr sollen nach den Plänen der Reagan-Regierung 17.000 salvadorenische Soldaten im Anti-Guerillakampf in Honduras ausgebildet werden. Aus diesem Grund wird die Anzahl der in Honduras tätigen US-Militärberater auf 200 verdoppelt.

Angesichts der Tatsache, daß ein direktes Eingreifen der honduranischen Armee sowohl gegen die Befreiungsbewegung in El Salvador als auch in Nicaragua im Bereich des Möglichen liegt — zumal sich ein Scheitern der Angriffe der von Honduras aus operierenden konterrevolutionären Gruppen gegen die Sandinisten abzeichnet — stellt sich die Frage nach der Entwicklung und derzeitigen Stärke der honduranischen Opposition.

Militärstaat mit demokratischer Fassade

Bei den nach 18jähriger Militärherrschaft im November 1981 abgehaltenen Parlamentswahlen konnten die beiden Parteien der Oligarchie — die Nationale Front und die Liberale Partei — 95% der Stimmen auf sich vereinen. Die linken Parteien lehnten (mit einer Ausnahme) die Wahl als imperialistisches Manöver ab. Mit 54% ging die Liberale Partei als Wahlsieger hervor; dieser Sieg erklärt sich aus dem noch aus den 50er Jahren resultierenden „antimilitaristischen" Image der Liberalen. (1) Dennoch blieben die Machtbefugnisse der Militärs unangetastet; der Oberbefehlshaber der honduranischen Armee, Gustavo Alvarez, verfügt über uneingeschränkte Entscheidungsgewalt und ist keinerlei Kontrolle durch das Parlament unterworfen.

Während die Nationale Front sich auf die reaktionären Großgrundbesitzer und auf die Kompradorenbourgeoisie stützt, vertritt die Liberale Partei eher die Interessen des bürgerlichen Teils der Oligarchie sowie des städtischen Handelskapitals; beide Parteien genießen den Schutz des Militärs. Nach der Installierung dieses Militärstaates mit demokratischer Fassade verschlechterte sich die materielle Situation der Bauern und Arbeiter zusehends. Im April meldete die Gewerk-

mit demokratischer Fassade verschlechterte sich die materielle Situation der Bauern und Arbeiter zusehends. Im April meldete die Gewerk-

schaftszentrale der Arbeiter (CGT), daß ein Drittel aller Campesinos keinerlei Land besitzt und daß von den 1 Million Arbeitern 60% arbeitslos sind, wobei die Unterbeschäftigung der restlichen 40% sehr hoch ist. (2).

Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit und der Marginalisierung (Verarmung) der Bauern häufte sich die Anzahl der Landbesetzungen, insbesondere im Norden des Landes, die größtenteils jedoch mit militärischer Gewalt rückgängig gemacht wurden.

Die Linke formiert sich

Mit der verstärkt betriebenen Verarmung der Industrie- und Landarbeiter und dem immer offensichtlicher werdenden Ausbau Honduras' zum Aufmarschgebiet der Konterrevolution in Mittelamerika (vgl. AK 231) setzte ein Prozeß der Vereinigung der linken Opposition ein.

In der am 15.8.82 gegründeten Frente de Unidad Popular-25 de junio (FUP-25) sind sowohl Massenorganisationen der Arbeiter und Bauern als auch verschiedene Verbände der Lehrer, Studenten und linken Christen vertreten. Die vorrangigen Ziele der FUP bestehen darin, einmal einen offenen Krieg zwischen Honduras und Nicaragua zu verhindern, zum anderen die linken Massenbewegungen zu einem schlagkräftigen Instrument zu machen. Denn traditionell sind die Massenbewegungen in Honduras in zwei Lager gespalten; auf der einen Seite die unabhängigen Gruppen, die sich fast sämtlich in der FUP-25 organisiert haben, auf der anderen Seite die staatsloyalen Organisationen (officialistas), deren Struktur und politische Ausrichtung unter dem Einfluß der ORIT stehen.

Die ORIT (Organizacion Regional Interamericana de Trabajo) ist eine gelbe Gewerkschaftsdachorganisation für Lateinamerika. Sie wurde vom US-amerikanischen Gewerkschaftsverband AFL-CIO ins Leben gerufen und ist maßgeblich an der Bildung von sog. offizialistischen Gewerkschaften in Honduras sowie an der Durchführung von Bildungsprogrammen bzw. der Ausbildung von Gewerkschaftskadern beteiligt.

Verschärfung der Repression und ...

Die FUP-25 führte von Oktober bis Dezember des letzten Jahres mehrere Demonstrationen in der Hauptstadt Tegucigalpa durch, die vom Militär und den Sicherheitskräften anfangs geduldet, später zerschlagen wurden. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Verschwundenen und der politischen Morde sprungartig; prominentes Opfer der Repression wurde der Führer der KP-Honduras, Herminio Deras, der am 29.1. auf offener Straße erschossen wurde. Für die politischen Morde und die Entführungen, die sich seit Anfang des Jahres auf über 150 belaufen, zeichnet die honduranische Sicherheitspolizei FUSEP verantwortlich.

Aufgrund der zunehmenden Repression und der Verhaftung einzelner Mitglieder verzichtete die FUP in diesem Jahr auf Großdemonstrationen. Das Schwergewicht ihrer Arbeit legte sie neben der Herausgabe einer Zeitung auf

glieder verzichtete die FUP in diesem Jahr auf Großdemonstrationen. Das Schwergewicht ihrer Arbeit legte sie neben der Herausgabe einer Zeitung auf

die Gewerkschaftsarbeit und den Vereinheitlichungs- und Konsolidierungsprozeß innerhalb der honduranischen Linken.

... Tendenzen zur Vereinheitlichung des Widerstands

Der gleiche Prozeß, der bei den politischen Massenorganisationen im letzten Jahr mit der Gründung der FUP einsetzte, zeichnet sich auch bei den politisch-militärischen Organisationen ab.

Ende März dieses Jahres schlossen sich sechs Guerillagruppen zu einer einheitlich geführten Organisation, der „Movimento Revolucionario de Honduras" (MRH) zusammen (zur Beteiligung der einzelnen Organisationen siehe Kasten).

Nach einigen spektakulären Aktionen einzelner Guerillaverbände in den letzten Jahren wie beispielsweise die Sprengung des Elektrizitätswerkes von Tegucigalpa, die innerhalb der linken Opposition nicht auf ungeteilte Zustimmung stieß, bahnen sich zwei Entwicklungen an:

erstens eine bessere Koordination und Abstimmung zwischen den Aktionen der FUP als politische Massenorganisation und dem bewaffneten Widerstand; und zweitens eine Verschiebung der Operationsbasis der Guerilla von der Hauptstadt ins Landesinnere, um eine solide Massenbasis in der Landbevölkerung zu gewinnen.

In einer ersten Erklärung wandte sich die „Vereinigte Nationale Leitung" der MRH gegen die von honduranischem Territorium ausgehenden Angriffe gegen Nicaragua.

Mitte Mai führte die MRH schließlich einen Anschlag auf das militärische Ausbildungslager in Morocon aus. Morocon liegt an der Grenze zu Nicaragua; dort werden somozistische Gruppen und Söldner von US-Militär „beratern" zum Kampf gegen die Sandinisten ausgebildet.

Inwieweit der Vereinigungsprozeß der Guerilla in Honduras fortgeschritten ist bzw. ob die Guerilla in der Landbevölkerung stärker Fuß fassen wird und sich eine Zusammenarbeit mit der FUP-25 herausbilden wird, läßt sich derzeit definitiv noch nicht abschätzen.

Internationalismus-Kommission, KB Göttingen

Anmerkungen:

1) Der liberale Präsident Villeda Morales begann Ende der 50er Jahre ansatzweise mit der Durchführung von Reformen, deren Absicht vor allem darin bestand, die erstarkende Volksbewegung zu paralysieren. Schon dieser „Reformeifer" ging dem reaktionären Teil der Bourgeoisie zu weit; mit Hilfe der Militärs wurde die Liberale Regierung 1963 gestürzt. Direkt nach dem Militärputsch setzte eine scharfe Repression gegen die Volksbewegung ein, von der auch die Liberale Partei nicht verschont blieb.

2) ides 134

Quellen: Mittelamerika-Magazin, Heft 23 und 25; AIB (Antiimperialistisches Informationsbulletin) 5/1983; ides 130-138; Honduras-Informationsblatt Nr. 2.



Die Front der Volkseinheit

Interview mit Angel Castro, aufgezeichnet in Göttingen am 24.5

Angel Castro ist Mitglied der „Bewegung Christen für Gerechtigkeit" (MCJ). Die MCJ ist ein Zusammenschluß von linken Basisgemeinden, die in der „Front der Volkseinheit" (FUP-25) organisiert sind.

Nach seiner Teilnahme am Mittelamerika-Kongreß der Solidarischen Kirche am 14./15. Mai in Limburg führte Angel Castro in mehreren Städten der BRD Info-Veranstaltungen durch.

AK: Wann und warum bildete sich die FUP-25?

Angel Castro: Die FUP bildete sich im August 1982; ihr sind progressive Organisationen von national-demokratischer und revolutionärer Ausrichtung eingegliedert. Wir stehen in Opposition zum Regime. Zwar sind wir in einer Organisation zusammengeschlossen, aber wir haben noch keine einheitliche politische Linie — eine Front eben, die aber vielleicht in eine andere Sache einmünden könnte.

Ähnlich wie die salvadorenische FDR? (Anm.: Die FDR ist der politische Arm der Guerilla FMLN.)

Ähnlich wie die salvadorenische FDR? (Anm.: Die FDR ist der politische Arm der Guerilla FMLN.)

Ja, aber das können wir im Moment noch nicht voraussagen. Ein großer Unterschied zur FDR besteht darin, daß die FUP-25 bei ihrer Gründung nicht sofort eine politische Konzeption entworfen hat. Der Name entspringt der Erinnerung an die Ermordeten des Massakers vom 25. Juni 1975, 9 Bauern, 2 Priester und 2 Frauen. Sie waren Opfer der Repression der Militärs. Um an dieses Massaker zu erinnern, gaben wir uns den Namen FUP-25. Juni.

Hauptziel der FUP ist die Stärkung der unabhängigen Massenorganisationen. Trotz einer sehr alten Kampftradition steht die honduranische Volksbewegung unter dem Einfluß der „freien" Gewerkschaften der USA. (Anm.: Gemeint sind die gelben Gewerkschaften, die vom US-amerikanischen AFL-CIO gebildet wurden.) Dies führte dazu, daß sich die Volksbewegung in zwei Lager spaltete: einmal der offizialistische Syndikalismus, der staatsloyal ist und nur ökonomische Forderungen erhebt; auf der anderen Seite die unabhängige Volksbewegung, deren Ziel eine Veränderung der alten Machtstrukturen ist.

Welche Rolle spielen die Christen in der FUP-25?

Die Bewegung (Christen für Gerechtigkeit) geht nicht offiziell von der Kirche aus. Wir Christen glauben nicht, daß es richtig ist, eine christliche Bewegung zusätzlich zu bilden; vielmehr sehen wir unsere Aufgabe darin, uns in Organisationen einzugliedern, die wirklich in ihrer Praxis konsequent sind und ein revolutionäres Ziel verfolgen.

Erklärtes Ziel der FUP ist, einen offenen Krieg zwischen Honduras und Nicaragua zu verhindern!

Natürlich haben sich die Organisationen, die in der FUP zusammengeschlossen sind, immer für den Frieden und die Entmilitarisierung ausgesprochen. Wir kämpfen gegen die Unterstützung, die von der honduranischen Regierung den Somozisten und dem salvadorenischen Regime gewährt wird. Doch die Lage ist sehr schwierig. Die staatliche Propaganda verkündet jeden Tag, daß der Feind der Honduraner die FMLN sei und daß man eine ‚demokratische' Regierung wie die salvadorenische unterstützen müßte. General Alvarez (Anm.: honduranischer Kriegsminister) erklärte als erster, daß Honduras bereit wäre, sein Territorium für den Durchmarsch von US-Truppen zur Verfügung zu stellen.

Welche reale Kraft haben die Massenorganisationen?

Ich würde sagen, daß durch den Einfluß der gelben Gewerkschaften es nicht einfach ist, die reale Kraft der Volksorganisationen einzuschätzen. Aber durch die Repression, die sich jeden Tag mehr verschärft und die nicht nur diejenigen Organisationen trifft, die strukturelle Veränderungen herbeiführen wollen, sondern auch sehr konservative Organisationen, besteht die Möglichkeit, neue Kampfformen zu finden. Dies würde notwendigerweise zu einer sehr ernsten Konfrontation mit

servative Organisationen, besteht die Möglichkeit, neue Kampfformen zu finden. Dies würde notwendigerweise zu einer sehr ernsten Konfrontation mit

dem Regime führen und unter Umständen eine Operation der Guerilla-Organisationen nach sich ziehen.

Gibt es bereits Verbindungen zwischen den Guerilla-Organisationen und den Massenorganisationen, und wie schätzt Du die Perspektiven des bewaffneten Volkskampfes ein?

Solche Verbindungen haben sich noch nicht bemerkbar gemacht, weil die Funktionsweise einer Guerilla auch eine andere sein muß als die von Massenorganisationen. Gegenüber einer Kriegspolitik, die sich in Hunger, Arbeitslosigkeit und in der Unfähigkeit, die Grundbedürfnisse zu befriedigen, ausdrückt, wird es einen Kampf geben, der wahrscheinlich nicht der gleiche sein wird, den Guatemala und El Salvador verfolgen. (Anm.: Gemeint sind die Guerilla-Organisationen in Guatemala und El Salvador.)

Die politisch-militärischen Organisationen haben ihre Einheit angekündigt (siehe Kasten). Doch bis auf die Existenz von Kommuniques gibt es noch nichts Konkretes. Sicher ist, daß es Gespräche zwischen den Repräsentanten dieser Organisationen gibt, um eine effektivere Einheit herzustellen. In den letzten Monaten hat es kaum militärische Aktionen gegeben, was den Eindruck vermittelt, daß die Guerilla eher Kräfte sammelt.

Die politisch-militärischen Organisationen müssen Strategien entwickeln, die dahin führen, daß der Guerillakampf nicht isoliert von den Massen geführt wird. Denn eine Guerilla ohne die Unterstützung der Massen würde in einen gefährlichen Militarismus ausar-

kampf nicht isoliert von den Massen geführt wird. Denn eine Guerilla ohne die Unterstützung der Massen würde in einen gefährlichen Militarismus ausar-

ten, der die Massen enttäuscht und frustriert.

Aber ich habe den Eindruck, daß die politisch-militärischen Organisationen ernsthaft daran denken, den Kampf der Massen mit dem bewaffneten Kampf zu verbinden.

Internationalismus-Kommission, KB Göttingen

Die Politisch militärischen Organisationen in Honduras

MPL-Cinchonero (Movimento Popular de Liberacion)
Ende 1980 gegründet; spektakuläre Aktionen zur Befreiung politischer Gefangener; Flugzeugentführung im März 1981 und Besetzung und Geiselnahme in der honduranischen Handelskammer im August 1982.

FPR-Lorenzo Zelaya (Fuerzas Populares Revolucionarias)
Ende 1980 aus Mitgliedern von Studentenorganisationen entstandene Guerilla. Mehrere Bombenanschläge auf US-amerikanische und transnationale Konzerne, Sabotageakt auf das Elektrizitätswerk in Tegucigalpa.

PCH (Partido Communista de Honduras)
1954 gegründet, seitdem der Repression ausgesetzt und mehrmals verboten, Einfluß in einigen Gewerkschaften. Anfang der 70er Jahre spaltete sich die PCH-Marxisten-Leninisten (PCH-ML) von der KP ab. Während die PCH-ML ihre Basis eher bei den Bauern suchte, blieb die „moskauorientierte" PCH in Teilen der Arbeiterklasse verankert. Im Laufe dieses Jahres sind beide Organisationen in den Untergrund gegangen.

FMLH (Frente Morazanista de Liberacion Honduras)
Abspaltung von der PCH-ML, konkrete Aktionen sind nicht bekannt.

(Movimento Unificado Revolucionario)
Ende 1982 gegründet; Anschlag auf das Ausbildungslager der konterrevolutionären Somoza-Anhänger in Morocon.

PRTC (Partido Revolucionario de los Trabajadores Centroamerica)
Relativ kleine Organisation mit Verbindungen zur Sozialistischen Partei (PASOH).

Diese sechs Organisationen haben sich im März 1983 zu dem Bündnis **„Movimento Revolucionario de Honduras" (MRH)** mit einer „Vereinigten Nationalen Leitung" zusammengeschlossen. Nicht beteiligt an diesem Bündnis sind die Sozialistische Partei (PASOH) und die KP-Abspaltung PCH-ML.

Internationalismus-Kommission, KB Göttingen

Auslieferungspolitik der BRD an die Türkei

Zwei Monate vor dem Militärputsch am 11.September 1980 wurde der türkische Antifaschist **Levent Begen** von der Bundesregierung an die Türkei ausgeliefert. Levent Begen war aus der Türkei geflohen, wo er als bekannter Linker wiederholt gefoltert und ins Gefängnis geworfen worden war.

Die Türkei hatte seine Auslieferung wegen ''gemeinschaftlicher Tötung'', ''unerlaubtem Waffenbesitz'' u.a. Delikten gefordert. Das OLG Stuttgart verneinte politische Hintergründe der Vorwürfe und beschloß die Auslieferung, gestützt auf Auskünfte der deutschen Botschaft in Ankara, Folterungen oder Todesurteile seien bei Ausgelieferten noch nie vorgekommen.

Levent Begens Auslieferung konnte nicht verhindert werden. Nach seiner Ankunft verschwand er spurlos. Erst eineinhalb Jahre später ergaben intensive Nachforschungen von amnesty international, daß Levent Begen überhaupt noch am Leben war. Er war jedoch nicht nur mehrmals schwer gefoltert und zu falschen Geständnissen gezwungen worden, man hatte gegen ihn auch — entgegen dem Auslieferungsersuchen — ein politisches Verfahren wegen *''Gründung, Steuerung und Leitung eines Vereins oder Beitritt und Mitgliedschaft in einem Verein zur Errichtung der Gewaltherrschaft einer sozialen Klasse über eine andere''* und weiterer Staatsschutzdelikte eröffnet.

Amnesty gelangte an die Protokolle der Militärgerichtsverhandlung, in der Levent die erlittenen Folterungen und Mißhandlungen schilderte: *''Ich wurde im Februar 1980 in Deutschland gefaßt und im Juni 1980 ins Heimatland gebracht. Bei meiner Vernehmung bei der Polizei wurde mir ein Knüppel in den After gesteckt. 15 Tage lang wurde ich verhört. Danach wurde ich ins Gefängnis Mamak überführt. Von dort wurde ich fünfmal zum Verhör gebracht wegen anderer Beschuldigungen.... Während meiner Verhöre auf der Polizeistation wegen dieser Beschuldigungen ließ man mich 25 Tage lang nur mit den Fingern gegen die Wand gelehnt auf den Beinen stehen...''*(1)

Fingern gegen die Wand gelehnt auf den Beinen stehen...''(1)

Gegenüber amnesty hatte das Bundesjustizministerium noch im Oktober 1982 die Stirn mitzuteilen: *''...Nachforschungen zu dem Vorwurf, der Verfolgte sei nach seiner Auslieferung in türkischem Polizeigewahrsam gefoltert worden, haben bisher zu keinem Ergebnis geführt...''* und verwies darauf, daß die türkische Regierung nochmals auf ''das gesetzliche Verbot von Folterungen'' hingewiesen hätte. Mit dieser Erklärung begnügte Bonn sich ebenso gerne wie mit der Zusicherung, die Beschuldigungen gegen Levent Begen, die nicht Gegenstand des Auslieferungsverfahrens gewesen waren, würden nunmehr niedergeschlagen. Ein diesbezüglicher Nachweis steht bis heute aus, Levent Begen sitzt weiterhin in politischen Prozessen auf der Anklagebank.

Gerade weil im Fall Levent Begen die politische Absicht des Auslieferungsersuchens offensichtlich und die Lebensgefahr für ihn vorher absehbar war, hätte spätestens sein Schicksal den sofortigen Stopp aller Auslieferungsverfahren bewirken müssen. Doch weit gefehlt. Weiterhin bemühten sich bundesdeutsche Behörden und Regierungseinrichtungen mit allen Kräften, Auslieferungsverfahren für die Türkei zu entscheiden und Hinweise für Auslieferungsersuchen an die Türkei zu geben.

Zeynel Adindag

Da ist der ''Fall'' **Zeynel Adindag** zu nennen, der inzwischen seit 1976 die Justiz beschäftigt. Z.Adindag war 1975 in die Bundesrepublik geflohen, weil er in der Türkei als führendes Mitglied der nach dem Putsch 1971 verbotenen Jugendorganisation DevGenc verfolgt wurde. 1976 ersuchte die Türkei um Zeynels Auslieferung wegen ''Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation'' und anderer Staatsschutzdelikte. Tatsächlich wurde er daraufhin im Januar 1978 in Auslieferungshaft genommen und erst im September wieder freigelassen, nachdem das OLG Düsseldorf die Auslieferung gemäß europäischem Auslieferungsübereinkommen für unzulässig beschied. Nach geltendem Recht darf wegen politischer Taten und Taten, die in politischem Zusammenhang stehen, nicht ausgeliefert werden. Für die Bundesregierung war der Fall damit jedoch nicht erledigt. Das Justizministerium wandte sich mehrmals auffordernd an die Türkei, bis diese eine juristisch annehmbare Auslieferungsbegründung zustande brachte.

Im Februar 1982 wurde Zeynel Adindag an seinem Arbeitsplatz verhaftet. Insgeamt dreimal hatte die Türkei zwischenzeitlich erneut seine Auslieferung verlangt und als Begründung ''nur'' noch den Vorwurf der Beteiligung an einem Mord angegeben. Außerdem hatte sie verbal beteuert, Adindag in der Türkei nur wegen diesem Strafvorwurf anzuklagen und im Falle einer Todesstrafe diese in 30 Jahre Haft umzuwandeln. Diese Erklärungen reichten dem OLG Düsseldorf aus, im Juli 1982 die Auslieferung für zulässig zu erklären. Zeynel Adindag legte daraufhin Verfassungsbeschwerde ein, gestützt auf den im Grundgesetz garantierten Schutz vor politischer Verfolgung. Das Bundesverfassungsgericht hob tatsächlich im Februar 1983 den Auslieferungsbeschluß auf, weil die Gefahr der politischen Verfolgung nicht ausreichend geprüft worden sei, und verwies den Fall zurück an das OLG.

Zeynel Adindag jedoch sitzt nach wie vor, inzwischen seit über 16 Monaten in Einzelhaft, im Interesse der guten Beziehungen zwischen zwei NATO-Ländern (2).

Zuarbeit des Staatsschutzes

Cemal Kemal Altun, dem Bruder eines bekannten sozialdemokratischen Abgeordneten , gelang Anfang 1981 die Flucht aus der Türkei nach Westberlin. Aus türkischen Zeitungen erfuhr er, daß die Türkei ihn der Beteiligung an einem Attentat auf Gün Sazak, einem ehemaligen Minister und dem zweiten Mann der faschistischen MHP nach Türkes beschuldigte, und stellte daraufhin im September 1981 einen Antrag auf Asyl. In der Begründung des Antrags ging Kemal Altun auf die ihm bekanntgewordenen Vorwürfe und auf das offensichtliche Bestreben ein, über seinen Bruder einen Zusammenhang zwischen dem Attentat und der CHP herzustellen.

Als 1982 Kemals Paß abgelaufen war, wandte sich sein Anwalt an die Ausländerbehörde und bat um einen Fremdenpaß. Ausdrücklich wies er darauf hin, daß das türkische Konsulat Altuns Aufenthaltsort nicht erfahren dürfe, da ein Auslieferungsbegehren zu befürchten sei. Diesen Hinweis griffen die Westberliner Staatsbeamten begierig auf: Sie alarmierten den Staatsschutz, dieser schaltete das Bundeskriminalamt ein, das sich seinerseits an das Justizministerium wandte, um eine Anfrage an Interpol Ankara zu richten. In dieser Anfrage wurde anhand des Asylantrags Altuns den türkischen Behörden detailliert erläutert, daß man Kenntnis von angeblichen Vorwürfen hätte und es wurde angefragt, ob diese stimmen würden und ob die türkischen Behörden nicht ggf. einen Antrag auf Auslieferung stellen wollten.

Dankend nahm die Türkei diese Anregungen auf, ein Haftbefehl wurde ausgestellt wegen ''Anstiftung zum Mord''.

Am 5. Juli 1982 wurde Altun in Westberlin verhaftet, am gleichen Tag wurde in Ankara ein neuer Haftbefehl ausgestellt, denn inzwischen war aufgefallen, daß auf ''Anstiftung zum Mord'' die Todesstrafe steht. Der zweite Haftbefehl bezieht sich nun auf den Vorwurf, die Attentäter versteckt und Beweismaterial beiseite geschafft zu haben. Welche Rolle die bundesdeutschen Helfer bei dieser Umformulierung spielten, ist nicht bekannt (3).

Bis heute sitzt Kemal Altun in Auslieferungshaft. Nachdem seine Auslieferung von Berliner Richtern für zulässig erklärt wurde, stimmte auch die Bundesregierung am 21.2.83 einer Auslieferung zu. Eine Verfassungsbeschwerde wurde vom BVG nicht angenommen (weil dieses sich für Westberlin nicht zuständig erklärte). Die daraufhin eingeleitete Beschwerde vor der Europäischen Menschenrechtskommission wurde Anfang Mai für zulässig erklärt. In der Verhandlung argumentierten die Vertreter der Bundesregierung ausgerechnet mit der großen Öffentlichkeit, die Altun bei Auslieferung in die Türkei vor politischer Verfolgung und Folter schützen würde...(4)

Mitte Juni wurde Kemal Altun als politischer Flüchtling anerkannt. Trotzdem wird er jetzt bald ein Jahr in Auslieferungshaft sitzen, weil die Bundesregierung sich trotz der Empfehlung der Europäischen Menschenrechtskommission weigert, die Auslieferungsentscheidung zurückzunehmen. In nächster Instanz wird der Europäische Gerichtshof zu entscheiden haben (5).

Die Bekanntgabe der Weitergabe von Asylakten an ''befreundete Geheimdienste'' wirft nachträglich auch ein klareres Licht auf das Auslieferungsverfahren gegen den Kurden **Ibrahim Yüksel Sen**.Yüksel Sen war 1974/75 an der Pädagogischen Hochschule in Ankara Sprecher des demokratischen Studentenrates. Im November 1975 kam ein faschistischer Student bei Auseinandersetzungen an der Schule um, von Faschisten wurde Yüksel Sen denunziert und in einem Scheinverfahren, in dem allein Faschisten gehört und Entlastungszeugen nicht zugelassen wurden, zu 27 Jahren Gefängnis verurteilt.

Mitte 1976 wurde Yüksel auf Intervention von Anwälten der sozialdemokratischen CHP gegen Kaution auf freien Fuß gesetzt und tauchte unter. 1978 wurde das Urteil gegen ihn in Abwesenheit bestätigt. Nach seiner Flucht in die BRD erfuhr Yüksel 1979 vom Mord an einem Vetter und stellte daraufhin einen Asylantrag. Als das Bundesamt seinen Antrag im Oktober 1981 abgelehnt hatte, folgte zwei Monate später das Auslieferungsbegehren der Türkei, wohlweislich begründet mit der Verurteilung wegen ''Raufhandels''.

Sieben Tage nach Ausstellung des Auslieferungsbegehrens wurde Yüksel Sen zu Hause verhaftet und 16 Monate in Einzelhaft gehalten. Bei seinem ersten Verhör im Polizeipräsidium in Köln waren auch fünf türkische Polizisten oder Geheimdienstler anwesend. Im Juli 1982 erklärte das OLG Köln seine Auslieferung für zulässig. Schließlich sei der gegen Sen geführte Prozeß von einem *''ordentlichen Gericht''* mit einem *''Mindestmaß an Verfahrensgerechtigkeit''* durchgeführt worden. Dabei kümmerte das Gericht sich nicht um augenfällige Ungereimtheiten in dem Verfahren gegen Yüksel Sen und beileibe nicht um die politischen Zusammenhänge. Auch die Bundesregierung stimmte der Auslieferung zu und erst die daraufhin eingereichte Verfassungsbeschwerde hatte Erfolg. Das BVG beschloß die Aufhebung des Auslieferungsurteils mit Verweis auf die Mißachtung internationaler Abkommen ('Spezialität') im Fall Levent Begen (6). Nun muß das Kölner OLG erneut entscheiden. Bis dahin wurde Yüksel Sen auf freien Fuß gesetzt.

(1) Vergl. die ausführliche Dokumentation des Falles in Türkei-Spiegel 7/8, Dez.82, Hrsg. von amnesty international - Türkeikoordination
(2) Infos nach Türkei-Komitee Wuppertal, Sommer 1982; BVG-Urteil v. 23.2.1983 / 1 BvR 1019/82 / in Informationsbrief Ausländerrecht, Heft 5, Mai 1983
(3) Infos nach Dokumentation der Arbeitsgemeinschaft Türkei-Flüchtlinge, Basel, 1982; taz, 24.1.83; taz, 14.3.83; taz, 13.4.83
(4) Vgl. taz, 5.5.83
(5) Vgl. taz, 21.6.83
(6) Infos nach Dokumentation der AG Türkei-Flüchtlinge a.a.O. (auch taz, 10.9.82, 6.12.82, 6.4.83);Interview mit Yüksel Sen in Volksfront 5/83; BVG-Urteil v.23.2.83 /1 BvR 990/82/, in Informationsbrief a.a.O.

Komplizenschaft mit den Folterern

Die Auslieferungspolitik der BRD stützt sich juristisch auf das ''Deutsche Auslieferungsgesetz'' (das ab 1.Juli durch ein neues ''Internationales Rechtshilfegesetz''/IRG abgelöst wird) und auf das Europäische Auslieferungsübereinkommen und weitere internationale Abkommen. Bedeutend für den Auslieferungsverkehr mit der Türkei sind dabei folgende Bestimmungen:

— Auch wenn jemand als politischer Flüchtling anerkannt ist, schützt dies nicht vor Auslieferung. Ein politischer Flüchtling darf gemäß Asylverfahrensgesetz ausgeliefert werden, wenn er wegen krimineller Delikte verfolgt wird. Damit ist der Leugnung politischer Zusammenhänge und dem Vorschieben ''krimineller Taten'' in türkischen Auslieferungsbegehren Tür und Tor geöffnet.

— Gleichzeitig dürfen Ausgelieferte nach der Auslieferung nur wegen der Vorwürfe vor Gericht gestellt werden, die auch im Auslieferungsbegehren genannt wurden (''Spezialität''), allerdings kann auch nachträglich vom Auslieferstaat eine Genehmigung für weitere Strafverfolgung erteilt werden.

— Das Verbot der Todesstrafe in der Bundesrepublik verbietet eine Auslieferung, wenn nicht ausdrücklich zugesichert wird, keine Todesstrafe gegen den Ausgelieferten zu vollstrecken. Dies ist im Falle der Türkei besonders problematisch, da sie das entsprechende europäische Abkommen mit der Einschränkung unterzeichnet hat, daß in der Türkei die ''Große Nationalversammlung'' die Todesurteile bestätigen muß, und deshalb türkische Behörden oder Regierungen gar nicht mit Bestimmtheit eine Todesstrafe ausschließen können.

Inzwischen ist hinreichend bekannt, daß das türkische faschistische Regime Auslieferungsersuchen als Instrument benutzt, die Verfolgung der linken Opposition international auszudehnen. Hierbei zeigen auch die zuvor angeführten Einzelfälle, wie angebliche kriminelle Taten zur Habhaftwerdung politischer Gegner benutzt werden und weder der Grundsatz der 'Spezialität' noch das Verbot der Todesstrafe gewährleistet ist. Übergeordnet gegenüber den Auslieferungsbestimmungen bleibt das Grundrecht auf Schutz vor politischer Verfolgung gemäß Art.16, Abs.2,2 des GG. Hinzu kommt, daß nach Maßstäben des Völkerrechts eigentlich sowieso niemand (ob als Krimineller oder politisch Verfolgter) in die Türkei abgeschoben oder ausgeliefert werden darf, solange dort massenhafte Folterungen an der Tagesordnung sind.

Das Interesse der Türkei an der Verfolgung linker Oppositioneller im Ausland ist immens. Politische Flüchtlinge in anderen Ländern zu verfolgen und sie möglichst in die Türkei zurückzuschaffen und so die äußerst störende Aufklärungsarbeit im Ausland über die Verhältnisse in der Türkei zu stoppen, wird von dem faschistischen Regime sehr intensiv verfolgt.

Neben der Existenz zahlreicher Polizisten und Geheimpolizisten im Ausland und einem unübersehbaren Spitzelnetz unter den türkischen und kurdischen Arbeitsemigranten bedient sich die Türkei hierbei Praktiken wie: Verfolgung von Angehörigen in der Türkei, um den Aufenthaltsort der Flüchtigen zu erpressen; Ausbürgerung bekannter Gewerkschafter, Intellektueller und Künstler, die trotz Aufforderung sich den Militärs nicht gestellt haben; Festnahmen, Folterungen und Scheinprozesse gegen Menschen, die zum Urlaub in die Türkei zurückkommen und nicht zuletzt eben auch internationaler Zusammenarbeit der Polizeibehörden und Regierungen.

Dies alles hat bisher weder die Schreibtischtäter in der Justiz, noch die Bundesregierungen gehindert, die Freundschaft mit den faschistischen Generälen durch Auslieferungs- und Abschiebungsgeschenke zu fördern.

... unter Ausschluß der Öffentlichkeit

Sowohl die alte sozialliberale wie auch die gewendete christliche Regierung versuchten bzw. versuchen ihre Auslieferungsgeschenke an die türkischen Militärs gegenüber der Öffentlichkeit weitestmöglich zu vertuschen. Die bekanntgewordenen Fälle sind nur ein Bruchteil der in die Folterkammern der faschistischen Militärs ausgelieferten und abgeschobenen Antifaschisten und Linken aus der BRD.

Die Vertuschung bezieht sich auch auf die Angabe über die jeweils in Auslieferungshaft Sitzenden sowie über eingeleitete Auslieferungsverfahren. Jüngst bestätigte die Bundesregierung auf Anfrage, daß zur Zeit 12 türkische Staatsbürger in bundesdeutschen Knästen in Auslieferungshaft sitzen (FR, 26.5.83). Obwohl davon ausgegangen werden muß, daß diese Personen in der Mehrheit linke Türken und Kurden sind, ist nur ein kleiner Teil davon namentlich bekannt, Solidaritätsaktionen konzentrieren sich auf wenige Fälle. Zu den zugegebenen 12 Inhaftierten müssen zumindest die elf Antifaschisten addiert werden, die wegen der Besetzung des Kölner Konsulats in Untersuchungshaft sitzen. Ihre Auslieferung fordert die Türkei ebenfalls (Milliyet, 6.11.82; nach tid 43).

Offiziellen Angaben zufolge wurden im Jahr 1981 acht Menschen an die Türkei ausgeliefert, wobei die Bundesregierung gegenüber amnesty international betonte, *''politische Motive der Verurteilten bzw. Beschuldigten sind in keinem Fall zu Tage getreten.''*(Türkei-Spiegel 7/8, Dez.82). Der Wahrheitsgehalt dieser Behauptung wird angesichts des Ausschlusses der Öffentlichkeit schwer zu überprüfen sein. Eine geschicktere Absprache mit dem Bündnispartner Türkei in diesen Fällen wäre jedoch angebracht, denn von dort verlautete im November 1982: 16 als Terroristen über Interpol gesuchte türkische Staatsbürger seien seit dem Putsch durch die Bundesregierung ausgeliefert worden (Hürriyet, 1.11.82; nach tid 42). Obwohl diese Zahl weitaus wahrscheinlicher klingt als die von der Bunderegierung angegebene, ist zu berücksichtigen, daß zumindest in einigen Fällen auch Faschisten ausgeliefert wurden.

Ende 1982 gab die Türkei bekannt, sie würde die Auslieferung von weiteren 96 ''Terroristen'' von der BRD fordern. Unter den 20 namentlich genannten befinden sich 14 bekannte Linke, die unter Angabe ihrer Organisationszugehörigkeit in türkischen Veröffentlichungen aufgeführt werden — und es ist mehr als ignorant, wenn hierzulande immer noch Auslieferungen nach einer rein formal-juristischen Prüfung gerechtfertigt werden (Milliyet, 28.10.82, nach Türkei-Spiegel 7/8, Dez.82).

Die Bundesrepublik als Spitzenreiter politischer Verfolgung

Im Mai 1982 wurde der türkische Gewerkschafter Sevim Akbas aus der Schweiz, wo er Asyl beantragt hatte,in die Türkei abgeschoben. Dort wurde er wegen Beteiligung an Streiks und Mitgliedschaft im Istanbuler DISK gesucht. Ende des Monats wurde die Leiche Sevim Akbas in Istanbul seiner Familie überstellt, behauptete Todesursache: Selbstmord.

Ein Arzt und Sevim Akbas Angehörige fanden an der Leiche Folterspuren: Spuren ausgedrückter Zigaretten auf der Haut, klaffende Wunden am rechten Oberschenkel, in die ätzende Flüssigkeit gestrichen worden war (FR, 18.8.82).

Das Europaparlament sprach sich am 10. Februar 1983 einstimmig gegen Auslieferungen an die Türkei aus. Mit Hinweis auf etwa 90 Personen, deren Auslieferung aus EG-Ländern die Türkei fordert, wurde speziell an die Adresse der Bundesregierung *''die mit Auslieferungsersuchen befaßten Instanzen der Mitgliedstaaten''* aufgefordert, türkische Auslieferungsersuchen besonders sorgfältig zu prüfen, jeder Gefahr politischer Verfolgung nachzugehen und zu berücksichtigen, wie Auslieferungsbegehren der Türkei zustande kommen (Vgl. Sitzungsdokument des Europäischen Parlaments v. 10.2.83).

Diese, mit den Stimmen der bundesdeutschen Abgeordneten gefaßte Entschließung hinderte die Bundesregierung weder daran, am 21. Februar der Auslieferung von Kemal Altun zuzustimmen, noch in den Verfassungsbeschwerden von Yüksel Sen und Zeynel Adindag am 23. Februar für die Auslieferung beider an die Türkei einzutreten und sich dabei auf Auskünfte der türkischen Generäle zu stützen, daß die Verantwortlichen für die offiziell zugegeben 15 Folteropfer seit dem Putsch schließlich vor Gericht gestellt, durch Folter erzwungene Geständnisse nicht als Beweismaterial zulässig seien und Folter überhaupt in der Türkei gesetzlich verboten sei. Gemäß dieser Komplizenschaft der BRD bei der Verfolgung türkischer und kurdischer Linker

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

wurde im vergangenen September Hüseyin Balkir an der französischen Grenze festgenommen und sollte an die Türkei ausgeliefert werden, obwohl er einen UNO-Flüchtlingspaß und Aufenthaltserlaubnis in Frankreich sowie ein dort ausgestelltes Visum für den Besuch von Verwandten in der BRD hatte. Dem bekannten Regisseur Yilmaz Güney, der in Griechenland Asyl und Aufenthalt hat, wurde vor kurzem für den Fall der Einreise in die BRD von der Bundesregierung angedroht, ihn umgehend an die Türkei auszuliefern.

Es hat in jüngster Zeit eine Reihe von Entscheidungen in Asylverfahren gegeben, in denen Folterungen und politische Verfolgung in der Türkei berücksichtigt wurden. Einiges deutet daraufhin, daß zumindest zum Teil die jahrelange Informationsarbeit der türkischen und kurdischen Emigranten und Flüchtlinge, die Sammlung von Gutachten etc. Früchte trägt und eine schärfere Konfrontation mit den Zielen der Bundesregierung zu erwarten ist, deren internationale Zusammenarbeit gegen "Terrorismus" und "Extremismus" die Gewährung von Asyl für politische Flüchtlinge ausschließt.

Eine Verschiebung von Asyl- zu Auslieferungsverfahren kann eine Möglichkeit sein, kurzfristig dem Standpunkt der Bundesregierung mehr Geltung zu verschaffen. Während eine Reihe von Verwaltungsgerichten sich in den letzten Jahren ständig mit der Situation in der Türkei beschäftigen mußten und allmählich nicht mehr daran vorbei können, Beweise der brutalen Verfolgung der linken und nationalen Opposition zur Kenntnis zu nehmen, sind die für Auslieferungsverfahren zuständigen Strafgerichte da gänzlich unbeleckt.

Damit besteht die Gefahr, daß in nächster Zeit noch mehr Auslieferungsverfahren von BRD-Behörden angeschoben werden, um mißliebige politische Flüchtlinge auszuschalten. Durch die Weitergabe von Asylakten an den türkischen Geheimdienst fällt die Begründung von Auslieferungsersuchen leicht, die dort gemachten Aussagen brauchen lediglich in kriminelle Straf-

nächster Zeit noch mehr Auslieferungsverfahren von BRD-Behörden angeschoben werden, um mißliebige politische Flüchtlinge auszuschalten. Durch die Weitergabe von Asylakten an den türkischen Geheimdienst fällt die Begründung von Auslieferungsersuchen leicht, die dort gemachten Aussagen brauchen lediglich in kriminelle Straf-

tatbestände umgewandelt werden.

Die Partnerschaft im Rahmen der NATO bleibt die Triebkraft für die hervorragende Rolle der BRD bei der Stützung der faschistischen Machthaber in der Türkei: Freigabe der Militär- und Wirtschaftshilfe, umfangreiche Waffenlieferungen, vom Halse schaffen störender Kritiker durch Organisationsverbote (DevSol/HalkDer), Abschiebung und Auslieferung. Die Spitzenposition der Bundesrepublik im europäischen Lager in der Förderung der türkischen Mörder und Folterer erklärt sich aus der über die Gesamt-NATO-Interessen hinausgehende Strategie der BRD im Nahen Osten. Sie erklärt sich auch aus der Ballung türkischer und kurdischer Arbeitsemigranten und Flüchtlinge in der BRD und dem Bemühen, aus Eigeninteresse erbrachte Geschenke an die Junta auszunutzen für die Bereitschaft, die geplante Massenaustreibung der ausländischen Menschen aus der BRD zu akzeptieren. Absprachen bei der Verfolgung Linker sollen es der Türkei erleichtern, die Kröte der "Rückführung" von Arbeitsemigranten zu schlucken.

Die von Innenminister Zimmermann vorbereiteten Gesetze zur Regelausweisung ausländischer Extremisten werden kurzfristig Widersprüche zum Asylrecht ergeben. Politische Betätigung im Ausland ist z.B. in der Türkei Straftatbestand und zur Zeit als Gefahr der Nachverfolgung Gegenstand von Asylverfahren. Aber auch das wird die schwarz-braune Mehrheit in Bonn schon in den Griff kriegen.

Auslieferung vorläufig verhindert

Hüseyin Inci auf freiem Fuß

Am 15. Juni wurde Hüseyin Inci gegen 5000 DM Kaution und Meldeauflagen aus der Haft entlassen. Dies ist ein Erfolg der verschiedensten Solidaritätsaktionen, mit denen seit dem 18. Mai Hüseyins Freilassung gefordert wurde. Die Hamburger Staatsanwaltschaft am Oberlandesgericht hatte mit einem von Interpol Ankara per Fernschreiben übermittelten Auslieferungsersuchen vom 16.5.83 sofort eine „vorbereitende Auslieferungshaft" angeordnet. Die türkischen Behörden behaupteten, seit Mai 1979 läge gegen Inci in Erzincan/Sivas ein Haftbefehl wegen einer versuchten Tötung an einem Faschisten vor.

Die Aussetzung der Auslieferungshaft gegen Auflagen ist ein Versuch, die recht aufmerksam geführte, öffentliche Debatte um die Auslieferungspolitik der Bundesrepublik in Hamburg, wie sie am „Fall" Inci begonnen wurde, ein Ende zu setzen. Die Richter am Oberlandesgericht schoben vor, eine Fortsetzung der Haft sei angesichts der noch zur endgültigen Entscheidung zu führenden Ermittlungen nicht zumutbar.

Der „Fall" Hüseyin Inci

Inci kam 1979 in die Bundesrepublik, er lebt seitdem mit seiner Familie in Hamburg und studiert seit Herbst 1982 an der Hochschule für Wirtschaft und Politik. Hüseyin Inci hatte in der Türkei für die linke Organisation DevYol politisch gearbeitet, nachdem er in die BRD kam, setzte er sich aktiv gegen die faschistische Junta ein. Verschiedene Ereignisse des vergangenen Jahres wer-

er lebt seitdem mit seiner Familie in Hamburg und studiert seit Herbst 1982 an der Hochschule für Wirtschaft und Politik. Hüseyin Inci hatte in der Türkei für die linke Organisation DevYol politisch gearbeitet, nachdem er in die BRD kam, setzte er sich aktiv gegen die faschistische Junta ein. Verschiedene Ereignisse des vergangenen Jahres wer-

fen ein bezeichnendes Licht auf die Methoden, mit denen die türkischen Verfolgungsbehörden versuchen, politischer Gegner im Ausland habhaft zu werden:

H. Inci lebte mit einer gültigen Aufenthaltsgenehmigung in Hamburg und bereitete sich auf die Aufnahmeprüfung an der Hochschule für Wirtschaft und Politik vor. Von der Türkei wurde ihm eine Rückstellung vom Wehrdienst bis Juli 1983 erteilt. Als er im Mai 1982 seinen Paß zur Verlängerung beim türkischen Konsulat einreichte, wurde ihm der Paß abgenommen. Daraufhin beantragte Hüseyin bei der Ausländerbehörde einen Fremdenpaß. Auf Nachfrage dieser Behörde erklärte das Konsulat, Inci habe zum Wehrdienst in die Türkei zurückzukehren, anschließend könne er wieder nach Hamburg. Gegenüber Incis Rechtsanwalt erklärte das türkische Konsulat im August 1982, im Juli wäre ein Schreiben des türkischen Verteidigungsministeriums eingegangen, das die Wehrdienstaussetzung aufhebt und Inci zum sofortigen Ableisten seines Militärdienstes auffordert. Dasselbe wurde der Ausländerbehörde schriftlich im Oktober mitgeteilt, wobei offen blieb, warum ein Schreiben vom Juli 1982 die türkischen Konsulatsbeamten schon im Mai 1982 veranlaßt hatte, Incis Paß einzubehalten.

Die Ausländerbehörde weigerte sich daraufhin, Inci einen Fremdenpaß auszustellen und teilte ihm mit: *„Sie sollen nur in die Türkei zurückkehren, um dort Ihren Wehrdienst abzuleisten. Im Anschluß an Ihren Wehrdienst können Sie dann ggf. erneut in das Bundesgebiet einreisen. Ihre Trennung von der Familie wäre also nur vorübergehend..."* und drohte mit Abschiebung. Das Täuschungsmanöver der türkischen Behörden, Hüseyin Incis Abschiebung mit dem Vorwand des Militärdienstes zu erreichen, schien erfolgversprechend.

Bevor es zur Abschiebung kam, stellte Hüseyin Inci im Dezember 1982 Antrag auf politisches Asyl. Anfang Februar 1983 erhielt das Bundesamt für die Anerkennung von Asylbewerbern die Begründung des Asylantrages, am 8. März wurde Hüseyin Inci einen Tag lang ausführlich angehört. In der neun Stunden dauernden Anhörung redete Inci offen über seine politischen Aktivitäten in der Türkei und sein Engagement in der Bundesrepublik gegen die Militärjunta.

Von diesem Tag an brauchten die türkischen Behörden neun Wochen bis zu ihrem Fernschreiben, mit dem sie am 16. Mai unter Verweis auf einen angeblich seit 1979 existierenden Haftbefehl die Auslieferung Incis verlangen.

Dieses Fernschreiben nahm die Staatsanwaltschaft am Oberlandesgericht zum Anlaß, H. I. sofort in „vorbereitende Auslieferungshaft" zu nehmen. Das nicht abgeschlossene Asylverfahren blieb unberücksichtigt. Die Behauptung, der angeführte Haftbefehl stamme aus dem Jahre 1979 ist dabei mehr als zweifelhaft, hinderte er doch weder H.'s Ausreise aus der Türkei noch seine Wehrdienstbefreiung.

Solidarität und Windungen Hamburger Sozialdemokraten

Behauptung, der angeführte Haftbefehl stamme aus dem Jahre 1979 ist dabei mehr als zweifelhaft, hinderte er doch weder H.'s Ausreise aus der Türkei noch seine Wehrdienstbefreiung.

Solidarität und Windungen Hamburger Sozialdemokraten

Unmittelbar nach Bekanntgabe der Verhaftung Incis regte sich in Hamburg der Protest. Studenten der Hochschule für Wirtschaft und Politik nutzten eine anläßlich der Rückkehr einer „Unabhängigen Untersuchungskommission" aus der Türkei durchgeführte Pressekonferenz, um den „Fall" Inci bekanntzumachen. Die Ergebnisse der mit Geldern der Bürgerschaft unterstützten Türkeireise von Wulf Damkowski (SPD), Jürgen Schneider (GAL, Grüne) und Peter O. Chotjewitz (DJU, Pen-Zentrum) über die brutale Verfolgung türkischer und kurdischer Oppositioneller durch das Militärregime und über die erschreckende Mißachtung rechtsstaatlicher Prinzipien in den durchgeführten Massenprozessen unterstrich eindrucksvoll die Gefahr, die eine Auslieferung türkischer Antifaschisten an die Türkei bedeutet.

In der folgenden Woche begann Hella Franke einen unbefristeten Sitzstreik in der Hamburger Innenstadt für die Freilassung von Hüseyin Inci und auf der am 11. Juni in Hamburg durchgeführten Solidaritätsdemonstration mit den antifaschistischen Gefangenen in der Türkei und in Türkei-Kurdistan lautete die Parole „Eins, zwei, drei - laßt Inci frei!"

Die Reaktion der Staatsanwaltschaft war lapidar. Man warte auf die Auslieferungsbegründung der Türkei und schließlich sei Inci ein „gefährlicher Mensch". Gänzlich in Schweigen hüllte sich der Hamburger Senat und SPD-Justizsenatorin Leithäuser, in deren Kompetenzbereich eine Anweisung auf sofortige Entlassung Incis aus der Haft fällt. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion schloß sich zwar der Forderung an, H. I. nicht an die Türkei auszuliefern, weil die Militärregierung einen „totalitären Staat" repräsentiere, ihre konkreten Forderungen klangen mehr als zurückhaltend. Es wurde die Bitte an die Parteigenossin Senatorin Leithäuser gerichtet, *„sich dafür einzusetzen, daß die Staatsanwaltschaft überprüft, ob die Vorwürfe gegen Inci begründet und nachgewiesen werden können."*

Vollends peinlich wurde das Auftreten von Sozialdemokraten bei der Bürgerschaftssitzung am 15. Juni, wenige Stunden nach der Haftentlassung Hüseyin Incis. Frau Leithäuser beschwor die „Unabhängigkeit der Gerichte" und erhielt für ihre Abstinenz im Fall Inci Beifall von der CDU. Wulf Damkowski, der seine Erlebnisse in der Türkei als „erschreckend" und weit über das erwartete Maß hinaus erschütternd bezeichnete, sprang in die Bresche, um den Senat gegen Vorwürfe der GAL zu verteidigen, bei der Komplizenschaft deutscher und türkischer Behörden bei der Verfolgung Oppositioneller mitzumischen.

Seine Empörung über diesen Vorwurf ist umso unverständlicher, da bekannt ist, daß auch in Hamburg der türkische Konsul über Asylverfahren Informationen besitzt. Im vorliegenden Fall hat sich die Ausländerbehörde vom türkischen Konsulat täuschen lassen. Eine Sendung über den Fall im NDR-Fernsehen wurde auf Intervention des türkischen Konsuls beim NDR kurzfristig abgesetzt.

Die Aussetzung der Auslieferungshaft gegen Hüseyin Inci bedeutet nicht etwa die Beendigung der Gefahr der Auslieferung. Im Gegenteil hat das OLG die Türkei aufgefordert, Unklarkeiten in der vorliegenden Auslieferungsbegründung zu bereinigen und Material „nachzuschieben". Zur Prüfung der Verhältnisse in der Türkei wurde lediglich an die Bundesregierung die Bitte gerichtet, darüber Auskunft zu geben, ob die Türkei Auslieferungen mit „unzutreffenden Angaben" versucht durchzusetzen, ob es eine politische Verfolgung der Organisation Dev-Yol überhaupt gibt etc.

Mit der Anerkennung Hüseyin Incis als politischer Flüchtling ist allerdings die Möglichkeit einer Auslieferung wegen vorgeschobener „krimineller" Taten nicht ausgeschlossen.

Ein Schlag ins Gesicht der Hamburger Ausländerjustiz ist der Bescheid des Bundesamtes für die Anerkennung Ausländischer Flüchtlinge vom 16.6.83, in welchem Hüseyin Inci als Asylbewerber anerkannt wird. In dem Bescheid heißt es unter anderem:



FOTO: ARGUS

Wieder auf freiem Fuß: Hüseyin Inci.

"Aufgrund des vom Antragsteller im Asylverfahren glaubhaft vorgetragenen Sachverhaltes und des von ihm vorgelegten Beweismaterials steht zur Überzeugung des Amtes fest, daß der Antragsteller aus begründeter Furcht vor politischer Verfolgung im Sinne der Genfer Konvention seine Heimat verlassen hat und daß er allein aufgrund seiner nachgewiesenen politischen Aktivitäten in der Bundesrepublik zu demjenigen Personenkreis zu rechnen ist, der im Falle seiner Rückkehr in den Heimatstaat mit asylrelevanter politischer Verfolgung im Sinne der Genfer Konvention zu rechnen hat.

Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ist davon auszugehen, daß der Antragsteller im Falle einer Rückkehr in die Türkei von Seiten der türkischen Staatsorgane unter vorgeschobenen Strafvorwürfen mit Strafmaßnahmen und der Verurteilung zu einer erheblichen Freiheitsstrafe zu rechnen hat..."

taz-Hamburg vom 24.6.83

Auf dem Wege der Geheimdienste

Asylanträge gehen an die Militärjunta

Auf dem Wege der Geheimdienste
Asylanträge gehen an die Militärjunta

Akten von Asylbewerbern wandern über die Schreibtische von Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst direkt in die Hände der Geheimdienste der Staaten, vor deren Verfolgung Asylbewerber hier Schutz suchen. Diese Aussage des stellvertretenden Leiters des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, der in einem Asylverfahren vor dem Berliner Verwaltungsgericht im Februar als Zeuge auftrat, hat in der bundesdeutschen Öffentlichkeit wenig Staub aufgewirbelt (1). Dabei sind die Konsequenzen einer derartigen *"Zusammenarbeit befreundeter Geheimdienste"* im Rahmen der NATO für die Betroffenen fundamental: Im Falle der Ablehnung des Asylantrages (und das betrifft ca. 80% der Fälle) wird der Verfolgung im Heimatland die Munition zur Verfügung gestellt. Folter, Gefängnis und Tod warten auf die Rückkehrer. Spezielle Übereinkommen über den 'Informationsausstausch' betreffs Linker bestehen u.a. mit dem Irak und der Türkei seit Jahren. Allein die Kenntnisnahme eines Asylantrages rechtfertigt z.B. in der Türkei politische Verfolgung wegen "Türkeifeindlicher Bestrebungen im Ausland". Die in den Verhandlungen im Asylverfahren von Antragstellern und Zeugen gemachten Aussagen kommen für die Verfolgung im Heimatland Geständnissen gleich, muß ein Asylbewerber doch zur Begründung seiner politischen, kulturellen und/oder sozialen Verfolgung hier ausführlich darlegen, was ihm gegenüber dem Verfolgerstaat nicht über die Lippen kommen würde.

Welche Dienstleistungen z.B. deutsche Behörden an die faschistische Türkei noch pflegen, bekannte das Auswärtige Amt in puncto Abschiebung abgelehnter Asylbewerber: Über das deutsche Generalkonsulat erhalten die türkischen Behörden Kenntnis über Anzahl, Datum und Flugnummer der Abschiebe-Transporte. Entsprechend vorbereitet können die türkischen Militärs die Zurückgekehrten gleich aus dem Flugzeug heraus festnehmen. So geschehen Anfang März mit 40 nach Istanbul abgeschobenen Türken sowie in zahlreichen bezeugten Einzelfällen (2). Was mit den abgeschobenen politischen Flüchtlingen geschieht, hat die Bundesregierung auf dem Gewissen.

(1) Große Teile der Aussagen sind dokumentiert in der taz , 22.3.83.
(2) Vgl. taz, 22.4.83 und 24.4.83

Zum Kongreß "Ausländerpolitik und Menschenrechte"

Öfters ersehnt, immer wieder vertagt, jetzt geschehen: die erste bundesweite öffentliche Versammlung von Ausländern und Deutschen gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus in der BRD. Anlaß zum 3-tägigen Kongreß in Frankfurt Anfang Juni (3. bis 5.6.) bot die sogenannte „menschlich anständige" Ausländervertreibungspolitik des Staates.

Bis 1990 sollen laut Zimmermann — aber die Vorarbeiten wurden noch v o r seiner Amtszeit geleistet! — die Hälfte aller in der BRD lebenden Ausländerinnen und Ausländer „raus". Die erste Welle soll Kranke, Arbeitslose und politisch Engagierte treffen. Das Asylgesetz soll aufgehoben, Trennungszeiten für Ehepaare sollen bis auf 6 Jahre ausgeweitet und bei „freiwilliger" Rückkehr sogenannte „Rückkehrprämien" bezahlt werden.

Ursprünglich war ein regelrechtes Tribunal konzipiert worden; aufgrund der knappen Zeit einigten sich die Initiativen aber auf einen Kompromiß zwischen öffentlicher Anklage und Arbeitsgruppen-Treffen.

Rund 600 Menschen aus allen Landesteilen sowie zahlreichen Initiativen und Organisationen nahmen an den 3 Tagen teil.

Eröffnet wurde der Kongreß mit einer Veranstaltung zur Anklage der bereits jetzt existierenden Behörden- und Regierungspraxis. Pastor D. Lüderwaldt vom „Initiativausschuß ausländischer Mitbürger in Hessen" bezeichnete es als „staatliche Beihilfe zum Mord", wenn Ausländer in Länder ausgeliefert werden, wo sie Folter und Gefängnis erwartet. Der Betriebsratsvorsitzende Heinz Göppner von Rockwell-Golde in Frankfurt (wo 1982 Türken und Deutsche gemeinsam gegen Massenentlassungen kämpften) rief zum gemeinsamen Widerstand von Deutschen und Ausländern auf — von Entlassungen, Rationalisierung, Überwachung und Entrechtung seien beide gleichermaßen betroffen. Dazu müßte endlich „der Beamtenapparat der Gewerkschaften im Schwung gebracht werden". Das gute Dutzend Arbeitsgruppen befaßte sich am nächsten Tag mit Themen und Fragestellungen wie:

„Arbeitslosigkeit, Betrieb und Gewerkschaft", „Ausländische Frauen und ihre Probleme", „Türkei/BRD: Ursachen der Emigration", „Multikulturelle Gesellschaft als Zielvorstellung", „Minderheiten und Nationalstaat", Rassismus und Ausländerfeindlichkeit". Abgeschlossen wurde die Veranstaltung mit einem Ple-

Fortsetzung letzte Seite

Im Dezember kommen die ersten Raketen

Fortsetzung von S. 1

Der „Fahrplan" ist angelaufen

Schon im Dezember des vorigen Jahres meldete der „Stern", daß in der BRD mit Vorarbeiten für die Raketenstationierung begonnen worden sei, und zwar in Wüschheim im Hunsrück (Rheinland-Pfalz): „.... *Bodenproben an den geplanten Bauplätzen sind bereits untersucht, die Plätze vermessen, unter Tarnnamen werden Baupläne gezeichnet, erste Aufträge sind schon ausgeschrieben*" („Stern", 2.12. 82). In Wüschheim sollen 96 Cruise Missiles stationiert werden.

Aus neueren Informationen, die vor allem seit Mai dieses Jahres kräftig sprudeln, gehen viele Details über den Stationierungs-Fahrplan und die Vorbereitungen hervor. Wie der „Spiegel" am 24.5. berichtete, „*haben die ersten Pershing-2-Experten der US-Armee auf deutschem Boden schon mit der Arbeit begonnen. Bei den drei Bataillonen der 56. US-Field Artillery Brigade in der Nähe von Heilbronn, in Neu-Ulm und Mulangen bei Schwäbisch-Gmünd vermessen sie die künftigen Feuerstellungen und installieren die zusätzliche elektronische Ausrüstung...*". Auch die ersten Transport- und Abschuß-Fahrzeuge für die Pershing 2 seien schon in Arbeit. „*Im September beginnt...die Einweisung des Bedienungs- und Instandsetzungspersonals in der Bundesrepublik. Im Oktober kommen, zusammen mit ersten Teilen der Ausrüstung, die in den USA geschulten Spezialisten*". Ab Dezember dieses Jahres werden die Pershing 2 in Teile zerlegt eingeflogen; die letzten der für die BRD vorgesehenen 108 Raketen sollen Ende 1985 geliefert werden. (Die Stationierung von Pershing 2 ist nur in der BRD geplant).

Die Cruise Missiles werden zuerst in Großbritannien (160 Stück) und in Italien (112 Stück) in Stellung gebracht. In Großbritannien sollen die ersten CM schon im Dezember dieses Jahres, in Italien Anfang 1984 einsatzbereit sein.

In der BRD soll noch in diesem Jahr mit den direkten Baumaßnahmen für die CM-Stationierung begonnen werden. Aber erst vom Frühjahr 1986 an sollen die geplanten 96 CM angeliefert werden. Es wird sich dann um den modernisierten Typ 2 der CM handeln. Zeitgleich soll dann auch in Belgien und in den Niederlanden (je 48 Stück) die CM-Stationierung beginnen. Diese beiden Länder haben sich aber noch nicht eindeutig entschieden, die Stationierung zuzulassen.

Aus dem „Fahrplan" geht hervor, die CM-Stationierung beginnen. Diese beiden Länder haben sich aber noch nicht eindeutig entschieden, die Stationierung zuzulassen.

Aus dem „Fahrplan" geht hervor, daß die Genfer Verhandlungen nur gerade noch als Pflichtübung bis zum November weitergeführt werden, aber daß dann s o f o r t und massiv vollendete Tatsachen geschaffen werden sollen. Alle Denkspiele über ein Moratorium — d.h. Verlängerung der Verhandlungsphase, Verschiebung des Stationierungsbeginns — sollen von Anfang an praktisch durchkreuzt werden. Die Sowjetunion soll zu Gegenmaßnahmen gezwungen werden, um die 1979 beschlossene NATO-„Nachrüstung" im vollen Umfang — und womöglich sogar noch über den beschlossenen Umfang hinaus — durchführen zu können.

Abrüstung durch Aufrüstung?

Um den Widerstand so gering wie möglich zu halten, soll den direkt betroffenen Völkern Europas weisgemacht werden, es handele sich bei der demnächst beginnenden Stationierung schließlich nicht um eine e n d g ü l t i g e Maßnahme. Ganz im Gegenteil: Die Stationierung sei geradezu d e r notwendige Schritt, um doch noch zu einem vernünftigen Verhandlungsergebnis in Genf zu kommen. Denn erst, wenn „die Russen" handfest vorgeführt bekommen, daß „wir" es mit dem Raketen-Doppelbeschluß ernst meinen, werden sie zur Vernunft kommen und Zugeständnisse machen. Diesbezüglich wird von führenden NATO-Politikern fröhlicher Optimismus geschauspielert: Man sei ziemlich überzeugt, daß es in Genf doch noch zu einem brauchbaren Kompromiß kommt — aber eben erst n a c h Stationierungsbeginn. Die SPD trägt diese auf Volksverdummung zielende offizielle Argumentation mit: Man dürfe sich im jetzigen Stadium der Verhandlungen nicht schon kategorisch gegen die Raketenstationierung aussprechen, denn sonst würde der Sowjetunion jeder Anreiz zu Zugeständnissen genommen.

Man weiß natürlich, daß die politisch heikelste Phase d i e sein wird, wenn die ersten Raketen in Europa aufgebaut werden, also Ende 83/Anfang 84. Diese Phase soll auf jeden Fall entschärft werden, indem der Stationierungsbeginn als lästiges, aber leider unvermeidliches Durchgangsstadium zu einer Abrüstungslösung präsentiert wird.

Dabei wissen a l l e zuständigen Politiker, daß es kein Verhandlungsergebnis in Genf geben wird und geben soll. Zwischen den sowjetischen Vorschlägen, die auf ungefährem Gleichstand (unter Einrechnung der französischen und britischen Atomraketen) aufbauen, und den Forderungen der USA, die auf einseitige Abrüstungsleistungen der Sowjetunion hinauslaufen, gibt es absolut keine Kompromiß-Möglichkeiten. Was die sowjetische Position angeht, so sollte man davon ausgehen, daß die weitestgehenden Angebostungen der Sowjetunion hinauslaufen, gibt es absolut keine Kompromiß-Möglichkeiten. Was die sowjetische Position angeht, so sollte man davon ausgehen, daß die weitestgehenden Angebote schon im Winter 82/83 vollständig ausgereizt worden sind. Damals zielte die sowjetische Führung u.a. auf Beeinflussung der Stimmung in der BRD vor den Neuwahlen. Es würde der politischen Logik entsprechen, daß die Sowjetunion dabei mit ihren Vorschlägen bis an die äußerste Grenze gegangen ist, sodaß keine weiteren „Reserven" mehr vorhanden sind.

Es ist hierzulande üblich, die Regierenden der Sowjetunion als Idioten darzustellen, die sich völlig falsche Vorstellungen über die Verhältnisse im Freien Westen machen, und die immer erst durch eine Politik der Stärke zur Vernunft gebracht werden können. In Wirklichkeit sind die Hoffnungen der sowjetischen Führung, die „Nachrüstung" könne noch politisch verhindert werden, wohl niemals sehr groß gewesen — und spätestens seit dem 6. März dürften sie kaum größer als Null sein. Daß die Sowjetunion nach westlichen Angaben mit der Produktion von SS 20 fortfährt — wobei wohl nur umstritten ist, in welchen Teilen der Sowjetunion sie stationiert sind — demonstriert hinreichend, daß die Sowjetunion sich auf nichts und niemanden verläßt außer auf sich selbst. Man sollte es ruhig ernst nehmen, wenn der sowjetische Außenminister Gromyko — ein üblicherweise betont maßvoll auftretender Mann — erklärt: es sei ein Irrtum und verrate „Unkenntnis unseres Charakters", wenn man der Meinung sei, die Sowjetunion unter Druck setzen zu können. Es sollte sich also wirklich niemand darüber täuschen, daß der Stationierungsbeginn im Dezember der Auftakt zu einer „neuen Runde des Wettrüstens" sein wird. Die Sowjetunion hat angekündigt, auf den Stationierungsbeginn „rechtzeitig und effektiv zu antworten" (Verteidigungsminister Ustinow). Es ist davon die Rede, Atomraketen in der Nähe der USA zu stationieren, die mit einer extrem kurzen Flugzeit der Bedrohung der Sowjetunion durch die Pershing 2 entsprechen würden. In einer sowjetischen Regierungserklärung von Ende Mai heißt es außerdem, daß **„in Vereinbarung mit anderen Mitgliederstaaten des Warschauer Vertrags"** erwogen werde, „zusätzliche Mittel" als Gegengewicht gegen die neuen US-Mittelstreckenraketen in Europa zu stationieren. Diese Ankündigung wird in den westlichen Medien im allgemeinen so interpretiert, daß im Vorfeld der Sowjetunion, vor allem in der DDR, Atomraketen gegen Westeuropa stationiert werden sollen.

Der „Waldspaziergang" der SPD

Der SPD wird bei der politischen Durchsetzung des Stationierungsbeginns eine tragende Rolle zufallen. Neben klassischen Ablenkungsmanövern, mit denen ein eindeutiges NEIN zur Stationierung umschifft werden soll Durchsetzung des Stationierungsbeginns eine tragende Rolle zufallen. Neben klassischen Ablenkungsmanövern, mit denen ein eindeutiges NEIN zur Stationierung umschifft werden soll (Freeze, Moratorium) ist dabei ein seltsames Ereignis namens „Waldspaziergang" von zentraler Bedeutung. Angeblich soll im Herbst 1982 zwischen den Genfer Verhandlungsführern Nitze und Kwitzinski ein Kompromiß schon so gut wie ausgehandelt gewesen sein — besprochen bei besagtem „Waldspaziergang". Der Kompromiß, der niemals öffentlich bekanntgemacht wurde, sei dann jedoch daran gescheitert, daß die „Falken" auf beiden Seiten dagegen waren.

Seit einigen Wochen bieten alle führenden SPD-Politiker, inclusive Ex-Kanzler Schmidt, den damals angeblich beinahe erreichten Kompromiß als bestmögliche Lösung an. Mit diesem Kompromiß könne der Westen ganz gut leben, wird versichert. Die US-Regierung wäre gut beraten, auf den „Waldspaziergang" zurückzukommen und den damals ganz knapp gescheiterten Kompromiß jetzt noch einmal ganz offiziell (und öffentlich) als Vorschlag an die Sowjetunion zu richten.

Daß es jemals die behauptete Beinahe-Vereinbarung in Genf gegeben hat, sollte man lieber anzweifeln: Die angeblich zwischen Nitze und Kwitzinski ausgehandelten Details wären so extrem ungünstig für die Sowjetunion gewesen, daß schwer vorstellbar ist, Kwitzinski könnte sich darauf auch nur eine Minute lang eingelassen haben. Laut „Frankfurter Rundschau" (27.5.) soll die Vereinbarung im wesentlichen in folgendem bestanden haben: Die Sowjetunion hätte ihre gegen Europa gerichteten SS 20 auf 75 Träger mit insgesamt 225 Sprengköpfen reduziert. (Angeblich verfügt die SU gegenwärtig im europäischen Raum über 250 SS 20-Träger mit 750 Sprengköpfen). In ihrem asiatischen Teil hätte die Sowjetunion einer Begrenzung auf 90 SS 20-Träger mit 270 Sprengköpfen zugestimmt. Der NATO wäre die Stationierung von 300 Cruise Missiles in Europa — statt der im Doppelbeschluß vorgesehenen 464 — zugestanden worden. Auf die geplante Stationierung von 108 Pershing 2 (alle in der BRD) wäre ganz verzichtet worden. Die britischen und französischen Atomraketen wären nicht in das Abkommen einbezogen worden.

Dieses Resultat wäre für die Sowjetunion kaum günstiger als Reagans „Zwischenlösung" gewesen. Jene sieht vor, die SS 20 auf 100 Träger (= 300 Sprengköpfe) zu reduzieren. Die NATO würde dann eine entsprechende Zahl von Pershing 2 und Cruise Missiles stationieren. Besonderer Wert wird dabei auf den „Mix" gelegt, d.h. es sollen unbedingt auch Pershing 2 dabei sein, denn nur diese garantieren mit ihrer extremen Schnelligkeit den vollen Erstschlags-Effekt. (Die CM sind sehr viel langsamer und verwundbarer). Die von der SPD vorgetragene Idee ist nun gerade, daß — im Sinne des „Waldspaziergangs" — doch auf die Stationierung der Pershing 2 verzichtet werden viel langsamer und verwundbarer). Die von der SPD vorgetragene Idee ist nun gerade, daß — im Sinne des „Waldspaziergangs" — doch auf die Stationierung der Pershing 2 verzichtet werden könnte, die eine besonders akute Bedrohung der Sowjetunion bedeuten würde.

Die Argumentation der SPD unterstellt, daß die sowjetische Führung einer Verhinderung der Pershing 2-Stationierung einen extrem hohen Wert beimessen würde — so extrem hoch, daß sie dafür bereit sein könnte, eine erhebliche einseitige Abrüstung in Kauf zu nehmen. Das ist vermutlich eine Fehlkalkulation. Aber auf der Ebene der Diplomatie und der propagandistischen Täuschungsmanöver ist die Forderung der SPD, auf den „Waldspaziergang" zurückzukommen, gar nicht so uninteressant: Seine Daten sind so, daß die Sowjetunion nicht darauf eingehen k a n n , aber man diesen Vorschlag ganz gut als neue Flexibilität und Kompromißbereitschaft der USA ausgeben könnte. Die Bundesregierung hat zwar, bündnistreu und amerikanisch bis in die Knochen, empört bekundet, daß sie sich einen Verzicht auf die Pershing 2 nicht zumuten lassen will. Aber dieses Gequake braucht die US-Regierung ja nicht zu hindern, irgendwann in den kommenden Wochen und Monaten ein neues Verhandlungsangebot zu machen, das der Konstruktion „Waldspaziergang" zumindest nahekommt.

NATO plant „einseitige Abrüstung"

Mit Sicherheit wird die NATO in den nächsten Monaten eine umfangreiche „einseitige Abrüstung" in die propagandistische Waagschale werfen: eine große Zahl von taktischen Atomwaffen, möglicherweise weit über 1.000, soll aus Europa abgezogen werden.

Die Überlegung an sich ist keineswegs neu. Schon 1980 hatte die NATO 1.000 von damals 7.000 taktischen Atomwaffen aus Europa entfernt. Das geschah aus rein militärischen Erwägungen, und niemand kam damals auf den glorreichen Gedanken, es gleichzeitig für eine Propaganda-Kampagne auszuschlachten. Das darf diesmal selbstverständlich nicht passieren: „....*Eine zweite Verringerung verdiente freilich, der eigenen Bevölkerung besser als damals präsentiert zu werden. Sie sollte helfen, vielfach gehegte Vorstellungen zu widerlegen, der westlichen Sicherheitspolitik falle nichts Besseres ein, als immer mehr Atomwaffen anzuhäufen.*" Eine deutliche Verringerung der taktischen Atomwaffen — etwa um die Hälfte, von 6.000 auf 3.000 — könne die politische Durchsetzung der „Nachrüstung" sehr erleichtern. („Frankfurter Allgemeine", 6.6. und 10.6.).

Der Gedanke ist in der NATO sehr populär. Amerikanische Senatoren haben dafür bereits im März plädiert, ohne den wichtigen Hinweis zu vergessen, **„daß auf diese Weise in der europäischen Öffentlichkeit Unterstützung für die Stationierung der Mittelstreckenwaffen gewonnen werden könne"** („Welt", 31.3.). In dieselbe Richtung argumentiert z.B. der Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, Admiral Falls. „*Auf diese Weise könnte der Sowjetunion gezeigt werden, daß beide Seiten in der Lage seien, die Ausweitung der nuklearen Rüstung zu stoppen.*" („FR", 22.6.).

Einig sind sich alle, daß diese „einseitige Abrüstung" die NATO nicht im geringsten schwächen würde. Es ist einfach so, daß ein Großteil der taktischen Atomwaffen in Westeuropa ü b e r f l ü s s i g geworden sind oder es demnächst sein werden. Rund 60 % (laut „FAZ", 10.6.) der amerikanischen Atomwaffen in Europa haben eine extrem kurze Reichweite, beispielsweise für Atomgranaten 25-30 km. Diese Waffen sind im Grunde militärisch gar nicht zweckmäßig. Mit der angelaufenen gigantischen konventionellen „Nachrüstung" in Europa wird die NATO über ausreichend neue Waffen verfügen, die im Zerstörungseffekt den taktischen Atomwaffen gleichkommen, ohne deren unerwünschte „Nebenwirkungen" zu haben. Ähnliches gilt für die atomare Munition der NATO-Flugabwehr.

Eine Abrüstung wäre die Reduzierung der taktischen Atomwaffen also überhaupt nicht. Denn sie wird durch die neuen konventionellen Waffen weit mehr als bloß wettgemacht. Man sollte eher von Modernisierung und Erweiterung als von Reduzierung sprechen. Die Frage ist aber, wieweit sich dieser im Grunde ganz einfache Sachverhalt in die Bevölkerung hinein vermitteln lassen wird. Daß manche auf die „einseitige Abrüstung" hereinfallen werden, muß wohl befürchtet werden.

Und was ist mit der Neutronenbombe?

Und was ist mit der Neutronenbombe?

Um die Neutronenbombe, die vor wenigen Jahren viel Lärm verursachte, ist es seither völlig still geworden. Allerdings ist es, selbst nach Auskunft der Bundesregierung, **„kein Geheimnis, daß die Vereinigten Staaten Neutronenmunition für Panzerkanonen produzieren"** („FAZ" 31.5.). Heftigst dementiert wurde jedoch, was die „Washington Post" Ende Mai meldete: Die Regierungen der BRD, Italiens und Großbritanniens hätten den USA **„die Herstellung einer neuen Neutronenwaffe als 155-mm-Artilleriegeschoß nahegelegt"** („FR", 30.5.). Die „Washington Post" hatte sich bei dieser Meldung auf eine Erklärung des für die Atomwaffenproduktion zuständigen US-Staatssekretärs Roser vor einem parlamentarischen Ausschuß berufen. Es gebe weder eine Forderung dieser Art noch gar Absprachen darüber, behauptete daraufhin die Bundesregierung. Für die Stationierung solcher Waffen in Europa bräuchten die USA die Zustimmung ihrer Verbündeten, und diese Zustimmung sei weder gegeben worden noch auch nur beabsichtigt. („FAZ", 31.5.). Damit wird allerdings etwas dementiert, was die „Washington Post" so auch gar nicht behauptet hatte. Dort war nämlich gesagt worden, daß die Neutronen-Munition in den USA gelagert werden solle („FR", 30.5.). Sie dann b e i B e d a r f nach Europa einzufliegen, würde nur eine Sache von wenigen Stunden sein. Insofern ist die Frage ziemlich uninteressant, ob das Zeug offiziell in Europa s t a t i o n i e r t werden soll.

Die Neutronenbombe wäre eine ideale Komplettierung für die laufenden Rüstungsvorhaben der NATO, die speziell darauf ausgerichtet sind, einen „Blitzkrieg" im Vorfeld der Sowjetunion zu führen, bei dem innerhalb von wenigen Stunden die militärische Infrastruktur des Gegners völlig zerstört werden soll. Die zu erwartende Verringerung der taktischen Atomwaffen in Europa ist also auch unter dem Aspekt zu sehen, daß sie zum Teil durch Neutronenwaffen ersetzt werden könnten.

„Heißer Herbst" oder legaler „Widerstand"?

Glaubt man der rechten Presse bzw. allen Verlautbarungen von geplantem Widerstand, so ist ein „heißer Herbst" sicher. „Besetzungen, Belagerungen, Straßensperren gegen Militärtransporte" werden z.B. im „Capital" (in 7/83) vorausgesagt. Von möglichen Toten, wenn in US-Einrichtungen eingedrungen würde, sprach das Innenministerium.

Erhard Eppler erklärte, er warte gespannt auf die Reaktionen, wenn er sich mit anderen Friedenskämpfern *„irgendwo auf die Straße hockt und sich wegtragen läßt"* (Spiegel, 25.4.). Nach dem Vorbild des früheren „Komitees der 100" in Großbritannien mit Bertrand Russell an der Spitze planen Prominente Blockade-Aktionen im Herbst, beginnend mit einer Blockade im September in Heilbronn (darunter Ingeborg Drewitz, Inge Aicher-Scholl, Barbara Rütting, Dorothee Sölle, Heinrich Albertz, Ulrich Albert, Heinrich Böll, William Borm, Volkmar Deile, Helmut Gollwitzer, Günter Grass, Walter Jens, Robert Jungk, Oskar Lafontaine, Alfred Mechtersheimer und Horst-Eberhard Richter (s. FR, 20.5.83).) Selbst Egon Bahr erklärte (am 8.2.83 in Cuxhaven) *„Wir werden einen Widerstand auf der Straße entfachen, der die Stationierung der Nachrüstungswaffen politisch undurchführbar machen wird."* (FAZ, 17.5.83).

Das klingt sehr vielversprechend. Im Sinne der bürgerlichen Reputiertheit und beabsichtigter Bündnisse mit der SPD und DGB wird von tragenden Kräften der Friedensbewegung aber bereits eifrig daran gebastelt, diesen Widerstand auf eine legale Argumentation runterzuschrauben, ein Widerstand, der weder das Gewaltmonopol des Staates noch die Entscheidungen des Parlaments infrage stellen soll. Wie Paul Hefty (FAZ, 23.6.83) feststellt, herrscht (auch im militanten Lager) „Übereinstimmung", daß in Bündnissen für die Herbstaktionen „Widerstand" und „direkte Aktionen des zivilen Ungehorsams" „gewaltfrei'. geplant werden solle. Allerdings hatten diese Teile der Friedensbewegung auf einem Treffen in Frankfurt (mit 500 Teilnehmern im Februar) zur Diskussion des Widerstandes darauf bestanden, dieses Zugeständnis für konkrete Bündnisse nicht in einer generell „gewaltfreien" Plattform festzuschreiben, da diese Teile keineswegs allgemein ein „gewaltfreies', Verständnis besitzen, sie könnten sich darauf festlegen, keine Gewalt gegen unbeteiligte Sachen, bzw. Personen in solchen Bündnissen zu praktizieren. Dies wurde seinerzeit von den gewaltfreien Kräften abgelehnt, die aber auch ihren gewaltfreien aktiven Widerstand als Konfrontation gegen den Staat verstehen, dessen *„Grenzlinie keinesfalls der Legalismus der Herrschenden"* sei (ASchu lt. Welt vom 29.4.83 auf der Aktionskonferenz der Friedensbewegung).

Nachdem auf der Aktionskonferenz zur Vorbereitung des Reagan-Empfangs in Bonn (im Juni 82) ein Vorstoß, die Friedensbewegung auf die „Prinzipien Martin Luther Kings" festzulegen (durch Petra Kelly) mehrheitlich abgelehnt worden war, wurde auf der letzten Aktionskonferenz auf einen erneuten Streit darum gleich verzichtet. Umso erstaunlicher war es dann, als der Bonner Koordinationskreis für die Herbstaktionen (erweitertes „Frühstückskartell") selbstherrlich die Friedensbewegung auf die Gewaltfreiheit „im Sinne von Gandhi und Martin Luther King" festschreiben wollte und diese Festschreibung auf der Pressekonferenz am 14.6. öffentlich verkündet hat (wobei Gandhi bekanntlich ein glühender Anhänger einer staatlichen Armee war und auch Kriege gutgeheißen hat). Doch damit nicht genug, die Gewaltfreiheit wurde gleich noch als „passiver Einsatz des Körpers" definiert, wonach nicht einmal eine Barrikade abgeräumt, noch ein Zaun durchschnitten werden dürfte. Schon vorher hatte es im Koordinationsausschuß einen Vorstoß gegeben, indem erklärt wurde, daß Aktionen des zivilen Ungehorsams nur soweit *„sinnvoll"* seien, als sie *„die Bevölkerung und die Politiker aufklären und überzeugen helfen"*. Aktionen dürften nur *„symbolisch"* sein, *„anderen keinen Schaden"* zufügen, sondern *„eher sich selbst"* (statt Militäreinrichtungen und Kriegsmaschinerie), eine Unterscheidung zwischen personen- und sachverletzender Gewalt sei *„nicht nachzuvollziehen, weil künstlich"*. Der Witz dabei ist, daß intern das Papier vom Tisch genommen wurde, dann aber öffentlich genau dieses als Plattform der Friedensbewegung verkündet wurde und dann gleich namens der Koordination, wovon bekanntlich ein erheblicher Teil Positionen des aktiven Widerstands vertritt, bzw. auf dem Frankfurter Widerstandstreffen vertreten hat. Am weitesten auch in der Öffentlichkeit hat sich Aktion Sühnezeichen vorgewagt, die nicht nur mit den SPD-Parlamentslinken sondern auch dem SPD-Vorstand darüber kommuniziert. Es gehe nicht um „Widerstand" sondern um eine „gewaltfreies Widerstehen" schrieb die FAZ (3.6.83) dazu. „Widerstandsrecht und Widerstandspflicht" würde Aktion Sühnezeichen nicht aus der Verfassung ableiten, (wo dies im Falle der Gefährdung der ‚freiheitlich demokratischen Grundordnung' zugelassen ist) erklärte Willy Brandt (1.6.83). Aktion Sühnezeichen erklärte wörtlich: *„Wer Gewalt in der Auseinandersetzung um die Stationierung plant, stellt sich außerhalb der Friedensbewegung. Die Polzei ist nicht der Gegner der Friedensbewegung. Wir wollen eine Änderung der Friedens- und Sicherheitspolitik. Unser Adressat sind die Regierungen, die NATO und der Warschauer Pakt"* (zitiert nach Mediatus 30.4.83). Bei dieser Vorstellung handelt es sich bestenfalls um eine opportunistische Selbstveralberung der Friedensbewegung. Bereits bei den Genfer Verhandlungen betreiben diese angeblich zu überzeugenden Adressaten der Friedensbewegung atomaren Poker, um die Sowjetunion zum einseitigen Abrüsten zu zwingen (SS-20-Verschrottung). Die NATO-Rüstung und NATO-Planspiele, der Sowjetunion weltweites „Wohlverhalten" mit der Drohung eines Atomkrieges (auch in Europa) anzudrohen, wären ansonsten bestenfalls sinnloser aber teurer Schrott. Der Widerstandsgedanke rührt ja gerade daher, daß Appelle offensichtlich nichts genutzt haben. Man kann es auch wie Lafontaine ausdrücken, daß *„Aufstand ... gegen Hochrüstung und Krieg"* ebenso *„ehrenhaft"* sei, wie die Idee, *„Krieg zu verhindern, indem man anderen millionenfach den Tod androht"* (FR, 25.4.83).

Während die Anti-AKW-Bewegung kurz und bündig formulierte, „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht", wird heute allenorten daran gebastelt, den Widerstand

Während die Anti-AKW-Bewegung kurz und bündig formulierte, „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht", wird heute allenorten daran gebastelt, den Widerstand auf legale Rechtsnormen hinzubasteln. Bloß, wo es gegen den Staat und dessen Entscheidungen geht, wird es im Widerstand auch gegen Gesetze und dessen Vollzugsorgane (sprich gegen die Polizei) gehen. Es ist schon ein witziger Irrglaube, der davon ausgeht, als sei diese Staatsmacht durch besondere Friedfertigkeit, durch Abbau u n s e r e s Feinddenkens zu beeindrucken, während sich der Staatsapparat für eine Konfrontation rüstet. Das Komitee für Grundrechte argumentiert dazu, daß in bestimmten Fällen sich *„die Legitimität der Verfassung von der Legalität einzelner Gesetze"* trenne. Eine rein parlamentarische Entscheidung für die Nachrüstung gegen große Minderheiten oder „unterschlagene Mehrheiten" verletze *„den Boden der Verfassung und wird gewalttätig"*. Dagegen sei gewaltfreier Widerstand und *„gezielter Gesetzesbruch"* legitim. Die Gewaltfreiheit aber sei dabei *„keine Finte"*, sondern wegen der *„Legitimität"* *„schlechterdings essentiell. Hier gibt es keine Ausnahmen und keine Kompromisse"*. Jede Gewaltaktion *„setze gewaltfreie Blockaden ins Unrecht und rauben deren Sinn"*. Nun, das Komitee setzt trotzdem nicht darauf, daß wirklich alles gewaltfrei bleibt, sondern will entsprechend Beobachter entsenden, um festzustellen, wieweit dies durch das Verhalten der Staatsmacht provoziert werde (aus „Sieben Thesen", abgedruckt in FR, 23.6.83).

In einem Brief an die Grünen hatte Klaus Vack für das Komitee ihre Haltung begründet: *„Wir halten es angesichts der bevorstehenden Auseinandersetzungen für wichtig, daß aus der Friedensbewegung keine Forderungen aufgestellt werden, die mit den Grundrechten nicht vereinbar sind, vor allem deshalb, weil wir ja in bezug auf Demonstrationsrecht ebenfalls rechtsdogmatisch argumentieren"* (s. Abdruck in diesem AK). Wenn man das nun schon für klug hält, so müßte man sich schon auf das Widerstandsrecht im Grundgesetz dabei berufen, da ja kaum jemand von der Illusion ausgehen wird, er könne die „Rechtsordnung" durch Widerstand dann noch schützen, wenn die Raketen tatsächlich eingesetzt würden, aber nein, gerade dies wird von diesen Legalitätsdogmatikern ausgeschlossen.

In diesem Sinne hielt auch Verfassungsrichter Simon auf dem Kirchentag vor 12.000 Zuhörern eine vielumjubelte Rede. Auch für ihn bleibt die Friedensbewegung *„innerhalb der besten Traditionen der rechtsstaatlichen Demokratie"*. In diesem Sinne trat er ebenfalls dafür ein, daß *„nicht die Polizisten"* der Gegner seien, ebenso lobte er die „faire Kooperation" der Friedensanhänger mit den Rüstungsbefürwortern auf dem Kirchentag. Es wies ausdrücklich darauf hin, daß *„ein Widerstehen durch bürgerlichen Ungehorsam"* nicht durch ein verfassungsmäßiges Widerstandsrecht abgedeckt sei, und es einen Rechtsschutz dafür nicht gebe. Immerhin erklärte Simon, der wohl als Verfassungsrichter nichts anderes sagen kann, seine „Sympathie" mit solchen Aktionen.

Genauso argumentierte Peter Glotz in der „Zeit", der gewaltfreie Widerstand sei eine *„individuelle Gewissensentscheidung"*, wozu eine Partei *„als Kollektiv ... niemals auffordern"* könne. Dieser dürfe aber nicht *„moralisch disqualifiziert"* bzw. als Gegnerschaft der „freiheitlich demokratischen Grundordnung" stilisiert werden. Aber für Glotz ist der Widerstand gegen einen Atomkrieg im Vergleich zum Kapp-Putsch, zum Kampf gegen die Sozialistengesetze unter Bismarck, bzw. gar im Vergleich zum Existenzkampf der demokratischen Opposition unter Hitler etwas vergleichbar Lächerliches, auf all dieses, bloß nicht auf die atomare Kriegsrüstung würde nach Glotz Ansicht das grundgesetzliche Widerstandsrecht zutreffen. Bei seinem Respekt vor bestimmten begrenzten und gewaltfreien Widerstandsaktionen geht es sowieso nur um Taktik: In diesem Sinne erklärte er die Absicht, vor dem Herbst ein neues verschärftes Demonstrationsrecht zu verabschieden, zu einer *„lebensgefährlichen Dummheit". Was wir brauchen, ist der Prozeß der stets neu erforderlichen Versöhnung von Legalität und Legitimität"*, es sei deshalb *„alles ... (zu) unterlassen, was zur Eskalation der Gewalt führen könnte, und alles zu tun, was den Gemeinschaftsfrieden mit politischen Mitteln herstellt"*. Deshalb will die SPD davor *„warnen, ..., zu schnell aus der Politik ins Gewissen zu retinieren und die Gewissensfreiheit als Grundrecht zu verstehen, das alle anderen Grundrechte aushebelt"* (das könnte nämlich Schule machen). *„Der eilfertige Rückzug auf das Gewissen gefährdet die Kulturleistung des staatlichen Gewaltmonopols"* (aus Zeit, 24.6.83). Und für diese „Kulturleistung" wird die SPD (einschließlich ihrer Linken) kämpfen. Eine Reihe Bundestagsabgeordneter will sich ggf. an solchen Aktionen beteiligen, sie bieten sich *„den Organisationen der Friedensbewegung an, auch im Vorfeld von Aktionen durch Gespräche mit Polizisten und amerikanischen Dienststellen, ... erklärend ‚Beiträge zu liefern', mit denen Ausschreitungen vorgebeugt werden könne"*. (FAZ, 3.6.83). Zudem ist an die Bildung eines Rechtshilfefonds gedacht, in den auch viele Sozialdemokraten Geld einzahlen könnten, *„die sich scheuen, selbst zu Aktionen aufzurufen oder an ihnen teilzunehmen"*. Vor dem Parteitag der SPD (am 1. November voraussichtlich in Bonn) werde die SPD nicht *„vorher offiziell zu Aktionen aufrufen"* (FAZ, 25.4.83).

Sicherlich ist es richtig, daß viele engagierte „Nachrüstungs"-Gegner in der SPD und in anderen wohletablierten Vereinen objektiv Fesseln auferlegt sind, der Versuch aber, der Friedensbewegung i n s g e s a m t solche Fesseln aufzuerlegen, macht nicht nur ihre Argumenation von der tödlichen Bedrohung durch die atomare Hochrüstung der NATO unglaubwürdig, sondern böte auch die beste Voraussetzung für Integrationsmanöver, wie sie sich die SPD erhofft.

Das muß zum einen ganz praktisch in Aktionen durchbrochen werden, zum anderen aber muß deutlich gegen diesen Kurs von radikalen Kräften Stellung bezogen werden. Dazu sind auch insbesondere die Kräfte aufgerufen, die eine gewaltfreie Plattform der Friedensbewegung fordern, dies aber als einen antistaatlichen Widerstand verstehen. **Es muß dabei bleiben: „Wo Recht zu Unrecht wird — wird Widerstand zur Pflicht!"**

Ruft der DGB zu den Herbstaktionen auf?

Die SPD, deren Präsidium die Friedensbewegung inzwischen als „unbequemen Bündnispartner" sieht, wird trotzdem nicht zu den Herbstaktionen der Friedensbwegung aufrufen. Allerdings — so das Präsidium — könnten *„sich Sozialdemokraten ruhigen Gewissens an 'Diskussionsforen und Podiumsdiskussionen' beteiligen"*, sofern der *„pluralistische Charakter"* dabei gewahrt sei („FR", 15.6.). Ansonsten wolle die SPD bei den Herbstaktionen auf *„Gewwaltfreiheit drängen und dafür wirken, daß sich bei den ... Demonstrationen gegen den NATO-Doppelbeschluß 'Polizisten und Demonstranten nicht als Gegner' begegneten"* („FAZ", 1.6.). Im Gewerkschaftsrat der SPD kam es dazu am 13.6. zum Streit, SPD-Spitzenfunktionären im DGB ging das alles zu weit: *„Der Streit nahm ziemlich harte Formen an, die Stufe der totalen Konfrontation konnte gerade noch vermieden werden"*. IG-Chemie-Chef Hermann Rappe war *„auf keinen Fall einverstanden"* damit, die Friedensbewegung als „kritischen Bündnispartner" zu sehen. Mit der Friedensbewegung könnten weder *„wir noch die Partei ein Bündnis machen"*. Textil-Keller dazu: *„Kann die DKP vielleicht als Bündnispartner in Frage kommen? Für mich ist das undenkbar"*. Ge-

Friedensbewegung könnten weder „wir noch die Partei ein Bündnis machen". Textil-Keller dazu: „Kann die DKP vielleicht als Bündnispartner in Frage kommen? Für mich ist das undenkbar". Ge-

boten sei *„massive Abgrenzung gegenüber einem großen Teil der Friedensbewegung, wenn die SPD weiterhin bei großen Teilen der Arbeitnehmer auf Rückhalt bauen will"*. Rappe, Keller und der Chef der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Günter Döding protestierten unisono gegen den Präsidiumsvorschlag, wonach *„ein Interesse an der Stärkung der Friedensbewegung"* bestehe. „Überdies", so schreibt der berichtende „Spiegel" (v. 20.6.) weiter, *„lehnten die Gewerkschafter ... die Passage ab, die Parteigliederungen erlaubt, 'Gruppen der Friedensbewegung, sofern sie nicht parteipolitisch ausgerichtet sind, technische und organisatorische Hilfe' zu leisten. Keller: 'Ihr macht euch so langsam zur Hilfsorganisation der sogenannten Friedensbewegung"*.

Jetzt will die SPD nicht mehr die Friedensbewegung, sondern vielmehr den 'Friedensgedanken' stärken, aus Bündnispartner wurde „Bundesgenosse", die technische Hilfeleiitung ist gestrichen.

Um so erstaunlicher und verblüffender ist es, daß der Bundesausschuß des DGB Anfang Juni erklärte, der DGB sei prinzipiell *„bereit, seinen Mitgliedern die Teilnahme an den drei Großveranstaltungen am 22. Oktober zu empfehlen"*. Zuvor soll *„aber im Gespräch mit Vertretern der 'außergewerkschaftlichen Friedensbewegung' geklärt werden, ob die Anwendung von 'Gewalt in jeder Form' ausgeschlossen werden kann. Außerdem will der DGB vor einem entsprechenden Aufruf sichergestellt wissen, daß seine Positionen zu Frieden und Abrüstung auf diesen Kundgebungen durch eigene Redner vertreten werden*

Außerdem will der DGB vor einem entsprechenden Aufruf sichergestellt wissen, daß seine Positionen zu Frieden und Abrüstung auf diesen Kundgebungen durch eigene Redner vertreten werden

können".

Solche Gespräche sollen in Hamburg, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen geführt werden. Die Position des DGB (s. Artikel) geht nicht gegen die „Nachrüstung" sondern gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in ganz Europa.



Butschkow

Friedensbewegung und Landfriedensbruch

Bekanntlich gehörte die Änderung des Landfriedensbruchparagraphen zu einer der wesentlichen Errungenschaften, die von der APO erkämpft wurde. Vorher war jeder Teilnehmer einer Demonstration mit „Gewalttätigkeiten" zu bestrafen. Anschließend mußte eine Beteiligung an solchen Taten, bzw. die Aufforderung dazu nachgewiesen werden.

Jetzt sollen (rechtzeitig vor dem Herbst) wiederum alle Beteiligten an einer solchen Aktion dran sein, es sei denn, sie hätten als Beteiligte nachweislich Frieden stiften wollen. Nun hat zwar die Bonner Koordination für die Herbstaktionen auf ihrer letzten Pressekonferenz gegen diese Verschärfung protestiert (dies führe zur „Vergiftung des innerpolitischen Klimas"), just aber diese neuen Vorschriften zum Maßstab des Handelns der Friedensbewegung machen wollen, bzw. Abgrenzungen gegen andere propagiert!
Das paßt nicht gut zusammen!

Friedensbewegung und Herbstaktionen

Um die regionalen Großdemonstrationen („Volksversammlungen") im Rahmen der bundesweit geplanten Aktionswoche in der Zeit vom 15.-22. Oktober 1983 gegen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen vorzubereiten, trafen sich am ersten Juni-Wochenende Vertreter/innen der Friedensbewegung im Süden (Ulm) und Norden (Hannover) zu Aktionskonferenzen. In regionaler Autonomie — aber eingebettet in die Beschlüsse der Kölner Konferenz der Friedensbewegung — ging es sowohl in Ulm als auch in Hannover vor allem darum, Zielrichtung, Form und den Ort der Protestaktionen am 22. Oktober 1983 festzulegen.
1.300 Menschen nahmen in Hannover an der Beratung teil — in Ulm waren es 1.000 (das sind jeweils mehr, als bisher in den zurückliegenden Jahren zu bundesweiten Aktionskonferenzen gekommen sind!).
Um die z.T. sehr scharfen Auseinandersetzungen auf diesen Beratungstreffen, die vor allem in Hannover an die Grenze der Spaltung der Friedensbewegung gestoßen waren, auch für diejenigen nachvollziehbar und verständlich zu machen, die nicht in die „Internas" der Friedensbewegten eingeweiht sind, seien hier einleitend einige Bemerkungen zu den grundsätzlichen Problemen/Streitpunkten der Friedensbewegung den Konferenzberichten vorangestellt.
Schon bei der ersten zentralen Bonner Großaktion im Oktober 1981 war es das erklärte Ziel der maßgeblichen Organisatoren (der kirchlichen, stark sozialdemokratisch beeinflußten Gruppen 'Aktion Sühnezeichen' und 'Arbeitsgemeinschaft Dienst für den Frieden'), relevante Teile der SPD und von den Gewerkschaften zumindest die DGB-Jugend als Träger der Demonstration zu gewinnen. Seinerzeit konnten jedoch „nur" Redner aus diesen Kreisen aufgeboten werden. Die SPD-Führung und die von ihr geführte Bundesregierung hielten weiter am NATO-Doppelbeschluß fest — und die DGB-Oberen starteten ihr Konkurrenzunternehmen zum Krefelder Appell (Unterschriftensammlung mit „ausgewogenen Forderungen" an beide Großmächte).

Im Herbst dieses Jahres — also unmittelbar vor Stationierungsbeginn — soll offenbar ein zweiter Anlauf gemacht werden, die nunmehr der Regierungsverantwortung entledigte SPD an die „Spitze der Bewegung" zu hieven. Austragungsort für dieses Unternehmen sollte ursprünglich Bonn sein, wohin aus dem gesamten Bundesgebiet mehr als 1 Million Menschen mobilisiert werden sollten. In den Stellungnahmen des 'Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit' (KOFAZ), das als bestorganisierte Kraft in der Friedensbewegung diesen Kurs organisatorisch absichert, liest sich das so: „*Die Friedensbewegung in unserem Land wird umso erfolgreicher sein, je mehr es gelingt, die parlamentarischen und politischen Institutionen unseres Landes durch kraftvolle Aktionen unter Druck zu setzen*" (am 23.3.83).
„*Mit einer riesigen Volksversammlung für den Frieden am 22. Oktober '83*" in Bonn müsse die Friedensbewegung „*den Raketenbefürwortern demonstrativ das Mandat für die Stationierung ... entziehen*", hieß es noch vor der Kölner Aktionskonferenz dazu (am 5.4.83).
„*Das demokratische Potential in der BRD muß zusammengeführt werden*"; insbesondere S P D und G e w e r k s c h a f t e n wolle man gewinnen, hieß es im „Forum", einem Rundbrief aus Schleswig-Holstein.
Die SPD selbst, die sich früher als Regierungspartei der „Sorgen" der Friedensbewegung liebevoll annehmen wollte, hat sich — die Zeiten ändern sich — inzwischen zu einem „Bündnisgenossen" der Friedensbewegung hochgearbeitet. Nur „unbequem" und „utopisch" sei diese Bewegung, was nichts anderes heißen will, als daß die SPD nun immerhin eine V e r s c h i e b u n g der „Nachrüstung" erreichen will, keineswegs aber zu den „Nachrüstungs"-Gegnern übergelaufen ist. Aktuell hat sie ihren Bundestagsabgeordneten eine Beteiligung an den Herbstaktionen freigestellt, sogar an Aktionen des „zivilen Ungehorsams" dürfen sie sich beteiligen, wenn sie das „individuell vertreten" könnten ...
Um eine Beteiligung unter bestimmten Bedingungen (z.B. strikte Festlegung auf Gewaltfreiheit) will auch der DGB in Hinblick auf den Herbst mit der Friedensbewegung verhandeln. DGB- und SPD-Spitzen verstehen natürlich ihr Eingreifen in die Friedensbewegung taktisch, optimal integrierend wollen sie wirken und es darf alles nicht so radikal sein. Objektiv verfolgen sie damit das Ziel der Abschwächung der (für den Herbst zu erwartenden) Konfrontation. Das wird nun in Teilen der Friedensbewegung ganz anders verstanden: daß SPD und DGB mitmachen wollen, wird euphorisch als Erfolg der Breeiiite der Friedensbewegung verkauft, und nur so könnten die herrschenden Politiker zum Fallenlassen der „Nachrüstung" bewogen werden. In der Auseinandersetzung mit diesen Kräften konnte das „linke Spektrum" auf der zentralen Aktionskonferenz in Köln durchsetzen, daß im Herbst nicht nur in Bonn demonstriert wird. Eine Appellationsdemonstration in Bonn unmittelbar vor der Stationierung sei ein Rückschritt und würde zudem zu einer starken Profilierung der SPD führen, wurde argumentiert. Folglich wurden neben Bonn „Volksversammlungen" in Nord- und Süddeutschland beschlossen.
Schon wenig später wurde deutlich, daß DKP- und SPD-orientierte Kräfte auch in Nord und in Süd das Bonner Konzept durchsetzen wollen: kurz gesagt große Demonstrationen in den Städten (Hamburg und Stuttgart), möglichst mit ganz prominenten Sozialdemokraten und Gewerkschaftern an der Spitze.
Demgegenüber wird von den linken Kräften das Gewicht auf Aktionen an militärischen Standorten und auf Widerstandsaktionen gelegt. Tatsächlich ist heute die Forderung nach Widerstand in der Friedensbewegung unumstritten. Gewaltfreie Blockaden, passiver Widerstand, gegebenenfalls sogar Verstöße gegen das Versammlungsgesetz gehören heute zum selbstverständlichen Repertoire. Selbst SPD-Abgeordnete sind bereit, an solchen Aktionen teilzunehmen — unter bestimmten Bedingungen natürlich —, bzw. einen Rechtshilfefond dafür einzurichten.
Aber es muß sich alles hübsch auf dem Boden der Staatsloyalität bewegen. Dementsprechend wird auf die radikalen Kräfte, die ihren Widerstand als g e g e n den Staat und dessen (Un)Gesetzlichkeit verstehen, massiver Druck ausgeübt: da wird die Gewaltfreiheit penetrant zum Dogma der Friedensbewegung erhoben, da wird der Abbau jeder Konfrontation und „Feindbilder" gefordert, bis dahin, daß sich die Friedensbewegung als Plattform des „Widerstands" (!) auf symbolisches Widerstehen festlegen soll.
Der Kirchentag in Hannover war der jüngste traurige Höhepunkt dieser neuen Verständigungsbereitschaft, die letztlich nur darauf zielt, den Druck auf die politischen Entscheidungsträger (Parlaments- und Staatsebene) zu erhöhen, und gerade nicht deren Entscheidungskompetenz über diese lebenswichtige Frage infrage stellt.
Zwar ist sich das radikale Lager innerhalb der Friedensbewegung verbal einig, daß gegen die SPD-Integrationspolitik, gegen Appellationspolitik an staatliche und parlamentarische Ebenen Front bezogen werden muß, daß es gilt, einen antistaatlichen Widerstand durchzusetzen und zu verbreitern. Auf der anderen Seite ist dieses Lager z.B. im Vergleich zu der Anti-AKW-Bewegung, wo eigene Aktionsvorstellungen notfalls in Konfrontation durchgesetzt werden konnten, vergleichsweise schwach innerhalb der Friedensbewegung vertreten. Zum anderen gibt es keineswegs einheitliche Vorstellungen von Widerstand, bzw. wie auf die Gesamtfriedensbewegung entsprechender Druck gegen sozialdemokratische Beeinflussung zu entwickeln sei, die Tendenzen zur eigenen Absonderung und damit vollkommenen Isolierung sind lautstark vertreten.

Hamburg und Bremerhaven

Zwei gleichberechtigte Aktionen?

Schon vor der Nordkonferenz war die Vorstellung der KOFAZ-Kreise klar. Der Vorschlag für eine Hamburg-Aktion am 22.10. war im Trägerkreis des Hamburger Forums ausgearbeitet worden. Höhepunkt der Abschlußaktion sollte danach eine Kundgebung auf dem Hamburger Rathausmarkt sein (der bisher der Friedensbewegung wegen des Bannmeilengesetzes verweigert wird). Das „Zusammenwirken von parlamentarischer und außerparlamentarischer Friedensbewegung" sollte mit Dohnanyi (SPD-Bürgermeister Hamburgs) als Redner demonstriert werden. Er könnte dann brandaktuell erstmals eine Stellungnahme gegen die „Nachrüstung" bzw. für ein atomwaffenfreies Hamburg verkünden (wenn er will).

Der Vorschlag nahm (für das „Rahmenprogramm" der Volksversammlung) integrativ Gedanken aus der Hamburger Friedenskoordination auf, am 21.10. bereits mit „*Blockaden, Mahnwachen, Menschenketten, Besetzungen, Go in's, fall out's, Hungerstreiks*" zu beginnen. Andere Vorstellungen aus dem radikaleren Lager (eine Aktion am A-Waffenlager in Kellinghusen oder vor militärisch brisanten Einrichtungen in Bremerhaven) sollen nach diesem Konzept am 15.10. als „Auftakt" der Aktionswoche gemeinsam durchgeführt werden.

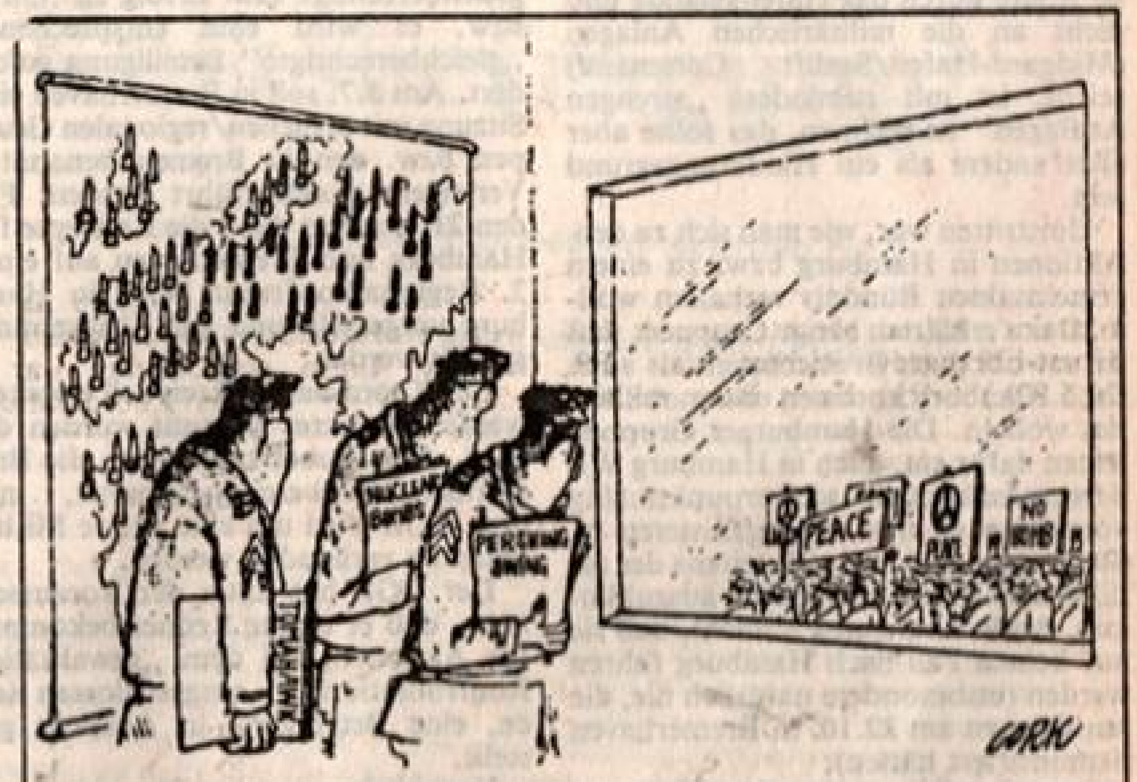
Ein gleichberechtigtes Podium, eine gleichberechtigte Rednerliste etc. — alles dies wurde von ihnen für die Nordkonferenz akzeptiert, allerdings in der inhaltlichen Konzeption war ihr Lager entsprechend kompromißlos eingestimmt und zahlreich nach Hannover am 5.6. zur Regionalkonferenz mobilisiert worden. Das grün/alternative und autonome Lager in der Friedensbewegung, das andere Schwerpunkte im Auge hatte, konnte sich schon vorher ausrechnen, wie es sich dazu verhalten wollte — auf Teufel komm raus eine Gegenmobilisierung versuchen, um ggf. ein Patt zu erreichen? Es spricht für die Uneinheitlichkeit und Schwäche dieses Flügels, daß er dann maximal ein Viertel der Konferenzteilnehmer stellte, darüber kann auch das empörte Geschrei über die „angekarrten Busse" nicht hinwegtäuschen.

Schon am Vortage hatten sich rund 100 Vertreter/innen von Befürwortern von Widerstands- bzw. Standortaktionen zusammengefunden, um ein möglichst einheitliches Vorgehen zu beraten. Sehr schnell war deutlich, daß nur Bremerhaven als Abschlußort einer Herbstaktion in diesem Kreis eine gemeinsame Basis finden könnte, obwohl auch eine Aktion am Atomwaffenlager in Kellinghusen (Göttinger Antikriegsbündnis bzw. vom KB favorisiert) und Widerstandsaktionen in Hamburg (Teile der Hamburger Friedenskoordination) vorgeschlagen worden waren.

Für Bremerhaven/Nordenham wurde einmal ins Feld geführt, daß dieser zentrale Nachschubhafen zu einem Symbol der Friedensbewegung (wie Brokdorf und Gorleben für die Anti-AKW-Bewegung) gemacht werden solle (s. die auf der Regionalkonferenz dazu vorgetragene Begründung im Wortlaut). Von Großteilen der Versammelten wurde Bremerhaven mit „Widerstand" und eine Aktion in Hamburg mit „Latsch-Demo" und „Anpassung" pauschal gleichgesetzt. Dabei war überhaupt nicht klar, was unter Widerstand in Bremerhaven/-Nordenham zu verstehen sei, sieht man mal davon ab, daß von Blockaden, „zivilem Ungehorsam" etc. die Rede war. Die Antiimpi-Kräfte auf der einen Seite meinten sicherlich nicht dasselbe wie etwa Henning Schierholz (Die Grünen, MdB) auf der anderen, der in einem Auswertungspapier an die Grünen Niedersachsens für die Volksversammlung in Bremerhaven verlangte, „*auf strikte Gewaltfreiheit und Akzeptanz für unser bürgerlich-liberales Wählerpotential*" zu achten.

Teile wollten aber mit der Aktion in Bremerhaven nicht nur den Willen direkt gegen die Aufstellung neuer Waffensysteme demonstrieren, sondern gleich generell eine „Zuspitzung des Kampfes gegen die NATO" erreichen, teilweise wurde ausdrücklich vertreten, daß Cruise Missiles und Pershing II nicht mehr zu verhindern seien, weshalb der linke Flügel auf „die Zeit nach der Stationierung" orientieren müsse. Trotzdem konnte am kommenden Tag auf der Regionalkonferenz der Vorschlag Bremerhaven so vorgestellt werden, daß er nicht Spezialinteressen bestimmter linker Teile entsprach, sondern eine Plattform für die gesamte Friedensbewegung bot (s. Redetext). Nicht einig wurde sich das Spektrum, wie es damit umgehen wolle, wenn Hamburg als Abschlußort auf der Regionalkonferenz eine Mehrheit fände (80 % stimmten dann dafür). Mindestens die Hälfte wollte unbedingt, ggf. auch allein und in Konkurrenz zu Hamburg, die Bremerhaven-Aktion durchziehen. Dazu gehörten nicht nur die Kräfte, die eine Anti-NATO-Plattform verbindlich machen wollten, sondern auch Kräfte wie die Grünen Niedersachsen, die eine Kraftprobe gegen das KOFAZ herbeiführen wollten. Henning Schierholz schloß sich auch schriftlich nach der Konferenz der Bahro-These an, daß die „Polarisierung gegen die DKP-Politik" (sprich ihr Rausschmiß) „die Voraussetzung für jeden größeren Fortschritt" für die Friedensbewegung sei.

So kam es dann auf der Regionalkonferenz nach der Abstimmungsniederlage der Bremerhaven-Befürworter zum Eklat. Angeführt durch die Vertreterin des Göttinger AK im Podium der Versammlung wurde der Auszug dieses Flügels propagiert. Die Restversammlung nahm nahezu einstimmig den Antrag an, nochmals in einer zweiten „Einigungsrunde" mit diesem Spektrum zu verhandeln. Bei den Ausgezogenen gab es neben der Meinung, dann eben am 15.10. in Bremerhaven zu demonstrieren, die Meinung, auf dem 22.10. zu verharren bzw. sich gleich in diesem Spektrum 14 Tage später zu treffen (womit die Spaltung perfekt gewesen wäre). Es wurde dann noch einmal gemeinsam der Antrag eingebracht, beide Aktionen in Hamburg und Bremerhaven ggf. auch parallel am 22.10. durchzuführen. Das wurde von der Mehrheit abgelehnt, sie wollten am 15. in Bremerhaven und am 22.10. in Hamburg zwei „gleichberechtigte" Aktionen zum Auftakt bzw. Abschluß der Aktionswoche durchführen. Die Bremerhaven-Befürworter nahmen eine Vertagung um 14 Tage in Anspruch.



„Allmählich finde ich dieses Friedensgeschwätz lebensgefährlich!"

Das Bremer Heimspiel

Rund 200 Leute kamen dann am 19.6. in Bremen zusammen. Hatte auf der Regionalkonferenz noch die Stimmung für eine Alleinaktion am 22.10. in Bremerhaven die Oberhand, sah es inzwischen erheblich anders aus: In Bremerhaven selbst hatte sich die BiFa auf den 15.10. festgelegt und jede Konkurrenzveranstaltung am 22.10. abgelehnt, ebenso waren Gruppen wie Krieg dem Krieg (Bremen), der Göttinger AK u. a. auf diesen Kurs eingeschwenkt. Für den 22.10. plädierten weiterhin Teile der Grünen (vor allem aus Niedersachsen), autonome und antiimperialistische Gruppen. Das Abstimmungsergebnis brachte eine klare Mehrheit für

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Hamburg und Bremerhaven

den 15.10. in Bremerhaven, immerhin eine relevante Minderheit, aber ein politisch eingegrenztes Spektrum stimmte für einen Konfrontationskurs am 22.10. Eine „blitzblanke" Begründung stammte aus einem Beschluß des grünen niedersächsischen Landesvorstandes: Sie wollten auf alle Fälle am 22.10. nach Bremerhaven, denn es ginge darum, sich keine Illusionen über die SPD zu machen, die es immer wieder verstanden habe, Protestbewegungen zu kanalisieren. Es müsse auch über die Stationierung hinaus gedacht und verhindert werden, daß sich die SPD an die Spitze der Bewegung setzt. Deshalb dürfe auf keinen Fall etwas mit der SPD zusammen gemacht werden. Um das zu verdeutlichen, müßten wir am 22.10. nach Bremerhaven.

Als Konzept lag ein Vorschlag der Bremerhavener vor: *„Beginn am 14.10. mit Blockaden in Nordholz, Nordenham, Garlstedt (wenn kräftemäßig möglich, sind auch mehr Blockaden denkbar). Am 15.10. große Volksversammlung in Bremerhaven; sternmarschmäßiges Eintreffen aller Teilnehmer möglichst über die Blockadestellen. Auftaktkundgebung vor der Stadthalle, dann in zwei Marschsäulen Demo nach Weddewarden zum 'Military Sealift Command' in der Carl-Schurz-Kaserne. Eine durch den Hafen, die andere über die Wurster Straße. Ziel ist eine vollständige Blockade*

Schurz-Kaserne. Eine durch den Hafen, die andere über die Wurster Straße. Ziel ist eine vollständige Blockade

des Hafens und der Kaserne. Zum Abschluß findet ein Volksfest in Weddewarden statt." (aus dem BiFa-Beschluß vom 13.6.). Die Auftaktblockaden sollen nach Beschluß in Bremen sogar noch auf den 13.10. entlang der militärischen Infrastruktur (Stichwort Munitionstransporte) ausgedehnt werden.

Da die in Bremerhaven vorgeschlagene Route durch das Hafengelände und dicht an die militärischen Anlagen (Midgard-Hafen/Sealift Command) reicht, ist mit zumindest „strengen Auflagen" zu rechnen, das sollte aber alles andere als ein Hinderungsgrund sein.

Umstritten war, wie man sich zu den Aktionen in Hamburg bzw. zu einem gemeinsamen Bündnis verhalten wollte. Dazu erklärten einige Gruppen, daß sie sowohl nach Bremerhaven als auch nach Hamburg kommen und mobilisieren wollten. Die Hamburger Gruppen traten dafür ein, auch in Hamburg Widerstandsaktionen schwerpunktmäßig vorzubereiten und zu organisieren (s. Stellungnahme) und sich seitens der radikaleren Kräfte dort nicht auszuklinken. Andere vertraten schlicht, daß sie auf keinen Fall nach Hamburg fahren werden (insbesondere natürlich die, die am liebsten am 22.10. in Bremerhaven demonstriert hätten).

Obschon es erst von der Stimmung her anders aussah, wurde dann doch eine politische Unterstützung der von Hamburger Gruppen vertretenen und geplanten Aktionen am 22.10. beschlossen, allerdings wurde dem prompt vorangestellt, daß man Bremerhaven als „Schwerpunkt" für die Versammelten betrachte. Es heißt dann weiter in dem Beschluß: *„Wir verurteilen die Bemnühungen, aus der Volksversammlung in Hamburg eine SPD-Großveranstaltung mit Dohnanyi an der Spitze zu machen. Wir unterstützen deshalb die Planungen, in Hamburg Aktionen des zivilen Ungehorsams am 21./22.10. zu organisieren".*

Einige (u.a. Grüne) vertraten, daß die Planung für Bremerhaven völlig autonom und isoliert von dem Hamburger Bündnis zusammengebastelt werden sollte: „Den anderen könne man dann ja hinterher die Ergebnisse mitteilen. Sie können sich dann entscheiden, ob sie mitmachen wollen oder nicht". Immerhin soll jetzt doch in dem Arbeitsausschuß, der aus acht regionalen Initiativen besteht, auch das KOFAZ/SPD-Spektrum mitvertreten sein, um tatsächlich ihren Hannoveraner Beschluß zweier gleichberechtigter Volksversammlungen durchführen zu können.

Die eigenen Strukturen sollen insofern aufrechterhalten werden, als vor der nächsten Regionalkonferenz im August ein weiteres Treffen vereinbart ist. Zwei Vertreter des Bremerhaven-Ausschusses (von der BiFa und Krieg dem Krieg) sollten die Versammelten im zentralen Koordinationsausschuß mitvertreten. Auch ein Redner dieses Spektrums soll für die Abschlußveranstaltung gefordert werden. Immerhin konnte trotz des Heimspiels eine hohe Anzahl von Eigentoren verhindert werden.



und die anderen?

und die anderen?

Am 22.10. traf zum 1. Mal der in Hannover gebildete vorläufige Koordinationsausschuß, ein gemischtes Gremium aus Hamburger Gruppen bzw. Vertretern der Vorbereitungsgruppe in Hamburg zusammen. Das Hannoveraner-Mehrheitsspektrum verkündete vehement, die Bremerhaven-Aktion gleichberechtigt zum Erfolg zu führen bzw. es wird eine entsprechende „gleichberechtigte" Beteiligung gefordert. Am 8.7. soll in Bremerhaven eine Sitzung mit örtlichen/regionalen Gruppen bzw. den in Bremen benannten Vertretern durchgeführt werden. Für den 21.8. sollen dann die Konzepte für Hamburg und Bremerhaven auf einer 2. Regionalkonferenz Nord in Hamburg vorgestellt und zur Abstimmung gestellt werden.

Der Koordinationskreis soll erweitert werden, konkret genannt wurden die GAL, Mittelamerikagruppen, die Bremerhaven-Vorbereitungsgruppe, mit dem DGB wird um eine aktive Mitbeteiligung verhandelt werden.

Der DGB hat unter der Voraussetzung, daß er eigene Redner bekommt, für Aktionen, bei dem „gewalttätige Konfrontationen" ausgeschlossen seien, eine Beteiligung in Aussicht gestellt.

Vor allem um die Bremerhavener Aktion wird es zu einer Diskussion und Auseinandersetzung kommen, es ist noch keineswegs gesichert, ob es dort tatsächlich zu einer breit getragenen Aktion kommen kann.

Auf der anderen Seite steht die Frage, ob es dem linken Flügel gelingt, in der Gesamtbewegung tatsächlich Widerstandsaktionen in Bremerhaven und in Hamburg breiter zu verankern.



„Eine Demonstration in Bremerhaven wird hohe Wellen schlagen"

Redebeitrag von Gisbert Mrozek für eine Bremerhaven-Aktion auf der Nordkonferenz der Friedensbewegung am 5.6.83

Ich will hier eine Begründung für unseren Vorschlag, am 22.10. in Bremerhaven/Nordenham zu demonstrieren, vortragen. Ich arbeite mit im AKW-Arbeitskreis Wesermarsch, Regionalkonferenz der Bürgerinitiativen Umweltschutz — und im KGB — Komitee gegen die Bombentransporte Bremen, einem Zusammenschluß von 6 Krieg-dem-Krieg-Gruppen, 3 Friedensinitiativen, 8 Gewaltfreien Aktionsgruppen, einigen Anti-AKW-Gruppen und anderen...

Nicht Spaltung ist unser Ziel, sondern Material vorzulegen für eine gut begründete Entscheidung. Ausgangspunkt für unseren Vorschlag ist die Vorstellung, daß wir im Widerstand gegen die Stationierung einen Schritt weiter gehen müssen. Wir als Bewohner Europas, das als Schießplatz und Schlachtfeld vorgesehen ist, müssen, weil uns unser Leben lieb ist, entschiedensten Widerstand leisten gegen den Kurs der atomaren Hochrüstung, mit dem die USA versuchen, einen Atomkrieg hier führbar und gewinnbar zu machen. Von den sogenannten Abrüstungsverhandlungen in Genf können wir nichts Gutes erwarten. Sie funktionieren nur als beruhigende Begleitmusik zu konkreten Stationierungsmaßnahmen. Je länger sie dauern, je unglaubwürdiger werden sie. Diesen massenhaften Unglauben und unseren Willen zum Widerstand wollen wir am 22. in Bremerhaven/Nordenham ausdrücken — nicht zuletzt, weil ein möglicher Weg zur Stationierung über die Unterweser führt.

Wir wissen, daß die Pershing 1 auf dem Seeweg nach Europa kam. Wir wissen und können belegen, daß ständig atomare Sprengköpfe über Nordenham angelandet werden. Möglicherweise kommen auf diesem Weg auch die neuen Raketen, sicherlich aber Teile von ihnen, nämlich Infrastrukturmaterial.

Prinzipiell sind 2 Wege denkbar: „sea-lift" und „air-lift". Für welchen Weg die Nato sich entscheidet, ist nicht mit Gewißheit zu sagen. Das hängt auch ein wenig von uns ab. Aber sicher ist es sinnvoll, daß die norddeutsche Großdemonstration gegen die Stationierung in d e r Region, in d e n Städten stattfindet, die auf dem Weg liegen und nicht abseits davon! Das wäre ein Schritt weiter, als die vergangenen großen Bonner Friedensdemonstrationen, aber jetzt notwendig. Es wäre erstens Ausdruck unserer gestiegenen Entschiedenheit und zweitens Dokumentation der Erweiterung des Horizontes der ganzen Friedensbewegung. Wir würden den ganzen Wahnsinn der Aufrüstung auf allen Ebenen in den Blick rücken — nicht nur die ato-

Fortsetzung nächste Seite

Stellungnahme zum Ergebnis der Nordkonferenz vom 5.6.

Schlechte Argumente gegen Bremerhaven

Wir bedauern und kritisieren, daß auf der Regionalkonferenz Nord eine Mehrheit Bremerhaven (zugunsten Hamburgs) als zentralen norddeutschen Demonstrationsort für die Herbstaktionen am 22.10.83 ablehnte ohne dafür stichhaltige Argumente vorzubringen.

Insbesondere kritisieren wir, daß (einmal mehr) unter der Hand gehandelt wurde, in Bremerhaven solle es „Putz" geben, um Delegierte gegen Bremerhaven einzustimmen.

Die Vorstellung der Mehrheit von einer möglichst breiten Demonstration wäre u.E. genauso gut in Bremerhaven zu verwirklichen gewesen.

Damit wäre außerdem dem Wunsch vieler Kräfte in der Friedensbewegung, neben Bonn am 22.10. auch an zentralen militärischen Standorten zu demonstrieren, Rechnung getragen worden.

Alle diejenigen Kräfte, die auf der bundesweiten Aktionskonferenz der Friedensbewegung in Köln nicht nur eine Appellationsdemonstration an die verantwortlichen Politiker in Bonn wollten, sehen sich durch das Hannoveraner Ergebnis getäuscht. Viele sind dafür eingetreten, daß es bei der Nord- und bei der Süddemonstration zu einer Abschlußkundgebung an zentralen militärischen Einrichtungen kommen müsse.

Bremerhaven als zentraler militärischer Nachschubhafen mit Kommandozentrale, über den Giftgase, Atomwaffen und Raketenteile transportiert werden, wäre durch eine Demonstration am 22.10. mehr ins Blickfeld der Friedensbewegung gestellt worden.

Die Ablehnung der Mehrheit, am 22.10. dann ggf. sowohl in Bremerhaven als auch in Hamburg zu demonstrieren, erscheint uns ebenfalls wenig glaubwürdig. Das gleiche Spektrum hat auf der Südkonferenz (als Minderheit) darauf bestanden, daß am 22.10. unbedingt zu zwei Demonstrationen, nämlich nach Stuttgart und Neu-Ulm aufgerufen werden müsse, alles andere sei eine Abwertung der von ihnen vorgeschlagenen Stuttgarter Demonstration.

Nicht blind ärgern !

Gleichzeitig wenden wir uns dagegen, unsere Kritik an dem Ergebnis der Versammlung mit Selbstbetrug über die eigene Stärke und die eigenen Fähigkeiten zu verbinden.

„Mit ihren Bussen solln die mal Leute zu einem militärischen Standort karren statt auf eine Regionalkonferenz der Friedensbewegung !" zitiert die „taz" (vom 7.6.) eine empörte Friedenskämpferin. Tatsächlich ist es ärgerlich, wenn eine erst mal in Gang gesetzte Abstimmungsmaschinerie nicht mehr aufzuhalten ist und eine Stimmung im Saal herrscht, die den Austausch von Argumenten zur Farce werden und den Eindruck entstehen läßt, als hätte man genausogut am Anfang der Debatte abstimmen oder sich die ganze Konferenz sparen können.

Das Argument vom „angekarrten Stimmvieh" unterstellt - Hand aufs Herz - aber auch, daß eigentlich unsere Vorstellungen den Mehrheitswillen der Friedensbewegung widerspiegelten. Wo soll das stimmen ? In den Friedensinitiativen, im Hamburger oder ähnlichen Friedensforen ? Unter den Teilnehmern von Massenversammlungen der Friedensbewegung ? Unter den Wählern oder gar im Volke ? Das Gegenteil scheint uns richtig.

Gegen Parallel-Demonstrationen am 22.10. in Bremerhaven und Hamburg

Trotz des ärgerlichen Ergebnisses der Regionalkonferenz halten wir es für falsch, wenn wir aus Trotz in Bremerhaven am 22.10. allein demonstrieren wollten, und uns aus gemeinsamen Herbstaktionsplanungen verabschieden würden.

Gegen Parallel-Demonstrationen am 22.10. in Bremerhaven und Hamburg

Trotz des ärgerlichen Ergebnisses der Regionalkonferenz halten wir es für falsch, wenn wir aus Trotz in Bremerhaven am 22.10. allein demonstrieren wollten, und uns aus gemeinsamen Herbstaktionsplanungen verabschieden würden.

Für falsch halten wir vorgetragene Argumente, die wieder einmal die DKP aus der Friedensbewegung exkommunizieren wollen, für ebenso falsch die Kritik an einer zentralen Stoßrichtung der Herbstaktionen gegen die geplante „Nachrüstung".

Wir halten es für unsinnig und ein wagemutiges Lotto anzunehmen, daß unser Spektrum in der Friedensbewegung ausgerechnet zu einer Aktion in die Puschen kommen bzw. darüberhinaus große Ausstrahlungskraft entwickeln könnte, wenn es sich in direkte Konfrontation und Konkurrenz zu einer anderen zentralen Friedensaktivität begibt.

Gerade um Bremerhaven als zentralen militärischen Nachschubhafen zu einem Symbol des Widerstands für die g e s a m t e Friedensbewegung zu machen, schlagen wir vor, am 15.10.83 dort eine (zentrale) Demonstration der Aktionswochen zu organisieren.

Die richtige Akzentuierung der Auftaktveranstaltung in Bremerhaven kann für die ganze Aktionswoche der Bezugspunkt für die Debatte um den notwendigen Fortschritt der Friedensbewegung werden. Diese Kraftanstrengung sollten wir aufbringen.

Für Widerstandsaktionen in Hamburg

Wir sollten nicht denjenigen in Hamburg das Feld überlassen, die am Ende einer braven Demonstration dem Herrn Bügelmeister (der SPD) den roten Teppich ausrollen wollen.

Für uns ist es ein zentrales Anliegen, daß die Friedensbewegung unmittelbar vor der beginnenden Stationierung ihren Widerstand aktiv deutlich macht. Für viele von uns hat dieses Anliegen sogar Vorrang vor der Auseinandersetzung um die Frage einer Standortaktion in den Herbstaktionswochen.

Wir wollendurch eine Aktionsplanung durch uns verhindern, daß ihre Ankündigung der Hamburg-Befürworter, auch hier Aktionen des zivilen Ungehorsams im Rahmen des zentralen Abschlusses der Aktionswoche zu organisieren, nur schöne Worte bleiben.

Deshalb wollen wir am 21. und 22.10. möglichst mit allen Kräften unseres Spektrums versuchen, auch Hamburg zu einem zentralen Ort des Widerstands zu machen. Aktionen des Widerstands an einem oder mehreren Brennpunkten in Hamburg sollen eine Diskussion und Beteiligung von Kräften aus der gesamten Friedensbewegung erreichen. Wir haben bei der Organisierung der Kellinghusenblockade zu Ostern die Erfahrung gemacht, welche Ausstrahlung solche Aktionen in die gesamte Friedensbewegung hinein haben können.

Keinen roten Teppich für die SPD

Dies ermöglicht es zudem, unserer Forderung gemeinsam Nachdruck zu verleihen, keine Abschlußveranstaltung durchzuführen, wo möglichst viele Menschen zu dem Zweck mobilisiert werden, einer Ansprache des Bürgermeisters von Dohnanys zu lauschen.

Wenn Sozialdemokraten dort zu Wort kommen sollen, dann müssen es schon engagierte „Nachrüstungs"-Gegner sein. Ebenso erwarten wir, daß auch aus unserem Spektrum ein Redner vorgesehen wird, wobei neben der Atomraketen-„Nachrüstung" auch der Zusammenhang zu anderen Formen der Kriegsrüstung (Stichwort „Rogers-Plan") thematisiert werden wird. Auch hier sollten wir das Angebot für eine gemeinsame Vorbereitung und Koordination, die die Vorstellungen beider Seiten berücksichtigt beim Wort nehmen bzw. notfalls zu einer Auseinandersetzung nutzen.

Die Zusammensetzung des Koordinationskreises muß nach Möglichkeit gleichberechtigt sein, auf keinen Fall darf dieser Kreis allerdings so aussehen, daß die Bremerhaven-Befürworter zwar mitreden dürfen, aber im Zweifelsfall niedergestimmt werden.

Hamburger Friedenskoordination, 17.6.83

Um diesen Text gab es erhebliche Diskussionen und Auseinandersetzungen, die Außenstehenden kaum verständlich zu machen ist.

Ein Teil trägt diese Erklärung nur unter Bauchschmerzen mit. Das Anliegen dieses Teils war weniger die Hannover zentrale Auseinandersetzung um die „Standortfrage", sondern Priorität hat für diesen Teil die Planung und Durchführung von Aktionen des Widerstands im Rahmen der zentralen Abschlußaktion. Dieses Anliegen sah dieser Teil in Hannover von beiden Seiten kaum berücksichtigt.

Dieser Text sollte auf einem Treffen am 16.6. zusammen mit anderen Gruppen in Hamburg verabschiedet werden, was dort aufgrund von Differenzen innerhalb der Friedenskoordination nicht möglich gewesen ist.

Es wurde ein Kreis beauftragt, für Hamburg einen konkreten Aktionsvorschlag auszuarbeiten. Das Hamburger Blockade-Plenum wird gebeten, sich als Forum zur Vorbereitungskreis für Widerstandsaktionen in Hamburg für den 21. und 22.10. zur Verfügung zu stellen.

Antimilitarismus

Fortsetzung von vorheriger Seite

mare Hochrüstung — was alles seinen konkreten Niederschlag in Bremerhaven/Nordenham findet wie in keiner anderen Gegend Norddeutschlands. Sie ist seit 1945 als amerikanische Zone reserviert und seitdem ausgebaut worden zum europäischen Hauptbrückenkopf der US-Army. Über Bremerhaven kommen jährlich 2 Millionen Tonnen an Militärmaterial und Waffensystemen, durch das gegenüberliegende Nordenham die dazugehörige Munition und zwar 90000 t jährlich. Im Falle eines Krieges würden 90 bis 95 % des Nachschubs per „sea-lift" aus den USA herbeigeschafft — ein großer Teil davon via Unterweser. Und was die Gegenwart betrifft, die Vorbereitungen:

- die Nato rüstet atomar hoch — die Sprengköpfe kommen über Nordenham;
- die Nato bereitet den Chemie-Krieg vor — VX-Fässer und demnächst auch binäre Gasgranaten kommen durch Nordenham;
- die Nato plant den Einsatz schneller Eingreiftruppen, baut die Munitionsdepots aus, um das dazugehörige Material in der Transitstelle BRD vorauseinzulagern — das Material kommt über Bremerhaven/Nordenham.

Die zentrale Kommandostelle für die Organisation des US-Nachschubs über Nordatlantik und Mittelmeer — das MSC - military sea lift command — sitzt seit 1963 in Bremerhaven. Und das ist alles nicht nur Zukunftmusik. Über Bremerhaven wurde die US-Intervention im Libanon 1958 abgewickelt. Über Bremerhaven wurden 1973 Panzer und LKWs für den is-

wickelt. Über Bremerhaven wurden 1973 Panzer und LKWs für den is-

raelischen Krieg verschifft. Über Nordenham kam im vergangenen Jahr ein Teil des amerikanischen Nachschub für Israels Angriff auf den Libanon und die Palästinenser. Über Nordenham lief einiges Militärmaterial zur Absicherung der türkischen Massaker gegenwärtig in Kurdistan.

Und es geht wirklich nicht nur um US- und Nato-Sachen, sondern um Waffen und Rüstungsexport aller Art in aller Herren Länder, nach Chile, Argentinien, Südafrika, den Irak u.a. Es geht um reichlich Rüstungsindustrie. Es geht darum, daß dies eine Hauptrollbahn der Kriegsvorbereitung und Kriegsführung ist, abgesichert durch die US-Garnison in Garlstedt, Bundeswehrkasernen und 5 oder 6 Atom-Raketen-Stellungen drumrum.

Es gibt in Norddeutschland keinen wichtigeren Ort für die Stationierung, keinen insgesamt Nato-militärstrategisch wichtigeren. Das scheint mir unmittelbar einleuchtend für den gesunden Menschenverstands. Und auch, daß an diesem Ort eine Demonstration die größte politische Brisanz entfalten kann. Ich sage dreifach unterstrichen politische Brisanz. Dieser Ort kann für die Friedensbewegung zu einem Symbol werden ähnlich der Startbahn-West oder was Brokdorf für die Anti-AKW-Bewegung war. Und zwar aus drei Gründen:

Erstens drückt allein die Wahl des Ortes eine neue Qualität aus, löst Diskussionen aus, vermittelt politische Inhalte auf breitester Ebene, bedeutet nämlich die politische Konfrontation mit der Nato.

Zweitens wäre eine Demonstration von Hunderttausend selbst schon eine vorübergehende Blockade der Kriegsmaschinerie.

Drittens ist dort die Kombination verschiedener Widerstandsebenen in einem integrierten Ganzen möglich. Möglich sind Blockaden und Behinderungen von wichtigen militärischen Einrichtungen, durch kleinere und größere Gruppen und gleichermaßen, gleichzeitig Massenkundgebung und Demonstration.

Nach dem 10.6., nach dem Nato-Gipfel haben wir gesagt und so wurde überall diskutiert — demnächst müssen wir einen Schritt weiter gehen. Wenn die Nato ernst macht mit der Stationierung, machen wir ernst mit Widerstand. Die Nato macht ernst. Die Nato macht todernst. In dieser Situation in Hamburg zu demonstrieren, ist kein Schritt vor, sondern eher einer zurück. Denn es ist ein Rückschritt, wenn wir bei den altgewohnten Formen und Mitteln der Friedensbewegung stehenbleiben, während die Nato fortschreitet mit konkreten Stationierungsvorbereitungen.

Eine Demonstration in Hamburg, deren Hauptbestimmung ist, mit noch mehr Menschen durch die Straßen zu ziehen, mit Massenaufmärschen die Verantwortlichen unter Druck setzen zu wollen, ist nichts qualitativ neues gegenüber beispielsweise der letzten Massenversammlung auf den Rheinwiesen. Und einige sozialdemokratische Spitzenpolitiker in der ersten Reihe, ein Bürgermeister Dohnanyi vorneweg, worauf manche ja bauen, das macht den Kohl auch nicht fett.

Eine Demonstration in Hamburg läge auf der altbekannten Linie einer Bündnispolitik Richtung Sozialdemokratie, die über Minimalkonsens nicht rauskommt — und das auch nicht unter einer CDU-Regierung. Die Fortschreibung dieser Politik im Stationierungsherbst 83 macht die Friedensbewegung und alle Ankündigungen von heißen Herbsten erstens unglaubwürdig und zweitens für die Nato-Strategen gut kalkulierbar. Der politische Schaden der Raketenstationierung wird berechen- und zählbar. Was wir aber brauchen, ist eine praktische Dokumentation des Abbröckelns der Loyalität gegenüber diesem politischen und Bündnissystem. Wenn wir den Krieg verhindern wollen, müssen wir den inneren Frieden stören. Wenn wir unsere eigenen Aussagen über die Gefahren atomarer Hochrüstung ernst nehmen, müssen wir im Herbst zulegen. Können nicht den Konflikt mit Staat und Nato-treuen Kräften meiden, sondern müssen die politische Konfrontation mit der Nato suchen. Das tun wir, indem wir mitten auf einer der Hauptdrehscheiben der Kriegsvorbereitungen demonstrieren. Nicht nur demonstrieren und kluge Reden hören, sondern auch behindern und blockieren, was da abläuft.

hören, sondern auch behindern und blockieren, was da abläuft.

In dem Dreieck Bremerhaven/Garlstedt/Nordenham sind Möglichkeiten zu vielfältigen Aktionen in einem integrierten Ganzen mit folgendem möglichen Ablauf: Beginnend die Volksversammlung am Freitag mit Blockaden an verschiedenen Stellen. In Nordholz, Bremerhaven, Nordenhamer Hafen, Garlstedt, Rodenkirchener Raketen u.a... Fortsetzend das Ganze am Samstag mit einer großen Versammlung in Bremerhaven, sternmarschmäßig von allen Blockadestellen, Übersetzen von Nordenham aus. Demonstration durch den Bremerhavener Hafen zur Kaserne, am Troposcatter vorbei zum Military sealift Command, dies alles blockierend. Zum Abschluß ein Volksfest in Weddewarden, unmittelbar nördlich vom militärisch genutzten Teil des Hafens.

Für diesen Ablauf wichtig ist, daß es überall in der Gegend arbeitende Gruppen gibt. Diese regionalen Strukturen zu verstärken, wäre auch ein Ergebnis der Demonstration. Zu den politischen Bedingungen wird Joachim gleich noch etwas sagen. Ich nenne nur zwei Stichworte: Bürgerschaftswahl und Volksentscheid. Aber wichtiger ist mir jetzt, noch einen Trugschluß auszuräumen, der im Saal hängt. Der Trugschluß nämlich, eine Demonstration in Hamburg würde notwendigerweise größer und breiter ausfallen, als an der Unterweser möglich. Was bundesligamäßig vielleicht stimmt, ist politisch eine lokalpatriotische Fehleinschätzung. Mag sein, daß Dohnanyi nicht nach Bremerhaven kommen mag. Auch mit Hans Koschnick ist nicht zu rechnen. Dem wärs wohl peinlich, nach all seinen Gesprächen mit Weinberger. Große Teile der Bremer SPD wollen sich nicht praktisch gegen die Nato-Infrastruktur hier wenden und argumentieren absurderweise mit den Arbeitsplätzen — ebenso die Nordenhamer DKP gegenüber dem Munitionsumschlag.

Wir aber können viele Menschen — auch jetzt noch abseits stehende — zur Teilnahme gewinnen: weil die Demonstration dort ein Schritt voran ist; weil die Wahl des Ortes unmittelbar einleuchtet; weil sich mit einem solchen 22. Hoffnungen verbinden können, langfristig und durch praktischen Widerstand die Kriegsmaschine zum Stehen zu bringen. Eine Demonstration in Bremerhaven wird sehr groß werden, denn die Erkenntnis ist weit verbreitet, daß die Herrschenden auch massenhaft vorgetragene gute Argumente nicht hören wollen und darum unseren Widerstand spüren müssen. Eine Demonstration in Bremerhaven wird hohe Wellen schlagen auf beiden Seiten des Atlantiks und uns in unserem Kampf wichtige langfristige Impulse geben.

"Volksversammlung Süd":
Menschenketten, Blockaden, Demos

Gut 1000 Leute kamen am ersten Juni-Wochenende in Ulm/Neu-Ulm zusammen, um auf einer Aktionskonferenz den Ablauf der Friedenswoche im Oktober zu planen und insbesondere darüber zu beschliessen, was am 22.10. zum Abschluß und Höhepunkt geschehen solle. Was am Ende des Treffens zu einem einzigen Aktionspaket für den 22.10. verschnürt wurde — von dem sich freilich noch erweisen muß, ob es wirklich aus einem Guß ist —, stand sich am Anfang kontrovers gegenüber:

1. Eine traditionelle Großdemo in Stuttgart,
2. Demontrationen und Blockaden in Ulm, wobei der Protest sich hauptsächlich gegen die Wiley-Barracks richten sollte (für Pershing II vorgesehener Stationierungsort in Neu-Ulm),
3. eine fast 100 km lange Menschenkette von EUCOM in Stuttgart („Hirn") zu den Wiley-Barracks in Neu-Ulm („Standort").

Vorschlag Nr.1 wurde (selbstredend) vom KOFAZ eingebracht und von Kräften aus dem DGB-Apparat und der SPD unterstützt. Aber auch die im Süden besonders rührige MLPD reihte sich in dieses Lager ein. Als Argument für Stuttgart wurde im wesentlichen ins Feld geführt, daß man auf einer „richtigen" Demo in einem industriellen Ballungszentrum die größte Massenbeteiligung wie auch die beste Breitenwirkung erreichen könne. In dem Bemühen, ihren Vorschlag in den allerschönsten Farben auszumalen, glitten die Stuttgart-Befürworter mitunterr freilich ins Märchenhafte ab. „Kollegen, ich spreche im Namen von 43000 Nürnberger Metallern", meinte etwa ein Redner, der sich auf die Unterschrift einiger Vertrauensleute stützen konnte. Ein anderer versprach, die Kollegen würden sich einreihen, wenn man durch die Stuttgarter Arbeiterviertel ziehe. „Nur so können wir es schaffen, daß am Abend des 22.10. der NATO-Doppelbeschluß fällt (!)". Woanders hin könne man die Kollegen aber nicht kriegen, weil die gewerkschaftlichen Demonstrationen halt immer in Stuttgart sind. Schließlich war sogar eine Vertreterin der IGM-Bezirksleitung Stgt. persönlich da, die den Anwesenden den Mund wässrig machte, indem sie auf die anlaufende Generalstreiks-Diskussion hinwies: „In den Gewerkschaften sind echte Lernprozesse im Gang". Warum solche Lernprozesse zwingend mit einem Marsch durch die Landeshauptstadt verknüpft seien, wurde allerdings nicht schlüssig erklärt. Hier wurden handfeste Illusionen geschürt — nicht so sehr über die Kollegen in den Betrieben, sonden über die Bereitschaft der Führungen von DGB und SPD, ernsthaft am Kampf teilzunehmen und ihre Basis zu mobilisieren, wie der grüne Bundestagsabgeordnete Willi Hoss kritisierte. Freilich verhallten diese Sirenentöne nicht ungehört. Linke Sozialdemokraten hielten es für sektiererisch, „den DGB vor den Kopf zu stossen" (was nicht in der Absicht der Kritiker lag); Alt-MLlern pochte das Herzerl, wenn das Wort Generalstreik fiel...

Vorschlag Nr.2 wurde als ein „Friedensnetz über Ulm/Neu-Ulm" vorgestellt. Die vielfältigsten Aktionen könnten miteinander verbunden werden: eine direkte gewaltfreie Blockade der Wiley-Barracks, Blockaden und Umzingelungen anderer Militäreinrichtungen in der Stadt, ein Sternmarsch zum Gedenken an die Opfer des Nazi-Regimes, der von der nahegelegenen Stätte eines ehemaligen KZs ausgeht, Menschenketten, die-ins, Demonstrationen usw. Am Abend sollten sich alle Menschen auf dem „Volksfestplatz" in Neu-Ulm versammeln (etwa einen halben km von den Wiley-Barracks entfernt) und die Blockierer gewissermaßen „abholen". Die Befürworter von „Ulm" machten geltend, daß auf diese Weise der Wille der Friedensbewegung bekundet werden könne, die Stationierung nicht hinzunehmen und den Widerstand an die Standorte zu tragen. Man könne und dürfe sich nicht um den Widerstand vor Ort herumdrücken. „Das Dilemma in diesem Land ist, daß wir eigentlich genausogut in Stuttgart, Nürnberg, München, Heidelberg, Frankfurt und anderswo demonstrieren können, weil sich überall militärische Einrichtungen befinden. Aber nach Neu-Ulm sollen die Pershing-Raketen. Unsere Botschaft muß sein, daß wie an dieser Stelle vor der Weltöffentlichkeit unser Nein bekunden". Es sei auch nicht der Sinn des Kölner Beschlusses gewesen, neben Bonn am 22.10. zwei weitere, gleichartige Demonstrationen durchzuführen. Sondern dieser Tag sollte zeigen, daß die Friedensbewegung über die traditionellen Aufmärsche hinaus auch direkten Widerstand leistet. „Ulm muß zum Symbol unseres Widerstandes werden". Hinter dieser Position standen die Vereinigten Münchner Friedensinitiativen, die Gewaltfreien, weitere Gruppen aus dem Spektrum der unabhängigen Initiativen und Sprecher der bayrischen Grünen.

Drittens machten die DFG-VK und die Grünen/Baden-Württemberg, unterstützt vom Komitee für Grundrechte und Demokratie, den Vorschlag der Menschenkette. Diese Aktion verbinde dezentrale und zentrale Elemente. Die Friedensgruppen aus dem gesamten süddeutschen Raum könnten Patenschaften mit den Initiativen in den Ortschaften zwischen Stuttgart und Ulm schliessen, dort könnten die unterschiedlichsten vorbereitenden und begleitenden Aktivitäten laufen, man werde gerade die Bevölkerung auf dem Land viel direkter ansprechen können und dennoch durch das Schliessen der Menschenkette über eine so große Distanz eine enorme Öffentlichkeitswirkung , gerade auch in den Medien, erzielen.

Als das Plenum am 5.6. auf eine erste Abstimmung zusteuerte, schlossen sich die Befürworter der Menschenkette und die des Ulmer Friedensnetzes zu einer gemeinsamen Position zusammen: Die Menschenkette sollte in einer Kundgebung vor den Wiley-Barracks am Abend des 22.10. ihren Abschluß finden. Dieser Vorschlag wurde alternativ zu Stuttgart abgestimmt und es ergab sich ein ziemlich genaues 50:50 Verhältnis im Plenum. Mit dem Auftrag an beide Seiten, einen Kompromiß zu finden, gingen die Leute in die Arbeitsgruppen, um die anderen Aktivitäten in der Friedenswoche zu erörtern (was später im Plenum leider nicht mehr zur Sprache kam).

Bei der Suche nach einer Einigung ergab sich eine interessante Episode. Die Anhänger von Ulm + Menschenkette schlugen nämlich vor, die Stuttgarter Großdemonstration auf den 15.10. vorzuverlegen. Triftig an den Argumenten für Stuttgart seien ja diejenigen gewesen, die auf eine gewerkschaftliche Mobilisierung Bezug nahmen. Also sollte die Stuttgarter Demo — auf den 15.10. vorverlegt — einen noch viel stärkeren gewerkschaftlichen Akzent erhalten als bisher vorgesehen. Auf dieser Demo sollten dann alle Kampfmaßnahmen, die von einzelnen Belegschaften für den „Tag der Betriebe" innerhalb der Friedenswoche geplant seien, öffentlich angekündigt werden. Das werden auch allen anderen Belegschaften, die eigentlich etwas machen wollten, sich aber noch nicht so recht entschliessen könnten, unwahrscheinlich den Rücken stärken. Auf diese Weise könnte man die gesamte Friedenswoche mit einem „Paukenschlag der Arbeiterbewegung" eröffnen und gleichzeitig dafür sorgen, daß der „Tag der Betriebe" optimal vorbereitet wird. In der Diskussion um diesen Kompromißvorschlag zeigte sich, wie wenig ernsthaft die Stuttgart-



Ein Bild, das uns im Herbst noch öfters geboten werden wird: GI's stellen sich Friedensdemonstranten an der US-Rhein-Main-Airbase im Dezember 1982 gegenüber — mit aufgesteckten Bajonetten

Fortsetzung nächste Seite

Nachtrag zu "Spione, U-Boote, Herzinfarkte" (AK 234, S. 12)

U-Boot auf der Alster

Viele Hamburger wurden Augenzeugen des dreisten Eindringens eines russischen Minen-U-Bootes in die Binnenalster. Aber der SPD-Senat beteuert: „Wir wissen von nichts"! U-Boot-Experte Reginald Rudolf meint: „Ich habe das lange kommen sehen. Wer will jetzt noch einen Verzicht auf die Nachrüstung fordern?!"

Im AK wurde berichtet von inszenierten Jagden auf — offensichtlich überhaupt nicht vorhandene — sowjetische U- Boote vor den Küsten Norwegens und Schwedens. Einige weitere Details mögen das Bild ergänzen:

* In verschiedenen Zeitungen wurde inzwischen ausführlich dargestellt, daß und warum es praktisch unmöglich ist, in der Ostsee vor den Küsten Schwedens und Norwegens U- Boote mit hinreichender Bestimmtheit zu orten bzw. auch nur sicher festzustellen, daß irgendwo ein U- Boot anwesend ist. Beispielhaft die Artikel: „*Das U-Boot muß nur in die richtige Eintauchtiefe tauchen*" (FAZ, 10.5,'83 und „*Warum U-Boote in der Ostsee ihren Häschern entkommen*" („Welt", 28.5.'83). Hierzu paßt bestens die folgende Meldung, die sich auf die im AK 234 erwähnte norwegische U-Boot-Jagd Anfang Mai bezieht: Der norwegische Admiral Breivik erklärte der Presse, „**möglicherweise sei nie ein ausländisches Unterseeboot in die norwegischen Hoheitsgewässer eingedrungen und das geortete Objekt sei eventuell ein Wal oder ein Fischschwarm gewesen**"(FR, 4.5.'83).

* Das einzige U-Boot, das sich im Zeitraum der mediengerecht inszenierten skandinavischen U-Boot-Jagden tatsächlich in fremden Gewässern aufhielt, machte in der Presse keine Schlagzeilen und wurde fast nirgendwo —und wenn überhaupt, dann klein und am Rande— erwähnt: „...**Unterdessen ist ein U-Boot der deutschen Bundesmarine, das bei Falkenberg südlich von Göteborg offenbar aus Versehen in schwedische Territorialgewässer geraten war, am vergangenen Sonntag von einem Hubschrauber der schwedischen Luftwaffe zum Abdrehen aufgefordert worden**" (FAZ, 3.5,'83). Dies könnte die Behauptung des schwedischen Marinekapitäns Bruzeljus unterstützen, wonach Schwedens Gewässer einer „*sechsspurigen Unterwasser- Autobahn für die U- Boote der NATO*" gleichen („Marin Nytt", nach UZ vom 18.1.83).

* Daß es sich mit den U-Boot-Sichtungen vor skandinavischen Küsten mitunter ähnlich verhält wie mit der Seeschlange von Loch Ness, zeigt eine weitere Meldung: Im schwedischen Sundsvall, wo Anfang Mai tagelang mit riesigem Aufwand und Mediengeschnatter ein „rotes" U-Boot gesucht worden war, gab es Ende Mai erneut U-Boot-Alarm. Ausgelöst wurde er durch Spaziergänger, die angeblich ein U-Boot-Periskop im Wasser gesehen hätten. Nachträglich stellte sich heraus, daß das obskure Objekt der antihegemonistischen Wachsamkeit nur ein Paddler gewesen war. Daß nicht nur zivile Spaziergänger Probleme mit den Augen haben, zeigt eine weitere Meldung: „*Auf dem schwedischen Marinestützpunkt Karlskrona werden inzwischen Kurse »Wie erkenne ich ein U-Boot?« abgehalten, nachdem sich in dem bereits mehrmals von fremden Eindringlingen heimgesuchten Gebiet die Fehlalarme häuften*" (beide Meldungen aus FR, 30.5.'83)

* Angesichts ständiger Horrormeldungen über das Treiben „roter" U-Boote in der Ostsee ist ein Blick auf die wirklichen Kräfteverhältnisse interessant. Die Anzahl östlicher U-Boote in der Ostsee wird von der „FAZ" (28.4.) mit 49 angegeben: 45 sowjetische und 4 polnische. Seltsamerweise heißt es in der bundeswehrnahen „Europäischen Wehrkunde" (4/83) lediglich, daß von der NATO bisher 23 sowjetische U-Boote in der Ostsee „festgestellt" worden seien (kein Wunder, wo die doch so schwer zu orten sind! - d.sätzer). Auf Seiten der NATO gibt es in der Ostsee laut „FAZ" (28.4.) 24 bundesdeutsche U-Boote und 5 dänische; die „UZ" (18.1) gibt 6 dänische U-Boote an. Außerdem behauptet sie, daß in der Ostsee „häufig" französiche U- Boote sich aufhalten, „*da deren ballistische Raketen auf ‚Zielnähe' zur Sowjetunion angewiesen seien*" (Die „UZ" beruft sich dabei auf den schon erwähnten Artikel in der offiziellen schwedischen Marine Zeitung „Marin Nytt").

Weder die „FAZ" noch die „UZ" erwähnen in diesem Zusammenhang norwegische U-Boote in der Ostsee. Das NATO- Mitglied Norwegen verfügt über 14 U-Boote (laut „Europ. Wehrkunde" 4/83);wieweit einige davon gelegentlich auch in der Ostsee aufkreuzen, ist uns unbekannt. Hinzu kommen noch 12 U-Boote der formell neutralen, tatsächlich aber pro-westlichen schwedischen Marine in der Ostsee (FAZ, 28.4.). Insgesamt also ein ziemlich ausgewogenes Verhältnis, wenn man die Angaben der „FAZ" zugrundelegt. Für die kommenden Jahre sind Modernisierungen und Erweiterungen in großem Umfang geplant:

1. Die Bundesmarine erhält ab 1991 sechs neue, supermoderne U-Boote, die vor allem auf dem Gebiet der Zieltechnologie Spitzenprodukte sein werden. Angeblich soll durch die Neubauten die Gesamtzahl von 24 bundesdeutschen U-Booten nicht steigen, da gleichzeitig 6 ältere U-Boote „ausgemustert" werden sollen (Angaben nach FAZ, 9.6.'83). Ganz glaubwürdig ist diese Behauptung nicht, denn die 24 U-Boote der BRD sind bisher ausschließlich in der Ostsee stationiert. Zukünftig soll jedoch das Aktionsfeld der Bundesmarine erheblich ausgeweitet werden. Die sechs neu zu bauenden U-Boote sollen (laut FAZ, 9.6.) vor allem in den Gewässern nördlich von Norwegen eingesetzt werden. Das würde allerdings eine offenkundige Schwächung der NATO- Präsenz in der Ostsee zur Folge haben, falls dort tatsächlich, wie behauptet wird, sechs bundesdeutsche U-Boote verschrottet werden. Zu diesem Problem wird man sich sicher noch rechtzeitig etwas einfallen lassen.

2. Norwegen erhält ab 1989 mindestens sechs neue U- Boote, die bei Thyssen in Emden gebaut werden; es besteht außerdem noch eine Option auf zwei oder drei weitere neue U-Boote. Einsatzgebiet sollen die Gewässer von Nordnorwegen sein (nach „Europ. Wehrkunde" 4/83 und „FAZ", 9.6.).

3. Schweden baut vier neue Angriffs-U-Boote einer neuentwickelten Klasse. Sie sollen zwischen 1987 und 1989 in Dienst gestellt werden (nach „Euop. Wehrkunde" 4/83).

****

Fortsetzung von vorheriger Seite

Befürworter zu ihrer gewerkschaftlichen Argumentation standen. Da ein solches Vorgehen dem gewerkschaftlichen Anliegen sehr viel mehr entsprechen würde, als lediglich am 22.10. neben die Bonner Demo noch eine Stuttgarter zu setzen, auf der einige DGB-Oberen schöne Worte finden, hätten sie eigentlich darauf einsteigen müssen. Aber weit gefehlt! Nicht einmal die tapferen MLPDler mochten sich dafür erwärmen. Umgekehrt war es so, daß das KOFAZ-Lager, nachdem dieser Kompromiß im Raume stand, auf die traditionelle gewerkschaftliche Argumentation gänzlich verzichtete, und lediglich darüber klagte, daß man bei diesem Verfahren „nicht gleichberechtigt" berücksichtigt werde.

Die baden-württembergischen Grünen und DFG-VKler schlugen schließlich vor, was dann auch eine sehr klare Mehrheit der Vollversammlung fand:
- Die Menschenkette wird von allen gemeinsam getragen und durchgeführt; sie reicht vom Stuttgarter EUCOM zu den Neu-Ulmer Wiley-Barracks.
- Parallel zur Menschenkette findet eine direkte gewaltfreie Blockade der Wiley-Barracks statt, die in allen Flugblättern und Aufrufen angekündigt wird.
- Gegen Mittag wird die Menschenkette aufgelöst: eine Hälfte fährt nach Ulm, die andere nach Stuttgart. In beiden Städten finden abends massenhafte Demos/Kundgebungen statt.

Diese politische Einigung überstand auch die sich anschliessenden diffizilen. Debatten um eine ausgewogene Besetzung des Koordinationsausschusses, der für die gesamte Aktion verantwortlich ist. Freilich muß noch einiges getan werden, damit sie auch in der Praxis durchgehalten wird: Entgegen den Versicherungen von Leuten aus dem DGB-Apparat in Ulm, man werde sich an diese Beschlußlage halten, rief der DGB inzwischen nur für Stuttgart, nicht aber für die Menschenkette und für Ulm auf. Der „Spiegel" freilich stellte die Beschlüsse richtig dar. Wichtig ist vor allem, von Anfang an den Eindruck zu vermeiden, als fände in Stuttgart die Massendemonstration, in Ulm/Neu-Ulm hingegen die „konsequente Aktion weniger Entschlossener" statt. Stattdessen muß — nach der Menschenkette — der Abend des 22.10. in Ulm einen (mindestens) ebenso massenhaften Charakter haben wie die Aktion in Stuttgart. Vielleicht kann dazu ein Vorschlag hilfreich sein, der auf dieser Konferenz erstmals zur Diskussion gestellt wurde: Nämlich in Ulm ein Anti-Kriegs-Denkmal zu errichten, das an alle stattgefundenen Kriege und die Opfer, die sie forderten, erinnert, um die Menschen zum Nachdenken darüber zu bringen, ob nicht mit diesem traurigen Kapitel ihrer Geschichte ein für alle Mal Schluß gemacht werden muß, bevor umgekehrt der Krieg mit der Menschheit Schluß macht.

Ein Gen. des KB/Gruppe Frankfurt

Frauentreffen in Köln

Der gleiche Kack im Frauenfrack!

Ca. 180 Frauen aus der ganzen BRD sind am 28./29.5. nach Köln gekommen. Der Anspruch dieses Treffens war, die inhaltlichen Kontroversen zu Friedensfragen zwischen Frauen aus sehr unterschiedlichen Lagern zu diskutieren und zu einer gemeinsamen Vorbereitung der Herbstaktionen zu kommen. Dieser Anspruch ist nicht eingelöst worden! Unter dem Druck, unbedingt etwas „gemeinsames" mit nach Hause nehmen zu wollen, ist kurz vor Schluß einzig eine nichtssagende Erklärung mit einem Aktionskatalog möglicher Aktionen verabschiedet worden. Die Strukturen und Diskussionsmöglichkeiten unterschieden sich an keinem Punkt von jeder anderen Konferenz der Friedensbewegung. Die Initiative „Frauen in die Bundeswehr — Wir sagen Nein" — das weibliche KoFAZ-Spektrum — hat die Diskussionsleitung völlig an sich gerissen und über dieses Machtinstrument alle ihr unbequemen Diskussionen verhindert. Schon um die Einrichtung einer AG Blockaden mußten wir kämpfen. Erst war angeblich kein Raum da, dann sollte abgestimmt werden, ob eine solche AG überhaupt stattfinden darf — schließlich war dies die mit Abstand größte AG. Am nächsten Tag wiederholte sich der gleiche Machtkampf bei den Berichten aus den AG's: die Sprecherin wurde mehrere Male unterbrochen, der Bericht zu dem Punkt Volksentscheid sollte überhaupt nicht zugelassen werden, angeblich waren das alles „inhaltliche Beiträge und keine Berichte". Nur durch massive Proteste vieler Teilnehmerinnen konnte das Ergebnis der Blockade-AG dargestellt werden. Dem Unmut gegenüber der selbsternannten Diskussionsleitung, die über allen Frauen auf einem Tisch thronte und die sonst unübliche Anrede „Schätzchen" wieder einführte, wurde stets entgegengehalten: „Ihr dürft mir doch nicht böse sein, so wollen wir doch nicht miteinander reden."

Wollen wir uns wirklich nicht streiten? Ich glaube, wir kommen gar nicht daran vorbei. Wir sind im Gegenteil viel zu gutgläubig und naiv nach Köln gefahren und haben darauf vertraut, daß wir die Herbstaktionen tatsächlich auf der Grundlage der verschiedenen Einschätzungen gleichberechtigt planen können. Stattdessen hat eine Strömung versucht, allen anderen ihr Konzept aufzuzwingen. Das ist nichts anderes als es zur Zeit bei allen Treffen der Friedensbewegung praktiziert wird! Da macht es auch keinen Unterschied, ob dieser Druck von Frauen oder von Männern ausgeübt wird.

Mit den Ansprüchen und Erfahrungen der Frauenbewegung hat das, was in Köln durchgezogen wurde, jedenfalls nichts mehr zu tun gehabt. Es ist an keinem Punkt diskutiert worden, welche Auswirkungen die verstärkte Militarisierung der Gesellschaft auf die alltägliche Gewalt gegen Frauen hat. Auch eine alte Erkenntnis der Frauenbewegung, daß wir erstmal bei uns selber anfangen müssen und überlegen, wie wir uns wehren, scheint völlig unbekannt zu sein. Stattdessen ist diskutiert worden, wie wir andere Frauen, am besten die Hausfrau, die noch nie was mit der Friedensbewegung zu tun hatte, zu irgendwelchen Aktionen bewegen können. Ausnahme war die AG Blockaden. Frauen haben über ihre konkreten Erfahrungen berichtet und davon ausgehend Vorschläge entwickelt. Die große Beteiligung an dieser AG zeigt das Interesse vieler Frauen, in ihren Widerstandsformen einen Schritt weiter zu kommen. Hieran müssen wir gemeinsam weiterarbeiten. Vorbereitungsplena und Veranstaltungen von Frauen in den verschiedenen Städten, wo über Blockaden, Frauenblöcke, Verweigerungsaktionen und andere Protestmöglichkeiten diskutiert wird, sind vielleicht eine Möglichkeit.

In Köln ist nur über den Frauentag diskutiert worden. Die Kontroversen um die Abschlußveranstaltungen am 22.10. wurden völlig ausgeklammert. Diese Reduzierung nimmt uns viele Möglichkeiten, die Herbstaktionen mit zu planen. Sie entspricht auch nicht dem Interesse der meisten Frauengruppen. Die Frage „Blockaden oder Latschdemo" wird in den Frauengruppen genau wie in allen anderen Gruppen zur Zeit beraten. Wir haben keine Lust, uns auf das Abstellgleis Frauentag — noch dazu ist dieser Tag auf einen Montag gelegt worden — abschieben zu lassen. Wir wollen auch zu allen anderen Themen der Friedensbewegung unsere Ideen und Forderungen einbringen!

Eine Göttinger Genossin

Die Schwierigkeiten der Linken mit der Demokratie

Als wir uns entschlossen, für die Idee eines Volksentscheids/einer Volksbefragung über die NATO-"Nachrüstung" initiativ zu werden, rechneten wir mit totalem Widerstand der Herrschenden. Wir sahen voraus, daß die etablierten Parteien in voller Einmütigkeit darauf verweisen würden, daß dies hier eine repräsentative, parlamentarische Demokratie ist, in der dem höchsten Souverän, also dem Parlament, keine plebiszitären Knüppel zwischen die Beine geworfen werden dürfen. Wir sahen alle möglichen und unmöglichen Schein-Argumente gegen die Einführung plebiszitärer Elemente auf Bundesebene voraus: Regierungspolitik muß stabil sein und darf sich nicht emotionalen Stimmungen und zufälligen Mehrheiten in der Bevölkerung unterwerfen; Erinnerungen an die Weimarer Republik, die bekanntlich nicht nur am Kampf der Extreme KPD und NSDAP, sondern auch an einem zuviel an plebiszitären Elementen gescheitert sein soll; drohende Verweise, daß man dann ja auch die Todesstrafe per Volksentscheid einführen könnte usw. usf. Bis hin zum absolut ideotischen Winken mit dem Sachzwang, daß nämlich ein Volksentscheid auf Bundesebene in der Verfassung nicht vorgesehen sei -als ob der Bundestag nicht schon x-mal Verfassungsänderungen beschlossen hätte, die zum Teil weit schwerwiegender sind als die Einführung von plebiszitären Elementen wäre.

Alles das haben wir vorausgesehen, denn die Argumentationsmuster der Herrschenden sind seit Jahr und Tag die gleichen. Daß denen etwas Neues einfallen würde, war nicht zu erwarten.

Womit wir jedoch überhaupt nicht gerechnet hatten, das sind die heftigen intellektuellen und emotionalen Widerstände, die der Gedanke "Volksentscheid" offensichtlich bei vielen Linken ausgelöst hat. Denn was kann die Linke eigentlich dagegen haben, daß wenigstens ein k l e i n e r Schritt getan wird, um in diesem Land ein bißchen mehr Demokratie als bloß den Gang zur Wahlurne in jedem vierten Jahr einzuleiten? Was kann die Linke eigentlich dagegen haben, daß wenigstens ein A n f a n g gemacht wird, um politische Existenzfragen der a l l e i n i g e n Entscheidungsmacht der Herrschenden zu entziehen? Was kann sie zumal dagegen haben unter dem unmittelbar praktischen Aspekt, daß im Fall der "Nachrüstung" ein Volksentscheid vorhandene Mehrheiten gegen die Raketen-Stationierung materialisieren könnte?

Und doch, die Idee des Volksentscheids scheiterte in der Linken und in der Friedensbewegung, bevor überhaupt eine inhaltliche Debatte zustande kommen konnte. Eine — formell unverbindliche — Volksbefragung darf zwar gefordert werden, aber keinesfalls ein Volksentscheid. Und man machte es sich so einfach wie möglich: Inhaltliche Argumente kamen gar nicht erst öffentlich auf den Tisch, wurden höchstens am Rande mal angesprochen. Es triumphiert der angebliche Sachzwang. Ein Volksentscheid ist im herrschenden System schließlich nicht vorgesehen. (Eine Volksbefragung allerdings auch nicht, aber das stört die Beschwörer der Sachzwänge nicht.) Also soll man doch bitte jetzt keine Gefechte an einer falschen Front eröffnen, die vom eigentlichen Gegenstand, der "Nachrüstung", nur ablenken würden. Überhaupt sei es nicht gut, jetzt an der Frage der "Nachrüstung" eine Demokratie-Debatte zu eröffnen - lenkt alles bloß ab, selbstverständlich. Und außerdem wisse man doch von vornherein, daß für viele potentielle Ansprechpartner ein Volksentscheid nicht akzeptabel ist, sodaß wir schon aus bündnispolitischem Kalkül von vornherein nicht mehr verlangen dürfen als eine Volksbefragung. Es lebe mal wieder der Minimalkonsens!

Es hat bisher kaum jemanden gegeben, der sich wirklich hingestellt hätte, um s e i n e ganz persönlichen Einwände gegen einen Volksentscheid in die Debatte zu bringen. Alles versteckt sich hinter Sachzwängen, taktischen Kalkülen, hinter Andeutungen, daß andere vielleicht der Meinung seien usw..... Ein Streit um Argumente läßt sich also in diesem Stadium kaum führen, höchstens lassen sich einige Argumentationslinien rekonstruieren.

Droht die Todesstrafe?

Ein sehr vordergründiges Argument operiert mit der Angst, was das dumme Volk am Ende alles mit seiner plebiszitären Macht anstellen könnte, wenn die Schleusen erst einmal geöffnet sind. Das Argument ist so vordergründig und naheliegend, daß rechte und linke Kritiker des Volksentscheids sich darin teilen müssen: "Wer über Atomwaffen abstimmen läßt, wird eines Tages auch über die Wiedereinführung der Todesstrafe abstimmen müssen", schreibt der Staatssekretär im Bundesjustizministerium, Prof. Dr. Hans Klein. Genau dieselbe Drohung ist auch dem Rechtsanwalt Otto Schily, grüner Abgeordneter in Bonn, eingefallen. Daß beide ausgerechnet auf das Argument Todesstrafe verfallen sind, ist sicher kein Zufall: Es ist seit Jahr und Tag d a s Standardargument, wenn die Frage beantwortet werden soll, warum es in der BRD auf Bundesebene kein Recht zum Volksentscheid geben darf — im Gegensatz zu Nachbarländern wie Österreich und der Schweiz, die jedenfalls auch nicht undemokratischer sind als die BRD, und auch im Gegensatz zu Regelungen in einzelnen Bundesländern. So uralt und abgedroschen wie das ganze Argument ist auch das Mehrheitsverhältnis, auf das es sich stützt: Im Gegensatz noch zu den 60er Jahren ist heute nämlich überhaupt nicht ausgemacht, daß bei einem Volksentscheid eine Mehrheit für die Todesstrafe herauskommen könnte. Und zwar selbst dann nicht, wenn die CDU/CSU einen derartigen Volksentscheid offensiv unterstützen würde, wozu sie aber überhaupt keine Anstalten macht. Letzteres weist auf den eigentlichen Schwachpunkt sämtlicher Droh-Argumentationen, die mit dem Stichwort Todesstrafe operieren: Das Risiko, daß das dumme Volk gegen den gemeinsamen Willen der etablierten Parteien per Volksentscheid reaktionäre Maßnahmen durchsetzen könnte, ist denkbar gering, praktisch Null. Das Risiko besteht nur darin, daß eine parlamentarisch o h n e h i n mehrheitsfähige Maßnahme per Maßnahme per Volksentscheid bestätigt werden könnte. Dann aber geht es genau genommen um die Risiken der parlamentarischen Demokratie, und nicht um die behauptete spezielle Gefährlichkeit des Plebiszits. Die Drohung mit der Todesstrafe ist schlicht an den Haaren herbeigezogen: Denjenigen, die damit argumentieren, dürfte es wohl schwerfallen, Beispiele aus der Wirklichkeit für die Einführung der Todesstrafe per Plebiszit zu finden. Hingegen ist es ganz normal, daß über die Einführung und Praktizierung der Todesstrafe von "demokratisch" gewählten Parlamenten und Regierungen entschieden wird. Also müßte man doch schlußfolgern, daß die üblichen Parlamentswahlen sehr viel gefährlicher sind als die Risiken des Plebiszits. Es wird wohl niemand bestreiten, daß es in der Geschichte der BRD Abschnitte gegeben hat, wo die Einführung der Todesstrafe t h e o r e t i s c h mehrheitsfähig im Bundestag gewesen wäre. Daß von dieser Mehrheit letztlich niemals praktischer Gebrauch gemacht wurde, dafür gibt es eine Reihe von Gründen, die alle mit der Ausgangssituation nach der Niederlage des deutschen Faschismus zusammenhängen. Hätte t r o t z dieser Gründe die CDU/CSU die Wiedereinführung der Todesstrafe durchsetzen wollen, so wäre sie dazu parlamentarisch in der Lage gewesen, ohne für ihr Anliegen plebiszitäre Mittel nötig zu haben (vergleiche jetzt Mrs. Thatcher in Großbritanien). Andererseits wäre es kaum jemals möglich gewesen, mit dem Mittel des Volksentscheids — falls dieses zulässig gewesen wäre — die Wiedereinführung der Todesstrafe gegen eine gemeinsame ablehnende Haltung der etablierten Parteien durchzusetzen.

Mißbrauch durch Faschisten?

Eine andere Argumentationslinie unterstellt den Mißbrauch von Plebisziten durch faschistische Regimes, als ob sich dies in der Geschichte besonders häufig ereignet hätte. Das Argument ist offensichtlich schlecht gewählt, denn faschistische Regimes unterscheiden sich im Allgemeinen von parlamentarisch-demokratischen Systemen gerade darin, daß sie noch weniger als jene darauf angewiesen sind, den Volkswillen erkunden und ihm Rechnung tragen zu müssen. Es ist trotzdem vorgekommen, daß faschistische Regimes "Volksabstimmungen" vorgeführt haben, um ihre Unterstützung durch das Volk zu demonstrieren. Dann gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder das Plebiszit beruhte im Wesentlichen auf Terror und Fälschung des Abstimmungsergebnisses. In diesem Fall sind Terror und Fälschung zu verurteilen, aber nicht das Mittel des Plebiszit als solches. Ebenso sind von faschistischen Regimes auch Pseudo-Parmentswahlen durchgeführt worden, ohne daß dies unseres Wissens bisher irgendjemand als Argument gegen das Stattfinden von Parlamentswahlen ins Feld führen wollte. Oder aber, auch das ist schon vorgekommen: Faschistische Regimes konnten Plebiszite wagen, weil sie tatsächlich über eine Massenbasis verfügten, die in Verbindung mit Demagogie und Einschüchterung zu einer "echten" Mehrheit reichte. In diesem Fall liegt das Problem in der Mehrheitsfähigkeit faschistischer Ideologie und Politik, aber wiederum nicht im Instrument des Volksentscheids. Kein faschistisches Regime ist jemals durch Plebiszit zur Herrschaft gelangt. Wohl aber ist das Schlimmste aller faschistischen Systeme, der deutsche "Nationalsozialismus", auf dem Weg der parlamentarischen Demokratie zu Macht gekommen.

Jedes Argument, das sich gegen Plebiszite finden läßt, läßt sich mit mindestens ebenso viel Recht auch gegen das parlamentarisch-demokratische System einwenden. Daß sich eine Mehrheit im Volk findet, die blöd und manipuliert genug ist, um sich selbst und andere Völker ins Unglück zu stürzen, bleibt möglich, solange das Volk überhaupt noch nach seiner Meinung gefragt wird. Der grandiose Wahlsieg der Mrs. Thatcher demonstriert das ebenso wie der knappere Erfolg des Herrn Kohl. Selbstverständlich hätte Mrs. Thatcher mit noch deutlicherem Vorsprung auch jedes Plebiszit über ihren Falkland-Krieg gewonnen. Ein Argument gegen das Mittel Volksentscheid wäre das auch nicht gewesen, sondern nur ein Argument gegen die menschliche Blödheit. **Aber glaubt irgendjemand wirklich, das Problem könne gelöst werden, indem das dumme Volk einfach nicht mehr zu Abstimmungen über die herrschende Politik zugelassen wird?**

Wer soll anstelle des Volkes entscheiden?

Wir hatten uns vorgestellt, daß die Forderung nach Einführung von plebiszitärer Elementen in das bundesdeutsche System, also die intensivere Heranziehung der Bevölkerung zu politischen Entscheidungen, in der Linken und in den progeressiven politischen Bewegungen breiteste Zustimmung finden müßte. Hatten denn nicht alle linken Programme und Forderungskataloge immer wieder gerade auch dies impliziert? Offensichtlich ein Irrtum! Begeisterung herrschte jedenfalls überhaupt nicht. Und daß das Volk zwar b e f r a g t werden soll, aber keinesfalls e n t s c h e i d e n darf, scheint für viele Linke nicht bloß ein kampflos und diskussionslos akzeptierter Sachzwang zu sein, sondern ein echtes Herzensbedürfnis. Da greift man auch gern in die Klamottenkiste der herrschenden Gegner, um sich mit Argumenten auszurüsten.

Wir werden belehrt - mit gleichen Argumenten in der "taz" und in Springers "Welt" -, daß Volksabstimmungen keine demokratische Qualität hätten, weil sie stark von Emotionen geprägt seien. Damit endet der Gleichschritt natürlich schon: Die "taz" verweist auf die Verzerrung des Ergebnisses durch Manipulation der Herrschenden, während die "Welt" verzerrende Faktoren in den kommunistische unterwanderten Medien und in der Einschüchterung durch sowjetische Drohungen sieht. Auch in diesem Fall gilt: Alles, was an Argumenten gegen das Plebiszit ins Feld geführt wird, könnte ebenso auch gegen Parlamentswahlen angeführt werden.

Das Problem ist real vorhanden, wir wollen das nicht bestreiten. Das System der Mehrheitsentscheidung führt nicht per se zu "r i c h t i g e n" Entscheidungen , was immer unter "richtig" verstanden werden mag. Die Mehrheit hat nicht automatisch "recht"; sie kann sich irren, und sie kann sich sogar ganz fürchterlich irren. Drum nehmen wir uns gegebenenfalls auch als Minderheit das "Recht", für unsere Vorstellungen und praktischen Alternativen zu kämpfen.

Es gibt aber, das ist die andere Seite des Dilemmas, kein System, das per se "b e s s e r" wäre als das der Mehrheitsentscheidung. Es mag sein, daß das Volk zu dumm ist, um selbst entscheiden zu können. Aber WER soll STATTDESSEN entscheiden dürfen? Für die Herrschenden ist diese Frage sehr leicht zu beantworten: Sie selbst sind natürlich diejenigen, die ALLES zu entscheiden haben, weil sie gescheiter, kompetenter und nüchterner sind als der Rest der Menschheit. Das Volk kann immerhin alle vier Jahre "wählen", denn dabei sind die Konstellationen von vornherein so, daß es mit seiner Inkompetenz und Emotionalität keinen Schaden anrichten kann. Soll heißen, die Leute können wählen, was sie wollen, aber es ändert an der herrschenden Politik kaum etwas.

Für die Linke beantwortet sich die Frage nach einer Alternative zu Mehrheitsentscheidungen des Volkes sehr viel schwieriger. Die gradlinigste Möglichkeit einer Antwort müßte auf Formen von stalinistischer "Erziehungs"diktatur hinauslaufen, d.h. **Minderheiten entscheiden zum Besten des Volkes.** Daß diese Konsequenz von kaum jemand gewollt und zuende gedacht wird, ist klar. Im Übrigen fehlen zu jeder Art von Linksdiktatur hierzulande sämtliche Mittel und Voraussetzungen. **Das heißt für die Praxis, daß alle Kritik am Mittel der Mehrheitsentscheidung nur auf Bestätigung der heute herrschenden Form des Entscheidens und Regierens hinausläuft.**

Für die Linke sollte es "eigentlich" kein mit Bauchschmerzen verbundenes Problem sein, sich offensiv für m e h r direkte Entscheidungsmöglichkeiten des Volkes einzusetzen, statt furchtsam den status quo zu pflegen. Und die Forderung nach mehr direkten Entscheidungsmöglichkeiten des Volkes in der "großen Politik" muß naturgemäß b e d i n g u n g s l o s sein, wenn sie glaubwürdig sein soll. Das heißt, wir können diese Forderung nicht an die Bedingung knüpfen, daß das Volk gefälligst erst einmal klüger, besser informiert, weniger manipulierbar werden müsse, um dann eines ferneren Tages von uns für vernünftig und entscheidungsfähig erklärt zu werden. Das ist übrigens ein traditionelles Dilemma in der Linken, beispielsweise auch in der Frage des nationalen Selbstbestimmungsrechts, daß man eigentlich nur dann dafür ist, wenn wunschgemäße Entscheidungen einigermaßen gesichert sind und wenn es in die eigenen Interessen paßt. Bestes Beispiel: Die wechselvolle Haltung der Sowjetunion und sämtlicher prosowjetischer Parteien zum Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes, je nach außenpolitischer Konjunktur (Beziehungen der Sowjetunion zu den Heimatländern der Kurden - Irak, Iran und Türkei).

Noch wenn die Linke der polnischen Oppositionsbewegung "demokratisch-sozialistische" Ziele andichtet, folgt sie im Grunde derselben Logik: Daß es sich bei dieser Opposition vor allem um eine im reaktionärsten Sinn stockkatholische und prowestliche Bewegung handelt, d a r f einfach nicht wahr sein, weil man sonst Schwierigkeiten hätte, demokratische Rechte für diese Opposition zu fordern. Daß ein Volk auch das Recht hat, autonom seine eigene Dummheiten zu machen — soweit es nicht direkt auf Kosten anderer geht! — soll offenbar nicht sein dürfen.

Und wenn wir verlieren?

Zum Teil sind die linken Einwände gegen einen Volksentscheid wohl von der Furcht motiviert, daß er als Alternative zum aktiven Widerstand mißverstanden werden könnte und daß das Ergebnis — falls nicht in unserem Sinne — uns die Hände binden würde. Diese Furcht kann Stoff finden in einzelnen Äußerungen von Volksbefragungs-Befürwortern, die diese geradezu als totsicheres Rezept gegen eine Radikalisierung des Widerstands empfehlen und die schon jetzt versichern, daß man ein eventuelles negatives Ergebnis der Befragung "selbstverständlich akzeptieren" werde.

Wer so etwas verspricht, spricht nur für sich selbst. Logisch ist eine solche Schlußfolgerung keineswegs. Bei jeder Entscheidung behält die unterlegene Minderheit das Recht, ihre eigene Position weiter zu vertreten und auch eine Revision der Entscheidung anzustreben. Beispiel aus der Praxis: Nach dem Volksentscheid in Österreich gegen das AKW Zwentendorf haben die Herren des Landes nicht ihre Absicht aufgegeben, das AKW doch noch zu bauen und zu diesem Zweck das alte Ergebnis durch eine neue Volksbefragung zu kippen.

Und auch dies sollte nicht vergessen werden: Im Prinzip stellt jede normale Wahl eine Art von Plebiszit, von Volksentscheid dar. In diesem Fall ist bisher wohl noch niemand von uns auf den Gedanken gekommen, man müsse das Ergebnis "akzeptieren" und respektieren".

Ein Volksentscheid stellt allerdings die heikle Aufgabe, eine zählbare Mehrheit für die eigenen Ansichten und Forderungen überzeugen und mobilisieren zu müssen. Das ist ungewohnt und kann schon Grund für Bauch- und Kopfschmerzen sein. Weithin geht der Linken bis zum heutigen Tag das praktische Verständnis dafür ab, daß sie in keinem einzigen Punkt erfolgreich sein wird, wenn sie nicht M e h r h e i t e n gewinnt. Die Illusion ist immer noch, als aktive Minderheit irgendetwas bewirken oder aufhalten zu können. Tatsache ist aber, daß a l l e politischen Bewegungen seit Gründung der BRD mit Niederlagen der Linken geendet haben, z.T. sogar trotz vorhandener Mehrheit im Volk für ihre Ziele und Forderungen. Mehrheiten zu gewinnen, ist also nicht ausreichend, aber es ist d i e zentrale Voraussetzung für den politischen Erfolg. Wenn diese Mehrheit nicht gewonnen ist oder wird, ist der Kampf gegen die "Nachrüstung" erst einmal verloren — ganz gleich, ob eine Volksbefragung stattfindet oder nicht.

Kt., Hamburg

Nachrichten zur Volksbefragungskampagne

Bundesweites Treffen in Han nover

Am 12.6. fand mit 350 Anwesenden ein bundesweites Treffen zur Frage einer Kampagne zur Volksbefragung/-Volksentscheid statt. Eingeladen hatte das Sekretariat des Bonner Koordinationskreises, der diese Aufgabe auf der Aktionskonferenz der Friedensbewegung im April übernommen hat.
Beschlossen wurde eine Resolution und eine Unterschriftensammlung unter Gruppen und Organisationen (nicht als Einzelunterschriftensammlung, die die MLPD als Ersatz des Krefelder Appells im Auge hatte). (s. die Text-Abdrucke in diesem AK).
Obwohl die MLPD die Mehrheit im Saale stellte, wurde schließlich eine Kampagne zu einer Volksbefragung beschlossen, für einen Volksentscheid waren nur der KB bzw. die MLPD eingetreten. Die MLPD wollte dabei insbesondere eine Unterschriftensammlung „an der Basis" in Form eines Volksbegehrens haben.
In einer Resolution wurde zwar die Absicht der Grünen begrüßt, einen Antrag zur Volksbefragung in den Bundestag einzubringen, aber erklärt, sie solle diesen verschieben, bis sich eine entsprechend breite Kampagne entwickelt habe. Ein Zeitpunkt dazu wurde nicht festgelegt.

Grüne :

Nach Beschlüssen der Landesverbände Niedersachsen, Baden-Württemberg und Saar beschloß die Bundesversammlung der Grünen am 5.6. in Hannover, einen Antrag auf Volksbefragung in den Bundestag einzubringen.
Am 7.6. behandelte die **Grüne Bundestagsfraktion**, w a n n sie den Antrag in den Bundestag einbringen sollte. Jürgen Reents, Otto Schily (als ursprünglicher Gegner eines solchen Antrags) und Henning Schierholz sprachen sich dafür aus, den Antrag sofort in den Bundestag einzubringen. Dies geschah vor dem Hintergrund, daß verschiedene Kräfte bei den Grünen interveniert hatten, dies nicht vor dem bundesweiten Treffen am folgenden Wochenende zu tun bzw. nicht ohne Sozialdemokraten Gelegenheit zu geben, diesen Antrag mitzuunterstützen (s.a. Abdruck des Briefes des ‚Komitees für Grundrechte' in diesem AK dazu). Eine weitere außerparlamentarische Mobilisierung sei *„nicht mehr notwendig"* (Schierholz), sonst bestehe *„die Gefahr"*, daß noch *„im Oktober"* an dem Gesetzentwurf verhandelt werde (Schily) (Angaben des Protokolls). Es sei *„Quatsch zu warten : Erstens sei der Zeitraum zwischen Einbringung des Gesetzes und dessen Behandlung lang genug für außerparlamentarische Initiativen und Debatten mit der Bewegung, zweitens könnten noch vor der Sommerpause Gespräche mit anderen Fraktionen geführt werden, um zu einer gemeinsamen Friedenskoalition zu kommen : „Soll die SPD sich uns doch anschließen" "* (Schily nach taz, 9.6.83). Andere warnten *„vor einem isolierten Vorpreschen"*, man solle das vom Komitee für Grundrechte, Aktion Sühnezeichen und Gustav-Heinemann-Initiative angepeilte interfraktionelle Parlamentarier-Treffen am 23.6. abwarten, um die Sache dann unmittelbar vor den Parlamentsferien einzubringen. Für den Antrag Reents (sofortige Einbringung) stimmten 19, für den Antrag von Heinz Suhr und Antrag von Norbert Mann, die beide nach Konsultationen den Entwurf in der letzten Parlamentswoche einbringen wollten, stimmten 3 bzw. 17. Bei der 2. Abstimmung erhielt der Antrag von Norbert Mann 20 Stimmen, der von Jürgen Reents noch 17.

Auf dem bundesweiten Treffen erfolgte dann auf Antrag von Jo Leinen, der fürchtete, daß die Grünen mit diesem Verfahren die Kampagne torpedieren würden, eine indirekte Verurteilung der Grünen, sich die MLPD mit ihrer „Basisargumentation" gerne anschloß. Von der DKP und später von Teilen im Koordinationsausschuß wurde diese öffentliche Schelte der Grünen gerügt, so etwas solle man „intern" aushandeln.
Am 14.6. kam es dann zum Gespräch von Grünen Vertretern und aus dem Bonner Koordinationskreis (s. taz-Bericht dazu). Als Ergebnis wurde die Einbringung des Antrags ins Parlament auf einen Zeitpunkt nach der Sommerpause vertagt.

bilisierung sei *„nicht mehr notwendig"* (Schierholz), sonst bestehe *„die Gefahr"*, daß noch *„im Oktober"* an dem Gesetzentwurf verhandelt werde (Schily) (Angaben des Protokolls). Es sei *„Quatsch zu warten : Erstens sei der Zeitraum zwischen Einbringung des Gesetzes und dessen Behandlung lang genug für außerparlamentarische Initiativen und Debatten mit der Bewegung, zweitens könnten noch vor der Sommerpause Gespräche mit anderen Fraktionen geführt werden, um zu einer gemeinsamen Friedenskoalition zu kommen : „Soll die SPD sich uns doch*

der Grünen, sich die MLPD mit ihrer „Basisargumentation" gerne anschloß. Von der DKP und später von Teilen im Koordinationsausschuß wurde diese öffentliche Schelte der Grünen gerügt, so etwas solle man „intern" aushandeln.
Am 14.6. kam es dann zum Gespräch von Grünen Vertretern und aus dem Bonner Koordinationskreis (s. taz-Bericht dazu). Als Ergebnis wurde die Einbringung des Antrags ins Parlament auf einen Zeitpunkt nach der Sommerpause vertagt.

Grüne Fraktion/Volksbefragung

Vorwärts, rückwärts, seitwärts

Bonn (taz) Noch letzte Woche konnte sich die grüne Fraktion nach längerer Diskussion dazu entschließen, einen Gesetzentwurf zur konsultativen Volksbefragung noch vor der Sommerpause auf den parlamentarischen Weg zu bringen. Nach Intervention des Koordinierungsausschusses der Frühstücksrunde, dem Spitzentreffen von 26 Friedensgruppen, entschied die grüne Fraktion am Dienstagabend: Das Gesetz wird erst im Herbst eingebracht.

Am Dienstagmittag klärten die sechs vom Koordinierungsausschuß die in großer Zahl erschienenen Pressevertreter über den Stand der Vorbereitungen für den Herbst '83 auf, über Aktionswoche im Oktober, über Gewaltbegriff und Gewaltfreiheit, über Bewußtseinsentwicklung in der deutschen Bevölkerung und beim DGB und verdeutlichten, die Friedensgruppen hätten sich für eine außerparlamentarische Kampagne zur Durchführung einer Volksbefragung entschlossen.
Nachmittags ein gewaltfreies Gespräch mit Vertretern der Grünen Fraktion: Die Bewegungsstellvertreter waren erbost über grüne parlamentarische Eigenmächtigkeiten. Jo Leinen trug vor: Noch vor wenigen Tagen hatte man sich ja getroffen und entschieden, daß man eine außerparlamentarische Kampagne wolle, daß man es ausdrücklich als schädlich erachte, wenn irgendeine Partei, wohlgemerkt irgendeine, das gelte auch für die linke SPD, vorpreschen würde, erst sollte am 23.6. ein großes Hearing in Bonn stattfinden, zu dem alle Abgeordneten des Bundestages, also auch die von CDU und CSU, eingeladen werden sollten, um mit allen Einsichtigen gemeinsam zu einem gemeinsamen parlamentarischen Vorgehen (Friedensfraktion) im Herbst zu kommen und zwar genau dann, wenn die außerparlamentarische Bewegung breit und stark geworden wäre.
Martin Schata, grüner Geschäftsführer, und Nachrücker Norbert Mann versuchten die Bedeutung des der Presse vorgestellten Entwurfs herunterzukochen. Das sei ein Entwurf, noch längst nicht auf dem parlamentarischen Weg, es sei notwendig, diesen Entwurf noch vor der parlamentarischen Sommerpause einzubringen, damit im Herbst frühzeitig darüber parlamentarisch verhandelt werden könne, denn wenn überhaupt konsultative Volksbefragung, dann natürlich bevor irgendwelche Anstalten zur Raketenstationierung gemacht würden, man könne nicht warten, bis die SPD sich für irgendetwas entschieden hätte, die Volksbefragung könne kein Ersatz für gewaltfreien Widerstand bieten, das Ziel sei, die Aufstellung der Raketen zu verhindern, die Volksbefragung sei kein Selbstzweck, sondern höchstens Mobilisierungsvehikel.

Leinen wollte gerne, daß eine Volksbefragung durchgeführt wird, auch im November, und er möchte gerne eine möglichst breite Bewegung für die Konsultierung der vox populi, die Grünen hingegen gehen davon aus, daß diese unsere Regierung das Volk nicht fragen wird und möchten mit dieser Weigerung den gewaltfreien Widerstand zur Blüte treiben. So möchten die Grünen den parlamentarischen Weg des Gesetzes früh genug beendet wissen, um mobilisieren zu können, hingegen möchte Leinen erst eine möglichst breite Mobilisierung für die Befragung. Die grünen Vertreter bekamen ein wenig Angst vor der eigenen Courage und fanden ihren ersten Entwurf noch nicht hinreichend ausgereift, glaubten, daß die Reifung bis zur nächsten Sitzung des Ältestenrats nicht mehr zu bewerkstelligen sei und dann mache es so gut wie keinen Unterschied mehr, wenn das Gesetz erst im Herbst auf die parlamentarische Irrfahrt gehe.

Das wurde der Fraktion vorgetragen. Sie stimmte nach einigem Sträuben mit einer kleinen Mehrheit zu — einige fühlten sich etwas verschaukelt, durchschauten die Weisheit der Wandlung nicht und stimmten dagegen.

P8

Interfraktionelles Treffen aus-gefallen

Am 23.6. sollte (neben anderem) die Volksbefragung auf einem „Interfraktionellen Abgeordneten-Treffen" besprochen werden. Küchenhoff, Däubler und Narr waren als Referenten geladen (s. den Brief des Komitee für Grundrechte dazu). Das Treffen fiel dann aus. Vordergründig heißt es, die Parlamentarierer seien mit dem Geißlerschen „Ausrutscher" und anderen hektischen Parlamentsaktivitäten zu sehr beschäftigt gewesen. Hintergründig heißt es, daß die SPD-Spitze (insbesondere Frau Däubler-Gmelin und das nun zum 2.Mal) gegen eine Volksbefragungsinitiative Sturm gelaufen sei (s. Glotz-Argumentation dazu). Mehrere der geladenen Gutachter seien ins Wanken geraten und die Sache sei geplatzt. Das Treffen ist jetzt für September vorgesehen.

SPD

Auf Grundlage einer internen Beratung erklärte die SPD, sie fordere im Bundestag eine namentliche Abstimmung über die „Nachrüstung", zudem - so Vogel und Ehmke -, gebe es *„Überlegungen, die Bevölkerung könne sich über eine Petition an den Bundestag (gemeint ist vermutlich dessen Petitionsausschuß) und auf diesem Umweg an die Regierung in der Nachrüstungsfrage wenden. Gegen eine konsultative Volksbefragung bestünden dagegen Bedenken. Ehmke sagte mit Hinweis auf das Bundesverfassungsgericht, die SPD-Fraktion werde erörtern, daß „Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit der Nachrüstung stattfinden müssen". Die SPD als Ganzes aber müsse die Frage nicht zu einem Justizproblem machen, sondern politisch vorgehen"* (zit. nach FAZ, 4.6.83).

Peter Glotz

„Der Verfassungsrichter Helmut Simon hat eine konsultative Volksbefragung vorgeschlagen, um die Legitimität der Entscheidung zu unternmauern und dadurch einem gewaltsamen Widerstand den Boden zu entziehen. Wenn der Bundestag eine solche Befragung mit Zwei-Drittel-Mehrheit beschlösse, dürften die rechtlichen Bedenken dagegen in sich zusammenfallen.
Die SPD greift diesen Vorschlag ***aus politischen Gründen nicht auf.*** *Der Grund dafür liegt nicht in*

Peter Glotz

„Der Verfassungsrichter Helmut Simon hat eine konsultative Volksbefragung vorgeschlagen, um die Legitimität der Entscheidung zu unternmauern und dadurch einem gewaltsamen Widerstand den Boden zu entziehen. Wenn der Bundestag eine solche Befragung mit Zwei-Drittel-Mehrheit beschlösse, dürften die rechtlichen Bedenken dagegen in sich zusammenfallen.
Die SPD greift diesen Vorschlag ***aus politischen Gründen nicht auf.*** *Der Grund dafür liegt nicht in*
grundsätzlichen Bedenken gegen Volksbefragungen, von denen zwar einige Sozialdemokraten bewegt werden, die sich aber aus Programmatik und Geschichte der SPD nicht schließen lassen. Viele Landesverfassungen kennen dieses Instrument; die bayrische Sozialdemokratie hat, aus einer aussichtslosen Minderheitsposition heraus, ihre größten Erfolge mit Volksbegehren erkämpft; die Tradition von Männern wie Hoegner und Zinn ist unvergessen. Aber es wäre falsch, der Verfassungswirklichkeit ein neues Handlungsinstrument ad hoc einzufügen, zur Lösung eines - noch so wichtigen - Konflikts. Man muß sich auch die Frage stellen, ob der konsultative Charakter nicht eine Fiktion wäre - könnte das Parlament gegen eine Mehrheit des Volkes entscheiden ? Und vor allem : Wer befragt das Volk ? Wenn Volksbefragungen nicht das Instrument einer Minderheit sind, das gegen die Mehrheit unter qualifizierten Bedingungen durchgesetzt wird, sondern wenn die Parlamentsmehrheit ihr Volk schlicht so befragt, wie sie es für richtig hält - kann das Instrument dann seinen Sinn erfüllen ?
In einer Zeit, in der die technischen Fähigkeiten des Menschen so gewachsen sind, daß er nicht nur sein eigenes Volk, sondern die ganze menschliche Existenz auslöschen kann, kann man fragen, ob die Verfassung, wie sie die Bonner Gründer-Generation auf Grund der Weimarer Erfahrungen formuliert hat, auch noch für die Zukunft ohne jede Ergänzung geeignet ist. Aber man sollte diese Frage nicht entscheiden, um jetzt in einer konkreten Streitfrage die Konflikte zu entschärfen.

DIE ZEIT - Nr. 26 - 24. Juni 1983

SPD-Saar/Bremen; Jusos

Positive Beschlüsse zur Volksbefragung gibt es neben der saarländischen Landtagsfraktion der SPD (s. Abdruck in diesem AK) noch von den Jusos, die sich auf dem bundesweiten Treffen in Hannover für die Kampagne einsetzten und vom Bremer Unterbezirk Ost. 200 Delegierte verabschiedeten einstimmig eine Resolution, in der es u.a. heißt :
„Außer dem Recht ihrer Betroffenheit haben Betroffene das Recht, in Massenbewegungen und plebiszitären Formen der Willensäußerung die Regierenden zur Rückkehr zu politischen Lösungen zu zwingen, die den Nuklearkrieg verhindern".

IG Druck und Papier Baden-Württemberg

In einer Resolution des 13. Landesbezirkstages von Anfang Juli heißt es :
„Unsere Regierung spricht viel von Demokratie, besonders, wenn es um den Osten geht. Das Demokratie-Verständnis der Herrschenden muß sich aber in der Bereitschaft messen lassen, das Volk über sein Schicksal selbst entscheiden zu lassen. Im Sinne einer solchen volkssouveränen Entscheidung muß unsere Regierung mit demokratischem Anspruch darüber hinaus die Finanzierung und den Zugang zu den Medien für die Durchführung der Abstimmung sicherstellen.
Aus den Erfahrungen mit Volksabstimmungen in Norwegen, Schweden und Österreich ist deutlich geworden, daß die Fragestellung, also ein klares JA oder ein klares NEIN eine äußerst wichtige Rolle spielt. Jegliche andere Art der Fragestellung birgt die Gefahr einer Manipulation in sich.
Eine Friedenskampagne zum Volksbegehren ist die einzige gewaltlose Aktionsform, die in der Lage ist, die breite Mehrheit gegen die Raketen zu mobilisieren."

Die IGM-Vertreterversammlung Lörrach

stimmte einstimmig für eine Resolution , wo es u.a. als Antrag an den Gewerkschaftstag heißt :
„Der Gewerkschaftstag spricht sich für ein Volksbegehren für eine Volksabstimmung aus. In einer solch schwierigen, für unser aller Zukunft entscheidenden Frage muß jeder Arbeitnehmer seine Stimme erheben !"
(Rote Fahne, 4.6.83)

Der Bezirksverbandtag Frankfurt der IG Bau, Steine, Erden

stimmte ebenfalls einstimmig für einen Volksentscheid: *"Zur breiten Aufklärung der Mitgliederund Kollegen im Betrieb soll ein Volksbegehren für einen Volksentscheid unterstützt werden."* ("Rote Fahne", 4.6.)

In der Kreisangestelltenkonferenz der ÖTV Neuß

wurde die Aufforderung an den Kreisvorstand gerichtet : *„sich für einen Volksentscheid einzusetzen mit dem Ziel, daß die betroffene Bevölkerung in dieser lebenswichtigen Frage selbst entscheiden soll, wie dies in ähnlicher Weise schon vom 3. ordentlichen Gewerkschaftstag der ÖTV 1958 gefordert worden ist."*
(Rote Fahne, 4.6.83)

Hoimar von Ditfurth

hat angekündigt, auf dem Kongreß der Naturwissenschaftler gegen die „Nachrüstung" Anfang Juli, auf dem 1200 Wissenschaftler erwartet werden, die Forderung nach einer Volksbefragung einzubringen, in einem Spiegel-Essay (vom 6.6.83) schreibt er dazu :

SPIEGEL *Essay*

Real ist nur die eigene Angst

von Hoimar v. Ditfurth

Hoimar v. Ditfurth, 61, Professor für Psychiatrie und Neurologie, wurde bekannt als Buch- und Fernseh-

(vom 6.6.83) schreibt er dazu :

SPIEGEL *Essay*

Real ist nur die eigene Angst

von Hoimar v. Ditfurth

Hoimar v. Ditfurth, 61, Professor für Psychiatrie und Neurologie, wurde bekannt als Buch- und Fernseh-autor („Querschnitt").

Der Entschluß zum Widerspruch mag nicht leichtfallen. Das haben wahre Freundschaftsdienste so an sich. Aber unsere Regierung könnte ihn sich ja, unter Berufung auf ihr demokratisches Selbstverständnis, jederzeit durch eine Volksbefragung erleichtern.

Jeder weiß, daß unser Grundgesetz diese Möglichkeit nicht vorsieht. Seinen Vätern schien es ausreichend, den Wähler in den Abständen festgelegter Legislaturperioden um sein Votum zu bitten. Das hatte allerdings zur stillschweigenden Voraussetzung, daß sich politische Entscheidungen demokratisch stets auch wieder korrigieren lassen. In der kurzen Geschichte der Bundesrepublik ist das bisher auch immer so gewesen.

Es bedarf keiner Begründung, daß und warum diese Voraussetzung im Falle der „Nach"-Rüstung nicht gegeben ist: Es handelt sich um eine Entscheidung, von der die Weiterexistenz der Bundesrepublik abhängen kann.

Wie sich anhand der Wahlpropaganda rückblickend feststellen läßt, haben wir am 6. März 1983 als Wähler vorrangig über wirtschaftliche Alternativen entschieden, nicht über unsere Überlebensaussichten.

Für die Entscheidung über diese existentielle Frage hat die gegenwärtige Regierung mithin kein moralisch unbezweifelbares Mandat. Sie wäre folglich gut beraten, wenn sie von der ihr jederzeit offenstehenden Möglichkeit Gebrauch machte, sich um dieses Mandat freiwillig zu bemühen, bevor die Aufstellung der neuen Waffen das Überlebensrecht unseres Volkes unwiderruflich in Frage stellt.

Täte sie das nicht, würde sie sich vor der Geschichte unnötigerweise dem Verdacht aussetzen, daß sie es, aus welchen Gründen auch immer, vorgezogen habe, diese das Grundrecht des Lebens und der Unversehrtheit der von ihr repräsentierten Bevölkerung berührende Frage ohne gültiges Votum und womöglich gar gegen den Mehrheitswillen der Betroffenen zu entscheiden.

Treibsand (Bremen) : Interview mit Ulrich Preuß

In dem ausführlichen Interview zu rechtlichen und politischen Fragen einer Volksbefragung erklärt Preuß u.a. :*„Mit einer Forderung nach einer Volksbefragung beschränkt man sich nicht darauf, einfach nur seine Meinung zu äußern, d.h. sich kommunikativ zu verhalten durch Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Petitionsfreiheit, was im Grundgesetz alles vorgesehen ist, sondern im Grunde genommen wird erstmals der Schritt von einer reinen Meinungsäußerung zum sozialen Druck vollzogen. Das ist in der Tat eine qualitative Veränderung des Verständnisses von politischer Demokratie.*
Hier wird tatsächlich sozialer Druck erzeugt, der sich keineswegs darauf beschränkt, nur eine Meinung kund zu tun, sondern der die Handelnden zwingt, darauf zu reagieren. Die Tatsache, daß die Parteien einem nachhaltig oder vielleicht sogar mehrheitlich im Volke geäußerten Willen nicht folgen, wird natürlich ganz erhebliche Legitimationsprobleme für die Ausübung von Macht nach sich ziehen. Und das ist es eigentlich auch, was hier mit solchen Formeln, wie ‚Anschlag auf die Demokratie' instinktiv begriffen wird. Sozialer Druck ist aber im Grunde genommen für eine Demokratie etwas Selbstverständliches. Nur diejenigen,

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

die noch der Vorstellung aus dem 19. Jahrhundert anhängen, können darin etwas Unerhörtes sehen. Denken wir nur an das Streikrecht. Der Streik ist ja mehr als die Äußerung des Wunsches der Arbeiter, sie möchten doch bitte einen höheren Lohn haben, sondern ganz massiv Druck bis hin zur Nötigung, als einem notwendigen Element der Durchsetzung von Interessen.
Auch im politischen Bereich gilt, daß heute die Meinungsfreiheit als solche überhaupt nicht mehr ausreicht angesichts der Manipulationsmöglichkeiten, die die Regierung durch ihre Informationspolitik hat. Im Grunde genommen ist eine wirklich nachhaltige Demonstration eines dezidierten politischen Willens durch Flugblätter und andere relativ hilflose Formen nicht mehr möglich. Herrschende Massenbeeinflussung muß hier ein Gegengewicht finden durch die Möglichkeit, sozialen Druck auszuüben, wenn es sich um eine ganz zentrale, im wahrsten Sinne des Wortes, um eine lebenswichtige Frage handelt.''

Einstimmiger Beschluß der BIFA Bremerhaven vom 30.5.83

Für einen Volksentscheid/-eine Volksbefragung zur Nachrüstung

1. Trotz des massiven Protestes der Bevölkerung hält die Bundesregierung bisher an ihrem Vorhaben fest, unser Land für die Stationierung der amerikanischen Erstschlagswaffen zur Verfügung zu stellen. Die Installierung dieser Massenvernichtungsmittel, die innerhalb weniger Minuten das Herz der Sowjetunion erreichen können, bringt die akute Gefahr eines atomaren 3. Weltkrieges mit sich. Nach Meinungsumfragen lehnt aber die Mehrheit der Bevölkerung eine weitere Eskalation des Wettrüstens und insbesondere die sog. ,,Nach''rüstung ab.

Um diese Mehrheit in politische Aktion umzusetzen, halten wir die Durchführung einer Kampagne für einen Volksentscheid zur Stationierung der neuen Mittelstreckenwaffen für ein geeignetes Mittel. Die Forderung, daß das Volk selbst entscheiden können muß, ist u.E. unmittelbar einleuchtend. Diese Kampagne soll andere Kampfformen ergänzen — nicht ersetzen!

Zur Erzeugung des für die Durchsetzung eines Volksentscheides auf Bundesebene notwendigen öffentlichen Drucks kann die Bremer Friedensbewegung beitragen, indem sie den Senat zur Durchführung einer entsprechenden Volksbefragung im Zusammenhang mit den Bürgerschaftswahlen am 25. September auffordert. Wir wenden uns an die in der Bürgerschaft vertretenen Parteien mit der Aufforderung, unseren Gesetzentwurf umgehend zu behandeln und zu beschließen.

2. Die SPD und insbesondere die "Grüne und Liberale Gruppe" in der Bremischen Bürgerschaft (GUL) werden aufgefordert, einen Gesetzentwurf folgenden Inhalts so schnell wie möglich in die Bürgerschaft einzubringen:

,,Der Senat wird beauftragt, sich im Bundesrat für die Durchführung eines Volksentscheidts über die sogn. Nachrüstung einzusetzen.

Weiterhin wird der Senat beauftragt, im Lande Bremen eine Volksbefragung über die Stationierung neuer Atomraketen in der Bundesrepublik Deutschland durchzuführen, falls dieser Volks entscheid nicht oder nach dem 25. September stattfindet. Diese Volksbefragung soll in Verbindung mit der Bürgerschaftswahl am 25. September 1983 und in gleicher Weise wie die allgemeinen Wahlen durchgeführt werden. Bei der Befragung sollen folgende Fragen zur Entscheidung gestellt werden:

1. Sind Sie damit einverstanden, daß neue amerikanische atomare Mittelstreckenraketen (Pershing) 2 und Cruise missiles) auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland stationiert werden? Ja — Nein

2. Sind Sie der Auffassung, daß in dieser Frage ein bundesweiter Volks entscheid durchgeführt werden sollte? Ja — Nein

3. Sind Sie dafür, daß atomare, biologische oder chemische Waffen durch das Bundesland Bremen transportiert werden? Ja — Nein

Die Volksbefragung soll den Senat als Landesregierung sowie die vom Senat bestellten Mitglieder des Bundesrates über die Meinung der zur Bürgerschaft wahlberechtigten Bevölkerung des Landes Bremen hinsichtlich der oben formulierten Fragen unterrichten.''

3. Im Falle einer Ablehnung durch die Bürgerschaft behält sich die BIFA vor, im Zusammenwirken mit anderen Gruppen der Friedensbewegung diese Volksbefragung autonom durchzuführen. Sie trifft dazu alle notwendigen Vorbereitungen.

Einstimmig beschlossen auf der VV der Bremerhavener Initiative für Frieden und Abrüstung (BIFA) am 30. Mai 1983

Volksentscheid-Debatte in den Niederlanden

Im niederländischen Komitee gegen die Cruise Missiles (,,Komitee Kruisraketten Nee'') wird seit einigen Monaten über eine Kampagne für einen Volksentscheid gegen die Stationierung der Nato-Mittelstreckenraketen diskutiert.

Das Komitee, das u.a. die für den 29. Oktober in Den Haag geplante Demonstration gegen die Nato-,,Nach''rüstung vorbereitet, besteht aus Vertretern von sieben Friedensorganisationen Vertretern der sechs im Parlament vertretenen mehr oder weniger linken Parteien und des Gewerkschaftsdachverbandes FNV sowie der Soldatengewerkschaft VVDM. Das Komitee hat eine sechsköpfige Kommission eingerichtet, die die Möglichkeiten eines Volksentscheids untersuchen und einen eigenen Vorschlag erarbeiten soll.

Im Komitee wie auch in der Kommission sind die Auffassungen über die politischen Möglichkeiten und die konkrete Gestalt einer solchen Kampagne sehr unterschiedlich. Die Debatte hierüber findet jedoch bisher ausschließlich hinter verschlossenen Türen statt.

Aus ,,gut unterrichteten Kreisen'' verlautet, daß die Kommission vorgeschlagen hat, eine ,,Volkspetition'' gegen die Stationierung der Cruise Missiles zu organisieren. Eine Kampagne für ein Referendum (Volksentscheid) wird nicht vorgeschlagen, da Referenda in der niederländischen Verfassung nicht vorgesehen sind (im Gegensatz zu Volkspetitionen), und die Forderung am Einspruch der sozialdemokratischen PvdA im Komitee scheitern würde. Die PvdA habe, heißt es, bereits wissen lassen, daß sie die Forderung nach einem Referendum als ,,unrealistisch'' ansehe.

Offen bleibt im Kommissions-Vorschlag, zu welchem Zeitpunkt die Kampagne gestartet werden soll. Die Befürworter der Aktion vor dem Parlamentsbeschluß am 29.10. (u.a. der IKV-Vertreter in der Kommission) sehen hierin ein effektives Mittel, das Parlament unter Druck zu setzen. Die Befürworter eines Aktionsbeginns nach dem Parlamentsbeschluß (vor allem der Vertreter des der real-kommunistischen CPN nahestehenden Komitees Stoppt die Neutronenbombe) wollen die Volkspetition als ,,letztes Mittel'' einsetzen, um die Stationierung zu verhindern, falls Regierung und Parlament der ,,Nach''-rüstung zustimmen sollten.

Interessanter als dieser Streit ist, daß die Kommissionsmitglieder mit z.T. gegensätzlichen Argumenten für eine Volkspetition plädieren: Während die einen mit der Volkspetition die Basis für eine breitere Radikalisierung des Widerstands schaffen und Aktionen zivilen Ungehorsams legitimieren wollen, sehen sowohl der Vertreter des IKV wie der des Komitees Stoppt die Neutronenbombe die Volkspetition gerade als Mittel, eine solche Radikalisierung zu vermeiden. Der Vertreter des Komitees Stoppt die Neutronenbombe sieht in der Volkspetition erst nach einem Stationierungsbeschluß des Parlaments *,,Vorteil, daß man dann einen Bruch in der Gesellschaft verhindern kann''*. Der IKV-Vertreter hingegen will die Volkspetition *,,in einem Stadium, in dem die Atmosphäre noch nicht verdorben und die Polarisierung noch nicht auf die Spitze getrieben ist''.*

Der Komitee-Vorstand hat am 15.6. aufgrund des Kommissionsvorschlages beschlossen, dem Komitee die Durchführung einer Kampagne für eine Volkspetition zu empfehlen. Die Erörterung der konkreten Durchführung steht allerdings noch bevor, zudem will der Vorstand die Kampagne erst nach der Demonstration am 29. Oktober starten. Da somit ein Konsens noch nicht geschaffen ist und das Komitee, wenn schon im Inneren zerstritten, so doch ,,einheitlich'' vor's Friedens-Volk treten will, sollen die für eine Petition zu aktivierenden Massen vorerst vom Beschluß des Vorstands nichts erfahren.

Niederlande-Kommission

Hessisches Volksbegehren für den Frieden

Bereits zum 2. Mal fand am 25.6. in Frankfurt ein Treffen statt, um über ein Volksbegehren zu beraten. Die hessische Verfassung bietet die Möglichkeit, Gesetze über Volksbegehren und Volksentscheid zu erlassen, was bereits im Startbahnkonflikt genutzt worden war. Außerdem enthält sie einen sehr weitgehenden Artikel 69, der nicht nur den Angriffskrieg sondern den Krieg schlechthin und alle Maßnahmen, die der Kriegsvorbereitung dienen, ächtet. Die anwesenden Vertreter von Basisinitiativen, Grünen, Liberalen Demokraten, DFU, Jusos, KB, SDAJ, u.a. waren sich im Grundsatz einig, diese Möglichkeiten im Rahmen der bundesweiten Volksbefragungskampagne einzusetzen. Einzig die MLPD beharrte auf einer / bundesweiten Unterschriftensammlung. Der schließlich mit großer Mehrheit gefaßte Beschluß lautet :

,,Die in Frankfurt am 25.6. versammelten Friedensinitativen und Organisationen der Friedensbewegung bitten die hessischen Friedensgruppen, über ein hessisches Volksbegehren für den Frieden zu diskutieren. Das Volksbegehren geht aus von der Ächtung des Krieges durch die hessische Landesverfassung
den zu diskutieren. Das Volksbegehren geht aus von der Ächtung des Krieges durch die hessische Landesverfassung
(Artikel 69). Der dem Volksbegehren zugrundeliegende Gesetzentwurf soll die Ablehnung der Stationierung von Pershing II und Cruise missiles ausdrücken. Eventuell kommen mehrere Gesetzentwürfe in Betracht. Das hessische Volksbegehren für den Frieden ist Bestandteil der Kampagne für eine bundesweite Volksbefragung über die NATO-,,Nachrüstung''.''

Das nächste Treffen findet am Sonntag, den 17.7., ebenfalls in Frankfurt um 15 Uhr im Bürgerhaus Westend (Ulmenstraße) statt.

Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)

,,Das Zentrale Komitee sieht für den BWK nicht die Notwendigkeit, gegen die bekanntgewordenen Bemühungen, einen Volksentscheid gegen die Raketenstationierung zu erwirken, generell zu polemisieren.
Eine Kampagne für Volksentscheid stellt die Aufgabe,
- die Kritik der Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie zu verbreiten und
- ihre Politik der Popularisierung kapitalistischer Kriegsziele zu bekämpfen.''

Dieser Beschluß ist abgedruckt in der Zeitung des BWK, ,,Politische Berichte'' vom 18.6., in der zudem die Hannoveraner Resolution und ein Interview mit dem KB zur Volksentscheidsfrage abgedruckt ist.

Roter Morgen

Der Rote Morgen (vom 17.6.83) druckt die Hannoveraner Resolution ab und erklärt :
,,Der Rote Morgen wird über die weitere Entwicklung berichten. Die KPD unterstützt die Durchführung einer Volksbefragung.''

Graswurzelrevolution

Eine schroffe Ablehnung erteilt ein ,,jq'' in der ,,Graswurzelrevolution'' vom Juni 83. Der Vorschlag eines Volksentscheids falle hinter das wachsende Bewußtsein einer scharfen Konfrontation mit den Herrschenden zurück. Der andeutungsweise Zwangscharakter von Standortaktionen werde zugungsten von Appellationen zurückgedreht. Es würde zu einer Propaganda-Schlacht aufgerufen, die stellvertretend ,,Apparate der Friedensbewegung'' und des Staates führen würden. Die Kampagne würde Energie verschwenden, wo es doch jetzt auf direkten Widerstand und nicht auf Unterschriftensammelei ankomme. Mit einem Volksentscheid werde das Repräsentativsystem anerkannt, es sei ein ,,Nachäffen des parlamentarischen Gehabes''. Eine Volksbefragung würde dennoch an der Pershing-Stationierung nichts ändern, erst wenn die Republik unbeherrschbar werde, gebe es keine. Deshalb sollte an der Notwendigkeit der direkten gewaltfreien Aktionen festgehalten werden.

Kommune (KBW)

In einem Artikel in der ,,Kommune'' 6/83 von Birgit Laubach wird die Gesetzesinitiative für eine konsultative Voksbefragung und auch für einen Volksentscheid unterstützt (leider stimmt die Vermutung nicht, die Grünen würden auch eine Gesetzesinitiative für einen Volksentscheid unternehmen). Eine Volksbefragung selbst bzw. schon eine Parlamentsinitiative würde die Legitimation der Forderungen der Friedensbewegung verbreitern.
Eine Kampagne für eine Volksbefragung sei aber nur dann sinnvoll, wenn der Bundestag schließlich eine Volksbefragung beschließen würde, ansonsten sei die Verhinderung der ,,Nachrüstung'' besser durch bereits bestehende Aktionsformen als durch ein neues Ziel, nämlich der Erkämpfung einer Volksbefragung, zu verfolgen.

taz, 9.6.83

taz, 9.6.83

Basisdemokratie oder Volksbefragung

Die Befürworter einer Volksbefragung hoffen, daß die Sozialdemokraten („Friedensfraktion") sich dieser Forderung anschließen, sollten die Verhandlungen in Genf scheitern. Zu glauben, die SPD ließe sich darauf ein, ist eine grobe politische Fehleinschätzung, denn die deutschen Sozialdemokraten haben in ihrer Mehrheit einen sehr engen Parlamentarismusbegriff, der zumindest einen Volksentscheid ausschließt. Diese Frage ist in der SPD bereits in anderen Zusammenhängen (Atomenergie, § 218) mehrfach diskutiert worden. Zudem lehnt sie eine Volksbefragung bzw. einen Volksentscheid vor dem Hintergrund der geschichtlichen Erfahrung der Instrumentalisierung von Volksentscheiden durch faschistische Staaten zu Recht ab.
Es stellt sich die Frage nach der demokratischen Qualität einer Volksbefragung in der bundesrepublikanischen Wirklichkeit: Wer meint, daß eine Volksbefragung unter den Bedingungen und Verhältnissen der BRD Gesellschaft etwas mit Basisdemokratie gemein hat, der hat diesen essentiell demokratischen Begriff nie richtig verstanden oder er ist seiner politischen Pubertät als Dogmatiker noch zu sehr verhaftet, daß er mit diesem Begriff wie mit einer sinnentleerten Worthülse umgeht. Basisdemokratie ist in der Bewegung und in gesellschaftlichen Nischen als Vorwegnahme einer zukünftigen Gesellschaft praktizierbar, Basisdemokratie ist eine politische Utopie, die stets Leitlinie unseres politischen Handelns sein muß.
Konkret: CDU/CSU/FDP werden gemeinsam mit allen an der Aufrüstung interessierten Kreisen und den bürgerlichen Massenmedien viel Geld für eine Kampagne aufbringen, der die Friedensbewegung nichts Adäquates entgegenzusetzen haben wird. Man wird alle Mittel der Manipulation einsetzen, um die Friedensbewegung ins gesellschaftliche Abseits zu drängen, die gesellschaftlichen Machtverhältnisse werden eine starke Gegenöffentlichkeit nicht zustande kommen lassen.
Das Ergebnis einer Volksbefragung hat juristisch keine Konsequenzen, dient lediglich zur Legitimation politischen Handelns. In einer stark emotional geprägten politischen Stimmung und Situation verkommt das Instrument der Volksbefragung zu einer Legitimation „per acclamatio". Kanzler Kohl wird die Bundesbürger via Fernsehen in ihren Wohnzimmern anrufen: Wollt Ihr die totale sowjetische Überlegenheit?!"

Jörg Bodanowitz

Wenn taz-Redakteure schon in Kommentaren sich über eine politische Kampagne so austoben, kann die taz-Leserschaft sicher sein, daß sie entsprechend ,,sorgfältig'' informiert wird.

Bremen, den 2.Juni 83

ZUSTIMMUNGSERKLÄRUNG

Die heutige Versammlung des Betrieblich Alternativen Bündnisses (BAB) Bremen erklärt hiermit ihre Zustimmung, sich nach Kräften für ein Volksbegehren für einen Volksentscheid ggen die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in Europa einzusetzen. Die Anwesenden fordern die Teilnehmer der Friedenskonferenz am 12. Juni 83 in Hannover auf, einen eindeutigen dahingehenden Beschluß zu fassen.
Die vor der geplanten Stationierung verbleibenden Monate müssen genutzt werden, die Raketenstationierung politisch undurchführbar zu machen. Das ist möglich !
Entscheidend dabei ist, ob es der Friedensbewegung gelingt, die deutliche Mehrheit der Bevölkerung für ein entschlossenes NEIN gegen die Raketenstationierung zu gewinnen.
Die Kampagne VOLKSBEGEHREN FÜR EINEN VOLKSENTSCHEID ist ein entscheidendes Mittel, den Friedenskampf zu verbreitern und zu verschärfen. Sie ist die richtige Anwort auf die psychologischen Kriegsvorbereitungen der Herrschenden und leitet über zur aktiven Widerstandsbewegung.

Einstimmig angenommen.

Bremen/Bremerhaven

Inzwischen ist von Peter Willers (Grüne) ein Antrag für eine Volksbefragung parallel zu den Landtagswahlen in Bremen eingebracht worden. Es ist in Bremen/Bremerhaven noch umstritten, ob für den Fall der Ablehnung durch die SPD-Mehrheit (die 1958 ein Volksbefragungsgesetz verabschiedet hatte) ein (in der Bremischen Verfassung vorgesehenes) Volksbegehren (20% der Wahlberechtigten müssen unterschreiben) oder eine autonome Volksabstimmung vor den Wahllokalen durchgeführt werden soll, wie es die BIFA vorschlägt.



Dokumente

Atomwaffen - Nein! Volksbefragung - Ja! Der atomaren Bedrohung widerstehen!

Verabschiedeter Text der Versammlung am 12.6. in Hannover

Wenn es nach dem Willen der Bundesregierung geht, dann sollen ab Ende dieses Jahres 108 Pershing-II-Raketen und ein Teil der 472 Cruise Missiles in unserem Land stationiert werden. Diese neuartigen Atomwaffen bringen nicht mehr, sondern weniger Sicherheit. Die Bundserepublik wird sowohl Startrampe als auch Zielscheibe für den Atomkrieg. Das kann zum Ausbruch eines atomaren III. Weltkrieges führen, der die Existenz der gesamten Menschheit gefährdet.

Die neuen Atomwaffen sind für einen atomaren Erstschlag gegen die Sowjetunion geeignet. Im Falle der Stationierung muß damit gerechnet werden, daß vergleichbare Raketen in den osteuropäischen Ländern stationiert werden. Die beiden deutschen Staaten drohen ein atomares Schlachtfeld zu werden.

Die Bundesregierung behauptet, die neuen Atomwaffen sollen uns schützen. Was ist das für ein Schutz, wenn mit der Stationierung die Gefahr eines Atomkrieges größer wird? Wo bleibt unsere Sicherheit, wenn bei dem Einsatz dieser Atomwaffen unser Land der vollständigen Vernichtung preisgegeben und Europa zu einer unbewohnbaren Wüste wird? Die Bundesregierung versucht, den Eindruck zu erwecken, als ob in Genf ernsthaft verhandelt wird. Trotz der Genfer Verhandlungen gehen die Vorbereitungen für die Stationierung und die Produktion der neuen Raketen weiter. Nach allen Erfahrungen der letzten 30 Jahre mit sogenannten „Abrüstungsverhandlungen" ist ein berechtigtes Mißtrauen angebracht, daß die Regierungen auf diesem Wege die Atomwaffen abschaffen werden. Gegen die atomare Bedrohung ist deshalb ein weltweiter Widerstand der Völker notwendig.

Alle Meinungsumfragen zeigen, daß die Mehrheit der Bevölkerung gegen die Stationierung neuer Atomwaffen ist. In zahlreichen Appellen, Demonstrationen und anderen Formen des Protestes haben

pellen, Demonstrationen und anderen Formen des Protestes haben

bereits Millionen Menschen ihre Ablehnung gegen neue Atomwaffen zum Ausdruck gebracht. Die Bundesregierung hat deshalb kein Mandat und keine Legitimation, gegen den Willen eines großen Teils unserer Bevölkerung der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zuzustimmen. In dieser existenziellen Frage muß der Wille der Bevölkerung mehr gelten als die militärischen Pläne einiger Politiker.

Wir fordern deshalb von der Bundesregierung, über die geplante Stationierung von neuen Atomwaffen eine Volksbefragung durchzuführen.

Die Volksbefragung muß auf der unmißverständlichen und klaren Fragestellung beruhen:

„Ich lehne die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen (Pershing II, Cruise Missiles) auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland ab. Ich fordere die Bundesregierung auf, eine Volksbefragung über die Stationierung neuer Atomwaffen auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland durchzuführen."

Wir rufen alle Bundesbürger/ innen ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, des Berufs oder der Religion auf, der Gefahr eines Atomkrieges entgegenzutreten. Unser Ziel ist ein atomwaffenfreies Europa sowie ein weltweites Verbot für alle atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen. Fangen wir durch die Verhinderung der Stationierung bei uns damit an!

Unterstützt die Kampagne für eine Volksbefragung gegen diese neuen Atomwaffen! Wir fordern alle Kräfte der Friedensbewegung und den Koordinierungsausschuß auf, mit uns gemeinsam eine breite Kampagne für diese Volksbefragung durchzuführen.

Auskunft und Materialien sind zu erhalten bei:

Auskunft und Materialien sind zu erhalten bei:

Koordinierungsausschuß „Volksbefragung"
Estermannstr. 179, 5300 Bonn 1

Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.

An die Grünen im Bundestag Bundeshaus, 5300 Bonn dem Bundesvorstand der Grünen zur Kenntnisnahme

Liebe Freundinnen und Freude,
mit großer Zustimmung haben wir zur Kenntnis genommen, daß auch der Bundesparteitag der Grünen eine Volksbefragung gefordert hat. Damit ist auch von den Grünen ein wesentliches Zeichen gesetzt worden, das die Mobilisierung für diese Forderung entscheidend unterstützt.

Wir können uns wie eine Reihe weiterer Gruppen der unabhängigen Friedensbewegung die Sache nur im Wege des Versuchs vorstellen, eine „Konsultative Volksbefragung" per Gesetz im Bundestag beschließen zu lassen, wobei wir auch bei einer „Konsultativen Volksbefragung" davon ausgehen müssen, daß die Wahrscheinlichkeit, daß der Bundestag ein entsprechendes Gesetz beschließt, gering ist. Eine Orientierung auf Referendum oder Volksentscheid halten wir für politisch falsch, weil diese Möglichkeiten in der Verfassung nicht vorgesehen sind. Ein Volksentscheid wäre grundrechtsdogmatisch gesehen verfassungswidrig, d.h. er wäre nur denkbar, wenn die Verfassung vorher mit 2/3 Mehrheit geändert wird. Wir halten es angesichts der bevorstehenden Auseinandersetzungen für wichtig, daß aus der Friedensbewegung keine Forderungen aufgestellt werden, die mit den Grundrechten nicht vereinbar sind, vor allem auch deshalb, weil wir ja in bezug auf das Demonstrationsrecht ebenfalls grundrechtsdogmatisch argumentieren, d.h. die Demonstrationsfreiheit so weit auslegen, daß sie z.B. gewaltfreien Widerstand einschließt und die bereits praktizierten Maßnahmen (Polizeieinsätze, Kostenbescheide, Schubart-Urteil u.ä.) und vor allem die Verschärfung des Versammlungsgesetzes als grundgesetzwidrig bekämpfen.

Zurück zur konsultativen Volksbefragung. Wir möchten euch dringend ersuchen, nicht voreilig als grüne Fraktion einen Gesetzentwurf einzubringen. Wir bitten euch, alles zu unternehmen und werden euch dabei von außerparlamentarischer Seite unterstützen, daß ein Gesetzentwurf von einer möglichst großen Abgeordnetengruppe eingebracht wird, also von Grünen, Sozialdemokraten und vereinzelten CDU- und FDP-„Dissidenten". Es müßte alles versucht werden, auch wenn wir im vorherein noch nicht wissen, ob dies gelingt, daß sich über den Antrag für ein Gesetz für eine konsultativen Volksbefragung eine Art „Friedensfraktion" im Deutschen Bundestag präsentiert.

Desweiteren meinen wir, daß der Antrag nicht zu früh eingebracht werden darf. Es kommt jetzt erst einmal auf eine außerparlamentarische Mobilisierung an.

Wie ihr bereits wißt, laden Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, BBU, Gustav-Heinemann-Initiative und unser Komitee für Donnerstag, 23. Juni, 17 Uhr alle Bundestagsabgeordneten und die Bonner Presse zu einem Hearing ein, bei dem Gutachter (Küchenhoff, Däubler, Narr) die zentralen Argumente für eine konsultative Volksbefragung in der Sationierungsfrage referieren und den Abgeordneten und der Presse Rede und Antwort stehen. Als nächsten Schritt planen wir eine Petitionskampagne an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages. Das wird erheblich zur außerparlamentarischen Mobilisierung beitragen.

Erst danach sollte ein Gesetzentwurf von Bundestagsabgeordneten eingebracht werden (etwa Mitte August), damit er relativ bald nach den Parlamentsferien im Bundestag diskutiert werden kann. Selbstverständlich läuft auch dann die Petitionskampagne weiter.

Nochmals kurz und im Klartext: So wichtig und richtig der Beschluß eures Bundesparteitags war, so problematisch und im gewissen Sinne demobilisierend würde es wirken, wenn die Fraktion der Grünen im Bundestag noch vor der Sommerpause im Alleingang einen Gesetzesantrag einbringen würde.

Dies ist nicht lediglich meine persönliche Meinung, sondern sie wird nach vielen Diskussionen am Rande der Ulmer Aktionskonferenz und Telefonaten, die ich mit fast allen Vertretern von Gruppen, die für die Kampagne konsultative Volksbefragung sind, geführt habe, geteilt.

Klaus Vack

SPD-Fraktion im Landtag des Saarlandes
Saarbrücken, den 13. Juni 1983
(bs/a) Nr. 189/83

SPD für konsultative Volksbefragung über Raketen-Stationierung

Für eine konsultative Volksbefragung über die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen auf dem Boden der Bundesrepublik hat sich die SPD-Landtagsfraktion in ihrer heutigen Sitzung ausgesprochen. Fraktionsvorsitzender Friedel Läpple begründete diesen Beschluß seiner Fraktion heute u.a. wie folgt vor der Landespressekonferenz:

Angesichts der enormen Beunruhigung in der Bevölkerung über eine wachsende Kriegsgefahr durch die Anhäufung von immer mehr atomaren Vernichtungswaffen halte es die SPD-Landtagsfraktion für erforderlich, den Bürgerinnnen und Bürgern unseres Landes die Möglichkeit eines Votums in der Frage der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen auf dem Boden der Bundesrepublik zu geben. Dies gelte um so mehr, als die Mehrheit der Bundesbürger nach Meinungsumfragen eine weitere Eskalation des Wettrüstens und insbesondere die sogenannte ‚Nachrüstung' ablehne.

Das Grundgesetz sehe nur in Ausnahmefällen die Möglichkeit eines verbindlichen Volksentscheides vor. In Fragen der Raketenstationierung gebe es nach der Verfassung keine die Bundesregierung bindende Volksentscheide. Dies schließe allerdings nicht eine ‚konsultative Volksbefragung' aus, an die die Regierung zwar nicht gebunden sei, deren Ergebnis aber von einer Bundesregierung nicht so ohne weiteres negiert werden könne.

Die SPD-Landtagsfraktion appelliere deshalb an den Deutschen Bundestag, ein entsprechendes Gesetz zu verabschieden, für das nur eine einfache Mehrheit des Bundestages erforderlich sei. Wenn es dem Bundestag Ernst sei mit der Interessenvertretung der Bevölkerung, müsse er sich für ein solches Gesetz entscheiden, da die gegenwärtige Bundesregierung nicht erkennen lasse, daß sie ihre Entscheidung für oder gegen die Raketen-Stationierung vom Willen der Bevölkerung abhängig mache.

Die Initiatoren des Krefelder Appells — Gert Bastian, Petra Kelly, Martin Niemöller, Helmut Ridder, Christoph Strässer, Gösta von Uexküll und Josef Weber — richteten am 9. Juni 1983 an die Fraktionen des Deutschen Bundestages folgenden Brief:

Volksbefragung

„Sehr geehrte Damen und Herren,
in wenigen Monaten sollen in unserem Land neue amerikanische Mittelstreckenraketen stationiert werden. Dies ist für die US-Regierung eine beschlossene Sache, und Verteidigungsminister Weinberger legte bei seinem letzten Besuch in Bonn einen genauen Stationierungsplan vor. Die damit verbundene Bedrohung des Friedens kann und darf nicht hingenommen werden. Bundeskanzler Kohl mag sich zwar durch den US-Präsidenten Reagan in die Pflicht genommen sehen, mit der Zustimmung unserer Bevölkerung kann er nicht rechnen.

Millionen Menschen in unserem Land haben gegen die Stationierung protestiert und warnend ihre Stimme erhoben. Die bereits jetzt vorliegenden rund vier Millionen Unterschriften unter den Krefelder Appell legen Zeugnis von dem tatsächlichen Willen der Bevölkerung ab, ebenso die entsprechenden Beschlüsse von Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Kirchen und aus vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen. Alle bekanntgewordenen Meinungsäußerungen und die Kenntnis von der Sinusstudie, die 61 Prozent Raketengegner ausweist, berechtigen zu der Feststellung, daß die Bundesregierung kein Mandat für die Stationierung besitzt. Nur das Volk selbst kann in einer so fundamentalen Frage entscheiden.

Wir fordern deshalb von Ihnen in dieser ernsten Stunde: Ergreifen sie unverzüglich die parlamentarische Initiative oder unterstützen Sie entsprechende Vorhaben für eine konsultative Volksbefragung! Damit wären die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die im Krefelder Appell erhobene Forderung auf administrativem Weg der gesamten Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt wird. Die Initiative für die Befragung sollte noch vor der Sommerpause erfolgen, damit nicht immer mehr vollendete Tatsachen alles wieder in Frage stellen.

Wie noch nie zuvor in der Geschichte der Menschheit lautet heute die Alternative: Abrüstung oder Weltvernichtung? Deshalb werden wir unsere Volksbefragung mit dem Krefelder Appell fortsetzen.

Wir hoffen, daß Sie Ihren sich aus dem Wählerauftrag und dem Friedensgebot des Grundgesetzes ergebenden Verpflichtungen entsprechen und in der Existenzfrage unseres Volkes verantwortungsbewußt entscheiden."

Bundesregierung muß sich dem Votum der Bevölkerung stellen!

Bundesregierung muß sich dem Votum der Bevölkerung stellen!

Die Kampagne für atomwaffenfreie Städte zeigt Wirkung

(Stellungnahme der DFG-VK)

In über 300 Orten der Bundesrepublik Deutschland führen Gruppen der Friedensbewegung Aktionen mit dem Ziel durch, ihre Stadt zur atomwaffenfreien Zone zu erklären. In mehr als 40 Städten sind bereits dahingehende Beschlüsse von Stadträten gefaßt worden.

Mehr noch als die Zahl der atomwaffenfreien Städte zeigen die Reaktionen der Raketenbefürworter im Innenministerium der CDU/CSU die Angst vor der Wirkung der Kampagne.

Gemeindebeschlüsse zu Atomwaffen sollen mit Verboten verhindert bzw. aufgehoben werden, selbst dann, wenn sie nur eine politische Meinungsäußerung sind. Behauptet wird, sie seien rechtswidrig weil für friedenspolitische Fragen ausschließlich Bundesorgane zuständig seien. Mit politischer Diffamierung und durch Verbote soll darüber hinweggetäuscht werden, daß man sich einer demokratischen Auseinandersetzung und Mitentscheidung der Bevölkerung nicht stellen will. Stattdessen wird der Anspruch erhoben, daß selbst über eine Frage von solch existanzieller Bedeutung wie die geplante Raketenstationierung Parlament und Regierung gegen den bekundeten Mehrheitswillen entscheiden darf.

Mit der Kampagne für atomwaffenfreie Stadte und Regionen ging es der DFG-VK dagegen um eine demokratische Bürgerbeteiligung in der Frage, ob neue US-Atomraketen in unserem Land stationiert werden sollen. Deshalb wurden „Straße für Straße — Stadt für Stadt" bereits zigtausende von Menschen informiert und befragt.

In diesem Sinne begrüßen wir die Idee einer konsultativen Volksbefragung. Wir wissen ebenso wie die Bundesregierung, daß die Mehrheit der Bevölkerung die Stationierung der Atomraketen nicht will. Das Parlament unseres Landes muß durch ein entsprechendes Gesetz die Voraussetzung schaffen, damit ein Votum aller Bundesbürger vor einer Stationierung erfolgen kann. Diesem Votum muß sich die Bundesregierung stellen und dementsprechend handeln, wenn sie demokratisch legitimiert sein will.

Wir sind der Meinung, daß eine konsultative Volksbefragung eine politisch richtige und notwendige Erweiterung aller Kampagnen ist, die darauf abzielen, eine demokratische Bürgerbeteiligung in der Stationierungsfrage zu erreichen. In diesem Sinne streben wir eine ausführliche Diskussion in der Friedensbewegung an, mit dem Ziel:

— daß alle Teile der Friedensbewegung mit dieser Weiterentwicklung bisheriger Kampagnen einverstanden sind und sie mittragen;
— daß die Volksbefragung eine eindeutige Aussage herbeiführt, ob sie die bereits von mehreren Millionen Menschen erhobene Forderung unterstützen, daß die Bundesregierung ihre Zustimmung zum NATO-Raketenbeschluß und damit zur Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles zurückziehen soll;
— daß es auf dieser Grundlage zu einer gemeinsamen Gesetzesinitiative der parlamentarischen Opposition kommt.;

Um den außerparlamentarischen Druck weiter zu entfalten, werden wir mit neuen Initiativen die Kampagne für atomwaffenfreie Städte verstärken und weiterführen. Aufgrund der Kampagne werden sich in den nächsten Tagen und Wochen weitere Städte und Gemeinden zu atomwaffenfreien Zonen erklären und damit zum Ausdruck bringen: die Bevölkerung will keine neuen Atomraketen!

Essen, den 29. Mai 1983
Bundesvorstand der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK)

Interview mit Peter Grohmann, ESG-Sprecher, nach dem Kirchentag

Wird die Friedensbewegung immer zahnloser?

Peter Grohmann ist Pressereferent der ESG, hat die Aktivitäten der ESG zum diesjährigen Kirchentag mit vorbereitet und war 1982 einer der Sprecher der Organisatoren der Bonn-Demo vom 10.6.

AK: Der evangelische Kirchentag ist zu Ende. Wo steht die Friedensbewegung jetzt?

Peter: Gegenüber dem Kirchentag in Hamburg 1981 war es zweifellos ein Rückschritt. Zwar waren die Veranstaltungen beherrscht von einem Meer von lila Tüchern. Aber die politische Schärfe hat doch deutlich nachgelassen. Fast konnte man den Eindruck gewinnen, der ,drive' sei ein Stück weit raus aus der Friedensbewegung. Es wurde der ,,große historische Kompromiß'' geschlossen, zwischen kirchlicher Friedensbewegung und Amtskirche. Z.B. Ausdruck dieser Entwicklung war der ,,Kuhhandel'' zwischen der Mehrheit der Friedensgruppen und Organisationen und der Kirchentagsleitung in Punkto lila Tücher. Da wurde doch tatsächlich angeboten: Wir nehmen die Tücher beim Abendmahl auf der Schlußveranstaltung ab, wenn wir im Gegenzug unser persönliches ,,Nein ohne jedes Ja'' zu den Massenvernichtungswaffen kurz begründen dürfen. Diese Tendenz zum ,,lieben Kompromiß'' ist ein ganz großer Unterschied zu Hamburg gewesen und zeigte sich auch noch in anderen Punkten:

Vom ,,großen historischen Kompromiß'' mit der Kirchenleitung



— Während in Hamburg die Friedensbewegung aus dem Kirchentagsgelände auszog, hinein in die Stadt zu den Menschen, war es in Hannover umgekehrt. Die liebe-lila Demonstration verlief von der Stadt hin zum Kirchentag, zum Teil auch zu den gottesdienstlichen Veranstaltungen, man und frau sangen auch schon mal fromm-fröhliche Lieder aus dem Kirchentagsliederbuch. Dafür gab's dann auch eine Grußadresse der Kirchentagsleitung an die Bewegung und die offizielle Lautsprecheranlage, soweit ich weiß.

— Während in Hamburg die Demonstration unter sehr starker Beteiligung der Linken, der Spontis, der Bevölkerung ablief, waren in Hannover Transparente nur ganz selten zu sehen. Rot ist halt irgendwie unangenehm.

— Vor zwei Jahren gab es sehr ,aufmüpfige' Aktivitäten, u.a. die Störung einer Apel-Veranstaltung. Dieses Element fehlte diesmal.

Unterm Strich kann man sagen, daß das Konzept der Kirchentagsleitung unter Erhard Eppler voll aufgegangen ist: Nämlich die kirchliche Friedensbewegung verstärkt einzubinden. Das starke Motto ,,Ein Nein ohne jedes Ja'' wurde durch's Lila ausgehöhlt. Pluralität und Friedenssehnsucht bestimmen die Kirche, und man muß doch schließlich auch Rüstungsbefürwortern und Bundeswehr Raum zur Selbstdarstellung geben ...

In der Zusammenschau vom ZDF von der Abschlußkundgebung überwog das Lila; bezeichnenderweise waren die Inhalte vollkommen ausgeblendet, beispielsweise war der Text auf dem riesigen Spruchband ,,Für ein Nein ohne jedes Ja zu den Massenvernichtungswaffen'' nicht zu sehen, stattdessen aber zigtausende wedelnde lila Tücher. So wurde schon rein optisch der Eindruck vermittelt: Für den Frieden sind doch eigentlich alle.

AK: Das Motto ,,Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen'' hätte wohl besser gepaßt ...

Peter: So kam das rüber. Es kam nicht mehr raus, daß wir jetzt eigentlich ein bedingungsloses Nein sagen müssen. Fallen wir nicht deutlich hinter Aktionen der amerikanischen Kirche, der amerikanischen Friedensbewegung zurück, beispielsweise hinter die militanten und aufsehenerregenden Aktivitäten der Brüder Berrigan? Oder auch hinter die Positionen von Dorothee Sölle, die angesichts der Größe der Gefahr radikalen zivilen Ungehorsam zum Gebot der Stunde macht, selbst wenn das Berufsverbot und Knast nach sich zieht.

Leider ist diese Kompromißbereitschaft und dieses Integriert-Sein-Wollen nicht auf die christliche Friedensbewegung beschränkt. Diese Tendenz gibt es auch bei den Grünen, wenn ich mir anschaue, was Bahro auf dem Hannoveraner Parteitag gesagt hat: Wir müßten der CDU-Wählerschaft beweisen, daß wir doch zu dieser Gesellschaft gehören, daß wir keine Außenseiter sind. Richtig, Rudi. Aber: Die anderen sind die Außenseiter.

AK: Habt Ihr von der ESG hier versucht, gegenzusteuern?

Peter: Natürlich gibt es dazu auch in der ESG geteilte Ansichten. Wir haben uns aber sofort gegen das Abnehmen der lila Tücher beim Abendmahl gewandt, und auch in einigen anderen Punkten ein offensiveres Vorgehen gefordert. Damit stießen wir jedoch weitgehend auf Unverständnis.

AK: Mit solchen ,,friedlichen Großveranstaltungen'' allein können wir wohl kaum genügend Druck gegen die ,,Nachrüstung'' entwickeln.

Peter: Solange sich der Widerstand in einer undemokratischen Gesellschaft an die ,,demokratischen Spielregeln'' hält, bleibt es wirklich beim Spiel. Wir müssen im Sinne von Sölle und der Berrigans radikaler werden, wir müssen persönliche Opfer einkalkulieren, angstfrei handeln. Nehmen wir mal die Diskussion um atomwaffenfreie Zonen. Dieser Gedanke wird doch wirklich auf den Hund gebracht, wenn jedes Klo zur atomwaffenfreien Zone erklärt wird. Damit wird unser Anliegen ins Lächerliche gezogen.

,,In einer undemokratischen Gesellschaft nicht an ,,demokratische Spielregeln'' halten''

Eigentlich müßte man eine entgegengesetzte Verbindung knüpfen: Unsere Straße ist atomwaffenfrei, also werden wir sie blockieren, wenn die Bombentransporte kommen. Oder unser Bahnhof ist atomwaffenfrei, und wir blockieren ihn, wenn die Munitionszüge anrollen. Mir ist auch bei der DKP und ihrem Umfeld völlig unklar, wieso sie sich dermaßen gegen selbstbewußtere, radikalere Methoden der Friedensbewegung stellt. Manchmal erscheint mir das ganze wie vor 1933: Immer warten auf die nächste Wahl, immer warten auf die Mehrheit. Das Vertrauen in die Friedfertigkeit dieses Systems scheint fast grenzenlos zu sein, obwohl alle Analysen doch dem wider-

stems scheint fast grenzenlos zu sein, obwohl alle Analysen doch dem wider-sprechen. Verflacht die Friedensbewegung zunehmend? Ich fürchte, ja.

AK: Können wir diesen Trend im Herbst aufknacken?

Peter: Die Bewegung muß die Zähne zeigen, die sie hat. Großdemonstrationen a l l e i n lassen die Mächtigen kalt. Schade, daß dies auf den Vorbereitungskonferenzen für den Oktober großteils nicht erkannt wurde. Zudem sind radikalere Kriegsgegner oft dort unterrepräsentiert gegenüber der agileren und majorisierenden DKP mit Anhang. Wir dürfen diese Gremien nicht dem Kofaz-Spektrum überlassen. Für den Herbst wünsche ich mir zweierlei: Einerseits, daß wir ihn nicht verabsolutieren. Die Vor-Rüstung geht auch 1984 weiter, unser Widerstand muß ebenfalls weitergehen.

Andererseits erhoffe ich mir eine Zunahme von Aktionen des zivilen Ungehorsams. Ich will hier nicht unbedingt das große Wort vom Generalstreik in den Mund nehmen. Aktionen von recht kleinen Gewerkschaften wie der IG Druck und Papier mit der dju (Journalistenunion) oder der Gewerkschaft Kunst hätten vermutlich Signalwirkung. Nehmen wir nur mal die Journalisten, die zu 70-80% gewerkschaftlich organisiert sind. Stell Dir vor, was die in den Funkhäusern machen könnten, vom Ansager, der ,,alternative'' Nachrichten verliest bis hin zum Moderator der Jugendsendung, der zum Schulstreik auffordert ... Ich kann niemandem Ratschläge erteilen. Aber eigentlich ist das nur die logische Konsequenz, wenn die Beschlüsse, die es z.B. in der Drupa gibt, ernst genommen werden.

Ein anderes Beispiel: Die Friedensbewegung hat mittlerweile eine solche Breite erreicht, daß sie auch Leute umfaßt, die im Apparat und in der Bürokratie drin sitzen. Warum öffnen sie nicht die Tresore? Warum veröffentlichen sie nicht die Stationierungsorte, Krisenpläne, Notstandsmaßnahmen? Die Öffentlichkeitswirkung wäre enorm! Das könnte den Boden schaffen für ein größeres Selbstbewußtsein auch in der Bevölkerung.

AK: Ein Problem ist auch, daß das Spektrum, das genau dies will, in sich uneins ist. Zu erinnern wäre an die Frankfurter Konferenz ,,Ziviler Ungehorsam'' im Februar dieses Jahres, die am Bekenntnis zur ,,Gewaltfreiheit'' geplatzt ist.

Peter: Zur ,,Gewaltfrage'' habe ich schon öfter betont, daß es nicht Aufgabe der Friedensbewegung sein kann, sich immer wieder von dieser oder jener Aktionsform abzugrenzen. Abgrenzung und Ausgrenzung nimmt das herrschende System vor. Aber schon vorher eine Gruppe auszugrenzen und sich auf das Bekenntnis zur Gewaltfreiheit festnageln zu lassen, führt dazu, daß die Herrschenden und die herrschende Meinung immer ein Stück mehr vom Selbstbewußtsein der Friedensbewegung abschneiden.

Ich habe das in der innerkirchlichen Diskussion erlebt: Manche Kirchenleute halten das Blockieren von Militäreinrichtungen für Gewalt. Da müßte man dann eigentlich — wenn man gewaltfrei sein will — darauf eingehen und die Blockade auflockern, zurückziehen, auf den Gehweg gehen. Sobald man sich auf diese Diskussion einläßt, ist man permanent in der Defensive. Die Stärke der Bewegung liegt in ihrer Vielfalt, ohne jede Ausgrenzung. Das spricht natürlich nicht gegen eine konkrete und gut abgesprochene Aktionsplanung.

AK: Was können wir tun?

Peter: Die Problemstellung von Dorothee Sölle muß Allgemeingut werden: Mehr für den Frieden riskieren! Das ist noch viel zu wenig diskutiert, durchdacht. Warum nicht Demos wie die unter dem Motto ,,Bürger besuchen den Frankfurter Flughafen'' im November 1981? Warum nicht so selbstbewußt handeln wie in Wyhl, Brokdorf, Gorleben, Kalkar? Hierbei sind natürlich die Stationierungsorte Kristallisationspunkte des Widerstands.

Der Widerstand muß alltäglich werden! Was können die Menschen im Betrieb, im Büro, in der Schule, in den Stadtteilen tun? Widerstand wird subversiv sein müssen, zersetzend, klug, überlegt. Für mich war zum Beispiel in dieser ganzen hocherfreulichen Volkszählungsboykott-Bewegung frappierend, wie sehr die Leute Angst vor ir-

zählungsboykott-Bewegung frappierend, wie sehr die Leute Angst vor ir-gend einem komischen Paragraphen hatten. Immer wieder die Frage: Was kann uns passieren, wie ist das juristisch? Was droht nun — der Krieg oder der Paragraph? Welche Formen, welche Mittel sind die effektivsten, welche sind der Bedrohung am angemessensten. Und hier hat die Bewegung in den letzten Jahren im Verhältnis zur galoppierenden Kriegsgefahr ganz klar Boden verloren.

Der einzige Weg, um hier aufzuholen, ist mit dem Prinzip der ,,Einheit um jeden Preis'' Schluß zu machen. Sicher müssen und werden wir immer wieder große gemeinsame Manifestationen machen. Aber der radikalere Teil der Bewegung muß selbständig weitergehen, muß versuchen durch eigenständiges Vorgehen auch den Rest mitzureißen. Wir können uns nicht immer an den Langsamsten und Harmlosesten orientieren.

,,Der radikalere Flügel muß selbständig weitergehen''

So haben die selbstbewußten Teile der Friedensbewegung letztes Jahr in Bonn gesagt: Wir demonstrieren am linksrheinischen Ufer, weil dort die NATO tagt, und davon kann uns niemand abhalten, weder Aktion Sühnezeichen, noch die DKP, noch die Jusos. Und siehe da, es hat geklappt, und das Kofaz-Spektrum mußte diesem Drängen schließlich nachgeben (freilich nicht ohne Störmanöver). Ein klein bißchen sollten wir uns an die Geschichte der APO zurückerinnern: Wie groß war das Gezeter der Medien über die Radikalität der Aktionen und über den Ungehorsam, wie er sich z.B. in den Blockaden gegen Springer äußerte. Hätten wir damals darauf verzichten sollen, nur weil ,,die Mehrheit'' oder ,,die Kollegen'' da nicht mitgemischt haben? Oder umgekehrt gefragt: Hat nicht die APO Gewaltiges erreicht, gerade weil sie auf bestimmte legalistische Spielregeln keine Rücksicht genommen hat?

Diese Dimensionen sind uns ein Stück weit verloren gegangen. Wollen wir erfolgreich sein, kommen wir nicht drum herum, an den damaligen Erfahrungen anzuknüpfen.

Das Interview führten Genossen aus dem KB/Stuttgart
14.6.83

Bundesweite Arbeitsgruppe gebildet:

Zusammenhang von "ziviler" und militärischer Nutzung der Atomenergie

Auf der letzten Atommüllkonferenz wurde beschlossen, eine bundesweite Arbeitsgruppe zum Zusammenhang von ziviler und militärischer Nutzung von Atomenergie zu bilden.

Erste Aufgabe dieser AG soll sein, ein vierseitiges Faltblatt über diese Thematik zu erstellen, um damit im Herbst u.a. gezielt in die Friedensbewegung hineinarbeiten zu können.

Diese Faltblatt soll bis zur nächsten Atommüllkonferenz erarbeitet werden, die am 10./11. September in Ahaus stattfinden wird.

Das erste Treffen dieser AG fand am 22. Mai in Schwandorf statt, ein Tag nach der dort stattgefundenen Großdemo gegen die geplante WAA. Folgende Fragestellungen wurden erarbeitet, gemeinsam Material dazu zusammengetragen und als Arbeitsaufträge unter den Anwesenden aufgeteilt:

1) Die Frage des bombenfähigen Materials: für welche Art von Bomben wird welches Material benötigt und wo kommt es her?
2) Plutonium-Kreislauf: Was läuft bisher und die nächsten 10 Jahre mit PU? Was ist langfristig mit PU geplant?
mit PU? Was ist langfristig mit PU geplant?
3) Der Atomwaffensperrvertrag
4) Erfahrungen in anderen Ländern:
   a) USA
   b) Frankreich
   c) Großbritannien
5) Die Problematik des Atomexports
   a) Argentinien
   b) Brasilien
   c) Südafrika
6) Verquickung zwischen der Atommafia und den Nazis, den Begründern der Atomforschung

Zu diesen sechs Bereichen sollen ausführliche Papiere erarbeitet werden. Sie werden über das ANTI-ATOMBÜRO (Tel. 05694/737) für alle erhältlich sein, die auf der nächsten Atommüllkonferenz vorhaben, in dieser AG mitzuarbeiten.

Auf der Grundlage dieser Arbeitspapiere wird auf dem nächsten Treffen der AG das Faltblatt erarbeitet werden. Eine weitergehende Überlegung war, eine umfassende Broschüre zu diesem Bereich zu erstellen mit dem dann vorliegenden ausführlichen Material.

Mitterand isoliert

Ergebnis einer Umfrage in Frankreich zwischen dem 26. und 31. Mai: Die Franzosen sind mehrheitlich Gegner der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa, wünschen sich Verhandlungen mit der Sowjet-Union und meinen, schlecht informiert zu werden.

70% der Befragten fühlen sich schlecht informiert (46% schlecht und 33% sehr schlecht). Insbesondere die Jugendlichen zwischen 18 und 34 Jahren beklagen ein starkes Informationsdefizit (zu 84%).

Ob ausreichend informiert oder nicht sind jedenfalls 44% der Franzosen für einen Verzicht der USA auf ihre geplante Stationierung (54% der befragten Jugendlichen) — auch wenn die SU ihre SS 20-Raketen aufrechterhalten würde. Die Hälfte der Befragten (59% bei den Jugendlichen) unterstützt ,,pazifistische Demonstrationen'' gegen die geplante Stationierung der US-Waffen (nach ,,Liberation'' vom 15.6.83).

Na also! **Frankreich-Kommission**

Zur Geschichte von Streiks gegen atomare Aufrüstung



Wenn heute die Frage eines Generalstreiks gegen die Raketenstationierung in die Diskussion gebracht wird, dann erscheint es sinnvoll, sich eine in mancher Hinsicht ähnliche Situation in der Geschichte der BRD zu vergegenwärtigen, den Kampf gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr 57/58. Damals stand nämlich auch — zumindest in vielen Resolutionen — der Generalstreik ,,auf der Tagesordnung''.

Bis zum Jahre 58 hatte die Forderung nach einem Generalstreik — jedenfalls im Zusammenhang mit militärpolitischen Fragen — praktisch keine Rolle gespielt. Selbst in den Jahren der Wiederaufrüstungsdebatten und der Diskussionen über die Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) (1950-55) bekam diese Forderung keine Relevanz, wenn sie auch wiederholt in einigen DGB-Landesverbänden und einzelnen Industriegewerkschaften als Kampfmittel gegen die EVG auftauchte.

Bis 52 hatte der DGB-Bundesvorstand sogar eine wesentlich freundlichere Haltung zu den Wiederaufrüstungsplänen Adenauers eingenommen als die SPD. Aktivitäten führte der DGB im Jahre 1952 ausschließlich gegen das von der CDU geplante Betriebsverfassungsgesetz (BVG) durch. Selbst nachdem am 11. Mai 52 auf einer antimilitaristischen Demonstration in Essen zum ersten Mal in der BRD ein Demonstrant von der Polizei erschossen, zwei weitere verletzt und 260 Teilnehmer verhaftet worden waren, war auf der nur vier Tage später stattfindenden großen Kundgebung des DGB gegen das BVG kein Wort gegen die Militarisierung zu hören.

Es gab dann zwar einzelne Arbeitsniederlegungen aus Protest gegen die Militärverträge, aber sie fanden keine Unterstützung in den Gewerkschaftsspitzen. Der Unmut an der Gewerkschaftsbasis über die unklare und opportunistische Politik des DGB-Vorstands in der Wiederaufrüstungsfrage war zwar groß, immerhin so groß, daß im Oktober der DGB-Vorsitzende Fette und sein Adjutant vom Hoff ihren Hut nehmen mußten, allerdings nicht groß genug, um auf dem gleichen Gewerkschaftskongreß klare Beschlüsse gegen die Remilitarisierung durchzusetzen.

Als im März 1953 der Vertrag über die EVG vor der Verabschiedung durch den Bundestag stand, schlugen die Wogen des Protestes wieder hoch. Der DGB — der im übrigen zu den geplanten Verträgen keine inhaltliche Stellungnahme abgegeben hatte — war vollauf damit beschäftigt, Generalstreikgerüchte zu dementieren, so das Gerücht, wonach ,,*linksgerichtete Kräfte im DGB mit der Vorbereitung eines großangelegten Generalstreiks beschäftigt seien, dessen Ziel die Zerschlagung der Krönungsarbeit der Koalition, nämlich die Ratifizierung der Verträge, sei und die Regierung zu Neuwahlen zwingen solle. Der Bundesvorstand des DGB teilt hierzu mit, daß es sich bei diesen Verlautbarungen offenbar um böswillige Zweckmeldungen handelt, die gegen die Gewerkschaften und zur Schädigung ihrer Einheit in die Öffent-*
DGB teilt hierzu mit, daß es sich bei diesen Verlautbarungen offenbar um böswillige Zweckmeldungen handelt, die gegen die Gewerkschaften und zur Schädigung ihrer Einheit in die Öffent-
lichkeit getragen werden. Von Generalstreiks-Plänen ,linksgerichteter Kräfte im Deutschen Gewerkschaftsbund' ist ihm nichts bekannt. Der Bundesvorstand des DGB würde sich mit allen Mitteln gegen derartige Absichten wenden, wenn sie irgendwo bestünden.

Sollten außergewerkschaftliche, respektive ungewerkschaftliche Kreise mit dem Gedanken eines politischen Streiks spielen, so können sie sich dabei keinesfalls auf eine Mitbeteiligung oder Mitwirkung der Gewerkschaften berufen. Der Bundesvorstand des DGB richtet an alle gewerkschaftlichen Organe und an die Gewerkschaftsmitglieder die Bitte, sich an einem frivolen Spiel mit dem Generalstreik keinesfalls zu beteiligen und darüber zu wachen, daß evtl. Vorbereitungsmaßnahmen unterbleiben.'' (nach Pirker 2)

In den Jahren 53/54 wuchs an der Gewerkschaftsbasis wieder der Mißmut über die laue Politik der Gewerkschaftsführung, die bei allen öffentlichen Anlässen das Thema Remilitarisierung lieber gar nicht zur Sprache brachte. Als dann beim dritten ordentlichen DGB-Kongreß im Oktober 54 in Frankfurt der DGB-Vorsitzende Freitag genauso vorging und das Thema nicht erwähnte, erntete er von fast allen Diskussionsrednern scharfen Protest. Schließlich verabschiedete der Kongreß einhellig eine Erklärung gegen die Wiederaufrüstung, eine Erklärung allerdings, die von Otto Brenner u.a. eingebracht wurde, um einen radikaleren Antrag, für den auf dem Kongreß Unterschriften gesammelt wurden, zu stoppen. Die schließlich verabschiedete Erklärung lautete am Schluß: ,,*Der Bundeskongreß lehnt jeden Wehrbeitrag ab, solange nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind mit dem Ziele, eine Verständigung der Völker untereinander herbeizuführen, und die Einheit Deutschlands wiederhergestellt ist.''*

Die Wiederaufrüstungsgegner unter den Delegierten mußten das Gefühl haben, wenigstens einen kleinen Erfolg errungen zu haben. Wieviel diese Resolution dann wirklich wert war, zeigte sich dann schon auf der folgenden Sitzunn des **DGB-Bundesausschusses,** auf dem Spitzenfunktionäre erklärten: ,,*Der Beschluß von Frankfurt trägt den Charakter einer reinen Demonstration und verpflichtet uns nicht zur Aktivität!''*

Alle Proteste aus Gewerkschaftsgliederungen gegen die Mißachtung der Frankfurter Beschlüsse fruchteten nichts. Einzige Ergebnisse waren blutleere Appelle der DGB-Führung an die Bundesregierung, nach dem Motto ,,Wir sind in tiefer Sorge...'' usw.

Als dann am 27.2.55 die Pariser Verträge vom Bundestag ratifiziert wurden, kommentierte die gewerkschaftliche ,,Welt der Arbeit'': ,,*Die Entscheidung ist, da sie durch ein demokratisch gewähltes Parlament gefällt wurde, verpflichtendes Gesetz.''*

Die Zeiten ändern sich: Generalstreik gegen Atomrüstung?

Die Zeiten ändern sich: Generalstreik gegen Atomrüstung?

Ähnlich lapidare Äußerungen konnten sich Gewerkschaftsführer drei Jahre später nicht mehr leisten. Innerhalb der Gewerkschaftsgremien, aber auch auf Betriebs- und Vertrauensleuteebene war die Diskussion über die geplante Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen entbrannt.

Anlaß war ein von 44 Professoren unterzeichneter Aufruf, der sich besonders an die Gewerkschaften richtete: ,,*Wir wenden uns besonders an die Gewerkschaften als größte berufsständische Organisation. Die Gewerkschaften sind politisch neutral. Als Organisation freier Staatsbürger haben sie sich jedoch das Recht vorbehalten, zu entscheidenden Lebensfragen des Volkes Stellung zu nehmen. Uns scheint, dieses Recht ist jetzt zu einer Pflicht geworden. Jetzt geht es nicht mehr allein um Tarifverhandlungen. Was nützen höhere Löhne und besserer Lebensstandard, wenn die friedlichen Voraussetzungen hierfür nicht politisch gesichert werden. Die Fortsetzung und die Steigerung des Wettrüstens aber untergräbt unvermeidlich die Grundlagen jedes sozialen und wirtschaftlichen Aufstiegs.''*

Dieser Appell brachte geradezu eine Lawine von Entschließungen und weiteren Appellen ins Rollen.

Zustimmungserklärungen gaben ab: der Hauptvorstand der IG Bau-Steine-Erden, der Hauptvorstand der DAG, die Bundeskonferenz der Hauptfachabteilung II K, sowie die Bezirkskonferenz NRW II der ÖTV, der Bezirksleitung Niedersachsen der IG Chemie-Papier-Keramik und zahlreiche DGB-Orts- und Kreisausschüsse. Das DGB-Funktionärsorgan ,,Die Quelle'' brachte in seiner März-Ausgabe einen Leitartikel des Chefredakteurs Kurt Brumlop unter dem Titel ,,Dem Atomtod den entschlossenen Kampf!''. Dort hieß es: ,,*Der Bundesvorstand des DGB nimmt diese Mahnungen von hochangesehenen Vertretern der Wissenschaft sehr ernst... Papierne Proteste reichen nicht mehr aus, um dem Ernst der Lage zu begegnen.''*

Eine ganze Reihe von Gewerkschaftskonferenzen und -versammlungen ließ es indessen bei Zustimmungs- und Solidaritätsbekundungen nicht bewenden: sie erhoben Forderungen nach ,,gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen'': So forderte die erwähnte Bezirkskonferenz NRW II der ÖTV den DGB auf, ,,*den 44 Universitätsprofessoren... jede gewerkschaftlich mögliche Form der Unterstützung zuteil werden zu lassen, einschließlich der Stillegung von Betrieben, wenn die Bundesregierung auf anderem Wege von der Atombewaffnung nicht abgehalten werden kann''* und erhielt hierzu wenige Tage später selbst Schützenhilfe vom Bundesvorsitzenden der ÖTV, Adolph Kummernuß. In vielen Erklärungen (eine Auflistung siehe Kasten) wurde der Einsatz ,,*aller gewerkschaftlicher Mittel*'', ,,*aller gewerkschaftlicher Machtmittel*'' oder direkt ,,*Generalstreik*'' gefordert.

Einen Monat nach der Veröffentlichung des Appells der 44 kam es im Bundestag zu einer in der gesamten Be-
rekt ,,*Generalstreik*'' gefordert.
Einen Monat nach der Veröffentlichung des Appells der 44 kam es im Bundestag zu einer in der gesamten Be-
völkerung vielbeachteten mehrtägigen Debatte um die Atombewaffnungsfrage. Sie gab der außerparlamentarischen Mobilisierung neuen Schub. Fast unmittelbar nach Ausgang der bis über Mitternacht andauernden Debatte kam es am folgenden Tag zu Arbeitsniederlegungen, zu Schweigemärschen und Protestkundgebungen. So versammelten sich in Bielefeld am Mittag 2.500 Arbeiter der dortigen Anker-Werke zu einer spontanen Protestkundgebung, legten in Mölln 250 Arbeiter einer Eisengießerei eine Stunde vor Arbeitsende die Arbeit nieder und formierten sich unter Führung des Betriebsratsvorsitzenden zu einem Demonstrationszug durch die Stadt. Am folgenden Tag gab es Arbeitsniederlegungen im Hamburger Hafen.

Auf der großen zentralen Kundgebung ,,Kampf dem Atomtod'' in Frankfurt, die am Wochenende zwischen der Bundestagsdebatte stattfand, und auf der die gesamte SPD- und DGB-Prominenz redete, wurden wieder Generalstreik-Forderungen laut. In der ganzen bürgerlichen Presse wurde besorgt darüber berichtet, daß es bei den Reden Willi Richters (DGB-Vorsitzender), Robert Jungks und Erich Ollenhauers (SPD-Vorsitzender) zu ,,Generalstreik''-Rufen aus dem Auditorium kam. Willi Richter wußte offenbar gar nichts auf diese Zwischenrufe zu sagen und reagierte überhaupt nicht. Ollenhauer antwortete auf die Zurufe: ,,*Wir müssen unsere Stimme in Stadt und Land erheben — heute und morgen —, nicht nur in Kundgebunggn nach dem Generalstreik rufen, sondern im Alltag die Gesinnung bekunden!''* (nach Rupp)

Angesichts der spontanen Kampf-Stimmung an der Basis beschloß die DGB-Spitze, nicht erst bei der nächsten Routine-Sitzung am 1. April die Situation in der Atomwaffenfrage zu beraten, sondern schon für den 28. März den gesamten Bundesvorstand eigens zu einer Sondersitzung nach Hamburg einzuberufen. Die eintreffenden Telegramme und Meldungen aus den DGB-Untergliederungen und Betrieben schienen darauf hinzudeuten, daß die Beunruhigung von Teilen der Industriearbeiterschaft ihen bisherigen Höhepunkt überschritten hatte.

Als nun der DGB-Bundesvorstand am 28.3. zusammenkam, erreichte die Welle der Protestaktionen einen neuen Aufschwung. Die ca. 3.000 Arbeiter des Braunschweiger Volkswagen-Zweitwerkes traten am Vormittag, ohne daß die örtliche Gewerkschaftsorganisation dazu aufgerufen hatte, für eine Stunde in den Ausstand, ebenso ein nicht unbeträchtlicher Teil der 25.000 im Wolfsburger Hauptwerk Beschäftigten. Zur gleichen Zeit trafen in Hamburg Briefe, Telegramme und Fernschreiben ein, die vom Bundesvorstand den Beschluß von ,,Kampfmaßnahmen'' forderten.

Der Bundesvorstand aber beschloß eindeutig gegen diese Stimmung an der Basis und orientierte in eine ganz andere Richtung: ,,*Der Bundesvorstand des DGB ist von tiefer Sorge über die möglichen Folgen dieser Bundestagsbeschlüsse erfüllt. Er ist davon überzeugt, daß die Mehrheit des deutschen Volkes diese Beschlüsse nicht billigt. ...Der Bundesvorstand hält die Durchführung einer Vollsbefragung über die atomare Bewaffnung für erforderlich, er wird prüfen (!), ob die Gewerkschaften eine Befragung ihrer Mitglieder durchführen sollen, wenn keine amtliche Volksbefragung erfolgt. ...Der Bundesvorstand behält sich (!) notfalls weitere Schritte vor.''*

Das bedeutete, keine einzige eigene außerparlamentarische Initiative wurde ergriffen, geschweige denn Streiks oder sogar ein Generalstreik angepeilt. Es ist nicht bekannt, wie die Diskussion innerhalb des Bundesvorstands am 28.3. verlaufen ist, sicherlich spielte aber für die Streikfrage eine unverhohlene Drohung der CDU-Sozialausschüsse eine Rolle, in welcher es hieß, ,,*auch der geringste Versuch, die Verteidigungspolitik der Bundesregierung durch gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen zu beeinträchtigen, stoße auf den entschlossenen Widerstand der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft. Das würde unweigerlich das Ende der gewerkschaftlichen Einheit bedeuten.''* Diese Drohung lieferte natürlich allen Gegnern des Generalstreiks innerhalb des DGB ein wunderbares Argument
würde unweigerlich das Ende der gewerkschaftlichen Einheit bedeuten.'' Diese Drohung lieferte natürlich allen Gegnern des Generalstreiks innerhalb des DGB ein wunderbares Argument
für die Ablehnung entsprechender Aktivitäten.

Drei Tage nach der DGB-Vorstandssitzung empfing Adenauer eine Delegation des DGB unter Führung von Willi Richter. Es kam wieder zu Arbeitsniederlegungen. Überhaupt riß bis Ostern die Kette der Resolutionen aus Betrieben und unteren Gewerkschaftsgliederungen nicht ab. Sie mündeten immer wieder in die Forderung an die DGB-Spitze, gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen einzuleiten, ja — wenn nichts anderes fruchte — den Generalstreik auszurufen.

Wie sehr sich die DGB-Führung mit ihrer laschen Haltung über die herrschende Stimmung hinwegsetzte, zeigt auch eine Meinungsumfrage des Allensbacher Instituts (das schon damals der CDU nahestand und keineswegs im Verdacht steht, Sympathien für die Atomwaffengegner gehegt zu haben). Nach dieser Erhebung befürworteten 52 % der gesamten erwachsenen Bevölkerung der Bundesrepublik einen Streik zur Verhinderung der Atomrüstung der Bundeswehr. Nur 31 % lehnten einen Streik in dieser Frage ab. Das Ergebnis war umso bemerkenswerter, als bei derselben Umfrage sich nur 44 % für die Erforderlichkeit eines Streiks zugunsten von Lohnerhöhungen aussprachen.

In einzelnen Erklärungen schlossen sich führende Sozialdemokraten dieser Stimmung an. So erklärte Ollenhauer auf einer Pressekonferenz, daß auch Arbeitsniederlegungen als verfassungsmäßige Mittel in der politischen Auseinandersetzung um die Atombewaffnung infrage kämen. Helmut Schmidt sprach sich für den Fall des Mißlingens der sozialdemokratischen Volksbefragungspläne für einen auf zwei bis drei Tage befristeten ,,Generalstreik'' aus.

Auch von offizieller DGB-Seite wurde natürlich weiter mit dem Streik-Gedanken jongliert, obwohl jedem aufmerksamen Beobachter nach der Vorstandssitzung vom 28.3. klar sein mußte, daß es die DGB-Führung damit nicht ernst nahm. So wurden auf den folgenden Mai-Kundgebungen viele radikale Reden geschwungen, in denen die Streik-Forderung häufig auftauchte. Der schon erwähnte Chef-Redakteur der ,,Quelle'' überschrieb seinen Kommentar in der April-Ausgabe mit der Überschrift ,,Widerstand!'' und schloß mit dem Passus:

,,*Die Älteren unter uns in den Gewerkschaften wie in den politischen Parteien quält die Erinnerung an das Versagen des demokratischen Widerstands gegen den Verfall der Demokratie mit der Folge des Hereinbrechens der Diktatur und der Kriegskatastrophe. Mit diesem geschichtlichen Beispiel vor Augen gibt es kein Zögern und Abwarten, bis das Gift der finanzstarken Propaganda den Volkskörper gelähmt oder ohnmächtig zum demokratischen Widerstand gemacht hat. In Frankfurt ertönte am 23. März der Ruf nach dem Generalstreik. Unter den gewerkschaftlichen Mitteln ist der unbefristete Generalstreik das äußerste, das letzte Mittel. Es gibt viele andere, von der einfachen Massenkundgebung über den Demonstrations- und Warnstreik bis zum befristeten Generalstreik.*

Nach dem Beschluß des Bundesvorstandes steht der DGB jetzt rückhaltlos hinter der Bewegung ,Kampf dem Atomtod'. ,,Er fordert eine Volksbefragung und wird Protestdemonstrationen im ganzen Land zusammen mit der Volksbewegung ,Kampf dem Atomtod' durchführen. Ob die ,notfalls' vorgesehenen weiteren Schritte, zu denen auch Warnstreiks gehören können, gegangen werden, wird einmal von dem Verhalten der Bundesregierung bestimmt. Die weiteren Entscheidungen hängen aber auch von der Entschlossenheit der Gewerkschaftsmitglieder und der Entwicklung des Volkswiderstandes ab, zu dem jeder an seinem Platz und nach seinem Gewissen beitragen kann und muß.'' (nach Pirker 2)

Daß das reine Sprücheklopferei war, zeigte sich schon drei Wochen später, als der Ausschuß ,,Kampf dem Atomtod'' an den DGB-Vorstand mit dem Plan herantrat, zu Beginn der folgenden NATO-Konferenz im Mai in der ganzen BRD eine fünfminütige Arbeitsruhe durchzuführen. Der Bundesvorstand lehnte ab, und zwar mit der Begründung, das Volk sei für eine derartige Aktion noch nicht reif. Der Vorsitzende der Eisenbahnergewerkschaft, Hans Jahn, erklärte zu dem Vorschlag, die vorgeschlagene Arbeitsruhe gefährde die Verkehrssicherheit. Als Ersatzaktion schlug dann Reuter (2. DGB-Vorsitzender) die Absendung eines Protesttelegramms (!) an die NATO-Konferenz vor, was schließlich auch geschah.

,,*Im Mai 1958 kam es im Zusammenhang mit den 1. Mai-Feiern zu den größten Demonstrationen in der politischen Geschichte Deutschlands. Aber weder die SPD-Führung noch die Führung des DGB und erst recht nicht Re-*
menhang mit den 1. Mai-Feiern zu den größten Demonstrationen in der politischen Geschichte Deutschlands. Aber weder die SPD-Führung noch die Führung des DGB und erst recht nicht Re-
präsentanten des gewerkschaftlichen Aktivismus waren willens, einen Schritt weiter zu gehen. Letzten Endes hatten sich die Gewerkschaften in dieser Frage der Atomrüstung wieder einmal als die wirksamen Ventile des Volks-Unwillens erwiesen.''

So lautet das Urteil eines Zeitgenossen, des ehemaligen Sozialdemokraten Theo Pirker.

Das beeindruckenste Phänomen dieser Auseinandersetzungen — das letztlich auch für heutige Beurteilungen und Diskussionen eine Rolle spielt — war der offensichtliche Widerspruch zwischen der deutlich artikulierten Kampfbereitschaft zumindest von Teilen der organisierten Arbeiterschaft einerseits und der totalen Stillhaltepolitik der DGB-Führung andererseits.

Die sich daran anknüpfenden Fragen sollten heute ausführlich diskutiert werden, bevor leichtfertig die ,,Tradition des politischen Streiks in der BRD'' (GIM) beschworen wird. Die Schlußfolgerungen aus dem 58er Kampf dürfen sich nicht darauf beschränken, daß diese Tradition zwar schwach, aber im Kern richtig sei und daß es heute darauf ankomme, schlicht m e h r für den Gedanken des politischen Streiks zu tun, wie es die GIM vorschlägt, sondern daß auch die Mechanismen und Zusammenhänge untersucht werden müssen, die damals eine stärkere Streikbewegung verhindert haben.

KB/Gruppe Nürnberg

Literatur:
Theo Pirker, Die blinde Macht, Teil 1 u. 2, Berlin 1979
Hans Karl Rupp, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer, Köln 1970
Die Quelle, Funktionärsorgan des DGB, Jahrgang 1958

Generalstreik gegen die "Nachrüstung"

Eine Debatte kommt in Gang

Nach Oskar Lafontaines Vorschlag, in den Gewerkschaften über einen Generalstreik gegen die „Nachrüstung" nachzudenken, häufen sich vor allem in den Gewerkschaften Drupa, GEW, IGM und Kunst die Beschlüsse, in denen vom DGB die Vorbereitung eines Generalstreiks für den Fall der Stationierung gefordert wird. Aufgrund dieser Debatte sahen sich auch SPD- und DGB-Führer gezwungen, sich mit dem „Generalstreik" auseinanderzusetzen. Wie nicht anders zu erwarten, halten sie Lafontaines Vorschlag für völlig abwegig, vor allem deshalb, weil er sich nicht mit unserer Verfassung vereinbaren lasse.

Lafontaines Vorschlag ...

Schon auf einer Vertrauensleutesitzung bei Mannesmann im Dezember letzten Jahres hatte Lafontaine die Idee eines Generalstreiks ins Gespräch gebracht. Auch war von einem Produktstreik die Rede, d.h. eine Verweigerung der Arbeit in Rüstungsbetrieben, aber auch auf den Bauplätzen, auf denen die Stationierung vorbereitet wird (1). Was die SPD angeht, äußerte sich Lafontaine auf der besagten Vertrauensleutesitzung hoffnungsvoll. Er hätte den Eindruck, *„die SPD sei dabei, die Idee der Friedensbewegung aufzunehmen"* (1) — was immer das heißen mag....Auf dem Juso-Bundeskongreß forderte Lafontaine sogar den Austritt aus der NATO, da die *„US-Regierung die Geschäftsgrundlage der NATO verlassen habe"* (2).

Es ist Lafontaine hoch anzurechnen, daß er die Friedensdiskussion im DGB dahingehend belebt, daß endlich einmal über wirkungsvollere Aktionsformen diskutiert wird.

...und die Reaktion der SPD-Spitze

Auf der Konferenz für europäische atomare Abrüstung wiederholte Lafontaine seinen Vorschlag. Von da an wurde er auch in den Medien stärker aufgegriffen, was darin begründet ist, daß sich in der ersten Jahreshälfte 83 die Beschlüsse einzelner Gewerkschaftsgremien in Richtung Generalstreik gehäuft haben. Die auf der Konferenz in Westberlin anwesende SPD-Politikerin Renate Schmidt verwahrte sich gegen den Generalstreikvorschlag, weil diese Art Widerstandsform kein „Angebot" für den durchschnittlichen Arbeiter sei. Der außenpolitische Sprecher der SPD, Voigt, hatte eine noch sinnigere Begründung: Die SPD könne nicht aus der Opposition heraus in dieser Form gegen eine Mehrheitsentscheidung vorgehen. Sie könne auch nicht den Gewerkschaften eine Empfehlung geben, die sie selbst zu befolgen nicht bereit seien (3).

Kurz nach der Konferenz in Westberlin tagt das SPD-Präsidium und spricht sich gegen einen „politischen Streik" und *„eine weitere Emotionalisierung"* aus (4). Auch bei der Abrüstungsfrage müßten *„die Grenzen respektiert werden"*, die das Grundgesetz *„der Einwirkung auf die Entscheidungen von Parlament und Regierung"* ziehe. *„Diesem Maßstab würden Erörterungen über Streikmaßnahmen im Zusammenhang mit den Genfer Rüstungskontrollverhandlungen nicht gerecht"*, so der Vorstandssprecher Clement (5). Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Johannes Rau bezeichnete die Überlegungen Lafontaines als *„nicht nachvollziehbar"* (6).

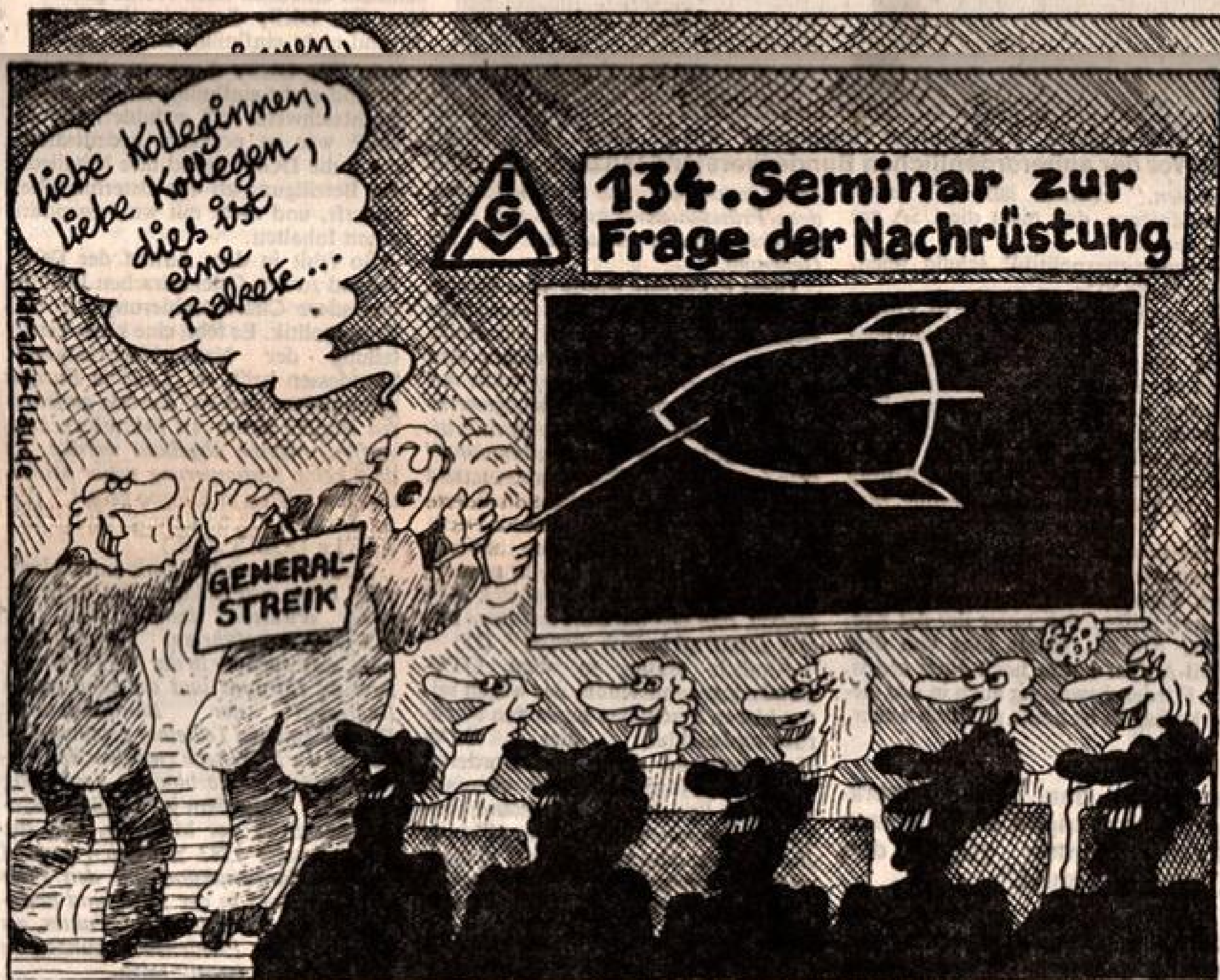
Nicht verschwiegen werden sollte natürlich, daß es auch namhafte Sozialdemokraten gibt, die den Vorschlag von Lafontaine unterstützen. So z.B. Günter Grass, der an die Gewerkschaften appellierte — unter Hinweis auf ihren unterlassenen Widerstand im Dritten Reich — die Frage eines Generalstreiks zu diskutieren (8). Oder der stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen, Horst Isola, der die Ansicht vertritt, daß ein Generalstreik legitim sei (5)

Auch die Gewerkschaftsführer: In der Raketenfrage kein Widerstandsrecht

Besonders hervorgetan haben sich bei der Meinungsbildung in der SPD-Spitze die DGB-Führer. Die SPD-Führung hatte zur Frage, wie die Partei sich zu den Aktionen der Friedensbewegung verhalten solle, eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Mitglieder der Arbeitsgruppe waren Wischnewski, Ehmke, Vitt, von Oertzen, Bahr und Glotz. Das Papier, das von dieser Arbeitsgruppe vorgelegt wurde, wurde nun von den meisten Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften, die auch SPD-Mitglieder sind, in mehreren Punkten verschärft.

So wurde eine kritische Stellungnahme gegen den Gedanken einer „konsultativen Volksbefragung" in das Papier aufgenommen. Denn gegen eine *„Volksbefragung bestünden durchgreifende politische und verfassungspolitische Bedenken."* Weiter heißt es: *„Eine Berufung auf das Widerstandsrecht nach Artikel 20 Absatz 4 Grundgesetz im Zusammenhang mit einer eventuellen Raketenstationierung ist ebenso abzulehnen wie 'Überlegungen, die einen Generalstreik zur Diskussion stellen."* (7). Soweit die Änderungen im Arbeitspapier der SPD.

Inzwischen liegen weitere Äußerungen einzelner Gewerkschaftsführer vor.



aus: "Hamburger Rundschau", 2. Juni 1983

So meinte Hermann Rappe, Vorsitzender der IG Chemie Papier Keramik, daß *„zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Situation vorstellbar (sei), die die Frage des Generalstreiks aufwirft."* Die Frage des Widerstandsrechts und des Generalstreiks sei nur unter Beachtung unserer demokratischen Verfassung zu sehen. Günter Schröder, der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft ist der Meinung, daß *„das Recht auf Widerstand, das auch den Generalstreik einschließt, erst dann anzuwenden (ist), wenn die Demokratie in Gefahr ist."* Die Führung der Eisenbahnergewerkschaft äußerte sich dahingehend, daß sie parlamentarische Mehrheitsentscheidungen respektiere. *„Insofern ist für die Bahn-Gewerkschaft gegenwärtig ein Generalstreik kein Thema."* Berthold Keller, der Vorsitzende der Gewerkschaft Textil und Bekleidung: *„Solange politische Entscheidungen im Rahmen des Grundgesetzes getroffen werden, kommt für die Gewerkschaft Textil-Bekleidung der Generalstreik nicht in Frage."* (8).

Angesichts dieser Argumentation sollte mensch sich noch einmal vergegenwärtigen, daß für die DGB-Führer politische Aktionen in anderen Zusammenhängen ganz und gar nicht abwegig sind. So rief z.B. der DGB Bayern am 23.12.81 zu einer fünfminütigen Arbeitsniederlegung aus Solidarität mit Solidarnosc auf. Und als die Solidarnosc für den 10. November 1982 zu Streiks gegen das Militärregime aufrief, wurde das von der ÖTV, der Post- und Eisenbahnergewerkschaft unterstützt. An diesem Tag wurden alle Lieferungen von und nach Polen angehalten.

Doch die klare Absage des DGB an einen Streik im Zusammenhang mit der Nachrüstung reicht bürgerlichen Kommentatoren immer noch nicht. So kritisierte Hugo Müller-Vogg von der „Frankfurter Allgemeinen" (FAZ) in einem Kommentar vom 26.5.83, daß eine klare Stellungnahme des DGB-Bundesvorstandes fehle, *„die jedem einfachen Mitglied und dem unteren Funktionär deutlich macht, welche Gefahren in diesen Ratschlägen (Generalstreik) stecken: für den DGB als Einheitsgewerkschaft wie für das demokratische Gemeinwesen."* Nach Meinung der „FAZ" wird die Generalstreiksdikussion von den Gewerkschaftsführern, die sich dazu äußern, noch zu sehr heruntergespielt. Und die „FAZ" sieht die Generalstreikdiskussion immer weitere Kreise ziehen. *„In diesem Stadium bleibt den Gewerkschaftspitzen nur noch die Wahl, sich dieser Bewegung offen entgegenzustellen oder so zu tun, als sei das alles keiner erhöhten Aufmerksamkeit wert. Offene Auseinandersetzungen über den politischen Kurs der Gewerkschaften bergen für die Führung die Gefahr der Niederlage in sich. Möglichst lange alles laufen zu lassen scheint demgegenüber verlockend."* Die DGB-Führer haben sich dann so entschieden, wie es von der „FAZ" gefordert wurde: ein klarer Beschluß gegen die Möglichkeit eines Streiks.

Nach Angaben des DGB-Vorsitzenden Breit werde es einstimmig abgelehnt, sich bei der Aufstellung neuer Raketen *„auch wenn dies von manchen als Erhöhung der Kriegsgefahr beurteilt wird"*, auf das Widerstandsrecht der Verfassung zu berufen. Wenn mensch Breit glauben darf, dann ist dieser Beschluß gegen einen Generalstreik auch mit den Stimmen der Gewerkschaften gefaßt worden, bei denen einzelne Gliederungen (Drupa, IGM, GEW...) oder gar der Gewerkschaftskongreß (Kunst) Beschlüsse zur Einleitung eines Generalstreiks verabschiedet haben.

Bisher ist uns nur vom Landesbezirkstag der Drupa in Baden-Württemberg bekannt, daß dieser offensichtliche Widerspruch zwischen den Beschlüssen der Basis und dem, was die Gewerkschaftsführer beschließen, offen kritisiert worden ist. Allerdings auch nicht an dem Vertreter der eigenen Gewerkschaft (Drupa) in den DGB-Bundesgremien, sondern an einem Vertreter der IG Metall (Loderer).

Abgerundet wird das Bild der rechten Gewerkschaftsführer durch den DAG-Vorsitzenden Hermann Brandt, der in „Bild am Sonntag" erklärte, *„daß ein Streik sich gegen rechtsgültige Entscheidungen richte. Die Beantwortung der Frage, in welchem Maße zur Sicherung des Friedens militärische Abschreckung notwendig sei, müsse Bundesregierung und Bundestag überlassen bleiben."* (9).

„Mittelposition" von Hensche (Drupa) und Benz (IGM)

Als „Mittelposition" kann mensch die Äußerungen von Georg Benz bezeichnen, als sie aus ihrer Sympathie für den Generalstreik zwar keinen Hehl machten, in ihren Äußerungen jedoch die nötige Schärfe und Konsequenz fehlen ließen, wie sie z.B. in den Beschlüssen der einzelnen Gewerkschaftsgremien zu finden ist.

Georg Benz hat sich dafür ausgesprochen, die Diskussion um den Generalstreik intensiv zu führen, statt sie abzuwügen. Er, Benz, habe zwar nicht, wie ihm unterstellt — vom Generalstreik im Falle der NATO-„Nachrüstung" gesprochen, unter bestimmten Voraussetzungen sei aber über das Widerstandsrecht nachzudenken. Angesichts der sich *„abzeichnenden bedrohlichen Entwicklungen"*, zu denen Benz die Raketenstationierung, die soziale Verelendung und die Ausweitung des Rechtsextremismus zählt — könnte für ihn *„tatsächlich ein Generalstreik als letztes Mittel provoziert werden."*

Eine deutlichere Sprache spricht die 14. IGM-Jugendkonferenz. Dort wurde am 17.5.83 beschlossen, daß die „Nachrüstung" *„mit aller Kraft, zum Beispiel durch Kundgebungen, Protestmärsche bis hin zu Warnstreiks und Arbeitsniederlegungen unter dem Motto 'Ein Stundenlohn für den Frieden'"* verhindert werden sollte (10). Auch Hensche ist für die Idee eines Generalstreiks und er hält ihn auch für legitim, aber gleichzeitig erklärt er, daß dieser Generalstreik *„nicht zum Dreh-und Angelpunkt oder gar zum Testfall für den gewerkschaftlichen Einsatz gegen die Atomraketen werden"* könne. Hensche spricht sich dafür aus, daß der Generalstreik nur umgesetzt werden könne, wenn vorher Demonstrationen und Veranstaltungen als notwendige „Zwischenschritte" dem Streik selber vorausgingen (11).

Steinkühler: Heute von Generalstreik zu reden ist dumm und schädlich

In einem Interview, das der Bezirksleiter der IGM Baden-Württembergs, Steinkühler, Ende Mai der „TAZ" und der „Hamburger Rundschau" gab, spricht er sich klar gegen einen Generalstreik aus. Nicht weil er ihn wie die Rechten für nicht legitim hält, sondern weil mit diesem Vorschlag die SPD in der Friedensfrage die Verantwortung den Gewerkschaften zuschiebe (12). *„Der Generalstreik ist eine so ernste Frage, daß Außenstehende nicht befugt sind, sie von außen in unsere Organisation zu tragen. Hier haben sie sich gefälligst rauszuhalten, dieser Rat gilt auch für Lafontaine."* Auf die Feststellung des Interviewers, daß Steinkühler selbst ein prominentes Mitglied der Partei Lafontaines sei, antwortet Steinkühler, er sei in erster Linie Gewerkschafter (immerhin ist er stellvertretender Landesvorsitzender der SPD). Interessant ist, daß sich Steinkühlers Argumentation zumindest was diesen Punkt angeht mit der Argumentation des rechten IG Chemie-Führers Rappe deckt, der Lafontaine in der „Bild am Sonntag" aufforderte, *„seine Vorschläge im Parteivorstand der SPD zu besprechen und uns Gewerkschafter damit zu verschonen"*. (9). Mit dem Hinweis auf die SPD stehlen sich Rappe und Steinkühler als Gewerkschaftsführer aus der politischen Verantwortung, mögliche und wirksame Schritte gegen die „Nachrüstung" zu diskutieren und umzusetzen.

Daß er den Generalstreikvorschlag momentan für „dumm" hält, begründet Steinkühler auch damit, daß er die Arbeiterschaft z.Zt. noch für zu unaufgeklärt hält. Die Arbeiterschaft ist — so Steinkühler — *„ganz bestimmt nicht als progressiver Teil"* der Bevölkerung anzusehen. *„Sie tendiert, wie stets in der Geschichte, politisch nach rechts."*

Zur SPD befragt, meint Steinkühler, daß die SPD ja wohl *„mit dazu beigetragen hat, daß auch die Gewerkschaften aus Loyalitätsgründen eine Position eingenommen haben, die dazu geführt hat, daß sie in der Friedensbewegung lange Zeit nicht vorne dranstanden."* Hier wird versucht, die sozialdemokratische SPD-Führung von der Verantwortung freizusprechen, daß sie lange Zeit alles versucht hat, die Gewerkschaften und ihre Jugendbereiche mit administrativen Maßnahmen von der Friedensbewegung abzuschotten, bequem wird die Schuld dafür der eigenen Partei in die Schuhe geschoben, in der es die Führer der Einzelgewerkschaften waren und sind, die in der praktischen SPD-Friedenspolitik die „rechte" Linie mitbesorgen (s.o.).

Zu anderen Aktionen als Generalstreik meint Steinkühler: *„Wir werden an Massendemonstrationen und -kundgebungen nicht vorbeikommen. Wenn der DGB zu erkennen gibt, daß er ernsthaft gegen die Nachrüstung antreten will, dann werden in unserer Organisation eine Vielfalt von Widerstandsformen erwachsen ..."* Steinkühler weiß natürlich ganz genau, daß „der DGB" nicht ernsthaft gegen die „Nachrüstung" antreten will. Insofern stiehlt er sich auch hier wieder aus der Verantwortung. Geradezu lächerlich wird es, wenn Steinkühler vorschlägt, daß anstatt der Kollegen besser *„Spitzenfunktionäre der Einzelgewerkschaften auf der Straße"* vor den Kasernentoren sitzen sollten. Die IGM in seinem Bezirk sieht sich bisher nämlich nicht in der Lage, „normalen Kollegen" in solchen Fällen Rechtsschutz zu geben.

Das Meinungsspektrum in der IG Metall ist, wie mensch sieht, recht bunt. Da gibt es den Beschluß der IGM Jugendkonferenz für den Generalstreik, da gibt es einen Georg Benz, der es für möglich hält, daß der „Generalstreik als letztes Mittel provoziert wird", da gibt es einen Steinkühler, der den Streikvorschlag für „dumm" hält und schließlich gibt es da die IGM Mitgliederzeitung „metall", die in einem Artikel auf der Linie der eingangs zitierten rechten Gewerkschaftsführer argumentiert: *„Für die Gewerkschaften ist der Generalstreik wesentliches Mittel zur Verteidigung der Demokratie. Er ist kein Ersatz für politischen Widerstand gegen falsche Aufrüstungspolitik"* (13). Damit hat sich die „metall"-Redaktion, zumindest indirekt, gegen das Widerstandsrecht in Bezug auf die „Nachrüstung" ausgesprochen. Denn darum geht es ja in der laufenden Debatte.

Heftige Kontrovers im Landesvorstand der GEW-Nordrhein-Westfalen

Gerade auf der mittleren Funktionärsebene der Gewerkschaften treffen die Meinungsverschiedenheiten zum Generalstreik hart aufeinander. Das wurde

am Beispiel der IG Metall bereits erläutet. Im Landesvorstand der GEW-Nordrhein-Westfalen hat sich diese Kontroverse jedoch in einer Art zugespitzt, die in der innergewerkschaftlichen Diskussion zu diesem Thema bisher einmalig ist.

Was war passiert? Der GEW-Landesvorstand schickte einen Beschluß an den Hauptvorstand der GEW, in dem der politische Streik *„als ein Mittel gegen die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen und gegen die wachsende Kriegsgefahr für legitim"* erklärt wird. Der stellvertretende Landesvorsitzende Belke, der gegen diesen Beschluß stimmte, hat den Mitgliedern des Landesvorstandes daraufhin schriftlich mitgeteilt, daß er prüfen werde, *„ob ich angesichts dieses Beschlusses noch als ein Repräsentant dieses Landesverbandes zur Verfügung stehen"* könne. Belke hält den Beschluß des Landesvorstandes angesichts der Beschlußlage im DGB für *„unrealistisch und illusionär"*. Außerdem würden durch den Beschluß *„in der innergewerkschaftlichen Diskussion mühsam überbrückte Risse und Gräben wieder aufgerissen ..., so daß eine neue Austrittswelle und damit eine Schwächung der GEW zu befürchten ist."*

Schließlich, so argumentiert Belke, werde durch den Beschluß die Toleranz vieler Mitglieder der Einheitsgewerkschaft überfordert. Den Generalstreiksbefürwortern im Landesvorstand wirft Belke vor, sie hätten sich als „Avantgarde" bezeichnet, deren Aufgabe es sei, die im politischen Bewußtsein zurückgebliebenen Kollegen „abzuholen". Dies — so Belke — sei eine „zynisch-perverse" Argumentation. Er sei sich sicher, *„daß sich viele GEW-Mitglieder von einer solchen Argumentation auch nicht ‚abholen' lassen werden, zumal wenn sie daran denken, welches atomare Rüstungsprogramm die französischen Sozialisten vor kurzem mit Zustimmung der KPF beschlossen haben."*

Belke argumentiert hier ähnlich wie Steinkühler. Bloß daß er nicht der SPD die Schuld für den Bewußtseinsstand der Kolleg/inn/en in die Schuhe schiebt, sondern u.a. den französischen Sozialisten und Kommunisten. Hauptsache, die eigene Gewerkschaft muß nicht aktiv werden...

Belkes Kritik zeigte jetzt offensichtlich auch beim Landesvorsitzenden Hammelrath ihre Wirkung. Er entdeckte an dem Beschluß plötzlich formale und sprachliche Mängel und regte eine Neufassung des Beschlusses an, in der die Gewerkschaften aufgefordert werden, *„die Bedingungen genau zu beschreiben, unter denen sie das Widerstandsrecht des Art. 20,4 Grundgesetz wahrnehmen werden. Auch das Mittel des Generalstreiks muß dabei offengehalten werden."* Im übrigen versicherte Hammelrath, daß er den beschlossenen Antrag dem Hauptvorstand bereits als gültigen Antrag übermittelt habe (21).

Nähert sich der DGB der Friedensbewegung oder die Friedensbewegung dem DGB an?

Der DGB-Bundesausschuß beschloß Anfang Juni, unter gewissen Voraussetzungen zur Teilnahme an den Volksversammlungen gegen die Nachrüstung in Bonn, Stuttgart und Hamburg aufzurufen. Die Voraussetzungen, unter denen der DGB sich beteiligen will, sind: klare Gewaltfreiheit und die Möglichkeit für den DGB, eigene Positionen, d.h. gleichermaßen Abrüstung in West und Ost, einzubringen. Die „UZ" schreibt dazu am 10.6., dies sei *„ein positiver Schritt nach vorn". Das Ziel, gemeinsam für den Frieden zu kämpfen, rückt ein Stück näher."* Ist dieser Jubel berechtigt? Noch im Oktober '81, anläßlich der ersten Bonner Friedensdemo, untersagte der DGB-Bundesvorstand es der DGB-Jugend, mit zur Demo aufzurufen. Damals meinten noch Leute wie der NGG-Vorsitzende Günter Döding: *„Wir brauchen keine neue Friedensbewegung. Wir brauchen noch mehr Kraft für die älteste Friedenskraft: die Gewerkschaften."* (14) Diese Meinung entspach durchaus der Meinung der gesamten DGB-Führung, von einigen Ausnahmen abgesehen.

Gleichzeitig grenzte sich der DGB vom Krefelder Appell ab und startete einen eigenen Aufruf, der sich dadurch auszeichnete, daß die Politik der Sowjetunion als mindestens ebenso friedensgefährdend wie die der USA beschrieben wurde. So heißt es in dem Aufruf: *„Die Besetzung Afghanistans ... versetzt der Entspannungspolitik einen schweren Schlag. Weitere militärische Aktionen dieser Art können das Ende jeder Verständigungsbereitschaft bedeuten."* Hieraus läßt sich leicht schlußfolgern, daß nicht die USA am Zerbrechen der „Entspannungspolitik" schuld seien, sondern die SU.

Außerdem fehlt in dem DGB-Aufruf eine klare Aussage gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen. So heißt es nur, daß *„eine weitere Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in Ost und West"* verhindert werden solle.

Bekanntlich wurde dieser „Beitrag des DGB zur Friedensbewegung zum Flop. Obwohl selbst der DKP-Parteivorstand mit großen Getöse seine Unterstützung des Aufrufs bekanntgab, blieb die Zahl der gesammelten Unterschriften weit unter der des Krefelder Appells. Heute mag von dem DGB-Aufruf kaum noch einer reden. Die Friedensbewegung auch in den Gewerkschaften ist heute politisch weiter.



Fränkische Tagespost

Lebensnah · Heimatverbunden · Weltoffen

Gewerkschaft erhält Briefe, Entschließungen und Telefonanrufe

Generalstreik wahrscheinlich

Der dritte US-Erdsatellit

Die SPD-eigene "Fränkische Tagespost"



Fränkische Tagespost

Lebensnah · Heimatverbunden · Weltoffen

Gewerkschaft ruft zu Demonstrationen auf

Die SPD-eigene "Fränkische Tagespost" am 27. März 1958, einen Tag vor der außerordentlichen Bundesvorstandssitzung des DGB

Auch in den Einzelgewerkschaften mangelt es an klaren Stellungnahmen gegen den „Doppelbeschluß"

Klare Stellungnahmen gegen die Stationierung der Nato-Mittelstreckenraketen sind leider auch in den Einzelgewerkschaften rar gesät. Beschlüsse gegen die Nachrüstung gibt es von der HBV, der Drupa, der GHK (Holz und Kunststoff), dem Verband deutscher Schriftsteller (VS) und der DGB-Bundesfrauenkonferenz. Oft wird in diesem Zusammenhang auch die IG Metall genannt. Doch sieht mensch sich den Beschluß des IGM-Gewerkschaftstages von 1980 genau an, so stellt mensch fest, daß von einer klaren Aussage gegen die Nachrüstung keine Rede sein kann. Es heißt zwar: *„Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag verurteilt den Beschluß des Nato-Rates zur Bestückung Westeuropas mit Mittelstreckenraketen".* Etwas weiter im Text heißt es dann aber: *„Die Sowjetunion wird aufgefordert, die Produktion und die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen einzustellen, damit die Nato ihren Nachrüstungsbeschluß annullieren kann."*

Rechtsschwenk beim DGB — Abteilung Jugend

Am 10. März 1981 veröffentlichte die DGB-Jugend einen Friedensaufruf, der auf starken Protest rechter Gewerkschaftsführer stieß. In dem Aufruf heißt es, daß die Abrüstungsvorschläge der SU genau geprüft werden sollten. *„Eine pauschale Ablehnung dieser Vorschläge stellt unserer Meinung nach eine weitere Belastung der bisherigen Entspannungspolitik dar."* Neben der Kritik an dem Afghanistan-Einmarsch der SU wird die Hauptkritik an den USA geleistet. Die Pläne für eine Internationale Eingreiftruppe, der Bau der Neutronenbombe sowie der Nato-Doppelbeschluß werden als Indizien dafür genommen, daß der Friede *„mit dem Präsidentenwechsel in den USA ... nicht sicherer geworden"* ist. *„Im Gegenteil."*

Diese Erklärung wurde vom Hauptvorstand der Gewerkschaft Textil und Bekleidung (GTB) scharf verurteilt, weil sie, *„wegen ihrer einseitigen und undifferenzierten Tendenzen nicht mit den Grundsätzen einer Einheitsgewerkschaft und dem Sicherheitsanspruch aller Menschen in Übereinstimmung"* stünde. (15) Der GTB-Hauptvorstand warf dem Bundesjugendausschuß vor, daß er den Vorschlägen der Sowjetunion zur Abrüstung einen höheren Stellenwert einräume und *„in unsachgerechter Weise den Eindruck (erweckt), daß sich die USA mit ihrer Politik friedensfeindlich verhält".* (15)

Ähnlich erging es dem ÖTV-Bundesjugendausschuß, der wegen seiner klaren Beschlüsse gegen den Nachrüstungsbeschluß den ÖTV-Hauptvorstand dazu herausforderte, den Bundesjugendausschuß ebenfalls scharf zu kritisieren. *„In wesentlichen Positionsbestimmungen (entspricht der Bundesjugendausschuß der ÖTV) nicht den Festlegungen der Gewerkschaft ÖTV zur Friedens- und Entspannungspolitik"*, weil *„das Prinzip einer beiderseitigen ausgewogenen und kontrollierten Abrüstung in Ost und West nicht hinreichend"* beachtet sei. In der gleichen Sitzung vom 15. Mai 1981 sprach sich der Hauptvorstand gegen den „Krefelder Appell" und gegen Aktionen des „Komitees für Frieden und Abrüstung" aus und untersagte seinen Mitgliedern jegliche Unterstützung unter Bezeichnung der Gewerkschaftszugehörigkeit.

Mit dem Wachsen der Friedensbewegung ändert sich die DGB-Taktik

Seit der ersten Bonner Friedensdemonstration hat sich die Friedensbewegung erheblich verbreitert. Außerdem besteht für die Herrschenden die Gefahr, daß die Friedensbewegung sich radikalisiert und den legalistischen Weg zumindestens teilweise verläßt. Vor diesem Hintergrund erscheint es der DGB-Führung sinnvoll, in der Friedensbewegung direkt politisch einzugreifen.

Die „FAZ" schreibt am 28. März: *„Hinter diesem Kurswechsel steckt eine sehr pragmatische Überlegung. Nachdem weder administrative Maßnahmen noch Konkurrenzveranstaltungen die Anziehungskraft der Friedensbewegung auf junge Gewerkschaftler mildern konnten, dreht der DGB einfach den Spieß um: Jetzt soll die Friedensbewegung so beeinflußt werden, daß eine Mitwirkung dort nicht mehr im Widerspruch zu gewerkschaftlichen Beschlüssen steht."*

Bevor der DGB-Bundesvorstand aber der DGB-Jugend grünes Licht für die Friedensbewegung gab, haben die Rechten im DGB die friedenspolitischen Aussagen des Bundesjugendausschusses erheblich nach rechts geschoben. Die DKP, die ja in der DGB-Jugend nicht einflußlos ist, hat diesen Rechtsschwenk still geduldet. Für die DKP war es politisch bedeutsamer, d a ß die DGB-Jugend ihre Mitglieder zur Beteiligung an den Ostermärschen aufruft, und nicht mit welchen politischen Inhalten.

So fehlt in dem Aufruf der DGB-Jugend zu den Ostermärschen 1983 die besondere Charakterisierung der US-Kriegspolitik. Es fehlt eine klare Verurteilung der Nato-„Nachrüstung". Stattdessen heißt es: *„Alle in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Waffen dieser Art (Mittelstreckenwaffen) müssen abgebaut werden. Es darf keine Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Europa geben."* (Eine ähnliche Formulierung findet sich auch im DGB-Aufruf.)

Außerdem werden stark nationalistische Töne angeschlagen. So heißt es: *„Wir erwarten deshalb von der (CDU/CSU-geführten) Bundesregierung, daß auch sie in der NATO die Interessen Europas und die besonderen Interessen der Bundesrepublik Deutschland als Teil einer geteilten Nation an der Nahtstelle zwischen den beiden großen Militärblöcken nachhaltig vertritt."* Außerdem ist der Bundesjugendausschuß der Meinung, daß die Ostermärsche 1983 *„zugleich sowohl eine Solidaritätsaktion mit den Friedensinitiativen in der DDR und anderen Staaten des Warschauer Paktes, als auch mit den Friedensbewegungen in den USA und Israel"* seien.

Bei all dieser scheinbaren „Ausgewogenheit" wundert es einen dann auch nicht mehr, daß alle Konfliktherde außerhalb der BRD (also von Polen über Mittelamerika bis Israel) völlig undifferenziert in einen Topf geworfen werden. So heißt es zum Beispiel zum Libanon-Feldzug der Israelis: *„Ebenso sprechen wir uns aus gegen ... israelischen Vergeltungsangriffe im Libanon und die Besetzung dieses Landes durch israelische, syrische und palästinensische Soldaten."* (16) Das sieht zwar recht ausgewogen aus, heißt doch aber in letzter Konsequenz, daß die Palästinenser ihr Existenzrecht im Libanon nicht militärisch verteidigen dürfen. Wie verkommen muß ein DGB-Bundesjugendausschuß sein, wenn er das Selbstverteidigungsrecht der Palästinenser mit dem israelischen Großmachtstreben auf eine Stufe stellt!

Friedenskongreß der DGB-Jugend: Voll in der Hand der DGB-Oberen

Nachdem die politischen Positionen der DGB-Jugend in der beschriebenen Art geändert worden waren, hielten die DGB-Oberen die Zeit für gekommen, sich mit großem Trara der Friedensbewegung vorzustellen. Dazu wurde kurz vor Ostern ein Friedenskongreß der DGB-Jugend in Köln veranstaltet. Auf diesem Kongreß sollte *„die Eigenständigkeit (der DGB-Positionen) unterstrichen werden sowie die Teilnahme an sonstigen Friedensaktivitäten vorbereitet werden"* (16).

Eingeladen waren je 200 ältere und jüngere Funktionäre der Gewerkschaften sowie ein ausgesuchtes Spektrum der Friedensbewegung. Ausgesucht insofern, da wichtige Vertreter der Friedensbewegung von den DGB-Führern einfach wieder von der ursprünglichen Rednerliste gestrichen wurden. So z.B. Gunnar Matthiesen, Geschäftsführer des Komitees für Abrüstung und Zusammenarbeit (17). Der Frankfurter Hochschullehrer Andreas Buro wurde ebenfalls von der Rednerliste gestrichen, da er Mitglied des Sozialistischen Büros ist (18). Bei der Plenumsdiskussion saßen auf dem Podium schließlich Ehmke (SPD), Wulf-Mathies (ÖTV), Mertes und Ruth (CDU und Regierung) sowie ein Vertreter der Ärzteinitiative, Mechtersheimer und H.E. Richter für die Friedensbewegung.

Kritische Stimmen wurden auf dem Kongreß jedoch nur vereinzelt laut. So z.B. als der DGB-Vorsitzende Breit in seiner Rede mit keinem Wort darauf einging, wie der Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen konkret begegnet werden soll (19). In ihrem Eröffnungsreferat kritisierte das für Jugendfragen zuständige Mitglied im Bundesvorstand — Ilse Brusis — den Krefelder Appell wegen seiner Einseitigkeit und forderte von der Friedensbewegung, unabhängig von den militärischen Machtblöcken zu bleiben und sich parteipolitischer Einnahme zu widersetzen. Zum Zweiten müsse die Friedensbewegung mit den Friedensbewegungen in anderen Ländern zusammenarbeiten, vor allem mit der Friedensbewegung in der DDR (20). Um das zu unterstreichen, trat im Laufe des Kongresses ein offiziell eingeladener ex-Bausoldat aus der DDR aufs Podi-

Fortsetzung nächste Seite



Friedensfreunde und falsche Hasen

Gewerkschaftliche Beschlüsse für die Vorbereitung eines Generalstreiks gegen die "Nachrüstung"

Im folgenden bringen wir eine Übersicht, in welchen gewerkschaftlichen Gremien schon überall Beschlüsse in Richtung Generalstreik gefaßt wurden. Die Beschluüsse zum Generalstreik sind in den meisten Anträgen eingebettet in friedenspolitische Gesamteinschätzungen. Aus Platzgründen geben wir nur die Beschlüsse zum Generalstreik wieder.

IG Druck und Papier

Landesbezirkstag Nordrhein-Westfalen
28./29. Mai in Dortmund
Die 105 Delegierten *„unterstützen die Forderung nach einem Verbot der Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper"* und fordern den DGB und alle Einzelgewerkschaften auf, *„geeignete Maßnahmen, nötigenfalls den Generalstreik zur Verhinderung des fortdauernden Sozialabbaus, des Aufrüstens und der kriegerischen Auseinandersetzung anzuwenden"* (1).
Landesbezirkstag Hessen
14./15. Mai in Frankfurt
Die 122 Delegierten bekräftigen den Beschluß des 12. ordentlichen Gewerkschaftstages gegen die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in der BRD. *„Um den entschlossenen Widerstand der Gewerkschaften gegen den NATO-Raketenbeschluß unmißverständlich deutlich zu machen, muß dies Gegenstand von Betriebsversammlungen, Kundgebungen während der Arbeitszeit und notfalls auch Streiks bis hin zum Generalstreik"* sein (1).
Landesbezirkstag Baden-Württemberg
4./5. Juni in Göppingen
Der neugewählte Bezirksvorsitzende Werner Pfennig erklärte, er halte *„Streikmaßnahmen der Gewerkschaft gegen die Raketenstationierung für legitim und notwendig"*. Allerdings müsse sich vorher in den Betrieben und bei den Gewerkschaften noch einiges bewegen. Auch der neugewählte zweite Landesvorsitzende Losch sprach sich für das Widerstandsrecht und notfalls auch den Generalstreik aus. Er kritisierte dabei Aussagen des IGM-Vorsitzenden Eugen Loderer, der den Generalstreik abgelehnt hatte (2).
Landesbezirkskonferenz Bayern
7./8. Mai in Ansbach
Die Delegierten forderten mit großer Mehrheit den Hauptvorstand der IG Druck und Papier und den DGB auf, *„gegen die noch 1983 zu erwartende Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in der BRD von dem im Grundgesetz in Artikel 20 vorgesehenen Widerstandsrecht kollektiv Gebrauch zu machen und entsprechende Aktionen unter Einschluß aller gewerkschaftlichen Kampfmittel vorzubereiten"* (3).
Ortsverein Bremen
23. Januar
In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird betont, im Kampf gegen die neuen Erstschlagswaffen seien *„Streikmaßnahmen bis hin zum Generalstreik"* für den Fall notwendig, daß mit der Stationierung der Raketen begonnen werde. Außerdem schlägt der Bremer Ortsverein allen Gewerkschaften vor, eine Kampagne gegen die atomare Hochrüstung einzuleiten (4).
8. Bundesjugendkonferenz
4./6. März Springen
Die 46 Delegierten der Bundesjugendkonferenz der DruPa beschlossen u. a., daß, *„falls andere Mittel versagen, auch mit dem Mittel der Streiks"* gezeigt werden soll, daß die Gewerkschaften *„einer Politik der atomaren und konventionellen Aufrüstung ihren Widerstand entgegenbringen"* (18).

Und der Unternehmerverband der Druckindustrie ...

Inzwischen liegt auch eine Reaktion von Kapitalistenseite vor. Der Unternehmerverband der Druckindustrie warnte die DruPa davor, *„politische Auseinandersetzungen in die Betriebe zu tragen"*. Der IG Druck-Vorstand sollte sich vom Beschluß des hessischen Landesbezirkstages distanzieren (17).

IG Metall

13. Jugendkonferenz
14./15. Mai
Die 200 Delegierten beschlossen einen Antrag, in dem der IGM-Vorstand aufgerufen wird, gegen die verfassungswidrige Stationierung von Mittelstreckenraketen — sollten Verhandlungserfolge in Genf ausbleiben — *„auch die Anwendung gewerkschaftlicher Kampfmittel wie Streik zu überprüfen und in Betracht zu ziehen"* (5).
Vertrauensleute von VAW Leichtmetall in einem Antrag an den IGM-Gewerkschaftstag
„Daher fordern die Delegierten des 14. ordentlichen Gewerkschaftstages den Vorstand auf, neben Demonstrationen auch die gewerkschaftlichen Kampfmittel wie Warnstreiks und Arbeitsniederlegungen anzuwenden, um die Stationierung zu verhindern" (6).
Ortsverwaltung Nürnberg in einem Antrag an den IGM-Gewerkschaftstag
„Die beabsichtigte Stationierung der Erstschlagwaffen ... steht nicht im Einklang mit dem Grundgesetz Artikel 26 Abs. 2" (Angriffskrieg). *„Wegen der damit verbundenen Gefahr für Leben und körperliche Unversehrtheit der Bürger der BRD fordert der Gewerkschaftstag den Vorstand auf, notfalls auch von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, die in § 2 unserer Satzung aufgeführt ist"* (Verteidigung der demokratischen Grundrechte u. a. durch Arbeitsniederlegungen) (7).
Krupp Vertrauensleute in einem Antrag an den IGM-Gewerkschaftstag
„Nur mit einer breiten Massenbewegung, Demonstrationen, Streiks kann der Druck ausgeübt werden, um die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa zu verhindern!" (8).
Vertreterversammlung Duisburg
Es lagen Anträge betrieblicher Vertrauenskörper (u. a. Krupp) vor, die sich für Streiks und Demonstrationen unter Berufung auf das Widerstandsrecht aussprachen. Die Ortsverwaltung hatte die betrieblichen Anträge zusammengefaßt und verwässert. So fehlte in dem OV-Antrag jeder Hinweis darauf, wie die Stationierung verhindert werden soll. Nach langer Diskussion wurden die Anträge der betrieblichen Vertrauenskörper angenommen (9).
Delegiertenversammlung der Verwaltungsstelle Heilbronn/Neckarsulm
In einem Beschluß fordern die Delegierten den Vorstand auf, *„gezielte Aktionen gegen die Stationierung zu initiieren ... und entstehende Arbeitsniederlegungen zu unterstützen"* (10).

Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Kunst

„Um die Verwirklichung des sogenannten NATO-Nachrüstungsbeschlusses zu verhindern, fordert der Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Kunst alle Gewerkschaften auf, gegen den 1983 zu erwartenden Stationierungsbeginn ... alle notwendigen Aktionsformen wie Streikmaßnahmen bis hin zum Generalstreik vorzubereiten und im Zusammenhang mit dem Stationierungsbeginn durchzuführen" (11).

Deutsche Postgewerkschaft

14. Bundesjugendkonferenz
12./14. Mai in Osnabrück
Die 133 Delegierten forderten den DGP-Hauptvorstand auf, sich dafür einzusetzen, daß *„die Bundesregierung ihre im NATO-Doppelbeschluß gegebene Zusage zur Stationierung von Mittelstreckenraketen, Marschflugkörpern und sonstigen Atomwaffen auf dem Boden der BRD zurückzieht"*. Ein weiterer Beschluß plädiert für die *„Nutzung aller gewerkschaftlichen Aktionsmöglichkeiten, einschließlich Kampfmaßnahmen zur Sicherung des Friedens"* (12).

GEW

Landesvertreterversammlung Westberlin
Die Landesvertreterversammlung beschloß einen „symbolischen Streik" gegen die beabsichtigte Stationierung. Der Beschluß sieht eine Arbeitsniederlegung am 20. Oktober, also während der bundesweiten Aktionswoche, vor. Der Streik soll 30 Minuten dauern und nur dann ausgerufen werden, wenn sich vorher mindestens tausend Lehrer mit ihrer Unterschrift dazu bereit erklärt haben. Vorsorglich hat die Landesvertreterversammlung allen von Repressalien bedrohten Lehrern Rechtsschutz zugesagt (13).
Landesvorstand Nordrhein-Westfalen
Nach einer heftig geführten Debatte verabschiedete der Landesvorstand den Beschluß, in dem der politische Streik *„als ein Mittel gegen die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen und gegen wachsende Kriegsgefahr für legitim"* erklärt wird. Durch diesen Beschluß, der auch dem GEW-Hauptvorstand mitgeteilt wurde, fühlte sich der stellvertretende Landesvorsitzende Belke derart überfahren, daß er zur Zeit mit seinem Rücktritt droht. Daraufhin sind auch dem Landesvorsitzenden Hammelrath ernste Zweifel an dem Beschluß gekommen. Er hat jedoch versichert, daß er den gültigen Antrag an den Hauptvorstand übermittelt hat (19).

ÖTV

Kreisfrauenkonferenz Friedbbrg
Die Konferenz sprach sich dafür aus, die Stationierung mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu verhindern. Unter Berufung auf Georg Benz wurde von den Frauen auch der Generalstreik als eine Aktionsmöglichkeit angesprochen (14).

DGB Kreise

Kreisvorstand Bayreuth
Der Kreisvorstand forderte den DGB-Bundesvorstand auf, alle erdenklichen Mittel einzusetzen, um die Stationierung zu verhindern. Auch das Mittel des Generalstreiks dürfe *„nicht länger tabu sein"*. Der Generalstreik sollte als *„letzte Möglichkeit"* angewendet werden. In der Entschließung wird hervorgehoben, daß damit weder die Bundeswehr noch die Zugehörigkeit zur NATO in Frage gestellt werde (15).
Kreisvorstand München
17. Mai
„Der DGB-Bundesvorstand soll unverzüglich alle erdenklichen Maßnahmen diskutieren, die den Gewerkschaften zur Verhinderung neuer Mittelstreckenwaffen in Europa zur Verfügung stehen. Dabei darf auch der gezielte Einsatz von Arbeitsniederlegungen und gewaltfreien Blockade-Aktionen nicht von vorneherein ausgeschlossen werden" (16).



Quellen

1. „Druck und Papier" (DruPa-Zentralorgan), 13.6.83
2. „UZ", 6.6.83
3. „UZ", 10.5.83
4. „UZ", 21.1.83
5. „Welt", 17.5.83
6. „UZ", 30.5.83
7. „UZ", 8.6.83
8. „Rote Fahne", 23.4.83
9. „Revier", Juni 1983
10. „UZ", 10.6.83
11. „UZ", 14.5.83
12. „UZ", 17.5.83
13. „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 7.6.83
14. „UZ", 4.6.83
15. „UZ", 4.5.83
16. „UZ", 30.5.83
17. „UZ", 17.5.83
18. „UZ", 12.3.83
19. „Frankfurter Rundschau", 22.6.83

Forts. von vorheriger Seite

Forts. von vorheriger Seite

um. Schließlich erklärte Brusis, daß der Nato-Doppelbeschluß eine Antwort auf die Stationierung sowjetischer SS 20-Raketen sei. An dieser Stelle soll es vernehmlichen Widerspruch im Publikum gegeben haben..., vermerkt das „ÖTV-Magazin".

Ansonsten blieb der Kongreß voll in der Hand der DGB-Oberen, was zum einen an der strengen Auswahl der Teilnehmer, zum anderen an dem Opportunismus der Linken lag. So wurde z.B. in der Arbeitsgruppe „Möglichkeiten und Grenzen von Friedensaktivitäten" die Idee des Generalstreiks als „unrealistisch" verworfen (20).

Von einer inhaltlichen Annäherung kann, wie mensch sieht, keine Rede sein.

Ein Genosse der B&G-Kommission

Quellen

(1) „Revier" 1/83, S. 33
(2) „Rote Fahne", 23.4.83
(3) „FAZ", 13.5.83
(4) „Welt", 19.5.83
(5) „FR", 18.5.83
(6) „Welt", 16.5.83
(7) „FAZ", 15.6.83
(8) „FAZ", 1.6.83
(9) „Hamburger Abendblatt", 17.5.83
(10) „UZ", 18.5.83
(11) „Druck und Papier", Zentralorgan der Drupa, 13.6.83
(12) „Hamburger Rundschau", 2.6.83, „TAZ", 1.6.83
(13) „metall", Mitgliederzeitung der IGM, 10.6.83
(14) „einigkeit", Mitgliederzeitung der NGG, 1/82
(15) „Gewerkschaften und Frieden", Abendroth, Guha, Brosius u.a., Nachrichten-Verlag, S. 35
(16) „Solidarität", Funktionärszeitung der DGB-Jugend, 1/2-83
(17) „FR", 12.2.83
(18) „TAZ", 9.3.83
(19) „Druck und Papier", 18.4.83
(20) „ÖTV-Magazin", Mitgliederzeitung der ÖTV 6/83

Nochmals: "Der Traum vom Generalstreik"

Ein bißchen Widerspruch und Unverständnis hat mein Kommentar im AK 232, S. 5, ausgelöst, bei dem es um den Versuch der trotzkistischen Gruppe GIM ging, Streiks der Arbeiter und Angestellten als DIE Perspektive im Kampf gegen die Raketen-Stationierung zu empfehlen. Zu oberflächlich fanden manche den Kommentar, was wohl zutrifft. Die Position der GIM sei von mir falsch dargestellt worden, was keineswegs zutrifft. Und an einer Debatte über das Kampfmittel des politischen Streiks sei doch nichts schlechtes, was allerdings auch gar nicht der Inhalt und Sinn meines kurzen Kommentars war. Um die Debatte besser zu fundieren, sollen hiermit einige Überlegungen nachgereicht werden.

Zunächst ist es offensichtlich nicht überflüssig, die Argumentation der GIM genau nachzuzeichnen, um dem Vorwurf zu begegnen, so wie von mir unterstellt sei es von der GIM überhaupt nicht gemeint. Also, es geht als erstes um die „was tun" (GIM-Zeitung) vom 28.4. Der Artikel dort, der den Anstoß zu meinem Kommentar gab, geht von der kurz davor stattgefundenen Kölner Beratung der Friedensbewegung aus. In dem Artikel wird resümiert, daß von den in Köln heiß umstrittenen Aktionsmodellen (Großdemo in Bonn oder Blockade an den Standorten) im Grunde b e i d e perspektivlos seien. Dann signalisiert eine Zwischenüberschrift: **„Streiks/eine Alternative"**. Nämlich eine Alternative sowohl zum Großdemo-Modell wie zu den Blockaden. Vor allem aber zu letzteren, die die GIM anscheinend höchst bedenklich findet, ohne offen und ehrlich mit ihrer Kritik herauszukommen. Stattdessen wird eine Schein-Polemik an einem Einzelausspruch hochgezogen, nämlich: man müsse die „Konfrontation" mit dem Staat „suchen". Da geht der Zeigefinger warnend in die Höhe: *„Unter diesen Bedingungen zur Konfrontation aufzurufen, ist politisch hochgradig unverantwortlich"*. Hier würden Aktionen in die Wege geleitet, von denen **„der Übergang zu terroristischen Verzweiflungsakten fließend ist"**. Ist der GIM denn etwa völlig entgangen, daß so eindeutig wie noch niemals in den letzten 10 Jahren keine einzige Strömung in der Bewegung etwas anderes anstrebt als absolut gewaltfreie Aktionen?!

Der Artikel der „was tun" fährt fort: *„Es gibt n u r e i n Mittel, die Mehrheiten, die die Ziele der Friedensbewegung unterstützen, in die Aktion einzubeziehen: Durch Streikaktionen am Arbeits- und Ausbildungsplatz"*. Und er schließt mit dem Satz: *„S o kann in der Aktionswoche der Grundstein für die weitere, j e t z t n o c h f e h l e n d e P e r s p e k t i v e gelegt werden"*. (Hervorhebungen vom Verf.) Also: der Kampf gegen die „Nachrüstung" ist bisher perspektivlos, erst Streiks schaffen eine Perspektive. Folgerichtig schließt in derselben Ausgabe der „was tun" ein Artikel an, der schon in der Hauptüberschrift aussagt: **„Streik — die Kampfperspektive"**. Nicht e i n e Kampfform also, sondern d i e Kampfform überhaupt. Explizit wird in diesem Artikel behauptet: Streiks seien **„das einzige, wirklich zwingende Mittel, die Stationierung zu verhindern"**.

Es läßt sich demnach nicht gut daran zweifeln, daß die GIM die von ihr empfohlene „Kampfperspektive" Streik alternativ zu anderen Kampfformen setzt, sie gegen diese a u s z u s p i e l e n versucht.

Vor allem mit den direkten Aktionen an den Stationierungsorten hat die GIM wenig im Sinn, sondern favorisiert, wenn schon denn schon, die traditionellen Großdemos. In diesem Sinne sprach die GIM sich v o r dem Kölner Treffen ausdrücklich f ü r eine Großdemonstration aus — ganz im Sinne des SPD/DKP-KOFAZ-Spektrums —, während gegen Blockade-Aktionen allerlei Einwände vorgebracht wurden, ohne sich frontal gegen sie zu stellen (vgl. „was tun" vom 7.4., S. 6).

Auch gegen die Initiative für Volksentscheid/Volksbefragung versucht die GIM, ihre „Kampfperspektive" Streik auszuspielen. Dazu heißt es in der „was tun" vom 12.5., nachdem einige Einwände gegen eine Kampagne für Volksentscheid/Volksbefragung vorgebracht wurden: **„....Das Setzen auf Streikaktionen ist deshalb der richtigere Weg ..."**.

Die Argumentationsweise der GIM ist übrigens nicht neu. Es sei nur daran erinnert, daß sie in dem Brokdorf/Itzehoe-Konflikt Anfang 1977 gegen den Versuch einer Demonstration zum Bauplatz und für die von SPD- und DKP-Kreisen organisierte Kundgebung in Itzehoe eintrat. Und dies praktisch mit den gleichen Argumenten wie heute: Man muß die Gewerkschaften in den Kampf einbeziehen und dafür eignet sich eben nur eine ordentliche, friedliche Kundgebung, die von vornherein keinerlei Risiken der Konfrontation mit der Polizei enthält.

Mein Kurzkommentar in AK 232 möge also nicht als Polemik gegen das Einbringen des Themas „politischer Streik" in die Debatte mißverstanden werden. Es ging und geht mir um nichts anderes als um Kritik an dem nur allzu bekannten und abgedroschenen Versuch, die Einbeziehung der Gewerkschaften in den Kampf gegen die r e a l praktizierten Kampfformen auszuspielen und mit einer S c h e i n -- Perspektive die Debatte beeinflussen zu wollen.

Handelt es sich, konkret bezogen auf den Kampf gegen die „Nachrüstung", bei dem Hinweis auf mögliche Streiks um etwas a n d e r e s als eine Schein-Perspektive? Oder, anders herum gefragt: Gibt es eine realistische Chance, daß Streiks im Kampf gegen die „Nachrüstung" noch eine Rolle spielen könnten? Ich kann es mir nicht vorstellen und hatte der GIM diesbezüglich schon im AK 232 eine Wette über 500 Mark angeboten, die dem Aufbau in Nikaragua zugute kommen sollten. Die GIM hat darauf leider bisher nicht reagiert, aber das Angebot steht selbstsverständlich weiter. Nikaragua könnte das Geld sicher gebrauchen.

Man muß sich klarmachen, daß der politische Streik in der BRD zwar durchaus eine Tradition hat, die aber im Wesentlichen schon in den späten 50er Jahren zuende ging. Seither ist dieses Kampfmittel so total aus der Mode gekommen, daß die DGB-Spitze einhellig behaupten kann, die bloße Erörterung des Themas sei „völlig abwegig", und das Kampfmittel dürfe über-

Fortsetzung nächste Seite

Forts. von vorheriger Seite

haupt nur in einem einzigen Fall angewendet werden, nämlich bei akutester Gefahr für die Demokratie.

Um einen politischen Streik r e a l führen zu können, sind mehrere Voraussetzungen notwendig: Das Thema, um das es geht, muß aus sich selbst heraus in der Arbeiterklasse bereits eine hochgradige Kampfbereitschaft ausgelöst haben, und es muß ein sehr hochprozentiger Konsens zum Thema in der Arbeiterklasse bestehen. Bekanntlich ist schon die Einleitung normaler wirtschaftlicher Streiks an die Voraussetzung gekoppelt, daß sich mindestens Dreiviertel der organisierten Arbeiterschaft für Streik aussprechen. Diese Klausel gibt oft Spielraum für bürokratische Manipulationen, macht aber im Prinzip dennoch guten Sinn. Einmal vorausgesetzt, daß wirklich mindestens 75% der Arbeiterschaft gegen die Raketenstationierung wären — was mir jedoch überhaupt nicht gesichert erscheint — , ist das ja noch längst nicht gleichbedeutend mit aktiver Kampfbereitschaft.

Selbst wenn der DGB von heute an ganz offiziell für Streiks gegen die ,,Nachrüstung'' mobilisieren würde — **er tut aber das genaue Gegenteil!** — wäre es wohl sehr fraglich, ob daraus eine geschlossene und eindrucksvolle Aktion, oder aber eine peinliche Pleite werden würde. Die Situation ist ja durchaus nicht so, daß es in der Arbeiterklasse schon vor Empörung und Kampfbereitschaft kocht und gärt, und bloß noch die DGB-Bürokratie draufhockt wie der Korken auf der Sektpulle.

Sicher, es gibt einige vereinzelte Resolutionen, die sich für Streiks aussprechen bzw. zumindest die ,,Prüfung'' dieses Mittels fordern. Solche Resolutionen kommen fast ausschließlich aus Bereichen des DGB, die traditionell für ihr Vorpreschen bekannt sind: IG Druck und Papier, GEW, HBV und Jugend. Von einem wirklichen BASISdruck aus der organisierten Arbeiterschaft, der die DGB-Spitze zumindest in Verlegenheit und Argumentationsschwierigkeiten bringen könnte, ist aber weit und breit nichts zu erkennen. Dieser Druck wird — behaupte ich — auch nicht mehr rechtzeitig entstehen. Der Kampf gegen die Raketenstationierung ist vor allem eine akute Sache des vor uns liegenden halben Jahres. Selbst w e n n es so sein sollte, daß in den Gewerkschaften eine Debatte über das Kampfmittel ,,politischer Streik'' begonnen hat, sind die Zeiträume viel zu kurz, als daß diese Debatte für den Kampf gegen die Raketenstationierung noch p r a k t i s c h e Bedeutung ge-

das Kampfmittel ,,politischer Streik'' begonnen hat, sind die Zeiträume viel zu kurz, als daß diese Debatte für den Kampf gegen die Raketenstationierung noch p r a k t i s c h e Bedeutung ge-

winnen könnte. D a ß das Thema überhaupt erstmals seit sehr vielen Jahren wieder unmittelbar Diskussionsgegenstand ist, ist zweifellos nützlich und wichtig. Eine ,,Kampfperspektive'' für den jetzt konkret anstehenden Kampf gegen die Stationierung ergibt sich daraus nicht. Und schon gar nicht eine z e n t r a l e Perspektive, die alternativ gegen andere Kampfformen ausgespielt werden darf.

Kt., Hamburg

Antimilitaristischer Widerstand in Österreich



Im Wiener ,,Forum Alternativ'', einem Zusammenschluß mit schwerpunktmäßig entwicklungs- und friedenspolitischer, antiimperialistischer Zielsetzung, ist das Buch ,,*Widerstand gegen Krieg und Militarismus in Österreich und anderswo*'' erschienen.

In einem historischen Querschnitt durch das 20. Jahrhundert sind Stärke, Phantasie und Ziele des antimilitaristischen Widerstandes aufgearbeitet: Widerstand im 1. und 2. Weltkrieg, Kampf gegen Wiederaufrüstung und atomare Bewaffnung in den 50er Jahren, Ostermarschbewegung der 60er Jahre, Friedensbewegungen in Ost und West, Kriegsgefahr und Ausbeutung der Dritten Welt, neue Militärstrategie der NATO, das politische Spektrum der Friedensbewegung; Soldaten im Widerstand, Zivildienst sowie ein Kapitel zu ,,Gewalt und Gewaltfreiheit oder alles zu seiner Zeit''. Besonders gut gelungen fand ich das Kapitel ,,Weiblicher Widerstand gegen Gewalt, Militarismus und Krieg''.

Aus der Fülle der Informationen möchte ich einen Aspekt herausgreifen, der mir für die Debatte um erreichbare oder angestrebte Ziele der Friedensbewegung wichtig erscheint: die Vorstellung von atomwaffenfreier Zone in Mitteleuropa und Neutralismus.

Österreich — ein Staat mit ,,immerwährender Neutralität''

Österreich schloß 1955 nach zehnjähriger Besatzungszeit einen Friedensvertrag mit den Alliierten Mächten USA, Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion, mit dem es seine nationale Unabhängigkeit erhielt und seine ,,immerwährende Neutralität'' erklärte. Das politische Interesse der UdSSR an einer Neutralität entsprang der — berechtigten — Befürchtung, daß der Westen und ein wiedererstarktes Deutschland bald gemeinsam gegen sie offensiv werden könnten.

Voraussetzung für den Friedensvertrag war jedoch Österreichs ökonomische und ideologische Integration in den von US-amerikanischen Interessen beherrschten Weltmarkt, sowie die Ausrichtung seiner Wirtschaftsstruktur nach US-amerikanischen Bedürfnissen. Mittel zu dieser Eingliederung war in Österreich — wie auch für die BRD — die US-Wirtschaftshilfe und der Marshallplan.

Neutralität heißt für Österreich, keinem Militärbündnis anzugehören sowie keine Parteinahme oder Unterstützung kriegführender Staaten.

Neutralität, Bundesheer und NATO

Neutralität, Bundesheer und NATO

Kompetenz und Kapazität des 1955 gegründeten österreichischen Bundesheeres waren auf die Erhaltung innerer Stabilität sowie die Verteidigung der Neutralität beschränkt. Dennoch erfüllt das Bundesheer gewisse Aufgaben im Rahmen der NATO:

1. Die Verteidigungsstrategie ist wie selbstverständlich gegen einen Angriff aus dem Osten ausgerichtet.
2. Die Bundesheer-Übungen sind so strukturiert, daß sie geeignet wären, unter den Oberbefehl der NATO gestellt zu werden.
3. Österreichische Offiziere nehmen an Generalstabskursen in den USA teil (US-Army Command and General Stuff Course); umgekehrt nahmen an den Generalstabskursen des Bundesheeres auch Offiziere aus Frankreich, Italien, Schweiz und USA teil.
4. An den Grenzen zur CSSR und zu Jugoslawien stehen Radaranlagen, die die von Norwegen bis in die Türkei reichende Kette von Funk- und Radarstationen der NATO zur Überwachung des Ostblocks schließen.
5. Die Stärkung der mit Panzern und schwerem Gerät ausgerüsteten zentralen Heeresverbände sowie das starke Bedürfnis nach eigenen Abfangjägern (bei der Kleinheit des Landes völlig unsinnig, wenn diese Flugzeuge auf Österreich beschränkt werden sollen) deuten auf diese de-facto-Integration des Bundesheeres in den NATO-Verband hin. (Anm.:Ein modernes Flugzeug legt die längste Strecke durch Österreich in 15 Minuten zurück; ein Abfangjäger braucht 4 Minuten allein zum Starten).

Mit dem Wahlsieg der SPÖ (Sozialdemokraten) 1970 wurden von Seiten kritischer Offiziere neue Militärkonzepte erarbeitet und vorgeschlagen. Es gelang jedoch erst Armeekommandant Spanocchi, diese neuen Ideen, wie den Aufbau eines sogenannten ,,demokra-

erarbeitet und vorgeschlagen. Es gelang jedoch erst Armeekommandant Spanocchi, diese neuen Ideen, wie den Aufbau eines sogenannten ,,demokra-

tischen'' Milizheeres und eines neuen Raumverteidigungskonzeptes, im Bundesheer durchzusetzen. Im Herbst 1982 fand erstmals eine Bundesheer-Übung in Tirol statt, deren Ablauf auf der Simulation eines Angriffs aus dem W e s t e n basierte. Dieses Manöver, das von der Annahme einer Verletzung der Neutralität Österreichs durch NATO-Truppen ausging, mußte erst von Verteidigungsminister Rösch gegen den massiven Widerstand seiner Generäle durchgesetzt werden.

Es fragt sich angesichts der de-facto-Integration des Heeres in die NATO-Strategie, was nach der Regierungsübernahme durch die Konservativen (ÖVP und FPÖ) vom Frühjahr 1983 wohl aus den ,,Demokratisierungsbestrebungen'' im Heer wird.

Das neutrale Österreich — Rüstungsproduktion und Rüstungsexport

Das hier zitierte Buch verfolgt in vorbildlicher Weise die Waffenproduktion der drei größten österreichischen Rüstungswerke von 1830 bis heute: Steyr-Daimler-Puch; Böhler-Werke; VOEST-Alpine. In den 70er Jahren stieg Österreichs Industrie wieder verstärkt in die Rüstungsproduktion ein. Die Hoffnung auf Absatzmärkte und profitable Geschäfte hat diesen Sektor in neuer Qualität aufblühen lassen.

Das **Bundesheer** spielt als Waffeneinkäufer eine nicht so große Rolle, wie von den Befürwortern der Waffenproduktion mit dem Argument der Eigenversorgung gern behauptet wird.

Eine weitaus wichtigere Rolle spielt das Bundesheer bei der Erprobung, Entwicklung und Vorführung von militärischen Produkten. Zusätzlich stellt es bei eiligen Aufträgen verschiedene Güter leihweise zur Verfügung und greift damit der Industrie helfend unter

tärischen Produkten. Zusätzlich stellt es bei eiligen Aufträgen verschiedene Güter leihweise zur Verfügung und greift damit der Industrie helfend unter

die Arme, Exportaufträge zu sichern und auszudehnen.

Auch der **Staat** ist in Rüstungsgeschäfte involviert. Die verstaatlichte VOEST ist inzwischen zu einem der größten Rüstungsproduzenten angewachsen. (VOEST = Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahl-Werke; nach dem 2. Weltkrieg verstaatlichte Stahlindustrie. Die Vorgängerin, die Hermann-Göring-Werke, waren die größten Panzerproduzenten des Dritten Reiches).

Von den Steyer-Daimler-Puch-Werken fallen 30% des Umsatzes von 13,3 Mrd. Schilling auf den Waffensektor; Mehrheitsbesitzerin ist die verstaatlichte Creditanstalt-Bankverein (CA), der Rest befindet sich in Streubesitz. Ebenso kontrolliert der Staat die Exportgeschäfte. Die Institution, die das Funktionieren der Exportförderung — sei es nun unter ,,begünstigten Entwicklungshilfekrediten'' oder unter herkömmlichen ,,kommerziellen Kreditbedingungen'' — ermöglicht, ist die österreichische Kontrollbank. Es ist die Aufgabe des Staates, die Verwertungsbedingungen der Wirtschaft zu sichern, indem er die Risiken von Exportgeschäften einerseits durch Garantieverträge, andererseits durch die direkte Finanzierung des Exports übernimmt.

Im Klartext heißt das, daß das jeweilige Exportunternehmen nach Erfüllung eines Vertragsteiles (= Lieferung der Geräte) sofort sein Geld bekommt. Die Republik übernimmt die Haftung im Falle der Nichtbezahlung, und der Kontrollbank obliegt es, vom jeweiligen Importeur das Geld einzutreiben. 40% aller österreichischen Exportgeschäfte sind garantiert, d.h. die Steuerzahler haften für diese Exporte. (1977 zahlten die Steuerzahler dafür 689 Mio. Schilling. Auch eine Art, wie der Aufschwung der Industrie dem Volk zugute kommt! Schließlich erhalten dafür 5000 Ingenieure und Techniker sowie 20.000 Arbeiter/innen direkt in der Rüstungsproduktion sowie weitere 20.000 eng an diese Produktion angegliedert einen Arbeitsplatz!)

Die österreichische Industrie spezialisiert sich auf die Produktion von ,,leichten Waffen'', worunter v.a. Munition aller gängigen Kaliber, Handgranaten, Granatwerfer, Sturmgewehre, Scharfschützengewehre, Maschinenpistolen, Maschinengewehre, Schützenpanzer und der Jagdpanzer Kürassier verstanden werden. Diese ,,leichten Waffen'' stoßen in Ländern der Dritten Welt auf großes Interesse, weil sie unter anderem für die Verteidigung der ''inneren Ruhe und Ordnung'' geeignet sind.

Das Kriegsmaterialgesetz, dessen Novellierung am 1.1.83 in Kraft trat, verhindert durch seine dehnbaren Formulierungen sowie etliche Lücken das Verbot des Waffenexports sowie der Auslagerung von Rüstungsproduktion. Von diesen Zweigstellen in Ländern, die auf neutralitätsrechtliche und völkerrechtliche Bestimmungen keine Rücksicht zu nehmen brauchen, kann dann problemlos in Drittländer, etwa Chile, oder kriegführende Länder exportiert werden.

Ich denke, die oben beschriebenen Tatsachen sollte mensch im Auge behalten, wenn im Kampf gegen die Kriegsgefahr ein von Polen bis Portugal neutrales, atomwaffenfreies und ,,defensiv'' bewaffnetes Europa vorgeschlagen wird, und als positives Beispiel für eine solche Lösung das neutrale Österreich (nebst Schweiz und Schweden) angeführt wird.

trales, atomwaffenfreies und ,,defensiv'' bewaffnetes Europa vorgeschlagen wird, und als positives Beispiel für eine solche Lösung das neutrale Österreich

Österreich ist ein Industriestaat, der wirtschaftlich, ideologisch und militärisch dem ,,freien'' Westen zuzurechnen ist. Das Bundesheer ist de facto in die NATO-Strategie integriert, Industrie und Staat verdienen bestens am Rüstungsexport.

Was unter solchen, kapitalistischen Bedingungen von Neutralität zu halten ist (nebenbei auch von der Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, z.B. Stahl), wußte schon die ,,Wiener



Abendzeitung'' (SPÖ-Organ) zwei Wochen nach der Unterzeichnung des Friedens- und Neutralitätsvertrags am 1. Mai 1955:

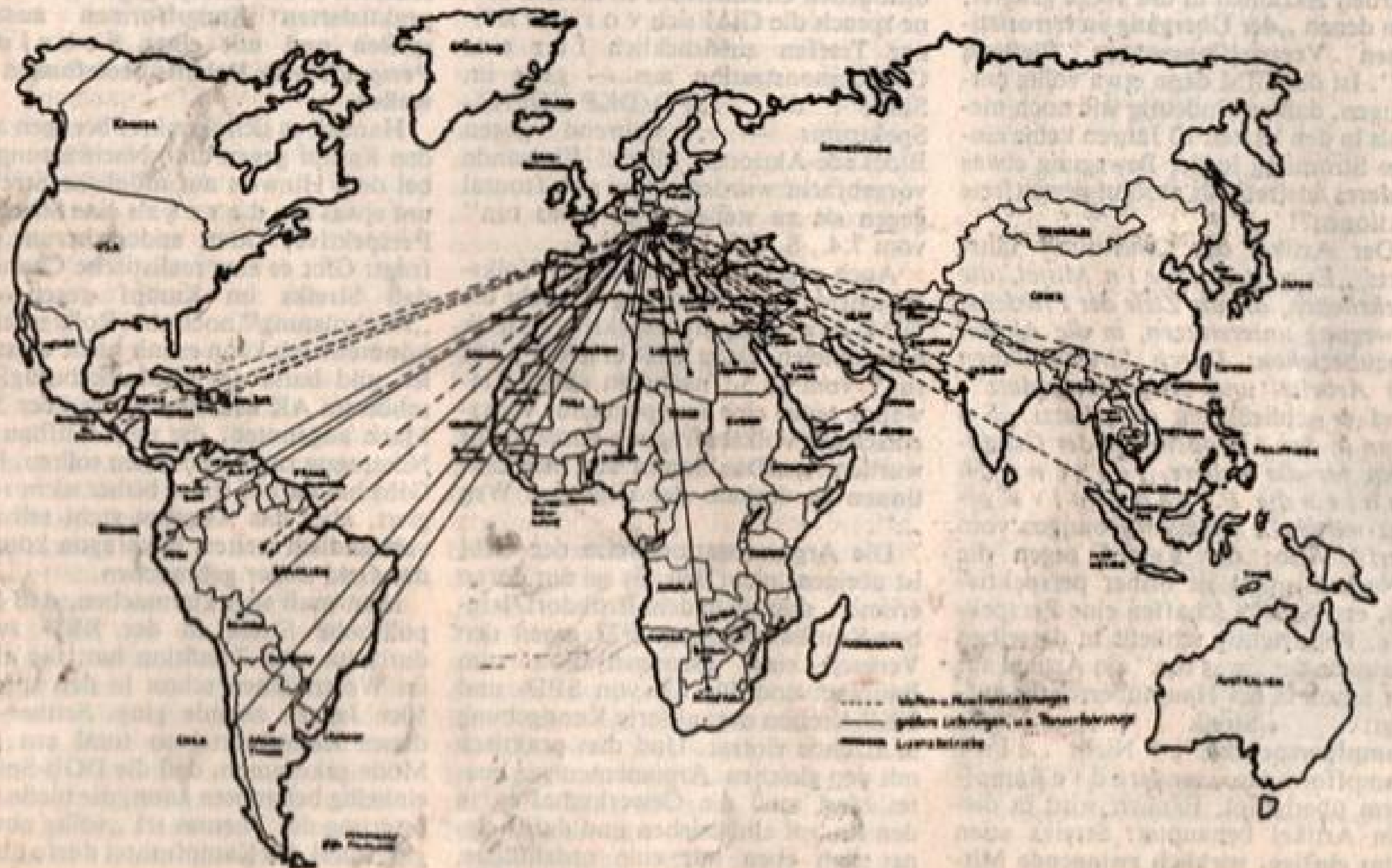
,,Wir sind zur Neutralität bereit, Neutralismus lehnen wir ab. Neutralität heißt, mit keiner von beiden Seiten ein militärisches Bündnis zu schließen, Neutralismus heißt, den Unterschied zwischen der freien Welt des Westens und der Welt der kommunistischen Diktatur des Ostens nicht zu sehen.''

H., Tübingen

Widerstand gegen Krieg und Militarismus in Österreich und anderswo. Wien, Forum Alternativ, Dezember 1982. Ein Buch, das auf keinem Büchertisch fehlen sollte. Zu bestellen bei: Forum Alternativ, Margaretenstr. 99, A-1050 Wien.

Ziele österreichischer Rüstungsexporte

Diese Karte bezieht sich nur auf die Exporte Österreichs in die 3. Welt, die jedoch den Großteil der österreichischen Waffenexporte ausmachen.



17. Juni in Westberlin:
20.000 gegen rechte Provokation

Der 17. Juni hat es in Zeiten der „Wende“ wieder in sich: Die schwarz-braune „Konservative Aktion“ (KA) sah diesen „Tag der deutschen Einheit“ als willkommenen Anlaß an, ihre Bataillone rechts von der CDU zu formieren. Mit ZDF-Löwenthal und Ludek Pachmann an der Spitze sollte in Westberlin vorgeführt werden, was eine richtige rechte Wende ist; mit Fackelzügen an der Mauer, Kranzniederlegungen vor sowjetischen Einrichtungen, vielen Deutschlandfahnen, Provokationen gegen Häusbesetzer und Blümchen für türkische Familien, denen dringend die Rückkehr in ihre Heimat nahegelegt wurde, um die traditionelle deutsch-türkische Freundschaft zu erhalten, wollten diese Herrschaften zeigen, daß Kohl nur eine halbherzige Wende betreibe. In den schwarzbraunen Kreisen rechnete man mit rund 2.000 Teilnehmern vor allem aus dem Bundesgebiet. Schließlich lockte die KA vor allem jüngere Menschen für ganze 30 DM für Fahrt und Unterkunft, für die der Senat ausreichend gesorgt hatte, in die Stadt. Doch das Treiben der KA wurde empfindlich gestört; durch massive Proteste in der Öffentlichkeit, auch seitens des DGB und der SPD, sah sich das Westberliner Abgeordnetenhaus genötigt, sich von der KA zu distanzieren. Nur der berüchtigte Innensenator Lummer hieß diese Gäste herzlichst willkommen. Linke und demokratische Organisationen, die Kreuzberger SPD, die türkischen Linken und die AL machten gegen diese Provokationen mobil und riefen zu einer Großdemonstration am 18. Juni auf — an dem Tag, wo die KA ihren Kreuzzug durch die Türkenviertel in Kreuzberg und vor einem besetzten Haus in Schöneberg starten wollte.

Knapp 20.000 Menschen demonstrierten schließlich gegen die rechten Provokationen. Das nahm einen durchaus friedlichen Verlauf, bis Lummers Polizei das Aufhängen eines Transparentes an einer U-Bahnbrücke zum Anlaß nahm, mit Tränengas und Knüppeln auf die Demonstranten einzuschlagen. In Kreuzberg gab es wieder einmal die berühmte Randale, in deren Verlauf 200 Menschen vorübergehend festgenommen und „im Elfer des Gefechts“ auch noch ein besetztes Haus in der Oranienburger Straße geräumt wurde.

Die KA mußte aufgrund dieser Ereignisse ihren Aufmarsch gegen die Türken abblasen.

Die rechte Formierung

Der rechte Aufmarsch fiel insgesamt schwächer aus als erwartet, obwohl nicht nur Löwenthal's KA, sondern auch die „Internationale Gesellschaft für Menschenrechte“ (im Vorstand: Ludek Pachmann), der CSU-„Bayernkurier“ und neonazistische Kräfte mobilisiert hatten. Am 17. veranstaltete die Pachmann'sche Menschenrechtsgesellschaft einen Schweigemarsch mit rund 1.000 Teilnehmern, die sich zudem noch anhören mußten, wie sich Minister Blüm und Ex-Junge-Union-Chef Wissmann von der KA zaghaft distanzierten. Am späten Abend dann hielt Löwenthal vor einem Fackelzug mit ca. 500 Teilnehmern eine flammende Rede zur Teilung des Vaterlandes.

Am nächsten Tag wagten sich ganze 50 Rechte in die Nähe des besetzen Hauses in der Potsdamer Straße — um 9 Uhr morgens; zu Zwischenfällen kam es nicht, und die ziemlich bedepperten zumeist Jugendlichen suchten schnell wieder das Weite.

Nachdem der Zug durch Kreuzberg auch geplatzt war, blieb den Rechten noch der Trost, am Abend im Kongreß-Zentrum die Gründung der „Konservativen Jugend Deutschlands“ zu vollziehen. Anwesend war viel schwarz-braune Prominenz: neben den KA-Gründer Pachmann und Löwenthal auch der Ex-Bild-Reporter Siegrist, der ehemalige Sozialdemokrat Kreutzer und der neugekürte Chef der Jugendorganisation, Michael Lange. Von den 2.000 erwarteten Teilnehmern kamen immerhin noch rund 700. Das rechte Szenario endete mit einem Fiasko auf der Abschlußveranstaltung am Sonntag: ganze 150 Menschen hatten sich noch eingefunden, um sich die rechten Pöbeleien nach den Ereignissen in Kreuzberg anzuhören. Erst Kreutzer, dann Löwenthal rechneten mit den „Chaoten“, dem Westberliner DGB-Chef, der SPD und auch der CDU ab, die „völlig versagt“ habe (Kreutzer).

Ob die „Tageszeitung“ mit ihrer Schlagzeile „Konservative Aktion im ersten Anlauf gescheitert“ den Nagel voll auf den Kopf getroffen hat, kommt darauf an, wie der „Anlauf“ insgesamt zu bewerten ist. Sie hat sicherlich recht, wenn man die Quantität der reaktionären Sammlungsbewegung heranzieht und auch, daß die Gegenmobilisierung der antifaschistischen Kräfte einige geplante Provokationen verhindete. Genauso ist es natürlich kein Zufall, daß die Reaktionäre im Zeichen der Wende geradezu ermutigt sind, öffentliche Provokationen zu starten. Bedenkenswerter ist schon die Tatsache, daß die politische Programmatik der KA nahezu identisch ist mit der der CDU und CSU, nicht nur personelle Verflechtungen bestehen. Diesen Kräften geht es in erster Linie darum, sowohl in der Öffentlichkeit als auch in den Reihen der CDU/CSU dafür zu sorgen, daß die innen- und außenpolitische Wende im beschleunigten Tempo vollzogen wird. Für diese Kräfte bleibt Kohl nur ein „Übergangskanzler“.

D./Westberlin

Anmerkungen:
Die Berichte stützen sich auf die Westberliner „TAZ“ vom 16.6. und 20.6., sowie „Tagesspiegel“ und „Berliner Morgenpost“.



Bild links: Fackelzug an der Mauer in der Bernauer Straße, veranstaltet von der “Konservativen Aktion”



Bild rechts: Etwa 700 Teilnehmer kamen zur Veranstaltung in das Kongreßzentrum

Den 17. Juni ”positiv besetzen”?...
Die AL-Westberlin und der 17.6.

Transparentes an einer U-Bahnbrücke zum Anlaß nahm, mit Tränengas und Knüppeln auf die Demonstranten einzuschlagen. In Kreuzberg gab es wieder einmal die berühmte Randale, in deren Verlauf 200 Menschen vorübergehend festgenommen und „im Elfer des Gefechts“ auch noch ein besetztes Haus in der Oranienburger Straße geräumt wurde.

Den 17. Juni ”positiv besetzen”?...
Die AL-Westberlin und der 17.6.

Was ist die Konservative Aktion?

Im Juni 1981 wurde die KA von etwa 30 Personen unter Führung von Ludek Pachmann in München gegründet. Sie wollte nie „Vierte Partei“ sein, sondern eine „Bewegung zur geistigen Erneuerung in Deutschland“. Mit von der Partie waren Löwenthal, Strauß-Fan Prof. Bossle, der Likörfabrikant Eckes, „Bild“-Journalist Siegrist, Strauß-Anwalt Ossmann und der Westberliner Professor Motschmann plus Frau. Die KA verstand sich u.a. als Koordinationszentrum für Bürgerwehren, deren Bildung gefördert werden soll, wenn der Staat „versagt“. Die politische Programmatik lieferte Ende letzten Jahres Prof. phil. habil. Klaus Hornung in einem „Umriß freiheitlich-konservativer Politik in den achtziger Jahren“ auf einer Mitgliederversammlung der KA. Darin hieß es u.a., daß die Sowjetunion „seit 1945 47% des Reichsgebietes von 1937 kontrolliert“ und eine „Aussöhnung mit dem Osten“ erst mit Vollendung des „Selbstbestimmungsrechts aller Deutschen“ möglich sei; in der Friedensbewegung seien die „Partisanen Moskaus“ aktiv, und Pachmann beschimpfte die Besucher des letzten evangelischen Kirchentages als „pathologische Hysteriker“. Im Bereich des Innenpolitik soll mit einer „inneren Erneuerung“ damit begonnen werden, den „Schutt“ der sechziger und siebziger Jahre wegzuräumen. Bildung soll wieder Privileg für die „Fähigen“ werden, und der § 218, das Ehe- und Scheidungsrecht sowie das Jugend- und Ausbildungsrecht seien „reformbedürftig“; das Ausländerrecht müsse zu einer tatsächlichen Verminderung der Ausländer führen, und das Vermummungsverbot müsse schnellstens her (nach „TAZ“, 16.6.).

Axel Caesar Springer's „Berliner Morgenpost' ereiferte sich in einem Kommentar über ein „schlechtes Gedächtnis beim SFB“; da hatte doch im Rundfunk ein Dr. Braun es als „Geschichtklitterung“ bezeichnet, daß der nationale Gedenktag als „Tag der deutschen Einheit“ begangen wird. Von Wiedervereinigung sei jedoch nicht die Rede gewesen bei den Arbeitern in der DDR vor 30 Jahren — so Dr. Braun.

„Welch ungeheuerliches Mißverständnis bei einem so intelligenten Manne!“ — zürnt der Springer-Kommentator und weiß zu kontern: *„Die sowjetischen Panzer haben den Streikenden und Demonstranten nicht viel Zeit für die Formulierung von Dokumenten für die Nachwelt gelassen. Aber war ihr Wollen deshalb nicht erkennbar?“* (1).

Während der „Morgenpost“Kommentator noch recht hilflos etwas über das imaginäre „Wollen“ der Aufständischen des 17. Juni 1953 in der DDR dahinstammelt und auch nicht recht weiter weiß, warteten Teile der Westberliner AL mit präzisen Fakten auf. *„Arbeiteraufstand gegen Ulbricht und Adenauer“* — so hießen die gleichlautenden Schlagzeilen im Juni-„Stachel“ (AL-Zeitung) und einer Anzeige in der „TAZ“ seitens der Abgeordnetenhausfraktion (2). Und obwohl die AL positiv für sich verbuchen konnte, daß sie ein breites Bündnis gegen die schwarzbraunen Provokationen der „Konservativen Aktion“ initiiert hatte, war es die AL, die zwischenzeitlich einen gemeinsamen Aufruf zu einer Großdemonstration gegen die KA inhaltlich nicht mittragen konnte, ehe in letzter Minute der Delegiertenrat für ein Einschwenken auf den gemeinsamen Aufruf sorgte.

Was war geschehen? Einer der Vertreter der AL bei den Bündnisverhandlungen propagierte dort, daß es gelte, den 17. Juni „nicht den Rechten zu überlassen“, sondern ihn „positv zu besetzen“. Was das heißt bei den ansässigen „blockübergreifenden“ und „deutschlandpolitischen“ Kräften in der AL, dürfte Kennern der Szene schon bekannt sein.

Nicht gerade sehr geschickt und allzu durchsichtig wird die Geschichte des 17. Juni 1953 den eigenen neuen Welt- und Feindbildern untergeordnet. Die dick aufgemachte These vom „Arbeiteraufstand gegen Ulbricht und Adenauer“ soll die Leser darüber aufklären, daß die DDR-Arbeiter am 17.6.53 gewissermaßen die Geburtshelfer der heute mystifizierten „blockübergreifenden (Friedens-)Bewegung gewesen seien, die damals *„eine Kritik nach b e i d e n Seiten“* — so die AL-Anzeige — führten. Damit stehe dieser „Aufstand“ in *„den besten Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung“*, heißt es gleich weiter.

Als Beleg für diese gewagte These dient eine weitere Schlagzeile im Juni-„Stachel“: *„Räumt Euren Mist in Bonn jetzt aus, in Pankow säubern wir das Haus“*, wird eine angeblich irgendwo aufgetauchte Parole während der Juni-Ereignisse herbeizitiert. Dann werden die Argumente schon dünner, und es wird nebulös davon gesprochen, daß d i e „Streikenden und Demonstranten“ eine *„gesamtdeutsche Politik“* gewollt hätten. An anderer Stelle des „Stachel“-Artikels sollen die „Aufständischen“ die „Hoffnung“ auf eine *„mögliche Absetzung von Ulbricht und Adenauer“* gehegt haben. Der Autor des Artikels schränkt an anderer Stelle allerdings ein, daß *„in einigen Zentren auch Wiedervereinigungsforderungen“* laut geworden seien.

Es handelt sich hierbei insgesamt um nicht mehr und nicht weniger als den klasssischen Versuch, den *„spontanen und unorganisierten Charakter der Ergeignisse“* des 17.6.53 — wie der „Stachel“-Autor selbst schreibt — für die eigene Sichtweise auszuschlachten. Da unterscheidet sich ein Teil der AL nicht groß von den SED-Geschichtsschreibern, die den 17. Juni 1953 als den bewußt inszenierten „Tag X“ des Imperialismus zur reaktionären Wiedervereinigung darstellen. Auch für diese These könnte die SED den RIAS anführen, der als Informationsträger über die Ereignisse am 16. und 17. Juni 1953 fungierte, oder einiges Gesindel auch aus dem Westen, das sich an Plünderungen und Brandstiftungen beteiligte, wie das u.a. auch Stephan Heym in seinem Roman „5 Tage im Juni“ beschreibt.

Da unterscheidet sich ein Teil der AL gleichwohl nicht von jenen eingangs zitierten „Morgenpost“Kommentator, der das Absingen der bundesdeutschen Nationalhymne während des 17. Juni als Beweis für die gesamtdeutsche Orientierung der Streiks anführte.

Und da könnte, last but not least, auch die Sozialdemokratie die Revolte vom 17. Juni für sich vereinnahmen und die damals aufgetauchte Parole *„Fort mit Ulbricht und Adenauer, wir verhandeln nur mit Ollenhauer!“* anführen, wobei dies — nebenbei bemerkt — auch ein Indiz für die W e s t -Orientierung des „Aufstands“ wäre. Beliebig interpretierbar ist beispielsweise auch die häufiger aufgetauchte Forderung der DDR-Arbeiter nach „freien und geheimen Wahlen“; war damit in erster Linie die DDR gemeint oder womöglich gesamtdeutsche Wahlen?

Die hier zitierten Aussagen machen schon deutlich, daß es sich bei den Ereignissen am 17. Juni um eine recht widersprüchliche, s p o n t a n e Erhebung gehandelt hatte, der eine gemeinsame Orientierung weitgehend fehlte und die daher auch schnell in sich zusammenbrach. Einige Historiker wie Arnulf Baring (3) hielten vor diesem Hintergrund nicht den Einsatz sowjetischer Panzer für den entscheidenden Endpunkt des „Aufstands“, sondern den rapiden Niedergang der spontanen Bewegung selbst. Auch Stephan Heym schreibt in seinem Roman „5 Tage im Juni“, daß nach der ersten Streikwelle Plünderungen und Brandstiftungen um sich griffen und andere Demagogen und Systemfeinde an die Oberfläche gespült wurden.

In diesem Zusammenhang scheint auch die Klassifizierung des 17. Juni als „Arbeiter a u f s t a n d“ mehr der Glorifizierung zu dienen. Heute weiß man — und selbst bürgerliche Historiker räumen dies ein — daß etwa 350.000 Menschen an den damaligen Streiks teilgenommen haben, daß es zu einem großangelegten G e n e r a l s t r e i k mithin nicht gekommen ist, wenngleich in den DDR-Betrieben nicht gearbeitet wurde. Dafür spricht auch die allgemein bekannte und anerkannte Tatsache, daß die Forderung nach Rücknahme der 10%igen Normenerhöhungen der eigentliche Anlaß waren, zu dem sich im Verlaufe der sich überschlagenden Ereignisse alle möglichen Forderungen hinzuaddierten.

Nicht so sehr im „Stachel“, dafür aber in der erwähnten Anzeige der AL in der „TAZ“ wird der 17. Juni als eine *„verpaßte Chance“* eingestuft, um die man „lieber Trauer bekunden“ solle. Kritisiert wird der Westen, weil der Juni-Aufstand *„im Zeichen eines Kurswechsels der Sowjetunion stand, der für die deutsche Frage Chancen geboten hat, die vom Westen überhaupt nicht genutzt worden sind“*. Adenauer sei damals vom Aufstand „iritiert“ gewesen und habe den Arbeitern geraten, sich vor „unbedachten Handlungen (zu) hüten“.

Die These der „verpaßten Chance“, die auch von manchen sozialdemkratischen Politikern vertreten wird, ist in dieser Form nicht haltbar. Ein behaupteter „Kurswechsel“ in der Deutschlandpolitik seitens der damaligen sowjetischen Machthaber Berija, Malenkow und Chruschtschow ist jedenfalls nicht nachweisbar, sondern beruht nur auf westlichen Spekulationen und Vermutungen (4). Zum Zeitpunkt des 17. Juni 1953 war die Remilitarisierung der BRD schon längst beschlossene Sache und unter dem Eindruck des Kalten Krieges und Korea-Krieges auch vollziehbar, wenngleich die damalige Aufnahme der BRD in die „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ am Widerstand Frankreichs zunächst fehlschlagen sollte.

Eher schwimmt bei der AL-Anzeige ein Hauch des Bedauerns mit, daß Adenauer angesichts der Streiks in der DDR nur „irritiert“ gewesen sei. Weiteres Indiz für diese „Irritationen“ sei auch, daß der RIAS damals nicht zum Generalstreik aufgerufen habe, wie im gleichen Tenor der Autor im „Stachel“ konstatiert. W a s denn der Imperialismus damals stattdessen hätte tun sollen, darüber schweigen sich die AL-Autoren aus und stellen eher resignierend fest, daß die „Vertreter der Blockinteressen in beiden deutschen Staaten“ den „Aufstand“ ganz „gut überlebt“ hätten. Folgt man dieser Logik der historisch „verpaßten Chance“ eines wiedervereinigten, entmilitarisier-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

ten und neutralen Deutschland etwa nach österreichischem Vorbild, also der „verpaßten Chance" einer Veränderung von Jalta in der damaligen Zeit des „roll-back" und des strammen Antikommunismus, so hätte nach Lage der Dinge eine „Wiedervereinigung" anders als unter imperialistischen Vorzeichen damals keine Chance gehabt; andere als die revanchistische Lösung kamen für das gesamte imperialistische Lager gar nicht in Betracht. Was eine solche „Destabilisierung" der Blöcke damals wie heute gebracht hätte, liegt auf der Hand.

Reiner Dummenfang wird von der AL betrieben, wenn in der Anzeige damit geworben wird, daß sich die AL „*im Unterschied zu den etablierten Parteien an die Teilung Deutschlands nicht gewöhnt*" habe. Wie groß dieser Unterschied zu den etablierten Parteien tatsächlich nicht nur in der Frage der „gespaltenen Nation", sondern auch hinsichtlich der Frage der „Überwindung der Spaltung" ist, mag unser Bundespräsident bekunden, der just zum 17.6. im Bundestag eine Gedenkrede hielt. Da heißt es: „*Wir vertrauen darauf, daß die unnatürliche Teilung unseres Vaterlandes keinen Bestand haben wird ... Die Deutschen lassen sich auf Dauer nicht trennen. Ihr Weg wird früher oder später zu einer neuen Verbindung im Rahmen einer europäischen Friedensordnung führen*" (5). Und gar nicht mehr logisch erklärbar ist die in der Anzeige der AL erhobene Forderung nach Abschaffung des 17. Juni und stattdessen der Einführung eines gesamtdeutschen Feiertages am 18. März; wenn die AL einerseits die Abschaffung des 17. Juni als „Gedenktag" fordert, so widerspricht das der Praxis von Teilen der AL, ausgerechnet diesen Tag „positiv besetzen" zu wollen. Da war die Bundestagsfraktion der Grünen vergleichsweise konsequent.

Der ‚neue Antifaschismus' der AL

Bei den maroden Positionen von Teilen der AL war es nur logisch, daß die AL aus dem gemeinsamen Bündnis gegen die KA zeitweilig ausstieg, da es ein „schwerer politischer Fehler" sei, nur Enthaltsamkeit zur „reaktionären Ausbeutung" des 17. Juni an den Tag zu legen (6). AL-Pressesprecher Rainer Esche bezeichnete den antifaschistischen „*Minimalkonsens als Knüppel, der die Wahrheit erschlägt*" (6).

Die Jungdemokraten kritisierten diese Haltung in einem Offenen Brief an die AL, wobei sie darauf hinwiesen, daß sie in der Sache der Positionen der AL nicht ablehnend gegenüberständen, aber daß daraus keine Spaltungslinie gemacht werden dürfe. Es sei im übrigen darauf hingewiesen, daß die Westberliner „Falken" die antifaschistische Demonstration nicht unterstützten, und daß stattdessen in einem Flugblatt

gen darauf hingewiesen, daß die Westberliner „Falken" die antifaschistische Demonstration nicht unterstützten, und daß stattdessen in einem Flugblatt

der Neuköllner „Falken" ebenso Dichtungen über die Kämpfe der Arbeiter „für die Einheit Deutschlands" verbreitet wurden.

Im Kampf gegen die reaktionäre Wende sähe es wahrscheinlich nicht gut aus, wenn folgende im „Stachel" der AL vertretene ‚antifaschistischen' Positionen Anklang finden sollten: da werden die Kräfte der „Konservativen Aktion" nämlich bezichtigt, von „*einem so undifferenzierten Schwarzweißbild der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse*" zu leben, „*wie es die eingefleischtesten Dogmatiker im Osten nicht besser können*". Honecker und die DDR-Propagandisten „*können sich ob solcher Schützenhilfe die Hände reiben, die oppositionellen und demokratischen Kräfte in der DDR werden sich bedanken*" (2).

Bei so viel Ost-West-Ausgewogenheits-Fanatismus wundert es schon gar nicht mehr, wenn man damit beim reaktionären „rot gleich braun"-Schema landet; Honecker braucht „Schützenhilfe" von der „Konservativen Aktion" — das ist nicht nur blanker Zynismus, sondern auch eine neue Form des Antikommunismus und einmal mehr ein Beitrag zur „wertkonservativen" Wende im grün-alternativen Spektrum.

Daß der Delegiertenrat der AL im letzter Minute mit deutlichen Mehrheiten doch noch Aufruf und Demonstration gegen die schwarzbraunen Provokationen unterstützte, ist nicht nur dem Umstand zu verdanken, daß andere Teile der AL mehr oder weniger offen Front machten gegen den ‚neuen Kurs', sondern auch einer weiteren Peinlichkeit: in einem — inzwischen eingestampften — eigenen Aufruf-Flugblatt wird für 1953, vier Jahre nach Gründung der DDR, immer noch von der „*damaligen SBZ*" gesprochen — ein Lapsus, der den doch sonst so bewanderten Deutschland-Kennern eigentlich nicht mehr unterlaufen sollte.

Und auch dort taucht der neue Antikommunismus, das neue Schwarzweißbild einiger AL-Mitglieder auf, wo das Denken von schwarzbraunem Gesindel mit dem der „eingefleischten Dogmatiker im Lager des ‚realen Sozialismus' " gleichgesetzt wird.

Die gleichen Leute, die sich sonst immer so gern auf die blockübergreifende Friedensbewegung berufen und ihre Herzen insbesondere für die „unabhängige Friedensbewegung" in der DDR höher schlagen lassen, können sich jedenfalls nicht auf den zwangsweise ausgebürgerten Roland Jahn, Mitglied der „Jenaer Friedensgemeinschaft", berufen. Dieser sagte vor der Bundestagsfraktion der Grünen am 17. Juni, daß in der DDR sehr ungern über diesen Tag geredet werde, da die BRD dieses Datum als „Tag der deutschen Einheit' begehe. „*Das bringt den berechtigten Arbeiterprotest in ein ganz falsches Licht*" (7).

D./Westberlin

Anmerkungen:

1) „Berliner Morgenpost", 19.6.
2) „Stachel", Zeitung der AL-Westberlin, Juni, und Anzeige der AL-Abgeordnetenhausfraktion in der „TAZ", 18.6.
3) Über den 17. Juni 1953 ist aus aktuellem Anlaß sehr viel geschrieben worden. Lesenswert sind neben Stephan Heym's Roman „5 Tage im Juni" auch „Der 17. Juni 1953" von Arnulf Baring, Beiträge in der „Zeit" (17.6.) und in der „FR" (18.6.).
Wie wenig von der These des „Arbeiteraufstandes gegen Ulbricht und Adenauer" zu halten ist, beweist die Berichterstattung der „FAZ" vom 18.6.. Die immer wieder vorgebrachten Forderungen des 17.6. lauteten, so die FAZ: „Rücktritt der Regierung, freie Wahlen, Senkung der Preise um 50%, Abschaffung der Arbeitsnorm, Freilassung der politischen Gefangenen". Im nebenstehenden Kommentar mit der Überschrift „Aufruhr" jedoch heißt es in großmachtchauvinistischer Manier: „Daß Berlin immer noch die eigentliche Hauptstadt des Reiches ist und daß sie den Anspruch hat, es eines Tages wieder ganz zu werden, hat ihre Bevölkerung durch keine Tat mehr bekundet als durch die Erhebung der Ost-Berliner Arbeiter".
4) Nach der Entmachtung Berijas im Juli 1953 warf das ZK der KPdSU diesem u.a. „Kapitulantentum" vor und tischte eine Agentenstory auf, was im „Neuen Deutschland" nachträglich dazu diente, Berija des Ausverkaufs der DDR an den Imperialismus zu bezichtigen. Wer weiß, wie politische Widersprüche in der Partei der Sowjetunion ausgetragen werden, kann sich schwerlich auf diese Aussagen zur Untermauerung der damaligen deutschlandpolitischen Ab-
getragen werden, kann sich schwerlich auf diese Aussagen zur Untermauerung der damaligen deutschlandpolitischen Ab-
sichten stützen, wie das unlängst der „Spiegel" in einer Story über den 17.6.53 gemacht hat.
5) Carstens nach „FAZ", 18.6.. Bemerkenswert ist, daß sich Carstens' außenpolitische Konzeption kaum von Konzeptionen einer „Europäisierung Europas" seitens einiger AL-Mitglieder unterscheidet, die die „Lösung der deutschen Frage" in ähnlichem Kontext sehen; die Differenz liegt nur auf innenpolitischem Gebiet, wo sich die AL von einer europäischen Großmacht abgrenzt.
6) „TAZ", 16.6.
7) Nach „Berliner Morgenpost" und „Tagesspiegel", 19.6..

Diskussionsgegenstand Todesschüsse:



Wertneutrale oder linke Polizeikritik?

Eine besonders dichte Folge von Todesschüssen sorgte in den letzten Monaten wieder einmal für eine erhebliche Beunruhigung der Öffentlichkeit. Die linksbürgerliche Presse — allen voran die FR — trat mit kritischen Kommentaren hervor. Ein Abgeordneter der SPD monierte öffentlich in der FR, daß ihm der Bonner wissenschaftliche Apparat auf sein Verlangen nach näheren Informationen keine offiziellen Statistiken zum Thema beschaffen konnte — außer dem Hinweis auf eine Dokumentation des KB aus der Russell-Reihe (Nr. 4) von 1977: „Jeder kann der nächste sein." (1). Grund: Bei der Polizei würden keine oder nur unvollständige Statistiken zum Thema polizeilicher Schußwaffengebrauch mit Todesfolge geführt. Jedenfalls werden sie nicht für parlamentarische oder sonstige öffentliche Kontrolle verfügbar gemacht.

Ausgerechnet in dieser Situation — auch vor dem Hintergrund, daß polizeilicher Schußwaffengebrauch gegen Menschenmengen in einigen Bundesländern schon Gesetz ist und die Schießkommandos der PSKs, MEKs und SEKs, polizeilicher Alltag sind, — bemüht sich die in Fachkreisen bekannte linke polizeikritische Zeitschrift CILIP darum, den „blinden Dokumentationen", „Dramatisierungen" und „Skandalisierungen" der linken Polizeikritik entgegenzutreten. In CILIP 12/82 erschien ein Aufsatz „Blut ist ein ganz besond'rer Saft — polizeilicher Schußwaffengebrauch im Wandel?", in dem nachgewiesen werden soll, daß das „*gesicherte Wissen einer polizeikritischen Öffentlichkeit, daß die Polizei schießwütig immer häufiger von der Waffe Gebrauch macht*" f a l s c h sei. In CILIP 13/82 (Anfang '83 erschienen) werden diese Ansätze unter dem Titel „Die hilflose Polizeikritik" noch genereller ausgebaut.

Bei aller Hochachtung vor der bisherigen wertvollen Arbeit der CILIP-Redaktion erscheinen uns doch diese Positionen für eine linke Polizeikritik außerordentlich fragwürdig. Im Folgenden ein paar Hinweise zur Auseinandersetzung.

Nichts genaues weiß man nicht

Nichts genaues weiß man nicht

In der Einleitung des Artikels „Schußwaffengebrauch im Wandel?" aus CILIP 12/82 heißt es: **„Gemessen an der Vielzahl tagtäglicher polizeilicher Gewalteingriffe, ist die Zahl der Fälle, in denen die bundesrepublikanische Polizei Schußwaffen mittelbar oder unmittelbar gegen Menschen einsetzt, gering"**. Aber schon in der Einleitung wird eingeschränkt: **„Da die seit Jahrzehnten geführten internen Statistiken über den polizeilichen Schußwaffengebrauch auf Bundes- und Länderebene nur sporadisch veröffentlicht werden, gibt es für die Öffentlichkeit kaum eine Chance, Tendenzen des Schußwaffeneinsatzes der bundesrepublikanischen Polizei zu beurteilen"**. Die ganze Untersuchung stützt sich dann auf (unvollständige) offizielle Polizeistatistiken aus nur zwei Bundesländern für die Jahre 1963 bis 1981. Außerdem liegt für die Jahre 1976 bis 1979 noch eine offizielle Bundesstatistik vor. — Gemessen an dem hochgestochenen Anspruch eine recht mickrige Grundlage! Um die Beschäftigung mit diesen mageren Statistiken noch als Untersuchung mit Beweiswert verkaufen zu können, jagt dann im folgenden ein inhaltlicher oder methodischer Vorbehalt den nächsten: Das Material aus zwei — nach CILIPs Meinung repräsentativen (woher diese Einschätzung genommen wird, bleibt unklar) — Bundesländern lasse „*eine erste vorsichtige Interpretation über Häufigkeit und Ergebnis polizeilichen Schußwaffeneinsatzes ...*" zu. Oder an anderer Stelle: „*Das bisher präsentierte Material ist zu dürr* (wie wahr!!!), *um Aussagen darüber zu machen, ob der Strukturwandel der Polizei in den siebziger Jahren*" Einfluß auf die Anlässe des Schußwaffengebrauchs hatte. — Oder: „*Die Bewertung der situativen Momente tödlichen Schußwaffeneinsatzes steht unter einem für uns nicht lösbaren methodischen Vorbehalt*".

Auf dieser Grundlage kommt CILIP dann zu seiner „vorsichtigen(?) Interpretation": **„Auf der Ebene dieses Materials läßt sich die These nicht untermauern, daß die bundesdeutsche Polizei in den letzten zwanzig Jahren immer häufiger und mit immer härteren Folgen für den Bürger zur Schußwaffe gegriffen hätte"**. Beendet wird der Artikel mit einem Resumee von wahrhaft salomonischer Bedeutung: „*Es ist erstens festzustellen* (wieder unter methodischem Vorbehalt, Anm. AK), *daß eine Tendenz zum immer häufigeren Schußwaffeneinsatz mit einer wachsenden Zahl von Todesfällen nicht erkennbar ist. Umgekehrt ist aber auch festzustellen, daß eine bessere apparative Ausrüstung mit tödlichen und sogenannten unschädlichen Waffen (...) sowie die verbesserte Ausbildung im sicheren Umgang mit Schußwaffen und die Spezialisierung von Beamten in Form von SEKs und MEKs nicht zu einem Rückgang von Todesfällen als Folge polizeilichen Schußwaffeneinsatzes geführt hat*".

Form von SEKs und MEKs nicht zu einem Rückgang von Todesfällen als Folge polizeilichen Schußwaffeneinsatzes geführt hat".

Mal abgesehen davon, daß an anderer Stelle des Artikels behauptet wird, daß „*der Einsatz dieser Spezialagenten mit besonders trainierten Schießfähigkeiten (...) die tödliche Lösung von Konflikten*" vorprogrammiert, zeigt CILIP mit dieser diplomatischen Zusammenfassung der Untersuchung zweier magerer Statistiken nichts, — außer, daß auch CILIP aus einem Furz keine gelbe Farbe machen kann!

Aufgaben linker Polizeikritik

Ehrlicher wäre es bestimmt gewesen, zuzugeben, daß auch CILIP keine konkrete, aussagekräftige Untersuchung vorlegen kann. Daß aber in dem ganzen Artikel an keiner Stelle der Versuch unternommen wird, die (unvollständigen) Polizeistatistiken zu überprüfen, geschweige denn der Polizei nachzuweisen, daß die Statistiken bewußt vor der Öffentlichkeit zurückgehalten werden und in ihrer Dürftigkeit allein schon ein Indiz für Vertuschungsabsichten sind, empört uns schlichtweg!

In dieser Beziehung ist nämlich selbst die Polizeigewerkschaft GdP in ihrer Kritik radikaler, wenn sie in der Mai-Ausgabe '83 von „Deutsche Polizei" schreibt: „*In einer Demokratie hat die Öffentlichkeit ein Recht darauf zu wissen, wie die Polizei als Trägerin des staatlichen Gewaltmonopols ihre Machtmittel einsetzt. Hier setzt die erste Kritik an: nur in wenigen Fällen veröffentlichen die Länderinnenministerien von sich aus solche Statistiken; (...). Warum aber kommt die Innenministerkonferenz, die mindestens vierteljährlich tagt, nicht auf die Idee, von sich aus jedes Jahr die Zahlen auch ungefragt auf den Tisch zu legen?*"

Warum ist ausgerechnet CILIP mit so viel Blindheit geschlagen, daß es aus dem Nichts „vorsichtige Interpretationen" und „methodische Vorbehalte" hervorzaubert, anstatt auf das Nächstliegende zu kommen, nämlich zur **Kritik der immer weitergehenden Unkontrollierbarkeit der Polizei**?!

Wie in dem Artikel festgestellt wird, gibt es „große Erhebungsprobleme", was Ermittlungsverfahren oder Verurteilungen von polizeilichen Todesschützen betrifft. Auch an diesem Punkt hätte bei CILIP der Groschen fallen müssen!

Wie weit der Grad an Unkontrollierbarkeit der Polizei in der Frage des Schußwaffeneinsatzes schon entwickelt ist, das wäre doch ein lohnenswertes Untersuchungsthema gewesen, wenn CILIP schon die Rahmenbedingungen für den polizeilichen Schußwaffengebrauch untersucht (und zur konkreten Schußwaffengebrauchs-Entwicklung mangels Materiallage eh nichts sagen kann).

Für eine elementare Aufgabe fundierter und vor allem linker Polizeikritik halten wir darüber hinaus, daß nicht nur bruchstückhafte offizielle Polizeistatistiken untersucht werden, sondern auch linke Publikationen zu diesem Thema. Die sind zwar zugestandenermaßen dünn gesät, aber wir hätten doch zumindest erwartet, daß CILIP zur **Überprüfung der Polizeistatistiken** unsere Dokumentation „Jeder kann der Nächste sein" (1) heranzieht, in der die polizeiliche Todesschußpraxis von 1971 bis 1978 dokumentiert und kommentiert ist.

„Verharmlosung betreibt, wer sich nur auf (polizeioffizielle) Veröffentlichungen stützt ..., ohne Mißbrauchsmöglichkeiten aufzuzeigen. Solche Untertreibung trägt dazu bei, daß sich im Dunkel der Geheimsphäre rechtswidrige Praktiken entwickeln, ohne daß es einer kritischen Öffentlichkeit möglich ist, rechtzeitig für Kurskorrekturen zu sorgen."
(Jochen Bölsche: Der Weg in den Überwachungsstaat. - Reinbek, 1979. -
zitiert nach: CILIP (!!) 13/82)

Wem nützt es, wenn CILIP — wohl in Abgrenzung zur „Dramatisierung von Einzelfällen" — betont: „*So erfol-*

Wem nützt es, wenn CILIP — wohl in Abgrenzung zur „Dramatisierung von Einzelfällen" — betont: „*So erfolgen jährlich hunderttausende vorbereitete Festnahmen, die ohne Schußwaffeneinsatz ablaufen, so gibt es hunderttausende Verkehrskontrollen ohne Todesfälle ...*" (Gibt's vielleicht noch ungenauere Zahlen?? Anm. AK)? Mensch sollte denken, daß eine vorbereitete Festnahme oder eine Verkehrskontrolle g r u n d s ä t z l i c h kein Anlaß für einen polizeilichen Todesschuß sein darf, oder hat, sich die Gewöhnung an den Todesschußalltag auch schon in den CILIPschen Gemütern breit gemacht?

Ebenso daneben ist der Schluß des Artikels: „*In letzter Zeit mehren sich in der Bundesrepublik wieder Stimmen, die den Einsatz von Schußwaffen bei Demonstrationen zur Diskussion stellen oder gar fordern. Zwar läßt das Polizeirecht der Länder unter spezifischen Bedingungen den Schußwaffeneinsatz gegen Demonstranten zu. Der letzte Fall des angeordneten Schußwaffeneinsatzes gegen Demonstranten in der Bundesrepublik liegt jedoch immerhin 30 Jahre zurück*" (Es folgt ein Hinweis auf die spanische Schußwaffenpraxis). — Von einer linken Polizeikritik erwarten wir, daß sie (auch) auf die Bedingungen eingeht, die hier und heute für den Schußwaffeneinsatz gegen Demonstranten bestehen, anstatt einen Ausflug in die spanische Schußwaffenpraxis oder in die westdeutsche Geschichte von 1952 zu machen.

1) Anti-faschistische Russell-Reihe Bd.4: „Jeder kann der nächste sein"; Dokumentation der polizeilichen Todesschüsse seit 1971 und ihre Legitimation. — Hamburg: Reents, 1978

Zum Thema Polizeientwicklung empfehlen wir:
CILIP-Informationsdienst: Bürgerrechte und Polizei
Verlag CILIP
Winklerstr. 4a
1000 Berlin 30

Antifa-Kommission/KB Gruppe Hamburg

Tabelle 5

Situative Aspekte der Todesschüsse 1976 - 1981

Zahl der Fälle: 6o

a)		b)		
Familienstreitigkeiten/Geisteskranke	9	Erschossene bewaffnet:	25	(davon 6 Schreckschuß-/Gaspistolen, 2 Handgranaten
Geiselnahme (mit finalem Todesschuß)	5 (3)	davon: Waffen eingesetzt:	12	(davon 2 gezündete Handgranaten)
Routine-Verkehrs-/Straßenkontrolle/Kontrollstellen	4	Verletzte Beamte:	12	(davon 2 durch Kollegenkugeln)
Initiativ-Festnahmen bzw. Kontrollen	7	Getötete Beamte:	2	
ad-hoc-Straftatenvereitelung	14	SEK/MEK/Scharfschützeneinsatz:	1o	(davon 2 ad-hoc-Situationen)
Fluchtversuch	2	Polizeiaktion mit Vorbereitungszeit:	28	(von 55 Fällen)
vorbereitete Festnahme	19			
Insgesamt	6o Fälle			

aus: CILIP 12/82, S. 11

Die "Alten Herren" der jungen Kameraden

Sie würden von „alten Kameraden" gefördert — so beantwortete Michael Kühnen immer wieder die Fragen nach Unterstützern seiner „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten" (ANS/NA). Daß die ANS/NA ihre Aktivitäten aus Beiträgen der Mitglieder allein kaum besteiten kann, scheint klar, zumal Kühnen im internen Rundbrief „Innere Front" sogar seinen Rücktritt angedroht hatte für den Fall, daß er weniger als 1.000,- DM pro Monat aus der Organisationskasse erhielte. Einige der alten Herren könnten solche Beträge sicher „mit rechts" locker machen. Doch es wäre falsch, diese Herren nur unter dem Gesichtspunkt der Geldquelle für die ANS/NA zu betrachten. Zumindest einige von ihnen scheinen die ANS/NA und ihr Konzept aus eigenen politischen Erwägungen heraus für unterstützenswert oder zumindest diskutabel zu halten. Sehen wir uns also einige dieser „Alten Herren" etwas genauer an.

Carlus Baagoe

90 Jahre alt, wohnhaft in Hamburg 60, Wesselyring 63; Hauptmann a.D..

Bei Baagoe fand Michael Kühnen nach seiner Haftentlassung zumindest offiziell Unterschlupf. Schon bei Kühnens erster Bande, 1977/78, war Baagoe der Mann im Hintergrund, der bei verschiedensten Anlässen „den Jungs" nach vollbrachter Provokation die Biere bezahlte.

In der neueren neofaschistischen Vergangenheit machte Baagoe Anfang der 70er Jahre von sich reden, als er im „Hamburger Abendblatt" per Annonce sogenannte „Vergasungszeugen" suchte; zusammen mit dem ehemaligen SS-Mann in Ausschwitz, Thies Christophersen, wertete Baagoe die fehlende Resonanz auf diese Annonce als Beweis dafür, es habe keine Vergasungen gegeben.

Anfang 1982 tauchte Baagoe als Mitglied eines „Weltbundes gegen Geschichtsfälschung" auf und verbreitete ein Pamphlet, das an die Nazi-Agitation gegen die „jüdische Weltverschwörung" erinnerte. Der „Weltbund..." beabsichtigte damals die Herausgabe einer Monatsschrift „Der neue Beobachter".

Der „Weltbund gegen Geschichtsfälschung" ist Mitglied des im Januar vom Altnazi Erwin Schönborn ins Leben gerufenen „National-Deutschen Senats" (NDS), in dem außer dem „Weltbund" sämtliche Schönborn-Vereine vertreten sind, so u.a. die „Arbeitsgemeinschaft nationales Europa" (ANE), der „Kampfbund Deutscher Soldaten", die NSDAP („Nationalsozialistische Demokratische Arbeiterpartei"), der „Flieger-Club Hanna Reitsch", die „Gesamtdeutsche Arbeitsgemeinschaft" (GDA), die „Grüne Aktion Deutschland" des Schörnborn-Freundes Eberhard Engelhardt, die „Unabhängigen Freundes-
Schörnborn-Freundes Eberhard Engelhardt, die „Unabhängigen Freundes-
kreise aller Waffengattungen", die „BI für die Todesstrafe gegen Pornographie und Sittenverfall", die „Unabhängigen Freundeskreise", der „Stahlhelm"-Landesverband Rheinland-Pfalz sowie Dr. Robert Dollinger, Chef der „BI zur Rettung des deutschen Volkes" und Walter Dahl, Mitinitiator der „Initiative für Ausländerbegrenzung", die von National-Zeitungs-Chef Dr. Frey propagiert wird.

Baagoe hat bislang vier antisemitische Bücher veröffentlicht, die vom „Orden vom Reichsbekenntniskreuz" (hervorgegangen aus dem alten „Bund der Aufrechten") verlegt wurden. Dessen Chef J.V. Stolzenhain und weitere Mitglieder traten als Leserbriefschreiber des öfteren in Christophersens „Bauernschaft" in Erscheinung.

Baagoe gehört also als Förderer Kühnens und der ANS/NA zum ganz harten Kern des alten Nazismus, der in Kühnens Bande seine Nachfolger sieht.

Anfang Januar 1983 schließlich fanden sich in Hannover/Langenhagen antisemitische „Holocaust"-Flugblätter, für die Carlus Baagoe verantwortlich zeichnete. Über ihn hieß es in den Schmierblättern, er sei „Förderndes Mitglied der Deutschen Bürgerinitiative gegen Kriegsschuld- und Vergasungslüge"; verantwortlich: Edgar Geiss, 2151 Beckdorf. Und eben bei diesem Geiss zu wohnen, ist Baagoes Untermieter Kühnen bei Strafe verboten. Fragt sich nur, ob der alte Tattergreis Baagoe tatsächlich selbst die Flugblätter verfaßt hat oder ob er seinen (mutmaßlichen) „Jagdschein" als juristische Rückendeckung für die jüngeren Kameraden eingesetzt hat.

Otto Franz Riehs

Von offenbar ähnlichem Kaliber ist Otto Franz Riehs, Ritterkreuzträger und Taxiunternehmer in Frankfurt (Frankenallee 40). Er zeichnete als Vorsitzender eines „Freundeskreis Deutsche Politik" verantwortlich für den Aufruf zur Nazi-Provokation am 30.4./1.5.83 in Bad Bergzabern/Pfalz, wo sich unter Führung Kühnens etwa 50 Nazis trafen, um die Gründung einer „ANS-Betriebsorganisation" und eines „Mädelbundes" bekanntzugeben.

Otto Franz Riehs, der schon 1968 für die NPD bei den Frankfurter Kommunalwahlen kandidierte, war u.a. auch Kontaktmann für Schönborns „NSDAP", und ist Mitglied der „Hilfsorganisation Nationaler Gefangener" (der HNG gehören alle ANS-Kader automatisch an).

Willi Krämer

Anfang 1983 geisterte durch einige Presseberichte die Nachricht, Kühnen wolle nach Göttingen umziehen. Kühnen selbst bestätigte Kontakte zu einem Mitarbeiter von Goebbels nach Göttingen, bestritt aber Umzugsabsichten. Dieser „Alte Herr" ist Willi Krämer, Alt-Mitglied der NSDAP und dort bis zum Adjudanten von Goebbels im Reichspropagandaministerium aufgestiegen. Seine Lebenserinnerungen über seine Nazi-Vergangenheit werden in der „Inneren Front" allen ANS/NA-Kadern wärmstens ans Herz gelegt, wobei ein nicht unerheblicher Teil des Kaufpreises an die ANS/NA-Kasse abgeführt wird.

Krämer, der mittlerweile sogar zum Ehrenvorsitzenden der ANS/NA avancierte, war Anfang der 50er Jahre Göttinger Kreisvorsitzender der „Sozialistischen Reichspartei", die 1952 verboten wurde. Im Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Verbot der SRP spielte u.a. ein Brief von Willi Krämer eine Rolle, in dem er die NSDAP als die „große Vorgängerin der SRP" bezeichnete (Es sei hier nur am Rande angemerkt, daß die ANS/NA bis heute all das offen betreiben kann, was bei der SRP fürs Verbot ausreichte).

Dr. Ernst Sellnau

Dr. Ernst Sellnau

Arzt aus Lübeck; Praxis: Moislinger Allee 22, 2400 Lübeck; privat: Schloß Rondeshagen, 2401 Rondeshagen.

Auf die Spur Sellnaus führte eher ein Zufall: Anfang Juni traten in Lübeck zum ersten Mal ca. 40 Nazis auf, die über zwei Tage hinweg ANS/NA-Flugblätter verteilten, nachdem sie tags zuvor dasselbe schon in Hamburg-Bergedorf getan hatten. Unter den in Lübeck Anwesenden waren auch ca. 10 Lübecker Jungnazis, von denen Michael Jordt schon beim Nazi-Treff in Bad Hersfeld aufgefallen war; er wird gemeinsam mit Jens Friese und Holger Evers beschuldigt, antisemitische und ausländerfeindliche Parolen geschmiert zu haben. Auf dem in Lübeck verteilten Flugblatt der ANS/NA wurde ein Postfach in Krummesse bei Lübeck als Kontaktadresse des „Stützpunkt Lübeck" der ANS/NA angegeben. Dieses Postfach gehört Dr. Ernst Sellnau, der bequem zwischen Praxis und Wohnung dort vorbeifahren kann.

Bei der Landtagswahl 1954 kandidierte Dr. Sellnau für die Deutsche Reichspartei. 1964 kaufte er von seinem ehemaligen Parteifreund Adolf Sierig das Schloß Rondeshagen, das er in den letzten 14 Jahren für ca. 1 Million DM renovieren ließ. Seit 1971 agiert Dr. Sellnau führend für die „Deutsche Volksunion" des Dr. Frey, als dessen Vertreter ihn sogar der schleswig-holsteinische Verfassungsschutzbericht einmal namentlich erwähnte.

Otto-Ernst Remer

Zeitgleich mit der antifaschistischen Demonstration in Bad Hersfeld gegen das Pfingsttreffen der Waffen-SS, wo auch Kühnen unter dem Schutz der Polizei mehrere Stunden Flugblätter verteilen durfte, versammelten sich in Schönau bei Freiburg ca. 90 Faschisten zur traditionellen „Schlageter-Gedenkfeier". Ursprünglich von der NPD für ein Wochenende später angekündigt, hatte jetzt ein „Bund deutscher Nationalisten" die Initiative für das vorverlegte Treffen ergriffen.

Schlageter, der in Schönau begraben ist, wurde nach 1933 von der NS-Propaganda zum Märtyrer hochstilisiert; er war Freicorps-Mitglied und wurde während der Ruhrkämpfe 1923 von den französischen Truppen als brauner Terrorist erschossen.

50 Jahre nach 1933 und 60 Jahre nach Schlageters Tod versammelten sich also 1983 nicht nur die Nazis der örtlichen NPD wie all die Jahre zuvor, sondern es kamen, wie einer der Organisatoren vermerkte, Funktionäre „aller wichtiger natioanlistischen Gruppen und Organisationen", darunter u.a. Otto-Ernst Remer, der für seine Rede besonders viel Beifall erhielt. Remer, ehemals Generalleutnant und Kommandeur des Berliner Wachbataillons, hatte maßgeblichen Anteil an der Verfolgung der Männer vom 20. Juli 1944. Nach '45 war Remer 2. Vorsitzender der Sozialistischen Reichspartei und setzte sich nach deren Verbot nach Syrien ab. Seit 1981 lebt Remer in einem Dorf im Allgäu.

Am 14.2.82 gründete Remer gemeinsam mit Lisbeth Grolitsch von der „Deutschen Kulturgemeinschaft" in Österreich einen „Freundeskreis Ullrich von Hutten", der in den „Huttenbriefen — Für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht" für Remers Bücher und Ansichten wirbt. Im Rahmen des „Freundeskreises" soll binnen 2 Jahren eine „Führungsmannschaft" aufgebaut werden, „die im charakterlichen, weltanschaulichen und politischen Sinne Elite sein muß".

Europa sei der „Lebensraum der arischen Rasse" und die „Rassenfrage" der „Schlüssel zur Weltgeschichte".

Remer, der die „Wende der politischen Verhältnisse" herbeiführen will und dabei an der Regierung Kohl keinen braunen Faden läßt, war in den letzten 18 Monaten Redner bei den verschiedensten rechtsradikalen Vereinen, so u.a. am 21.11.82 bei der „Deutschen Volksunion" in Lübeck (Dr. Sellnau, ick hör dir trapsen?), am 27.11.82 bei der Wiking-Jugend in Wilhelmshaven und Ende März '83 in Hannover vor Mitgliedern von NPD, DVU, „Deutschem Kulturwerk Europäischen Geistes" und der Rassisten-„Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung". Offenbar ist Remer, der vor allem den Beifall der jungen Teilnehmer findet, heute einer derjenigen Nazi-Figuren, die quer
bar ist Remer, der vor allem den Beifall der jungen Teilnehmer findet, heute einer derjenigen Nazi-Figuren, die quer
durch alle bestehenden Organisationsgrenzen hinweg Gehör findet. Allein auf dreien der insgesamt 5 Treffen, die Thies Christophersen 1982 im Ausland veranstaltete, war Remer der Hauptredner.

Ein erstes offizielles Treffen zwischen Remer und Kühnen hat auch schon stattgefunden: Am 29.3.83 in Lüneburg.

Aus für gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen werden derzeit die Kühnen-Bande und Remers Verein (der auch als „Bund der Bismarck-Deutschen" firmiert) als wichtigste Vertreter eines sogenannten „Anti-Hitlerismus" in der Nazi-Szene bezeichnet. Hierbei meint „Anti-Hitlerismus" lediglich eine stärkere Betonung des sozialdemagogischen Aspektes der alten NSDAP, der sich propagandistisch mit den Personen Röhms und der Brüder Strasser verbindet. Hinzu kommt bei diesen Gruppen eine moderne Variante des klassischen „Anti-Amerikanismus" der westdeutschen Rechten sowie ein militanter Rassismus (Wobei mensch sich natürlich fragt, warum die Frühstückpostille eines Teils der Linken angesichts solcher Programmatik Magenschmerzen bekommt, wenn es um angebliche „Verwechslungsmöglichkeiten" zwischen rechts und links geht...).

Bemerkenswert an diesen neueren Entwicklungen ist, daß offenbar grössere Teile der etablierten Rechten (NPD, DVU, DKEG, usw.) die in den vergangenen Jahren Zeter und Mordio schrien, wenn sie mit Kühnen in einen Topf geworfen wurden, heute ganz offen Fragen diskutieren, wie sie eben u.a. auch von Kühnen gestellt werden. Denn daß es so wie bisher für die Nazis nicht weitergehen kann und daß sie sich einiges werden gefallen lassen müssen, um politisch wieder Gewicht zu erlangen, das muß mittlerweile auch dem verblödetsten Rechtsradikalen klar geworden sein.

Antifa-Kommission KB/Hamburg

Die Parole "Aufhebung des NSDAP-Verbots" ist verfassungsfeindlich

„Der Nationalsozialismus, auf dem die NSDAP fußte, leugnete die Grundprinzipien einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Wer für ihn werbend eintritt (z.B. ‚Aufhebung des NSDAP-Verbots'), stellt damit zugleich die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland in Frage (vgl. EOVG Berlin 5,59)".

Dies ist einer der Kernsätze aus der Verbotsverfügung gegen die Volkssozialistische Bewegung Deutschlands vom 14. Januar 1982, erlassen vom damaligen Innenminister Baum und als ein Beispiel der „demokratischen Wachsamkeit" im neuen Verfassungsschutzbericht 1982 herausgestellt.

Es ist geradezu erstaunlich, wie wenig politische Staatsanwälte doch offenbar lesen, denn in den vergangenen Monaten wurden mehrfach Verfahren gegen Kühnens ANS/NA eingestellt mit der Begründung, die Forderung nach „Aufhebung des NSDAP-Verbots" sei nicht strafbar.

Nicht nur wegen dieses Satzes ist das VSBD-Verbot interessant. Faßt mensch zusammen, was alles an Begründung für das Verbot einer neonazistischen Gruppierung benutzt wird, so wird schlagend deutlich, daß entgegen allen anderslautenden Erklärungen nahezu j e d e Nazi-Gruppe verboten werden könnte und müßte. Es wird umgekehrt daraus aber auch deutlich, daß die Tatsache, daß z.B. die ANS/NA n i c h t verboten wird, eben nicht aus verfassungsrechtlichen Gründen, sondern allein von politischen Überlegungen her begründet ist.

So zählen im Einzelnen zu den Verbotsbegründungen gegen die VSBD (dieselbe Begündung könnte in allen wesentlichen Gründen auf die ANS/NA angewandt werden):

1. Das Bekenntnis zum Nationalsozialismus, insbesondere zum 25-Punkte-Programm der NSDAP (Eben dieses 25-Punkte-Programm ist auch Grundlage der ANS/NA);
2. Die Übernahme von NS-Symbolen, der Hakenkreuzfahne nachempfundene Fahne, die schwarze Uniformierung, die Feier von NS-Gedenktagen etc.; dies alles begründet die Aussage: *„Die VSBD/PDA ist in Zielsetzung und öffentlichem Auftreten der früheren NSDAP wesensverwandt"*. (Anderes ließe sich über die ANS/NA auch nicht sagen).
3. Die VSBD setzt das Ansehen der Organe der Bundesrepublik Deutschland und Ihrer Träger systematisch herab; den Parteien wird ein *„erheblich gestörtes Verhältnis zu Recht und Gesetz vorgeworfen"*. Interessant ist, daß zur Begründung dieses Vorwurfs an die VSBD folgender Satz beigezogen wird: *„Das Parteienspektrum sichert die Entrechtung des deutschen Volkes und schickt Freiheitskämpfer in den* *Parteienspektrum sichert die Entrechtung des deutschen Volkes und schickt Freiheitskämpfer in den* *Kerker"* — vergleichsweise harmlos gegenüber dem, was Kühnen an Terror ankündigt, falls die NSDAP nicht zugelassen werden würde;
4. Der Rassismus und Antisemitismus der VSBD;
5. Ebenso zu den Verbotsgründen wird gerechnet, daß führende Mitglieder der VSBD schon mehrfach einschlägig vorbestraft sind;
6. Auch die VSBD hatte in ihrem Statut den Passus stehen, daß sie die „bestehende Gesellschaftsordnung mit demokratischen Mitteln" verändern will. Lapidar bemerkt die Verbotsverfügung, daß sich die VSBD von dieser Aussage gelöst habe; angeführt werden Äußerungen von Mitgliedern, in denen sie sich für gewalttätige Mittel aussprechen. Außerdem wird gegen die VSBD ins Feld geführt, daß eine Reihe von Mitgliedern sich schon terroristisch betätigt hatten. (In diesen Punkten verhält sich Kühnen vorsichtiger — bis heute zumindest).

Werden die Punkte 1-6 in der Verbotsverfügung gegen die VSBD im Wesentlichen angeführt, um die Gesetzmäßigkeit des Verbots zu begründen, enthält der 2. Teil noch die Begründung, warum das Treiben der VSBD nicht länger hingenommen werden könne (Verhältnismäßigkeit).

Hierzu wird besonders gezählt, daß

1. Die VSBD eine Sog-Wirkung im rechten Lager ausübe;
2. Insbesondere die „NSDAP/AO" in der VSBD arbeite;
3. Sie intensive Kontakte zu Neonazis ins Ausland unterhalte;
4. Weniger einschneidende Maßnahmen gegen Funktionäre und Mitglieder keine Erfolgsaussichten hätten.

Was diesen letzten Punkt betrifft, so sei hier daran erinnert, daß Kühnen in dem internen Rundbrief der ANS/NA, „INNERE FRONT", schon detaillierte Richtlinien für das Weiterarbeiten nach einem Verbot erlassen hat. Bei der VSBD hat diese Überlegung natürlich auch eine Rolle gespielt. In der Verbotsverfügung gegen die VSBD allerdings wurde die Gefahr des „Abtauchens" dafür herangezogen, die Auflösung ohne Aufschub auch durchzuführen; unmittelbar nach der Zustellung der Verfügung an VSBD-Chef Busse wurde sämtliches bekannte VSBD-Material beschlagnahmt, Wohnungen durchsucht, internes Material sichergestellt etc.

Und noch eins: Der VSBD ist es verboten, Ersatzorganisationen zu bilden oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzuführen. Immerhin ist der Frankfurter ANS/NA-
boten, Ersatzorganisationen zu bilden oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzuführen. Immerhin ist der Frankfurter ANS/NA-
Verein eine nahtlose Fortsetzung erst der WSG-Hoffmann und dann der VSBD.

(Der Text der Verbotsverfügung gegen die VSBD ist abgedruckt in „Innere Sicherheit", Heft 61, 17.2.82, herausgegeben vom Bundesinnenministerium).

Antifa-Kommission Hamburg

Antisemitisches "Mensch ärgere Dich nicht"

Nach 6 Monaten nun endlich Ergebnisse?

Am 20. Juni war die Überraschung perfekt: Auf einer Pressekonferenz wurde bekanntgegeben, daß nunmehr gegen zwei bislang nicht weiter auffällig gewordene Rechtsradikale Anklage erhoben werden soll, weil sie ein antisemitisches Würfelspiel verbreitet hätten. Dieses „Spiel" „Jude ärgere Dich nicht" war in den letzten Monaten anonym an jüdische Einrichtungen, Altersheime, Rathäuser etc. verschickt worden. Der Herstellungsort war fingiert als „Druck und Verlag Original Brotzeburger" angegeben.

Wie ebenfalls bekannt wurde, soll das „Spiel" vor allem im Raum Köln und Bonn insbesondere an zwei Privat-Gymnasien durch Mitglieder der „Wiking-Jugend" und ehemalige (?) Angehörige der „Wehrsportgruppe Hoffmann" vertrieben worden sein. Für Fotokopien soll in Schülerkreisen bis zu 50,- DM gezahlt worden sein. Die Spielanleitung ist übelster Antisemitismus: Die gelben Spielsteine für die gläubigen Juden, die roten für die politischen Juden, rosa für die Schwulen, und die grünen für die, die „Leute bescheißen" (der Grüne Winkel war Kennzeichen der sogenannten „Berufsverbrecher" in den Nazi-KZ's). Ziel des Spiels ist es, möglichst schnell von der Ausgangsstellung (6 Nazi-KZ's) in das Zentrum (Die Gaskammer) zu gelangen.

Ganz entgegen den Meldungen von Mitte Juni, wo der Eindruck erweckt wird, das Spiel sei gerade jetzt erst bekannt geworden und nur in wenigen Exemplaren verschickt worden, steht die Tatsache, daß diese Provokation seit dem 50. Jahrestag, also knapp 6 Monate lang, vertrieben worden ist. Empfänger waren dabei nicht „nur" — schlimm genug! — jüdische Einrichtungen (davon gibt's ja nicht viele), sondern eine große Zahl von jüdischen Einzelpersonen; spätestens seit Februar liegen diverse Anzeigen gegen „Unbekannt" vor.

Vom Bundesjustizminister sind anläßlich dieser Schweinerei erneut neue Gesetze gegen Nazi-Propaganda angekündigt worden. Wie wäre es mal abwechslungsweise mit Taten, beispielsweise mit dem Verbot der „Wiking-Jugend", die ja offenbar in die Verbreitung des „Spiels" einbezogen war? Oder hält der Justizminister diese Art von Jugendarbeit, in der Aufstachelung zum Rassenhaß, Antisemitismus und Anleitung zum Terror zwar nicht in der Satzung verankert ist, dennoch nachweisbar zur täglichen Praxis gehört, nach wie vor für „gesetzesmäßig"?

Antifa-Kommission

Repression gegen den WAA- Widerstand in der Oberpfalz

Erst mundtot machen - Dann zuschlagen

Bereits 1981 wurden die ersten Weichen gestellt, um den Widerstand gegen die WAA rechtzeitig unter Kontrolle zu bekommen: Der Leiter der Abteilung „Öffentliche Sicherheit und Ordnung" im Münchner Innenministerium (!), Karl Krampol, wurde zum Oberpfälzer Regierungspräsidenten ernannt. Die Koordination zwischen Innenministerium und Regierungspräsidium sollten offensichtlich von vornherein gewährleistet sein.

Strauss: Auch Einsatz von CS-Gas!!

Im Sommer 1982 wurde bekannt, daß Strauß *„unter dem Eindruck der stark frequentierten Demonstrationen gegen die geplante WAA im Gebiet Schwandorf"* (NT, 4.8.82) genau diesem Regierungspräsidenten Krampol die Weisung erteilt hat, künftig *„durch härteres Durchgreifen für absolute Ruhe zu sorgen"* (s.o.). Dabei hat Strauß ausdrücklich den Einsatz von CS-Gas erwähnt.

Diese Äußerungen, die Krampol einem BI-Vorstandsmitglied gegenüber wiederholt hatte, wollte er im Nachhinein nicht mehr kennen: *„Solche Weisungen gibt es nicht, und sie wären auch entbehrlich"*.

Doch bevor Repressionen mittels des Polizeiapparates Verwendung finden sollten, wurden zunächst andere Ebenen ausgeschöpft.

BGS-Werbekampagnen

Seit langem sind in den örtlichen Zeitungen seitenlange Berichte über die Arbeit des BGS zu finden. Der BGS selbst lädt gezielt zu eigenen Veranstaltungen Vertreter der Behörden, Schulen, Industrie und Politik ein, *„um falsche Vorstellungen zu korrigieren"* (NT, 29.11.82). *„Von der schwierigen und überaus gefährlichen Alltagsarbeit des BGS erfuhr man im Bild von den Einsätzen der Schwandorfer Truppe in Brokdorf, an Bohrstellen, beim Ausbau der Startbahn West und bei Einsätzen nicht leichter Art in Gorleben"*, so die Berichterstattung.

„Erste Stufe des Terrors"

Ende September 1982 konnte man als Schlagzeile die Äußerung des „Umwelt"Ministers Dick lesen: „Erste Stufe des Terrors". Gemeint waren damit Zwischenrufe von WAA-Gegnern bei einer CSU-Veranstaltung und speziell des ersten Sprechers der BI Schwandorf, Familienrichter und CSUler Fritz Burkhard, der wegen seiner gezielten Zwischenfragen handgreiflich aus dem Saal befördert wurde.

Maulkorberlaß in Bayern — „Wie unter Hitler"?!

Maulkorberlaß in Bayern — „Wie unter Hitler"?!

Ab 1. Mai gibt es jetzt in Bayern schriftlich verordnete Repressionen: Die neue Richtlinie verbietet Bayerns Beamten und Richtern *„Kritik an den Verfassungsorganen in gehässiger, agitatorischer und aufhetzender Weise"*. Sie verpflichtet die Staatsdiener sogar, *„Entscheidungen der Regierung im Rahmen ihrer dienstlichen Tätigkeit zu unterstützen und zu fördern sowie alles zu unterlassen, was die Durchführung dieser Entscheidungen behindert."* (NT, 7.4.83). Diese Verhaltensmaßregeln seien auch bei der Betätigung in BIs zu beachten.

Genau auf diesen letzten Punkt hat es die Staatsregierung abgesehen, nachdem sich in den BIs in SAD und Mitterteich (Geplantes Zwischenlager für leicht- und mittelradioaktive Abfälle) auch der CSU angehörende Beamte teilweise sogar maßgebend engagieren (s.o.).

Weiter heißt es in der Verordnung: *„Das kann auch die Pflicht umfassen, sich im gegebenen Fall von Kräften zu distanzieren, die mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht vereinbare Ziele verfolgen!"*

Weder im Bund noch in anderen Ländern wurden bisher so weitgehende Verhaltenseinschränkungen erlassen. Gerade im Januar war ein Urteil des Münchner Verwaltungsgerichts rechtskräftig geworden, wonach einem in der GEW organisierten Lehrer das Recht zugestanden wurde, im Rahmen seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit *„Kritik in spöttischer Polemik"* zu üben.

Hier soll per Verordnung das Gerichtsurteil aufgehoben werden, auf daß sich keine engagierten Richter und Beamte mehr darauf stützen können.

Einzelne Schulämter haben inzwischen bereits ihre Direktoren angewiesen, alle Lehrer auf den Erlaß aufmerksam zu machen. *„Niemand soll sagen können, er habe von der Bekanntmachung nichts gewußt"*, so der für das Beamtenrecht zuständige Finanzminister Streibl. **Die Verordnung sei vor dem Hintergrund zu sehen, *„was uns im Herbst noch bevorsteht"*, so der Bau der WAA und die mögliche Raketenstationierung.**

Herbert Huber von der CSU: *„Das Recht auf freie Meinungsäußerung hat seine Grenzen"* (NT, 11.5.83) — Strauß wird schon wissen wo! Er kann immerhin auf eine 200jährige Tradition von Beamtenerlassen aus dem Kaiserreich, der Weimarer Republik und im Dritten Reich zurückblicken.

Inzwischen gibt es jedoch auch ein breites Widerstandsspektrum: vom DGB zur DAG, vom Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverband bis zum Richterverein, von den GRÜNEN bis zur FDP. Einige Richter und die GEW wollen Klage erheben.



Mit Nagelbrettern, MP's und Diensthunden gegen ein Brecheisen, eine Reitpeitsche und sechs Fichtenknüppeln

Personen- und Fahrzeugkontrollen auf dem Weg nach SAD

Nacht- und Nebelaktion — oder Bayer. Innenministerium = Oberstes Gericht?

Ein Wochenende vor der für den 21.5. geplanten Großdemo am Bauplatz der WAA errichteten WAA-Gegner auf einer Privatwiese gegenüber dem Baugelände ein Mahnmal, einen 12 m hohen Turm. Am folgenden Montag gab es ziemlichen Wirbel darum. U.a. erschien ein Vertreter des Innenminsteriums am Ort des Geschehens und erklärte: Bis Samstag (Tag der Großdemo) wird der Turm nicht mehr stehen.

Auch das SPD-geführte Landratsamt erklärte, daß der Turm „eindeutig als Schwarzbau zu qualifizieren", also abzureißen sei. SPD-Landrat Schnierer dazu: „In solchen Sachen geben wir kein Pardon." (NT, 17.5.83).

Prompt wurde am Dienstag vom Landratsamt der sofortige Abriß des Turms verfügt und eine 24 Stundenfrist gesetzt. Der Pächter der Wiese legte sofort Widerspruch ein, mit der Begründung, es handele sich bei dem Bauwerk um eine Jagdkanzel, die keiner Baugenehmigung bedürfe. Das Verwaltungsgericht gab ihm Recht (bis zur endgültigen gerichtlichen Klärung).

Zwei Tage nach diesem Gerichtsurteil und ein Tag vor der Großdemo wurde um 6.45 in der Früh in einer Nacht- und Nebelaktion der Turm abgerissen: Eine Polizeiarmada von 2 Hundertschaften riegelten den menschenleeren Wald ab und ein eigens aus München angereister technischer Zug der Bereitschaftspolizei zerstörte den Turm.

Der Grundstückspächter wurde von dieser Polizeiaktion erst informiert, als alles bereits gelaufen war. Er erhielt lediglich ein kurzes Schreiben: *„Vollzug der Baugesetze ... Das Holzgerüst wird durch die Polizei abgebrochen. Diese Maßnahme dient der Gefahrenabwehr."* (NT, 21.5.83).

Ausführlicher war die Begründung des Innenministeriums: *„Die Aufhebung der sofortigen Vollziehung der baurechtlichen Beseitigungsanordnung durch das Verwaltungsgericht ... stand der polizeilichen Maßnahme nicht entgegen, ... mit der angekündigten Großdemo gegen die WAA muß davon ausgegangen werden, daß der Turm als Kern eines Hüttendorfes und als Kommandozentrale im Stil der gewalttätigen Auseinandersetzungen in Gorleben und am Frankfurter Flughafen dienen soll. In diesem Sinne ist bereits ein Teilnahmeaufruf in der ...TAZ veröffentlicht worden. ... Eine für CB-Funk verwendbare Stabantenne wurde in der Nähe des Bauwerks bereits aufgefunden. Nach den polizeilichen Erfahrungen der jüngsten Zeit muß daher davon ausgegangen werden, daß der Turm Kristallisationspunkt gewalttätiger Auseinandersetzungen mit der Polizei ...wird"* (MBZ, 21.5.83).

Kristallisationspunkt gewalttätiger Auseinandersetzungen mit der Polizei ...wird" (MBZ, 21.5.83).

Der illegale Abriß des Turms rief insbesondere die SPD-Vertreter mit lautstarken Protesten auf den Plan, die ursprünglich selbst auf Beseitigung des Turms bestanden hatten. Plötzlich erinnerte sich Landrat Schnierer daran, zum Abriß des Turmes mit einer 24-Stunden-Frist „von oben" angewiesen worden zu sein. Ihn erinnere der Polizeieinsatz an die Verhaftung seines Vaters im Dritten Reich, denn dabei sei auch *„eine Hundertschaft eingesetzt worden"* (NT, 21.5.83). Er sagte weiter: *„Ich frage mich, ob solche Dinge noch mit der Rechtsstaatlichkeit in Einklang zu bringen sind, wenn das Recht, das die Justiz spricht, durch Polizeieinsatz ersetzt wird.!"* (s.o.)

Gut für die SPDler, daß das Gericht so und nicht anders entschieden hat, und sie jetzt mit radikalen Worten sich an die Spitze der WAA-Gegner stellen können. Der Rechtsanwalt der BI SAD, auch ein SPDler, hat inzwischen Strafanträge gestellt gegen den leitenden Polizeidirektor und „unbekannt". Mit letzterem sind die verantwortlichen Herren im Innenministerium gemeint.

Wir dürfen gespannt sein, wie radikal die Stellungnahme der SPDler dann ausfällt, wenn die „unabhängigen" Gerichte sich gegen die Interessen der WAA-Gegner entscheiden werden.

Anders, als nach der Nacht- und Nebelaktion eines gewissen Herrn Stoltenberg im Oktober 76 in Brokdorf riefen nach dieser staatlichen Provokation SPD-Politiker sowie der BI-Sprecher Fritz Burkhardt zur „absoluten Gewaltfreiheit" auf und baten die Demonstranten, „sich anständig zu verhalten". Die einflußreiche Lokalpresse schrieb in ihrem Leitkommentar am Tage der Demonstration: *„Friedlich und im Vorgehen sauber, muß die Parole lauten. Auch nach allem, was gestern vorfiel. Dieser Polizeieinsatz darf die Stimmung nicht anheizen, er muß von den Demonstranten — so wie es BI-Sprecher forderten — ignoriert werden"* (NT, 21.5.83).

Die Polizei — unser Freund?

Einen Tag vor dem Turmabriß wurde die Einsatzleitung für die Großdemo vom Innenministerium neu bestimmt: Die Amberger Polizeidirektion, die sich bei bisherigen Demos auf die Verkehrslenkung beschränkt hatte (und sich ansonsten zurückgehalten hatte), wurde kurzfristig ihrer Aufgabe entbunden. Es geht das Gerücht um, daß sie zum angeordneten Vorgehen Widersprüche hatte. Mit ihnen hatte die Demoleitung auch vereinbart, daß sich die Polizei zurückhält, und auch nicht irgendwo versteckt Polizeieinheiten aufwarten.

Das paßt natürlich nicht in das Kozept des Bayerischen Innenministeriums.

Die neue Polizeieinsatzleitung in Regensburg macht in einem Vorgespräch durch ihr aggressives und kompromißloses Verhalten deutlich, daß sie durchaus an einer Konfrontation Interesse hat. — Wie der Turmabriß und die Kontrollen auf der Fahrt zur Demo dann auch gezeigt haben.

„Mit Nagelbrettern, MPs und Diensthunden"

Dies war eine der Schlagzeilen in der örtlichen Presse nach der Großdemo am 21.5.83: die Bundesstraßen und Autobahnen nach SAD waren hermetisch abgeriegelt und mit Polizeisperren versehen. Sämtliche Autos wurden gestoppt, durchsucht, alles Mögliche sichergestellt und eine Personenkontrolle vorgenommen. Einzelne wurden erkennungsdienstlich behandelt. Ein Großaufgebot an Bereitschaftspolizei mit Hunden, mit Maschinenpistolen im Anschlag und mit schußsicheren Westen und mit Nagelbrettern besorgten den Oberpfälzer Bürgern einen Anblick. der *„nicht einmal bei der Terroristenfahndung zu beobachten war"*. (NT, 24.5.83) Begründet wurde der Einsatz damit daß ja Waffen u.ä. hätten mitgeführt werden können.

Das offizielle Sicherstellungsregister enthielt: 1 Brecheisen, 1 Reitpeitsche, 6 Fichtenknüppel, Bambusstöcke, Billiardstöcke, eine Gewehrattrappe. Einem Demonstranten wurde aus dem im Bus mitgeführten Fahrrad die Fahrradkette entfernt und sichergestellt — man weiß ja nie! Sämtliche Transparentstangen, und waren sie auch noch so dünn, wurden sichergestellt (für die Demo selbst gab es vom Landratsamt SAD keinerlei Auflagen!).

Auf Nachfrage, was die gesetzliche Grundlage dieses Vorgehens sei, erhielt man, wenn überhaupt, den Hinweis aufs Polizeiaufgabengesetz! (Dieses wurde 1978 als Reaktion auf die großen Anti-AKW-Demos verabschiedet).

Insgesamt waren 1000 Polizisten im Einsatz und ein riesiger Fahrzeugpark mit mehreren Wasserwerfern.

Zur Einschüchterung sind alle Mittel recht

Die Oberpfälzer CSU rechtfertigte zwei Wochen nach der Demo mit Lügenmärchen immer noch die Notwendigkeit des massiven Polizeieinsatzes: Der Einsatz habe mit der Sicherstellung von *„Waffen, Flammenwerfern und Abschußapparaten"* verhindert, daß *„gewalttätige Truppen"* auf dem WAA-Gelände in Erscheinung treten konnten (NN, 10.6.83). Das Polizeipräsidium konnte dies jedoch nicht bestätigen: Sie korrigierten, daß es sich z.B. bei dem angeblichen Flammenwerfer um einen Lötkolben handelte (MBZ, 10.6.83).

Inzwischen wird gegen einen Demonstranten, der eine Gewehrattrappe aus Pappmaschee in seinem Auto hatte, ermittelt wegen Molli-Bau: Er hatte einen Benzinkanister und leere Flaschen im Auto!

mittelt wegen Molli-Bau: Er hatte einen Benzinkanister und leere Flaschen im Auto!

So kommt das Innenministerium doch noch zu den erwünschten Waffen!

Die stufenweise Eskalation der Verleumdung, Diffamierung und Einschüchterung von WAA-Gegenern in der Oberpfalz ist auf jeden Fall auf vollen Touren angelaufen.

„Von Volksverhetzern gesteuert"

Auch die Gerichte ziehen mit: So wurde jetzt vom Oberlandesgericht München das Urteil des Landgerichts aufgehoben, das dem damaligen Vorsitzenden der CSU-Landtagsfraktion, Gustl Lang, die Behauptung untersagte, die BI in Mitterteich werde „von Volksverhetzern gesteuert". (NN, 31.5.83)

Verleumdungen jedweder Art gegen die BIs sind Tür und Tor geöffnet.

Auch in Bayern Demogebühren

Noch vor der Sommerpause soll außerdem das Bayerische Polizeiaufgabengesetz geändert werden, das dann Gebühren für Teilnehmer an „gewalttätigen" oder „rechtswidrigen" Demos vorsieht, nach dem Motto Wer traut sich noch?

Darüberhinaus dürfte der bayerische Einpeitscher in der Bundesregierung, Innenminister Zimmermann, hinlänglich bekannt sein, der mit allen Mitteln die Verschärfung des Demorechts anpeilt, um bayerische Verhältnisse in der gesamten BRD zu gewährleisten.

Der schwache Widerstand in der Oberpfalz gegen die WAA wird auf jeden Fall noch einiges an Kraft zulegen müssen, um diesen Repressionen standhalten zu können.

Eine Genossin aus Nürnberg

In Bayern und Niedersachsen
WAA-Betreiber in der Offensive



Ende März 83, 4 Jahre nach dem spektakulären „Gorleben-Hearing" kamen auf Initiative der Gruppe Ökologie (GÖK) erneut 25 Wissenschaftler aus 6 Ländern zu einem 4-tägigen Gorleben/Dragahn-Hearing in Hannover zusammen, um in Sachen WAA Bilanz zu ziehen. Die wichtigsten Ergebnisse dieses Hearings waren:
1. Die Bauarbeiten in Gorleben und Dragahn beginnen in einer Situation, in der weltweit die Skepsis über Sicherheit und Wirtschaftlichkeit von Wiederaufarbeitungsanlagen größer ist denn je: In England gibt es seit dem schweren Unfall von Windscale 1973 keine WAA für Leichtwasserreaktor-Brennelemente mehr. Die bereits 1978 eingeleiteten Bemühungen zur Errichtung einer neuen WAA verliefen seither im Sande, die Elektrizitätsunternehmen scheuen davor zurück, sich auf die mit der WAA verbundenen Risiken einzulassen.

In den USA sind alle zivilen WAAs nach Betriebsversagen stillgelegt worden. Auch die Suche nach potentiellen Betreibern der unter Carter „eingemotteten" WAA Barnwell blieb ohne Erfolg, was nun dazu führt, daß allein militärische Interessen die Inbetriebnahme dieser WAA noch herbeiführen könnten.

In Frannkreich, — d e m WAA-Musterland, wurde erstmals mit dem „Castaing-Report" im Auftrag der Regierung ein Bericht veröffentlicht, der sich mit der Langzeitsicherheit von WAAs und insbesondere dem WAA-Atommüllproblem kritisch auseinandersetzt und die Aufnahme von Forschungsarbeiten für eine Entsorgung ohne WAA vorschlägt.

Die einzige seit 1979 weltweit neu in Betrieb gegangene WAA, Tokai Mura in Japan, hatte bereits im ersten Betriebsjahr eine ganze Serie schwerwiegender Unfälle zu verzeichnen.

2. Wo überhaupt noch WAAs genutzt werden, dienen sie vornehmlich dazu, Atomprogramme voranzutreiben, so daß immer mehr „Menschen beim Lichtanschalten das Gefühl haben, auch die lokale Atombombenfabrik zu beliefern" (so ein britischer Wissenschaftler auf dem Hearing). Gordon Thompson, US-Physiker aus Boston, zeigte den Zusammenhang zwischen den DWK-Projekten und dem weltweiten Rüstungswettlauf und schlug vor, in allen „Freeze"-Kampagnen zukünftig bei der WAA, dem Ausgangspunkt aller Atomwaffen, anzusetzen.

3. Ganz im Unterschied zum „Gorleben-Hearing" 79 wurde das diesjährige Gorleben/Dragahn-Hearing von den Massenmedien, den Vertretern der Pro-Seite und der Landesregierung im Wesentlichen ignoriert. Auch daran läßt sich die aktuelle Stärkeposition der Betreiber festmachen, die es im CDU-Staat nicht mehr nötig haben, auch nur den Anschein argumentativer Redlichkeit zu erwecken oder ihre Polizeimanöver und Rechtsbeugungen hinter komplizierten Bürgerdialogstrategien zu verstecken. Diese Stärkeposition der WAA-Betreiber prägt auch die Situation an den vorgesehenen WAA-Standorten. Insbesondere in Bayern nutzt die CSU die Schwächeposition der Anti-AKW-Bewegung zu reichlich faschistoiden Vorstößen. Im folgenden ein knapper Blick

mentativer Redlichkeit zu erwecken oder ihre Polizeimanöver und Rechtsbeugungen hinter komplizierten Bürgerdialogstrategien zu verstecken. Diese Stärkeposition der WAA-Betreiber prägt auch die Situation an den vorgesehenen WAA-Standorten. Insbesondere in Bayern nutzt die CSU die Schwächeposition der Anti-AKW-Bewegung zu reichlich faschistoiden Vorstößen. Im folgenden ein knapper Blick

auf die Situation vor Ort und ein Bericht aus dem Atomstaat Bayern.

Der „Standortwettbewerb"

Die atomrechtlichen Genehmigungsverfahren für die WAA werden von Bayern und Niedersachsen gemeinsam geführt. *„Wir machen das im Geleitzug"*, sagte Albrecht dazu. *„Es werde Sache der DWK sein, zu entscheiden, wo die erste Anlage gebaut werde."* (FAZ v. 23.3.83). Auch nach eigener Auskunft will die DWK vorerst zwei Eisen im Feuer haben, um angeblich nur dort die Anlage zu bauen, wo zuerst die 1. Genehmigung erteilt wird. Und so wird ein Standortwettbewerb angekurbelt, der n u r im Interesse der DWK selbst liegen kann. Zum einen wird der Eindruck erweckt, bei der WAA handele es sich um etwas Begehrenswertes. Zum anderen wird die Konkurrenz der Bundesländer dahingehend entfacht, sich wechselseitig mit dem Vernachlässigen von Sicherheitskriterien, Genehmigungsvorschriften etc. zu überbieten.

Bereits in Bayern wurde das Raumordnungsprogramm für die WAA in einer Rekordzeit von 6 Monaten durchgepeitscht und abgeschlossen während für jeden simplen Steinbruch ein solches Verfahren mindestens 2 Jahre dauert. Albrecht, dem nach Angaben des CDU-Nachrichtendienstes „Rundblick" (22.2.83) lediglich interessiert, *„wie sicherzustellen ist, daß der Standortwettbewerb mit Bayern nicht verloren geht"*, steht Strauß indes an Skrupellosigkeit nicht nach. Im Gegenteil. Während man in Bayern noch formal einen Kriterienkatalog für WAA-Standorte aufgestellt und unter mehreren einen Standort ausgewählt hatte, hielt man in Niedersachsen bereits dies für einen überflüssigen Luxus, zumal hierdurch der günstig auf bundeseigenem Gelände gelegene Standort Dragahn mit Sicherheit gefährdet gewesen wäre. Selbst im niedersächsischen Raumordnungsprogramm von 1980 war Dragahn ausgewiesen als ein Gebiet mit besonderer Bedeutung für

— Erhaltung von Natur und Landschaft
— Wassergewinnung
— Forstwirtschaft und
— Erholung.

Nach dem Kriterienkatalog des Bundesinnenministeriums vom 4.10.80 hätte Dragahn als WAA-Standort gar nicht in Betracht gezogen werden dürfen und nach dem hessischen Kriterienkatalog hätte allein der Punkt „Wassergewinnung" ein *„Kriterium mit absolut ausschließendem Charakter"* dargestellt. Anders als in Bayern soll darüberhinaus noch vor Abschluß des Raumordnungsverfahrens mit dem Abholzen des Dragahner Forstes und den Probebohrungen bereits im Juni 83 begonnen werden. Insgesamt sollen auf einer 250 ha großen Fläche 2,5 Mio (gesunde!) Bäume für das DWK-Projet abgeholzt werden, allein für die Probebohrungen werden es 50.000 sein. Dieser „Standortwettbewerb", der nur auf dem Rücken der betroffenen Bevölke-

überhinaus noch vor Abschluß des Raumordnungsverfahrens mit dem Abholzen des Dragahner Forstes und den Probebohrungen bereits im Juni 83 begonnen werden. Insgesamt sollen auf einer 250 ha großen Fläche 2,5 Mio (gesunde!) Bäume für das DWK-Projet abgeholzt werden, allein für die Probebohrungen werden es 50.000 sein. Dieser „Standortwettbewerb", der nur auf dem Rücken der betroffenen Bevölke-

rug ausgetragen wird, sichert letztlich der DWK die Möglichkeit. im Schnellverfahren auch zwei WAAs hochziehen zu können.





Der DWK-Zeitplan

Noch in diesem Jahr wird die DWK für Schwandorf und Dragahn die standortspezifischen Sicherheitsberichte vorlegen. Damit werden die atomrechtlichen Genehmigungsverfahren eingeleitet. Diese Berichte können 8 Wochen lang eingesehen werden, Einsprüche werden an- und abschließend auf einem Anhörungstermin behandelt. Etwa um die Jahreswende 84/85 soll nach DWK-Planung das atomrechtliche Genehmigungsverfahren abgeschlossen und die 1. Teilerrichtungsgenehmigung erteilt werden. 1985 soll Baubeginn sein, 1992 soll die Inbetriebnahme erfolgen.

Wie das Beispiel Kalkar zeigt, wird eine Verhinderung der Anlagen jedoch kaum noch möglich sein, wenn erstmal die ersten Anlagenteile stehen. Es wird bis zum Zeitpunkt der 1. Teilerrichtungsgenehmigung darauf ankommen, die WAA-Projekte zu e i n e m zentralen Angriffspunkt nicht nur der Anti-AKW-Kräfte, sondern auch der Friedensbewegung zu machen. Die Einrichtung einer bundesweiten Arbeitsgruppe zur Erstellung von Materalien zur militärischen Nutzung der WAA durch die letzte Atommüllkonferenz, Anfang Mai in Gorleben (um damit speziell in die Friedensbewegung hineinzuarbeiten), ist diesbezüglich immerhin ein kleiner Lichtblick (s. Kasten hierzu). Über diesen Ansatz hinaus hat sich auch eine Zusammenarbeit zwischen den BIs aus der Schwandorf-Region und der Dragahn-Region hinsichtlich der gemeinsam zu ergreifenden juristischen Schritte und in Fragen der Widerstandserfahrungen/auseinandersetzungen entwickelt.

Wer s o f o r t den Widerstand gegen die Abholzung des Dragahner Waldes unterstützen will, sollte an einem der zahlreichen Sommer- und Aktionscamps teilnehmen, die in diesem Jahr von Mitte Juni bis Mitte Juli in Lüchow-Dannenberg stattfinden (s. taz-Faksimile). Nähere Informationen hierzu erteilt gern:
Hannes Kempmann,

andersetzungen entwickelt.
Wer s o f o r t den Widerstand gegen die Abholzung des Dragahner Waldes unterstützen will, sollte an einem der zahlreichen Sommer- und Aktionscamps teilnehmen, die in diesem Jahr von Mitte Juni bis Mitte Juli in Lüchow-Dannenberg stattfinden (s. taz-Faksimile). Nähere Informationen hierzu erteilt gern:
Hannes Kempmann,

Jabel 6,
313 Lüchow 9
Tel.: 05841/6112.

AKW-Nein-Kommission

Anmerkung: Die wesentlichen Beiträge des Gorleben/Dragahn-Hearings insbesondere zur „zivilitärischen" Nutzung der WAA sind — ebenso wie eine Analyse des örtlichen Widerstandes von Schwandorf — nachzulesen in der Atommüllzeitung Nr. 23, erhältlich über G. Harms, Sültenweg 57, 2120 Lüneburg.

Sommer-Camp taz v. 14.6.83

Gorleben statt Kreta

Dragahn/Gorleben (taz) - Das Sommercamp in der Atomregion Dragahn/Gorleben findet unwiderruflich statt. Das letzte Vorbereitungstreffen in Gülden regelte weitere organisatorische Details. Die Camps sollen schwerpunktmäßig an zwei Orten stattfinden:
– Pudripp/Dragahn unweit der geplanten WAA und des erst kürzlich umgenieteten Bahnwärterhäuschens
– Trebel/Gorleben nahe des geplanten Endlagers und des bereits existierenden Zwischenlagers.

Die Plätze in Bülitz und Schmolau sind bereits an Gruppen aus Hamburg und Gießen fest vergeben. Die Koordination zwischen den Gruppen soll - bei freiem Pendelverkehr - in Plenen an jedem zweiten Tag laufen. Nach Mitteilung der Vorbereitungsgruppe steht bisher an Veranstaltungsterminen fest:
– Samstag, 18.6. massenhafte Ankunft
– Sonntag, Auftakt und Kennenlernen. Die Gruppe aus Hannover will einen Backofen bauen und schlägt vor: „Ein jeder bringe einen Stein (zum Ofenbauen) mit". Andere bauwerkliche Ideen sind erwünscht.
– Mittwoch, erstes gemeinsames Plenum aller Gruppen
– Samstag, 25.6. gigantisches Sommerfest mit „Mucke", „Blaupause" u.a.
– Samstag/Sonntag, 2./3.7. Konzert und Session mit „Zartbitter" und anderer rotzfrecher Asphaltkultur aus Braunschweig.

Anreise: die Hannoveraner, Wittinger und Braunschweiger wollen als Treck in den Landkreis fahren mit Fahrrädern und anderem originellen Gerät.

Wendet euch an die entsprechenden BIs. Weitere Veranstaltungen und der Ablauf des gesamten Camps sollen dann „vor Ort" organisiert werden. Kreativität und Einfallsreichtum sind, so die Vorbereitungsgruppe, ebenso gefragt wie ein flexibles Reagieren

frecher Asphaltkultur aus Braunschweig.
Anreise: die Hannoveraner, Wittinger und Braunschweiger wollen als Treck in den Landkreis fahren mit Fahrrädern und anderem originellen Gerät.
Wendet euch an die entsprechenden BIs. Weitere Veranstaltungen und der Ablauf des gesamten Camps sollen dann „vor Ort" organisiert werden. Kreativität und Einfallsreichtum sind, so die Vorbereitungsgruppe, ebenso gefragt wie ein flexibles Reagieren

auf die Veranstaltungsimpulse durch weißgrüne Aktionsgruppen.

?Bürgerdialog?

In seiner Regierungserklärung sprach sich Ministerpräsident Albrecht am 26. April für eine WAA in Dragahn aus. Die Mehrzahl der gesellschaftlich relevanten Gruppen der Region (DAN, UE, LG) sind da ganz anderer Meinung.

Es sprechen sich aus,

für Dragahn:
CDU-Bezirksvorstand Lüneburg, CDU-Kreisverband Lüchow-Dannenberg, CDU-Kreistagsfraktion Lüchow-Dannenberg, CDU-Ortsverband Hitzacker, CDU-Mittelstandsvereinigung, Kreistag Lüchow-Dannenberg, Gemeinderat Karwitz, Samtgemeinderat Gartow, Handwerkskammer Lüneburg-Stade, Industrie- und Handelskammer Lüneburg-Wolfsburg

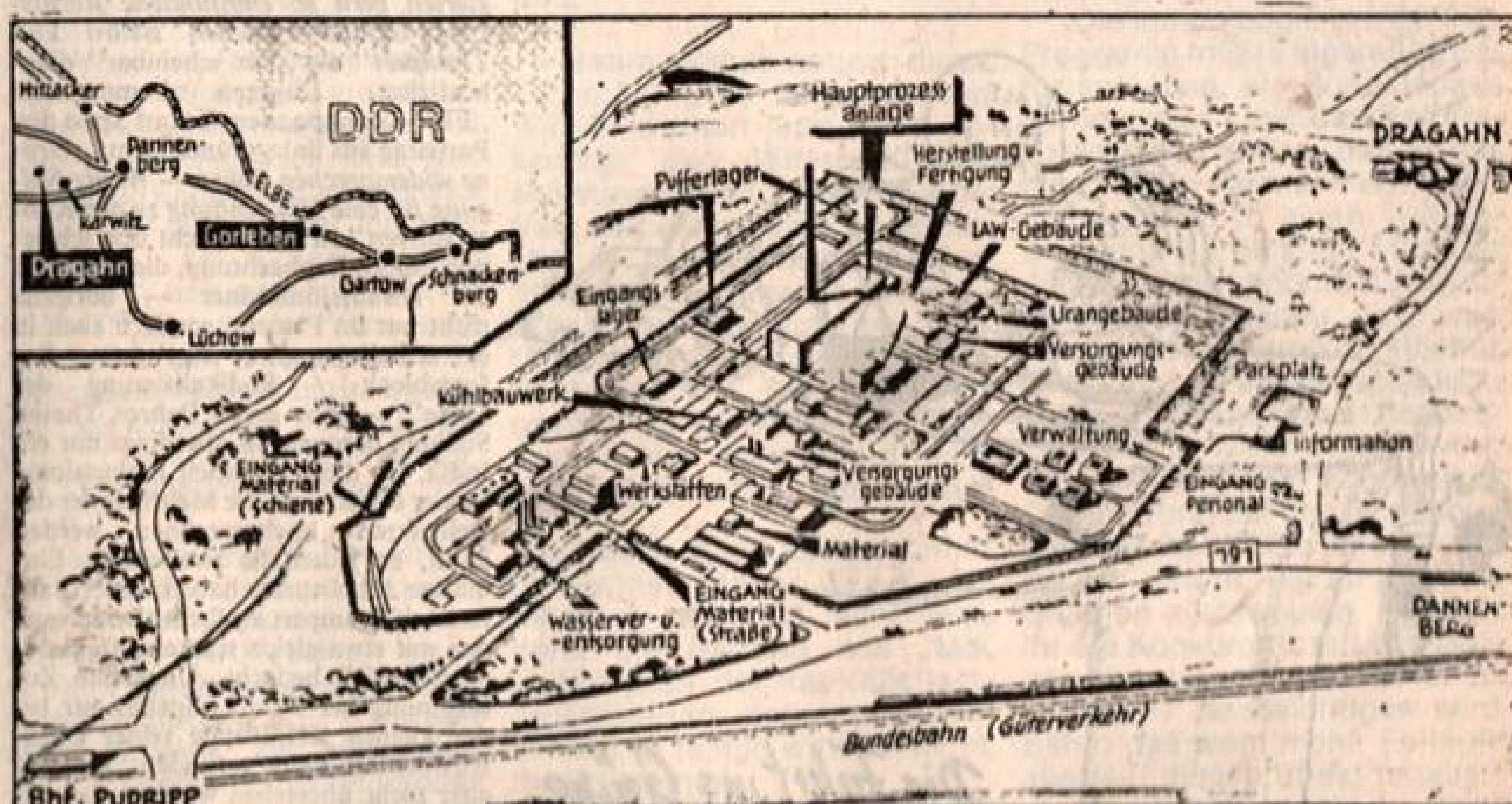
gegen Dragahn:
Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, Bürger in Karwitz E. V., Bürgerinitiative Pommoißel-Göhrde, Gruppe 27, Arbeitsgruppe Rechtshilfe Gorleben, Bäuerliche Notgemeinschaft, Gorlebenfrauen, Ärztliche Arbeitsgemeinschaft Atomenergie und Umweltschutz, Die Grünen Kreisverband Lüchow-Dannenberg, Die Grünen-Kreistagsfraktion Lüneburg, UWG-Kreistagsfraktion, UWG-Kreisversammlung, UWG-Ratsfraktion Dannenberg, FWG-Clenze, GUN, SPD-Ortsverband Dannenberg, SPD-Unterbezirksvorstand Uelzen/Lüchow-Dannenberg, SPD-Ratsfraktion Dannenberg, SPD-Ortsverein Hitzacker, SPD-Ortsverband Clenze, SPD-Ortsverband Lüchow, SPD-Unterbezirk Lüneburg, SPD-Ortsverband Bad Bevensen, SPD-Ortsverband Bienenbüttel, SPD-Ortsverband Wrestedt, SPD-Ortsverband Amelinghausen, SPD-Ortsverband Rosche, Jusos Dannenberg, FDP-Kreisvorstand Lüchow-Dannenberg, FPD-Bezirksverband Lüneburg, FDP-Kreisverband Uelzen, FDP-Kreisverband Lüneburg, FDP-Kreistagsfraktion Lüneburg, Samtgemeinderat Hitzacker, Gemeinderat Luckau, Gemeinderat Göhrde, Gemeinderat Küsten, Samtgemeinderat Clenze, Samtgemeinderat Dannenberg, Gemeinderat Nahrendorf, Pfarrkonferenz des Kirchenkreises Dannenberg, Landvolk-Bezirksverband Hitzacker, Landvolk-Bezirksverband Lüchow, Landvolk-Bezirksverband Wustrow, Landvolk-Bezirksverband Waddeweitz, ÖTV-Kreisvorstand, GEW-Kreisverband, Postgewerkschaft-Ortsverband Dannenberg

Weitere Gruppen, Unternehmen und Einzelpersonen haben ihre Ablehnung öffentlich bekundet, andere haben Zweifel angemeldet, aber aus unterschiedlichen Gründen bisher keine Entscheidung gefällt.

Bislang wich der Ministerpräsident den unbequemen Fragen der Bürger geschickt aus. Am 13. Mai spricht er auf einer öffentlichen Kundgebung in Lüneburg. Diese Gelegenheit zum Bürgerdialog wollen wir nutzen. Interessenten melden sich bitte bei Lilo Wollny, Tel. (0 58 46) 4 02 oder Gotthold Kieta, Tel. (0 58 83) 6 95.

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg
Spendenkonto: KSK Lüchow 2 060 721

Aus: EJZ, 11.5.83



So soll es bei Dragahn auch mal aussehen

Parteitag der Grünen in Hannover:
"Direkter Übergang von Schwarz zu Grün" oder umgekehrt?

Unkonventionell und offen wollten die Grünen ihren Parteitag zur politischen Verarbeitung des Wahlergebnisses vom 6. März gestalten. Die Debatte sollte — frei vom Druck abschließender Beschlußfassung — „*gemeinsam mit möglichst vielen Interessierten aus den sozialen Bewegungen, denen wir unseren Einzug in den Bundestag verdanken*", zu einem „*möglichst umfassenden Konsens zur Einschätzung der Situation, ihren Gefahren und Möglichkeiten*" geführt werden, die grüne „*Befindlichkeit als alternative Kraft*" eingeschlossen. Wo Konsens nicht zu erzielen sei, müsse man sich „*klarer werden über die Substanz und die Realbezüge unserer dabei auftretenden Meinungsverschiedenheiten*" (Zitate aus dem Kreisrundbrief 8/83 der Bundesgeschäftsstelle; die Formulierungen sind von Rudolf Bahro).

Wenn auch keines dieser Ziele — weder der Austausch mit den Bewegungen noch der „umfassende Konsens" und auch nur in Ansätzen die deutliche Markierung der Meinungsverschiedenheiten — erreicht wurde und mangels eines Schlußdokuments, einer Hauptresolution o.ä. die Konsequenz der Konferenz nur schwer greifbar ist, kann der Parteitag dennoch nicht einfach als politisch bedeutungsloses Ereignis abgehakt werden, bei dem außer Spesen nichts gewesen wäre.

Die grüne „Bewegungspartei" hat sich in Hannover auf den angeblich „außerhalb des tradierten Links-Rechts-Schemas" beheimateten Ökologismus zubewegt. Von Bahro und der ihn tragenden Strömung ging nicht nur die Initiative zur Durchführung des Parteitags aus mit der Forderung nach Orientierung der Grünen auf die konservative Bevölkerungsmehrheit — Ziel ist der „direkte Übergang von Schwarz zu Grün" (Bahro-Thesen) — lieferten sie auch die politischen Vorgaben, zu denen sich der Rest der Partei zu verhalten hat. Auch die Linken tun das notgedrungen bewahrend, ungewollt immer wieder in der Rolle des „ideellen Gesamtgrünen" (R. Trampert), der gegen allzu stürmisches Drängen auf ein ganz „neues politisches Profil" (Bahro) der Grünen den bisher erreichten Konsens, darunter so mangelhafte und zwiespältige Parteibeschlüsse wie das Sindelfinger „Sofortprogramm gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau", verteidigt. Wer sich heute mit dem Schlachtruf **„Die grüne Partei muß links sein oder sie wird gar nicht mehr sein" (MdB Jürgen Reents nach der 80er Bundestagswahl) in den immergrünen Meinungsstreit stürzen wollte, wäre hoffnungslos isoliert.**

„Direkter Übergang von Schwarz zu Grün"

Grundlage der Diskussion über die aus dem Bundestagswahlergebnis abzuleitenden Aufgaben güner Politik war ein vorab an alle Kreisverbände verschicktes Thesenpapier von Rudolf Bahro. Für Bahro **„lautet die strategische Frage nach dieser Wahl: Wie erreichen wir den direkten Übergang von Schwarz zu Grün?!"**. Er schließt damit an seine schon vor über zwei Jahren (In Anlehnung an Edward P. Thompsons „Exterminismus"-Theorie) entwickelte klassenübergreifende Politik an, „*die den Spalt zwischen den zwei Seelen in jeder Brust anziel(en)*" und die Beschränktheit einer „*kleinen, eher scheinradikalen und mitunter selber destruktiven Protestbewegung*" überwinden sollte. Schon damals hat Bahro die Konsequenzen für die praktische grüne Politik offen ausgesprochen: „*Das hieße zum Beispiel, auch solche vergleichsweise harmlosen Sachen zu lassen wie das Spektakel ‚Brecht statt Strauß'. Wir werden nie dazu kommen, mit dem altbayrischen Pfarrer und seiner Gemeinde darüber zu sprechen, daß sie nicht davonkommen werden mit ‚Brot für die Welt', wenn wir den Mann vorher zwingen, das Kreuz gegen uns zu schwingen. Vielmehr müßten wir uns in die Lage versetzen, selbst einen Franz Josef Strauß einzuladen, anzuhören und ohne persönliche Diffamierung mit ihm zu streiten. In diesem Sinne in jeder Stadt, in jedem Dorf*" (R. Bahro: „Überlegungen zu einem Neuansatz der Friedensbewegung in Deutschland", dokumentiert in „Entrüstet euch — Analysen zur atomaren Bedrohung, Wege zum Frieden", herausgegeben vom Bundesvorstand der Grünen; vgl. auch AK 205/ 6.7.81: „Rudolf Bahro auf der Suche nach dem Bösen in uns selbst").

Bahros Aufsatz von 1981 ist innerhalb wie außerhalb der Grünen Partei ohne praktische Wirkungen geblieben. Mit seinem jetzt so heiß diskutierten Thesenpapier ist es ihm auf jeden Fall gelungen, seinen abgestandenen zweiten Aufguß als brandaktuelle Analyse der politischen Situation nach dem 6. März auszugeben. Ausführlich beschäftigt er sich darin zunächst mit der „wesentlichen Lehre" der Bundestagswahl, **„daß es so etwas wie einen ‚rot'-grünen Reformblock weder gestern gab noch heute oder gar morgen gibt"**. In These 7 kommt er zu seinem eigentlichen Anliegen: „*Für uns ist die Frage: Wollen wir die Neugruppierung der Kräfte jenseits des bisherigen Links-Rechts-Schemas, das sich totläuft und uns keine echte Chance bietet, befördern oder behindern? Wir behindern sie, wenn wir weiter an der Orientierung auf eine ‚Mehrheit gegen rechts' festhalten, sei es auch unter der Formel des ‚Reformblocks', die uns mit der SPD in einem Boot sieht. ‚Links von der SPD' in einem Abseits von der übrigen Gesellschaft zu verharren, würde bedeuten, unsererseits nur weiter um die Division innerhalb ein und derselben 45 Prozent der Bevölkerung streiten zu wollen. Auf der anderen Seite müßten wir es der SPD überlassen, Menschen von der CDU zurückzuholen*". Der „direkte Übergang von Schwarz zu Grün" könne nur gelingen durch einen „*neuen Radikalismus, der offen an die Wurzeln der ökologischen und zivilisatorischen Krise geht. Anstatt über ‚Birne' zu spotten, sollten wir die Auseinandersetzung mit dem, wofür er steht, gerade auf der wertkonservativen Basis aufnehmen. Dabei werden wir die Sprache finden, die auch der konservativen Mehrheit der Bevölkerung zu Herzen geht*".

Für eine grüne Traditionspartei!

Welches die von Bahro nur angedeuteten „wertkonservativen" Gemeinsamkeiten von Grünen und CDU/CSU-Wählerbasis sein sollen, an die die Grünen anzuknüpfen hätten, erklärt uns Thomas Schmid in seinem ebenfalls mit den Delegiertenunterlagen verschickten Aufsatz „Schwarz-rot-grün: Über eine scheinbare und eine mögliche Wende. Zur Bundestagswahl 1983 und den Folgen". Schmid, als langjähriger Linksradikaler u.a. zeitweise in den Redaktionen von „Wir wollen alles" und „Autonomie" tätig, ist heute Chefideologe des als Konkurrenzunternehmen zur Alternativen Liste in letzter Zeit wiederbelebten Landesverbandes Westberlin der Grünen. Für ihn enthält der Wahlerfolg der CDU/CSU „*mehr Grünes, als manchem, der mangels sozialistischer Parteialternative bei den Grünen gelandet ist, lieb sein kann*". Das grüne Element dieses Wahlerfolgs seien die in den 13 Jahren unter sozial-liberaler Regierung durch die „*graue Nüchternheit, die sozialdemokratische Vernunft*" vernachlässigten Gefühlswerte: „*Die CDU/CSU wurde nicht ihres Programms wegen gewählt, sondern, weil sie erfolgreich Wärme und Hoffnung verbreitete, weil sie mit Werten daherkam, die 13 Jahre lang im sozialstaatlichen Alltag keine Rolle gespielt hatten.*"

Nun, nach dem „*endgültigen Ende der SPD als einer potentiell majoritären Partei*", müsse die vom „*parakommunistischen Flügel innerhalb der Grünen*" betriebene Standortbestimmungen links von der SPD endgültig aufgegeben werden zugunsten der Orientierung auf die wertkonservative, Wärme und Hoffnung suchende Bevölkerungsmehrheit. Wie das zu geschehen hat, veranschaulicht Schmid am Beispiel Bayerns, „*das scheinbar so fest in den Händen der Reaktion liegt*". Entgegen der gängigen linken „*Fehleinschätzung der CSU*" (...) „*als ein dümmlicher, wenn auch schlagkräftiger Trachtenverein, als ein Hort der Reaktion*", müsse deren „Doppelcharakter" erkannt werden: „*einerseits war und ist sie die härteste und rücksichtsloseste Partei des industriellen Wachstums, andererseits stellt sie sich erfolgreich als Partei der Tradition, der Bewahrung und eines regionalistischen eigenen Weges dar*". Für die grüne Politik in Bayern folgt daraus: „*Die gängige Kritik an der CSU konzentriert sich auf deren Trachtengewand. Das umgekehrte ergäbe Sinn: der erbarmungslose Modernismus dieser Partei wäre anzugreifen, das Abonnement auf Tradition und Erhalten wäre ihr streitig zu machen. Die Nachricht, daß die CSU in Wahrheit das Geschäft der Sozis betreibt, stieße in Bayern sicher auf interessierte Ohren*".

Wer hat die Mehrheit?

Das Presseecho auf den Parteitag war sehr uneinheitlich. Daß der „Vorwärts" der SPD Bahro als den Triumphator von Hannover ausgibt, ist noch leicht aus dem sozialdemokratischen Interesse zu erklären, die lästige Konkurrenz auf den Bonner Oppositinsbänken insgesamt als unsozial, arbeiterfeindlich und rückschrittlich zu diskreditieren. Ebenso im Rahmen des Gewohnten bleibt auch die „FAZ" — „*Die Grünen taktieren um Inhalte herum*" — deren Redakteur Friedrich Karl Fromme „*das von manchen Delegierten gern so empfundene Rechts-Links-Gefälle zwischen Bahro und Trampert*" als „nur scheinbar" diagnostiziert. Dagegen kommentiert „FR"-Korrespondent Eckart Spoo den Parteitag aus links-grüner Sicht: „*Grüne widersprechen Bahro — Wenig Neigung für eine Hinwendung zu den Konservativen*" ist sein Bericht überschrieben. Spoos Beobachtung, die Mehrheit der Diskussionsredner — übrigens nicht nur im Plenem, sondern auch in der Arbeitsgruppe „ ‚Rot'-grüner Reformblock / Radikalisierung der Mitte" — habe gegen Bahros Thesen Stellung bezogen, ist allerdings nur ein Indiz. Ob diese Mehrheit Diskussionsredner einfach auf die Mehrheit der der Deligierten hochgerechnet werden kann, ist jedenfalls zweifelhaft. Einmütige Jubelstürme haben weder Bahro noch Trampert entfacht. Beide wurden mit etwa gleich starkem, freundlichen Beifall bedacht. Ungeteilte Zustimmung hat Bahro ohnehin nur bei der kleinen Kerntruppe seiner eingeschworenen Fans gefunden. Es darf aber nicht übersehen werden, daß ein erheblicher Teil seiner Kritiker Bahro lediglich vorhält, seine Politik des „direkten Übergangs von Schwarz zu Grün" sei zum Scheitern verurteilt, weil die Zeit dafür noch nicht reif sei; sein Hauptfehler wäre demnach eine falsche, zu positive Einschätzung der CDU/CSU-Wählerschaft. Nicht gesehen wird von diesen Kritikern, daß die den Grünen empfohlene Neuorientierung den Verzicht auf Inhalte, die die „Wertkonservativen" schockieren und Bahros imaginären „altbayrischen Pfarrer" gegen die gottlosen Grünen aufbringen könnten, notwendigerweise erfordert. Herauskommen würde eine angepaßte „grüne FDP" oder eine bedeutungslose Sekte wie Herbert Gruhls ÖDP.

Was Bahro vor allem zugute kommt, ist das ausgeprägte Bedürfnis vieler Grüner nach Harmonie, friedlichem Miteinander und nicht zuletzt christlicher Feindesliebe, die Wilfried Heidt vom Achberger Kreis ausdrücklich auch als „neuen parlamentarischen Stil" im Bundestag verwirklichen will:

„*Allein schon gegenüber dieser bedauernswerten, armen CDU bedienen wir uns der Sprach- und Empfindungsweisen des Kalten Kriegs (‚Kanzler unseres tiefsten Mißtrauens'). (...) Gerade Herrn Kohl müssen wir doch anders herausfordern, wenn unsere Reden im Parlament ein konstruktiver Beitrag sein sollen zu dem ‚direkten Übergang von Schwarz zu Grün'. Denn der Bewußtseinswandel in der Öffentlichkeit gerade im Lager bisheriger CDU-Wähler wird in den nächsten Jahren meiner Ansicht nach durch emotionelle Polemik gegen die Regierung nicht optimal gefördert werden*". („Überlegungen zum weiteren Weg der Grünen. Im Anschluß an die Bahro-Thesen zur

Fortsetzung nächste Seite

Rede von Rainer Trampert auf dem Hannoveraner Parteitag (Auszüge)

(...)

Ich habe wahrlich nichts dagegen, wenn die Grünen aus ihrer Enge heraus die Mehrheit in der Bundesrepublik erreichen würden, meinetwegen auch im direkten Übergang von schwarz zu grün. Aber ich befürchte, daß in die Wahl der CDU/CSU zuviel Positives hineinmotiviert wird und zuwenig in Frage gestellt wird, daß die gewünschte Wärme und Stabilität auch Behütetsein in einem allgegenwärtigen Staatswesen heißen kann. Und mir wird bang bei dem Gedanken, wie sich denn die Grünen wandeln müssen, um auf wertkonservativer Basis in erster Linie konservative Wähler ansprechen zu können. Wie müßte denn unser neues Profil aussehen?

(...)

In einem der Papiere zur heutigen Versammlung wird speziell den Grünen in Bayern geraten, die eigentlich Konservativen zu sein — der CSU den Rang abzulaufen, indem die Grünen dort das Abonnement auf Tradition und Erhaltung buchen und die CSU wegen „erbarmungslosen Modernismus" geißeln. Natürlich müssen die Grünen sinnlose Großprojekte und Naturzerstörung bekämpfen — wie überall so auch in Bayern. Aber unkritisch „Tradition" verkörpern — das heißt doch wohl auch die Rolle der Kirche akzeptieren, die Rolle der Frau als Untertan des Mannes ohne Selbstbestimmungsrecht über ihren Körper, die Härte in der Jugenderziehung, die Hierarchie der dörflichen Struktur. Nein — auch unsere bayrischen Freunde sollen die mutige Rebellion gegen diese Aspekte von Tradition verkörpern. Und wenn es da oder dort ein recht mageres Wahlergebnis gibt, dann gibt es trotzdem keinen Grund, sich an alte CSU-Werte anzupassen, da müssen sie durch und dafür gebührt ihnen der Respekt derer, die es in einem anderen sozialen Milieu etwas leichter haben, Wahlerfolge zu erzielen.

(Im folgenden skizziert Trampert die Folgen der konservativen „Wende" für die Betroffenen, für Kinder und Jugendliche, Frauen, Ausländer und für diejenigen, die gegen den CDU-Staat opponieren; an zwei „Wir sitzen alle im gleichen Boot"-Aussprüche von Helmut Kohl — „Die Marktwirtschaft ist dem Menschen gemäß ... etc." — und Norbert Blüm — „.... eine Druckwelle des Gemeinsinns erzeugen ..." — schließt er ein Hitler-Zitat über die Aufgaben der nationalsozialistischen „Arbeitsfront" an und fährt dann fort:)

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Ich sage nicht, CDU und Nazis sind identisch. Ich will deutlich machen, daß ein Kernstück nationalsozialistischer Ideologie in der wirtschaftlichen Krisenpolitik, die Volksgemeinschaft, die Leugnung gegensätzlicher Interessen, den Nationalsozialismus überdauert hat und heute wieder stärker hervorgeholt wird.

Volksgemeinschaft hat immer zwei Seiten. Sie vermittelt dem Teil, der sich einbinden läßt, ein gewisses Gefühl von Wärme, Zusammengehörigkeit, Geborgenheit. So etwas muß sich nicht als Lagerfeuerkameradschaft abspielen, das kann sich auch ereignen aus Anlaß eines schlichten Eishockeyspiels gegen die DDR, wo Menschen, die durchaus zu den Ausgespuckten dieses Systems und zu den sozial Deklassierten gehören, als Deutsche gemeinsam den Feind verteufeln. Ich war erinnert an Bilder der ersten Kriegstage zu Kaisers Zeiten.

Die andere Seite der Volksgemeinschaft ist allerdings immer der Haß und tendenziell der Terror gegen den Fremdkörper, den Außenseiter oder den Nicht-Deutschen. Laßt uns an der CDU/CSU-Verheißung von Wärme durch Volksgemeinschaft wirklich nicht einen Zipfel gutheißen. Und noch eins am Rande: Laßt uns immer mit den Interessen von Menschen argumentieren — niemals mit Deutschland. Laßt uns den Adler nur als Karrikatur benutzen, die Farben schwarz-rot-gold niemals, und in der Friedenspolitik sollte jedes Wetteifern mit Sozial- und Christdemokraten unterbleiben, wer am besten „deutsche Interessen", vertritt. Wir wollen leben, wir wollen sinnvoll leben, das ist Motiv genug. Wir brauchen keine höhere Weihe durch die „Nation". Und wenn man uns Vaterlandslose Gesellen nennen sollte, dann bitte nicht dementieren. So etwas kann niemenden beleidigen, der wie wir internationalistisch denkt und der gerade jetzt beginnen will, die Solidarität mit der 3. Welt in den Mittelpunkt seiner Arbeit zu rücken.

(...)



Die Fahrt ins Grüne

Rudolph

Fortsetzung von vorheriger Seite

Vorbereitung der Offenen Bundes-Delegiertenkonferenz zur Diskussion gestellt von Wilfried Heidt, Altkreis Wangen im Allgäu"; enthalten in den Delegiertenunterlagen).

Zwar ist diese Kritik an Marie-Luise Beck-Oberdorfs nun wirklich sehr gemäßigte Entgegnung auf die Regierungserklärung (,,emotionelle Polemik") mit Sicherheit bei den Grünen keineswegs mehrheitsfähig. Es ist auch unerheblich, ob es — wie Reinhard Hesse in seinem ,,taz"-Kommentar über ,,Die neuen grünen Philosophen" (,,taz" vom 7.6.83) schreibt — ,,*eine leichte Mehrheit*" der Delegierten war, ,,*die sich vom pastoralen Duktus durchaus ergriffen fühlt, der den Ruf nach ‚Reformation' im ‚wahren' konservativen Geiste begleitete*". Die Ergriffenen sind jedenfalls so zahlreich, daß die vom pastoralen Gehabe abgeneigten, primär an die Vernunft appellierenden streitbaren Linken — speziell natürlich ,,die Hamburger" — in ihrer Mitte schnell wie Störenfriede und Exoten wirken.

In einem solchen Klima — man diskutiert ,,*in einer menschlich verbindlichen, vielleicht sogar liebevollen Form*" (W. Heidt) — werden Bahro und Schmid natürlich ständig gegen ,,Unterstellungen" und ,,gewollte Mißverständnisse" in Schutz genommen: nichts liege ihnen ferner, als sich den Konservativen anzupassen oder taktisch auf unpopuläre politische Inhalte zu verzichten. Wer die gar nicht mißzuverstehenden Zitate (s.o.) aus ihren Papieren entgegenhält, macht sich unbeliebt: das ist kein grüner Stil! Grüner Stil ist es dagegen, viertelstündigen Predigten der verschrobensten Geistesrichtung über die grüne Politik als ,,Politik der Liebe" oder über die gesellschaftsverändernde Bedeutung des freien Unternehmers als ,,im eigenen

sellschaftsverändernde Bedeutung des freien Unternehmers als ,,im eigenen

Risiko Werte schaffenden Menschen" aufmerksam zu lauschen und freundlich zu beklatschen.

Die Grüne Partei wird auf absehbare Zeit sicherlich nicht Bahros Thesen als verbindliche Grundlage ihrer Politik beschließen. Sie wird auch nicht — wie Ernst Hoplischek forderte, der in Hannover Bahro auf die Spitze trieb — zur ökologischen Ein-Punkt-Partei werden. Hoplischeks Kritik, man hätte schon im Bundestagswahlkampf das Waldsterben zum allem anderen übergeordneten Thema machen sollen, **statt ,,kleinkarierte Diskussionen über die ,,35-Stunden-Woche" zu führen**, stieß bei den Delegierten ebenso auf mehrheitliche Ablehnung wie seine Forderung — im Sinne des Einbruchs in konservative Wählerkreise — an die beispielhafte ,,Zwergschulenkampagne" der baden-württembergischen Grünen anzuknüpfen.

Eher denkbar ist da ein langsamer Anpassungsprozeß in der praktischen Politik insbesondere der Bundestagsfraktion als der medienwirksamsten Gruppierung der Partei. Dafür hat wiederum Bahro drei Schwerpunkte vorgeschlagen, die, vorgetragen in einer ,,*Sprache, die auch der konservativen Mehrheit der Bevölkerung zu Herzen geht*" (These 7), eine solche allmähliche Neuorientierung ermöglichen würden:

1. ,,*Innenpolitisch ist unser wichtigstes Interesse auf lange Sicht nicht die Heranziehung einer Stammwählerschaft, sondern der Ausbau eines möglichst autonomen Netzes von alternativen Arbeits- und Lebenszusammenhängen, das das ganze Land überzieht und all denen, die aussteigen wollen oder keinen Platz mehr in der formellen Ökonomie finden, Rückhalt und Perspektive bietet*". Was Bahro letztes Jahr den massenhaften ,,Auszug aus dem Industriesystem" nannte, firmiert bei ihm jetzt als ,,*breite kommunitäre Bewegung*", deren Aufgabe es sein soll, ,,*umkehrbare soziale Tatsachen zu schaffen. Die Kommune ist die Keimzelle der Gesellschaftsformation, die die bestehende ablösen wird, die Grundeinheit des neuen sozialen Netzes*". Hier trifft sich Bahro mit dem Baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth (CDU), dessen Fähigkeit, ,,*Kleinkariertheit und Arbeitssucht des Musterländle mit unkonventionellen Seitensprüngen und strategischer Weitsicht zu verbinden*", Thomas Schmid kritisch bewundert. Der gemeinsame Nenner ist die ,,Anti-Staatlichkeit", die dem CDU-Ministerpräsidenten ganz munter angedichtet wird.

2. Vonnöten sei — so Bahro — ein ,,Grüner Deutschlandplan", der die grüne ,,*Konzeption zur atomaren und konventionellen Abrüstung, zum Herausrücken aus den Militärblöcken und zur Neutralisierung der beiden deutschen Staaten zusammenfassen und akzentuieren*" soll. Die in der Grünen Partei weit verbreitete Begeisterung über die Alexanderplatz-Aktion läßt dieses Unterfangen nicht unrealistisch erscheinen. In Hannover wurde bereits die Gründung einer Bundes-Arbeitsgruppe ,,Deutschlandpolitik" beschlossen, deren Initiatoren auch gern ein Büro in der Hauptstadt der DDR eröffnen möchten (als Keimzelle der grünen ,,Sektion DDR"?). Fast sämtliche Vorgaben für diesen ,,neuen Schwerpunkt grüner Politik" stammen von der AL Westberlin, in deren Namen u.a. die erfahrenen Deutschlandpolitiker aus der aufgelösten ,,KPD" bundesweit agieren.



3. Unter Berufung auf das Sindelfinger Sofortprogramm erinnerte Bahro

3. Unter Berufung auf das Sindelfinger Sofortprogramm erinnerte Bahro

an den Beschluß der Grünen, sich 1983 ,,*gründlich mit dem Stellenwert der Dritten Welt oder besser, mit dem Verhältnis zwischen ausbeuterischen Metropolen und abhängigen Peripherien des kapitalistischen Weltsystems zu befassen*". Lernziel soll sein, daß auch der letzte Grüne Abschied vom Proletariat nimmt — nachdem er sich nämlich klargemacht hat, ,,*welche internationalen Konsequenzen es hat, wenn man sich unmittelbar an den vorgefundenen sozialen Interessen, Erwartungen und Werten der metropolitanen Unterklassen (Unsere ‚Lohnabhängigen' und ‚Betroffenen' bis hin zu den Beziehern mittlerer Einkommen) orientiert ...*" Eine so angepackte ,,alternative Dritte-Welt-Politik" (Sindelfinger Sofortprogramm) bietet zweifellos günstige Ansatzpunkte für die Sympathiewerbung unter mittelständischen Spießern, denen schon vor der geistig-moralischen Wende der CDU/CSU das Anspruchsdenken der hiesigen Unterklassen nicht gepaßt hat.

P.S.: Fast vergessen und hoffentlich nicht richtungsweisend: Kurz vor dem Ende ihres Parteitages beschlossen die Grünen noch einen Beitrag zur Ideologie des: ,,Jeder kann/muß mithelfen, damit es (ökologisch) wieder aufwärts geht": Tempo 100 auf der Autobahn und autofreie Samstage als Sofortprogramm gegen das Waldsterben — ein Programm, das 1. das Problem verharmlost; 2. parlamentarisch sicher nicht durchsetzbar ist, zumindest nicht ,,sofort"; 3. gegen das Waldsterben fast nichts bewirken würde; und damit 4. allein von seinem ,,geistig-moralischen" Element (s.o.) lebt! Aber wahrscheinlich war das beabsichtigt.

Js., Hamburg

Wie ein Fisch in der Jauche

Bahro versucht es immer wieder, trägt hartnäckig seine Grundthesen vor; ständig sich wandelnde Form mit immer dem gleichen Inhalt: **Die Grünen dürfen sich nicht als Partei links von der SPD verstehen, die Grünen dürfen nicht auf ein Bündnis mit dem Reformpotential in der Gesellschaft setzen, die Grünen müssen sich auf die „konservative Mehrheit" orientieren.** Mehrheiten für seine Programme hat Bahro eigentlich bei den Grünen noch nie gefunden. Aber immerhin schafft er es, der ganzen Partei immer wieder s e i n e Themenvorgaben als Diskussionszentrum aufzuzwingen. Diesem beachtenswerten Phänomen liegt der in der Grünen Partei quer durch alle Strömungen gepflegte Irrtum zugrunde, Bahro sei auf jeden Fall ein Denker und Analytiker, der Interessantes zur ,,Strategiedebatte" beizutragen habe. — Nein, er hat ganz und gar nicht! Der Kaiser ist nackt. Bahro ist ein Beschwörer, ein Visionär, ein Prophet, ein Magier und Scharlatan — aber niemals, niemals ein Analytiker und Theoretiker. Gerade d a s macht vermutlich seine anhaltende Faszination auf fast alle Strömungen in der Grünen Partei aus.

Schon wenn man zu finden versucht, was Bahro nun eigentlich g e n a u sagen will, greift man ins Schaumige. Bereits den Grundbegriff, von dem er ausgeht — ,,konservative Mehrheit" — gebraucht er in mindestens zwei sehr verschiedenen Bedeutungen: Erstens eine Mehrheit von 94%, die Bahro als ,s y s t e m k o n s e r v a t i v" bezeichnet — also vermutlich sämtliche Wählerstimmen, die nicht für die Grünen abgegeben wurden. Zweitens eine ,,konservative Dreiviertelmehrheit", der Bahro das Attribut ,,l e b e n s k o n s e r v a t i v" zuteilt. Sie setzt sich zusammen aus den Wählern der Regierungskoalition plus ca. der Hälfte der SPD-Wähler.

Der erste der beiden Begriffe — ,,systemkonservativ" — hat im-

Der erste der beiden Begriffe — ,,systemkonservativ" — hat im-

merhin den Vorteil der Eindeutigkeit und inneren Logik. Der zweite Begriff — ,,lebenskonservativ" — ist purer Schaum und nichts weiter. Dreiviertel der Wähler (also nicht etwa 60% oder 80%) zu einem Block zusammenzufassen, ist eine völlig beliebige Manipulation, zumal Bahro für seine Rechnerei keinerlei Kriterien und Anhaltspunkte nennt. Warum Bahro das diesen Block einigende Band ausgerechnet als ,,lebenskonservativ" definiert und was er damit aussagen will, bleibt völlig unerklärt.

Es gibt riesige Unterschiede zwischen dem ,,Konservativismus" z.B. eines 40jährigen großstädtischen Facharbeiters einerseits und eines stockkatholischen 70jährigen Kleinstadt-Katholiken andererseits — um nur zwei Typen aus dem Spektrum der ,,konservativen Mehrheit" herauszugreifen. Aber NICHTS gibt zu der Vermutung Anlaß, ihrem unterschiedlichen ,,Konservativismus" müsse irgendein gemeinsames, verbindendes p o s i t i v e s Motiv unterliegen, das Ansatzpunkte für grüne Politik bietet.

Diesen unverzeihlichen Irrtum hat Thomas Schmid noch deutlicher als Bahro formuliert: **„Der Erfolg der CDU/CSU ist nicht einfach Ergebnis plumper Wählermanipulation. Er enthält mehr Grünes, als manchem, der mangels sozialistischer Parteiinitiative bei den Grünen gelandet ist, lieb sein kann."**

So direkt mag Bahro es nicht sagen. Aber er meint offensichtlich dasselbe, wenn er behauptet, das Wahlergebnis vom 6. März sei **„die günstigste Lösung nicht nur für die innere Entwicklung unserer Partei, sondern auch für unsere Sache"**.

Woher dieser Irrtum nun eigentlich kommt und welche (Fehl-)Interpretationen ihn nähren, wird weder bei Bahro noch bei Schmid durchschaubar. Jedenfalls gibt es ABSOLUT NICHTS im Erscheinungsbild und in der Selbstdarstellung der CDU/CSU, das Stoff für den Irrtum geben könnte, das Wahlergebnis drücke zwar irregeleitete, aber im Kern „richtige" Ansichten und Absichten ihrer Wähler aus. Ganz anders als bei der NSDAP vor 1933 enthält das programmatische Angebot der CDU/CSU überhaupt keine „Zivilisationskritik", keine Kritik an der industriellen Großproduktion usw. Die CDU/CSU ist die Partei mit den besten Beziehungen zum Großkapital. Und dieser Zusammenhang wird durch keinerlei Demagogie verkleidet: er gehört zur Selbstdarstellung der CDU/CSU und macht einen wichtigen Teil ihrer Attraktivität aus. Kaum jemand, der die CDU/CSU gewählt hat, wird das in der irrigen Hoffnung getan haben, diese Partei werde mehr als die SPD ökologischen Interessen Rechnung tragen. Deshalb gibt es gerade i n d i e s e r Beziehung auch überhaupt keine Erwartungen, die enttäuscht werden könnten und die dann ein „Abholen" durch die Grünen zulassen würden. Daß die CDU/CSU neben ihrer reaktionären Ideologie eine absolut m o d e r n e Partei ist — im Sinne der größtmöglichen Förderung der Großindustrie und Großtechnologie — das w i s s e n ihre Wähler längst. Gerade diese Eigenschaft wird an der CDU/CSU besonders ge-

de diese Eigenschaft wird an der CDU/CSU besonders ge-

schätzt, weil sie als Garantie und Voraussetzung für die Bewahrung von Wohlstand und Stabilität erscheint. „Konservativ" ist die CDU/CSU gerade in d e m Sinn, daß sie verspricht, daß sich an den wesentlichen Voraussetzungen der bundesdeutschen Gesellschaft — kapitalistisch organisierte Industrieproduktion; Ökonomie vor Ökologie und Sozialem; Kriegsrüstung und NATO-Einbindung — garantiert nichts ändern wird.

Bahro selbst notiert diese Tatsache: **„Die konservativen Wähler wollten jetzt nicht unbedingt den Wirtschaftsaufschwung sehen, aber der Auftrag, den sie wirklich erteilt haben, der besteht darin, das Zerbröckeln , den Zerfall des ganzen Modells aufzuhalten."** Er fährt aber fort: **„Daran wird die CDU scheitern. Die Menschen werden es merken, und dann werden sich viele erneut nach einer Alternative umsehen."**

Mag sein, aber ausgerechnet die Grünen können d i e s e Alternative bestimmt nicht sein, denn die Rettung des „Modells" (also der kapitalistisch organisierten Industriegesellschaft) ist ja nun wirklich nicht ihr Programm.

Was an vermeintlicher innerer Logik hinter Bahros Grübeleien stecken mag, bleibt rätselhaft. Er müßte doch registrieren, daß der „Konservativismus" der heutigen Mehrheit das absolute Gegenteil dessen ist, was ihm selbst unter dem Stichwort „wertkonservativ" vorschwebt. Bahros Programm ist ja in Bezug auf die real existierenden Verhältnisse keineswegs „konservativ", also bewahrend, sondern vielmehr „revolutionär" im Sinne des totalen Umsturzes. Von diesem Programm führen überhaupt keine denkbaren Verbindungslinien zur „konservativen Mehrheit". Oder aber, Bahro und seine Freunde müßten einmal offenlegen, wo sie Verbindungslinien sehen.

Ein einfaches Beispiel aus der grünen Praxis zeigt das Dilemma: Beschlossen haben die Grünen, zwei autofreie Sonntage im Monat, also 24 im Jahr, zu fordern. Das mag „wertkonservativ" sein im Sinne von Heimat, Natur etc. Aber für die „konservative Mehrheit" ist das weit eher eine Provokation, die antigrüne Aggressionen weckt, oder schlichtweg Spinnkram. Denn ihr „Konservativismus" bezieht sich auf die Bewahrung einer Zivilisation, die im Auto einen ihrer Zentralpunkte hat (Das Gleiche gilt für weitere typische Haßobjekte des „authentischen Ökologismus", wie Waschmaschinen, Spülmaschinen, Fernseher, Video-Recorder, überhaupt „Energie-Fresser"). Bahros Gesellschaftsmodell (dezentrale Kleinstgemeinden auf vorindustriellem Produktionsniveau) ist für die „konservative Mehrheit" nichts weiter als das Schreckgespenst eines Irren.

Würde man sich grünerseits wirklich an die „konservative Mehrheit" heranmachen wollen, so wäre der Verzicht auf bloße Provokationen gegen die Lieblingssymbole der Industriegesellschaft bestimmt weitaus wichtiger als die for-

die Lieblingssymbole der Industriegesellschaft bestimmt weitaus wichtiger als die for-

male Mäßigung des Umgangstons gegenüber CDU/CSU-Politikern und katholischen Pfaffen, worauf Bahro besonderen Wert legt. Es ist zu befürchten, daß von den meisten Grünen diese Problematik noch nicht einmal g e s e h e n wird, weil der Begriff „konservativ" bei ihnen in vielerlei ganz unterschiedlichen Bedeutungen gebraucht, aber niemals klar und differenziert definiert wird.

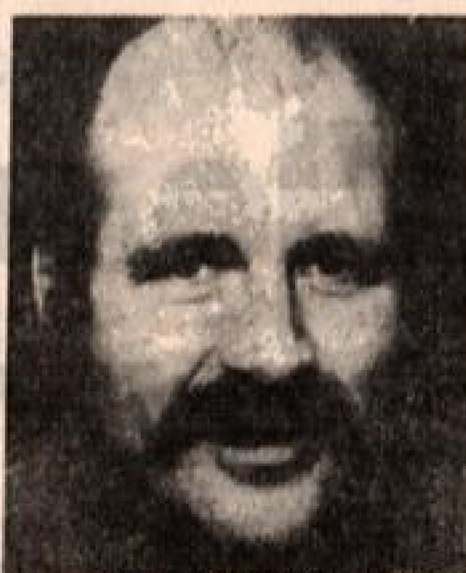
Die innere Logik von Bahros Programm müßte eigentlich dafür sprechen, als Bündnispartner in erster Linie das Reformpotential zu sehen, das er mit rund 25% veranschlagt, und mit der SPD in einen Wettbewerb um die geistige Führung dieses Reformpotentials einzutreten. Also genau das, was Bahro so vehement ablehnt und was von seinen sozialistischen Kontrahenten in der Grünen Partei befürwortet wird. Aber wo liegt die Logik einer Orientierung auf die „konservative Mehrheit"? Geht es am Ende nur darum, der SPD einen Gefallen zu erweisen, nämlich ihr die Konkurrenz mit den Grünen um dasselbe Potential zu ersparen? Beabsichtigen wird Bahro das wohl nicht. Es läuft aber auf diesen Effekt hinaus.

Kt., Hamburg

Die CDU,
der „Parakommunist“ Ebermann und der „neue parlamentarische Stil“

Natürlich wieder dieser Ebermann vom „parakommunistischen Flügel der grünen'' (Th. Schmid), der es — ganz dem Klassenkampfdenken des vorigen Jahrhunderts verhaftet — immer noch nicht verstanden hat, gerade der „bedauernswerten CDU'' (W. Heidt) in einer „liebevollen Form'' (derselbe) zu begegnen und eine Sprache zu finden, „die den Konservativen zu Herzen geht'' (Bahro). So wird der „direkte Übergang von Schwarz zu Grün'' nicht zu bewerkstelligen sein!

Wir dokumentieren die Reden der Bürgerschaftsabgeordneten Boysen (CDU) und Ebermann (GAL) zu einem Antrag der SPD, in Hamburg einen Platz in „Salvador-Allende-Platz'' umzubenennen:



Die zwei Gesichter der SPD: *Werner Loewe: "Das ist Rechtfertigung von Massenmord, Herr Boysen"*





Reinhard Hinze und Hans Peters Pat und Patachon der Heuchelei oder die dummdreisten Ritter 'anständiger' parlamentarischer Umgangsformen beim Thema Massenmord.

Rede des CDU-Bürgerschaftsabgeordneten Gert Boysen - 16. Juni 1983

Über wen Sie hier auch immer gesprochen haben mögen, Dr. Salvador Allende war es jedenfalls nicht. Denn er ist verantwortlich für zahlreiche Verstöße gegen die chilenische Verfassung, für die rasche Ruinierung der chilenischen Wirtschaft und für eine Innenpolitik, die Chile an den Rand eines Bürgerkrieges brachte. Seine Regierungszeit ist gekennzeichnet durch undemokratischen Regierungsstil, Mißwirtschaft, wachsender Abhängigkeit vom radikalen Linksextremismus und zunehmender Annäherung an die Sowjetunion. (...)

Allende und seine sozialistische Partei stehen für politische Grundüberzeugungen, die mit den unseren nicht vereinbar sind: Ein Beispiel: Die sozialistische Partei Allendes faßt 1967 den folgenden Parteibeschluß: "Die revolutionäre Gewalt ist unvermeidlich und legitim und entspricht dem repressiven und bewaffneten Charakter des Klassenstaates. Sie ist der einzige Weg, der zur Übernahme der politischen ökonomischen Macht sowie zu ihrer späteren Verteidigung und Stärkung führt. Die sozialistische Revolution ist nur durch die Zerstörung des bürokratischen und militärischen Apparates des bürgerlichen Staates zu konsolidieren. Die friedlichen und legalen Kampfformen ... führen als solche nicht zur Macht."

Das war die Sprache, das war das Bekenntnis, das war die Politik des Dr. Salvador Allende. Sie sind mit dem, was wir unter Freiheit und Rechtsstaatlichkeit verstehen, unvereinbar. Mit der beabsichtigten Ehrung des Dr. Allende wurd die Legende erneuert, die Unidad Popular habe eine Regierung geführt, unter der die verfassungsgemäßen Rechte uneingechränkt weiter galten und beachtet wurden. (...)

Allendes Regime war gekenenzeichnet durch dauernden Verfassungsbruch durch Zulassen paramilitärischer bewaffneter Organisationen, durch Eingriffe in die Pressefreiheit.

Allende hatte zu keiner Zeit durch freie Wahlen die Mehrheit des chilenischen Volkes auf seine Seite gebracht. Er kam an die Macht, weil ihm auch die Christlichen Demokraten ihre Stimme gaben, aus Respekt vor dem Umstand, daß er mit 36 Prozent unter drei Präsidentschaftsbewerbern die relativ meisten Stimmen erhielt. (...)

Bleibt die Legende, daß es diesem Präsidenten gelungen sei, mit seiner radikalen sozialistischen Politik den Lebensstandard der breiten Massen zu heben. Auch das, wie gesagt, eine Legende - bei einer Inflationsrate von 1972 230 Prozent bei Lebensmitteln und wachsender Verknappung der lebenswichtigen Konsumgüter und am Ende erheblicher Einkommensverluste der Armen.

Nein, Allende hat den evolutionären Reformprozeß der Christlichen Demokraten zum Nachteil des chilenischen Volkes abrupt unterbrochen. **Er war ein Wegbereiter dessen, was nach ihm kam: die totale Diktatur.** Er hat sich für seine Politik die höchsten Ehrungen der Sowjetunion erworben, wurde postum mit dem großen Orden für Völkerfreundschaft der Deutschen Demokratischen Republik ausgezeichnet. (...)

Was hier in Hamburg geschehen soll, ist in Dresden schon Wirklichkeit. Da hat die SED den Münchner Platz in Dr.-Salvador-Allende-Platz umbenannt. Wer sich in dieser Stadt auskennt, weiß, daß die meisten Dresdner demonstrativ an dem alten Namen festhalten. Man darf annehmen, sie wissen weshalb.

Rede des GAL-Abgeordneten Ebermann am 16. Juni 1983 in der Bürgerschaft

(Dr. Becker, CDU: *Halten Sie noch mal die Rede zum 17. Juni?)*
Ebermann GAL: - Quatsch mich nicht dumm an jetzt, das sag ich Dir aber; quatsch mich nicht dumm an jetzt noch.
(Glocke - Tumult - Pfui-Rufe und Gelächter bei der CDU)
So sehen die Leute aus, die in wenigen Wochen den Einmarsch der USA in Nicaragua rechtfertigen.
(Beifall bei der GAL - **Perschau CDU:** *Schauspieler!)*
So sehen die Leute aus, die Verständnis für die Zustimmung zum hitlerischen Ermächtigungsgesetz haben. (Perschau, CDU: *Schmierenkomödiant!)* So sehen die Leute aus, die die positiven Apsekte am Nationalsozialismus hervorkehren. *(Tumult)* - So sehen die Leute aus, die heute noch sagen, was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein. *(Zurufe von der CDU)* - So sehen die Leute aus, die große Sympathien *(Tumult)* - für die Rassistenregimes in Südafrika haben. *(Beifall bei der GAL - CDU-Abgeordnete verlassen den Saal* - **Thea Bock GAL:** *Bleibt bloß draußen!)*

So sehen die Leute aus... (**Gärtner GAL:** *Geht doch raus; kommt bloß nicht wieder rein!)* - So sehen in der Tat die Leute aus... (**Thea Bock GAL:** *Kommt bloß nicht mehr rein!)* - Ich fühle mich wohler, wenn die draußen sind. *(Tumult)* - Es kommt mir vor wie der Abtritt zu der übermorgen stattfindenden Demonstration des Mobs in Berlin am 17. Juni. *(Glocke-Tumult-* **Dr. Salchow CDU:** *Haben sie ein Zäpfchen für den Redner?)* - Mach 'ne Fliege, Mann. *(Tumult - Glocke)* - Du mußt Dir einmal vorstellen, da wird *(Tumult)* in Chile nicht nur ein Präsident umgebracht,...
(Dr. Salchow CDU: *Geben Sie dem Redner ein Zäpfchen!* - **Zurufe von CDU-Abgeordneten:** *Herr Präsident, was wollen Sie uns eigentlich noch zumuten?)*
- Mach doch 'ne Fliege endlich, Mann. *(Weitere CDU-Abgeordnete haben den Saal verlassen* - **Peters SPD:** *Wir sind doch keine Kaderversammlung!)*
Vizepräsident Saalfeld *(unterbrechend): Herr Ebermann, ich bitte Sie, sich in Ihren Ausdrücken der Situation des Hauses anzupassen, daß es möglichst zu derartigen Demonstrationen nicht kommt.)*

Ich mäßige mich auf das Äußerste hier; das ist ja wohl deutlich! Ich meine, wenn so etwas noch in Ruhe... *(Glocke - Herr Ebermann,...)*
Ich komme hier überhaupt nicht zum Reden! - *(Herr Ebermann, ich wollte Sie fragen, ob Sie Herrn Kleinmagd eine Zwischenfrage gestatten?)* Ja, mache ich! - *(Sie haben das Wort, bitte.)*
(Zwischenfrage von Kleinmagd CDU: *Herr Ebermann, jeder hat ein eigenes*
Sie fragen, ob Sie Herrn Kleinmagd eine Zwischenfrage gestatten?) Ja, mache ich! - *(Sie haben das Wort, bitte.)*
(Zwischenfrage von Kleinmagd CDU: *Herr Ebermann, jeder hat ein eigenes*
Verständnis von Würde. - **The Bock GAL:** *Wir auch! - Sind Sie sicher, daß Sie das, was Sie eben gemacht haben, mit der Würde eines Menschen gegenüber dem anderen vereinbaren können? - Ich danken Ihnen. - Die CDU-Abgeordneten haben inzwischen den Saal verlassen)*

Ich meine, ich reagiere adäquat im Moment; ich meine, ich reagiere so, wie das noch ein bißchen angemessen sein könnte. Wenn man nur ein Viertel von dem weiß, was in Chile gelaufen ist nach der Ermordung von Salvador Allende, dann halte ich das für parlamentarisch unwürdig, hier sitzenzubleiben, als liefe eine normale Debatte. *(Beifall bei der GAL)* - Ich halte es für unwürdig, wenn man weiß, was für Blutopfer diejenigen gebracht haben, die diesen Weg des demokratischen Sozialismus in Chile beschreiten wollten und auch für unwürdig, nicht darüber dann Worte zu verlieren, die zum Ausdruck bringen, daß das, was in Chile gelaufen ist, Massenmord einer Tyrannei ist. Und das, was hier abgelaufen ist, ist aus meiner Sicht mehr gewesen als all das, was Franz-Josef Strauß auf seiner berüchtigten Chile-Reise gesagt hat: Das war das Loblied auf die quasi notwendige Ermordung eines demokratisch gewählten sozialistischen Führers. Das war das Verständlichmachen von Putschismus, der in Chile von den Generälen, aber nicht von den Generälen allein, sondern von den Generälen unter Mithilfe der USA durchgeführt wurde.

Und wenn so etwas hier sozusagen trocken hingenommen wird, als handele es sich nur um den Streit, ob irgendein Platz oder irgendeine Straße umbenannt wird und wenn nicht, auch zum Ausdruck gebracht wird, daß aus diesem Holz diejenigen geschnitzt sind, die Faschismus und Diktatur überall in der Welt - jedenfalls wenn es sich in der westlichen Hemisphäre abspielt - rechtfertigen, dann glaube ich, liegt alles andere unterhalb der notwendigen Reaktion.



Gert Boysen, CDU: Biedermann und Brandstifter

Ich möchte trotzdem, obwohl das fast nicht mehr angebracht ist, lieber Wulf Damkowski, zu Ihnen etwas sagen. Obwohl es fast nicht mehr angebracht ist, das gebe ich zu, denn die Probleme dessen, was Bernd Vetter "doppelte Moral" genannt hat, stellen sich auch hier. Selbstverständlich sind wir dafür, daß ein Platz nach Salvador Allende genannt wird, aber wäre es nicht sinnvoller, daß die Bundesrepublik Deutschland keine U-Boote in die jetzige Chile-Diktatur entsendet? Wäre es nicht sinnvoller, daß die Bundesrepublik Deutschland nicht eine dermaßen blühende Handelsbeziehung zum Beispiel im Kupfergeschäft mit Chile hätte? Wären das nicht sinnvollere Maßnahmen *(Busse SPD: Es wird mit vielen Ländern verhandelt!)* zugunsten der Leidenden, Unterdrückten und im Moment ihre Opposition neu Formierenden, als sich zu beschränken in die Umbenennung von Plätzen?



Es gab einmal ein umheimlich bedrückendes Bild, was hier wieder ein Stück Wirklichkeit wird. Ich weiß nicht, ob Sie, Herr Damkowski, noch erinnern, daß die Bundesrepublik Deutschland einmal der mocambiquanischen Befreiungsbewegung FRELIMO zur Zeit des portugiesischen Kolonialismus Medikamente und Verbandszeug und ärztliches Gerät angeboten hat und zum gleichen Zeitpunkt Kriegsschiffe für den Kolonialeinsatz nach Portugal geliefert hat.

Ich denke, daß leider so etwas heute immer noch vorliegt, daß man in Resolution und Benennung von Straßen oder Plätzen, der wir selbstverständlich zustimmen, auch ein stückweit schlechtes Gewissen oder ein stückweit demokratische Reputierlichkeit erwirbt, ohne eine wirkliche Bekämpfung (**Peters SPD:** *Heuchler!)* von Terrorregimes vorzunehmen. **(Hinze SPD:** *Du bist genau so ein Kasper; ich sag auch mal Du, so wie Du die anderen anredest!)*

> **„Der Pazifismus der 30er Jahre hat Ausschwitz erst möglich gemacht.“**
> *Heiner Geißler, 15.6.83*

Ich weiß, daß die Dir sehr nahestehen, **(Hinze SPD:** *Kasper!)* und ich weiß, daß gerade dieses Thema aus Eurer Sicht lieber im Rahmen einer normal gepflegten Debatte ablaufen sollte. Das habe ich schon geschnallt, und das muß ich einfach zur Kenntnis nehmen. - Ich wollte noch sagen, es gibt in Hamburg schlimme Straßennamen. **Hinze SPD:** *Reeller Hofschauspieler!* - **Thea Bock GAL:** *Sagt doch mal was zu den U-Booten!)*
Ich weiß, daß Sie sehr gut passen würden auf eine Demonstration zugunsten von U-Booten für Chile, nur ich will da nicht gesehen werden und will das hier auch zum Ausdruck bringen. Ich weiß auch gut, daß Sie sehr gut passen würden zu denjenigen, die zur Beschönigung solcher Regimes neigen, nur ich will nicht dazugehören; **(Hinze SPD:** *Sie sind doch*
und will das hier auch zum Ausdruck bringen. Ich weiß auch gut, daß Sie sehr gut passen würden zu denjenigen, die zur Beschönigung solcher Regimes neigen, nur ich will nicht dazugehören; **(Hinze SPD:** *Sie sind doch*
das Anspucken nicht wert!) und ich hoffe, daß es Sozialdemokraten gibt, die das auch nicht wollen, denn es können noch Zeiten auf uns zukommen, wo es noch wichtig ist, daß Sozialdemokraten, die für die Demokratie eintreten - Grüne, Alternative und Linke - trotz allem Gemetzels im Parlament zusammenstehen müssen. Ich denke, das sollte zumindest eine Lehre sein aus dem, was 1933 passiert ist.
Ich wollte sagen: Es gibt genug schlimme Straßennamen in Hamburg. *(Glocke)* - **Vizepräsident Saalfeld** *(unterbrechend): Gestatten Sie Herrn Holst eine Zwischenfrage, Herr Ebermann?* - Ja! - **(Holst SPD:** *Herr Ebermann, können Sie sich vorstellen, daß Ihre Beleidigungen auch noch irgendwelche Grenzen kennen?* - **Thea Bock GAL:** *Sehen Sie sich doch an, wie man uns beleidigt hat!* - **Hinz SPD:** *Es wird Zeit, daß Ihr verschwindet!)*
Ich finde solche Zwischenrufe "Es wird Zeit, daß Ihr verschwindet", nachdem man aus der sozialdemokratischen Fraktion... **(Hinze SPD:** *Bei dem Benehmen ganz bestimmt!)*
Bei dem Benehmen ganz bestimmt.
Bei der Empörung über die Verherrlichung... **(Peters SPD:** *Das ist das, was Ihr den Faschisten vorwerft, so benehmt Ihr Euch!)*
- Ja, daß wir uns benehmen.
- Protokollausfall -

> **„Er (Allende, d.Red.) war ein Wegbereiter dessen, was nach ihm kam: die totale Diktatur.“**
> *CDU-Bürgerschaftsabgeordneter Gert Boysen, 16.6.83*

Es scheint tatsächlich der Konsens demokratischer Debatte, in der es selbstverständlich dann auch erlaubt sein muß, so zu argumentieren, wie es die CDU eben gemacht hat, von uns verletzt worden zu sein, und auf diese Verletzung sind wir einigermaßen stolz und bekennen uns dazu.

Ich wollte noch ein letztes sagen, aber ich bin überhaupt nicht dazu gekommen. Ich wollte sagen, es wäre schön, wenn im Rahmen dieser Debatte auch eine Diskussion darüber stattfinden könnte, ob nicht nur der Salvador-Allende-Platz oder eine Straße so benannt werden sollte, sondern ob es nicht auch richtig wäre, einige schändliche Straßennamen aus dem Stadtbild Hamburgs zu entfernen. Ich rate einmal gerade sozialdemokratischen Abgeordneten, an der Hoheluft auszusteigen und durchzugehen, was da für Generäle von Terrorregimes und von Befürwortern von Sozialistengesetzen verabschiedet sind. Ich denke, daß eine Stadt, die für sich in Anspruch nimmt, Tradition der Demokratie jetzt verkörpern zu wollen, solche Straßennamen nicht haben sollte.

Und ein letztes. So gut wir den Vorschlag mit dem Salvador-Allende-Platz auch finden, müssen wir feststellen, daß andere Oppositionelle aus der dritten Welt und aus der Geschichte Deutschlands und der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor keinen Platz haben, wenn es um Ehrenmale, um Straßennamen oder um Plätze geht.

Es ist schade, wenn sich die Respekterzeugung gegenüber linken und demokratischen Führern in der dritten Welt nur auf diejenigen bezieht, die Mitglieder der 2. Internationale sind. Ich glaube, es wäre gut, wenn aus den Reihen der sozialdemokratischen Fraktion ein Antrag käme, der auch denjenigen Verdienste zuweist, die nicht der 2. Internationale angehört haben, wohl aber für Emanzipation und Selbstbestimmungsrecht der Völker in der dritten Welt gekämpft haben.
(Anhaltender Beifall bei der GAL)
Vizepräsident Saalfeld: *Das Wort hat Herr Dr. Voscherau* - **Gärtner GAL:** *Jetzt geht es los!)*

Interview zum Stand der Dinge: Vertrag zwischen AL-Westberlin und Grüner Bundespartei

Oliver Schruoffeneger ist Mitglied der AL-Westberlin seit ihrer Gründung; seit Dezember 1982 vertritt er die AL im Bundeshauptausschuß der Grünen und er gehört einer Verhandlungskommission der AL an, die mit der Grünen Bundespartei einen Vertrag über eine engere Zusammenarbeit beider Organisationen aushandeln soll, bei Wahrung der Unabhängigkeit und Selbständigkeit der AL. Der Kommission gehören neben Oliver noch 4 weitere AL-Mitglieder an. Sie wurde eingesetzt, nachdem die AL im Januar 83 den Beschluß faßte, ihr Verhältnis zur Grünen Bundespartei auf vertraglicher Basis zu klären. Die Kommission setzt sich aus Befürwortern und Skeptikern des Vertragsbeschlusses zusammen. Über die Gründe für einen solchen Vertrag, die bisherigen Schritte der Verhandlungskommission, Hindernisse und Perspektiven für eine Vertragslösung sprach der AK am 1.6.83 mit Oliver.

Frage: Oliver, du gehörst der AL-Verhandlungskommission an, die einem AL-Beschluß entsprechend mit der grünen Bundespartei einen Vertrag über die engere Verbindung beider Organisationen aushandeln soll. Stell doch itte noch mal kurz dar, warum dieser Beschluß von der AL gefaßt wurde.

Antwort: Wir arbeiten ja praktisch seit Gründung der Grünen mit ihnen auf Bundesebene sehr eng zusammen, hatten aber aufgrund einiger Differenzen struktureller Art in der Gründungsphase darauf verzichtet, eine institutionelle Verbindung mit ihnen einzugehen. Wir wollten das jetzt ein bißchen ändern, damit diese Verbindung nicht so beliebig läuft, sondern damit von beiden Seiten eine gewisse Verpflichtung dahinter steht. Es gab bei uns auch Leute, die wollten direkt Landesverband werden; es gab andererseits Leute, die sagten, wir wollen erst mal überhaupt keine feste institutionelle Verbindung, weil wir die Grünen noch nicht genug kennen. Diese Vertragslösung war eigentlich der Kompromiß zwischen allen Strömungen.

Frage: In Westberlin gibt es seit langem einen grünen Landesverband. Wie gestaltete sich das Verhältnis zwischen AL und grünem Landesverband bisher?

Antwort: Wir haben diesen grünen Landesverband 1980 mehr oder weniger mitbegründet, um auf den grünen Bundesparteitagen reden und dabeisein zu dürfen. Wir haben ihn hier in Berlin immer nur als schriftlich existierenden Verband akzeptiert, aber nicht als politische Kraft. Nachdem jetzt bei uns die Entscheidung gefallen war, daß wir 'nen Vertrag mit den Grünen machen wollen, haben einige Leute, die das verhindern wollten, unter anderem Ernst Hoplitschek, diesen grünen Landesverband wiederbelebt. Sie versuchen, ihn zu einer politischen Kraft aufzubauen, um den Einfluß der AL auf Bundesebene zu schmälern und damit auch die wirtschaftspolitische Strömung innerhalb der Grünen zu treffen, die sich mit dem Sindelfinger Programm identifiziert.

Frage: Was strebt deiner Meinung nach der jetzt reaktivierte Landesverband hier in Berlin in seinem Verhältnis zur AL an?

Antwort: Dieser Landesverband ist überhaupt keine einheitliche politische Kraft. Da gibt es Leute, die wollen in Berlin eine Verbindung zwischen AL und grünem Landesverband im Sinne einer GAL-Lösung, und es gibt andere Leute, die lehnen eine Zusammenarbeit mit der AL zwar nicht offen ab, orientieren aber meiner Ansicht nach auf eine Gegenkandidatur bei den nächsten Wahlen.

Zusätzlich gibt es noch eine Strömung, die davon ausgeht, daß die AL sich entscheidet, grüner Landesverband zu werden und sich dann ‚Alternative Liste — Grüner Landesverband Berlin' nennt. Sie betrachteten den Landesverband als Druckmittel, um die AL zu dieser Entscheidung zu zwingen.

Frage: Gibt es schon irgendwelche programmatischen Äußerungen dieses grünen Landesverbandes?

Antwort: Es gibt ein 3-seitiges Papier des grünen Landesverbandes mit der Überschrift „Programmatische Erklärung''. Uns ist es aber überhaupt nicht gelungen, darauf zu antworten, weil dieses Papier so allgemein ist, daß man es eigentlich als programmatische Erklärung nicht akzeptieren kann.

Frage: Kann sich der jetzt reaktivierte grüne Landesverband tatsächlich als grüner Landesverband bezeichnen, oder ist es nicht eher so, daß er eigentliche grüne Positionen gar nicht vertritt?

Antwort: Das letzte ist sicherlich etwas zu hart ausgedrückt. Es gibt in diesem Landesverband sehr viele verschiedene Strömungen. Diejenigen, die im Moment die Politik bestimmen, sagen ganz offen, daß sie hinter einigen grünen Beschlüssen in Bezug auf Rotation, Diäten, basisdemokratische Anbindung, aber auch in Bezug auf das Sindelfinger Wirtschaftsprogramm nicht stehen.

Es gibt 'ne zweite Gruppe, die auch Ursula Schaar und Helmut Horst umfaßt, die eigentlich auch Politik in der Al machen könnte, die aber in einer für sie sehr wichtigen Frage, der Gewaltfrage, Probleme mit der AL hat. Mit denen müssen wir im Gespräch bleiben und konstruktiv zusammenarbeiten. Eine konstruktive Zusammenarbeit mit der anderen Gruppe um Ernst Hoplitschek wird sehr schwierig werden.

Frage: Nun hat der Bundesvorstand im Gespräch mit euch abgelehnt, daß der Grüne Landesbverband in Berlin seine Differenzen zur AL schriftlich darlegen soll. Wie ist das zu erklären?

Antwort: Ich glaube, da gibt es ein sehr großes Informationsdefizit beim Bundesvorstand. Es ist uns auf der Sitzung nicht gelungen, dem Bundesvorstand klarzumachen, daß wir seit zweieinhalb Monaten in Berlin versuchen, eine inhaltliche Debatte mit dem grünen Landesverband anzustrengen, und es gelingt uns nicht, weil dieser Landesverband überhaupt nicht dazu bereit ist, inhaltliche Positionen zu beziehen und konstruktiv mit uns zu diskutieren. Das wollten wir mit diesem Antrag erreichen im Bundesvorstand. Der Bundesvorstand ist aber davon ausgegangen, daß die das schon von allein machen würden, wenn sie politikfähig sein wollen, und hat dabei sicherlich die Taktik dieses grünen Landesverbands völlig falsch eingeschätzt.

Frage: Welche Schritte habt ihr als Verhandlungskommission der AL bisher unternommen?

Antwort: Wir haben uns an den Bundesvorstand gewandt, der seinerseits auch eine Verhandlungskommission gewählt hat, und haben uns ein erstes Mal mit dem gesamten Bundesvorstand vor etwa 4 Wochen getroffen und erst mal nur den Informationsstand ausgetauscht. Konkrete Verhandlungen hat's bis jetzt noch nicht gegeben.



Frage: Mir fällt auf, daß der AL-Beschluß vom Januar 83 datiert, und wenn due sagst, ihr habt euch vor 4 Wochen das erste Mal getroffen, dann ist ja reichlich Zeit verstrichen. Kann man das irgendwie erklären?

Antwort: Na, einerseits muß man natürlich den Bundestagswahlkampf berücksichtigen und davon ausgehen, daß die Grünen bis Mitte März wichtigere Probleme hatten auf Bundesebene. Andererseits gab es, gerade in diesem Bundesvorstand auch teilweise den Versuch, diese Verhandlungen erst mal hinauszuzögern, zu blockieren.

Frage: Warum hatten Teile des Buvo ein Interesse daran, die Verhandlungen zu verzögern, zu blockieren?

Antwort: Ich glaube, das lag zu großen Teilen an einer starken Verunsicherung. Die wußten einfach nicht, wie sie damit umgehen sollten, waren als Vorstand gespalten und wollten erst einmal Zeit gewinnen.

Frage: Wer waren eure direkten Verhandlungspartner bei den Grünen?

Antwort: Die vom Bundesvorstand gewählte Kommission besteht aus Klaus Timpe und Wilhelm Knabe aus Nordrhein-Westfalen und Uli Tost aus Baden-Württemberg. Das sind alles drei Vorstandsmitglieder.

Frage: Was ist bei den Verhandlungen bisher konkret rausgekommen?

Antwort: Bei den Verhandlungen mit dem Bundesvorstand selber eigentlich nichts, weil dieses erste ein Informationsgespräch für beide Seiten war. Wo es erste Ergebnisse gibt im Sinne einer positiven Stimmung für die AL, ist das durch viele Gespräche mit Landesverbänden, Kreisverbänden und einzelnen interessierten Mitgliedern der Grünen erreicht worden. Da sieht man den Stimmungswandel zugunsten der AL.

Frage: Es hat auf einer Bundesvorstandssitzung der Grünen einen Vorschlag gegeben, AL'er sollten auf dem Wege der Doppelmitgliedschaft Mitglieder der Grünen werden. Diese Doppelmitglieder dürften dann auch Delegierte zu grünen Versammlungen entsenden. Beide Gruppierungen, AL-Grüne und Grüner Landesverband, würden dann quasi den Status von zwei Kreisverbänden erhalten. Wie ist das zu beurteilen?

Antwort: Es gibt da zwei völlig verschiedene Interpretationsmöglichkeiten. Die eine Möglichkeit wäre, zu sagen, die AL-Mitglieder müssen einzeln in die Grünen eintreten und existieren dann in einem Berliner Kreisverband neben dem Berliner Kreisverband der Grünen, was der jetzige Landesverband ist. Diese Interpretationsmöglichkeit finden wir nicht so schön, weil sie Einzelmitgliedschaft bedeuten würde und die AL als Organisation erst einmal ablehnen würde. Die zweite Möglichkeit ist, zu sagen, die AL als ganzes ist grüner Kreisverband. Das würde meinen Intentionen schon näher kommen.

Frage: Widerspricht nicht die Konstruktion AL = Grüner Kreisverband den Intentionen des AL-Vertragsbeschlusses, durch den ja gerade die Unabhängigkeit der AL gewahrt werden sollte?

Antwort: Die Konstruktion AL = Grüner Kreisverband würde den AL-Beschlüssen natürlich entgegenstehen, doch gehe ich davon aus, daß die Grünen, wenn sie bereit sind, so etwas anzubieten, auch bereit sind, über andere Konstruktionen zu reden, denn sie haben dann ihre Bereitschaft erklärt, die AL als Ganzes und nicht nur auf der Basis von Einzelmitgliedschaft zu akzeptieren.

Frage: Das Problem bei der Doppelmitgliedschaft ist ja wohl, daß dadurch das Dilemma hier in Berlin mit den zwei Organisationen nicht gelöst wäre, und gerade das ist einer der wesentlichen Beweggründe für den damaligen AL-Beschluß. Käme nicht der Vorschlag des Bundesvorstands, zwei Organisationen in Berlin nebeneinander existieren zu lassen, den Vorstellungen von Ernst Hoplitschek sehr nahe, der ja möglicherweise so etwas anstrebt wie eine GAL-Lösung hier?

Antwort: Ich glaube eigentlich nicht. Wir können als AL im Augenblick nicht darauf setzen, daß der Bundesvorstand diesen Landesverband der Grünen in Berlin auflöst. Dazu gibt es eine zu große Minderheit in den Bundesgrünen, die das nicht akzeptieren würden. Ich glaube, wir könnten mit einem Modell, das davon ausgeht, zwei gleichberechtigte Berliner Verbände zu haben, zur Zeit leben, und der Landesverband der Grünen würde sich innerhalb der nächsten 1-2 Jahre selber als politikunfähig erweisen. Alleine dadurch, daß die AL dann offiziell in allen Gremien der Grünen mit gleichen Rechten vertreten wäre, in Berlin die aktive Politik macht, würde auch bei den Grünen sehr schnell die Einsicht bei allen durchkommen, daß in Berlin die AL die politisch wichtigere Kraft ist.

Frage: Johanna Mayr, die ebenfalls der Verhandlungskommission angehört, hat in einem der letzten Delegiertenratsinfos der AL über ihre Verhandlungserfahrungen mit dem Bundesvorstand berichtet und behauptet dort, daß der Bundesvorstand mit ganz wenigen Ausnahmen überhaupt nicht an politischen Fragen interessiert sei, daß er gegenüber der AL-Verhandlungskommission kaum politische Fragen gestellt habe, und sie glaubt insgesamt, daß es beim Bundesvorstand gegenüber der AL ein erhebliches Informationsdefizit gibt. Wie würdest Du das einschätzen?

Antwort: Im Prinzip ist das sicherlich richtig. Man kann das aber nicht den einzelnen Bundesvorstandsmitgliedern anlasten. Man muß auch aus der Berliner Warte sehen, daß gerade im letzten halben Jahr, wo diese Frage aktuell geworden ist, dieser Bundesvorstand vollkommen überfordert war, einerseits mit dem Wahlkampf, andererseits mit den sich daraus ergebenden strukturellen Problemen der Grünen, die überhaupt nicht vordiskutiert waren. Dann kam noch die Kontroverse um den Bundesgeschäftsführer Beckmann dazwischen, und von daher war dieses Berliner Problem für den Bundesvorstand schon irgendwo nebensächlich. Man muß auch sehen, daß im Bundesvorstand die Meinung vorherrscht, das werde sich schon ähnlich wie in Schleswig-Holstein, je näher es auf die Wahl zugeht, mehr oder weniger von alleine lösen. Viele Leute im Bundesvorstand sehen im Moment noch nicht Aktualität dieses Problems

Frage: Du hat vorhin mal gewisse Differenzen angesprochen zwischen der AL und dem grünen Landesverband in Bezug auf die wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen. Könnte nicht das Zögern des grünen Bundesvorstandes und, so wie mir scheint, die Tendenz dort, sich gerade nicht zwischen AL und grünem Landesverband zu entscheiden, ebenfalls Ausdruck solcher Differenzen sein, der Befürchtung, die AL könnte den linken Flügel der Grünen stärken, was von der Mehrheit im Bundesvorstand nicht gern gesehen würde?

Antwort: Wenn man davon ausgeht, daß für die Grünen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der wichtigste Bereich wäre, wäre dieser Verdacht richtig. Ich glaube aber, daß es neben der Wirtschafts- und Sozialpolitik auch noch sehr wichtig die Friedenspolitik und diese ganzen basisdemokratischen Grundsätze für die Grünen gibt, und wenn man das mit einbezieht, kann man von diesen politischen Differenzen nicht mehr sprechen, denn unsere Bündnispartner in den drei verschiedenen Fragen sind wirklich in jeder Frage auf eine andere Strömung der Grünen verteilt, und wir können eigentlich in den verschiedenen Fragen mit verschiedenen sehr gut zusammenarbeiten.

Die Verzögerung des Bundesvorstandes beruht zum großen Teil meiner Ansicht nach auf mehr psychologischen Problemen im Umgang mit dem Landesverband. Einige Mitglieder des Landesverbandes sind seit Jahren auf Bundesebene im Auftrag der AL sehr aktiv gewesen. Sie sind bekannt, sie haben im Bundesvorstand gearbeitet, und es gibt natürlich gewisse Hemmschwellen, sie jetzt mehr oder weniger fallen zu lassen von seiten des Bundesvorstandes, weil sie auch in der Basis recht gut verankert waren und teilweise noch sind, oder zumindest einen Namen haben — Beispiel Helmut Horst.

Frage: Wie sollte Deiner Meinung nach die AL jetzt weiter verfahren?

Antwort: Unsere Strategie muß jetzt auch darauf hinauslaufen, so zu tun, als ob wir schon gleichberechtigt wären, uns in allen Gremien und Arbeitsgruppen inhaltlich einzubringen, mitzudiskutieren, die Grünen nicht nur mit unseren Berliner Problemen zu nerven, sondern uns auch intensiver mit den politischen Problemen der Grünen zu befassen, dort konstruktiv mitarbeiten, uns dadurch selber auch in diesen Grünen verankern, und dann werden sich die Vertragsverhandlungen wesentlich erleichtern. Wir dürfen dabei nicht nur auf den Bundesvorstand orientieren, sondern müssen uns auch sehr stark auf die Gremien Bundeshauptausschuß, Bundesversammlung sowie auf die verschiedenen Landesverbände und ihre Landesversammlungen etc. konzentrieren.

Frage: In diesem Zusammenhang hat es auch Kritik an Dir und an Deiner Arbeit im Bundeshauptausschuß gegeben. Die Kritik bezog sich darauf, daß Du die Positionen der AL dort nicht offensiv genug vertrittst. Wie stehst Du zu dieser Kritik?

Antwort: Sie ist richtig, wenn man von der Verhandlungsstrategie ausgeht, wir müssen im Bundeshauptausschuß das Berliner Problem diskutieren. Ich habe, als der Landesverband das versucht und ein 20-minütiges Statement dazu abgegeben hat, unter dem Tagesordnungspunkt „Einschätzung der Bundestagswahlen'' relativ kurz gesagt, daß das wohl nicht das wichtigste Problem der Grünen im Moment sei und mich dann lieber an der inhaltlichen Diskussion beteiligt. Ich halte das für wesentlich wichtiger und auch für nützlicher für die AL, wenn man sich in den Gremien offiziell um die Inhalte kümmert und mit denjenigen, die wirklich an der Berliner Problematik interessiert sind, anschließend in gesonderten Arbeitsgruppen oder in privaten Gesprächen die Differenzen und die Positionen in Berlin klarmacht.

Frage: Würdest Du es für sinnvoll halten, die Frage der Vertragslösung zwischen Grünen und Al auf einer Bundesdelegiertenversammlung der Grünen zur Sprache zu bringen, dort auch gegebenenfalls zur Abstimmung zu stellen und welche Erfolgsaussichten würdest Du einem solchen Verfahren einräumen?

Antwort: Wenn wir den Vertrag haben wollen, ist es die einzige Möglichkeit, das auf einer Bundesdelegiertenkonferenz durchzusetzen, denn das ist das Entscheidungsgremium. Ich gehe davon aus, daß wir das im Herbst auf der Bundesdelegiertenkonferenz tun werden. Wenn wir bis dahin in den gerade gegründeten Bundesarbeitsgruppen der Grünen und in den anderen Gremien gut mitarbeiten, sehe ich da sehr große Chancen.

Frage: Könntest Du Dir vorstellen, daß der Vertragsschluß der AL-Berlin mit den Grünen so etwas wie eine Signalwirkung bundesweit haben könnte?

Antwort: Es gibt da, glaube ich, zwei verschiedene Möglichkeiten von Signalwirkungen. Einerseits kann man davon ausgehen, daß viele kleinere alternative, bunte Listen, die im Moment Berührungsängste zu den Grünen haben, diese dadurch verlieren oder abbauen, weil die AL-Berlin immer noch als Vorbild angesehen wird, und sie die Konsequenz ziehen, selber in die Grünen einzutreten. Ne andere Möglichkeit wäre, daß auch andere AL'' solche Verträge fordern, wie es die Hamburger AL zur Zeit tut. Für uns ist aber völlig klar, daß die AL-Berlin hier als AL-Berlin auftritt und nicht als Vorreiter für andere AL's und andere Listen. Das muß jedesmal neu diskutiert werden, und wir haben schon etwas Probleme damit, wenn sich andere Gruppen ständig auf uns berufen, aus einem ganz anderen politischen Diskussionszusammenhang heraus. Ich halte auch nicht so viel von den Versuchen, bundesweite AL's aufzubauen und dann einen Vertrag mit den Bundesgrünen zu schließen. Ich glaube, der Hans Herbers (Landesvorstand in Nordrhein-Westfalen) hat das sehr richtig gesaat, daß man Bündnisse auf kommunaler Ebene mit AL's etc. von den Grünen aus schließen sollte, wenn es funktionierende AL's oder Bunte Listen gibt, wie z.B. in Bielefeld oder Hannover, und arbeitende Listen; daß man sich aber nicht darauf einlassen sollte, jetzt irgendwelche Gruppen, die sich jetzt als Gegengründung zu den Grünen konstituieren, daß man dann mit denen in Bündnisverhandlungen eintritt und denen damit irgendwelche Positionen sichert. Das wäre sicherlich genauso falsch, als wenn die AL in Berlin jetzt mit dieser Gegengründung Grüner Landesverband in solche Verhandlungen eintreten würde.

Bremer Entscheidung:

Wie sollen sich die Linken zu den Bürgerschaftswahlen verhalten?

Die Lage zu den Bremer Bürgerschaftswahlen am 25.9.83 ist der von 1979 ähnlich. 1979 kandidierte eine im grünen Wind befindliche „Bremer Grüne Liste" (BGL) gegen eine schwache AL. Die bundesweite Grünen-Unterstützung, eine bundesweite Kampagne „Links für Grün" (Starredner: Rudi Dutschke) und eine indifferente Linke trugen zum Ergebnis von knapp über 5 % für die BGL und zur Niederlage für die AL (1,4 %) bei. Die aktiven BGL-Unterstützer aus der Linken zogen sich nach und nach stillschweigend von dieser zurück, die Indifferenten von damals waren im nachhinein empört. Denn: Die BGL erwies sich in ihrer politischen Entwicklung als genau das, was ihr die AL vorgeworfen hatte: eine grüne Strömung mit erheblichem und unberechenbarem Rechtsdrall. Längst vor Bahro hatte die BGL die konservative Orientierung entdeckt, publizierte in CDU-Zeitungen, hetzte dort gegen „linke Chaoten", unterstützte eine „Bürgerwehr" gegen dieselben, profilierte sich als eine den Verzicht und die Sparpolitik im Sozial- und Bildungsbereich predigende Kraft. — Das war 1979 und danach.

Und 1983? Da steht eine Konkurrenzkandidatur des Bremer Landesverbandes der Grünen Partei und der neugegründeten BAL (Betrieblich Alternative Liste) bevor. Die einen segeln im grünen Erfolgswind auf dem rechten ökologischen Rand der grünen Partei und sind sich ihres Sieges sicher. Die anderen tun sich schwer im Zusammenschluß, sind gescheitert im Bündnisbemühen mit den Grünen, sind entstanden aus der Abgrenzung zu diesen und stehen unter enormem zeitlichen Entscheidungsdruck: Kandidieren wir, ja oder nein? Angesichts des wesentlich von Bahro gestalteten konservativen Profils der Bremer Grünen verfestigt sich in der BAL die Meinung von der Notwendigkeit der Konkurrenzkandidatur.

1983 alles wie 1979 gehabt?

Bremer Grüne auf den Spuren der BGL?

Es ist von Interesse zu untersuchen, ob und was die Bremer Grünen aus der BGL-Entwicklung gelernt haben. Ihr Spitzenkandidat ist Peter Willers, ehemaliger Abgeordneter der BGL, der alle beschriebenen Entwicklungen dieser Liste mitgemacht hat und erst das grüne Pferd gewechselt hat, als die Isolation der BGL und ihr Scheitern absehbar war und er sich mit seinem Partner Olaf Dinné überworfen hatte. Mit Kußhand fand er Unterschlupf beim Landesverband der grünen Bundespartei. Heute sagt der grüne Spitzenkandidat zur konservativen Orientierung: „*Wir folgen Bahro, allerdings nicht unter Preisgabe des linken Wählerstamms*" („Stern", 15.6.).

Erste Lehre der Bremer Grünen: Ohne Rückhalt in der Szene und der Basisbewegung halten wir nicht durch. Die BGL hat zwar 1979 auf die linken Stimmen nicht verzichtet, sondern, im Gegenteil, nur durch diese die fünf Prozent erreicht, aber sie hat danach die Szene restlos verprellt.

Die BGL hat 1979 jede basisdemokratische Anbindung abgelehnt; Entscheidungen traf ihre vierköpfige Parlamentscrew. Die Bremer Grünen fuhren einen differenzierteren Kurs: Sie gründeten Programmforen („Grün '83"), in denen Programmdiskussionen unter Einbeziehung anderer Kräfte geführt wurden, und sie unterwarfen sich grünen Regeln wie Rotation (wenngleich Spitzenkandidat Willers trotz vier Jahren Bürgerschaft, davon mehr als die Hälfte in der BGL, hiervon ausgenommen ist) und imperatives Mandat. Die Ausgrenzung bei Entscheidungen erfolgte durch die Struktur des Landesverbandes, durch einen Konsens von Willers- und Bahro-Positionen mit Ex-KBWlern und Ex-„KPD"lern, die nicht einmal der MOZ-Strömung die Luft zum Atmen ließen.

Zweite Lehre: Ein bißchen links sein, aber hart gegen die „Traditionalisten" und ihrer reformpolitischen Orientierung.

Anders als bei der BGL nimmt der grüne Landesverband in seine programmatischen Vorstellungen sehr wohl die unterschiedlichen Forderungen und Bedürfnisse aus der Basisbewegung auf, gibt Minderheiten und „Randgruppen" (für die die BGL nur Verachtung hatte, die für die konservative Orientierung als störend empfunden wurden) Raum.

Dritte Lehre: Die Verbindung zu Teilen der linken Basisbewegung herstellen.

Anders als bei der BGL ist das Programm der Bremer Grünen nicht überwiegend rechts, schmückt sich ihre Kandidatenliste mit bekannten Alt-MLern aus „KPD" und KBW (z. B. Fücks auf Platz 5). Das Programm hat nicht Bahro geschrieben, wenngleich in vielen Teilen inspiriert.

Dennoch bleibt, daß wir es bei den Bremer Grünen mit einer rechten Strömung bei den Grünen zu tun haben, die eine längerfristig fortschrittliche Rolle der Grünen gefährdet. Wesentliche politische Vorstellungen der Hamburger GAL hätten in Bremen keinen Platz, so daß Bahro zu recht von einer Konfrontation zwischen der „Bremer Linie" und der „Hamburger Linie" bei den Grünen spricht.

Ökologie kontra Ökonomie

Deutlicher als in einer umfassenden Programmkritik wird die grüne Grundorientierung in Aussagen, was n i c h t gewollt wird, und im Verhältnis zu den Interessen der Mehrheit der Industriearbeiter und Angestellten. Auch hier hat Bahro in der Vergangenheit Vorarbeit geleistet („Ausstieg aus dem Industriesystem").

Peter Willers hat in seinen Thesen zur grünen Politik deutlich gesagt: Die Grünen sind antimarxistisch; „*Wir haben keine Interesse daran, ‚alle fortschrittlichen Kräfte zu sammeln' ... keines der grünen Hauptziele (befindet sich) in Übereinstimmung mit den verschiedenen Spielarten altlinker marxistischer Politik*". Darum ganz klar: **„Diese Gruppen sind unsere politischen Gegner, nicht anders als die etablierten Parteien"** (genannte Gruppen: DKP, KB, Arbeiterpolitik). Weiter noch: „*Auch mit Schlagworten von einer ‚sozialistischen Ökologie'* " seien grüne Ziele nicht vereinbar (Anspielung auf die MOZ).

Seine Kritik richtet sich gegen jene, die „*den Kampf in den Betrieben führen, ... dies in einer streng hierarchisch organisierten Welt tun ... Die Fabrik ist im übrigen nicht der Ort der Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur*". Von „Arbeiterklasse" will er nichts hören. Dieses schon in BGL-Zeiten gepredigte „Primat der Ökologie" findet sich (in anderer Formulierung) in einer Abgrenzung der Grünen gegen das Bremer Betriebsbündnis wieder, dem vorgeworfen wird: „*Im Zentrum der Wahrnehmung und der Politik des ‚BAB' stehen einkommens- und arbeitsplatzbezogene Interessen*" — eine Kritik, die ausnahmslos von allen namhaften Linken bei den Grünen unterschrieben wurde.

Diese Absage an grüne Politik auch in Orientierung auf die Arbeiterklasse findet im Bremer grünen Programm ihren Ausdruck bei der Frage der Arbeitszeitverkürzung. Es waren Peter Willers und bekannte Linke wie Jo Müller und Ralf Fücks, die in einem Programm für den öffentlichen Dienst die Forderung nach Verordnung der 35-Stundenwoche bei Lohnausgleich nur bis zu **2.000 DM netto Familieneinkommen** aufgestellt haben. Im Programmentwurf für die bevorstehende Bürgerschaftswahl wurde dies fortgeschrieben. Dort wird „*insbesondere bei niedrigen Löhnen ein Einkommensausgleich bei Arbeitszeitverkürzung*" als notwendig angesehen, da „*nur so vermieden werden (kann), daß ein existentieller Zwang zu Überstunden entsteht*". Wie das gehen soll? „*Mit einem g e s t a f f e l t e n Lohnausgleich, der die Lebenshaltung der u n t e r e n Einkommensgruppen sichert*". Immerhin scheint es noch Opposition gegen diese Absurdität (die bei Realisierung geradezu den Zwang zu Überstunden produziert!) zu geben, ist doch ein Dissens vermerkt: „*Diese Forderung ist innerhalb der Wirtschafts AG von ‚Grün '83' umstritten; ein Teil der AG hält den vollen Lohnausgleich auch für die m i t t l e r e n Einkommen für unverzichtbar*". Wohlgemerkt: All das ist maßgeblich von jenen mitgestaltet, die sich dem Hörensagen nach linke Grüne nennen und die zum Teil eine jahrelange Vergangenheit als selbsternannte „Avantgarde der Arbeiterklasse" hinter sich haben.

Krasser als das ausformulierte Programm hat Spitzenkandidat Willers grüne Zielorientierung in Absage an jeden Ansatz klassenmäßiger Widerspruchsorientierung entwickelt. Statt „*fortschrittlicher Kräfte*" will er „*Menschen*" ansprechen; einzige Voraussetzung: „*Ehrlichkeit*". Grüne Ziele will er fernab von Gegensätzen definiert wissen:

„*— Freude statt kleiner Befriedigungen*
— Persönlichkeit anstelle von egoistischer Individualität
— Spiel statt monotoner Arbeit
— gegenseitige Hilfe statt Konkurrenz
— Schönheit statt Strenge
— eine neue Einheit mit der Natur
— Abschaffung von Hierarchie und Herrschaft
— die Fülle der Spontaneität und den Reichtum des Unterschieds"
(Peter Willers, Thesen zur Lage der Grünen, März 1983).

Hier ist alles in Richtung konservativer Orientierung angelegt. Vordergründige Harmoniebedürfnisse gekoppelt mit Antimarxismus werden zur Grundlage grüner Politik gemacht: eine im Grunde dogmatische Orientierung, die jeden Konsens mit linken Strömungen verhindert, die mit linkem Pluralismus in der grün-alternativen Wahlbewegung nicht vereinbar ist. Dies muß jeder, der sich mit dem teilweise buntschillernden Bild der Bremer Grünen beschäftigt, beachten, wenn er die Frage nach den Alternativen in der schwierigen Bremer Situation stellt.



BAL

JUNI 83 NR. 1

Bärenstark: jetzt gibt's die BAL!

Seit dem 26. Mai 1983 gibt es die Be-trieblich-Alternative Liste/BAL. Der ...e ist Programm: Die BAL ist ein ...menschluß von aktiven Kolle- ... aus Betrieben ... Teilen der

Das BAB ist ein politisches Bündnis aktiver Kolleg/innen und vertritt die BAL im betrieblichen Bereich. Außerdem haben sich Mitglieder der Altern... der Ökolo...

BAL und Grüne

Die am Aufbau der BAL be... Kräfte hatten und habe... oppositio...

Alternative: die BAL?

In Konkurrenz zum Bremer Grünen-Verband hat sich die BAL entwickelt, die sich im wesentlichen aus den Restbeständen der AL von 1979 und aus dem BAB (Betrieblich Alternatives Bündnis) zusammensetzt. Beide haben über längere Zeit durch Mitarbeit bei „Grün '83" und durch Versuche der Organisierung gemeinsamer Diskussionsprozesse Anstrengungen unternommen, mit den Grünen zusammenzuarbeiten. Die haben das — teilweise mit leichten Schwankungen — abgelehnt. Ende Mai erklärten die Grünen kategorisch: **„Es wird in Bremen keine gemeinsame grün-alternative Liste geben ... und zweifellos sind es die Grünen, die in ihrer großen Mehrheit das ‚breite Bündnis' nicht wollen"**. Begründet wird diese zum einen mit dem „traditionellen" Politikverständnis der BAL und des BAB (Arbeiterpolitik), zum anderen mit der Unversöhnbarkeit grüner Positionen mit der innerhalb der BAL angeblich dominierenden DKP.

Zum Verständnis der BAL einiges zu ihrem Hintergrund. Das Betrieblich Alternative Bündnis ist ein Zusammenschluß verschiedener linker Oppositionsansätze in Betrieben. Im BAB arbeiten neben einzelnen Sozialdemokraten wesentlich Mitglieder linker Organisationen oder ehemals Organisierte mit (u. a. aus der DKP, Gruppe Arbeiterpolitik, sogar aus der RGO der KPD/ML). Eine neue Qualität stellt das BAB in mehrerlei Hinsicht dar: einmal, daß hier auf der Ebene praktischer und betrieblicher Erfahrungen trotz bestehender Differenzen (was angesichts der unterschiedlichen Strömungen nicht verwundern dürfte) ein gemeinsamer Arbeitszusammenhang versucht wird. Zum zweiten, daß dies nicht auf die betriebliche und gewerkschaftliche Arbeit beschränkt, sondern auf landespolitische Ambitionen, sich einzumischen und wirksam zu werden, erweitert wird (was zwar einzelne von ihnen im Zusammenhang ihrer Organisation auch schon erfolglos versuchten) und zum dritten, daß der Versuch gemacht wurde, sich gegenüber den sozialen Bewegungen und Basisinitiativen offen zu zeigen.

Das BAB hat vor der BAL-Gründung sein Verhältnis zur Mitarbeit von DKP-Mitgliedern so geklärt, daß Fragen der Politik, die nicht unmittelbar den Zweck des BAB berühren und die Streitpunkte werden könnten, ausgeklammert werden. Dies zu akzeptieren, hat das BAB zur Bedingung bei den nachfolgenden Diskussionen um die BAL-Gründung gemacht.

Die Stärke „traditionell" linker Strömungen im BAB, die von verschiedenen Seiten beklagt wird, hat schlichtweg ihre Ursache darin, daß diese Strömungen über Jahre hinaus eine kontinuierliche Basisarbeit in Betrieben und Gewerkschaften geleistet haben, im Unterschied zu Grünen und Alternativen, die hier eklatante Schwächen haben, sich aber an anderer Stelle sonst gern ihrer Basisbezogenheit rühmen.

Die Bremer ALer und andere Teile der Basisbewegung haben den Versuch der Zusammenarbeit gewagt, gerade auch im Hinblick auf die Bedeutung der Entwicklung von Basiszusammenarbeit in den betrieblichen und gewerkschaftlichen Bereichen. Demgegenüber haben sich die Bremer Grünen ignorant und ablehnend gegen diese Entwicklung verhalten und vor allem auf ihre grüne Fahne der Erkenntnis gepocht.

Die Fehler der Alternativen

Das gemeinsame Vorgehen von BAB und AL und die Angebote an ebensolche Gemeinsamkeit in Richtung Grüne haben eine positive Dynamik in Bremen entwickelt, die zu Diskussions- und Arbeitszusammenhängen verschiedener Strömungen geführt hat. Ergebnis war u. a. ein kommunalpolitischer Kongreß unter großer Beteiligung, dessen Eindruck auch die Grünen sich nicht einfach entziehen konnten. Die auf dem Kongreß gemachten Anfänge inhaltlicher Diskussion und Zusammenarbeit standen im weiteren allerdings unter dem ungünstigen Druck sowohl der Konkurrenz zu den Grünen als auch des Näherrückens des Wahltermins. In dieser Situation beherrschte der Gründungsdruck für die BAL die nachfolgenden Diskussionen und führte meines Erachtens zu Fehlern, die — soll das Experiment BAL glücken — korrigiert werden müßten. Der Gründungskongreß der BAL und die Verabschiedung der Gründungserklärung waren geprägt von im Vorfeld gelaufenen Konsensformulierungen, die gerade an brisanten Punkten (Friedenspolitik, Selbstbestimmungsrecht der Völker, Ablehnung der AKWs) Widersprüche glätteten und Diskussion erstickten. Problematisch sind dabei weniger die einzelnen Formulierungen in der Erklärung, als vielmehr ihr Zustandekommen, was im alternativen Lager das Mißtrauen in zukünftige Diskussionsprozesse und die Angst, unter DKP-Einfluß zu geraten, verstärkt hat. Nicht zu unrecht besteht die Befürchtung, daß bei einem Verfahren, wo im Vorfeld ausgehandelte Kompromisse die notwendige offene Diskussion ersetzen, ein ständiger Kompromißdruck entsteht, der in wichtigen Fragen nicht zur Klärung, sondern zu u n v e r t r e t b a r e n Kompromissen führen kann. Diejenigen Alternativen, die dies Spiel mitgespielt haben, verkennen dabei, daß sich eine Zusammenarbeit mit DKPlern eben nicht unproblematisch gestalten läßt, daß sie nur dann erfolgreich gestaltet werden kann, wenn inhaltlicher Druck auf DKP-Positionen gemacht wird, die im linken grün-alternativen Lager von wesentlicher Bedeutung für die Herausbildung einer Alternative zu rechter grüner Politik sind. Letztere haben liebend gerne diesen Fehler zum Anlaß besonderer Betonung und Hochspielens der „DKP-Problematik" genommen. Letztlich würde bei Fortführung dieser Praxis die mit dem Kommunalpolitischen Kongreß entwickelte Dynamik der BAL-Gründung ins grünen-kritische alternative Lager gebremst. Damit würde aber auch die Position der Alternativen in der BAL geschwächt, und möglicherweise könnten Befürchtungen, daß vom Experiment BAL letztlich die DKP profitiert, Wahrheit werden. Diese Schwäche scheint aber bei Veränderung der Praxis angesichts der kritisch-ablehnenden Haltung großer Teile der Basisbewegung gegenüber den Grünen mit Erfolg überwindbar. Hier Unterstützung zu leisten, sollte Aufgabe der grün-alternativen Sympathisanten des BAL-Experiments nicht nur in Bremen sein. So läßt sich das mögliche „DKP-Problem" am ehesten bewältigen.

Schwierig gestaltet sich der Umgang mit der DKP-Beteiligung mit Sicherheit, auch wenn das Problem in Bremen bisher n i c h t deren Majorisierungsversuche sind. Konflikte wie die auf den Vorbereitungen zu den Herbstaktionen der Friedensbewegung sichtbar gewordenen mit dem KOFAZ-Spektrum sind für das BAL nicht unproblematisch. Da andererseits die Bremer Grünen eher den spaltenden Gegenpol bilden, hat die BAL auch eine Chance in solchen Konflikten, wenn sie von den Alternativen anders als in Teilen der Programmdebatte offensiv aufgegriffen werden. Die BAL könnte hier „b l o c k ü b e r g r e i f e n d" Vereinnahmungs- bzw. Spaltungsversuche überwinden.

Die bundespolitische Bedeutung der Bremer Wahl

1979 haben Teile der Linken die Konkurrenzkandidatur der AL gegen die BGL für notwendig angesehen, nachdem Versuche einer gemeinsamen Liste gescheitert waren, um ein linkes Gegengewicht gegen rechte grüne Politik zu schaffen. Dies endete mit einer Niederlage für die Linken. Rechte grüne Politik hat sich am Beispiel Bremens wegen der nachfolgenden Isolation der BGL allerdings nur bedingt durchsetzen können. Nun steht in Bremen wieder nur die Alternative zwischen einer rechten grünen Linie und einer Konkurrenzkandidatur. Verzichtet die BAL wegen der Gefahr einer Niederlage auf ihre Kandidatur, kommt dieser Verzicht mit Sicherheit erneut den Grünen

Fortsetzung nächste Seite

Keine GAL-Organisation für Hamburg?

Auf getrennten Mitgliederversammlungen berieten die Grünen Hamburgs und die Alternative Liste über die Zukunft des Hamburger Bündnisses GAL und über das Verhältnis einer möglichen GAL zur Bundespartei die Grünen. Ergebnis dieser Versammlungen: es bleibt beim Status quo. Der heißt: Die GAL besteht aus den beiden getrennten Organisationen, die jeweils zu 50% die Gremien besetzen und in wichtigen Fragen autonom entscheiden.

Diese Regelung war im März 1982, gut drei Monate vor den Hamburger Bürgerschaftswahlen, nach langen Auseinandersetzungen zustandegekommen. Seitdem hat diese GAL insgesamt drei Wahlen gemeinsam bestritten, ist in den meisten Arbeitsprozessen und den Organisationsstrukturen an der Basis verschmolzen, so daß eine Überprüfung der alten 50:50-Regelung angesagt erschien, zumal der GAL-Zusammenschluß die Aufhebung getrennter Organisationen ausdrücklich für den Fall gefordert hatte, daß die Zusammenarbeit erfolgreich gestaltet wird.

AL beschließt Vertragsvorschlag

Der nebenstehende Vorschlag einer Hamburger GAL als einer gemeinsamen Organisation, die ihr Verhältnis zu den Bundes-Grünen per Vertrag regelt und der GAL einen besonderen Autonomiestatus zubilligt, wurde in der AL mit großer Mehrheit angenommen. Vorausgegangen waren dem mehrere Mitgliederversammlungen seit der Diskussion um die Bundestagswahlbeteiligung der AL, die von teilweise heftigen Kontroversen um das Verhältnis der AL zur grünen Partei gekennzeichnet war. Die Pole der Diskussion waren zum einen eine Minderheitsströmung in der AL, die nach Verabschiedung des Sindelfinger Programms eine „Neubewertung" der Grünen vornahm: es hätten sich die linken Positionen durchgesetzt und die inhaltlichen Grenzen zwischen Bundes-Grünen und AL seien nicht mehr gravierend. Demgegenüber vertrat die Mehrheit, daß die Differenzen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Friedenspolitik und dem Verhältnis zum Staat und zur Gewalt (neben dem Maß an Übereinstimmungen in anderen Fragen) kein Aufgehen in die grüne Partei ermöglichen. Auf der anderen Seite wurde die vielfach fortschrittliche gesellschaftspolitische Rolle der Grünen anerkannt und die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit, insbesondere mit den linken Grünen, betont. Die verabschiedete Vertragslösung ist ein Kompromiß zwischen den verschiedenen Strömungen.

Hamburgs Grüne werfen der AL taktisches Verhältnis zu den Grünen vor

Einstimmig lehnten die Hamburger Grünen diesen AL-Beschluß ab. Fast übereinstimmend wurde großen Teilen der AL vorgeworfen, sie hätten nur ein taktisches Verhältnis zu den Grünen (was innerhalb der Grünen ja auch viele — zumindest in der Vergangenheit — der Z-Fraktion vorgeworfen haben). Daher sei die mit dem AL-Vorschlag verbundene Auflösung des grünen Landesverbands (und der AL) abzulehnen. Stattdessen beschlossen die Grünen:

— Aufrechterhaltung des eigenen Landesverbands;
— Ziel sei, daß die GAL Landesverband der Grünen werde, wenn
— die AL inhaltlich positiv sich zu den Grünen definiert,
— **Versuche einer bundesweiten AL-Zusammenarbeit aufgegeben werden,**
— die Existenz aller Strömungen gesichert sei.
— **Über eine GAL für Hamburg und demokratische Strukturen solle „nachgedacht" werden.**

Zusätzlich wollen die Hamburger Grünen eigene stimmberechtigte Delegierte der AL auf grünen Bundesparteitagen fordern.

Die Einstimmigkeit des grünen Beschlusses gegen ein mögliches, eventuell auch modifiziertes Vertragsmodell kam überraschend. Sie wurde übereinstimmend sowohl von Vertretern der Z-Fraktion und ihrem Umfeld, als auch von der bei den Grünen stärker werdenden Gruppe „Herzensbildung" vertreten. (Diese Gruppe fordert einen stärkeren grünen Pluralismus im Sinne der Bundespartei („von Bahro bis Trampert"), glänzt selber aber eher durch Inhaltsarmut; Ausläufer dieser Strömung gibt es auch in der AL.) Beide entschlossen sich mit dieser Abstimmung zu einer Blockade gegenüber Strömung gibt es auch in der AL.) Beide entschlossen sich mit dieser Abstimmung zu einer Blockade gegenüber dem, was das „Modell" GAL bisher ausmachte: Die Öffnung gegenüber anderen linken Strömungen, eine erfolgreiche politische Zusammenarbeit, die mit einem ausgeprägt linken Profil nicht nur mit dem Image antrat, Umweltschutzpartei zu sein, sondern vor allem sich als Kraft zur Geltung brachte, die gegenüber der SPD eine Politik gestaltet, die dieser traditionelle Einflußfelder streitig macht.

Kurzfristige Spekulationen auf Erhalt von bundespolitischen Positionen bei den Grünen haben die Z-Fraktion (wieder einmal) zu einem Zusammengehen mit einer Strömung veranlaßt, die ihr politisch ferner steht als die meisten Strömungen in der AL. Möglicherweise hat sie sich damit einen Bärendienst erwiesen. Das Angebot auf autonomes Stimmrecht der AL mag als Trostpflaster wirken, erscheint aber angesichts der Schwierigkeiten bei den Vertragsverhandlungen mit der Westberliner AL wenig realistisch.

Trotz dieses negativen Ausgangs der Vertragsdiskussion laufen in der GAL ernsthafte Bemühungen, zumindest für die Ebene der Hamburger Politik den Zusammenschluß praktisch werden zu lassen und die anachronistischen GAL-Strukturen zu demokratisieren.

Seltsame Intervention der AL Westberlin

Flankenschutz für ihre Entscheidung erhielten die Hamburger Grünen von der AL Westberlin, die auf dem Hannoveraner Bundeskongreß der Grünen einen offenen Brief an die AL Hamburg verteilte. In diesem Brief verwahrt sich der Delegiertenrat der Westberliner AL dagegen, daß die AL Hamburg eine Gemeinsamkeit zum Westberliner Bemühen um eine Vertragslösung mit den Bundes-Grünen hergestellt habe.

In Westberlin sei der Grund für diese Vertragsdiskussion, „daß die politi- gehe, während in Westberlin die fast unversöhnliche Differenz zwischen AL

In Westberlin sei der Grund für diese Vertragsdiskussion, *„daß die politischen Gemeinsamkeiten zwischen der Bundespartei der Grünen und der AL-Berlin immer mehr zunehmen. Ihr dagegen habt in der Begründung, warum ihr keine engere Verbindung mit den Grünen wollt, gerade das Gegenteil, insbesondere in Fragen der Friedens- und Deutschlandpolitik, vertreten"* — letzteres ist kaum die entscheidende Differenz zwischen Grünen und AL in Hamburg, **befinden sich die Hamburger Grünen in diesen Fragen doch viel stärker in Übereinstimmung mit der AL Hamburg als mit ihrer eigenen Partei.**

In seiner Antwort auf dieses ungewöhnliche Vorgehen der Westberliner schreibt der Geschäftsführende Ausschuß der AL Hamburg, daß der wesentliche Unterschied der Hamburger Vertragsdiskussion zur Westberliner der sei, daß es um die angestrebte organisatorische G e m e i n s a m k e i t gehe, während in Westberlin die fast unversöhnliche Differenz zwischen AL und grünem Landesverband das Geschehen bestimmt. Weiter heißt es: *„Es wundert uns auch, daß ihr für unseren Versuch, zu einer Vertragslösung zu kommen, kein gutes Wort findet, angesichts der Tatsache, daß ihr ja auch eure Organisation nicht zum alten Eisen werft. Gäbe es in der AL-Berlin keinerlei Vorbehalte mehr gegen eine Mitgliedschaft in der grünen Partei, wäre es uns hier völlig unverständlich, wieso ihr über Vertragslösung diskutiert, nicht aber geschlossen als AL-Berlin zu den Grünen übertretet? Zumindest in diesem Punkt scheint es Parallelen zur Hamburger AL zu geben. Wir kommen nicht ganz darum herum, in eurem Brief eine Art Verbeugung vor manchen Bundesgrünen auf unsere Kosten zu sehen."*

Eine Antwort steht bislang aus.

hr.

Vorschlag der AL-Hamburg an die Grünen

1. Anstelle der bisherigen getrennten Organisationen Grüne und AL wird eine gemeinsame Organisation mit Einzelmitgliedschaft unter dem Namen GAL gegründet. Arbeitende Einheiten der GAL sind die Bezirks-, Stadtteil- und Fachgruppen. Höchstes Organ der GAL ist die Mitgliederversammlung. Für die Bildung eines Delegiertenrats und Geschäftsführenden Ausschuß muß eine Detailregelung erarbeitet werden.

2. Die GAL regelt ihre Beziehungen mit der Bundespartei die GRÜNEN in einem Vertrag:

§ 1 Die Grün Alternative Liste (GAL) nimmt als selbständige politische Organisation in Hamburg auch die Interessen der Partei Die GRÜNEN wahr. Bei Wahlen kandidiert allein die GAL. Damit erübrigen sich ein eigener Landesverband die Grünen und der AL.

§ 2 Die GAL ist auf Bundesversammlungen und im Bundeshauptausschuß mit stimmberechtigten Delegierten nach dem in der Satzung der Grünen festgelegten Schlüssel vertreten. Ebenso können sich ihre Mitglieder an den Wahlen zu den übrigen Gremien beteiligen und arbeiten in den Fachgruppen mit.

§ 3 Die Finanzregelung ist gleich den grünen Landesverbänden.

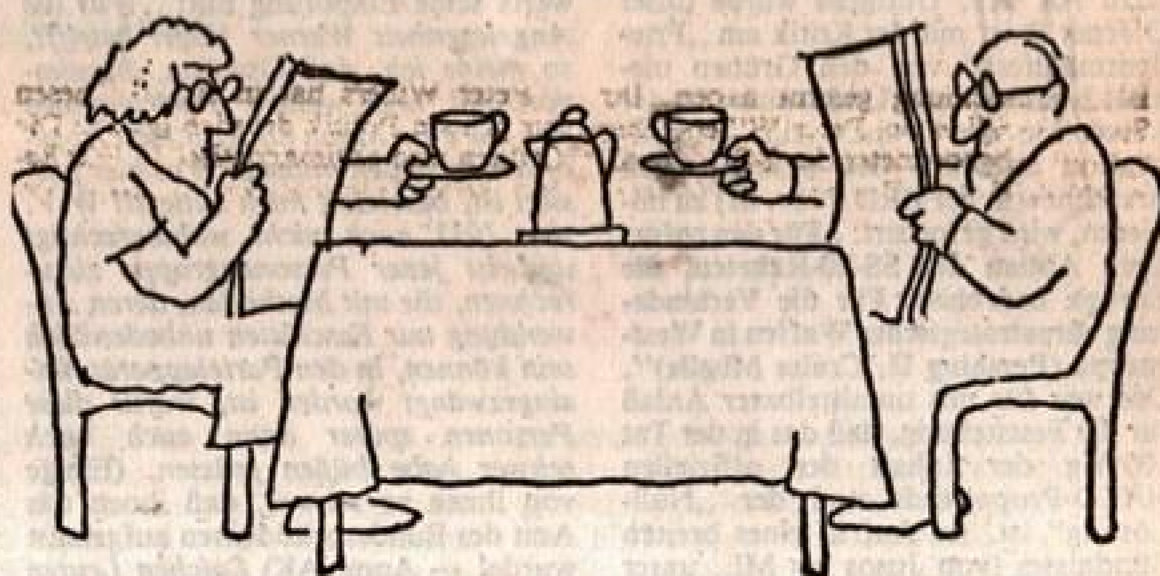
§ 4 Die Kündigung des Vertrages erfolgt, wenn eine der beiden Seiten dies wünscht.

3. Die GAL regelt für Hamburg zusätzlich:

— Jede/r, die/der dies wünscht, kann in die GAL eintreten und gleichzeitig erklären, sie/er möchte nicht, daß ein Teil ihrer/seiner Beiträge an die Bundespartei abgeführt wird. Entsprechend wird für diese Mitglieder auch nicht auf Bundesebene delegiert.

— Die GAL regelt ihre Politik autonom wie bislang auch. Bundesbeschlüsse gelten für die GAL, sofern sie keine Einmischung in die autonom gestaltete Politik des Landesverbandes bedeuten und sofern nicht eine Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit etwas anderes beschließt.

— Die GAL regelt ihre Außenbeziehungen autonom. Das heißt auch, daß sie neben der Mitarbeit in der Grünen Partei auch Bemühungen in anderen Bundesländern unterstützen wird, die engere Beziehungen zu alternativen Gruppen und Listen im Sinne einer Erweiterung der Wahlbewegung herstellen wollen.



Fortsetzung von vorheriger Seite

und damit rechtsgrüner Politik zugute. Dies gehört zu einem Kalkül Bahros und anderer in Bremen, die sich von einem satten Wahlergebnis zusätzlichen Rückenwind für die Verbreitung der „Bremer Linie" in der Bundespartei erwarten. Ein Verzicht der BAL würde zudem Enttäuschungen auf eine Veränderung der Bremer Wahl-Szenerie nach links auf lange Zeit fördern. Auf der anderen Seite steht die BAL in dem Dilemma, gegenüber dem Bekanntheitsgrad der Grünen eine ungünstige Ausgangssituation zu haben. Es gibt einen Grünen-Bonus bei vielen Wählern, der in der kurzen Zeit bis zur Wahl auch durch sehr guten und intensiven Wahlkampf kaum aufzuholen sein dürfte. Wahlsieg dürfte daher kaum die Perspektive sein in dieser Konkurrenz-Kandidatur. Wo liegt sie dann?

Bremen wird von rechter grüner Seite als Exempel gegen linke Strömungen bei den Bundesgrünen erhofft und soll die in Hannover von Bahro und anderen gestartete Offensive gegen die linken, „reformistischen" Grünen positiv krönen. So gesehen kann ein grüner Wahlerfolg die Isolation der Linken bei ken, „reformistischen" Grünen positiv krönen. So gesehen kann ein grüner Wahlerfolg die Isolation der Linken bei den Grünen fördern. Eine Nicht-Kandidatur der BAL kann das nicht verhindern, sondern das könnte nur ein Wahlerfolg der BAL. Erfolg sollte dabei nicht im Überspringen der 5 %-Hürde angesiedelt werden, sondern bei einem Ergebnis, das sichtbar macht: Es gibt eine aufzubauende alternative Möglichkeit zur Durchmarschrichtung rechter grüner Strömungen. In diesem Sinne ist die BAL auch Hoffnungsträger außerhalb Bremens für all jene, die eine Perspektive für die Entwicklung alternativer Wahlbeteiligung in einer engeren Zusammenarbeit von grünen, alternativen und sozialistischen Strömungen sehen. Dies ist im Hinblick auf bevorstehende Kommunalwahlen im nächsten Jahr in verschiedenen Bundesländern auch eine der Wirkungen des Bremer Wahlausgangs.

Eine Unterstützung der BAL von grün-alternativer Seite **bundesweit** müßte sich die Aufgabe setzen, klarer als bisher in die inhaltlich-programmatische Auseinandersetzung durch Ausformulierung einer Alternative zum Rechtstrend bei den Grünen bzw. zu hilflosen Versöhnungsversuchen von Positionen, die miteinander nicht versöhnbar sind (z. B. „Bahro-Linie" kontra „Hamburger Linie") beizutragen und damit d e n Flügel zu stärken, der die politische Hauptaufgabe in den nächsten Jahren darin sieht, der SPD die Führungsrolle im gesell- stärken, der die politische Hauptaufgabe in den nächsten Jahren darin sieht, der SPD die Führungsrolle im gesellschaftlichen Reformpotential streitig zu machen.

hr.

Zum Verhältnis BAB - BAL

Beschluß des BAB Plenums vom 2. Juni 83

In unserer Plattform haben wir deutlich gemacht, warum wir uns im BAB zusammengeschlossen haben:

"Die Politik der etablierten Parteien verstößt derart gegen unsere Lebensinteressen, daß es notwendig geworden ist, eine Alternative zur Politik der herrschenden Kräfte zu schaffen.

Für uns besteht diese Alternative darin, uns selber politisch zu vertreten. Die Bürgerschaftswahl in Bremen sehen wir als Anlaß, in diesem Sinne öffentlich einzugreifen. Zugleich werden wir mit allen Kräften und Gruppen das Bündnis suchen, die erkannt haben, wohin die Politik des Kapitals und der etablierten Parteien führt."

BAB ist ein eigenständiger politischer Zusammenschluß von betrieblich und gewerkschaftlich aktiven Kollegen. Auch nach Gründung der BAL, für deren Zustandekommen die Existenz und politische Kraft des BAB von entscheidender Bedeutung gewesen ist, bleibt der Schwerpunkt unserer politischen Arbeit das BAB, seine Arbeitsgruppen, seine Veröffentlichungen und die regelmäßigen Treffen im großen Kreis.

Um der BAL in unserem Sinne zu Anziehungs- und Durchsetzungskraft zu verhelfen, ist es nötig, gerade die bisherigen Ansätze der spezifischen BAB-Aktivitäten noch zu verstärken.

Das muß jedoch so geschehen, daß das BAB unabhängig vom Wahlerfolg und den möglichen parlamentarischen Aktivitäten der BAL Bestand haben wird. So muß die Kompetenz der BAB für die Vertretung der Arbeitsbereiche Betrieb und Wirtschaftspolitik der BAL zum Ausdruck kommen.

Die politische Verzahnung der Arbeit des BAB mit der Arbeit der BAL wird seitens des BAB zum Ausruck gebracht durch die Wahl der Kollegen aus dem BAB, die in der BAL Funktionen übernehmen, im Plenum bzw. in den Arbeitsgruppen des Betrieblich Alternativen Bündnisses (Kandidaten, Delegierte).

Außerdem beteiligt sich das BAB an der organisatorischen Arbeit der BAL insbesondere mit der Übernahme der Aktivitäten im betrieblichen Arbeitsbereich.

Darüber hinaus steht es jedem BAB-Mitarbeiter frei, auch BAL-Mitglied zu werden.

Kontakt: Betrieblich-Alternative Liste(BAL)
Am Wall 164, 2800 Bremen, Tel. 0421/323762

Ein Telegramm von Petra Kelly

Zum Artikel „5 Grüne in Ostberlin" hat die grüne Bundestagsabgeordnete Petra Kelly uns durch Telegramm mitgeteilt: **„eure berichterstattung 5 gruene in ostberlin ist unwahr. ich habe mich nie fuer reagans null-loesung ausgesprochen, war eine der ersten aus friedensbewegung, die nach bekanntgabe der null-loesung diese in allen medien als heuchelei sofort zurueckwies. hoffe ihr kennt resultate des von mir initiierten tribunal in nuernberg februar 83".**

Der genaue Wortlaut des von Petra Kelly beanstandeten Satzes im AK 234 lautet: *„Der Ausgewogenheitsideologie entsprechend haben sich prominente Grüne wie Petra Kelly mehrfach für Reagans 'Null-Lösung' ausgesprochen (SS 20 muß weg), ohne selbstverständlich wirklich die Konsequenzen dieser Politik zu wollen"*. Der letzte Halbsatz war eigentlich dazu gedacht, Mißdeutungen auszuschließen, reicht dazu aber offensichtlich nicht aus. Berechtigt ist Petra Kelly's Kritik insofern, als wir im AK 234 einen Sachverhalt stark verkürzt dargestellt haben, auf den wir

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

allerdings in vielen früheren AKs schon ausführlich eingegangen waren. Überhaupt ist es ein Mangel des Artikels „5 Grüne in Ostberlin", daß er zu wenig die sehr positive Einschätzung deutlich gemacht hat, die wir von vielen anderen Aktivitäten Petra Kelly's und Gert Bastian's haben. Das gilt vor allem für ihr bei den Grünen zeitweise sehr heftig angefeindetes Engagement zugunsten des Krefelder Appells, zu dessen Initiatoren beide gehören. Nicht vergessen werden soll auch, daß beide wiederholt gegen die Lüge von der Bedrohung durch die Sowjetunion und eben in der Tat auch gegen Reagans „Null-Lösung" Stellung genommen haben.

Warum wir speziell Petra Kelly t r o t z d e m kritisieren, sie habe d e f a c t o die NATO-„Null-Lösung" unterstützt, ist ausführlich nachzulesen **insbesondere in den Artikeln „Offener Brief an den Bundesvorstand und die Partei Die Grünen" (AK 211, Okt. 81), „Breite Einheitsfront gegen Breschnew" (AK 212, Nov. 81), „Zwischenbilanz nach der Anti-Breschnew-Demonstration" (AK 214, Dez. 81) und „Wir entwaffnen die Sowjetunion!" (AK 216, Jan. 82).** Wir wollen das hier nicht in allen Einzelheiten wiederholen. Im Wesentlichen geht es um die Politik von großen Teilen der Grünen Partei - und dabei an führender Stelle eben auch Petra Kelly - irgendeine Art von Gleichsetzung zwischen sowjetischer SS 20 und NATO-„Nachrüstung" zu konstruieren. Auf dieser Basis sollte die Forderung nach Unterlassung der NATO-„Nachrüstung" engstens mit der Forderung nach Vernichtung der SS 20 verbunden werden. So heißt es beispielsweise im „Friedensmanifest" der Grünen, die SS 20 stelle *„eine verstärkte Bedrohung Westeu-*

manifest" der Grünen, die SS 20 stelle *„eine verstärkte Bedrohung Westeuropas"* dar, und: *„Sie liefert den Vorwand für westliche Gegenmaßnahmen und fördert somit den Rüstungswettlauf".* Das unterstützt genau genommen die NATO-Version von der sowjetischen „Vorrüstung" und schiebt der Sowjetunion die Hauptverantwortung für die entstandene Situation zu (vgl. dazu AK 211. Übrigens wurde unser Offener Brief mit der Kritik am „Friedensmanifest" von den Grünen niemals beantwortet). Und weiter: In der Resolution der Grünen, eine Demonstration anläßlich des Besuches von Breschnew in der BRD (Nov. 81) zu initiieren, wird gefordert: **„Für den sofortigen Abbau der SS-20-Raketen, die Europa bedrohen. Für die Verhinderung eurostrategischer Waffen in Westeuropa (Pershing II, Cruise Missile)".** Das war für uns unmittelbarer Anlaß für die Feststellung, daß das in der Tat 100%ig der Inhalt der offiziellen NATO-Propaganda und der „Null-Lösung" ist. Im Aufruf eines breiten Bündnisses (von Jusos bis ML, unter Einschluß der Grünen) zur Anti-Breschnew-Demonstration am 22.11.81 wurde daraus die Forderung, die Sowjetunion müsse *„die sowjetischen Mittelstreckenraketen aller Typen schrittweise abbauen".* Und weiter: *„Sowjetische Mittelstreckenraketen sind heute auch auf diejenigen westeuropäischen Länder gerichtet, in denen keine Atomraketen stationiert sind, die die UdSSR erreichen. Dadurch wird es der NATO erleichtert, die Psychologie des Wettrüstens aufrechtzuerhalten. Atomare Abrüstung einseitig zu beginnen, gilt in Ost und West ...".* (vgl. dazu AK 212)

Wir haben es, offen gesagt, immer für eine uns unerklärliche politische Schizophrenie gehalten, einerseits in der Tat g e g e n die NATO-„Null-Lösung" Stellung zu nehmen, andererseits aber einen Forderungszusammenhang zu formulieren, der im Endzustand 100%ig auf die „Null-Lösung" hinauslaufen würde. In diesem Punkt unterscheidet sich die Logik der meisten Grünen sehr von der unsrigen. Wir würden z.B. auch sagen, daß die Forderung nach e i n s e i t i g e r Abrüstung des Westens ad absurdum geführt wird, wenn sie mit der Forderung gekoppelt wird, auch der Osten müsse einseitig mit der Abrüstung beginnen. Das sehen selbstveständlich die meisten Grünen ganz anders als wir, sie sehen darin gar keinen Widerspruch.

Es bleibt abschließend festzustellen, daß die Grünen allem Anschein nach - und zwar seit ihrem mißglückten Spaltungsversuch vor der Bonner Anti-Reagan-Demo (10.6.82) - den Versuch aufgegeben haben, einen Zusammenhang zwischen der Unterlassung der NATO-„Nachrüstung" und der Vernichtung der sowjetischen Mittelstreckenraketen herzustellen. Falls das nicht bloß auf taktischen Kalkülen, sondern auf Einsicht in einen gemachten politischen Fehler beruht, wäre es vielleicht sinnvoll, das mal öffentlich klarzustellen.

AK-Redaktion

Nach dem "Fall Vogel": Alles wieder vergessen?

Der „Fall Vogel" vor ein paar Monaten provozierte eine ebenso lebhafte wie kurzlebige Diskussion in der Grünen Partei über exotische Themen wie Faschismus und Antifaschismus, die eigentlich mit den großen Lebensfragen der Ökologie nichts zu tun haben. Aber man mußte sich wohl mit der Sache befassen, nachdem die Öffentlichkeit aufmerksam geworden war und sämtliche Gegner der Grünen gierig darauf geierten, daß sich diese einen Fehltritt leisten würden. Für solche Debatten gibt es bei den Grünen inzwischen ein feststehendes Ritual: Vor allem muß starke Aufgerührtheit, persönliche Betroffenheit und selbstverständlich Lernfähigkeit zur Schau gestellt werden. Daneben braucht man dann i n h a l t l i c h eigentlich kaum etwas zu sagen — und etwas lernen muß man auch nicht unbedingt. Man kann ungeniert wieder zur Tagesordnung übergehen

Mit der Opferung der Figur Vogel ist das eigentliche politische Problem mehr unter den Teppich gekehrt als auf den Weg der Klärung gebracht worden. Daß es in Wirklichkeit „an der Basis" viel Verdruß über die vermeintliche Hexenjagd auf den netten alten Mann und über das „Hochspielen" der Faschismus-Problematik gegeben hat, blieb der Öffentlichkeit verborgen und ist allem Anschein nach auch nicht Dis-

blieb der Öffentlichkeit verborgen und ist allem Anschein nach auch nicht Dis-kussionsgegenstand. Es ist schon ein (begrüßenswerter!) Ausnahmefall, wenn man rechtsgrünes Gegrunze zur Vogel-Debatte so hübsch dokumentiert bekommt wie im Mitgliederrundbrief der Grünen Schleswig-Holsteins, Ausgabe vom Mai 83. Dort teilt beispielsweise der Landesvorsitzende Brar Riewerts seine Empörung mit: *„Was die Angelegenheit Werner Vogel betrifft, so meine ich, daß Fraktion, Bundesvorstand und weitere Parteigremien sich wie e i n Mann hinter diesen Abgeordenten stellen müssen. Was hier passiert ist, beschämt mich zutiefst! W.V. war 1933 noch nicht wahlberechtigt und ist jener Personengruppe zuzurechnen, die mit Methoden, deren Anwendung nur Faschisten unbedenklich sein können, in den Parteiapparat hineingezwängt worden ist, wofür diese Personen später dann auch noch schwer habe büßen müssen.* (Einige von ihnen so schwer, daß ihnen das Amt des Bundespräsidenten aufgehalst wurde! — Anm. AK) *Solchen Leuten heute noch wegen ‚NS-Vergangenheit' Fußtritte zu versetzen, ist das Erbärmlichste, was ich mir vorstellen kann. Davon profitieren allenfalls Etablierte!"*

Grünen-Mitglied Helga Fritsche meint, Vogel habe *„nichts Unrechtes getan"* und außerdem für das, was er gar nicht getan hat, *„8 bittere Jahre in Rußland gebüßt". „Sich vor ihn zu stellen, vor die von ihm eingesehene und in 40 Jahren verarbeitete Verfehlung, hätte den GRÜNEN Mut abgefordert, und es hätte sie menschlicher gemacht... Wir haben eine Chance verpaßt, Solidarität mit einem Mann zu üben, der beispielhaft Folgen aus seiner Vergangenheit gezogen und gelebt hat ...".* Und schließlich sei jemand, der an Hitler geglaubt hat, auch nicht schlechter als jemand, der an Stalin oder Lenin geglaubt hat.

Grünen-Mitglied Edmund Schlösser hält den Umgang mit Vogel für eine *„Tragödie in höchster Vollendung". „Einen schlimmeren Psychoterror ... kann ich mir nun wirklich nicht mehr vorstellen."* Die Grünen seien doch angetreten für *„mehr Menschlichkeit und Vertrauen in der Politik"*, und *„dazu gehört auch das Vergeben von Fehlern und Entgleisungen der Vergangenheit".* Der arme alte Mann habe doch nichts Schlimmeres getan als *„so viele andere Zeitgenossen und Politiker* (!) *der damaligen Zeit auch. Sie haben alle in ihrem Staat gelebt, zwangsläufig wie wir jetzt in ‚unserem' Staat existieren".*

Es wäre interessant, wie die Vogel-Debatte in anderen Landesverbänden weitergeführt worden ist, nachdem erst einmal die Notwendigkeit weg war, auf die Öffentlichkeit Rücksicht zu nehmen. In einem zweiten Fall mit ähnlicher Problematik wurde jedenfalls von Anfang an dafür gesorgt, die Geschichte nicht „hochzuspielen", sondern schnellstens zu beerdigen. In diesem Fall ging es um Gustine Johannsen aus Hamburg, Mitglied des Bundesvorstands der Grünen Partei. Frau Johannsen war seit 1939 Mitglied der NSDAP; in den letzten Kriegsmonaten war sie Aufseherin von dienstverpflichteten Arbeiterinnen in einer Munitionsfabrik. Aufgerührt wurde die Sache im direkten Zusammenhang mit der Vogel-Debatte durch den grünen Bundestagsabgeordneten Straatmann (NRW). Das höchste Entscheidungsgremium der Grünen zwischen den Parteitagen, der Bundeshauptausschuß (BHA), lehnte es sogleich ab, Frau Johannsen zum Rücktritt aufzufordern. Damit war, abgesehen vom Hamburger Landesverband, das Problem für die Grüne Partei schon erledigt. In Hamburg kam nach einigem Hin und Her ein Offener Brief des Landesvorstands zustande, mit dem Frau Johannsen aufgefordert wurde, ihren Posten im Bundesvorstand aufzugeben (Wortlaut in der „taz"-Hamburg, 27.5.). Auf diesen Offenen Brief hin sprach Bundesvorstandsmitglied Manon Maren-Griesebach: **„Was sich da in Hamburg abspielt, ist unglaublich. Das ist eine hybride Hexenjagd auf eine alte, verdienstvolle Frau"** („taz", 30.5.). Bahro führte den Umgang mit Frau Johannsen z u s a m m e n mit der Behandlung des „Fall Vogel" als negatives Beispiel unmenschlicher Umgangsformen bei den Grünen an. Weitere Reaktionen auf den Vorgang sind nicht bekannt. Offensichtlich besteht bei den meisten führenden Grünen nicht das geringste Interesse, die Debatte öffentlich wieder aufzunehmen.

Sehr erleichtert wird dieses Verhalten dadurch, daß der Behandlung von Frau Johannsen in der Tat etwas sehr Unappetitliches anhängt. Die jetzt so vehement kritisierte Einstellung der 75jährigen zu ihrer „Vergangenheit"' war vielen Grünen, darunter speziell auch die in Hamburg dominierende Z-Fraktion, seit 1980 bekannt. 1981 gab es grünen-intern ein Flugblatt eines Mitglieds, das erstmal die Problematik aufrührte. Der Verfasser habe, so hieß es dort, Gustine Johannsen auf den Umstand angesprochen, daß sie einen Haufen von alten Nazi-Schwarten im Bücherschrank hat. Daraufhin habe er von ihr Antworten bekommen, die erkennen ließen, daß ihre „Bewältigung der Vergangenheit" jedenfalls nicht gerade perfekt ist. Über die Reaktionen auf das Flugblatt berichtete der Verfasser jetzt der „taz": *„Gerade von den Linken in den Grünen, der Gruppe Z, wurde ich wegen meines Vorgehens als unhöflich und abwegig kritisiert"* (17.5.). — Das hing (womit auch Manon Maren-Griesebach argumentiert) damit zusammen, daß Frau Johannsen damals für die Gruppe Z eine wichtige Verbündete war: Sie machte — mehr aus menschlicher Sympathie denn aus politischer Einsicht — die damals laufenden Kampagnen zur Ausgrenzung der Gruppe Z aus der Grünen Partei nicht mit. 1981 wurde sie vorgeschickt, als die Gruppe Z versuchte, die Bildung der Hamburger GAL zu verhindern und speziell den KB aus einem Wahlbündnis herauszuhalten. Es gab damals — aber daran erinnern sich nur noch sehr boshafte und nachtragende Menschen — eine schriftliche Erklärung, daß kein Bündnis unter Beteiligung des KB möglich sei. Gemeinsam unterschrieben von Gustine Johannsen und vom jetzigen GAL-Abgeordneten Thomas Ebermann.

So sind die Chancen der Hamburger Grünen nicht sehr gut, sich zur Person von Gustine Johannsen g l a u b w ü r d i g zu verhalten. Formal erledigt sich das Problem sowieso von selbst, wenn im Herbst das Bundesvorstandsmandat von Frau Johannsen ausläuft. Und so ist es inzwischen wieder totenstill um die ganze Angelegenheit geworden. Das war's? Ja, das war's!

Nürnberg:
Grüne für Strompreiserhöhungen

Die grüne Kommunalpolitik in Nürnberg teilt für gewöhnlich das Schicksal aller ortsparlamentarischen Aktivitäten von Grünen und Alternativen: sie findet im Alltagsgeschäft wenig Beachtung.

Dies änderte sich schlagartig am 5.5.83, als den „Nürberger Nachrichten" zu entnehmen war, daß die Grünen zusammen mit CSU und SPD der von EWAG (Elektrizitätswerke AG) und Stadtverwaltung beantragten Strompreiserhöhung zugestimmt hatten.

Nur der DKP-Vertreter im Stadtrat hatte dagegen gestimmt. Gerade auch der eindeutigen Mehrheitsverhältnisse wegen mußte dem Verhalten der Grünen Aufmerksamkeit zukommen, hätten sie doch auch dagegenstimmen können, ohne am Ergebnis der Abstimmung etwas zu ändern. Es ging ihnen also anscheinend gar nicht in erster Linie um ein bestimmtes Abstimmungsergebnis, sondern viel mehr um einen demonstrativen Akt; die beiden grünen Stadträte wollten offenbar Zeichen setzen.

Vor allem die Begründung der Grünen für dieses Abstimmungsverhalten löste in der linken und alternativen Szene erhebliche Entrüstung aus und hatte turbulente Diskussionen und Briefwechsel zur Folge und das auch innerhalb des Grünen Kreisverbandes.

Die Zustimmung zur Strompreiserhöhung der beiden Stadträte, die übrigens vom kommunalpolitischen Arbeitskreis der Grünen mit nur einer Gegenstimme getragen wurde, wurde mit folgender Argumentation begründet:

„1. Wir stimmen der Stromtariferhöhung zu, weil eine Verteuerung des Stroms den Verbraucher so wirksam wie keine andere Maßnahme dazu bewegt, seinen Stromverbrauch einzuschränken und sich damit energie- und umweltpolitisch vernünftig zu verhalten.

2. Wir stimmen auch deswegen zu, weil die EWAG keine andere Möglichkeit hat, als den erhöhten Lieferpreis ihres Lieferanten Großkraftwerk Franken AG zu bezahlen (...). Würde der Stadtrat die Tariferhöhung nicht beschließen, müßte der höhere Lieferpreis trotzdem bezahlt werden, (...) das aber ging zu Lasten anderer geplanter Vorhaben der EWAG und damit vor allem der Fernwärme. (...)

3. Mit Verbitterung nehmen wir zur Kenntnis, daß das Großkraftwerk Franken AG vor einer Woche öffentlich seine Freude verkündete, seinen Aktionären wieder höhere Dividenden ausschütten zu können und die Bayernwerke sich am Weiterbau des schnellen Brüters in Kalkar mit 160 Mio. DM beteiligen. (...)"

4. An dieser Stelle erinnern die beiden Stadträte an ihre Forderungen, z.B. die nach einer progressiven Strompreisgestaltung und nach Vorfinanzierungsmöglichkeiten für Energiesparmaßnahmen. Dann sagen sie weiter: *„Wer durch höhere Strompreise den Verbraucher zu einer nachhaltigen Senkung seines Stromverbrauchs bewegt, leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Kernkraftwerken und Kalkar. (...)".*
(zitiert aus einer Erklärung der Stadträte).

Der Hauptprotest gegen Abstimmungsverhalten und Begründung kam von außen: In zwei offenen Briefen, von der BI Schwandorf und der Nürnberger Initiative gegen Atomanlagen zum einen, der Frauengruppe der ehemaligen AL zum anderen, wurde eine erneute Diskussion gefordert. Die in den Briefen und Diskussionen formulierte Kritik richtete sich vor allem auf die Tatsache, daß die Zustimmung der Grünen zur Strompreiserhöhung auch eine Zustimmung zur Einführung eines Kalkarpfennigs bedeute, **da mit den künftigen Mehreinnahmen Kalkar mitfinanziert wird.** Angegriffen wurden weiterhin die von den Grünen verordneten Erziehungsmaßnahmen zu einem „energie- und umweltpolitisch vernünftigen" Verbraucherverhalten. So wurde der *„Weg zu staatlich verordnetem Zwangsökologismus"* als falsch bezeichnet, da sich grüne, ökologische und alternative Bewegungen g e g e n staatliche Zwänge und nicht d u r c h sie entwickelt hätten. Zudem sei es zynisch, in einer Situation, die geprägt ist von massivem Sozialabbau, auch noch die Einschränkung von Grundbedürfnissen zu fordern.

In einer Grünen-Mitgliederversammlung am 24.5. wurde das Thema Strompreiserhöhung aufgrund der heftigen Reaktionen noch einmal auf die Tagesordnung genommen und ebenso kontrovers weiterdiskutiert. Die Diskussion führte zu einem erstaunlichen Ergebnis: Ein Meinungsbild unter den grünen Mitgliedern ergab schließlich 14:14 Stimmen jeweils für und gegen Strompreiserhöhung. Angesichts der Tatsache, daß z.B. zum Sindelfinger Programm solche Forderungen wie „Anhebung der Mineralölsteuer" mit satten Mehrheiten bei höchstens 3 oder 4 Gegenstimmen reibungslos über die Bühne gingen, ist oben erwähntes Meinungsbild ein erfreuliches Zeichen dafür, daß das Bewußtsein innerhalb des grünen Kreisverbandes darüber gewachsen ist, was eine politische Linie, wie sie extrem von Bahro seit längerem propagiert wird und sich ansatzweise im Sindelfinger Programm in allgemeinen Formulierungen wiederfinden läßt, in der konkreten Alltagspolitik praktisch bedeutet.

Eine grüne Frau äußerte schriftlich im Mitgliederrundschreiben ihre Kritik an der Zustimmung. Sie stellte fest, daß diese nicht mit den Grundsätzen grüner Politik zu vereinbaren sei, vor allem nicht mit einem glaubwürdigen Kampf der Grünen gegen die Atompolitik. Diese Frau, die Mitglied des Kreisverbandvorstandes war, wurde bei den Vorstandswahlen vier Wochen später als einzige nicht gewählt! Einige Tage nach der MV der Grünen erschien im Nürnberger Stadtmagazin „Plärrer" vom Juni ein Interview mit einem der beiden Stadträte Klaus-Peter Murawski, unter dem Titel „Sind die Grünen verrückt?", in dem er Gelegenheit erhielt, seine Argumente für die Strompreiserhöhung darzulegen. Die Kritik, das grüne Abstimmungsverhalten sei unsozial und arbeiterfeindlich, bezeichnete er als *„völligen Blödsinn".* Außerdem hatte er sich zur ‚Besänftigung' linker Kritiker etwas Neues einfallen lassen: *„Unzumutbare Einschränkungen sozial schwacher Haushalte bei Strompreiserhöhungen"* und *„von der Sozialhilfe ausgeglichen — doch dieser Kreis"* sei *„ohnehin relativ klein".*

Diese Rechtfertigung markiert eine eigentümliche Wende in der Argumentation der Stadtratsgruppe, die sich bereits nach den ersten öffentlichen Protesten abzeichnete: In einem von ihnen nachgeschobenen Papier wurde z.B. vorgerechnet, daß es für den einfachen Bürger höchstens eine Mehrbelastung von 1,50 DM im Monat ausmache und daß jene unzumutbare Erhöhung schließlich von unserem wunderbaren sozialen Netz aufgefangen werde. Damit wird die Argumentation für das Abstimmungsverhalten im Stadtrat völlig widersprüchlich: Denn wenn man ernsthaft vertritt, daß die Leute auf „marktwirtschaftlichem" Wege, d.h. durch den Griff in den Geldbeutel, zum sparsamen Energieverbrauch gezwungen werden müssen, dann muß man natürlich eine Strompreiserhöhung fordern, die die Leute s p ü r e n! Wenn jetzt nachträglich von den Stadträten argumentiert wird, die Erhöhung sei ja gar nicht so schlimm, da würde man sozusagen gar nichts von merken, dann widersprechen sie damit ihrer eigenen Intention. Diese Inkonsequenz spiegelt letztlich den nach wie vor nicht gelösten Streit innerhalb der Grünen Partei wider, macht aber auch die Unmöglichkeit deutlich, eine offen unsoziale und massenfeindliche Politik zu betreiben, ohne offene Proteste aus dem oder letztendlich sogar Einbrüche in das grüne Wählerpotential zu provozieren. Das ist wohl auch der entscheidende Hinderungsgrund für ein offensiveres Vorgehen dieser Strömung.

KB/Gruppe Nürnberg

Zur Bilanz des Ost-West-Handels Teil II

Vom Wandel zur Waffe

Unter den veränderten politischen Rahmenbedingungen, dem Abschied von der Ära der Entspannung und der Neuauflage des Kalten Krieges gegen die Länder des „realen Sozialismus'' (und den dazugehörigen konkreten Kriegsvorbereitungen), werden im Westen Kontroversen über den Osthandel geführt, der im Rahmen der Neuen Ostpolitik einen wichtigen Bestandteil der Strategie des „Wandels durch Annäherung'' darstellen sollte. Ohne Zweifel unterliegt der Osthandel dem Primat der Politik, war schon immer den politischen Absichten und Zielen untergeordnet: sei es als Mittel des Wirtschaftsboykotts in den 50er und 60er Jahren, als sich der Westen einen wirtschaftlichen Zusammenbruch des RgW erhoffte, oder sei es die Forcierung des Handels in den 70er Jahren, wovon man sich die Heranführung einzelner RgW-Staaten an den Weltmarkt und ein schrittweises Durchdringen der Gesetze der kapitalistischen Ökonomie in den RgW-Ländern erhoffte.

Spätestens seit Anfang der 80er Jahre hat parallel mit der Aufgabe der Entspannungspolitik eine erneute Auseinandersetzung in den kapitalistischen Hauptländern begonnen, wie der Osthandel als politisches Instrument eingesetzt werden soll. Seit dieser Zeit haben die Großmächte des Westens einen Katalog von Wirtschaftsmaßnahmen und Sanktionen zusammengestellt, um die Wirtschaftsbeziehungen als Druckmittel gegen den RgW zu gebrauchen. Darüber hinaus wird innerhalb der Reagan-Administration über Wirksamkeit oder Unwirksamkeit von noch weitergehenden Sanktionen gegen die Sowjetunion debattiert. Das Spektrum der Meinungen reicht auf der einen Seite bis zur Einschätzung, der wirtschaftliche Zusammenbruch der Sowjetunion stehe bald bevor; der Westen solle mit einer Kombination von Totrüsten und scharfen Handelsbeschränkungen das erhoffte Desaster beschleunigen. Auf der anderen Seite hat ausgerechnet der CIA (ebenso wie eine Studie des amerikanischen Kongresses) das Mittel der Wirtschaftssanktionen als „völlig untauglich'' und „unwirksam'' eingestuft (1).

Doch neben dieser Kontroverse sind die Großmächte des Westens zu einer Politik der Handelsrestriktionen übergegangen, vor allem im Zusammenhang mit Afghanistan und Polen.

Zum Teil sind diese Maßnahmen sehr umstritten, wie beispielsweise das Getreide-Embargo gegen die Sowjetunion: Präsident Carter hatte im Zusammenhang mit der sowjetischen Afghanistan-Intervention ein beschränktes Getreide-Embargo verhängt; er begrenzte die Ausfuhr auf 6 Mio. Tonnen, nachdem die Sowjetunion ein Jahr zuvor noch 15 Mio. Tonnen Weizen und Mais bezogen hatte. Das Embargo hob Reagan, vor allem aufgrund von erheblichen Protesten der Farmer, kurz nach seinem Amtsantritt wieder auf. Der Sowjetunion hatten diese Sanktionen nicht ge-

Tonnen Weizen und Mais bezogen hatte. Das Embargo hob Reagan, vor allem aufgrund von erheblichen Protesten der Farmer, kurz nach seinem Amtsantritt wieder auf. Der Sowjetunion hatten diese Sanktionen nicht ge-

schadet, da sie in der Embargo-Zeit den benötigten Weizen vor allem aus Argentinien, Kanada und Australien bezog (2). Bereits 1981 lieferten die USA wieder 15,3 Mio. Tonnen, im letzten Jahr gar die Rekordmenge von 18 Mio. Tonnen Getreide in die Sowjetunion. Derzeit wird gerade über ein neues Getreide-Abkommen verhandelt.

In den USA wird heute offen eingestanden, daß das Getreide-Embargo nicht der Sowjetunion, sondern nur den wirtschaftlichen Interessen der US-Farmer geschadet hat.

Eine weitere Niederlage mußten die USA einstecken, nachdem sie versucht hatten, das Erdgas-Geschäft einiger EG-Staaten mit der Sowjetunion zu torpedieren. Mit dem Argument, insbesondere die BRD würde durch das Erdgas-Abkommen in eine zu große Energie-Abhängigkeit von der Sowjetunion geraten, ließ die Reagan-Administration die Auslieferung wichtiger Geräte und Maschinen zum Bau der Erdgas-Pipeline verbieten und versuchte, diesen Boykott auch gegenüber westeuropäischen Firmen durchzusetzen, die auf US-Lizenz Anlagen für den Pipeline-Bau (z.B. Turbinen) bauten. Die EG leistete geschlossen Widerstand, und inzwischen haben die USA an diesem Punkt nachgegeben. Auf einer Sitzung der Internationalen Energie-Agentur (IEA) verpflichteten sich die EG-Staaten lediglich in unverbindlicher Form, nicht in Energieabhängigkeit von der Sowjetunion zu geraten, wobei die USA auf präzise Zahlen, ab wann denn diese angebliche Abhängigkeit eintrete, verzichtet hat (3). Damit wurde im Vorfeld der Gipfeldiplomatie von Williamsburg ein sensibler Streitpunkt zwischen den USA und der EG beigelegt.



Das waren noch Zeiten: Chruschtschow trinkt Cola mit Pepsi-Cola-Chef Kendall (l.) und dem damaligen US-Vizepräsidenten Nixon

Westliche Mikrochips für sowjetische Raketen?

Auf einem anderen Gebiet der Wirtschaftssanktionen gegen den RgW haben sich die kapitalistischen Großmächte zumindest im Grundsatz verständigen können: dem Stopp der Ausfuhr „strategischer Güter''.

Mit dem üblichen penetranten Getöse startete Caspar Weinberger wieder eine seiner berüchtigten Kampagnen und konnte „enthüllen'', daß die Sowjetunion dank der Lieferung hochwertiger westlicher Technologien 150 neue Waffensysteme eingeführt habe; der Westen selbst sorge also für die sowjetische Aufrüstung. Die USA praktizieren bereits seit geraumer Zeit ein Ausfuhrverbot von „strategischen Gütern''. Das Technologie-Embargo umfaßt bereits so hochwertige „strategische Güter'' wie Schach-Computer und sogar Toaster, deren Mikrochips sich angeblich auch für sowjetische Raketen eignen würden. Die Technologie-Sank-

tern''. Das Technologie-Embargo umfaßt bereits so hochwertige „strategische Güter'' wie Schach-Computer und sogar Toaster, deren Mikrochips sich angeblich auch für sowjetische Raketen eignen würden. Die Technologie-Sank-

tionen scheinen in den USA derzeit zum Hauptinstrument der Osthandelspolitik zu gehören, denn auf dem Williamsburger Gipfel war dies der einzige Punkt und die einzige Aussage zum Thema Ost-West-Handel überhaupt: *„Die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen müssen mit unseren Sicherheitsinteressen vereinbar sein''*, heißt es lapidar (4).

Die Behauptung, daß die Sowjetunion nur dank westlicher Mikroprozessoren ihre Raketen bauen könne, wird selbst in den USA und auch vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung zurückgewiesen; gerade auf militärischem Gebiet verfüge die SU — so das DIW — über eine autarke und autonome Struktur, so daß das Embargo westlicher Technologien eher die Bevölkerung treffe (5). Bei der US-Kampagne geht es in punkto Technologie-Ausfuhrverbot um eine chauvinistische Propaganda der westlichen Überlegenheit gegenüber der Sowjetunion, die angeblich aufgrund ihrer „kommunistischen Planwirtschaft'' um Jahrzehnte zurückliegt.

Zentrales Instrument der Ausfuhrbegrenzung für hochwertige Technologien in den RgW ist das Coordination Commitee, kurz COCOM genannt. Das COCOM, dem alle Nato-Staaten und Japan angehören, wurde bereits 1949 ins Leben gerufen zu dem Zweck, alle international gehandelten Waren zu registrieren und als „strategisch'' definierte Güter mit einem Ausfuhrverbot zu belegen. In den 50er Jahren wurden rund 50% der 7000 international gehandelten Waren auf die Exportverbotsliste gesetzt; das Embargo bei Industriewaren war fast lückenlos. Hinzu kam in der Periode des Kalten Krieges der „Battle Act'' der USA, der während des Korea-Krieges erlassen wurde und verfügte, daß nur die Staaten von den USA Waren- und Finanzhilfen erhielten, die sich den Embargos gegen die Sowjetunion anschlossen. Mit dem „Battle Act'' sicherten die USA ihre Wirtschaftssanktionen wasserdicht ab, so daß die SU die gesperrten Waren nicht anderweitig beziehen konnte (6). Erst im Rahmen der Entspannungspolitik wurden die Embargo-Listen des COCOM fast völlig zusammengestrichen; sogar „strategische Güter'' konnten exportiert werden, soweit sie nicht die beiden ersten COCOM-Warenlisten betrafen: die Listen für rein militärische Waren wie Panzer, Gewehre, Zubehör usw. Ziel der USA ist es derzeit, die dritte COCOM-Liste (über die ersten beiden besteht unter den kapitalistischen Staaten weitgehend Einigkeit) zu durchforsten, nach „strategischen Gütern'' Ausschau zu halten und die Liste entsprechend zu revidieren. Auf einem „hochrangigen Treffen'' des COCOM in Paris am 1.Mai dieses Jahres einigten sich alle beteilig-

nigkeit) zu durchforsten, nach „strategischen Gütern'' Ausschau zu halten und die Liste entsprechend zu revidieren. Auf einem „hochrangigen Treffen'' des COCOM in Paris am 1.Mai dieses Jahres einigten sich alle beteilig-

ten Staaten auf diese Prozedur (7). Mit schneller Einigung in den konkreten Details ist trotzdem nicht zu rechnen, da erstens alle Boykottmaßnahmen einstimmig beschlossen werden müssen und zweitens unter den westlichen Staaten sehr umstritten ist, was die USA alles als „strategische Güter'' bezeichnen. Nicht einmal in den USA selbst besteht darüber Einigkeit.

Wenn die von der US-Regierung geforderten Maßnahmen überhaupt einen Sinn haben, was schon umstritten ist, dann vor allem diesen: alle RgW-Staaten sind bestrebt, ihre Industrien zu effektivieren und zu modernisieren. Dafür sollen westliche Technologien, Industrieanlagen und Maschinen zur Modernisierung verschiedener Sektoren ihrer Volkswirtschaften herangezogen werden. Wenn an diesem Punkt wirtschaftliche Sanktionen ergriffen werden, so zielen sie in erster Linie darauf ab, die Modernisierung und Rationalisierung in einigen Bereichen des RgW zu bremsen. Verhindern lassen sich die Modernisierungen nicht, allerhöchstens verzögern. Nachteilig für die RgW-Staaten würde sich ein Technologie-Stopp vor allem dadurch auswirken, daß sie auf beträchtliche Eigenmittel und Investitionen zurückgreifen müßten, die zum Teil weit teurer sind, als die Nutzung westlicher Produkte.

Problematisch und umstritten sind die amerikanischen Pläne und Maßnahmen auch deshalb, weil sie einer Grundforderung des Westens widersprechen: die OECD-Länder haben immer wieder verlangt, daß die RgW-Länder nur dann handels- und kreditwürdig sein könnten, wenn sie sich in die Lage bringen, in den Westen weltmarktgerechte und konkurrenzfähige Industriewaren abzusetzen, um vor allem die hohen Zahlungsbilanzdefizite auszugleichen. Würde der gesamte Westen sich auf eine gemeinsame Technologie-Embargo-Politik verständigen, so stünde das im Widerspruch zu ihren eigenen wirtschaftlichen Interessen.

Über die politische Wirksamkeit und die Praktizierung einer Embargo-Politik bestehen selbst in den USA Widersprüche. So kommt die bereits erwähnte CIA-Studie zu dem Ergebnis, daß ein Verbot der Ausfuhr selbst vereinbarter „strategischer Güter'' in den Ostblock *„praktisch undurchführbar''* (8) sei, da der Handel immer noch über Drittländer oder in Form von Lieferungen der Einzelteile und durch mancherlei andere Tricks abgewickelt werden könnte. In der gleichen Studie wird sogar festgestellt, daß der Schaden der von der US-Regierung geforderten Sanktionen größer wäre als der Nutzen: wirtschaftlich wegen verlorener Aufträge und politisch wegen einer

könnte. In der gleichen Studie wird sogar festgestellt, daß der Schaden der von der US-Regierung geforderten Sanktionen größer wäre als der Nutzen: wirtschaftlich wegen verlorener Aufträge und politisch wegen einer

„Verstimmung'' (8) der EG. Die ebenfalls erwähnte Studie des DIW kommt zu dem gleichen Resultat und hält das Zusammenstreichen der COCOM-Listen für völlig *„untauglich''* (5).

Allergische Reaktionen beim Grafen Lambsdorff löste eine weitere geplante Maßnahme aus: die USA beabsichtigten die Verabschiedung eines „export administration act'' — eine Neuauflage eines Außenhandelsgesetzes, das am COCOM vorbei die Ausfuhrverbote bestimmter Industriewaren regelt und diese Bestimmungen auch auf Firmen anderer kapitalistischer Staaten erweitert, die entweder in US-Hand sind oder auf Lizenz produzieren. Graf Lambsdorff warnte die USA in diesem Zusammenhang vor *„einer Wiederholung der Pipeline-Geschichte mit Eingriffen in die souveränen Rechte anderer Regierungen''* (9). Eine Verschärfung der Außenhandelsgesetzgebung in den USA durch Anwendung auf westeuropäische Lizenznehmer sei es *„völlig unakzeptabel''* (9).

Der „Zeit'' jedoch war zu entnehmen, daß die USA auch ohne dieses Gesetz seit Beginn der 80er Jahre schon strikte Exportauflagen für „strategische Güter'' praktizieren, was von den BRD-Kapitalisten nicht gern gesehen wird (10).

Alles in allem kann davon gesprochen werden, daß es in den Fragen des Osthandels unter den Kapitalisten noch erhebliche Differenzen gibt und an den bisher skizzierten Maßnahmen kein einheitliches Vorgehen gegenüber dem RgW ausgemacht werden kann. Das betrifft auch den Bereich der politisch-staatlichen Subventionierung des Osthandels; während sich US-Außenminister Shultz gegen staatliche Bürgschaften, Kreditgebungen und Förderungen aussprach, räumte Außenminister Genscher auf einer OECD-Tagung in Paris nur ein, daß es keinen „Konditionenwettlauf'' geben dürfe (11). Damit ist gemeint, daß um lukrative Osthandelsverträge konkurrierende Firmen sich zum Beispiel bei den Bedingungen der Kreditvergabe und der zu zahlenden Zinsen nicht mehr gegenseitig unterbieten sollten, weil so die RgW-Länder vielfach durch Ausnutzung der kapitalistischen Konkurrenz günstige Kreditzahlungsbedingungen erhalten. Doch auch hier stieß Shultz auf taube Ohren, denn ohne staatliche oder quasi-staatliche Verbürgung von Krediten bei Ostgeschäften hätte es auch keinen so umfangreichen Osthandel gegeben. Die BRD-Industrie beispielsweise läßt ihre Ostgeschäfte über die „Hermes''-Bürgschaftskreditanstalt absichern — ein privat geführtes bankähnliches Unternehmen, bei dem die Firmen einen gewissen Prozentsatz des Gesamtwertes des Handelsgeschäftes gewissermaßen als „Versicherungsbeitrag'' einzahlen und im Falle des Scheiterns des Geschäfts den Gesamtwert des Handels aus Steuergeldern zurückerstattet bekommen. Was in der BRD die „Hermes''-Gesellschaft leistet, erfüllt in anderen Ländern (Frankreich, Italien, Großbritannien) direkt der Staat. Auch beim neuesten Handelsvertrag über mehrere Milliarden DM zwischen der BRD und der Sowjetunion über eine Kohleverflüssigungsanlage wird es zu staatlich sanktionierten Kreditvergaben kommen.

Auch im Osthandel: der Markt soll wirken

Auch im Osthandel: der Markt soll wirken

Den vielleicht wirksamsten Hebel einer Sanktionspolitik gegenüber den RgW-Ländern kann der Westen jedoch nicht so sehr auf dem Gebiet des Warenaustauschs, sondern der Zirkulationssphäre des Kapitals ausüben. Genauer: man macht sich die hohe Verschuldung der meisten RgW-Länder zunutze. Auf der schon erwähnten OECD-Konferenz im Mai dieses Jahres einigten sich alle kapitalistischen Staaten darauf, daß *„der Warenaustausch und die Kreditvereinbarungen mit den Ländern Osteuropas unter Marktgesichtspunkten behandelt''* werden müssen (11). Das heißt, daß die RgW-Länder *„keine Vorzugsbehandlung''* (11) bei Kreditierungen von Ostgeschäften erhalten sollen, sondern die im Westen derzeit üblichen hohen Zinssätze zu gelten haben. Bereits vor über einem Jahr fing die Politik der Zins-Sanktionen gegen die Sowjetunion an; damals bereits beschlossen die OECD-Staaten eine Erhöhung der Exportkreditzinsen und ordneten seither die SU in die Kategorie der Industrieländer ein statt wie bisher in die Gruppe der „mittleren Länder'', was ihr günstigere Kreditbedingungen gebracht hatte. Eine Kreditvergabe ohne Meistbegünstigung, sondern nach den üblichen hohen Zinskonditionen trifft bewußt und gezielt nur die Sowjetunion; die übrigen osteuropäischen Länder werden aus politischen Gründen und aufgrund ihrer Verschuldungsmisere ausdrücklich davon ausgenommen.

Bevor auf die Kredit- und Zinsrestriktionen genauer und differenzierter eingegangen wird, soll die Entwicklung des Osthandels aus kapitalistischer Sicht dargestellt werden.



Geschäft in Sicht? Chefökonom Mittag (DDR) mit Berthold Beitz (l.) und Wilhelm Schneider (r.), beide Krupp-Manager, sowie Leisler-Kiep und Breuel (CDU) beim Besuch der diesjährigen Hannover-Messe

Fortsetzung nächste Seite

Weltwirtschaft

Forts. von vorheriger Seite

„business as usual"

Die Märkte des RgW sind auch nach Einleitung der Neuen Ostpolitik für alle kapitalistischen Staaten recht klein geblieben. Der Anteil des Warenaustauschs der OECD-Staaten mit dem RgW am Gesamtaußenhandel ist nach wie vor sehr gering, wie aus folgender Übersicht hervorgeht:

	1970	1975	1980
Import	3,3%	3,5%	3,4%
Export	3,4%	5,1%	3,8%

(Prozentangaben = Anteile am Gesamt Ex- und Import) (12)

Für die BRD als der mit Abstand größte Handelspartner im Osthandel lagen die Prozentanteile an der Gesamtausfuhr 1970 bei 3,8%, kletterten 1975 auf 7,2%, lagen 1980 bei 4,9% und im letzten Jahr bei 4,3% (10). Andere Länder wie beispielsweise die USA haben einen noch geringeren Anteil am Osthandel.

In absoluten Zahlen ausgedrückt exportierten die OECD-Staaten im letzten Jahr Waren im Gesamtwert von 36,2 Mrd. Dollar; mit 10,2 Mrd. Dollar lag die BRD weit an der Spitze vor Japan (4,5 Mrd.), Finnland (3,8 Mrd.) und den USA (3,6 Mrd.). Italien, Frankreich, Kanada, Großbritannien und Österreich exportierten zusammen so viel wie die BRD alleine (13).

Bei den Waren a b n e h m e r n im RgW liegt die Sowjetunion mit einem Warenimport aus der OECD von 18,7 Mrd. Dollar weit an der Spitze: ihr Anteil am Westhandel des RgW beträgt 60%, gefolgt von der DDR, die dank der besonderen Wirtschaftsbeziehungen zur BRD Waren im Wert von 3,4 Mrd. Dollar einführte und mit knapp 10% den zweiten Rang im RgW einnimmt (13).

Aus diesen Zahlen folgt zunächst, daß der Osthandel nicht annähernd die Bedeutung für den Westen hat wie umgekehrt für den RgW, der für seinen Westhandel durchschnittlich Anteilsquoten von 30% des gesamten Außenhandels aufweist (13). Das schließt nicht aus, daß einige Branchen des Westens sehr stark auf die östlichen Märkte angewiesen sind; das trifft insbesondere für die westdeutsche Werkzeugmaschinenindustrie zu, die im letzten Jahr einen Außenhandelsumsatz allein mit der Sowjetunion von 11% am Gesamtexport zu verzeichnen hatte.

Einige spezielle Branchen im Bereich des Werkzeugmaschinenbaus weisen einen Exportanteil von 50% auf, und die Sowjetunion ist für diesen Bereich der Industrie der wichtigste Außenhandelspartner überhaupt (10).

Untersucht man das Wachstum des Osthandels in den letzten 13 Jahren, so kommt man zu einem sehr ernüchternden Ergebnis. Wie im letzten AK dargestellt, gab es aus der Sicht des RgW nur von 1972 bis 1974/75 einen raschen Ausbau des Warenaustausches mit extremen Wachstumsraten, wobei die damaligen Preissteigerungen infolge der sogenannten „Ölkrise" diese Wachstumsraten in schwindelerregende Höhen verfälschten. Aber seit 1976 sank der Osthandel absolut wie auch relativ, gemessen am Gesamtexport der OECD-Länder. Schon 1976 orientierten die RgW-Länder ihre Importpolitik an ihrer Zahlungsbilanzlage und versuchten, ihre Einfuhren aus dem Westen zu dämpfen. Der Osthandel pendelte sich auf ein Niveau ein, das sich nach den östlichen Exporterlösen und den Zahlungsverpflichtungen aus früher gewährten Krediten richtete. Preisbereinigt existiert seit dieser Zeit ein M i n u s-wachstum im Osthandel (14). Allein im letzten Jahr schrumpften die OECD-Exporte in den RgW um 8% (15). Demgegenüber konnte der RgW seine Exporte in den Westen etwas steigern, so daß sich insgesamt bei stark sinkenden Einfuhren und gestiegenen Ausfuhren im Jahre 1982 die Situation ergeben hat, daß die OECD ein Handelsbilanzdefizit von 4 Mrd. Dollar gegenüber dem RgW aufweist (15). Diese Tatsache liegt an der hohen Verschuldungslage der meisten RgW-Länder, da die Handelsüberschüsse des RgW für Zinszahlungen draufgehen.

Daß der Osthandel im Westen schon frühzeitig eher problematisch eingeschätzt wurde, läßt sich aus einem Beitrag des Grafen Lambsdorff ablesen, den er 1976 verfaßte (16). Der Graf enthüllte, daß die BRD bereits 1950 immerhin 3% ihres gesamten Außenhandels mit den osteuropäischen Staaten einschließlich der Sowjetunion abwickelte, wenngleich die offiziellen Statistiken null Prozent aufwiesen. In Zeiten des Kalten Krieges und der Boykottpolitik des Westens lief dieser Handel still und leise über den „Ostausschuß" der bundesdeutschen Wirtschaft. Erst 1972 sei ein „Tendenzumschwung" eingetreten, und die Ausfuhren seien enorm gestiegen. Von den 7.141 Waren auf der COCOM-Liste seien 6.625 „liberalisiert" worden. Schon damals beklagte der Graf die „mangelde östliche Lieferfähigkeit", da die BRD nur zu 25% Fertigwaren erhalte. Die Folge sei die hohe Verschuldung des RgW. Lambsdorffs Forderungen waren entsprechend: „*Unsere Investitionsgüter können auf Dauer nicht nur mit östlichem Gemüse, östlichen Textilien und Schuhen und ausschließlich mit Rohstoffen bezahlt werden. So wie im Verhältnis zu unseren großen westlichen Partnern muß sich der Handelsaustausch vor allem im industriellen Bereich bewegen*". Dies setze eine „*Industrialisierung im Osten voraus*".

Einen Ausweg aus diesem Dilemma sah der Graf zum einen in stärkeren Einfuhren von Energie-Rohstoffen, was allerdings nur die Sowjetunion betrifft.

Als weitere „Notlösung" kommen für ihn die Kompensationsgeschäfte in Frage, wenngleich sie für die bundesdeutsche Wirtschaft auch nachteilig seien; Kompensations- oder „Switch"-Geschäfte sind Abkommen, bei denen der Westen Industriewaren ausführt und dafür Kredite gewährt, da der RgW zumeist nicht in westlichen, also konvertierbaren Währungen bezahlen kann. Zugleich verpflichtet sich das westliche Unternehmen, später eine dem Exportvolumen entsprechende Anzahl von Waren, Rohstoffen etc. aus dem RgW einzuführen. Es wird also mit Waren bezahlt.

Lambsdorff sieht darin Probleme, da sich westliche Firmen langfristig verpflichten müßten, östliche Waren einzukaufen, die in der Zwischenzeit auf dem Weltmarkt besser und billiger zur Verfügung stünden. Der Graf bemängelt, daß die Form von Kompensationsgeschäften nur für die RgW Vorteile bringe, da er den Warenexport in den Westen genau kalkulieren kann. Fürs Kapital verlockender sind nach Lambsdorff nur die Kooperationsgeschäfte; das heißt, direkte Handelsbeziehungen zwischen östlichen und westlichen Unternehmen herzustellen. Die Form dieser Kooperationsgeschäfte liegt einmal in der Vergabe von Lizenzen und technischem know-how an den östlichen Betrieb, der dann die gewünschten westlichen Waren in den Westen liefert. Der Graf preist dieses System als Maßnahme der „*Lohnveredelung*" an; das heißt, daß das westliche Kapital aufgrund der niedrigeren Lohnkosten im RgW Extraprofite herauswirtschaften kann. Als lohnenden Bereich nennt Lambsdorff insbesondere die Textilindustrie, die teilweise in den Osten verlagert werden könne. Extraprofite lassen sich noch vorteilhafter erzielen, wenn sich einzelne Unternehmen direkt mit Kapital an östlichen Firmen beteiligen und „gemischte Gesellschaften" bilden; diese existieren vor allem mit Rumänien, Ungarn, Polen und Jugoslawien.

Alles in allem sieht Lambsdorff das Hauptproblem des Osthandels darin, daß die „Anpassungsfähigkeit" des RgW an den Weltmarkt sehr gering sei und die Warenexportstruktur nicht sehr viel her gebe.

Vergleicht man Lambsdorffs Aussagen über den Osthandel vor a c h t Jahren mit heutigen Analysen und Einschätzungen westlicher Institute und Politiker, so sind diese — bis auf das hohe Ausmaß der Verschuldung — nahezu identisch. Erschwerend kam Ende der 70er Jahre die Weltwirtschaftskrise hinzu, die die Absatzschwierigkeiten östlicher Waren zusätzlich erhöht, sowie der Druck der negativen Zahlungsbilanzen, der die RgW-Länder zu einer Rücknahme der OECD-Importe zwang. „*Unter diesen Umständen beurteilt der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels die weitere Entwicklung des Osthandels ohne Illusionen. Das gegenwärtige Niveau zu halten, wäre schon ein Erfolg.*" (17)

Auch ohne westliche Sanktionen ist also festzuhalten, daß der gesamte Osthandel seit etwa 1976 aus den oben genannten Ursachen rückläufig ist. Die zum Teil drastischen Importkürzungen westlicher Waren seitens der meisten RgW-Staaten, die aufgrund der Verschuldungsmisere in den letzten Jahren ergriffen werden mußten, lassen für die weitere Zukunft — auch unabhängig von westlichen Sanktionen — eher noch einen weiteren Rückgang des Warenaustausches erwarten. US-Außenminister Shultz hatte nicht unrecht, wenn er auf der letzten OECD-Konferenz erklärte, die Märkte würden auch ohne politisches Zutun wegen „*geringer Exportfähigkeit des RgW*" den Osthandel reduzieren (11).

Die „Kreditwaffe"

Um zu beurteilen, inwieweit die Absichten und Ziele des Osthandels den erhofften „Wandel" in einzelnen Ländern des RgW bewirkt oder wirtschaftliche Abhängigkeiten geschaffen haben, die der Westen als politisches Druckmittel nutzen kann, muß auf die besonderen Handelsbeziehungen der einzelnen Länder des RgW eingegangen werden.

Im Mittelpunkt steht dabei die Nutzung der zum Teil extrem hohen Auslandsverschuldung der RgW-Staaten, die im letzten AK dargestellt wurde (13). Die großen US-Banken wie u.a. Chase Manhattan oder Morgan Guaranty Trust haben sich bereits Mitte der 70er Jahre aus der östlichen Kreditvergabe zurückgezogen, als sich die hohe Verschuldung abzuzeichnen begann (18).

Alarm geschlagen wurde bei den Banken aber erst am 26.3.81 beim Eintrudeln eines Telex vom polnischen Außenhandelsministerium: Polen könne künftig weder die fälligen Rückzahlungsraten noch die Zinsen aufbringen. Der zweite Schlag kam im Juni des gleichen Jahres: auch Rumänien ließ bei 24 Mrd. DM Auslandsverschuldung die Wechsel platzen und meldete Zahlungsunfähigkeit an. Der „Spiegel" wußte bereits von einem Zusammenbruch des östlichen Pumpsystems zu berichten und meldete: „*Der Bruch ist da, im Osten läuft nicht mehr viel. Das Geschäft droht auf das Niveau der fünfziger und der sechziger Jahre zurückzufallen*" (18).

Die erschrockenen Bankiers, darunter auch der bundesdeutsche Bankenchef Kühnen, gaben die Parole aus, „*keine Risiken mehr ein(zu)gehen*". Die westlichen Banken, die sich wie die Geier beim Aufschwung des Osthandels zu Beginn der 70er Jahre auf den profitablen und staatlich verbürgten Markt warfen, zogen sich seit 2 Jahren mehr und mehr aus diesem Geschäft zurück. Daß sich jedoch sehr wohl p o l i t i s c h an der Verschuldungsschraube drehen läßt, kann anhand einiger RgW-Länder belegt werden.

Das trifft vor allem auf d i e Länder des RgW zu, die den Gang zu Umschuldungsverhandlungen beim Internationalen Währungsfonds (IWF) antreten mußten. Das sind zur Zeit Jugoslawien (19), Rumänien (seit 1973) und Ungarn (seit 1982). Polen hat bereits beim IWF angeklopft, ist aber nicht Mitglied in diesen Kreisen geworden.

Bevor auf die Lage in den einzelnen RgW-Ländern eingegangen wird, kann die Bedeutung und der Umfang der Rolle des Ost-West-Handels für den RgW aus nebenstehender Tabelle abgelesen werden (Tabelle I). Da die Verschuldung der einzelnen RgW-Länder gegenüber westlichen Banken Auswirkungen auf den Ost-West-Handel hat, gibt eine weitere Tabelle Auskunft darüber, wieviel Devisen die östlichen Länder vom gesamten Außenhandel bereits aufbringen müssen, um Zinsen und Kredite abzuzahlen (Tabelle II).

Auf die Einmischung des Imperialismus über den IWF auf die wirtschaftliche Lage in J u g o s l a w i e n ist bereits im letzten AK eingegangen worden. Ein westliches Bankenkonsortium hat Anfang dieses Jahres einen weiteren Umschuldungskredit von 3 Mrd. DM gewährt, wobei der federführende IWF auf einem „radikales Sanierungskonzept" der jugoslawischen Wirtschaft besteht (20). Im Mai wußte die „FAZ" zu berichten, daß Jugoslawien dabei sei, eine „radikale Reform" in Angriff zu nehmen, die auf eine weitere Restaurierung der Marktgesetze hinauslaufe (21). Unter „Sanierung" ist in Jugoslawien bisher bereits verstanden worden, die Löhne zu senken und die Preisstruktur an den Weltmarkt anzupassen sowie die Währung drastisch abzuwerten — ein Konzept, das in Ländern der Dritten Welt üblich ist, mit den entsprechenden Folgen für die dortigen Unterdrückten. Die Verschuldungsmisere hat jedoch die jugoslawischen Machthaber dazu bewogen, nicht einseitig dem westlichen Druck nachzugeben; als Gegenmaßnahme wurde der Handel mit der Sowjetunion wieder intensiviert, der ohnehin die wichtigste Rolle einnimmt. Daß diese Entwicklung dem Westen nicht gerade erwünscht ist, versteht sich von selbst; daher wird die Kredit- und Zinsschraube nicht allzu sehr angezogen.

Neben Jugoslawien ist die Situation R u m ä n i e n s besonders problematisch. Seit Ende 1981 ist dieses Land praktisch zahlungsunfähig und die westlichen Banken sind nicht mehr bereit, die fälligen Zinszahlungen zu stunden. Die rumänische Regierung gestand daraufhin offen das Scheitern des Westhandels ein (22). Nachteilig wirkt sich für dieses Land aus, daß es über keine nennenswerten „traditionellen" Exportwaren wie Rohstoffe verfügt, um seine Zahlungsbilanzdefizite zumindest auf diese Weise auszugleichen. Daher drosselte Rumänien am rigorosesten die Westimporte. Die „FAZ" meldete einen „tiefen Einbruch" im Handel mit Rumänien; die BRD-Ausfuhren sind im letzten Jahr um 39,5% zurückgegangen (23). Im Verlaufe der erfolgreichen Umschuldungsverhandlungen beim IWF forderte dieser als Gegenleistung die „*Rücknahme subventionierter Preise*" und damit faktisch die Orientierung von „realen Preisen" am Weltmarktniveau. Anfang 1982 kam Rumänien diesen Forderungen teilweise nach: die landwirtschaftlichen Aufkaufpreise und die Preise für Grundnahrungsmittel wurden kräftig erhöht, letztere um 35%! (24). Zufrieden äußerte sich die „FAZ": Rumänien würde einen „stärkeren Realismus" an den Tag legen und sei zu „*einer generellen Umgestaltung seines Wirtschaftssystems bereit*" (24).

Nun fragt man sich, warum der IWF den Hebel ausgerechnet an der rumänischen Landwirtschaft ansetzt. Der erste Punkt ist, daß der Verbrauch von Grundnahrungsmitteln eingeschränkt werden soll, die materielle Lage der Arbeiterklasse sich also verschlechtert; vorteilhaft ist auf jeden Fall, daß Rumänien nicht so viel Lebensmittel einzuführen braucht, um auf diese Weise die Zahlungsbilanz zu entlasten. Zweiter Punkt ist, daß der Imperialismus darauf setzt, daß es aufgrund der von ihm verordneten Maßnahmen zu erwünschten Unruhen, Streiks etc. kommt, zu „polnischen Verhältnissen", um die Auflösung des sowjetischen Machtbereichs voranzutreiben. Drittens wird der rumänische Finanzhaushalt durch Einsparungen an Lebensmittelsubventionen entlastet, es werden also Akkumulationsquellen freigelegt, die für Investitionen in anderen Sektoren verwendet werden können, insbesondere in den Bereichen, die zur Steigerung der Westexporte beitragen können.

Trotz dieser Maßnahmen auf Druck des IWF waren für Rumänien im letzten Jahr „Devisenfälligkeiten" von 2,3

Fortsetzung nächste Seite

Tabelle II

Zinszahlungen in % der Jahreswerte der Westausführen

	1978	1979	1982
Bulgarien	46	35	-
CSSR	14	16	-
DDR	26	33	-
Polen	33	39	50-60
Rumänien	14	17	-
Ungarn	34	35	31
UDSSR	12	9	-

Tabelle III

Verschuldung 1983
geschätzte Schuldenlast in Mrd. Dollar

	Summe Ende 1982	Schuldendienst 83 (Tilgung u. Zinsen)	Anteil d. Schuldendienstes am Export (in %)
Polen	26,0	7,8	94
UDSSR	23,0	12,2	25
Jugoslawien	19,0	6,0	41
DDR	14,0	6,3	83
Rumänien	9,9	5,5	61
Ungarn	7,0	3,5	55

(Quelle: „Time Magazin", Jan. 1983)

Entwicklung und Regionalstruktur des Außenhandels der RGW-Länder

		Insgesamt	Sozialistische Länder 1)	OECD-länder 2)	Entwicklungsländer 3)	Insgesamt	Sozialistische Länder 1)	OECD-Länder 2)	Entwicklungsländer 3)
		Mrd.TRbl 4)	Anteile i. vH			Mrd. TRbl 4)	Anteile i. vH		
Bulgarien	1970	1,81	79,3	14,2	6,5	1,65	76,2	19,1	4,7
	1975	3,49	80,1	10,1	9,8	4,03	72,3	23,8	3,9
	1980	6,86	70,5	20,3	9,2	6,33	79,0	17,0	4,0
CSSR	1970	3,41	70,6	20,6	8,8	3,33	69,4	24,8	5,8
	1975	5,83	71,5	20,0	8,5	6,32	70,1	24,8	5,1
	1980	10,03	69,6	21,8	8,6	10,19	70,2	24,4	5,4
DDR	1970	4,12	73,9	21,9	4,2	4,36	69,4	26,7	3,9
	1975	7,52	73,2	22,4	4,4	8,41	66,6	29,1	4,3
	1980	12,23	68,7	24,2	7,1	13,48	64,4	29,8	5,9
Polen	1970	3,19	63,8	28,5	7,7	3,25	68,6	25,9	5,5
	1975	7,69	59,9	31,5	8,6	9,37	45,8	49,5	4,7
	1980	11,68	55,7	34,4	9,9	12,97	55,5	35,0	9,5
Rumänien	1970	1,67	58,1	32,2	9,7	1,76	54,0	39,6	6,4
	1975	3,98	46,0	35,0	19,0	3,98	43,6	42,2	14,2
	1980	8,20	41,0	39,0	20,0	8,85	39,0	35,0	26,0
Ungarn	1970	2,09	65,6	28,5	5,9	2,26	64,6	29,6	5,8
	1975	4,27	71,7	22,3	6,0	4,97	64,4	28,4	7,2
	1980	7,93	67,7	22,2	10,1	8,25	64,0	28,5	7,6
RGW(6)	1970	16,28	69,2	24,0	6,8	16,60	67,6	27,2	5,2
	1975	32,78	67,0	24,3	8,7	37,08	59,8	34,2	6,0
	1980	56,93	62,3	27,3	10,4	60,07	61,2	29,2	9,6
UdSSR	1970	11,52	65,4	19,2	15,4	10,57	65,1	24,3	10,6
	1975	24,03	60,7	25,7	13,6	26,67	52,4	36,6	11,0
	1980	49,66	54,2	32,6	13,2	44,47	53,2	35,6	11,2
RGW(7)	1970	27,80	67,6	22,0	10,4	27,18	66,6	26,1	7,3
	1975	56,81	64,3	24,9	10,8	63,75	56,7	35,2	8,1
	1980	106,59	58,5	29,7	11,8	104,54	57,8	31,9	10,3

1) Albanien, Bulgarien, CSSR, DDR, Kuba, Mongolei, Nordkorea, Polen, Rumänien, UdSSR, Ungarn, Vietnam und VR China. 2) Für die DDR. sog. Kapitalistische Industrieländer. 3) Restposten 4) 1 Transferrubel entsprach 1,11 US $ (1970), 1,39 US $ (1975) und 1,53 US $ (1980).

Quellen: Außenhandelsstatistiken und Statistische Monatshefte sowie Planerfüllungsberichte der RGW-Länder, Angaben für 1980 vorläufig bzw. Schätzungen.

Weltwirtschaft

Fortsetzung von vorheriger Seite

Mrd. Dollar fällig (25). Aufgrund der Schwierigkeiten hat Rumänien wie schon Jugoslawien eine ,,Rückbesinnung'' auf die Sowjetunion betrieben, den Handel mit dem RgW forciert (26).

Mit welchem Gespür der Imperialismus die ,,Kreditwaffe'' einzusetzen pflegt, zeigen die Diskussionen in den westlichen Medien über Rumäniens Problematik anschaulich. So sprach sich die ,,FAZ'' in einem längeren Artikel gegen amerikanische Sanktionen aus, da der Westen ein Interesse an einem ,,unabhängigen'' Rumänien haben müsse. Das heißt, man läßt Rumänien so dahinwirtschaften und ergreift auf der einen Seite die Mittel des Drucks, indem auf Zinszahlungen bestanden wird; auf der anderen Seite werden über den IWF Zahlungsaufschübe gewährt, wenn gewisse ,,Auflagen'' erfüllt werden. Dabei muß jedoch darauf geachtet werden, daß dies Rumänien nicht noch enger an die Seite der Sowjetunion drängt. Wie weit der Imperialismus auch schon innenpolitische Entscheidungen im RgW diktieren kann, zeigt ein aktueller Konflikt: die rumänische Regierung verlangte Ende letzten Jahres für Ausreisende (ausgenommen Juden und Siebenbürger-Deutsche) die Rückzahlung der Ausbildungskosten, die je nach Ausbildungsgrad bei 30 bis 40.000 DM liegen dürften. Die USA drohten daraufhin mit dem Entzug der Meistbegünstigungsklausel für Abgaben und Zölle. Am 20.5.83 meldeten westliche Medien, daß Rumänien zu einem Nachgeben anscheinend bereit sei. Auch der bayerische Bundeskanzler stattete dem rumänischen Parteichef einen Besuch ab, um Druck zu machen (27). Außenminister Genscher hat bei seiner Visite offen mit harten wirtschaftlichen Pressionen gedroht (28). Inzwischen gewähren die USA wieder die Meistbegünstigung, nachdem Rumänien seine Maßnahme zurücknahm. Außerdem hat die rumänische Delegation auf der KSZE-Konferenz dafür gesorgt, am Punkte der ,,menschlichen Erleichterungen'' im Widerspruch zur Sowjetunion den westlichen Forderungen entgegenzukommen (29).

Aus der wirtschaftlichen Zwangslage wird Rumänien so schnell nicht wieder herauskommen; seine Industriewaren sind auf westlichen Märkten kaum konkurrenzfähig, so daß nichts anderes bleibt, als den gesamten Warenaustausch stark zu reduzieren.



Ob er noch einen Kredit bekommt?
Parteichef Ceausescu vor einem bundesdeutschen Messestand

U n g a r n wird in den westlichen Medien besonders gelobt: es sei das ,,Musterland'' des RgW, und mit einigem Wohlwollen werden die ökonomischen Reformen in den letzten Jahren beurteilt. Aber auch dieses Land hat gegenüber der OECD 10,7 Mrd. Dollar Devisenschulden, und auch hier halten sich die Banken bei der Kreditvergabe zurück. ,,*Es ist für uns schwierig geworden, neue Kredite zu bekommen. Gleichzeitig werden Kapitaleinlagen aus Ungarn abgezogen. Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen erscheinen uns immer mehr durchpolitisiert. Das wirkt auf uns fast wie ein Schock. Es bleibt uns gar nichts anderes übrig, als den Import kurzfristig drastisch einzuschränken*'', klagte der ungarische ZK-Sekretär Havasi in einem ,,Spiegel''-Interview (30). Ungarn ist es gelungen, durch drastische Importbeschränkungen seit 1981 seine Leistungsbilanzen mit dem Westen positiv zu gestalten. Ursprünglich hatte Ungarn erst für 1985 eingeplant, seine Handelsbilanz mit dem umgekehrten Mittel — der Steigerung der Exporte — auszugleichen, aber ,,*dann sind wir durch die westlichen Banken in Zeitnot geraten*'', bekannte Havaai. Es wird also unumwunden eingestanden, daß die Abhängigkeit vom Westhandel und der Verschuldung bereits zu einschneidenden Veränderungen im Wirtschaftsgefüge geführt hat und noch weiter führen wird. Das hängt auch mit einer Besonderheit Ungarns zusammen, daß nämlich 40% der gesamten Produktion exportiert wird (BRD: rund 25%) und somit eine sehr starke Abhängigkeit sowohl von westlichen wie östlichen Märkten besteht.

Das, was an Ungarn im Westen so gelobt wird, sind vor allem die speziellen Methoden und Maßnahmen, die die ungarische Parteiführung gegen das Verschuldungsdilemma unternommen haben. Neben der Drosselung der Westimporte wurden scharfe Investitionskontrollen für die Industrie beschlossen. Ungarn, das seit geraumer Zeit ohne verbindlichen Fünfjahresplan wirtschaftet, hat seine Industrien dezentralisiert und ,,monetarisiert''. So erhalten die Betriebe, die rasch und unkonventionell Waren für den Westexport produzieren, zinsgünstige Kredite als Anreiz. Außerdem orientiert sich die betriebliche Kalkulation zunehmend an den herrschenden Weltmarktpreisen und zieht damit das staatliche Preissystem in Mitleidenschaft. Dennoch sind nach internen Berechnungen nur 30% der ungarischen Industrie annähernd in der Lage, für den Weltmarkt zu produzieren. Um die Industrieproduktion zu steigern, wurden weitere Maßnahmen ergriffen; über 400 Kooperationsverträge wurden zwischen ungarischen und westlichen Betrieben abgeschlossen, vor allem im Bereich der Textilindustrie. Bosch-Siemens läßt Kühlschränke und Triumph-Adler Schreibmaschinen in Ungarn produzieren.

Als weiteres Stimulanz wird eine Privatisierung in Form von Verpachtungen kleiner Betriebe bis zu 100 Beschäftigten zugelassen, um die freien Gesetze der Konkurrenz um die effektivere Produktion zu nutzen. Bereits 115.000 solcher Pachtbetriebe gibt es in Ungarn. Bereits heute ist die Entwicklung so weit gediehen, daß im Rahmen der Eigenverantwortung der Betriebe die Preisbildung sich an den Produktionskosten zu orientieren hat und der Markt nach den üblichen Regeln des Angebots und der Nachfrage als Regulativ wirkt. Anders als Rumänien besitzt Ungarn jedoch ein heißes Eisen im Feuer: die Agrarwirtschaft. Ungarn brauchte nicht, wie Polen oder die Sowjetunion, Getreide zu kaufen, sondern konnte im Gegenteil 1982 Agrarprodukte und Lebensmittel im Wert von 4,6 Mrd. DM exportieren — die Hälfte davon in den Westen. Im Vergleich zu anderen RgW-Ländern wurden erhebliche Mittel in die Landwirtschaft investiert, die staatlichen Aufkaufpreise erhöht und den Bauern eine großzügige ,,Schattenwirtschaft'' als zusätzlicher Anreiz gewährt. Doch auch die landwirtschaftlichen Exportbedingungen in Richtung Westen haben sich verschärft, weil insbesondere der EG-Agrarmarkt aufgrund eigener Probleme zunehmend weniger importiert.

Die Anpassung der ungarischen Landwirtschaft an das Weltmarktniveau und an die dort herrschenden Preise mußte die Bevölkerung hart und teuer mit einer drastischen Senkung des Lebensstandards bezahlen; die Löhne verzeichneten Minuswachstum von 1,5% und die Preise für Grundnahrungsmittel stiegen im Schnitt um 7,5%, in einigen Bereichen sogar wesentlich höher. Vor allem im Dienstleistungssektor kam es aufgrund des Abbaus der staatlichen Subventionen zu extremen Verteuerungen. Bus- und Bahnpreise stiegen um 100%. Wie in Rumänien haben auch Ungarns Arbeiter in erster Linie die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu bezahlen.

Ungarn ist seit dem 6.5.82 Mitglied im IWF, aber von Umschuldungsmaßnahmen bisher verschont worden; es erhoffte sich eher eine Art Sicherheit, daß westliche Banken dank dieser Mitgliedschaft weniger Hemmungen bei der Kreditierung zeigen würde. Ungarn stellte den Aufnahmeantrag damals gemeinsam mit Polen, was nicht ohne Differenzen mit der Sowjetunion geschah; die tschechoslowakische Parteizeitung ,,Rude Pravo'' geißelte wohl nicht zufällig in den Tagen des ungarischen Beitritts zum IWF diesen als ,,Instrument des Neokolonialismus''.

Ungarn, das 31% seiner Exporterlöse für Zins- und Devisenzahlungen aufwenden muß, hat sich schon sehr weitgehend an dem imperialistischen Weltmarkt orientiert; hier hat sich also der vom Imperialismus erhoffte ,,Wandel'' deutlich ausgeprägt (31).

Es ist bereits im ersten Teil dieses Artikels näher auf P o l e n eingegangen worden (13). Mit 27 Mrd. Dollar ist Polen der größte Schuldner im RgW und muß rund 3 Mrd. Dollar Zinsen allein in diesem Jahr bezahlen (32). Aber Polen ist zahlungsunfähig und versucht, mit den kapitalistischen Staaten ein Umschuldungsabkommen bis 1985 zu erwirken. Und der Schuldenberg wird indes noch größer, da Polen gezwungen ist, für Zinszahlungen weitere kurzfristige Kredite aufzunehmen, für die wiederum Zinszahlungen fällig sind. Obwohl Polen im letzten Jahr die Aufnahme in den IWF gefordert hat, ist dies vom IWF abgelehnt worden mit der interessanten Begründung, daß sich die politische Lage erst wieder ändern müsse. Außerdem hatte auch die Sowjetunion kein Interesse daran, da Polen aufgrund seiner Verschuldungslage direkten Einflußnahmen in seine Wirtschaftspolitik seitens des IWF ausgesetzt wäre (33).

Seitdem in Polen das Militär an der Macht ist, hat es im Westen aufschlußreiche Diskussionen über die Orientierung der Osthandelspolitik gegeben; vor allem aus den USA wurden direkte wirtschaftliche Sanktionen gegen Polen gefordert; andere forderten, Polen für zahlungsunfähig zu erklären und spekulierten mit einer sogenannten ,,Regenschirm-Theorie''. Diese Theorie baut darauf, daß letztlich die Sowjetunion für sämtliche Schulden in ihrem Machtbereich aufkommen muß und wird, wenn sie selbst kreditwürdig bleiben will. Nach Verhängung des Kriegsrechts in Polen verhängten die kapitalistischen Großmächte massive Importeinschränkungen gegen die Sowjetunion. Die Sowjetunion bezeichnete diese Maßnahmen der EG und der USA als ,,*Wirtschaftskrieg gegen die sozialistischen Länder*'' (34).

Im Unterschied zu Rumänien und Ungarn jedoch ist der Warenaustausch zwischen Polen und der OECD nicht so drastisch zurückgegangen; dennoch ist der erstmals seit 1971 wieder erzielte Handelsbilanzüberschuß von 550 Mio. Dollar im letzten Jahr vor allem den verminderten Importen geschuldet.

Trotz der hohen Verschuldung und der Tatsache, daß Polen 50-60% der Exporterlöse zur Refinanzierung seiner Zahlungsbilanz aufwenden muß, halten sich die Sorgen der Banken im Unterschied zu Jugoslawien und Rumänien in Grenzen; Polen verfügt nämlich über auch im Westen absetzbare Rohstoffe, vor allem Steinkohle, Kupfer, Schwefel und auch Blei. Nachdem die erhoffte Modernisierung der polnischen Industrie und deren internationale Wettbewerbsfähigkeit wie eine Seifenblase zerplatzt ist, machen die polnischen Machthaber aus der Not eine Tugend. Sie haben keine andere Wahl, als genau diese Rohstoffe verstärkt in den Westen zu exportieren und damit Handel nach klassischem Muster der Dritten Welt zu betreiben. Nicht umsonst hält die polnische Armee und Polizei in den Kohlegruben und Kupferminen die Arbeiter zu harter Arbeit an. So konnte die ,,Bank Handlowy'' bereits im August 1982 vermelden, daß in diesen Bereichen die Produktion wieder zugenommen habe (35). Völlig eingestellt wurde in Polen die bisherige Politik, mit Hilfe westlicher Devisen die Industrie zu modernisieren. Westliche Banken vergeben Kredite nur noch in wenigen Ausnahmefällen und hauptsächlich in Form von kurzfristigen Anleihen zur Finanzierung der fälligen Zinszahlungen. Hinzu kommt, daß Teile der polnischen Industrie nur noch begrenzt produzieren, teilweise ihre Produktion ganz einstellen mußten, da westliche Wartung, Zulieferungen etc. ausblieben. Die Tatsache, daß die Industrie Polens zu 50% von westlichen Lieferungen abhängig ist, macht das ganze Dilemma deutlich.

Von der erwähnten ,,Regenschirm-Theorie'' im Kreditwesen hat der Imperialismus wieder Abstand genommen, nachdem die SU in der Tat kurzzeitig dringende Verbindlichkeiten Polens durch Goldverkäufe an internationalen Devisenmärkten deckte. Diese Politik ist deshalb aufgegeben worden, weil Polen dadurch noch in zusätzliche Zahlungsschwierigkeiten und Abhängigkeiten gegenüber der Sowjetunion geraten würde. Genau das liegt nicht im Interesse des Imperialismus.

Im Osthandel mit der D D R muß zwischen dem Handel mit westeuropäischen Ländern und den USA einerseits und dem speziellen sogenannten ,,innerdeutschen Handel'' andererseits unterschieden werden. Nach Angaben des ,,Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche'' sei die DDR der zweithöchste Schuldner im Westen nach Polen; sie stehe mit 11,2 Mrd. Dollar in der Kreide (36). Anderen Berichten zufolge liegt die Gesamtverschuldung bei etwa 9,6 Mrd. Dollar (37). Dabei ist es der DDR jedoch gelungen, ihre Westschulden abzubauen; sie konnte auch die fälligen Zinsen von geschätzten 2,4 Mrd. Dollar pünktlich bezahlen. Hinzu kommt, daß die DDR ihre Westschulden zu 85% bei nicht-bundesdeutschen Banken hat, wenngleich nur 40% des Westhandels auf die anderen kapitalistischen Länder außer der BRD entfallen (38). Der Abbau der Verschuldung konnte, wie auch in den vorher geschilderten Fällen, durch Reduzierung der Westimporte um 30% sowie Steigerung der Exporte um 16% erzielt werden (36). Auffällig ist, daß die DDR, obwohl sie ein zuverlässiger Schuldner ist, seit 1981 vom Westen keine Kredite mehr erhält (39). Die DDR ist also vom allgemeinen Sog der westlichen Banken nicht ausgenommen worden. Da nützen auch Erklärungen des Generalsekretärs der DDR nicht viel, daß ,,*ein Beitritt der DDR zum Weltwährungsfonds und zur Weltbank nicht vorgesehen*'' sei (40).

Die DDR verfügt, wie Rumänien, über wenig Rohstoff-Ressourcen. Im Unterschied zu Rumänien sind jedoch die Industriekombinate auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger, das Niveau bedeutend höher, so daß die DDR einige ,,Marktlücken'' im Bereich der Optik, der chemischen Industrie und des Maschinenbaus ausfüllen kann. Auch in der DDR werden die industriellen Sektoren, die für den Westen Waren liefern sollen, besonders gefördert, ohne jedoch das autonome Preissystem generell dem Weltmarkt anzupassen. Das nach wie vor bestehende staatliche Außenhandelsmonopol ist nicht umgehbar, sondern spielt eine entscheidende Rolle auch bei Kooperationen zwischen Industriekombinaten und westlichen Unternehmen. Zudem verfügt die DDR über ein wirtschaftliches Privileg im Vergleich zu ihren übrigen RgW-Partnern: die besonderen Handelsbeziehungen zur BRD, hierzulande noch immer als ,,innerdeutscher Handel'' tituliert. Der Rückgang des Westhandels im allgemeinen konnte durch einen Ausbau des Handels mit der BRD auf zweistellige Zuwachsraten kompensiert werden (36), wobei die DDR überdies in den letzten drei Jahren jeweils einen Handelsüberschuß erzielte. Die BRD ist ohnehin der zweitwichtigste Handelspartner der DDR hinter der Sowjetunion, und der Umfang des Warenaustauschs belief sich 1982 auf rund 13 Mrd. DM; das ist fast so viel wie der Warenaustausch mit der Sowjetunion.

Nicht nur im Waren- sondern auch im Zahlungsverkehr profitiert die DDR vom Handel mit der BRD; neben den zusätzlichen Deviseneinnahmen aus Bundeshaushalt, Intershops und Reiseumtausch von knapp 2 Mrd. DM wird der Tauschhandel über ,,Verrechnungseinheiten'' (1 VE = 1 DM) abgewickelt; bei Lieferverzug nimmt die DDR den zinslosen Überziehungskredit (,,Swing'') von derzeit 770 Mio. DM in Anspruch. Dieser spezielle Handel wird überwiegend in Form von Ware gegen Ware durchgeführt, so daß die DDR bei bundesdeutschen Banken nur mit rund 1,5 Mrd. Dollar in der Kreide steht (38).

Insgesamt hat eine Verschiebung im West-Handel der DDR zugunsten des Ausbaus des Handels mit der BRD stattgefunden, wobei die DDR durchaus im Trend anderer RgW-Länder liegt, was die Warenimporte aus dem Westen betrifft: der Bau von Großanlagen bei langfristiger Kreditierung und andere größere Lieferungen von Maschinen werden zurückgefahren, und es wird mehr auf die eigene Kraft vertraut. Wenngleich Teile der Warenexportstruktur auf westliche Märkte ausgerichtet sind und mit Weltmarktpreisen kalkuliert werden muß, ist das staatliche Planungssystem nicht in so gravierendem Maße beeinträchtigt worden. Das ,,real existierende'' Planungs- und Preissystem, das System der Subventionierung etc. ist weitgehend, gemessen an den eigenen Handlungsmaximen, intakt, und ein offenes ,,Hineinregieren'' des Imperialismus ist kaum möglich.

Was die C S S R und B u l g a r i e n betrifft, so spielen sie im Rahmen des Ost-West-Handels eine wesentlich geringere Rolle. Beide Länder sind gegenüber westlichen Banken relativ gering verschuldet; die CSSR liegt bei 4,8 Mrd. Dollar (1982) und Bulgarien in etwa auf gleicher Höhe. Beide Länder importieren zusammen so viele Waren wie allein Polen, im Gesamtwert von 2,6 Mrd. Dollar (13). Im Falle der CSSR ist dieser geringe Warenaustausch mit dem Westen keinesfalls gewollt, sondern durch die innere Wirtschaftskrise bedingt; selbst in Relation zu den anderen RgW-Ländern verfügt die CSSR über eine veraltete Produktionsstruktur und hat sogar Mühe, ihre Industriewaren im RgW abzusetzen. Ministerpräsident Strougal beklagte die mangelnden Exportkapazitäten, die ein stärkeres Auftreten auf dem Weltmarkt ausschließen und neue Kreditaufnahmen unmöglichen machen. Eine Steigerung westlicher Importe komme daher nicht in Frage (41).

Es versteht sich von selbst, daß der Westen von sich aus wenig Neigung verspürt, den Handel mit der CSSR zu intensivieren.

Etwas anders sieht es bei Bulgarien aus. Es ist am stärksten im Außenhandel mit dem RgW, besonders mit der Sowjetunion, verbunden und führt beispielsweise nur halb so viel Westwaren ein wie Polen — gemessen in Prozentanteilen der Gesamtimporte (17%). Bulgarien hat auch Anfang der 70er Jahre im Gegensatz zu den anderen Ländern des RgW eine weitaus behutsamere Kreditpolitik betrieben. Trotz des insgesamt bescheidenen Handels mit dem Westen genießt Bulgarien bei westlichen Banken ,,*ein relativ gutes Ansehen*'', meldet die ,,FAZ'' (35).

Der Osthandel mit der S o w j e t u n i o n stand und steht gerade aktuell im Zentrum der p o l i t i s c h e n Auseinandersetzungen. Bevor diese Sphäre untersucht wird, ist ein Blick auf die Handelsbeziehungen der OECD mit der SU zu werfen.

Rund 60% aller aus dem Westen in den RgW eingeführten Waren gehen wertmäßig in die Sowjetunion, die damit der bedeutendste Osthandelspartner ist. Überdies ist die SU ,,*kaum von Zahlungsproblemen geplagt*'', wie die ,,FR'' in einem Bericht über die OECD-Konferenz feststellte (15). Das liegt daran, daß die SU allein 1982 rund 60 Mio. Tonnen Rohöl und Ölprodukte in den Westen exportierte und daraus 60% aller Deviseneinnahmen in Höhe von 16 Mrd. Dollar kassierte (42). Die Handelsbilanz ist mit rund 4,6 Mrd. DM positiv und die Zinszahlungen können getätigt werden; jedenfalls findet sich das Verschuldungsproblem nirgends in den westlichen Wirtschaftsmeldungen, wenn es um die SU geht. Während die Deutsche Bank insbesondere mittelständischen Unternehmen Hoffnungen auf gute Geschäfte mit der SU macht, sieht es das ,,Bundesinstitut für ostwissenschaftliche Studien'' anders: die Einnahmen aus dem Erdöl würden infolge der gesunkenen Weltmarktpreise geringer und daher ,,*die Chancen westlicher Exporte weiter drücken*'' (42 und 43). Tatsächlich stagniert der Warenaustausch zwischen der SU und der OECD. Er hatte 1982 einen Umfang von 37,7 Mrd. Dollar, wobei die Im- und Exporte sich die Waage hielten und die SU-Ausfuhren etwas stärker zunahmen als die Einfuhren (44).

Interessant ist die Veränderung der Warenstruktur bei den sowjetischen Einfuhren; die Technologie- und Maschinenimporte gingen drastisch zurück zugunsten der Einfuhren von Getreide und Nahrungsmitteln. 1978 betrug der Anteil an Nahrungsmittelausfuhren der BRD an den Gesamtausfuhren in die SU nur 0,5%, 1981 bereits 12,5%! (5).

Auch im Falle der SU ist es also zu einem Rückgang, zu einer Phase der Stagnation im Ostgeschäft gekommen, was jedoch vereinzelte Großprojekte nicht ausschließt. So steht neben dem schon erwähnten Erdgas-Geschäft ein Kohleverflüssigungsprojekt zwischen der BRD und der SU ins Haus, das über das Jahr 2000 hinausgeht und einen Gesamtumfang von 40 Mrd. Dollar haben soll (10).

In der Sphäre der Politik sind es insbesondere die USA, die den Handel mit der Sowjetunion zurückdrehen möchten, vor allem durch Beschränkung der Ausfuhr von hochwertiger Technologie, da amerikanische Studien eine hochgradige Abhängigkeit der SU von westlicher Technologie unterstel-

Fortsetzung nächste Seite



Nixon, Vermittler Ceausescu: "Er hat ganz schönen Mumm..."

len. Eine Gegenstudie der „Stiftung für Wissenschaft und Politik" mit dem Titel *„Die Bedeutung des Technologietransfers in den Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion"* kommt allerdings zu dem Schluß, *„daß ein Technologie-Embargo die Sowjetunion in einzelnen ziviltechnologischen Bereichen trifft, sich aber auf den rüstungstechnologischen Bereich wohl kaum nachweisbar auswirken dürfte."* Und eine weitere amerikanische Studie kam zu dem wohl zutreffenden Ergebnis: *„Die Fähigkeit der sowjetischen Wirtschaft, ohne Importe lebensfähig zu bleiben, ist größer als die der meisten, möglicherweise aller industrialisierten Länder. Die Anfälligkeit der Sowjetunion für ein ökonomisches Aushebeln ist begrenzt"* (10). Zu ähnlichen Ergebnissen kam auch Matthias Schmitt, ehemaliges Vorstandsmitglied der AEG-Telefunken, bereits vor 6 Jahren: es sei ein *„fataler Irrtum zu glauben, daß man durch Einstellung oder Einschränkung der westlichen Lieferungen auf technischem Gebiet zum Beispiel die Sowjets irgendwie zwingen könnte, ihre Rüstungen wesentlich einzuschränken. Dies ist eine typische Fehleinschätzung, die man im Westen leider immer wieder antrifft, es ist eine Fehleinschätzung des Systems und seiner Reaktionsmöglichkeiten ..."* (6).

Zieht man eine vorläufige Bilanz des Osthandels, so läßt sich auf wirtschaftlichem Gebiet feststellen, daß er seit 1976 — abzüglich der Preissteigerungsraten — zurückgegangen ist und sich auf ein bestimmtes, den östlichen Möglichkeiten entsprechend beschränktes Niveau eingefahren hat, bis die immer mehr anwachsenden Schuldenberge und die Reaktionen der westlichen Banken darauf alle osteuropäischen Länder zwang, ihre Einfuhren aus dem Westen drastisch zu drosseln. Halten die westlichen Kreditrestriktionen weiter an und wird zu „normalen" Geschäftspraktiken zurückgekehrt, das heißt, ohne den RgW-Ländern spezielle Handels- und Kreditvergünstigungen einzuräumen, so wird in Bankenkreisen damit gerechnet, daß sich der Osthandel in Zukunft noch einmal h a l b i e r e n würde (35).

einzuräumen, so wird in Bankenkreisen damit gerechnet, daß sich der Osthandel in Zukunft noch einmal h a l b i e r e n würde (35).

Ein beabsichtigter „Wandel" mittels der imperialistischen Osthandelspolitik in einigen Ländern des „realen Sozialismus" ist in der Tat eingetreten: der entscheidende Punkt dabei ist jedoch nicht die versuchte Anpassung der östlichen Warenexportstruktur und der Preise an den Weltmarkt (auch wenn dieser Faktor Veränderungen in Rumänien, Jugoslawien und Ungarn bewirkt hat), sondern die Tatsache, daß die RgW-Länder etwa seit 1976 einen zahlungsbilanzorientierten Handel betreiben mußten. Die hohe Verschuldung, ein wesentliches Resultat des Osthandels, ist derzeit ein entscheidender Hebel des Imperialismus, Druck und Einfluß auf die östliche Wirtschaftspolitik ausüben zu können. In Rumänien, Jugoslawien und Ungarn wurden Sanierungsmaßnahmen ergriffen auf Kosten der materiellen Lage der Arbeiterklasse, verbunden mit einer weltmarktorientierten Umwälzung der Preisstrukturen. Das Diktat der Zinszahlungen zwingt Polen dazu, hauptsächlich die eigenen dringend benötigten Rohstoffe zu exportieren und die Investitionen auf diesen Bereich zu konzentrieren, zu Lasten der Förderung und Entwicklung der Industrie und vor allem der Landwirtschaft.

Aufgrund der Verschuldungslage einerseits, der mangelnden Konkurrenzfähigkeit östlicher Waren auf den Weltmärkten andererseits (die nicht nur qualitätsbedingt ist, sondern auch mit der Weltwirtschaftskrise zusammenhängt), hat die Bedeutung des Osthandels insgesamt abgenommen — auch ohne Zutun westlicher Sanktionsmaßnahmen. Unter den gegebenen politischen Bedingungen wird es in Zukunft kaum zu einer Neuauflage des fast vollständigen Handelsembargos seitens des Imperialismus kommen. Zum einen aus rein wirtschaftlichen Gründen, da bestimmte westliche Unternehmen vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise ein Interesse am östlichen Markt haben. Zum anderen bleibt der Osthandel notwendig, da die westlichen Banken ihr verpumptes Geld — zumindest langfristig — zurückhaben möchten. Das betrifft vor allem die westeuropäischen Kapitalgeber, da die US-Banken sich schon weitgehend aus dem Kreditgeschäft mit dem Osten zurückgezogen haben.

Angesichts eines schrumpfenden, primär zahlungsbilanzorientierten Osthandels in einer Zeit, in der der Imperialismus auf Konfrontation setzt, werden die Versuche des Imperialismus eher zunehmen, den Osthandel mit politischen Drohungen, Erpressungen und sowjetischem „Wohlverhalten" zu verknüpfen, wie die Auseinandersetzungen um das Erdgas-Geschäft und um die Ausfuhren hochwertiger Technologien bereits gezeigt haben.

D., Westberlin

Anmerkungen

(1) siehe FAZ, 31.5.83; FR, 9.4.83
(2) FAZ, 1.6.83
(3) FR, 10.5.83
(4) FR, 1.6.83
(5) FAZ, 11.3.82
(6) W.Fuss, „Finanzierungen im Ost-West-Geschäft", 1979, S.23 f
(7) FAZ, 2.5.83
(8) FR, 9.4.83
(9) FR, 4.5.83
(10) „Die Zeit", 13.5.83
(11) FR und FAZ, 11.5.83
(12) J.Bethkenhagen, „Außenwirtschaftliche Verflechtung der RgW-Länder" in „DDR und Osteuropa — Ein Handbuch", Leske-Verlag, 1981
(13) siehe AK 234, S.37-39
(14) Askanas/Levcik, „Die Wirtschaft der RgW-Länder in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre", Mai 1978 vom „Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche", S.216 f
(15) FR, 26.5.83
(16) „Osthandel", Herausgegeben von Hans-Herbert Karry, Kohlhammer-Verlag, 1977,
che", S.216 f
(15) FR, 26.5.83
(16) „Osthandel", Herausgegeben von Hans-Herbert Karry, Kohlhammer-Verlag, 1977,
S.30 f.
(17) Jahresbericht 1980-81 des „Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels", S.40
(18) „Der Spiegel", 4/1982
(19) Jugoslawien ist nur assoziiertes Mitglied des RgW
(20) FAZ, 21.1.83
(21) FAZ, 2.5.83
(22) „Die Zeit", 11.12.81
(23) FAZ, 10.2.83
(24) FAZ, 11. und 18.2.82
(25) FAZ, 22.1.82
(26) siehe Anm. 12
(27) siehe FR, 7.3.83 und FAZ, 12.3. und 25.5.83
(28) „Der Spiegel", 6.6.83 und FR, 6.6.83
(29) „Tagesschau" der ARD, 4.6.83
(31) „Der Spiegel", 3.1.83
(21) „Der Spiegel", 27.12.82; FAZ, 20.11.81 und 7.5.82; FR, 6.4.83
(32) FR, 23.3.83
(33) FAZ, 7.5.82
(34) „Neues Deutschland", 28.2.82, Kommentar des Moskauer Rundfunks
(35) FAZ, 27.8.82
(36) „Der Spiegel", 25.4.83
(37) „Die Zeit", 22.4.83 und „Volksblatt" Berlin, 1.5.83
(38) FAZ, 16.3.83
(39) FAZ, 5.2.83
(40) FAZ, 25.5.83
(41) FAZ, 13.11.81
(42) FR, 6.4.83
(43) FR, 12.4.83
(44) „Tagesspiegel", 17.4.83
(45) Wie die Banken und der Imperialismus übertreiben können, geht aus einem Vergleich der Tabellen II und III hervor; die hohen Schuldensummen in Tabelle III kommen dadurch zustande, daß alle „Verbindlichkeiten" einfach zusammenaddiert wurden, also zum Beispiel auch Kredite langfristiger Art, wo die Möglichkeit der kompensatorischen Rückzahlungen außer Acht gelassen wird.

Krise im Weltschiffbau

Wirtschaftlicher Boom, starke Expansion auf den internationalen kapitalistischen Märkten sowie die stark anwachsende Nachfrage nach Energie, besonders nach Erdöl, führten Anfang der 70er Jahre auf dem Weltschiffbaumarkt zu einem sprunghaften Kapazitätenausbau.

Die große zahlungskräftige Nachfrage auf dem Gebiet des Großschiffbaus — und hier verstärkt noch durch die Schließung des Suez-Kanals 1973 die Nachfrage nach Supertankern — löste eine allgemeine Schiffbaueuphorie aus. In den Jahren 1970-75 war ein Anstieg der Schiffbauproduktion von weltweit 65 Prozent zu verzeichnen. Reeder und Schiffbauer, die sich rechtzeitig auf diese neue Situation einstellten, sahnten in allerkürzester Zeit Profite in Milliardenhöhe ab; fast alle Schiffbau- und Schiffahrtnationen der kapitalistischen Welt konnten die Blüte ihrer Existenz feiern.

Ab 1976 begann die Talfahrt. Die Schiffbauproduktion sackte bis 1979 auf 40 und 1980 bis auf 38 Prozent des Standes von 1975 ab. Die kapitalistischen Schiffbaunationen reagierten, nachdem ein Wiederaufschwung nicht mehr in Sicht war und die weltweite Nachfrage nach großen Frachtschiffen — und hier wieder insbesondere nach Erdöltankern — unaufhaltsam zurückging, mit einem rigiden Abbau der Kapazitäten. Hunderte von Werft-Konkursen und Massenentlassungen größeren Stils standen auf der Tagesordnung. Bis heute hält diese Krise an. Obwohl es in den Jahren 1980 bis 1982 zu einer leichten Belebung der Nachfrage und einem zwischenzeitlichen Anwachsen der Weltstapelläufe gekommen ist, gehen einschlägige Prognosen von einer eher leicht rückläufigen bis stagnierenden Marktentwicklung bis Mitte der 80er Jahre aus und rechnen danach wieder mit einem leichten Anstieg.

Die Phase der Umstrukturierung der Werften, der Abbau von Überkapazitäten, Stillegungen und Entlassungen ist noch keineswegs abgeschlossen. Früher oder später mußte die unkontrollierte, an kurzfristigen Profitinteressen ausgerichtete Kapazitätenaufblähung bis Mitte der 70er Jahre zum Knall führen. Obwohl sich eigentlich schon seit der Ölkrise 1973 mit der schlagartigen Verteuerung des Rohöls ein nachhaltiger Rückgang der Nachfrage abzeichnete, die von der 1974 einsetzenden Krise verstärkt werden sollte, wurde die Schiffbauproduktion auf einem extrem hohen Niveau gehalten. Schiffe wurden weiterproduziert, obwohl klar war, daß sie nach dem Stapellauf auf Halde liegen würden; beispielsweise wurde bei HDW in Kiel in der Hektik des Booms ein Großdock

wohl klar war, daß sie nach dem Stapellauf auf Halde liegen würden; beispielsweise wurde bei HDW in Kiel in der Hektik des Booms ein Großdock

gebaut, ohne daß nach seiner Fertigstellung auch nur ein Großschiff vom Stapel lief.

Öl- und Wirtschaftskrise waren die äußeren Faktoren, die den gesetzmäßigen Niedergang der Schiffbauproduktion beschleunigten. Die Ursache der noch 1976 einsetzenden Entwicklung ist die Anarchie der kapitalistischen Produktion, wie sie kaum krasser als im Schiffbau zum Ausdruck kommt.

Hier unterscheiden wir uns von der — auch von Gewerkschaftsseite immer wieder vorgetragenen — tendenziell chauvinistischen Krisenargumentation, die die Hauptschuld der Ölkrise und damit der Politik der OPEC-Länder in die Schuhe schiebt.

Nachfolgende Maßnahmen kapitalistischer Krisenlösung erscheinen in diesem Licht als unabwendbare, von außerhalb erzwungene und daher letztlich zu akzeptierende Maßnahmen. Die Verankerung dieser Konstruktion in den Köpfen der Bevölkerung ist heute eine wesentliche politische Stütze zur Durchsetzung kapitalistischer Rationalisierungsstrategien auf den Werften.

Ergebnisse der ‚Reinigungskrise' ab 1975

Japan: Die Schiffbaunation Nr. 1, Japan, die ihre Schiffbaukapazitäten insbesondere auf den Großschiffneubau ausgerichtet hat, mußte von der Krise am nachhaltigsten erfaßt werden. In einem atemberaubenden Tempo h a l b i e r t e Japan von 1979-1982 seine Werftkapazitäten, 40 Werften gingen bankrott, der Personalbestand wurde im Zeitraum von 1974-1982 von ehemals 270.000 auf 160.000, also um 110.000 abgebaut. Japan erlebte zwischenzeitlich einen absoluten Tiefpunkt: Konnte es 1974 noch 50 Prozent Anteil am Weltschiffbau vorweisen, sackte dieser 1979 auf ganze 33 Prozent ab. Das Ergebnis einer brutalen Sanierungspolitik ist verblüffend: 1983 erreichte es wieder Anteile von 49 Prozent mit eher noch steigender Tendenz.

Süd-Korea: In der Boomzeit als Schiffbaunation noch gänzlich unbe-

reichte es wieder Anteile von 49 Prozent mit eher noch steigender Tendenz.
Süd-Korea: In der Boomzeit als Schiffbaunation noch gänzlich unbe-

kannt, schob sich das faschistische Südkorea 1982 an die zweite Stelle der Weltrangliste vor. Bis 1986 sollen die Werftkapazitäten bis auf 6 Mio. Bruttoregistertonnen (BRT) ausgebaut werden, der H ä l f t e der derzeitigen weltweiten Schiffbaunachfrage! Maßgeblich von Seiten der Japaner wurde hier binnen kürzester Zeit mit der Werftindustrie eine für unterentwickelt gehaltene Länder-typische Monokultur aufgebaut, die gleichzeitig praktisch völlig abhängig ist. Der Japanische Werftkonzern Hyundai Heavy Industries Co. kontrollierte 1983 rund 50 Prozent der südkoreanischen Werften und ist Teil des größten südkoreanischen Konzerns.

Die Schiffswerften entsprechen modernsten Anforderungen, praktisch alle Schiffstypen, aber auch Meerwasserentsalzungsanlagen oder Bohrinseln können hier gebaut werden, ergänzt durch den Faktor relativ geringen Lohnniveaus. Dieser Aufbau enormer Überkapazitäten war nur durch immense Auslandsverschuldung möglich: Ende 1981 lag diese bei 31 Mrd. Dollar, Ende 1982 waren es bereits 36 Mrd. Die Tilgung dieser Auslandsschulden frißt 1982 bereits 54 Prozent der Exporteinnahmen auf.

Zur Auslastung dieser Überkapazitäten wird Südkorea seine jetzt schon aggressive Verkaufspolitik noch verstärken, Gegenmaßnahmen einer heiligen Allianz zwischen der BRD und Japan werden nicht lange auf sich warten lassen. Über protektionistische Maßnahmen war bis dato nichts zu hören, möglicherweise wird hier der Internationale Währungsfond Auswege bieten...

Absehbar jedenfalls ist, daß der südkoreanische Ausflug auf die Weltmeere nur von kurzer Dauer sein wird. Der dann folgende Zusammenbruch seiner Werften wird verheerende Folgen und wirtschaftliche Not für die Bevölkerung mit sich bringen.

Zunächst ist Südkorea d e r Gewinner der Schiffbaukrise und dies insbesondere auf Sektoren, in denen auch die westeuropäischen Werften engagiert sind.

Westeuropa: Die Schiffbauproduktion der Länder Westeuropas lag 1956 noch um das Dreifache über der Japans. 1973 lag der japanische Anteil bereits 25 Prozent über dem europäischen, in den Krisenjahren 1977-1979 kam es wieder zu einer pari-pari-Situation, seit 1980 erreicht Westeuropa nicht einmal die Hälfte japanischer Produktionszahlen.

Großbritannien: 1956 noch Schiffbaunation Nr. 1 auf der Welt, setzte — allerdings mit erheblich weniger Erfolg — auf vergleichbar brutale Sanierungskonzepte wie Japan. Seit 1977 sank die Zahl der Beschäftigten im gesamten britischen Schiffbau um ca. 25 Prozent (von 175.000 auf 133.000), wobei der diese Branche dominierende Konzern British Shipbuilders um knapp 30 Pro-

britischen Schiffbau um ca. 25 Prozent (von 175.000 auf 133.000), wobei der diese Branche dominierende Konzern British Shipbuilders um knapp 30 Pro-

zent abbaute (von 88.000 auf 63.000). Neun Werften wurden stillgelegt, lediglich auf dem Gebiet des Kriegsschiffbaus wurden noch nennenswerte Gewinne erwirtschaftet. 1977 wurden 19 britische Werften in der staatlichen Gesellschaft British Shipbuilders zusammengefaßt, heute befinden sich 99 Pro-

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

zent des britischen Schiffbaus in staatlicher Hand.

Die **französischen** Werften sind in diesem Jahr nur noch zu 40 Prozent ausgelastet, obwohl die Produktion von 1974 um die Hälfte reduziert und die Zahl der Beschäftigten von 30.000 auf nunmehr 24.000 abgebaut wurde.

Nicht wesentlich anders ist die Situation der sich mittlerweile zu 90 Prozent in der staatlichen Gesellschaft IRI befindlichen **italienischen** Werftindustrie. Bei drastischer Reduzierung der Schiffsbaukapazitäten ging die Zahl der Beschäftigten von 1975 bis heute um ein Drittel (von 25.000 auf 17.000) zurück. Lediglich die staatliche Werftengruppe CNR konnte in den letzten Jahren einen Aufschwung verbuchen: sie arbeitet auf dem Kriegsschiffbausektor und hat sich zwischen den von den USA und der UdSSR beherrschten Einflußbereichen eine beträchtliche Marktnische sichern können. Sie kann auf diesem Sektor mehr als ein Drittel aller Aufträge absahnen und tritt damit auch als bedeutender Konkurrent des westdeutschen Kriegsschiffbaus in Erscheinung (mit Entwicklung des neuen U-Boot-Typs „Sauro" sollen der HDW in Kiel Aufträge abgejagt werden).

Mit Ausnahme der finnischen wurden die skandinavischen Werften im besonderen Maße von der 1975 einsetzenden internationalen Werftenkrise betroffen. An erster Stelle ist hier **Schweden** zu nennen, das 1975 mit 7 Prozent Weltmarktanteilen noch knapp vor der BRD und hinter Japan an zweiter Stelle im Weltschiffbau lag. Schweden hatte sich im wesentlichen auf Tanker und Massengutfrachter spezialisiert und konnte auch durch einschneidende Sanierungskonzepte seinen Niedergang kaum noch aufhalten. Durch eine weitgehende Umstellung der Produktion (Spezialisierung auf Ro-Ro-Schiffe, Kombitanker für Erz und Öl, sowie kleinere Tanker) könnten hier die Anteile auf drastisch geringerem Niveau in Zukunft stabilisiert werden.

Die **norwegischen** Werften waren vom Einbruch nach 1975 fast ebenso betroffen, wie die schwedischen. Bis 1981 wurden hier die Kapazitäten um ca. 30 Prozent abgebaut, die Produktion sank um ganze 70 Prozent.

In **Dänemark**, wo sich die Werften überwiegend im Reederbesitz befinden, gelang eine Spezialisierung (u.a. auf Fähren, Brückenkomponenten, Offshore-Lieferungen) vergleichbar frühzeitig. Der Kapazitätsabbau konnte so in Grenzen gehalten werden, die Zahl der Beschäftigten sank hier von 17.000 auf 11.500 in den Jahren 1975-1982. Eine eindeutige Ausnahme bietet hier

Fähren, Brückenkomponenten, Offshore-Lieferungen) vergleichbar frühzeitig. Der Kapazitätsabbau konnte so in Grenzen gehalten werden, die Zahl der Beschäftigten sank hier von 17.000 auf 11.500 in den Jahren 1975-1982. Eine eindeutige Ausnahme bietet hier

Finnland. Die Entwicklung auf den Werften ist denen der kapitalistischen Länder völlig entgegengesetzt: In der Zeit der Krise konnte Finnland seine Produktionszahlen leicht steigern und damit angesichts der weltweit absolut fallenden Tendenz seinen Anteil auf dem Weltmarkt erheblich ausbauen: von 0,7 Prozent in 1975 auf immerhin zwei Prozent 1979, bei 1,6 Prozent Anteilen heute. Finnland hat sich nicht dem internationalen Trend zum Massengutfrachter angeschlossen, sondern beharrlich an der Spezialisierung auf Eisbrecher, Passagier- und Kreuzfahrtschiffe, Bohrinseln etc. festgehalten. 1983 orderte die UdSSR 60 Prozent des gesamten Auftragbestands der finnischen Werften.

Eine vergleichbare Entwicklung der Schiffbauanteile trifft auch auf die Länder **Osteuropas** zu. Ihre Anteile von 4,9 Prozent in 1975 wuchsen auf 8 Prozent (1982) nach sogar 11,8 Prozent in 1980. Schon dieser zahlenmäßige Vergleich beweist, daß entgegen der bürgerlichen Krisenpropaganda die Werftkrise nicht das Ergebnis allgemeiner Marktübersättigung, der allgemein zurückbleibenden Nachfrage, etwa im Sinne fehlender Bedürfnisse auf diesem Sektor, schlechthin ist. Bedarf und Nachfrage gibt es durchaus, insbesondere — wie man sieht — in Osteuropa, aber auch in den Ländern der sog. III. Welt und durchaus in vielen kapitalistischen Ländern.

Überproduktionskrise und fehlende k a u f kräftige Nachfrage sind die Merkmale der Schiffbaukrise, die keineswegs eine w e l t weite Krise ist, sondern die sich aus der spezifisch kapitalistischen Produktionsform ergibt.

Japan geht aus der 1975/76 in den kapitalistischen Schiffbauländern eingeleiteten Reinigungskrise gestärkt hervor und hat nach einigen Rückschlägen seine dominante Stellung wiedererlangt. Westeuropa als Ganzes betrachtet mußte schwere Einbrüche hinnehmen; der Fortbestand der einzelnen Werftindustrien ist ohne massive staatliche Intervention und Dauersubventionen heute undenkbar.

Europa unter Ausklammerung des BRD-Schiffbaus betrachtet hieße aber, ein unvollständiges Bild zu malen; hier liegen die Dinge etwas anders.

BRD-Schiffbau in der Krise?

Die BRD-Werftindustrie ist auch in der Krise nach Japan der bedeutendste Schiffbauproduzent geblieben und wurde erst 1982 vom Senkrechtstarter Süd-Korea vom zweiten Platz verdrängt. Heute nimmt die BRD sowohl nach „absoluten" Zahlen (Bemessungsgrundlage sind Bruttoregistertonnen/BRT) als auch bei den genauer gewichteten Zahlen (GBRT, Bemessungszahl, die neben der Schiffbaugröße z.B. auch die Anzahl der Fertigungsstunden angibt) Platz drei in der „Weltrangliste" ein (s. Tabelle 1).

Gemessen in BRT hatte sie nach dem Boom 1975 (7,3 Prozent Weltanteile) ihre Talsohle 1979/80 (2,9 Prozent), erreichte 1981 wieder ein recht beachtliches Ergebnis (4,1 Prozent), während sie 1982 knapp darunter lag (3,7 Prozent). Bei den wesentlich aussagekräftigeren Angaben in GBRT hat die BRD-Schiffbauindustrie ihren Anteil in der Krise konstant bei ca. 6 Prozent halten können.

Dies schlägt sich auch in den offiziellen Zahlen über die Umsatzentwicklung nieder (s. Tabelle 2 und 3): Auf dem Gebiet des Schiffneubaus ist seit 1979 ein Aufwärtstrend zu ersehen.

Bezogen auf die Gesamtumsätze westdeutscher Werften ist das Bild noch um einiges deutlicher: **Obwohl die Weltschiffbauanteile 1978 noch bei 4,6 Prozent lagen, waren die Werftumsätze 1982 um 1,2 Mrd. Mark höher, obwohl die Schiffbauanteile in diesem Jahr nur mit 3,7 Prozent beziffert waren.** Dieses Beispiel sollte ausreichend zeigen, wie irreführend die der Öffentlichkeit präsentierten Zahlen über die Weltmarktanteile des BRD-Schiffbaus sind, die immer wieder nur in BRT angegeben werden. Außen vor gelassen wird ebenso gern die Tatsache, daß der Schiffsneubau heute überhaupt nur noch knapp 50 Prozent am Gesamtumsatz ausmacht.

Auch was die Zukunftserwartungen westdeutscher Werften anbelangt, sieht es gar nicht einmal so schlecht aus. **Immerhin lagen am Ende des Jahres 1982 Auftragsbestände allein im Schiffsneubau in Höhe von 4.986 Mrd. Mark vor — das entspricht etwa dem eineinhalbfachen der Vorjahresproduktion. Im Weltmaßstab gesehen, selbst auf Basis von BRT, hat die BRD-Schiffbauindustrie den geringsten Auftragsrückgang zu verzeichnen.** (s. Tabelle 4).

Von einer allgemeinen Krise des BRD-Schiffsbaus kann also überhaupt keine Rede sein, zumindest nicht von einer Krise der Profite. Vorübergehend galt'

von BRT, hat die BRD-Schiffbauindustrie den geringsten Auftragsrückgang zu verzeichnen. (s. Tabelle 4).

Von einer allgemeinen Krise des BRD-Schiffsbaus kann also überhaupt keine Rede sein, zumindest nicht von einer Krise der Profite. Vorübergehend galt'

bzw. gilt diese in unterschiedlichem Maße lediglich für die drei Großwerften HDW, Bremer Vulkan und die AG Weser Bremen/Bremerhaven — also vornehmlich für die Werften, die zur Boomzeit z.T. besonders absahnen konnten. Die Nordseewerke Thyssen, Blohm und Voss sowie die große Zahl kleinerer und mittlerer Werften schreiben bis heute satte schwarze Zahlen und weisen damit zugleich auf eine im Vergleich mit vielen Industriebereichen erstaunliche Stabilität dieser Branche hin.

Hingegen wurden von 1975 bis 1980 20.000 Arbeitsplätze vernichtet und selbst während der Boomzeit (1970 bis 1975) schrumpfte ihre Zahl um 2.500; weitere 9.000 sollen in der nächsten Zeit folgen, vorwiegend auf den drei o.g. Werften, um auch diese wieder in die Gewinnzone zu manövrieren. Die vielzitierte Krise des BRD-Schiffbaus war und bleibt damit eine „Reinigungskrise" im Sinne einer Beschäftigungskrise. Die vergleichsweise „stabile" Lage der BRD-Werftindustrie ergibt sich aus einer Reihe Faktoren, die in ihrer Geschichte begründet liegen.

Zur Struktur und Entwicklung der BRD- Werftindustrie

Mit dem „großen Sprung" Japans Mitte der 60er Jahre (von 1963-66 erhöhte Japan seine Weltmarktanteile von 25 auf 46 Prozent wurden Grenzen für die Entwicklungsmöglichkeit der meist wesentlich älteren und z.T. überalterten Werftbranchen anderer kapitalistischer Länder gesetzt. Wegen der extremen Abhängigkeit des Inselstaates vom seegehenden Transport kommt dem japanischen Schiffbau eine ganz andere Bedeutung für die nationale Volkswirtschaft zu. Die starke Wettbewerbsposition lag und liegt v.a. im Großschiffbau. Diese Schwerpunktbildung und die fortgeschrittene Konzentration der japanischen Schiffbauindustrie ermöglichte frühzeitig eine verstärkte Standardisierung und damit den Bau von großen Serien mit sehr rationellen, arbeitssparenden Techniken.

Die westdeutschen Großwerften haben sich Ende der 60er Jahre nicht in einem ihrer Größe entsprechenden Anteil am Großschiffbau beteiligt, sondern vorrangig den Bau von Containerschiffen, hochwertigen Frachtschiffen und Spezialschiffen betrieben. Vor Ausbruch des Tankerbooms war die Programmpolitik der westdeutschen Großwerften darauf gerichtet, traditionellen Schiffbau auf hohem technischen Niveau, ergänzt durch eine umfangreiche Schiffnebenfertigung, zu betreiben (bei Ro-Ro-, Container- oder Kühlschiffen nahmen sie sogar eine marktführende Stellung ein). Die kleineren und und mittleren Werften, die damals wie heute ca. 40 Prozent der Beschäftigten stellen, boten in der Regel eine breite Palette von Spezialschiffen an. Sie konnten u.a. durch ihre größere Flexibilität und Reagibilität auf Marktschwankungen bis in die Gegenwart durchgehend gute bis sehr gute Erträge erwirtschaften. **Auf diesem von den Japanern nicht dominierten Marktsektor konnte sich die westdeutsche Werftindustrie ihre internationale Position bis heute weitgehend behaupten:** Ihr gegenwärtiger Weltmarktanteil an den — in der Regel sehr profitablen — technisch höherwertigen Schiffen liegt bei 10 Prozent und diese machen auch 50 Prozent des Gesamtumfangs der BRD- Schiffsneubauproduktion aus.

Diese allgemeine Entwicklung wurde durch den Tankerboom mit der zwischenzeitlichen Umstellung einiger Großwerften auf den Großschiffbau unterbrochen. Der Grund war, daß die weltweite Nachfrage auf diesem Sektor sogar die enormen Schiffbaukapazitäten Japans überschritt und dadurch auch einiges für die westdeutsche Werftindustrie abfiel. Bei diesem Wettlauf der Nationen waren der BRD--Werftindustrie allerdings Grenzen gesetzt. Die kleineren und mittleren Werften waren schon aufgrund ihrer Größe auf den Bau bestimmter Schiffsgrößen begrenzt. Und von den Großwerften wiesen eigentlich nur drei (HDW-Kiel, AG-Weser Bremen/Bremerhaven sowie die Bremer Vulkan) günstige Bedingungen für eine rasche Umstellung ihrer Produktion auf, während die übrigen Großwerften, bedingt durch widrige Standortgegebenheiten (Nordseewerke Thyssen in Emden durch eine vorgeschaltete Schleuse) oder ihre Produktionsstruktur (für die HDW-Hamburg sowie Blohm & Voss wurde eine Umstellung für zeitlich und finanziell zu aufwendig erachtet), diesen Weg gar nicht erst einschlugen. Vor diesem Hintergrund wurde im Werftgutachten 1970 folgende Empfehlung ausgegeben:

„Keine Ausweitung der Kapazitäten
stellung für zeitlich und finanziell zu aufwendig erachtet), diesen Weg gar nicht erst einschlugen. Vor diesem Hintergrund wurde im Werftgutachten 1970 folgende Empfehlung ausgegeben:

„Keine Ausweitung der Kapazitäten (tonnagemäßige Ausbringung) als Primärziel", stattdessen: *„investitionsmäßige Abrundung der Anlagen und der Anpassung v o r h a n d e n e r Bauplätze an die Entwicklung der Schiffsgrößen"*, um *„das vorhandene Potential so leistungsfähig wie möglich zu machen"* (aus: „Gutachten über die Lage der deutschen Werftenindustrie", 1970). Dieser eher vorsichtigen Maßgabe lag offenbar die Überlegung zugrunde, einen Einbruch in die japanische Domäne gar nicht erst zu versuchen, zumal dieser viel zu kostspielig und risikoreich erschien. Die Orientierung der westdeutschen Werftindustrie lag also darin, während des Tankerbooms so viel als möglich abzusahnen, ohne dabei ihre Struktur wesentlich zu verändern. **Dies ist sicherlich ein Grund dafür, daß es einen regelrechten Einbruch der BRD- Werftindustrie nie gegeben hat und sie sich recht frühzeitig umsatzmäßig stabilisieren konnte.** Ein weiterer Grund liegt in der a l l g e m e i n e n wirtschaftlichen Stabilität der BRD und ihrer vergleichsweise zahlungskräftigen Nachfrage. Der weltweite Nachfrageeinbruch konnte durch eine Ausdehnung der Inlandsnachfrage so zum erheblichen Teil kompensiert werden: 1975, auf dem Höhepunkt des Booms, betrug die Inlandsnachfrage 25 Prozent der Gesamtproduktion, in den Jahren 1979 und 1980 hingegen waren es 72,4 bzw. 71 Prozent (1982 lag sie bei bei 57,2 Prozent). Eine solche Entwicklung wäre ohne staatliche Intervention durch hohe Subventionszahlungen (sie erreichten in diesen Jahren Rekordhöhen) kaum denkbar gewesen.

Rangfolge der Schiffbauländer nach der Höhe der Ablieferungen im Jahre 1982

Land	1.000 BRT	%	Land	1.000 GBRT	%
1. Japan	8 162,9	48,5	1. Japan	5 811,1	39,8
2. Korea	1 400,5	8,3	2. Korea	880,3	6,0
3. BR Deutschl.	615,4	3,7	3. BR Deutschl.	757,3	5,2
4. Spanien	557,0	3,1	4. Spanien	587,4	4,0
5. Brasilien	500,3	3,0	5. Norwegen	447,8	3,1

Die Ablieferungen des Jahres 1982 spiegeln im wesentlichen die Nachfrage des Jahres 1981 wider. Entsprechend ist der Anteil der Massengutfrachter an den Ablieferungen auf über 50 % gestiegen.

Schiffbauproduktion in Mio. DM 1978 – 1982

	1978	%	1979	%	1980	%	1981	%	1982	%
Neubauten Newbuildings	4 230	83,5	2 375	70,6	2 480	67,5	3 034	68,1	3 380	70,8
Reparaturen Repairs	762	15,0	884	26,3	1 038	28,3	1 117	25,1	1 086	22,7
Umbauten Conversions	75	1,5	104	3,1	156	4,2	303	6,8	310	6,5
Gesamt Total	5 067	100,0	3 363	100,0	3 674	100,0	4 454	100,0	4 776	100,0
Beschäftigte Labour force	64 477		57 573		56 696		56 923		57 468	

Gesamtumsätze in Mio. DM 1978 – 1982

	1978	%	1979	%	1980	%	1981	%	1982	%
Inland For national accounts	3 214	49,5	2 763	61,6	3 161	61,2	3 421	51,3	4 467	58,2
Ausland For export accounts	3 278	50,5	1 722	38,4	2 000	38,8	3 242	48,7	3 202	41,8
Gesamt/Total	6 492	100,0	4 485	100,0	5 161	100,0	6 663	100,0	7 669	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
Source: Federal Statistic Office, Wiesbaden

Auftragsbestände zum 31.12.1982 in 1.000 BRT

Land Gesamt-Auftrags-bestände davon: Tanker Massengut-frachter General-Cargo Schiffe Gesamt-Veränderung gegenüber 31. 12. 1981

Land	Gesamt-Auftrags-bestände	davon: Tanker	Massengut-frachter	General-Cargo Schiffe	Gesamt-Veränderung gegenüber 31. 12. 1981
Japan	10 067	1 081	6 261	1 310	– 2 588
Korea (Süd)	2 551	204	1 122	1 154	– 426
Spanien	1 532	310	896	162	– 715
Brasilien	1 445	294	1 035	101	– 217
Polen	1 265	390	439	243	– 161
Taiwan	1 244	194	700	350	– 198
Großbritannien	1 002	277	568	109	– 138
BR Deutschland	886	1	254	482	– 53
Jugoslawien	751	422	138	89	– 120
Frankreich	718	62	—	203	– 129
Welt Gesamt	29 172	4 808	14 591	5 867	– 6 139
(31.12.1981)	(35 311)	(7 172)	(18.857)	(4.392)	

Ferner standen Ende 1982 weltweit 104 Bohrinseln (Halbtaucher- und Hubinseln) sowie 1 Bohrschiff in den Auftragsbüchern der Werften. Die Aufträge wurden überwiegend bei Werften im Lande der jeweiligen Auftraggeber plaziert, ein Zeichen für den Protektionismus auch in diesem Bereich.

Zur Subventionspolitik und der Rolle des Staates

Kurz nach der Hamburger Werftenkonferenz teilte Bonn die erneute Erhöhung der Bundesmittel für Schiffbau und Schiffahrt mit. Sie sollen um 100 Mio. auf 530 Mio. Mark im laufenden Haushaltsjahr 1983 erhöht werden.

Dazu kommen noch einmal Steuervergünstigungen in Höhe von 540 Mio. Mark sowie Länderhilfen, die im einzelnen noch nicht alle feststehen. Zunächst sollen zu diesem Zweck die für 1984 veranschlagten Haushaltsausgaben um weitere 1,4 Mrd. Mark gekürzt werden.

Seit 1978 betrug allein die Bonner Subventionshöhe an Reeder und Werften 6,4 Mrd. Mark („Hamburger Abendblatt", 11.6.). Diese Zahl scheint der Realität schon wesentlich näherzukommen als die einer früheren, genaueren Aufschlüsselung im „HA" vom 20.4. (s. Kasten). Der „Spiegel" vom 20.4. wagte sogar eine Prognose über die Subventionshöhe der Jahre 1963-1983: 20 Mrd. Mark! **Alles in allem scheint also die vom IfO-Institut errechnete Zahl von 30 Prozent Steuermitteln pro Schiffsneubau gar nicht einmal übertrieben.**

Diese enormen Geldmengen werden nun allerdings nicht nur nach dem Gießkannenprinzip (pro Schiff soundsoviel) verteilt, sondern auch ganz gezielt für Umstrukturierungsmaßnahmen eingesetzt (Finanzierung von Sozialplänen, von Stillegungskosten etc.). Dies ist ein Weg staatlicher Interventionspolitik in die Werftindustrie hinein. Von daher ist der Gedanke, diese Gelder an bestimmte (arbeitsplatz-) sichernde Auflagen zu binden (wie es u.a. von der Memorandumsgruppe gefordert wird) von der Idee her nicht schlecht. Dies setzt allerdings einen völlig anderen Staat voraus, denn der jetzige ist aus ganz anderen Gründen am Erhalt der Werftindustrie interessiert. In seiner Vorlage für die Werftenkonferenz am 21.4. brachte der Hamburger Bürgermeister Dohnanyi diese Interessen auf einen Punkt: *„Versorgungssicherheit und Verteidigungsauftrag verlangen, daß die Bundesrepublik Deutschland am Weltschiffbau technologisch angemessen beteiligt bleibt. Es ist Aufgabe der Bundesregierung, gemeinsam mit den Küstenländern die Produktionskapazitäten zu bestimmen,*

die zur Erfüllung d i e s e r (Herv. d. Verf.) *Aufgabe erforderlich sind. Die bestehenden Strukturen sind auf diese Ziele auszurichten.''*

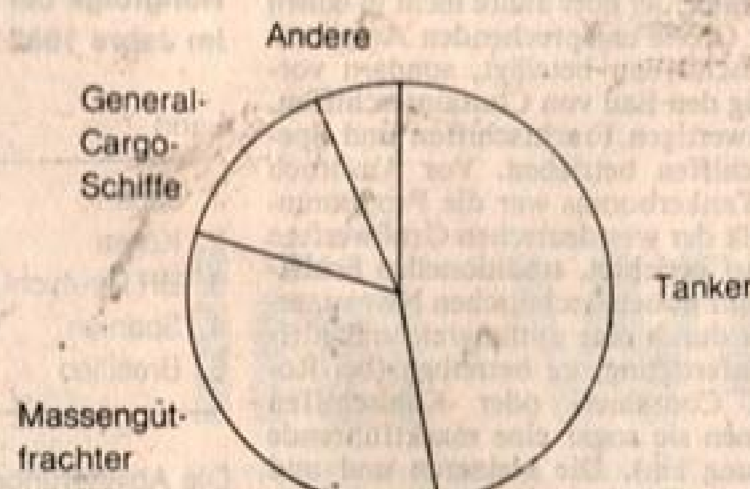
Diese politische Prämisse macht die besondere Bedeutung dieser Branche aus und ,,rechtfertigt'' irrsinnige Subventionsgelder, die unter rein ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet keinen ausreichenden Sinn ergäben: Schiffe werden anderswo billiger gebaut (nicht ohne Grund kaufen westdeutsche Reeder zahlreiche Schiffe im Ausland, fahren über 50 Prozent der BRD-Flotte unter ausländischer Flagge), und die westdeutschen Schiffbauindustriellen können durch eine Auslandsverlagerung ihrer Produktion vielleicht auch ohne Subventionen ausreichend Gewinne machen (wie dies z.T. auch schon geschieht). Staatliche Subventionen dienen so vorrangig dem Ziel, Schiffbau- und Schiffahrtskapazitäten in ausreichendem Maße im eigenen Land zu halten und das bedingt — soll dieser Sektor privatwirtschaftlich weiterbetrieben werden —, den Kapitalisten ihren Verbleib attraktiv genug zu gestalten.

In diesem Zusammenhang zieht der Verweis auf die möglicherweise sogar noch aufwendigeren Subventionszahlungen anderer Länder überhaupt nicht. Der VDS errechnete, daß beispielsweise bei den verstaatlichten Werften in Italien, Großbritannien und Schweden ,,*die öffentliche Hand über die Verlustabdeckung mittlerweile bis zu 85 Prozent der gesamten Personalkosten trägt*''. ,,*Längst sind mancherorts*'', schreibt der VDS weiter, ,,*die staatlichen Zahlungen zum Verlustausgleich weit höher als die ohnehin schon üppigen Schiffbausubventionen.*'' Wenn der VDS heute feststellt, daß ,,um uns herum'' diejenigen Werften die meisten Subventionen bekommen, die am meisten am Boden liegen, so trifft das genau den Kern der Sache: T r o t z massiver Subventionen, t r o t z Verstaatlichung sollte es besser heißen.

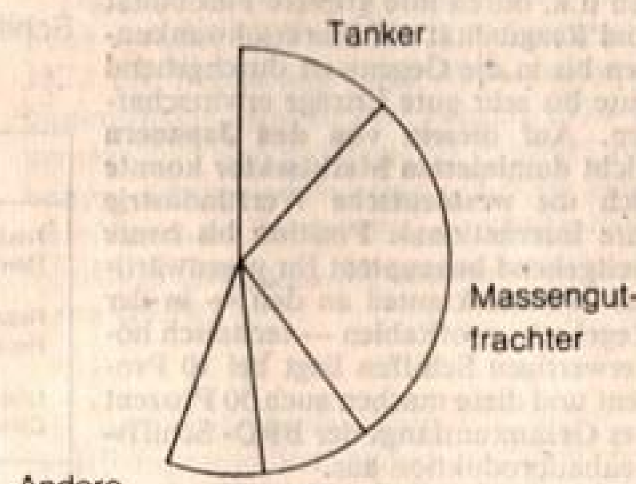
Es ist blanke Demagogie, angebliche Wettbewerbsverzerrungen allein aus der Subventionshöhe anderer Schiffbauländer herzuleiten und dabei zu verschweigen, daß viele dieser Schiffbauindustrien sich n i c h t e i n m a l m e h r in Privatbesitz halten lassen, weil hier kaum mehr etwas zu holen ist, und über Verstaatlichung und Subventionierung praktisch eine Sozialisierung der Verluste vorgenommen werden muß.

Der Hinweis auf die anderen Ländersubventionen ist in erster Linie politisches Hilfsargument der Werftlobby mit Hinblick auf die Zustimmungs- und Opferbereitschaft der Bevölkerung und der Werftbeschäftigten für eine staatliche Sanierung privater Profite.

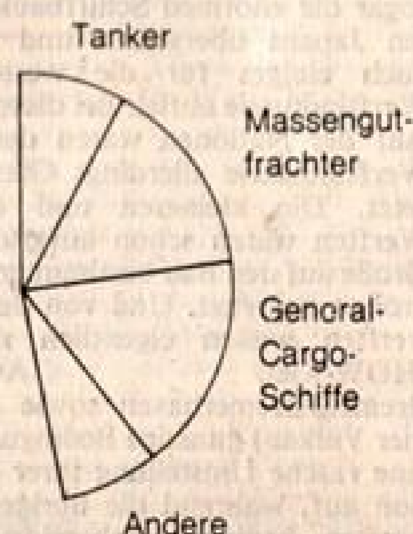
Weltschiffbauproduktion
1973 = 30,4 Mio. BRT



Weltschiffbauproduktion
1982 = 16,8 Mio. BRT



Weltschiffbauproduktion
Ø 1982—1990 = 14,3 Mio. BRT



IGM — mit Chauvinismus und mittelmäßiger Unternehmensberatung

IGM — mit Chauvinismus und mittelmäßiger Unternehmensberatung

Von Seiten der Werftkapitalisten wird die IGM heute wesentlich in der Rolle des ,,nützlichen Idioten'' zur Eintreibung von noch mehr Staatssubventionen gesehen. Tatsächlich beziehen sich die einzigen k o n k r e t e n Forderungen der IGM auf eine Ausweitung der Subventionspolitik. Im Anschluß an die Hamburger Werftkonferenz wurden sie nochmals bekräftigt: Aufstockung der Reederhilfe von 12,5 auf 17,5 Prozent, zusätzlich eine Exportauftragsförderung von 7,5 Prozent. Zur Finanzierung sollten zusätzliche 232 Mio. Mark an Steuermitteln aufgebracht werden. Hiermit solle, so verspricht die IGM, sichergestellt werden, ,,*daß deutsche Reeder vermehrt in der Bundesrepublik ordern, und daß auch ausländische Reeder Aufträge in die Bundesrepublik vergeben.*'' Die auf der Werftenkonferenz von Regierungsseite in Aussicht gestellten Subventionen (u.a. auch die neue Exportförderung von 5 Prozent) wurden, wie von Kapitalistenseite zu hören war, als zu gering kritisiert.

Auch in der Begründung ihrer Forderungen hat die IGM nichts anderes anzubieten als den Hinweis auf den angeblich so wettbewerbsverzerrenden Subventionismus anderer Länder. Zudem fordert die IGM ,,*verstärkte Anstrengungen der Werften zur Diversifikation, sowie öffentliche Auftragsprogramme in Bereichen, die gesellschaftlich nützlich sind*'' (Energiesektor, Wohnungsbau etc.). Weiter wird die Verschärfung von Sicherheits- und Umweltschutzbestimmungen für den Schiffbau gefordert, da hierdurch ,,*ein erhebliches Auftragsvolumen*'' entstehen könne. Hört sich insgesamt gar nicht mal so schlecht an — nur wäre es eigentlich das Naheliegendste, die IGM würde ihren Ruf nach Ausdehnung der Subventionen wenigstens an die Erfüllung dieser Forderungen und den Erhalt der Arbeitsplätze knüpfen; aber genau darauf verzichtet sie. Allzu ernst scheint die IGM diesen Teil ihrer Forderungen nicht zu nehmen, aber es ist wohl auch mehr als Bonbon in Richtung entsprechender betrieblicher Forderungen gedacht.

Seit dem Ausbruch der Schiffbaukrise kann die IGM mit Lösungsvorschlägen gar nicht mehr zurückhalten. Seit 1976/77 tritt sie für ein ,,nationales Schiffbauprogramm'' ein mit der Empfehlung, ,,*den auf die Bundesrepublik entfallenden Kapazitätsabbau so gering wie möglich zu halten und unvermeidliche Kapazitätseinschnitte zu koordinie-*

Schiffbauprogramm'' ein mit der Empfehlung, ,,*den auf die Bundesrepublik entfallenden Kapazitätsabbau so gering wie möglich zu halten und unvermeidliche Kapazitätseinschnitte zu koordinie-*

ren.'' Nicht das kapitalistische Krisenlösungskonzept wird kritisiert, sondern daß diese eigentlich überhaupt gar kein richtiges hätten. Da müssen erst die Schlaumeier der IGM 'ran: Her müsse ,,*ein überzeugendes Konzept der Neuordnung der deutschen Werften*'' und zwar so eines, ,,*das einen ausreichenden Überblick über den anzustrebenden Grad an Rationalisierung durch Kooperation oder — soweit erforderlich — durch Fusion bieten würde*'' (,,der Gewerkschafter'' 1/77). Die Gewerkschaft möchte wenigstens rechtzeitig informiert werden, um sich so schon frühzeitig Gedanken zur sozialen Abfederung machen zu können.

Nun liegen über fünf Jahre Umstrukturierung und Massenentlassungen dazwischen, da melden sich genau dieselben Schlaumeier zu Wort und kritisieren, daß **,,die Modernisierung der Werften ... in der Vergangenheit nicht mit dem Nachdruck erfolgt, die der krisenhaften Entwicklung im deutschen Schiffbau angemessen gewesen wäre.''** Wie es sich die IGM eigentlich vorgestellt hätte, erläutert sie am Beispiel der Automobilbranche: ,,*Die deutsche Automobilindustrie ist ebenfalls in der Vergangenheit von der japanischen Automobilindustrie herausgefordert worden. Sie hat auf diese Offensive zwar mit Verzug, jedoch massiv reagiert. Die Ausgangslage wurde umfassend analysiert und dann wurden Maßnahmen zur Verteidigung der hiesigen Standorte eingeleitet. Das riesige Investitionsprogramm, das gegenwärtig in der Automobilindustrie gefahren wird, ist Ausdruck dieser Strategie*'' und bereitet — könnte man hier geneigt sein zu ergänzen — eine neue Überproduktionskrise vor, die die Werftindustrie nur so in den Schatten stellen wird! **Peinlich kann es schon im Verlauf dieses Jahres werden, in dem VW damit beginnen will, 20.000 Arbeitsplätze zu vernichten**; aber dann waren auch hier wieder ,,unfähige Manager'' am Werk, oder? (Zitate aus ,,Stellungnahme der IGM zum Gutachten für die Werften im Lande Bremen'', November 1982)

Ganz auf Linie des Vergleichs aus der Automobilindustrie fordert die IGM weiterhin eine **,,Modernisierung der Werften als Vorwärtsstrategie''** und plädiert in diesem Zusammenhang für die forcierte Einführung modernster Technologien (z. B. der gefürchteten Industrieroboter).

Wie das mit dem Erhalt der Arbeitsplätze zu vereinbaren ist? Auch darauf haben die Schlaumeier eine einfältige Antwort: ,,*Das Ziel der Verringerung*

ten Industrieroboter).
Wie das mit dem Erhalt der Arbeitsplätze zu vereinbaren ist? Auch darauf haben die Schlaumeier eine einfältige Antwort: ,,*Das Ziel der Verringerung*

der Kosten darf weder auf dem Wege von Entlassungen noch auf dem Wege des Lohnabbaus erfolgen (...).Die Verringerung der Kosten muß vielmehr durch Modernisierungsstrategien erzielt werden, die sich auf Qualitätsverbesserungen im gesamten organisatorischen Ablauf und im Produkt konzentrieren. Auf diese Weise können die Gesamtkosten pro Schiff und damit die Ergebnisse der Werften verbessert werden, **ohne daß auf unsoziale Problemlösungen zurückgegriffen werden muß''** (ebenda) — alles klar? Im Kern der Sache stellt sich die IGM eine Lösung allein über die Verbesserung der Position der eigenen Bourgeoisie im internationalen Konkurrenzkampf vor. Aus ihren dementsprechenden Forderungen und Appellen an Staat und Kapital spricht nicht nur blanker Chauvinismus (bekanntlich geht eine solche Strategie im Kapitalismus nur auf Kosten a n d e r e r Schiffbaunationen und der d o r t i g e n Arbeitsplätze). Sie sind auch hinsichtlich ihrer Versprechen auf angeblichen Arbeitsplatzerhalt im eigenen Land äußerst fragwürdig: **Der Weg der japanischen Werftindustrie zur Wiedererlangung ihrer Position ist nur über Massenentlassungen erfolgt, auch die Festigung der westdeutschen Konkurrenzposition ging und geht den Weg über den Rücken der Lohnabhängigen.**

Zur aktuellen Situation und Diskussion

Anfang dieses Jahres trat der VDS (Verband der Deutschen Schiffbauindustrie) mit seinen Vorstellungen über die zukünftige Struktur der westdeutschen Werften an die Öffentlichkeit. Die ca. 29 Mio. Fertigungsstunden, die 1982 im Handelsschiffbau geleistet wurden, sollen zur Anpassung ,,*an den rückläufigen Markt bei Aufrechterhaltung des bisherigen Marktanteils*'' auf 20 Mio. Fertigungsstunden reduziert werden. Aus diesem Grund müßten — so der öffentliche Begründungszusammenhang — weitere 9.000 Arbeitsplätze abgebaut werden. Dieser Argumentation schlossen sich auch die Ministerpräsidenten und Wirtschaftschefs der norddeutschen Küstenländer an, die auf ihrer Werftkonferenz in Hamburg am 21.4. das VDS-Konzept befürworteten und zur Umsetzung weitere Subventionen zusagten. Aber auch von Seiten aktiver Gewerkschafter wird im Grunde die Notwendigkeit eines Kapazitätenabbaus nicht in Frage gestellt und stattdessen allerlei Vorstellungen entwickelt, auf welchen alternativen Sektoren die dadurch freigesetzten Arbeitskräfte auch in Zukunft auf den Werften sinnvoll untergebracht werden können.

Die Entwicklung solcher Alternativ-Vorstellungen wird teilweise mit dem Prädikat einer angeblich neuen Qualität linker Politik versehen, die eben darin bestünde, sich ,,objektiven Gegebenheiten'' (rückläufige Weltnachfrage im Schiffbau) zu stellen und gleichzeitig die Fähigkeit zu besitzen, griffige Gegenvorstellungen einzubringen. Linke Politik wäre allerdings besser gestellt, ,,objektive Gegebenheiten'' nicht zu übernehmen, sondern erst einmal zu hinterfragen und d a n n ihre Positionen darauf auszubauen. Dann läuft diese nicht Gefahr, bei dem bloßen Schlagwort ,,Krise'' einer Branche sich auch für diesen Bereich gleich neue Alternativen auszudenken und schließlich politisch in der Sackgasse zu enden.

Diese Gefahr ist bezogen auf die Werften gegeben, weshalb an dieser Stelle noch einmal genauer auf die eigentlichen Pläne des VDS eingegangen werden soll.

Diese Gefahr ist bezogen auf die Werften gegeben, weshalb an dieser Stelle noch einmal genauer auf die eigentlichen Pläne des VDS eingegangen werden soll.

Hierzu ist es zunächst noch einmal wichtig, die Tabelle 4 anzusehen: Aus dieser geht hervor, daß die BRD-Werftindustrie allein auf den Gebieten Massengutfrachter und besonders General-Cargo Schiffe (Frachtschiffe incl. Containerschiffe) nennenswerte Aufträge hereinbekam und dagegen nur einen (Mini-)Öltanker verbuchte. Dazu muß man wissen, daß die weltweiten Auftragsbestände 1982 im Vergleich zum Vorjahr bei genau diesen Schiffstypen jeweils g e s t i e g e n sind und zwar von 38,9 auf 44,7 bzw. von 13,6 auf 20,1 der gesamten Schiffsneubauproduktion. Bei den Auftrag s e i n g ä n g e n hingegen ist 1982 ein Rückgang bei den Massengutschiffen zu verzeichnen (von 44,1 Prozent 1980 über 56,7 1981 auf 36 Prozent 1982), bei den General-Cargo Schiffen allerdings mehr als eine V e r d o p p e l u n g der Anteile (von 12,1 über 16,9 auf 36,8 Prozent 1982)! Einschlägige Untersuchungen gehen von einem weiteren Nachfragerückgang bei Massengutfrachtern und Öltankern aus (s. Tabelle 5). **Danach gehört die Zukunft den General-Cargo Schiffen, dem Sektor also, der weit über 50 % der Aufträge der BRD-Schiffbauindustrie ausmacht.**

Zusammenfassend: Auf dem Sektor mit dem größten Nachfragerückgang, dem Tankerbau, ist die BRD praktisch seit Jahren nicht mehr vertreten. Einem Rückgang der Nachfrage bei Massengutschiffen steht ein noch stärkerer Nachfrageanstieg bei General-Cargo Schiffen gegenüber. Dieser Schiffssektor ist vergleichsweise profitträchtig, woraus sich auch der enorme Auftragsbestand — gemessen in Mio. Mark (s. Tabellen 2 und 3) — erklären läßt.

Vor diesem Hintergrund will der VDS nun die Werftkapazitäten herunterfahren. Unter Kapazitätsabbau versteht der VDS — und das wurde in der Öffentlichkeit ebensowenig wie bei den Plänen zur Neuordnung der Stahlindustrie gesehen — zunächst erst einmal und in erster Linie den Abbau von A r b e i t s p l a t z kapazitäten. **Das Herunterfahren von Fertigungsstunden sagt nichts über die Produktionskapazitäten aus, sondern über die P r o d u k t i v i t ä t , die mit diesen Entlassungen erreicht werden soll.** Schließlich will der VDS an den für die BRD-Schiffbauer keineswegs so ,,rückläufigen Markt bei A u f r e c h t e r h a l t u n g des bisherigen Marktanteils'' weiterhin teilhaben.

Das schließt (Teil-)Stillegungen von Werften (wie der HDW in Hamburg) keineswegs aus, wenn die Produktion gleichzeitig auf die kostengünstigsten Anlagen konzentriert wird; das eine bedingt das andere. Weiterhin zielt das VDS-Konzept auf eine zielstrebige Senkung betrieblicher Personalkosten (in punkto Abbau von Sonderzahlungen, sozialer Leistungen ist das HDW-Konzept ja auch für den VDS richtungsweisend).

Die neue Entlassungswelle auf den Werften steht — und das will heute einfach gesehen werden — in einem ganz anderen Zusammenhang, als die hinter uns liegende ,,Reinigungskrise'', wo es tatsächlich in erster Linie um den Abbau von Überkapazitäten und dementsprechenden Arbeitsplätzen ging. **In der jetzigen Stabilisierungsphase der Werftindustrie geht es um die Optimierung der Produktion bei konstanten Produktionsausstoßzahlen, d.h. bei in etwa gleich großen Kapazitäten.** Es handelt sich jetzt also um eine ganz ,,normale'' kapitalistische Rationalisierung, die die Werftindustrie mit Hilfe staatlicher Subventionen durchführen will.

Von daher stellt sich uns auch nicht in erster Linie die Frage, welche Lösungsmöglichkeiten die Linke für ,,ob-

staatlicher Subventionen durchführen will.
Von daher stellt sich uns auch nicht in erster Linie die Frage, welche Lösungsmöglichkeiten die Linke für ,,ob-

jektive Gegebenheiten'' entwickeln soll, sondern welche A b w e h r möglichkeiten es gegen die kapitalistischen ,,Lösungs''wege gibt. Die Suche nach alternativen Produktionsfeldern kann von dieser Aufgabe eher ableiten auf abstrakte Formen, denn auf Kampfformen, die auf eine massenhafte Einbeziehung der Betroffenen zur Verteidigung ihrer Existenz hinzielen.

Ein Genosse der Kommission Betrieb und Gewerkschaft



Frankreich

Die Rechte besetzt die Straße

Nicht 1983 schreiben wir, sondern 1958. So vertraute es der ehemalige französische Staatschef Giscard der brasilianischen Zeitung „O Globo" vom 6. Juni an: *„Ich vergleiche Frankreichs Situation nicht mit derjenigen von 1968, sondern mit der von 1958, als ein Teil der französischen Bevölkerung, aufgrund zahlreicher Enttäuschungen, sich die Frage einer Erneuerung des politischen Systems und der Institutionen stellte"*. **1958 putschte de Gaulle.**

Nicht erst seit den diesjährigen Kommunalwahlen, sondern bereits im April '82 forderte Chiracs RPR den Rücktritt Mitterands. Chirac fordert heute ein Referendum zur Austeritätspolitik der PS/KPF-Regierung. Andere im Lage der rechten Opposition propagieren vorgezogene Neuwahlen. Barre, ehemaliger Finanzminister in der vorherigen Regierung, bezeichnet die Wahl vom 10. Mai 1981 als „marginal". Die vereinigte Opposition, so oder so, wirft die Frage der „Legitimität" dessen, was sie das „aktualle Experiment" nennt, auf. Die jüngsten rechten bis faschistischen Polizisten-Demonstrationen, laut Chirac eine „ernsthafte Warnung", haben die rechte Kritik an der Regierungspolitik weiter verschärft.

Die Opposition kann sich dabei auf die Enttäuschung in breiten Teilen der Bevölkerung stützen. Laut jüngsten Umfragen („SOFRES", zit. nach „Liberation" vom 13.6.83) sind 37% der Mitterand-Wähler enttäuscht; 16% von diesen Enttäuschten bekunden Sympathien für die Rechten der Opposition RPR (Chirac) und UDF (Giscard). Die Enttäuschung geht quer durch die Bevölkerungsschichten: 37% Arbeiter, 40% Angestellte, 45% höhere Angestellte, 60% Kleingewerbe, 39% Landarbeiter.

Ein umgekehrter Mai '68?

Ein umgekehrter Mai '68?

Zum ersten Mal seit dem letzten studentischen Generalstreik 1976 tauchten im Mai dieses Jahres die Studenten wieder auf der politischen Szene auf. 1981/82 hatte es keinen einzigen Streik oder Kampf an den französischen Unis gegeben.

Es gibt heute über eine Million Studenten/innen in Frankreich. Auch ihre Situation verschärfte sich im Einklang mit der allgemeinen Krise; immer mehr müssen nebenbei arbeiten, die soziale Auslese verstärkt sich zunehmend. Darum hatte auch die überwiegende Mehrheit der Studenten im Mai '81 für die „Wende" votiert.

Ihre Hauptsorge ist es, der allgemeinen Arbeitslosigkeit zu entgehen. Die Reformen der PS/KPF-Regierung wollen ausgehend von der Arbeitsmarktsituation die Universitäten transformieren, Stichwort dabei: Professionalisierung.



"Und ich dachte, alle Franzosen wären Kommunisten!" "Das beruhigt" ("Le Monde")

Wenig hat sich indessen real seit dem 10. Mai verändert, dafür aber die Studentenbewegung. Bis 1981 konfrontierte sich notwendigerweise jede studentische Mobilisierung mit einer von allen als reaktionär empfundenen Regierung; Bündnispartner warem demgemäß logischerweise die anderen Sektoren der Gesellschaft, die ebenfalls im Widerspruch zur Regierungspolitik standen.

Gegenüber den Reformvorschlägen von Bildungsminister Savary gab es jetzt weder ein einheitliches Vorgehen noch einheitliche Interpretationen. Zu Professionalisierung und Auslese haben angehende Juristen oder Wirtschaftswissenschaftler naturgemäß ein anderes Verhältnis als zum Beispiel Lehrerstudenten.

Gleich nach den Kommunalwahlen in diesem Frühling begann die Rechte ihre Offensive an den Unis. In ihren Medien kam alles, was sich an Reaktionärem, an „Mandarins", an den Unis rumtreibt zu Wort, um das sogenannte „marxistische Projekt" anzugreifen

Gleich nach den Kommunalwahlen in diesem Frühling begann die Rechte ihre Offensive an den Unis. In ihren Medien kam alles, was sich an Reaktionärem, an „Mandarins", an den Unis rumtreibt zu Wort, um das sogenannte „marxistische Projekt" anzugreifen und um das Eliteprinzip und die Auslese zu verteidigen.

Die verschiedenen giscardistischen und chiraquistischen Ableger an den Unis (CELF, UNI, CNEF) gewannen wieder eine Gefolgschaft. Sie bauten eine „nationale Koordinierung" auf, organisierten Demonstrationen und Ordnerdienste. Mit einem Wort, die Rechten und die extremen Rechten haben versucht, die Studentenbewegung zu organisieren und zu leiten. Angesichts ihres Aktionismus hat sich die Linke als gespalten und entmobilisiert erwiesen. Während die UNEF-SE (KPF-naher Studentenverband) ohne jede Kritik die Regierungspolitik voll unterstützt, hat die UNEF-ID (demokratisch-unabhängig) einzelne Aspekte der Reformen kritisiert, ohne aber zu Mobilisierungen und Ähnlichem aufzurufen. Die Jugendabteilung der KPF, die JCR (Kommunistische revolutionäre Jugend) ist in Worten entschieden gegen Auslese und Professionalisierungsprojekte jeder Art eingetreten.

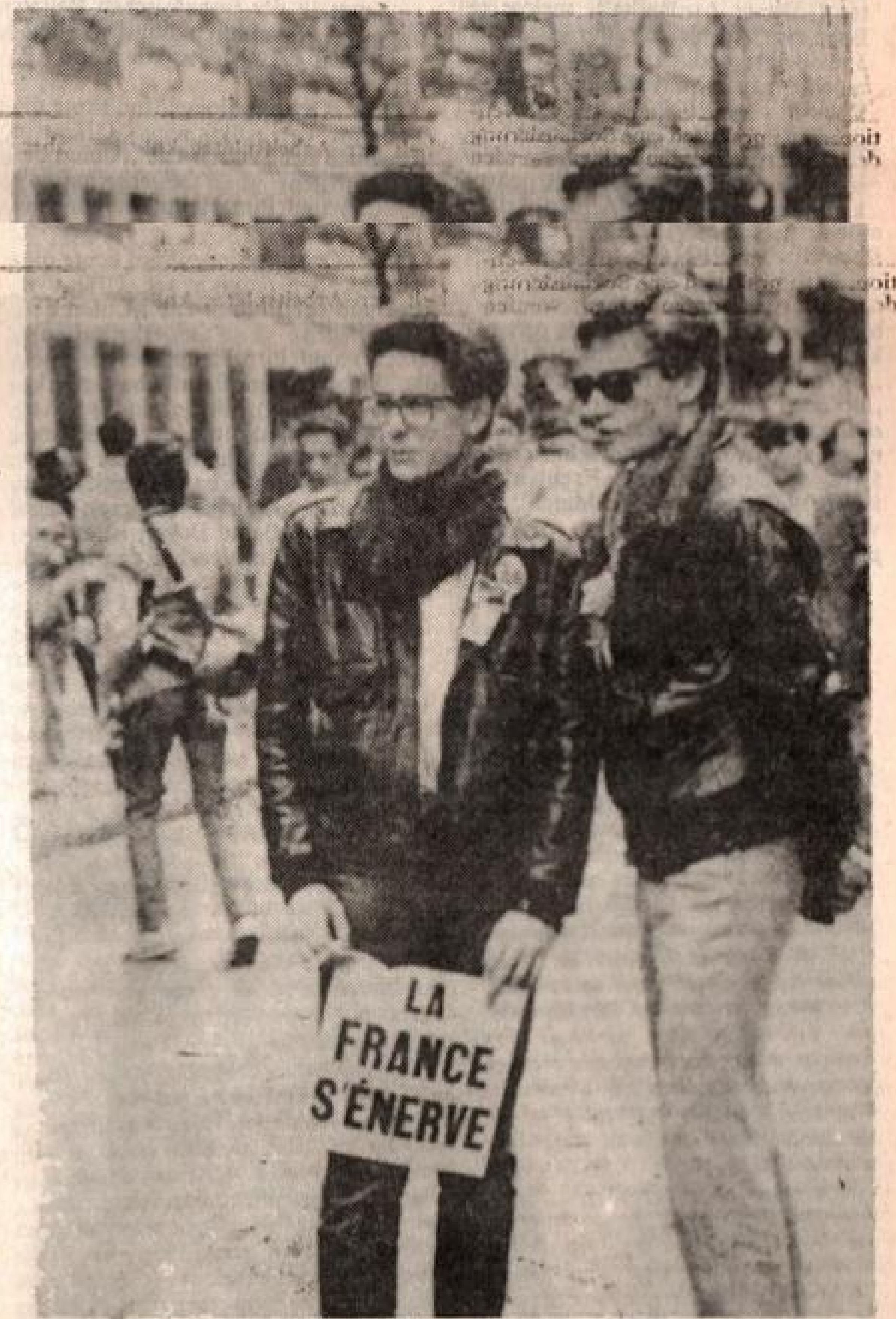
Kurz gesagt: das Terrain ist den Rechten und Faschisten überlassen worden.

Gestreikt und demonstriert haben jetzt hauptsächlich die Jura- und Medizinstudenten. Nun sind ihre größten Demonstrationen beileibe nicht an die vom Mai '68 rangekommen: sie bewegten sich zwischen 6.000 und 8.000. Die Präsenz rechtsextremistischer Militanter setzt aber beunruhigende Akzente. Dasselbe gilt für die politische Stoßrichtung.

Das Haupttransparent auf der 2. nationalen Demo, Ende April, lautete: „Auferstanden, ihr Krebse, das Meer erhebt sich". Während man sich gern apolitisch „Weder links, noch rechts — gegen Reform", oder national: „Wir sind französische Studenten" gibt, ist die Leitparole der „neuen Studenten": *„Wir sind wütend"*.

erneut sich . Während man sich gern apolitisch „Weder links, noch rechts — gegen Reform", oder national: „Wir sind französische Studenten" gibt, ist die Leitparole der „neuen Studenten": *„Wir sind wütend"*.

Welcher Art das Demo-Potential ist, läßt eine (nicht ironische!) Empfehlung des Ordnerdienstes der Jura-Fakultät von Assas (berüchtigtes Zentrum der extremen Rechten) erahnen: *„Bei den Demos keinen Schmuck, keine Handtaschen mitnehmen. Kopftuch in der Tasche mitnehmen, insgesamt leichte Kleidung"*. Auf den Demonstrationen konnte man zum teil die bizarre Beschimpfung hören: *„CRS-Gauchistes!"* (CRS: nationale Polizei; Gauchistes: Linksradikale). In Lyon, wie wohl auch in anderen Städten, ist es die faschistische PFN (Parti des forces nouvelles, Partei der neuen Kräfte von Jean Marie Le Pen), die den Ordnerdienst gewährleistete. In einem Interview mit „Liberation" (5.5.) erläuterte der Regionalverantwortliche der PFN, ein 22-jähriger Politik-Student, seine Ansichten hierzu: *„Frage: Wie hat die Bewegung in der Jura-Fakultät begonnen und welche Rolle haben Sie dabei gespielt? Antwort: Die ‚Corpo' war es, die Initiative zu Vollversammlungen nahm. Die ‚Corpo' ist ein Verband von Schlappschwanzdemokraten, von gemäßigten rechten Studenten... Sie hatten bei einer nationalen Versammlung des CNEF (gemäßigt-rechte Studentenorganisation) einen Streik in allen Jura-Fakultäten beschlossen. Aber solche Leute können ja keinen Streik entfachen. Ich selber hatte noch 15 Tage Vorlesungen, bevor ich mein Diplom machen sollte. Ich habe alles liegen gelassen, um mich um die Aktion zu kümmern. Die Gemäßigten waren unfähig, sich gegen die ‚Bolchos' (Bolschewisten, Schimpfname für Linke) durchzusetzen, die hervorragend strukturiert sind, und die es geschafft hätten, die Bewegung nach ihrem Geschmack zu kanalisieren.*
Frage: Wie haben die Studenten in Lyon auf Ihre Ankunft reagiert, wo Sie doch eine bekannte Figur der extremen Rechten sind?
Antwort: Einige dieser braven liberalen Studenten haben gemeint: ‚Jetzt haben wir die Faschos auf dem Hals', aber sie haben sich schon gefreut, daß wir da sind, um die Bewegung zu organisieren. Eine Kontrolle der Bewegung war eben schon notwendig, da all diese jungen Menschen nicht wissen, was eine Demo ist. Nun kümmere ich mich um den Ordnerdienst; ich habe 40 entschlossene Männer, die über ein klares politisches Engagement verfügen. 40 — das reicht, um 600 Menschen zu halten. Im übrigen haben alle die Wirksamkeit unseres Ordnerdienstes anerkannt. Um Konfrontationen mit den CRS zu verhindern, wo die Demos nicht darauf vorbereitet waren, mußten wir diese liberalen Studenten halten, die zwar nichts mit uns zu tun haben wollen, sich aber das prickelnde Gefühl holen, wenn sie Gegenstände auf die Bullen werfen. Man merkt, daß sie von Konfrontationen keine Ahnung haben.
Wenn sie auch vorsichtig gegenüber den ‚Faschos' sind, so freuen sich die Leute doch, daß wir da sind (...).
Frage: Sie sind ein ‚Politiker'. Welche Ziele verfolgen Sie mit diesem Streik?
Antwort: Wir sind nicht wie diese jungen Idioten von der UDF oder von der APR, die nur Politik machen der Karriere wegen.



Text des "Sandwich": "Frankreich ist aufgebracht";



Die Begleiter der "neuen" Studenten;

... Wie die Landarbeiter haben die Studenten diese Regierung satt. Der Beweis dafür ist, daß zum ersten Mal auch der Sumpf der Jura-Studenten im Streik ist. Das Wichtigste ist für uns, die Regierung zum Rückzug zu zwingen. Was aber heute geschieht, ist nur eine Probe, ein Test für das, was im Herbst '83 oder '84 geschehen wird, wenn die Reform in Kraft tritt... Wir sagen das deutlich: Wir kämpfen gegen das Regime; die Gemäßigten haben die Bewegung lanciert, wir werden sie aber für uns instrumentalisieren. Während dieses Streiks sehen wir viele Leute; es wird unsere Aufgabe sein, mit denen in Kontakt zu bleiben".

Neben den Studenten traten im Mai auch die Kleinhändler in Aktion. Eine ihrer Zeitungen („Assistance") gibt den Ton an: *„In 40 Jahren haben die Steuereintreiber genauso viele ermordet wie Klaus Barbie in einem Jahr"* (zit. nach „Libe", 17.5.83). Ihr Mann ist Georges Nicoud, der nicht müde wird, zum Kampf gegen die „Steuer-Gestapo", gegen das Bildungssystem, gegen „marxistisch Faulenzer-Mülleimer" und vor allem gegen die „Fürsorge" aufzurufen. *„Diejenigen, die arbeiten, haben es satt, für alle möglichen Sozialfälle zu zahlen"*. Dem Aufruf der „Allgemeinen Konföderation der Klein- und Mittelbetriebe" folgend demonstrierten sie am 5. Mai zu 15.000 in Paris. Parolen waren: *„CRS! Mit uns!"*, *„Mitterand: hau ab!"*, *„Rücktritt von Mauroy"*. Ihre Proteste richten sich gegen Preiskontrollen.

In manchen Städten demonstrierten sie gemeinsam mit den „neuen Studenten", z.B. in Rennes (Bretagne), wo sich die Jura- und Zahnmedizinstudenten dazu gesellten.

Parallel wächst die Unruhe unter den französischen Landarbeitern. Gemäß ihren Traditionen reagierten die französischen Landarbeiter auf das Scheitern der EG-Verhandlungen zur Festsetzung der Landwirtschaftspreise mit einer Serie von Aktionen. Mehrere Stunden lang blockierten sie Ende April zahlreiche Grenzposten zwischen Frankreich und Belgien und zwischen Frankreich und der BRD. Am 28. April blockierten 400 Landarbeiter die Hauptverkehrsstraßen der Bretagne; in Lannion (ebenfalls Bretagne) versuchten sie, in die Präfektur einzudringen. Im südfranzösischen Gard-Département hielten sie 14 spanische Lastwagen auf; 12 von ihnen, die Obst und Gemüse transportierten, wurden kurzerhand umgekippt. Ende April hatten sich rund 2.000 Landarbeiter in der Bretagne, in Quimper, versammelt. *„Die Landarbeiter können tun, was sie wollen, sie werden nicht mehr rauskommen, denn das Spiel ist gefälscht. Wenn man verraten ist, dann wird der Aufstand heilig! Wir müssen sehr hart mit dem Staat sein, der uns seit 14 Jahren verrät"*; so begann diese Versammlung (zit. nach „Libe", 25.4.83).

Die Landarbeiter wehren sich gegen die Minderung der Schweinefleisch-Kurse. Jedenfalls erlebte Quimper am 22. April eine „verrückte Nacht", mit 2 Millionen (Francs!) Schaden. Ein

Fortsetzung nächste Seite



"In 40 Jahren hat die Steuer-Gestapo genausoviele Menschen umgebracht wie Klaus Barbie in einem Jahr." Nationale Versammlung von Kleinhändlern in Paris; das Motiv der "Sandwiches" bedeutet "A wie Aktion" und "V wie Victory"

Fortsetzung von vorheriger Seite

Knastwächter und der Chef-Adjudant der Gendarmerie in Chateaulin, wohin die Demonstranten zogen, mußten einstweilen ins Krankenhaus.

Und nun die Bullen...

Anlaß zu den jüngsten Bullen-Demos war der Tod zweier Pariser Polizisten, ermordet durch irgendwelche Gangster.

Am 3. Juni gingen sie dann auf die Straße, diejenigen „Flics", die ihren Haß auf die „Roten" und die „Kanacken" endlich mal Luft machen wollten, die den Justizminister Badinter („Dieser Ausländer", meinte ein Bulle in Anspielung auf Badinters Jude-Sein) endlich sonstwo haben

möchten. Jean-Marie Le Pen, Chef der
Bulle in Anspielung auf Badinters Jude-Sein) endlich sonstwo haben

möchten. Jean-Marie Le Pen, Chef der faschistischen PFN (s.o.), war mit von der Partie. Als sie dank der Komplizenschaft ihrer Kollegen bis kurz vors Elyseum kamen, grüßten sie mit den bekannten gestreckten Armen, riefen *„Fiterman"* (KPF-Transportminister) *„ab nach Moskau!"*, oder auch *„Badinter: raus aus Frankreich!"* Noch einige Tage zuvor hatte Inneminister Deferre der mit der „Neuen Rechten" liierten Illustrierten „Paris-Match" anvertraut, er glaube nicht *„an ein Komplott der Rechten"*.

Obwohl die „Autonome Föderation der Polizeigewerkschaften", die FASP, gleich nach dem 10. Mai '81 den „Rausschmiß aller Schlüsselfiguren", die mit der ehemaligen Regierung liiert waren, gefordert hatte, erklärte Deferre schon damals: *„Die Gewerkschaften haben von mir Köpfe verlangt, ich werde aber keinen rollen lassen"* (in der FASP sind fast 60% des Polizeipersonals organisiert).

Umgekehrt nahm die neue Regierung verschiedene dieser „Schlüsselfiguren" in ihre Dienste auf. So z.B. den ehemaligen Chef der berüchtigten „Brigade anti-gang", Broussard, oder den erklärten Gegner demokratischer Gewerkschaften, Coussan, und und und.

Kurz: In der französischen Polizei blieben die Strukturen und die Verantwortlichen die gleichen wie vorm 10.

Kurz. In der französischen Polizei blieben die Strukturen und die Verantwortlichen die gleichen wie vorm 10.

Mai.

Zwei Organisationen sind heute die Betreiber der reaktionären Offensive innerhalb der Polizei: Die „Union der kategoriellen Gewerkschaften" (USCP) und ihre Hauptkomponente, die „Unabhängige Berufliche Gewerkschaft", (SIPN). Beide sind geleitet von Männern, die mit der RPR und UDF liiert sind. Ihr Sprecher, Remy Halbwax, unterhält beste Beziehungen zum Pariser Rathaus (Chirac); sein Stellvertreter, Gerad Boyer, ist auf einer Liste der Rechten bei den letzten Kommunalwahlen gewählt worden. Hinzu kommt noch die „Unabhängige Berufsföderation" (FPIP), deren Verbindungen zur faschistischen Bewegung „Legitime Verteidigung" und zum PFN--Front National von Le Pen bekannt sind.

Obwohl bekannt war, daß nur noch ein Vorwand gesucht wurde für eine Aktion des Schlages vom 3. Juni, ist im Vorfeld absolut nichts von der Regierung unternommen worden. Schon seit Monaten riefen die „Liga für die Menschenrechte" und die FASP (s.o.) zur Wachsamkeit gegen das Treiben der Rechten und Extremen-Rechten in der Polizei auf. Das (rechte) Mitglied der „Academie Francaise", J. Dutourd, hatte zum Beispiel in der auflagenstarken „France-Soir" die CRS zu Demonstrationen aufgerufen.

Sanktionen sind jetzt nach den Demonstrationen getroffen worden: der Polizeipräfekt von Paris, Chef der Nationalen Polizei, und der Verantwortliche für die „öffentliche Sicherheit" in der Hauptstadt mußten ihren Hut nehmen. Sieben Verantwortliche für die gefälligen Polizeieinheiten, die die Demo hin zum Elyseum passieren ließen, sind vom Dienst suspendiet; schließlich sind die Chefs von SPC und FPIP abgesetzt worden.

Gewiß hat die Opposition darüber aufgeschrien: *„Die Franzosen können diese Disziplinarmaßnahmen nicht akzeptieren, denn sie stellen den schärfsten Angriff auf gewerkschaftliche Rechte (!) seit 25 Jahren dar"*; so steht es in einem Presse-Communiqué der RPR (Dabei werden übrigens etwas locker die Gewerkschaftsausschlüsse von Polizisten zur Zeit des Algerienkrieges oder auch unter Innenminister Marcellin vergessen).

Glaubt man der RPR, so handelt es sich bei dem gereckten Armgruß um „Chruchills (Victory-) Gruß"... Wahrscheinlich wollten die Polizisten ihren gemeinsamen Kampf mit Badinter damit zum Ausdruck bringen, so in dem Sinne „Gemeinsam bis zum (End-)Sieg"? Halbwax klagt den „Totalitarismus" der Regierung an, der in diesen Sanktionen manifest werde. Ursprünglich für den 16.6. geplant, ist eine erneute Polizisten-Demonstration erstmal verboten worden.

Verbindungen der RPR...

Im Juli letzten Jahres wurden die bislang existierenden Parallelpolizeien in Frankreich, die SACs („Dienst der Bürgeraktion"), aufgelöst. Chriacs neuer „Schutzdienst" heißt nun „Service d'ordre republicain" („Republikanischer Ordnerdienst"). Chef davon ist ein Claude Dupont, der seine Karriere als Fallschirmjäger begann. Im Juni '61 desertierte er, um sich den Reihen der OAS (faschistische französische Parallelarmee während des Algerienkrieges) anzuschließen. Dort hatte er mit den berüchtigten „Commandos Delta" zu tun (es gibt heute eine gleichnamige militante faschistische Untergrundorganisation), die besonders mit Attentanten jeder Art vertraut waren. Nach Ende des Algerienkrieges begann Dupont eine etwas friedlichere Karriere bei dem treuesten Financier des gaullistischen Regimes, Marcel Dassault. Er bekam einen Posten bei der Frauenzeitschrift „Jours de France" (Besitzer: Dassault). 1974 wurde er Leiter des Ordnerdienstes von Giscard, wo er auf weitere Freunde aus der OAS-Zeit stieß. Unter seine Anleitung wurde Giscards Ordnerdienst zur Ansammlung aller möglichen Überreste von „Ordre Nouveau" (1973 aufgelöste faschistische Organisation): Zum Beispiel gehörte der ehemalige Chef dieser Truppe, Alain Robert, dazu, der heute ebenfalls eine Chef-Position bei der RPR bekleiet. Dupont durfte auch (offiziös) unter Poniatowski im Innenministerium tätig sein. Zu seinen Bekannten und Freunden zählt auch der Leiter einer Objektschutz-Gesellschaft, die im Februar '82 von sich reden machte, als verschiedene ihrer Trupps die normannische Kleinstadt Isigny besetzten, um einige tausend Camemberts aus einem besetzen Betrieb zu holen.



– Ici, Dupont, D comme Delta, U comme Uniforme, P comme Poudre, O comme OAS, N comme Nervi, T comme Terreur !

"Hallo, hier Dupont, D wie Delta, U wie Uniform, P wie Pulver, O wie OAS, N wie Nervi, T wie Terror"

Angesichts der bedrohlichen rechten Offensive scheint die Regierung wie gelähmt. In seiner letzten Fernseh-Ansprache brachte es Mitterand gerade zum zynischen Spruch: *„Ich sehe, daß, wenn einige Berufssparten in letzter Zeit sehr stark in Bewegung geraten sind, einige andere sehr viel Geduld aufweisen ... Das Jahr 1982, das Jahr 1983 haben ... eine Arbeiterbewegung bezeigt, die meistens, allermeistens ihre eigenen Forderungen zu überwinden fähig ist."* („Libe, 5.6.83).

Allerdings demonstrierten am 18. Mai ca. 5.000 Menschen in Paris gegen Rassismus und Faschismus, auf Initiative der LCR (IV. Internationale).

Ohne Zweifel wird die „Warnung" vom 3. Juni nicht die letzte bleiben. Bereits jetzt kündigen die Rechten und Faschisten erneute Straßenmobilisierungen an. Das Ziel ist klar: die Regierung zu stürzen.

Frankreich-Kommission



3. Juni in Paris, die Bullen rufen "Badinter au cimetiere" ("Badinter auf den Friedhof")

"Keine Ausweisung ausländischer Jugendlicher"

Für den gesetzlichen Schutz ihres Aufenthaltsrechts demonstrierten ausländische, vornehmlich türkische und marokkanische Jugendliche am 28 Mai durch die Utrechter Innenstadt. Anfangs betrug die Anzahl der sehr kämpferischen Demonstranten mindestens 7.000. An der Abschlußkundgebung nahmen ungeachtet des strömenden Regens noch rund 5.000 teil. Die Demonstration bildete den Abschluß des Aktionsmonates, der vom „Nationalen Komitee für das Aufenthaltsrecht ausländischer Jugendlicher" im Mai organisiert worden war. Dieses im März gegründete Komitee ist ein Verband von 25 örtlichen Komitees und einer großen Anzahl von Organisationen von Ausländern, die sich mit der Position der „zweiten Generation" ausländischer Jugendlicher befassen, Kinder ausländischer Arbeiter also, die in den letzten Jahren im Rahmen der Familienzusammenführung in die Niederlande gekommen sind. Die Bewegung ist vor allem als Reaktion auf die zunehmende Repression der Fremdenpolizei entstanden und richtet sich ebenso gegen den Dschungel bürokratischer Regelungen und die Unsicherheit, ob diese Jugendlichen überhaupt in den Niederlanden bleiben dürfen.

Nach den geltenden Verfügungen laufen namentlich Ausländer, die 21 Jahre alt werden und in dem Moment noch keine drei Jahre in den Niederlanden sind, Gefahr, in ihr Herkunftsland ausgewiesen zu werden, vor allem, wenn sie arbeitslos sind. Dem „NRC-Handelsblad" zufolge wird die Anzahl ausländischer Jugendlicher, die in der nächsten Zeit „für die Rücksendung in Betracht kommt", auf fünf- bis sechstausend geschätzt.

Die Fremdenpolizei sieht in dieser Situation die Gelegenheit zur Durchführung großangelegter Razzien in Einkaufszentren, Bussen usw., wobei alle „ausländisch aussehenden" Personen aufgefordert werden, ihren Ausweis zu zeigen.

Die verschärften Kontrollen und die Ausweisungspolitik stehen im Zusammenhang mit dem aufkommenden Rassismus von Teilen der niederländischen Bevölkerung, dem der Beamtenapparat und die Polizei nur zu gerne nachgeben.



Demonstration gegen die Abschiebung jugendlicher Ausländer in Utrecht am 28.5.83 (Foto: Nick de Krom)

Gesetzlos

Die Position ausländischer Jugendlicher ist momentan nicht gesetzlich geregelt, sondern nur über amtliche Verfügungen, die ohne Einwirkungsmöglichkeiten des Parlaments von Tag zu Tag verschärft werden können. Deshalb war die wichtigste Forderung des nationalen Komitees wie auch der Demonstration am 28. Mai die nach einem neuen Gesetz, mit dem gesichert wird, daß die im Rahmen der Familienzusammenführung in die Niederlande gekommenen Jugendlichen ohne weiteres das Aufenthaltsrecht erhalten.

Die Forderung nach einer gesetzlichen Regelung wird von einem breiten Spektrum politischer Parteien und den Gewerkschaften unterstützt. Auf der Kundgebung war sogar ein Redner der (rechten) Regierungspartei CDA. Die linken Parteien (die sozialdemokratische PvdA und die „kleinen" linken Parteien) und die Gewerkschaften deuten dies als Anzeichen dafür, daß die Jugendlichen bleiben dürfen. Ob die Regierungsparteien tatsächlich diesen Standpunkt teilen, wird sich zeigen müssen.

Als erstes Resultat des Aktionsmonates wird von der Organisatoren gesehen, daß die immer wieder herausgeschobene Regierungsnote über die Minderheitenpolitik jetzt in diesem Monat erscheinen wird. Sie soll auch die Grundlage einer gesetzlichen Regelung für die Jugendlichen bilden, zu denen sich die Regierung gesondert äußern will. Eine weitere Folge der Aktionen ist es, daß sich viel mehr ausländische Jugendliche in den örtlichen Komitees organisiert haben.

Die Notwendigkeit zum Widerstand bleibt groß angesichts der Tatsache, daß die Polizeirazzien auch nach der Demonstration weiter durchgeführt werden. So meldete die Utrechter Initiativ-Zeitung „Springstof" vom 13.6.83, daß bei Polizeiaktionen im Einkaufszentrum, in verschiedenen Stadtteilen und an Bus-Stationen in den vergangenen Wochen mehr als dreißig Türken und Marokkaner festgenommen wurden und in Haft sind, während über ihren Verbleib in den Niederlanden beschlossen wird.

Korrespondentenbericht aus Utrecht

Zur Geschichte des Antisemitismus Teil V

Im Zeitalter der Aufklärung

Hiermit beginnt eine Epoche der jüdisch-deutschen Geschichte, die ihre Anfänge um 1750 hat, im preußischen Emanzipations-Edikt von 1812 gipfelt und im Wiener Kongreß, der den Umschwung deutlich markiert, ihr Ende findet. Während eines halben Jahrhunderts wird die jüdische Frage in allen möglichen Verzweigungen diskutiert, und jetzt auf beiden Seiten, seitdem Moses Mendelssohn (1729-1786) an diesem Gespräch teilnimmt. Das war bislang nur in theologischen Disputationen der Fall.

Es geht zum erstenmal in der jüdischen Geschichte in Deutschland um das praktische Problem der „bürgerlichen Aufnahme", das heißt um die politische Gleichberechtigung und die staatsbürgerliche Emanzipation der Juden. *„Alles, was man den Juden vorwirft"*, heißt es in der berühmten Schrift des preußischen Archivars und Kriegsrats Christian W. von Dohm, *„ist durch die politische Verfassung, in der sie jetzt leben, bewirkt"*. Und: *„Das beste Mittel, den Besitzstand eines Vorurteils kräftig zu unterbrechen, ist, den Mitteln nachzuspüren, wie er erworben worden"* (zit. nach Wanda Kampmann, „Deutsche und Juden", Fischer, S. 99).

Dohms Schrift *„Über die bürgerliche Verbesserung der Juden"* erschien 1781 in Berlin. Dohm gehörte zum Freundeskreis Moses Mendelssohns.

Moses Mendelssohn

Mendelssohn, der aus Dessau nach Berlin kam, entwickelte sich dort mit dem Studium der deutschen Sprache und Literatur zum großen jüdischen Schriftsteller und Philosophen der Aufklärung. Mendelssohn war zwar nicht der erste Jude, der sich die deutsche Bildung aneignete, aber wohl der Erste, der die Forderung nach einer besseren Bildung für a l l e Juden aufstellte. Er setzte sich für die Errichtung von Schulen und die Erteilung von Unterricht für jüdische Kinder ein.

Dazu bemerkte ein christlicher Geistlicher: *„Das malpropre* (frz: unsaubere) *Wesen der Judenkinder, welche größtenteils in der Kleidung und anderen Stücken den Betteljuden, mit welchen sie Umgang nicht vermeiden können, an den Werktagen gleichkommen, verschließt ihnen und nicht mit Unrecht, den Zutritt in die Schulstuben der Christen"* (Ismar Elbogen, „Geschichte der Juden in Deutschland", S. 179 u.172).

Drei Jahre noch vor der Bekanntschaft mit Mendelssohn hatte Lessing sein Lustspiel *„Die Juden"* (1751) geschrieben, ein kühner erster Vorstoß gegen althergebrachte Vorstellungen: hier tritt ein edler, gebildeter und selbstloser Jude auf. Kritiker aus der Welt der Literatur meinten sofort, einen solchen Juden gebe es gar nicht. Einige Jahre später bewies Mendelssohn der literarischen Öffentlichkeit, daß es ihn gab. Seine philosophisch-ästhetischen Schriften, vor allem aber der *„Phädon"* (1767), das Gespräch über die Unsterblichkeit, erregten ein ungeheures Aufsehen.

Der „Phädon" wurde in fast alle europäischen Sprachen übersetzt, und sein Verfasser wurde als „deutscher Sokrates" bezeichnet. Die französische Ausgabe setzte noch „Juif à Berlin" (Jude aus Berlin) auf das Titelblatt, um die Sensation zu erhöhen. Mendelssohn wurde 1771 von der Akademie der Wissenschaften in Berlin zu ihrem Mitglied ernannt. Er versuchte, den Vernunftglauben der Aufklärung mit der jüdischen Gesetzesreligion zu vereinigen. In seiner Abhandlung *„Jerusalem oder über religiöse Macht und Judentum"* (1783) unterscheidet er zwischen dem geistigen Gehalt der jüdischen Religion und dem Judentum als einem Inbegriff bestimmter Gebote und fixierter Gesetze. Die religiöse Grundüberzeugung beruhe auf den ewigen Wahrheiten *„die der menschlichen Vernunft nicht nur begreiflich, sondern durch menschliche Kräfte dargetan und bewährt werden können"* (ebda. S. 105). Sie könnten nicht als Dogmen gelehrt, sondern nur dadurch angeeignet und verstanden werden, daß die Vernunft fähig ist, sie aus sich selbst hervorzubringen und sie als notwendig einzusehen. Auf Offenbarung hingegen beruhten die Gesetze und Lebensregeln des jüdischen Volkes; sie gingen auf ein einmaliges geschichtliches Ereignis zurück — die Gesetzesverkündigung auf dem Sinai — und seien einem einzigen Volk für alle Zeiten gegeben.

Die Vernunftwahrheit mache die universalistische Richtung des jüdischen Glaubens aus — die Gesetzesoffenbarung gebe ihm seine spezifische, nationale Grundlage: ein Versuch also der Vereinigung zwischen Vernunftsreligion und Gesetzestreue, zwischen Assimilation und Bewahrung der alten jüdischen Lebensordnung. Mendelssohn ruft die Nationen und die Herrschenden auf: *„Betrachtet uns, wo nicht als Brüder und Mitbürger, doch wenigstens als Mitmenschen und Miteinwohner des Landes. Zeiget uns Wege und gebet uns Mittel an die Hand, wie wir bessere Miteinwohner werden können, und lasset uns die Rechte der Menschheit mit genießen. Von dem Gesetze können wir mit gutem Gewissen nicht weichen, und was nützen Euch Mitbürger ohne Gewissen?"* (ebda. S. 106).



Mit der Übersetzung der Thora 1783 in die deutsche Sprache bewegte Mendelssohn viele Juden dazu, die deutsche Sprache zu lernen; er gab auch die erste jüdische Zeitung in Deutschland heraus: *„Kohelet Mussar"* (Sittenprediger). Im Vorwort seiner Übersetzung der Schrift Menasse ben Israels *„Die Hoffnung Israels"* klagte er die Verbreitung von Lügen über Juden an: *„Man fährt fort, uns von allen Künsten, Wissenschaften und anderen nützlichen Gewerben und Beschäftigungen der Menschen zu entfernen, versperrt uns alle Wege zur nützlichen Verbesserung und macht den Mangel an Kultur zum Grund unserer fernen Unterdrückung. Man bindet uns die Hände und macht uns zum Vorwurf, daß wir sie nicht gebrauchen"*.

Viele Rabbiner, darunter Rafael Kohn aus Hamburg, wiesen Mendelssohns Ideen scharf zurück. Jüdische Bildung dürfte ihrer Meinung nach nur die Lehren der Rabbiner beinhalten; jede Abweichung von diesen Traditionen sei eine Bedrohung für das Judentum. Zur gleichen Zeit stellte sich der Staat immer mehr gegen das rabbinische Gericht und duldete keine außerstaatliche Gerichtsbarkeit und Strafbefugnis. Nur in Fragen der jüdischen Zeremonien, Testamente, Eheschließungen, Erbteilungen, Vormundschaften und ähnlichem durften rabbinische Gerichte Urteile und Entscheidungen fällen (Ismar Elbogen, S. 179 u. 177).

Zum besseren Einblick in das jüdische Gesetz ließ der Staat unter anderem Mendelssohns Buch *„Ritualgesetze der Juden"* (1778) drucken. 1779 veröffentlichte Lessing, Mendelssohns Freund, das bekannte Drama, *„Nathan der Weise"*, in dem ein Jude die Hauptfigur ist, der die Frage nach der wahren Religion aufwirft.

Christian Wilhelm Dohm

Mendelssohn war von den elsässischen Juden gebeten worden, eine von ihnen verfaßte Schrift über ihre Lage an die französische Regierung zu übergeben. Nachdem Mendelssohn diese Schrift dem preußischen Kriegsrat Ch. W. von Dohm ausgehändigt und mit ihm darüber gesprochen hatte, verfaßte Dohm im Jahre 1781 die bereits erwähnte Schrift *„Über die bürgerliche Verbesserung der Juden"*. Dohm spricht dabei an sich keine neuen Gedanken aus, wendet aber die Grundsätze der europäischen Aufklärung konsequent auf das jüdische Problem an, das bisher unbeachtet geblieben war. Er beginnt mit einer offenen Darstellung der aktuellen Situation der Juden, den vielfältigen Beschränkungen und Diskriminierungen in ihren Lebens- und Arbeitsbedingungen, den Eingriffen in ihr Privatleben (z.B. Heiratsalter, „Ansetzung" des 2. Kindes), ihrem Ausschluß von Handwerk und Ackerbau, der Erziehung auf Schulen und Universitäten, den Besteuerungen und ähnlichem mehr. Warum wirft Dohm das alles auf? Weil man behauptet, der „schädliche Charakter" der Juden mache solche Maßnahmen nötig.

Der sogenannte „Nationalcharakter", lehrt Dohm aber, sei keine feste Größe, sondern von vielen veränderlichen Bedingungen und vor allem von der politischen Verfassung abhängig. Die Judenpolitik seiner Zeit sei ein Überbleibsel der mittelalterlichen Barbarei. Dohm gibt weiter einen Einblick in die jüdische Exilgeschichte seit der römischen Kaiserzeit. Er behandelt die wirtschaftlichen Motive des Antisemitismus, schildert den Schacher der Fürsten mit dem Judenprivileg, die königlichen Erpressungen z.B. bei den Vertreibungen aus Frankreich und England, die gefährliche Funktion der polnischen Juden im Pachtsystem des polnischen Adels, und schließt mit den gefälschten Quittungen, die die elsässischen Bauern zu einer Revolte gegen die dort lebenden Juden anstiften sollten — eine Aktion, die der Anlaß seiner Untersuchung war.

Dohms Reformvorschläge: Er fordert zuerst die uneingeschränkte bürgerliche Gleichberechtigung, das heißt die Abschaffung aller Ausnahmegesetze (Aufenthaltsbeschränkungen, Sondersteuern, Kollektivhaftung, Berufsbeschränkungen, aber auch der Handelsprivilegien). Er fordert die Zulassung zu jedem Handwerk, das Recht auf freien Grundbesitz und bäuerliche Arbeit, die Aufhebung geschlossener Siedlungsgebiete. Die Juden sollen Schulen und Akademien besuchen können, und da Bürgerrechte mit Bürgerpflichten zusammengehörten, fordert Dohm auch ihre Einbeziehung in den Heeresdienst. Dieses Buch rief viele Emanzipationsgegner auf den Plan, allerdings enthält die zweite Ausgabe (1783) auch eine ganze Reihe reformfreudiger Leserzuschriften.

Die Pläne Mendelssohns verfolgte auch David Friedländer, der 1778 die erste „Jüdische Freischule" in Berlin gründete, in der außer Jiddisch auch Deutsch gelehrt wurde. Dieses Projekt wurde auf die Städte Dessau, Seesen, Wolfenbüttel und Breslau ausgeweitet. 1783 schlossen sich Naftali Herz Wessely, Marcus Herz, David Friedländer und Herz Homberh zum *„Verein der Freunde der hebräischen Sprache"* zusammen und gründeten die Zeitschrift *„Hamassef" („Der Sammler")*, die bis zum Jahre 1811 erschien.

In Berlin entstanden um 1780 Treffpunkte von Juden und Christen zum literarischen und künstlerischen Austausch. Eine besondere Rolle hatten dabei drei von Jüdinnen gebildete Zirkel, initiiert von Henriette Herz, Dorothea Mendelssohn (eine Tochter von M. Mendelssohn) und Rahel Levin (Varnhagen).

Fürth

Zum Beweis dafür, daß die „bürgerliche Verbesserung" der Lage der Juden durchführbar sei, verwies Dohm auf die Verhältnisse in Fürth (H.G. Adler, „Die Juden in Deutschland", S. 32). Im Jahre 1719 wurde dort ein *„Reglement für gemeine Judenschaft in Fürth"* durch die Bamberger Domprobstei erlassen. Darin heißt es, daß die jüdische Gemeinde weitgehende Autonomie erhält, ihre Angelegenheiten selbst regeln kann und auch über die Neuaufnahme von Juden mitbestimmen darf. Falls Christen gegen Juden in Prozessen aussagten, müßten die von ihnen angewandten Beweismittel besonders zuverlässig sein. In die städtische Gemeindeversammlung durften auch zwei jüdische Deputierte entsandt werden. Zu Beginn des 18. Jh. wurden die Handelsbeschränkungen für Juden bezüglich Getreide, Hopfen und Luxuswaren aufgehoben. Neben der 1617 in Ansbach erbauten Synagoge wurden weitere errichtet, und die Rabbiner konnten ein Lehrhaus unterhalten (Ismar Elbogen, S. 153 - 156).

Österreich und Italien

Während 1776 in Nordamerika mit der Unabhängigkeitserklärung zugleich die Menschenrechte deklariert wurden und die Juden damit zum erstenmal die rechtliche Gleichberechtigung bekamen, sah die Situation der Juden in Europa nach wie vor fast gleich aus: 1782 erließ Kaiser Joseph II. (1765-1790) ein Toleranzpatent, das auch Auswirkungen auf die Juden in Deutschland hatte, da am Rhein die Bestimmungen über Erziehung, Unterricht und Berufswahl übernommen wurden. *„... Zwar geht Unser höchster Wille keineswegs dahin, der in Wien wohnenden Judenschaft in Beziehung auf die äußere Duldung eine Erweiterung zu gewähren, sondern es bleibt auch in Zukunft dabei, daß dieselbe keine eigentliche Gemeinde unter einem besonderen Vorsteher ihrer Nation ausmachen, sondern wie bisher jede einzelne Familie für sich des Schutzes der Landesgesetze ... genießen soll, daß ihr kein öffentlicher Gottesdienst, keine öffentliche Synagoge gestattet werde, daß ihr hier eine eigene Buchdruckerei zu ihren Gebet- und anderen hebräischen Büchern zu errichten nicht erlaubt sei ... Es bestehen demnach die Begünstigungen ... im folgenden: Da Wir die jüdische Nation hauptsächlich durch besseren Unterricht und Aufklärung ihrer Jugend und durch Hinwendung auf Wissenschaften, Künste und Handwerke dem Staate nützlicher und brauchbarer zu machen, zum Ziele nehmen, so erlauben und befehlen Wir gnädigst den tolerierten Juden in jenen Orten, wo sie keine eigenen deutschen Schulen haben, ihre Kinder in die christlichen Normal- und Realschulen zu schicken ... gestatten Wir ihnen gnädigst, daß sie von nun an alle Gattungen von Handwerken und Gewerben ... bei christlichen Meistern ... erlernen ... können. Wir verleihen weiter hiermit der jüdischen Nation die allgemeine Befugnis, alle Gattungen von Gewerben, jedoch ohne Bürger- und Meisterrecht, wovon sie ausgeschlossen bleiben ..., auf freie Hand treiben zu können ... und erlauben den tolerierten Juden eigene Wohnungen sowohl in der Stadt als in den Vorstädten ... zu mieten. Nicht minder heben Wir die von fremden Juden bisher entrichtete Leibmaut (Leibzoll) gänzlich auf ... Überhaupt alle bisher gewöhnlichen Merkmale und Unterscheidungen wie das Tragen der Bärte, das Verbot, an Sonn- und Feiertagen vor zwölf Uhr nicht auszugehen, öffentliche Belustigungsorte zu besuchen und dergleichen, aufgehoben ..."* (Ernst Ludwig Ehrlich, „Geschichte der Juden in Deutschland", S.77/78). Weiter verordnete Joseph II. im Jahre 1787, daß alle Juden bürgerliche Familiennamen anzunehmen hätten. Entweder wurden ihnen neue Namen aufgesetzt oder die alten wurden umgeändert: aus Samuel wurde Schmul, aus Isaak Itzig, aus Meir Meyer, aus Emanuel Mendel.

Nach der Französischen Revolution wurde die Annahme bürgerlicher Familiennamen von Juden auch in allen anderen Staaten Europas Praxis (Werner Keller, S. 408). Das Vorgehen, aus Juden Nichtjuden werden zu lassen, sollte auf der einen Seite das Judenproblem durch Assimilation leugnen — wenn es keine Juden gibt, gibt es auch kein Judenproblem. Auf der anderen Seite waren Juden nach wie vor Sondermaßnahmen ausgesetzt. Der Zugang zu vielen Städten blieb ihnen auch weiterhin versperrt: In Wien gab es 1804 nur 119 Familien; in Böhmen und Mähren blieb ihre Zahl auf 14.000 beschränkt, wobei nur dem ältesten Sohn zu heiraten erlaubt war. In Galizien bekamen Juden das Zeugnis für eine Ehekonzession erst dann ausgestellt, wenn sie zuvor eine Deutschprüfung vor einer Kommission bestanden hatten. Die Abgabe von Schutzgeldern und Sondersteuern blieb erhalten, und eine Zensur für religiöse Schriften wurde eingeführt.

Dies gehörte im 18.Jh. auch zur üblichen Praxis in Italien. Dort wurden alle 10 bis 15 Jahre die Synagogen nach Schriften durchsucht, die unter dem Verdacht standen, einen „ketzerischen" Inhalt zu haben. Die verdächtigen Stellen wurden „korrigiert" und die Bücher entweder zurückgegeben oder zur genaueren Überprüfung einbehalten. Eine Bittschrift der jüdischen Gemeinde von Rom um Rückgabe der ihnen am 28. Mai 1731 weggenommenen Bücher ist ein Beweis dafür, wie solche „Überprüfungen" sich über Jahre hinzogen. Die Juden waren starken Bekehrungsversuchen von Seiten der Christen ausgesetzt, indem sie beispielsweise von Geistlichen auf der Straße überfallen und ins Kloster gesteckt wurden. Wenn sie sich nach einer Frist nicht bereit erklärten überzutreten, wurden sie freigelassen. Es blieb ihnen aber aufgrund von Drohungen oft nichts anderes übrig, als sich zu unterwerfen. Juden, die zum Christentum übergetreten waren, durften anderen Juden nicht zu nahe kommen: sie mußten in Italien um das Judenghetto herum wohnen. Verordnet und bekräftigt wurden solche Maßnahmen durch die Veröffentlichung des päpstlichen Edikts von 1775:

„1. Zuerst befiehlt und verordnet seine Heiligkeit, ... daß die Juden auf keine Weise irgendein Buch oder gottlose, talmudische Codices oder sonst verdammte, abergläubische kabbalistische Werke ... bei sich behalten, lesen, kaufen, schreiben, abschreiben, übersetzen, verkaufen, verschenken oder in einer anderen Weise, unter welchem Vorwandt oder welcher Begründung und Ausrede auch immer, veräußern dürfen.

2. Daß die Juden — auch nicht irgend einer von ihnen — es wagen dürfen, die Irrtümer der genannten Bücher irgend einer Person der jüdischen, christlichen oder irgend welcher anderen Religion, auseinanderzusetzen, zu erklären oder sie in denselben zu unterrichten ...

3. Daß kein christlicher Drucker, Buchhändler oder Kaufmann, wie auch keine andere Person ... dieselben schreiben, drucken, übertragen oder übersetzen zu lassen oder gar für die Erwirkung der Erlaubnis, sie lesen zu dürfen ... sich bemühen, nicht nur den-

selben Strafen des Verlustes der Bücher, der Confiscation ihrer Güter und anderen sehr schweren körperlichen Strafen ... unterworfen zu sein, sondern auch der Strafe der Exkommunikation ... ohne jede andere Erklärung verfällt. (...)
9. Daß die Juden Hexereien, Zaubereien, Deutungen, Heilungen durch Psalmenverse oder andere Akte, welche Aberglauben bedeuten, weder treiben, noch verfassen oder lehren dürfen ... unter der Strafe von 100 Saudi, Rutenhiebe und lebenslänglicher Galeere ... und dieselben Strafen sollen sich auch diejenigen Christen zuziehen, welche von den Juden die obengenannten abergläubischen Akte lernen möchten oder die zu ihnen Zuflucht nehmen ..." (A. Berliner, „Geschichte der Juden in Rom", Bd. 2, S. 82-88,94, 106-119; H.G. Adler, S. 46/47).

Frankfurt

Die Juden in Frankfurt mußten zusammengepfercht im Ghetto, in der Judengasse wohnen und waren Demütigungen und Denunziationen ausgesetzt. Als die jüdische Gemeinde in Frankfurt ein von Kaiser Karl VI. gefordertes Darlehen aufgrund ihrer Armut nicht zahlen konnte, verordnete dieser die Sperrung der Synagoge. Die 1728 erfolgte Abschaffung der Judenzeichen änderte die Situation der Juden kaum: Noch gegen Ende des 18. Jh. bestand für Juden ein Grußzwang, indem sie bei Zurufen von Christen auf der Straße: *„Mach Mores, Jud"* den Hut ziehen mußten (Ismar Elbogen, S. 141 und H.G. Adler, S. 32). Auf dem Weg zur Judengasse war im 15. Jhd. öffentlich vom Frankfurter Magistrat ein Schandbild über Juden auf dem Brückenturm angebracht worden:

Über einem toten Jungen, der mit vielen Wunden voller Schusterpfriemen auf einem Tisch lag, stand geschrieben: *„Auweih Rebb Anschl au au Mauschl auweih au au"*. Unter der sich darunter befindenden Abbildung eines Schweins, welches einen Juden tritt, stand: *„Anno 1475 am grünen Donnerstag ward das Kindlein Simon, zweieinhalb Jahre alt, von den Juden umgebracht"*. Dieses Schaubild, das 1677 und 1709 erneuert wurde, verschwand erst 1801, als der ganze Brückenturm abgerissen wurde. Die Darstellung antisemitischer Abbildungen auf Skulpturen und Reliefs an Domen und Ratshäusern war bereits um 1300 in Deutschland aufgekommen. Dabei befand sich in den Städten Magdeburg, Regensburg, Freising und an der Pfarrerkirche zu Wittenberg die vor allem benutzte Abbildung „Judensau", auf der um das Tier herum Juden abgebildet sind, die dessen Milch und Exkremente zu sich nehmen. In der Deggendorfer Kirche zum Heiligen Grabe befand sich ein Bild über einen angeblichen „Hostienfrevel" im Jahre 1337, dessen Inschrift erst 1960 durch Überstreichung entfernt wurde (Werner Keller, S. 409-411).

Der Chassidismus

Der Chassidismus

In Polen-Litauen entwickelte sich um die Mitte des 18. Jh. die Bewegung des Chassidismus, deren Anführer Israel ben Elieser, genannt Baal Schem tow (Meister des göttlichen oder guten Namens; 1699-1760) war. Das sonst nur in den Gemeinden verfestigte und verankerte jüdische Leben, das diese auch weitgehend bestimmten, wurde durch den Chassidismus über diese Grenzen hinausgetragen. Umgekehrt gab es eine Einflußnahme auf die Gemeinden von außen. Die Bedeutung der Rabbiner als höchste religiöse Autorität wurde dadurch verringert, daß der Chassidismus eine neue Führungspersönlichkeit hervorbrachte, den „Zaddik" (Gerechter), der zwischen Gott und Volk vermitteln sollte, indem er zum Volk herabstieg und dieses emporhob. Die Unabhängigkeit von der Gemeinde drückte sich auch im Handeln der Chassidim aus, das sich nicht unbedingt im Rahmen des Interesses der Gemeinden bewegte: Auslösung der Gefangenen, Aufbringung von Geldern für das Heilige Land und Organisierung von Widerstand gegen Unterdrückungsmaßnahmen der staatlichen Behörden. Die chassidistische Bewegung breitete sich unter Rabbi Dow Bär (1710-1772) in Galizien, Weißrußland, Litauen und Zentralpolen aus. Obwohl der Chassidismus von vielen Rabbinern, darunter ihrem Führer Gaon Elia von Wilna, heftig bekämpft wurde, weil nicht alle Menschen Gott verehren könnten und an den Gesetzen der Thora festgehalten werden müsse, führten die Auseinandersetzungen zur Stärkung der jüdischen Gemeinschaft und Tradition, im Gegensatz zum Einfluß der Aufklärungsbewegung in den westlichen Gebieten („Geschichte des Jüdischen Volkes" Bd. 3, Hrsg. H.H. Ben-Sasson, S. 54-64).

Reformversuche in Preußen

Unter den Nachfolgern des Großen Kurfürsten (Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große) hatte sich die Situation der Juden in Preußen deutlich verschlechtert (siehe Teil IV in AK Nr. 234). Die gesetzlichen Bemühungen zur „bürgerlichen Verbesserung der Juden" reichen in das Jahr nach dem Tod König Friedrichs des Großen zurück.

Das Toleranzedikt Kaiser Josephs II. von 1782 sowie die sich anbahnende Entwicklung in Frankreich (Abschaffung des Leibzolls 1784) blieben in Preußen vorerst ohne direktes Echo. Nach dem Regierungswechsel (1786) ging die Initiative von der Berliner Judenschaft aus. Sie wandte sich direkt an König Friedrich Wilhelm II. Ihre zahlreichen Forderungen liefen auf drei Punkte hinaus:
1. Aufhebung der Zwangsgemeinden (in denen alle für die Abgaben, Vergehen, Strafen etc. der anderen solidarisch haften mußten),
2. Freigabe aller Handelszweige und Gewerbe für die Juden,
3. Beseitigung aller unter Friedrich II. hinzugekommenen Lasten (Sonderzahlungen, zwangsweise Übernahme unrentabler Manufakturen u.ä.m.). Nach zwei Jahren wurde der jüdischen Gemeinde ein Reformplan vorgelegt, der eine lange Reihe verklausulierter „Befreiungen, Rechte und Vergünstigungen" versprach sowie eine Aufzählung von Pflichten — u.a. die Militärpflicht — enthielt, allerdings aber kein Wort von bürgerlicher Gleichstellung.



(aus dem Katalog der Ausstellung "Juden in Preußen")

Die Juden formulierten ihre Ablehnung eindeutig: Diese Vorschläge machten sie noch immer *„zu geduldeten Fremdlingen, immer gekennzeichnet und immer verachtet"* („Die Juden als Minderheit in der Geschichte", dtv, S. 141); sie erklärten generell ihre Emanzipationsforderung: Sie wollten

als Minderheit in der Geschichte", dtv, S. 141); sie erklärten generell ihre Emanzipationsforderung: Sie wollten

zu *„Eingeborenen mit allen Rechten und Pflichten der übrigen Untertanen"* werden (ebda. S. 141). Im Mai 1793 zog die Regierung ihren Entwurf endgültig zurück. Bis zum Zusammenbruch Preußens haben die Juden noch zwei eigene Vorstöße unternommen, ohne jedoch wieder ein so grundlegendes Emanzipationsbegehren wie 1787 zu artikulieren. Um die Jahrhundertwende verschlechterte sich die Situation der Juden eher, als daß sie sich entspannte. Doch die Eroberungen Napoleons und der Zusammenbruch Preußens änderten die Lage grundlegend.

Vor dem Ausbruch der französischen Revolution

Die Aufklärung ist in einer Zeit entstanden, als das Bürgertum nach der politischen Macht strebte. Sie ist theoretischer Ausdruck seines Kampfes. Sie stellte die feudale Gesellschaft, die ständischen Privilegien und die Herrschaft des Königs, dessen Macht auf dem Willen Gottes beruhen sollte, in Frage. Die Forderungen und Angriffe gegen Kirche und Adel waren mit der Bloßstellung der feudalen Herrschaftsverhältnisse verbunden und setzten diesen die Grundsätze der Vernunft, der Wissenschaft und der rationalistischen Naturrechte entgegen. Die politischen Forderungen des Bürgertums in Frankreich nahmen Einfluß auch auf andere europäische Länder. In Deutschland griffen Schriftsteller die Ideen der französischen Revolution auf, obwohl hier das Bürgertum weder ökonomisch noch politisch stark war. In die Diskussion um einen Staat, der dem Wohle aller Bürger dienen sollte, und um Menschenrechte, die jedem angeboren seien, wurde auch der Antisemitismus einbezogen. Freilich äußerte ein Voltaire in seiner Schrift „Dictionnaire Philosophique" 1756: *„Die großen Völker können nicht ihr Gesetz und ihre Kenntnisse von einem kleinen niedrigen und sklavischen Volk beziehen ... Wer behauptet, die Ägypter, die Perser, die Griechen seien von den Juden gebildet worden, der kann gleich sagen, die Römer hätten sich in den Künsten von den Bretonen unterrichten lassen. Der Aufenthalt in Babylonien und Alexandrien, während dessen einzelne sich bilden konnten, hat das Volk nur mit der Kunst des Wucherns vertraut gemacht ... Man findet in ihnen nur ein unwissendes und barbarisches Volk, das seit langem den schmutzigsten Geist mit dem verachtungswürdigsten Aberglauben verbindet und zugleich mit dem unüberwindlichen Haß auf alle Völker, die es dulden und ihm zu Reichtum verhelfen. Dennoch soll man sie nicht verbrennen"* („Geschichte des Jüdischen Volkes", Bd.3, Hrsg. H.H. Ben-Sasson, S. 25).

1785 wurde in einer öffentlichen Umfrage der „Königlichen Gesellschaft für Wissenschaft und Künste" folgende Frage aufgeworfen: *„Gibt es ein Mittel, die Juden in Frankreich nützlicher und glücklicher zu machen?"* Unter anderem antworteten darauf Abbé Henri Gregoire, der sich für die uneingeschränkte Gleichberechtigung der Juden einsetzte, des weiteren Adolph Thierry, der schrieb: *„Es ist Zeit, Schluß zu machen mit der schändlichen Sklaverei der Juden"*, und der Pariser Bibliothekar Skalwind Hurwitz, ein polnischer Jude, der schrieb: *„Hört auf, die Juden unglücklich und unnützlich zu machen! Gebt ihnen jene Bürgerrechte zurück, die ihr ihnen aller göttlichen und menschlichen Gerechtigkeit zum Trotz und zu eurem eigenen Nachteil geraubt habt!"*

1787 sagte Graf Mirabeau in seiner Schrift „Über Mendelssohn und die politischen Reformen der Juden":

1787 sagte Graf Mirabeau in seiner Schrift „Über Mendelssohn und die politischen Reformen der Juden":

„Ihr wollt, daß die Juden nützliche Bürger werden! So verbannt doch aus dem gesellschaftlichen Leben alle erniedrigenden Unterschiede, erschließt den Juden alle Quellen des Erwerbs. Statt ihnen Ackerbau, Handwerk und die mechanischen Künste zu untersagen, spornt sie doch zur Beschäftigung damit an ... Überlaßt ihnen den Genuß der Bürgerrechte, und sie werden in die Reihen der nützlichen Staatsbürger treten".

Praktische Auswirkungen hatte dies zunächst keine: 1784 wurde im Elsaß zwar der „Leibzoll" abgeschafft, nachdem Juden sich mit einer Schrift an Ludwig XVI. gerichtet hatten; in Paris blieb jedoch alles beim alten: Alle Juden mußten sich in der Seinestadt bei der „Sonderinspektion für Strolche und Juden" (Inspection des escrocs et des juifs) melden.

Die Auswirkungen der französischen Revolution

Im Juli 1789 erklärte sich das Bürgertum in Frankreich zur Nationalversammlung, worauf der König mit dem Ausschicken seiner Truppen reagierte. Die Revolution begann am 14. Juli 1789 mit dem Sturm auf die Bastille. Der König mußte die Nationalversammlung anerkennen. Weitere Aufstände im Juli/August 1789 führten zur Abschaffung der Feudalprivilegien und der Feudallasten.

Am 18. August 1789 wurden die Menschen- und Bürgerrechte proklamiert: Die Rechte des Menschen sind ihm eigen, sie sind *„natürliche und unwandelbare Rechte"*, deren Erhaltung das Ziel jeder politischen Gemeinschaft ist (Artikel 2). *„Die Menschen sind frei und gleich an Rechten geboren und bleiben es auch"* (Artikel 1). Diese Rechte sind Freiheit, Eigentum, Sicherheit und Widerstand gegen Unterdrückung (Artikel 2). Die Freiheit wird als das Recht bezeichnet, *„alles zu tun, was keinem anderen schadet"* (Artikel 4). Die Freiheit ist zuerst die Freiheit der Person, die individuelle Freiheit, die gegenüber willkürlichen Anklagen und Verhaftungen (Artikel 7) und durch die unterstellte Unschuld bis zum Gegenbeweis (Artikel 9) garantiert wird.

Als Frauen und Herren ihrer eigenen Person können die Menschen reden und schreiben, drucken und veröffentlichen, soweit die Meinungsäußerungen nicht die bestehende gesetzliche Ordnung stören (Artikel 10). Frei sind die Menschen auch im Erwerb und Besitz. In der Deklaration wird die Gleichheit eng mit der Freiheit verbunden. Das Gesetz ist für alle gleich, alle Staatsbürger sind vor ihm gleich, öffentliche Würden, Stellen und Ämter sind allen ohne Unterschied der Geburt in gleicher Weise zugänglich (Artikel 6). Die Rechte der Nation sind in mehreren Artikeln feierlich verankert: der Staat ist dabei nicht mehr Selbstzweck, seine einzige Aufgabe ist diejenige, den Staatsbürgern die Ausübung ihrer Rechte zu sichern. Tut er dies nicht, werden die Bürger gegen die Unterdrückung Widerstand leisten (Artikel 2). Die Nation — die Gesamtheit der Staatsbürger — ist souverän (Artikel 3), das Gesetz ist Ausdruck des allgemeinen Willens, alle Staatsbürger haben das Recht, entweder persönlich oder durch ihre Vertreter an seiner Ausgestaltung mitzuwirken (Artikel 6). Der Ausrufung der Menschen- und Bürgerrechtserklärung war am 22. August eine erstmalige Debatte um die Judenfrage in der Nationalversammlung vorausgegangen.

Mirabeau und der Abbé Gregoire verlangten, daß die Artikel, die sich auf Rechtsgleichheit und religiöse Duldung bezogen, auch konsequent auf die Juden angewandt werden, deren elender Zustand nur die *„Frucht der Tyrannei"* sei. Beide hatten dieses Problem bereits vor der Revolution in Flugschriften behandelt und sich dabei auf Mendelssohn und Dohm gestützt. In der Debatte wurde folgender Beschluß gefaßt: ***„Niemandem sollen wegen seiner Überzeugung, selbst wegen der religiösen, Beschränkungen auferlegt werden"***. In der Diskussion hielten Mirabeau und der Pastor Rabaud Saint Etienne Beiträge gegen jede Vorherrschaft einer Religion. Mirabeau: *„Vorherrschende Religion! Möge doch dieses Tyrannenwort aus unserer Gesetzgebung ganz verschwinden! Die unbeschränkte Religionsfreiheit ist in meinen Augen so heilig, daß das Wort Toleranz mir gewissermaßen tyrannisch klingt!"* Und Rabaud Saint-Etienne: *„Für die französischen Protestanten, auch für alle Nicht-Katholiken fordere ich, was ihr für euch beansprucht: Freiheit! Gleiches Recht! Ich fordere dies auch für jenes ... nun schon achtzehn Jahrhunderte umherirrende, verfolgte Volk, das sich unsere Sitten und Ge-*

auch für jenes ... nun schon achtzehn Jahrhunderte umherirrende, verfolgte Volk, das sich unsere Sitten und Ge-

bräuche angeeignet hätte, wenn nur unsere Gesetzgebung ihm Zutritt in unsere Mitte gewährt hätte. Wir haben kein Recht, diesem Volk seine sittlichen Mängel zum Vorwurf zu machen, denn sie sind nichts als die Folge unserer eigenen Barberei, eine Folge jener erniedrigenden Lage, zu der wir es ungerechterweise selbst verdammt haben". Auf der Sitzung vom 23. Dezember 1789 wurde die Judenfrage nochmals behandelt. Der Abgeordnete Clermont-Tonerre deutete das weiter bestehende Dilemma an, als er ausrief: *„Den Juden als Nation ist alles zu verweigern, den Juden als Menschen aber ist alles zu gewähren"* (zit. nach W. Kampmann, S. 123). Die Konservativen behaupteten, die Juden seien eine Nation, insofern könnten sie auch keine französischen Staatsbürger werden: *„Das Wort ‚Juif'* (frz.: Jude) *(ist) nicht Name einer Sekte, sondern einer Nation, die ihre eigenen Gesetze besitzt, an die sie sich immer gehalten hat und an die sie sich weiter zu halten wünscht. Definiert man Juden als Bürger, so ist dies so, als hätte man gesagt, daß Engländer und Dänen französische Bürger sein könnten, ohne Dokumente und Naturalisierung, und ohne daß sie aufhören würden, Engländer und Dänen zu sein"*.

Der Revolutionär Robespierre hielt dem entgegen: *„Die üblichen Eigenschaften der Juden gehen auf das Ausmaß an Erniedrigung zurück, der Sie sie unterworfen haben"*. *„Jeder Bürger, der die Bedingungen der Wählbarkeit erfüllt, die Sie niedergelegt haben, hat das Recht, ein öffentliches Amt zu bekleiden"*. Aufgrund der konservativen Opposition wurde die Beratung eines besonderen Dekrets zur Judenemanzipation vorerst verschoben. Andere Umstände verzögerten ebenfalls dieses Dekret: Das war einmal die Bauernbewegung im Elsaß, die sich hier nicht nur gegen den Feudaladel, sondern auch und vor allem gegen die jüdischen Geldverleiher richtete. Gegen die Juden wurde der Vorwurf erhoben, sie gehörten nicht zu den Unterdrückten, sondern zu den Unterdrückern. Als aber die Verfolgung und Austreibung der armen jüdischen Bevölkerung im Elsaß bedrohliche Ausmaße annahmen, griff die Nationalversammlung ein. Erschwerend kam hinzu, daß die französischen Juden sich keineswegs untereinander solidarisch empfanden. So besaßen die sephardischen Juden aus Bordeaux längst das städtische Bürgerrecht, warem im hohen Grade assimiliert und setzten in geschickten Verhandlungen durch, daß man ihnen allein schon 1790 die volle Gleichberechtigung zugestand. Erst als die Pariser Juden die einzelnen Sektionen und dann den Stadtrat für einen erneuten Antrag an die Nationalversammlung gewonnen hatten, wurde am 28. September 1791 das Dekret erlassen, das alle Ausnahmegesetze aufhob und den Juden Frankreichs alle Rechte und Pflichten französischer Bürger zuerkannte. Frankreich war somit das erste Land in Europa, das den Gedanken der Rechtsgleichheit auch auf die Juden anwendete (die amerikanische Verfassung hatte ihn schon wenige Jahre zuvor angenommen).



Preussische Juden-Edikte

Mit der Besetzung anderer Länder durch die französische Armee wurden Juden auch dort die Bürgerrechte zugesprochen. 1795 erhielten die Juden in den Niederlanden und in Belgien volle Bürgerrechte. 1797 erfolgt die Besetzung Italiens, die ein Jahr später die Proklamation der Gleichberechtigung der Juden brachte.

Aber auch andere Stimmen wurden laut: In Siena wurden Juden angegriffen und viele kamen ums Leben.

In Deutschland, wo die Forderung nach gleichen Menschenrechten vom Bürgertum wenig engagiert erhoben

In Deutschland, wo die Forderung nach gleichen Menschenrechten vom Bürgertum wenig engagiert erhoben

wurde, bedurfte es erst eines französischen Befehls, um Juden gleiche Bürgerrechte zu sichern.

Nachdem 1792 Mainz, Worms, Speyer und 1794 auch Köln besetzt wurden, wurden 1798 auf französischen Befehl die Ghettotore in Mainz entfernt und in Köln, wo sich Juden schon vor dem 5. Jahrhundert ansiedelten und von wo sie 1425 vertrieben worden waren, eine Proklamation erlassen: *„Alles, was mit der Sklaverei zusammenhängt, wird aufgehoben ... Gott allein habt ihr Rechenschaft über eure Glaubenslehren zu geben, wohingegen die bürgerlichen Rechte für alle gleich sind."*

Mit dem Einmarsch französischer Truppen in Hamburg im Jahre 1810 wurde Juden auch dort wie in den Hansestädten Lübeck und Bremen gleiche Bürgerrechte erteilt. Die Frankfurter Juden bekamen diese erst zugesprochen, nachdem die jüdische Gemeinde ein „Lösegeld" von 400.000 Gulden gezahlt hatte, als Entschädigung für die weggefallenen Schutzgelder. In Baden wurden Juden 1808 nur unter der Bedingung, in Zukunft keinen Kleinhandel zu betreiben, als Staatsbürger anerkannt.

Die aufgezwungene rechtliche Gleichstellung der Juden und die Annahme der von Frankreich erlassenen Gesetze überhaupt, wurden z.B. in Westfalen nach dem Sturz Napoleons wieder verworfen, ebenso wie in Teilen Italiens (Werner Keller, Seiten 409 — 423; Ben Sasson, S. 27/28, 44/45; „Grundbuch zur bürgerlichen Gesellschaft", Rainer Nitsche und Walter Kröber, S. 24 - 44).

Ea., KB-Gruppe Frankfurt

Von der Parteien Haß und Gunst verwirrt..

Zum Tode von Anna Seghers



Anna Seghers in den siebziger Jahren in der DDR

Am 1. Juni 1983 starb Anna Seghers in Berlin, der Hauptstadt der DDR. — Bundesdeutsche Kritiker mochten sich ihrem Werk häufig erst nähern, wenn sie zuvor Anna Seghers Bekenntnis zum Kommunismus als so ernst nun auch wieder nicht gemeint dargestellt hatten; deutsch-demokratische Kritiker hingegen übersahen geflissentlich in ihrem Werk, was realsozialistischer Literaturauffassung widersprach. Hans-Albert Walter setzt sich in seinem Nachruf auf Anna Seghers, der (gekürzt) in der „Frankfurter Rundschau" am 3.6. erschien, mit dieser Reaktion in den beiden deutschen Staaten auf ihr Werk auseinander; er stellt ihre literarische Verarbeitung der Niederlage der KPD dar, ihre Haltung gegenüber dem Stalinismus und ihre besondere Situation als Jüdin. — Wir danken Hans-Albert Walter für die Überlassung seiner Arbeit zum Abdruck im AK und freuen uns, ihn in den Spalten unserer Zeitung „als Gast" begrüßen zu können. AG Exil

Man hat sich bei uns jahrzehntelang schwer getan mit ihr, der Autorin, die von 1952 bis 1978 dem Schriftstellerverband des anderen deutschen Staates vorstand, mit der Kommunistin und Jüdin Anna Seghers. Zwar ging es nicht an, ihr die literarische Bedeutung abzusprechen. Wohl aber hat man unternommen, die Schriftstellerin und die Kommunistin nach dem vom Falle Brecht her zur Genüge bekannten Rezept auseinanderzudividieren. Ein mit kritischen Gaben besonders, sozusagen doppelt reich gesegneter Interpret kam, immer mal wieder, sogar zu dem Schluß, bei ihrem Kommunismus handele es sich um Metaphysik-Ersatz. Sollte heißen: Kommunistin war sie genaugenommen nicht.

Mag dies für manchen hierzulande der einzige Weg gewesen sein, sich trotz selbstauferlegter politischer Berührungsverbote der bedeutendsten Schriftstellerin zu nähern, die in deutscher Sprache bislang geschrieben hat, so hat man drüben in der für das deutsch-deutsche Spannungsverhältnis charakteristischen Konträrreaktion lange Zeit bis zur Ausschließlichkeit betont, was hüben geleugnet wurde: das Bekenntnis zu ihrer Partei, das Anna Seghers mit Leben und Werk abgelegt habe.

Wie meist, so liegt die Wahrheit auch hier nicht in der Mitte, sondern auf einem Felde, das den auf solche Art Streitenden in der Regel unerreichbar zu bleiben pflegt. Einfach ist diese Wahrheit nicht. Sie setzt sich aus Widersprüchen zusammen, von denen sich einige auflösen und klären lassen, andere vorderhand und vielleicht für längere Zeit jedoch noch nicht.

Die Schwierigkeiten bei der Wahrheits- und vorab selbst bei der Tatsachenfindung werden dadurch nicht kleiner, daß Anna Seghers ihre persönliche Existenz völlig hinter das Werk zurückgenommen hat. Nichts da von der Repräsentantenrolle für die Epoche, die Thomas Mann beanspruchte, keine Genie-Attitüde von der Art des jungen Brecht und auch nichts vom Weihegestus des sozialistischen poeta laureatus à la Johannes R. Becher. Als habe ein bewußter Anti-Geniekult sie schweigen geheißen, gibt es von ihr kaum autobiographische Äußerungen. Die wenigen, meist kargen Selbstaussagen zum Werk verrätseln mehr als sie erklären. Mitunter hat man den Eindruck, der Frager sei von Anna Seghers freundlich in die Irre geführt worden.

Er wurde aber auf sich selbst verwiesen, auf seinen Spürsinn, seine Phantasie — und auf das Werk, dem seine Frage galt. Tatsächlich sind nur in den Romanen und Erzählungen jene Stellungnahmen zu finden, die Anna Seghers als (öffentliche) Person so hartnäckig und listig verweigert hat. Der Vorsitzenden des DDR-Schriftstellerverbandes hat man im Westen unzählige Male mangelnden Mut bei der Konfrontation mit der Kulturpolitik ihres Staates vorgeworfen. Die Autorin indessen hat in der Erzählung „Das wirkliche Blau" gesagt, was sie von dieser Kulturpolitik hielt.

Für die ersten Exiljahre schrieb Gustav Regler, Anna Seghers habe sich wider besseres Wissen falschen Parteilosungen unterworfen — wörtlich: „Die Seghers gehorchte gegen ihre nicht unbeträchtliche Intelligenz." Unterstellen wir einmal, daß sie in den KPD-Zellensitzungen tatsächlich geschwiegen hat, wenn Funktionäre oder Schriftstellerkollegen optimistische Phrasen zum baldigen Sieg über den Faschismus verbreiteten, statt von dem zu sprechen, was notgetan hätte: von den Ursachen der verheerenden Niederlage des Jahres 1933. Aber in den Romanen „Der Kopflohn" (1933) und „Die Rettung" (1937) hat sie diese Niederlage der KPD thematisiert und samt ihren Ursachen erzählerisch geklärt. Als sie den „Kopflohn" vorlegte, war das für die KPD noch nicht, als sie die „Rettung" schrieb, war es für sie nicht mehr opportun. Der VII. Kominternkongreß hatte 1935 das zuvor tabuisierte Thema ja angeblich erledigt. Anna Seghers muß das aber anders beurteilt haben, denn selbst in dem unmittelbar vor dem 2. Weltkrieg beendeten Roman „Das siebte Kreuz" hat sie das Thema noch einmal aufgenommen.

Um das zu erfassen, muß man sich allerdings auf ihre verhaltene Sprache einlassen, muß man die Wege beobachten, die sie ihre Figuren nehmen läßt. In der „Rettung" ist es nicht der hyperlinientreue KPD-Funktionär Albert, auf den sich inmitten der Katastrophe von 1933 die Hoffnungen konzentrieren, sondern ein politisch indifferenter Bergmann namens Bentsch. Und es gehört zur Tragik der historischen Situation wie zu der des Buches, daß dieser „Gebentschte" (nämlich: Gebenedeite) den Weg zum Widerstand gegen die Nazis nur trotz des so parteitreuen Albert findet, anstatt mit seiner Hilfe.

Nicht viel anders im „Siebten Kreuz". Unnötig, dieses Buch mit rühmenden Beiworten zu schmücken, sehr wohl nötig, den Blick auf ein hier symptomatisches Detail der Fabel zu lenken. Man weiß es: als einzigem der sieben ausgebrochenen KZ-Häftlinge gelingt Georg Heisler die Flucht ins Ausland. Was ist das aber für ein Mann? Ein Springinsfeld und Bruder Unsolide, der sich um „Parteilinie", „Kaderarbeit" und dergleichen den Deubel gekümmert hat, und sich, es steht sehr zu befürchten, auch künftig, auch draußen im Exil, recht wenig darum kümmern wird.

Hätte dagegen X den Roman geschrieben — und hier kann man, von Becher und Bredel bis zu Regler und Weiskopf, so ziemlich alle schreibenden KPD-Mitglieder des deutschen Exils einsetzen —, so wäre statt Heisler selbstverständlich der erfahrene Parteiarbeiter Ernst Wallau entkommen. Anna Seghers indes läßt diesen mit allen Regeln der Konspiration vertrauten Funktionär der Gestapo in die Hände laufen. Gewiß stirbt Wallau einen furchtbaren, nur heroisch zu nennenden Tod. Diese Opferglorie ändert aber nichts daran, daß er es ist, der stirbt, und nicht Heisler. Es ist kein Zweifel möglich: Anna Seghers hat mit dieser Handlungsführung auch über die an der Niederlage von 1933 mitschuldige Kaderpartei KPD ein Urteil gefällt.

Nicht in der Form eines laut hallenden Hammerschlages, sondern genauso sachlich und ruhig, wie sie Georg Lukács das Scheitern seines Literaturkonzepts attestiert hat. Im Nachspiel zu der gespenstischen Debatte über Expressionismus und Realismus hat sie den damals in der Macht Thronenden an Autoren erinnert, die sich „im Vollbesitz der Methoden des Realismus" dünkten, indem sie nach seinen — Lukács — Methoden verfuhren. Aber mit welchem Resultat? „Sie hatten es fertiggebracht, die Welt ganz zu entzaubern." Mit der gleichen Selbstverständlichkeit hat sie von Lukács und den Seinen verpönte, sogenannte avantgardistische Techniken auch angewendet, indem sie sie, adäquat zu ihren Inhalten, weiterentwickelte und umfunktionierte. (Auch noch in den beiden, in der DDR geschriebenen Romanen „Die Entscheidung" und „Das Vertrauen", Büchern, die ungeachtet dieser Schreibweise ihre besten wahrlich nicht sind).

Dies zum Steuer der Wahrheit für alle, die aus Anna Seghers eine konforme Musterschülerin der Parteiliteratur haben machen wollen. Zugleich weist es jene in die Schranken, die ihr die politische Denkfähigkeit abgesprochen haben — Gläubige pflegen bei Anfechtungen anders zu reagieren, als sie es in ihren Konflikten getan hat. Sie so einzuschätzen heißt, sie mit dem durchschnittlichen parteitreuen Kommunisten ihrer Zeit verwechseln. Bei Anna Seghers verhielt es sich viel komplizierter.

Soviel allerdings ist richtig: politische Theorien, sei es über den Kapitalismus, sei es über den Faschismus, haben in ihrem Werk kaum Niederschlag gefunden. Wäre dies der Prüfstein für die literarische Umsetzung politischer Auffassungen, so wären etwa Gorki und Babel auch keine kommunistischen Autoren gewesen. Wichtiger ist schon, ob einer in dem voluntaristischen Idealismus verharrt, den seine bürgerliche Bildung ihn gelehrt hat, oder ob er zu einer materialistischen Sehweise findet. Und da ist es klar, wo Anna Seghers gestanden hat. An der Seite von Brecht.

Auch wenn sich das anders ausdrückte als bei ihm. Auch wenn sie in ihrer Bild- und Symbolsprache häufig auf traditionelle Topoi zurückgegriffen hat, auf Antikes, Christliches und Jüdisches, der promovierten Kunsthistorikerin Vertrautes, was zu dieser materialistischen Weltsicht nicht zu passen schien. Der neue Kontext jedoch, in den sie ihn brachte, hat z.B. auch den religiösen Bildgestus des Segenspendens verändert, der für jene eine so große Rolle spielt, die ihr den politischen Verstand absprechen möchten. Und es paßt nicht schlecht dazu, daß derlei anverwandelte Elemente der Kulturüberlieferung drüben meist ignoriert wurden...

Hier mißdeutet, dort am liebsten übergangen, wenn es sich nur hätte machen lassen: bei der Rezeption von „Transit" kulminiert dieses west-östliche Nichtverstehenwollen und Nichtverstehenkönnen. Dieses zugleich furioseste und stillste Buch, das Anna Seghers geschrieben hat, den einen war es eine Verlegenheit, wenn nicht ein Greuel, den andern ein hämischer Triumph. Wie einig man sich da war: Affinität zu Kafka! Affinität zum französischen Existentialismus!

Zwar kann davon keine Rede sein, und das Grundmuster dieses die Grenzen des Grotesken mehr als einmal überschreitenden tragischen Wirbels um Pässe und Visa, Flucht und Beharren liegt klar zutage. Aber es ist offenbar viel leichter, über Affinitäten (zu deutsch: Verwandtschaften) zu spekulieren, als sich mit dem auseinanderzusetzen, was in dem Buche geschildert ist: mit dem Erfahrungsgang eines Menschen, der reflektierend wiedergewonnen hat, was er unter dem Druck absurd anmutender, in Wahrheit höchst realer Verhältnisse zeitweilig verloren hatte: seine Identität, seine Mündigkeit. Das Motiv ist nicht neu gewesen bei Anna Seghers, nur daß es z.B. in der „Rettung", im „Siebten Kreuz" oder in den „Sagen von Artemis" nicht mit solcher Prägnanz hervortrat. Allein seine Häufigkeit hätte aber vor simplen biographischen Rückschlüssen warnen und zur Vorsicht mahnen müssen.

Es mag ja sein, daß Anna Seghers, im besiegten Frankreich von 1940/41 dem Zugriff der Nazis beinahe schutzlos preisgegeben, eine Krise durchlebt hat. Die allgemeine, an der andere zugrundegegangen sind, Benjamin, Hasenclever, Ernst Weiß und zahllose Unbekannte. Dann wäre „Transit" aber der Beweis, daß diese Krise von ihr schon am Orte des Geschehens schreibend überwunden worden ist. Denn die Stuktur dieser vom Ende, von der wiedererlangten Identität her bruchlos erzählten Geschichte ist ja in Marseille entworfen, ihre makellose Prosa ja zu einer Zeit geschrieben worden, als der glückliche Ausgang für Anna Seghers selbst noch keineswegs feststand. Kurze Beine haben die Triumphe derer, die, das Gleiche meinend, je nach Standort „Abweichung!" oder „Seinskrise" gerufen haben. Kurze Beine.

Viel wesentlicher als diese vermeintlichen oder wirklichen Krisen; viel wichtiger als die einzelnen innerparteilichen Konflikte; zentraler und heute allenfalls hypothetisch zu klären ist ein anderer Widerspruch: wie denn die Konflikte mit der Partei innerparteiliche haben bleiben, wie Anna Seghers ihr unbezweifelbar humanes kommunistisches Postulat mit der antihumanen stalinistischen Realität zur Deckung hat bringen können.

Sie hat darüber geschwiegen. Der Roman „Das Vertrauen" (1968), der noch am ehesten eine Antwort geben könnte, behandelt den Stalinismus zwar völlig zutreffend unter jenem Aspekt der Gläubigkeit, die ihn ebenso mit ermöglicht hat, wie sie von ihm verlangt wurde. Rückschlüsse auf die Haltung der Autorin erlaubt das Buch nicht. Lediglich der ungarische Marxist Ervin Sinkó überliefert eine Äußerung von ihr aus den späten dreißiger Jahren. Aus dem Moskau des Terrors mit Mühe und Not nach Paris entkommen, hatte Sinkó auch mit Anna Seghers über das Erlebte sprechen wollen. Vergeblich. „Sie gestand mir, überlegen-merkwürdig lächelnd, mit einer Vertraulichkeit, die nur unter alten Freunden möglich ist: ‚Meine Methode: Ich verbiete mir mit Erfolg, über derartiges nachzudenken.' Und schon gab sie der Unterhaltung eine andere Richtung." Eine sphinxhafte Auskunft. Denn die „Methode" setzt ja voraus, daß man genau, schmerzhaft genau kennt, worüber nachzudenken man sich verbietet. Die Frage bleibt.

Um einer Antwort näherzukommen, muß man — etwas ausholend — auf die Situation der Jüdin Anna Seghers eingehen. Als sie in den zwanziger Jahren Kommunistin wurde, hatte sie sich nicht nur vom orthodox-religiösen, vom zionistisch-nationalen und vom assimilatorisch-bourgeoisen Weg der Juden distanziert, sondern vom Judentum überhaupt. Die nichtjüdische Umwelt erlaubte gerade dies aber nicht. Der Dissident, der sich vom Judentum emanzipiert zu haben glaubte — für den rassistischen Antisemiten blieb er Jude. „Ich bin..., aus dem Judentum ausgetreten', und ich weiß, daß man das gar nicht kann." So Kurt Tucholsky im Dezember 1935, wenige Tage vor seinem Freitod. Natürlich hatte auch Anna Seghers in der Mitte der dreißiger Jahre die Erfahrung gemacht, „daß man das gar nicht kann". Außerdem wußte sie, daß die bourgeoise Assimilation mindestens für die deutschen Juden gescheitert war. Und um zu erfahren, welche Zukunftsperspektive den Zionisten blieb, brauchte sie nur Zeitung zu lesen — in Palästina Bürgerkrieg zwischen Juden und Arabern, von 1936 an.

Der in der UdSSR Stalins sich manifestierende Kommunismus hingegen? Nicht allein, daß der von Hitlerdeutschland bewirkte Solidarisierungszwang die Zweifel aller Kommunisten „draußen" erstickte; für den jüdischen Kommunisten war der Kommunismus mit seinem Emanzipationsversprechen

Fortsetzung nächste Seite



Anna Seghers mit chinesischer Freundin

Hans-Albert Walter, geboren 1935 in Hofheim/Taunus, war nach kaufmännischer Ausbildung und Berufsausübung seit 1957 als freier Schriftsteller bei Rundfunkanstalten, Zeitungen und Zeitschriften tätig. Seit rund zwanzig Jahren befaßt er sich mit der Erforschung der Exilliteratur. Von 1976-1981 war er Professor und Leiter der Arbeitsstelle für Exilliteratur an der Hamburger Universität. Er kündigte diese Stellung, weil durch die mangelhafte Ausstattung der Arbeitsstelle eine sachgerechte Verbindung von Forschung und Lehre nicht möglich war. Seit 1981 arbeitet er wieder als freier Autor.

Die ersten drei Teilbände seines grundlegenden Werks **„Deutsche Exilliteratur 1933 - 1950"** erschienen 1972 bzw. 1974 in der Sammlung Luchterhand (Bd. 1: Bedrohung und Verfolgung bis 1933; Bd. 2: Asylpraxis und Lebensbedingungen in Europa; Bd. 7: Exilpresse I). Da der Luchterhand-Verlag nicht willens war, die Bedingungen wissenschaftlicher Forschung zu akzeptieren und einen Produktionszwang an die Stelle seriösen (also auch zeitaufwendigen) Arbeitens setzen wollte, sah er sich gezwungen, sein Werk *„zur Gänze einem Verlag anzuvertrauen, dessen Arbeits- und Produktionspraxis an den Entstehungsbedingungen wissenschaftlicher Literatur orientiert ist"* (Hans-Walter Walter, 1978).

Die „Deutsche Exilliteratur" erscheint nun bei der Metzlerschen Verlagsbuchhandlung, Stuttgart. Von dem auf sechs Bände konzipierten Gesamtwerk liegt der Band 4 vor, der ausschließlich der Exilpresse gewidmet ist. Die weiteren Bände behandeln die „Politische(n) Ereignisse und soziale Situation 1933-1939" (Bd. 1) bzw. 1939-1950" (Bd. 2), „Arbeitsbedingungen und Selbstverständnis der exilierten Schriftsteller" (Bd. 3) und „Die Hauptströmungen in der Exilliteratur. Teil I" (Bd. 5) bzw. „Teil II" (Bd. 6).

Fortsetzung von vorheriger Seite

ein lebensrettender Damm, der einzige, der ihn noch vom weltweit wachsenden Antisemitismus trennte. Verließ er diesen Schutzwall, so war er in jeder Hinsicht ein Schiffbrüchiger: seiner politischen Gruppenzugehörigkeit verlustig, getrennt von seiner Religions- oder Volksgruppe, völlig auf sich gestellt, total vereinzelt in einer Zeit der totalen Verfolgung. Eben deshalb, so steht zu vermuten, hat sich Anna Seghers „mit Erfolg" verboten, „über derartiges nachzudenken". So viel über sie geschrieben wurde, dieses Dilemma wurde verschwiegen in unserem Lande der Verdrängung.

Ihr Kommunismus sei Religionsersatz gewesen? Gerade weil sie ihrer auch-religiösen Herkunft nicht hatte entfliehen können, hatte sie die einzige Heimstatt akzeptieren müssen, die ihr noch geblieben war: Zuflucht, Strohhalm des Ertrinkenden und zage Hoffnung auf eine bessere Zukunft in einem. Aber sie hatte sie so akzeptieren müssen, wie sie war, mit Stalin, mit Terror, mit dem Sumpf von Blut und Lüge. Wer sie tadeln will, weil sie diesen Weg ging und nicht den in die totale Isolierung des Outcasts, der möge den hybriden Mut dafür aufbringen.

Und es war damit ja nicht ausgestanden. Die Zange packte noch schärfer zu. Im „Siebten Kreuz" war angesichts des Hakenkreuzes tröstend und zuversichtlich von den vielen Fahnen die Rede gewesen, die der Rhein schon durchgespült habe. So bedroht die Existenz der Jüdin war, ihre Identität als Deutsche schien unantastbar. Zwei, drei Jahre später sah es anders aus. „Ein Volk, das sich auf die andren Völker wirft, um sie auszurotten, ist das noch unser Volk?" Wem stellte sie im mexikanischen Exil des Herbstes 1941 diese Frage? Sprach sie wirklich nur zu unpolitischen jüdischen Emigranten, zu gescheiterten Assimilanten, die nun haßten, was sie gestern mit gleicher Inbrunst geliebt hatten — sprach sie wirklich nur zu ihnen und nicht auch zu sich selbst, wenn sie, den Deutschenhaß abmahnend, mit verzweifelter Eindringlichkeit versicherte: „Nicht unser Land ist wild und barbarisch, wild und barbarisch in unsrem Land ist nur der Faschismus..."

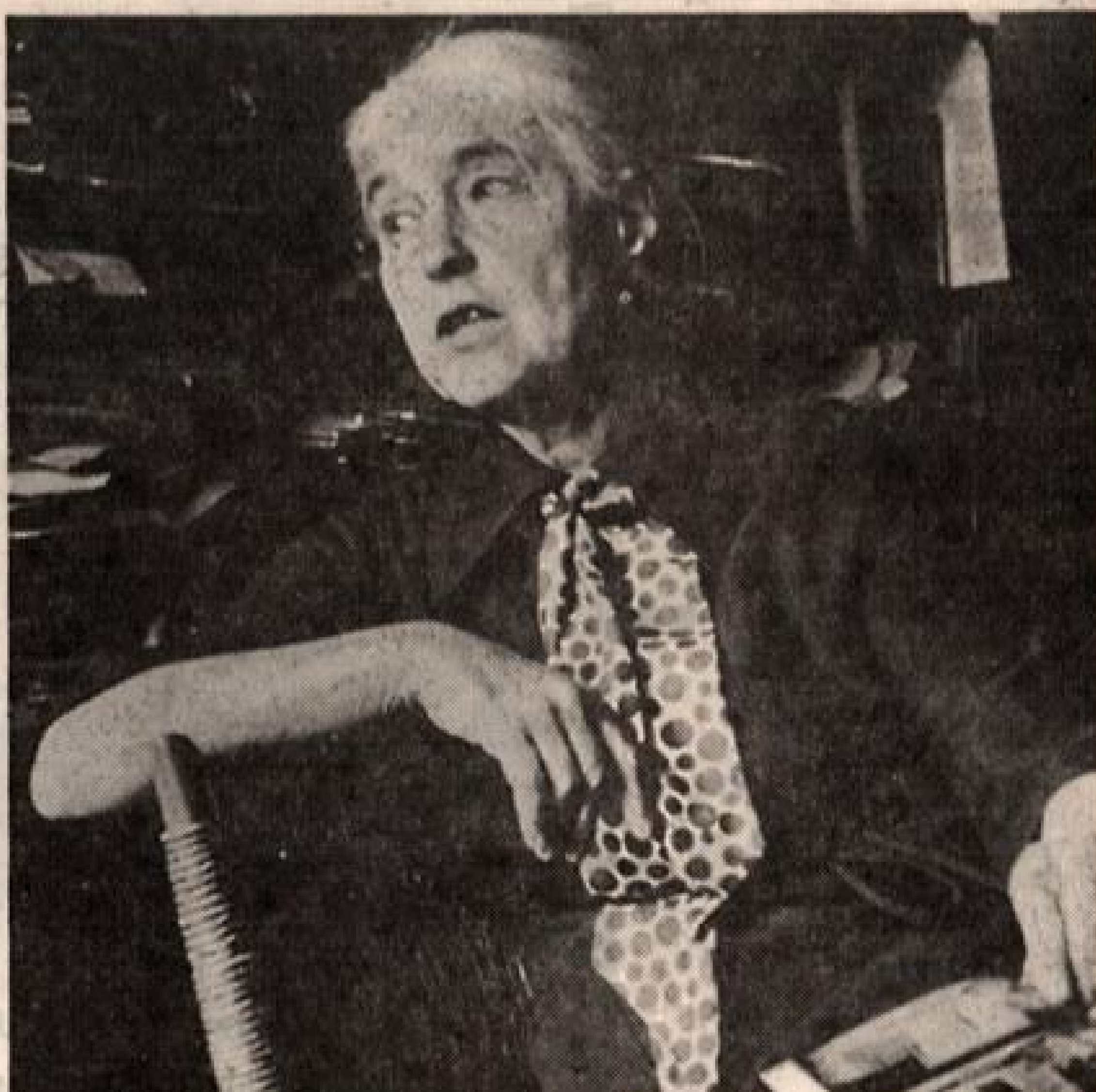
Hier war tatsächlich eine Krise — auch sie verschwiegen bei uns —, und sie griff der Schriftstellerin Anna Seghers an den Lebensnerv. Drohte, die deutsche Kultur zu entwerten, in der sie großgeworden war. Die deutsche Sprache, die einzige Wirklichkeit, in der sie leben und arbeiten konnte. Denn kein Schriftsteller hält es auf Dauer im Sprach-Exil aus, ohne Schaden zu nehmen.

Diese Krise machte die Entscheidung erst recht unabänderlich, die sie in den dreißiger Jahren — trotz Stalin und Terror — hatte treffen müssen. Wie es scheint, ist ihr die Rückkehr ins Land ihrer Sprache, das nun auch ein Land von Massenmördern war, nur möglich gewesen, weil die Partei gewissermaßen für die Deutschen bürgte. „Zuerst wollte sie ja nicht zurück nach Deutschland", hat eine Freundin aus der Exilzeit mitgeteilt, „ihre Eltern waren umgekommen. Das hat sie... sehr mitgenommen."

Anna Seghers hat auch diesen Konflikt in sich verschlossen, und für die Rückkehr hat sie, in den fünfziger Jahren vor allem, einen Preis gezahlt. Auch mit dem Roman „Die Entscheidung". Auch mit der Notwendigkeit, statt von Kulturpolitik vom „wirklichen Blau" sprechen zu müssen. Sie hat diesen Preis gezahlt, und wer wollte sagen, daß sie es nicht auch in dem Bewußtsein tat, sie verdunkle damit zeitweilig ihre Größe, trübe selbst ihr Bild. Der Akzent liegt auf „auch". Da nämlich kein Mensch über Jahrzehnte nur aus der Skepsis, nur aus einer bedingten Negation leben kann, sind selbstverständlich Zustimmung und Zukunftserwartung mit im Spiel gewesen, umso stärker wohl, je mehr die Zeit fortschritt. Hätte sie im Ernstfall aber eine andere Wahl gehabt? Anna Seghers, am Zürichsee lebend? Man kann sich das nicht vorstellen. Und nun gar in dem Land, dem ein Hans Globke im Bundeskanzleramt als Staatssekretär „diente"?

So vielleicht ließe sich der Widerspruch erklären, der bei Anna Seghers zwischen Leben und Werk klafft. Dem Leben hat er einen tragischen Zug gegeben. Von ihrem Werk wird genug dauern und auch dann noch gelesen werden, wenn zu den vielen Fahnen, die der Rhein schon durchgespült hat, ein paar Dutzend weitere gekommen sein mögen. Darüber braucht man sich keine Sorgen zu machen.

Hans-Albert Walter



Anna Seghers 1966, (Foto:H.List)

Wo Aktuelles die Seiten sprengt, da muß Geschichte weichen: Der zweite Teil des Artikels zur Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 kann aus Platzgründen erst im nächsten AK erscheinen.

Anna Seghers

Anna Seghers (Netty Reiling) wurde am 19.11.1900 in Mainz als Tochter eines jüdischen Antiquitätenhändlers und Kunstsachverständigen geboren. Sie studierte u.a. Sinologie und Kunstgeschichte und promovierte über „Jude und Judentum im Werk Rembrandts". Sie wählte ihr Pseudonym nach dem Namen des niederländischen Zeichners Seghers, eines Zeitgenossen Rembrandts. Nachdem sie erste Erzählungen — so 1927 „Grubetsch" — in der Frankfurter Zeitung veröffentlicht hatte, erhielt sie für ihre erste Buchveröffentlichung „Aufstand der Fischer von St. Barbara" 1928 den Kleist-Preis. Im selben Jahr wurde sie — inzwischen von Heidelberg nach Berlin umgesiedelt — Mitglied der KPD und des Bundes Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller Deutschlands.

1933 floh sie — „unerwünschte" Autorin, deren Bücher verbrannt wurden — mit ihren Kindern über die Schweiz nach Frankreich, nachdem sie bereits einmal verhaftet worden war und unter ständiger Bewachung gestanden hatte. In Paris wurde Anna Seghers Mitherausgeberin der Exilzeitschrift „Neue Deutsche Blätter" und arbeitete in der antifaschistischen Volksfront. In Frankreich entstanden u.a. die Romane „Der Kopflohn. Roman aus einem deutschen Dorf im Spätsommer 1932" und „Die Rettung", die beide in Amsterdam erschienen. Im französischen Exil entstand auch ihr bekanntester Roman „Das siebte Kreuz", der allerdings erst 1942 in Mexiko gedruckt wurde. Als die Hitler-Armee in Frankreich einmarschierte, flüchtete Anna Seghers von Paris nach Marseille und von dort nach Mexiko. Marseille, die letzte Hoffnung vieler Flüchtlinge im Jahr 1940, und ihren Kampf um Ausreisegenehmigungen schildert der Roman „Transit", der noch in Frankreich begonnen, erst in Mexiko 1943 veröffentlicht wurde.

Im mexikanischen Exil gab sie mit Uhse, Renn und Abusch die Zeitschrift „Freies Deutschland" heraus. Sie schrieb u.a. die Erzählung „Der Ausflug der toten Mädchen", die 1946 in den USA veröffentlicht wurde. 1947 kehrte Anna Seghers nach vierzehnjährigem Exil nach Berlin zurück, in die damalige Sowjetzone. Sie wurde Vorsitzende des Schriftstellerverbandes der DDR und vertrat die DDR als Mitglied des Weltfriedensrates auf internationalen Kongressen. In der DDR erschien der noch im Exil entstandene Roman „Die Toten bleiben jung". Die Wirklichkeit der DDR ist Gegenstand der beiden bekanntesten Romane, die Anna Seghers in der DDR geschrieben hat: „Die Entscheidung" (1959) und „Das Vertrauen" (1968). In Erzählungen wie etwa „Das Licht auf dem Galgen" (1961) greift Anna Seghers noch einmal auf Themen zurück, die sie bereits im mexikanischen Exil beschäftigt hatten, so in den Erzählungen „Die Hochzeit auf Haiti" und „Wiedereinführung der Sklaverei in Guadeloupe" (1948): die Befreiung der Schwarzen während der französischen Revolution und die Wiedereinführung der Sklaverei nach dem Sturz der Jakobinerdiktatur.

Der größte Teil der Romane und Erzählungen von A. Seghers sind in der BRD in der Sammlung Luchterhand erschienen und kosten zwischen 8,- und 20,- DM.

G., AG Exil

Fortsetzung von Seite 8

num. Die AGs trugen in Kurzfassung ihre Ergebnisse vor, und auch Podiumsprominenz kam zu Worte (Dirk Schneider/AL-Berlin und MdB, Ingrid Haller/GEW-Vorstand Hessen, Manfred Coppick/DS, Daniel Cohn-Bendit, Eva Demski/Schriftstellerin, Heidemarie Wieczorek-Zeul).

Das kompakt gefüllte Programm erlaubte naturgemäß keine längeren Plenardiskussionen.

Verschiedene Vorschläge wurden eingebracht und begrüßt:

So soll auf Initiative von Frauen im Herbst noch ein Frauenkongreß stattfinden; ein Stafettenlauf nach Bonn wird fürs Frühjahr '84 ins Auge gefaßt; eine nun kontinuierliche überregionale Koordinierung der verschiedenen Initiativen angestrebt; ein „Frankfurter Appell" (siehe Abdruck) in Umlauf gebracht.

Manfred Coppick von den „DS" machte flugs aus der BRD-Frage eine Türkei-Frage, als er nett gemeint sich andere Verhältnisse in der Türkei insbesondere und in der Dritten Welt überhaupt wünschte, sodaß die Frage der türkischen Emigration in die BRD sich erübrigen würde. Leider sagte er ansonsten zur unmittelbaren Politik und Gegenwehr h i e r und h e u t e so gut wie nichts.

Umgekehrt sahen Eva Demski und Cohn-Bendit das Zentrum der Frage ganz intim: in uns. E. Demski äußerte couragiert ihr Erstaunen über die Versammlung: „Seid ihr denn alle Heilige?" Sie artikulierte ihr manchmal aufkommendes Befremden angesichts mancher Ausländer. Beide sprachen offen ihre Ablehnung von Chauvinismus in manch anderer Kultur an und riefen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausgerechnet dieses Kongresses auf, ihnen in der Bekämpfung desselben zu folgen. Heidemarie Wieczorek-Zeul — nach einem koketten Hinweis, sie selber stünde, wie jeder wüßte, „ganz, ganz links" in ihrer Partei (daher habe sie es natürlich auch sehr schwer) — brachte, wie die „Was tun" vom 9.6. entzückt vermeldete, *„die inhaltliche Frage auf den Punkt: Nicht Innenminister Zimmermann, nicht sein Vorgänger im Amt seien verantwortlich für die Vertreibungspolitik, sondern die k a p i t a l i s t i s c h e K r i s e"*. Na dann ...

Ingrid Haller appellierte: *„Was wir in der Gewerkschaft brauchen, ist der Druck, der durch die Initiative der Basis in die Öffentlichkeit getragen wird"*.

Ein Widerspruch, der sich während des Kongresses und schon vorher angedeutet hatte, konkretisierte sich im nachhinein in Artikeln der „Taz" und des „Pflasterstrands": *„Wer nach der Wende noch glaubt, mit einer Stafette nach Bonn die satte Mehrheit im diesem Lande an der Durchführung der geplanten repressiven Politik gegen Ausländer und andere Minderheiten zu hindern — ohne zuvor ein politisches Konzept diskutiert zu haben —, handelt mehr als verantwortungslos, denn Pizza, Paella und Kebab alleine symbolisieren noch nicht die multikulturelle Gesellschaft"* („PS" Nr. 106).

Unter „alternativer Ausländer/Inländer-Politik" ist der Appell an einen *„gemeinsamen Widerstand aller Nichtpartizipierenden"* und die *„wechselseitige Kritik Ausländer/Inländer"* bezüglich ihrer jeweiligen Lebensformen gemeint. Zur Verdeutlichung davon hatte D. Cohn-Bendit bei der Podiumsdiskussion ein Zitat von J.P. Sartre etwas umgewandelt: *„Ich bin dann kein Rassist oder Antisemit, wenn ich einem Ausländer oder Juden sagen kann, daß er/sie ein Schwein, ein Chauvinist oder eine Hure ist, wenn er/sie es ist."*

Nun ja: es wirkt allerdings etwas daneben, wenn eine solche Erkenntnis den Teilnehmern dieses Kongresses in Abrede gestellt wird. Etwa in der Form, daß deutsche Frauen dort meinten, Ausländerinnen über den Chauvinismus in ihrer jeweiligen Kultur aufklären zu müssen. Ohne Zweifel ist ein „Grauer Wolf", egal ob Türke oder nicht, ein „Schwein", (und vermutlich auch ein Chauvinist). „Wechselseitige Kritik" ist ganz nett — bloß gehören dazu, wie der Begriff schon sagt, mindestens zwei. Und zwar zwei Gleichberechtigte. Diese Gleichberechtigung in allen Lebens- und Arbeitsbereichen muß politisch erst einmal erkämpft werden. Über den Kampf für eine Gleichberechtigung, die beinhaltet, alle formalen Rechte zu erlangen, mag sich nur derjenige mokieren, der diese Rechte, ob schlecht oder recht, ohnehin genießt.

Ganz abgesehen davon: für die Betroffenen drängt die Zeit. Und auch ein „Stafetten-Lauf" will diskutiert, geplant, organisiert werden. Soll das aber das Einzige sein, was in der Zeitspanne Sommer '83-Frühjahr '84 gegen die drohende Massenausweisung läuft?

In die Debatte kam der Vorschlag eines „Tags des Ausländers" inmitten der Friedens-Woche im Oktober; hier sind aber die zeitlichen Voraussetzungen äußerst knapp. Das alles wird Gegenstand des ersten nationalen Treffens nach dem Kongreß sein:

Am 2. Juli (14 Uhr), Mainzer Landstraße 126, 6 Frankfurt/M., Tel. Kontakt + Anmeldung: 0611/ 73 78 98

KB-Gruppe Frankfurt

Frankfurter Appell

Die Unterzeichnenden des „Frankfurter Appells" fordern eine Ausländerpolitik, die den in der Bundesrepublik lebenden Ausländerinnen und Ausländern volle Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen garantiert.

Gleichberechtigung heißt u.a.:
- Das Recht auf einen gesicherten Daueraufenthalt in der Bundesrepublik; keine Ausweisungen mehr; auch keine Ausweisungen von Ehefrauen, wenn sie sich von ihren Ehemännern getrennt haben.
- Das uneingeschränkte Recht, mit den Familienangehörigen - Ehepartner und Kindern - in der Bundesrepublik zusammenzuleben; die Maßnahmen zur Einschränkung der Familienzusammenführung sind aufzuheben.
- Volle rechtliche und soziale Gleichstellung mit den zufällig innerhalb der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland geborenen Menschen; im Falle der Arbeitslosigkeit Gewährung nicht nur von Arbeitslosengeld, sondern auch von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe; bei Arbeitslosigkeit keine erzwungene Rückkehr ins Herkunftsland; Gleichstellung mit Deutschen bei der Vermittlung in neue Arbeitsstellen.
- Einführung des kommunalen Wahlrechts wie in Schweden, Dänemark und den Niederlanden.